# Deutschlands auswärtige Politik
## 1888-1914

Von Graf Ernst zu Reventlow

# Deutschlands auswärtige Politik

## 1888–1914

Von

Graf Ernst zu Reventlow

Vierte, durchgesehene Auflage

Berlin 1916 :: Ernst Siegfried Mittler und Sohn
Königliche Hofbuchhandlung :: Kochstraße 68—71

# Vorwort zur ersten Auflage.

Keine einzige der in dieser Schrift behandelten Fragen und Begebenheiten der letzten sechsundzwanzig Jahre steht außerhalb des Streites der Meinungen. Keine einzige ist dem Geheimnisse des Aktenschrankes entwachsen. Wenn ich trotzdem gewagt habe, Gang und Entwicklung der auswärtigen Politik des Deutschen Reiches während dieses Zeitraumes zu untersuchen und zu behandeln, so waren dafür die folgenden Gründe maßgebend:

Eine geschichtliche Darstellung ist bis jetzt nicht vorhanden. Wohl sind Einzelfragen in Schriften erörtert worden, wohl gibt es auch kritische und übersichtliche Betrachtungen des Ganzen. Die ersten umfassen aber nur Teile jener Periode, die zweiten gehen zu wenig in die Einzelheiten der Zusammenhänge und in deren Entstehung hinein. Ferner: was bisher an vielfach ausgezeichneten Arbeiten veröffentlicht worden ist, verfolgt ausgesprochene politische Zwecke, in der Regel den der Nutzanwendung von Erfahrungen und Fehlern auf die Zukunft.

Die vorliegende Schrift ist selbstverständlich entfernt vom Anspruche auf geschichtliche Unanfechtbarkeit. Den kann sie schon deshalb nicht erheben, weil die Vorgänge zu nahe liegen, auch — wie gesagt — in ihren Einzelheiten, hauptsächlich ihren Wurzeln nach, nicht authentisch bekannt noch feststellbar sind. Dazu kommt, daß sich trotz Bemühens die subjektive Auffassung und die politische Sinnesrichtung des Verfassers nicht ganz aus der Beurteilung der Vorgänge haben ausschalten lassen. Beurteilungen der Vorgänge und Entwicklungen zu geben aber habe ich sogar für notwendig gehalten. Sie mußten an die Stelle unumstößlicher, geschichtlicher Klarstellungen treten, die hier nicht möglich waren. Ich habe versucht, eine anschauliche Schilderung der deutschen Politik der nachbismarckischen Periode zu bieten mit dem Bestreben, weniger zur Kritik als zum Verständnisse anzuregen. Der Gemeinplatz, die Kritik sei leicht, soll nicht wiederholt werden, der Verfasser hält es aber für seine Pflicht, hier zum Ausdrucke zu bringen, und zwar als eigene Erfahrung, daß die Schwierigkeit und auch Bedenklichkeit der Kritik mit dem Ernste des Studiums wuchsen, welcher dem Gegenstande gewidmet wurde. Daß anderseits der kritische Standpunkt

nicht ganz ausgeschaltet werden durfte noch konnte, ist schon deshalb selbstverständlich, weil der Verfasser, wenn er verstanden sein und anregen will, einen eigenen Standpunkt einnehmen muß, und in diesem eo ipso eine gewisse Kritik eingeschlossen ist.

Als die Niederschrift des Textes abgeschlossen war, erschien der erste Band des Werkes „Deutschland unter Kaiser Wilhelm II.“, beginnend mit dem vielbesprochenen Aufsatze des Fürsten Bülow über die innere und äußere Politik des Deutschen Reiches. Der Verfasser legt Wert auf die Feststellung, daß im vorliegenden Buche zu den Ausführungen des früheren Kanzlers nirgends Stellung genommen, auch in keinem Punkte eine Hinzufügung, Änderung oder Ausscheidung infolge Bülowscher Angaben vorgenommen worden ist. Das Urteil des Verfassers weicht hinsichtlich verschiedener wichtiger Vorgänge und Punkte wesentlich von dem des Fürsten Bülow ab. Um so ferner mußte es liegen, im Rahmen dieser Arbeit gegen die summarischen, kurz zusammengefaßten Urteile des Fürsten Bülow zu polemisieren, oder — im gegenteiligen Falle — die eigene Auffassung und Darstellung nachträglich beeinflussen zu lassen.

* * *

Angesichts der oft in sich verwickelten und unter sich verflochtenen politischen Vorgänge der Periode mußte die Frage der Gliederung des Stoffes teils mit einer gewissen Willkür gelöst werden, teils ergab sich diese Lösung freilich mit Notwendigkeit. Der erste Abschnitt beschäftigt sich beinahe ausschließlich mit den Grundlagen der von 1890 an rechnenden Periode und der Caprivischen Zeit selbst. Der Übergang vom ersten auf den zweiten Kanzler war eine kurze Zeitspanne, gleichwohl sehr reich an weittragenden Ereignissen und folgenschweren Ursachen solcher. Der Verfasser hat auch für notwendig gehalten, hier, allerdings in äußerster Kürze, ein Bild der europäischen Lage am Ende der Bismarckschen Amtsführung zu geben; ohne eine solche Skizze wäre das Nachfolgende unverständlich geblieben. Aus demselben Grunde ist gleich innerhalb dieses ersten Abschnittes ein besonderes Kapitel unserem italienischen Bundesgenossen, der Vorgeschichte und Geschichte seiner Stellung im Dreibunde, gewidmet worden. Der Verfasser hat sich zu diesen scheinbar teilweise aus dem Rahmen des Ganzen etwas herausfallenden Ausführungen entschließen zu müssen geglaubt, weil er für besonders wichtig hält, daß dieser Punkt in der deutschen Öffentlichkeit mehr verstanden, vor allem mehr beachtet werde, als es gemeinhin geschieht.

Mit dem Rücktritte Caprivis ergibt sich das natürliche Ende dieses ersten Abschnittes, während der zweite sein Gepräge weniger durch eine

Persönlichkeit, jedenfalls von außen betrachtet, erhält. Auch seine zeitliche Bemessung kann streitig sein. Der Verfasser rechnet ihn von den neuen deutschen Annäherungsbemühungen an Rußland (1895) bis zum Beginne der englisch-französischen Entente Cordiale (1904). Beide Zeitpunkte bezeichnen einen neuen Kurs und eine Veränderung des Gesichtes der europäischen Politik. Was Deutschland betrifft, so begreift diese Periode, abgesehen von den Versuchen europäischer Neuorientierung, das Bestreben, eine aktive überseeische Politik zu treiben. Das Fehlen des maritim-militärischen Machtmittels ließ diese Bemühungen nur in einem geringen Maße gelingen. Die Frage der Beziehungen zu England tritt folgerichtig immer mehr in den Vordergrund, daneben die der deutschen Flotte. Zu Anfang des neuen Jahrhunderts macht England seine letzten Versuche, zu einer Entente mit dem Deutschen Reiche zu gelangen. Dem derzeitigen Leiter der deutschen Politik erscheint ihr Preis zu hoch. Auch dieser Zeitabschnitt ist für das Verständnis der gegenwärtigen Lage ungemein wichtig, voll von sich schürzenden Knoten und Entwicklungskeimen. Als dritter Abschnitt beginnt mit der englisch-französischen Entente Cordiale eine neue Ära der europäischen Politik, die Ära des Vorspiels und des Nachspiels von Algeciras, die Ära der Ententen und der auf Niederhaltung Deutschlands gerichteten europäischen Sammelpolitik König Eduards von England. Die Ergebmisse dieser Politik werden in der Bosnischen Krisis akut, und diese bildet somit den Beginn des vierten Abschnittes, welcher über Agadir und die Balkankriege bis zur Gegenwart führt.

Durch die ganze Geschichte dieser sechsundzwanzig Jahre zieht sich die deutsche Flotte teils als Frage, teils als Stein des Anstoßes, teils als Ansporn, teils als Hindernis hindurch. Es läßt sich kaum ein Ereignis politischer Natur innerhalb dieses Zeitraumes nachweisen, das nicht irgendwie mit der deutschen Flotte oder dem Fehlen einer solchen, direkt oder indirekt, in ursächlichem Zusammenhange stände. Aus diesem Grunde habe ich auch dieser Seite der Sache besondere Aufmerksamkeit innerhalb der politischen Zusammenhänge zuteil werden lassen und wäre damit noch weiter gegangen, wenn die Überfülle politischen Stoffes es gestattet hätte. Den politischen Stoff auch nur einigermaßen zu erschöpfen, war nicht möglich, um so weniger, weil es mir darum zu tun war, eine lebendige, den politischen Nichtfachmann anregende Darstellung und Erklärung des für das Deutsche Reich wichtigsten Geschehens zu geben, nicht eine einfache, gedrängte Aufzählung aller Geschehnisse in garantierter Vollständigkeit. Ob dieser Weg der richtige gewesen ist, muß der Leser entscheiden. Soviel wie möglich ist versucht worden, die deutsche Politik im Rahmen des großen Bildes der

gesamten Weltpolitik zu beleuchten und kein Ereignis zu erwähnen, ohne es so weit zu erklären, daß auch der Unkundige wenigstens ungefähr weiß, worum es sich im wesentlichen handelt. Wenn internationale Verträge und Abkommen nur zu einem sehr kleinen Teile vollinhaltlich aufgeführt worden sind, so ist auch da die Rücksicht maßgebend gewesen, den Umfang nicht ungebührlich zu vermehren. Beinahe jeder solcher Vertrag bedarf für den politisch nicht geschulten und nicht vollkommen im Bilde befindlichen Leser einer verhältnismäßig umfangreichen Erklärung, und so habe ich mir gerade auf diesem so überaus interessanten Gebiete eine selbst schmerzlich empfundene Zurückhaltung auferlegen müssen.

Grundsätzlich ist vermieden worden, in dieser für den gebildeten Nichtfachmann berechneten Darstellung spitzfindige Untersuchungen politischer und diplomatischer Art anzustellen. Der Leser wird nicht selten ein einfaches non liquet finden. Auf der andern Seite soll die Feststellung nicht unterlassen werden, daß nur allgemein zugängliches Material benutzt und verarbeitet worden ist. „Enthüllungen“ werden also nicht zu finden sein. Die Ereignisse und Ergebnisse der beiden letzten Krisenjahre sind mit großer Zurückhaltung und Vorsicht behandelt worden: sie stehen uns noch zu nahe, sind teils noch weit von einem Abschlusse entfernt, teils ungenügend feststellbar, teils würde eingehendere Behandlung dem deutschen Interesse nicht entsprechen. So wird der Leser manches politische „i“ ohne seinen Tüpfel finden.

Genesis und Synopsis: das Werden und das „Zusammenschauen“ des aus Ursachen und Wirkungen sich knotenden Netzes bilden die Leitgedanken dieser Arbeit.

Charlottenburg, Februar 1914.

**Der Verfasser.**

# Vorwort zur dritten Auflage.

Die Notwendigkeit einer dritten Auflage erwies sich im Herbst 1915, und die Frage erhob sich, ob der Text im wesentlichen unverändert gelassen oder entsprechend der Fülle neuen Materials und neuer Gesichtspunkte geändert, ergänzt und umgestaltet werden müsse. Verlag und Verfasser haben sich für das letztere entschieden: der gesamte Text ist durchgesehen und vom Abschnitte: „Die beiden Konferenzen: Algeciras und Haag" bis zu Ende neu geschrieben worden.

Die leitenden Gesichtspunkte sind die alten geblieben, und die Notwendigkeit so umfangreicher Änderungen begründete sich hauptsächlich im folgenden: Vor dem Kriege geschrieben, konnte die Darstellung, besonders des letzten Jahrzehntes, bisher nur verhältnismäßig wenige Tatsachen, Ereignisse und Verhältnisse als abgeschlossen schildern und hinstellen. Meist waren sie durch einen sich noch weiter spinnenden Faden mit Gegenwart und Zukunft verbunden oder ragten sogar ganz in diese hinein. Daraus ergab sich die Notwendigkeit, sie bis zu einem gewissen Grade hypothetisch zu behandeln und offen zu lassen, wie ihre weitere Entwicklung sein werde, auch mit Kritik nach jeder Seite hin zurückzuhalten.

Ein besonders anschauliches Beispiel hierfür ist die Entwicklung der Stellung Italiens zum Dreibunde. Durch den italienischen Verrat als Tatsache sowie durch eine große Anzahl von Enthüllungen, die sich an ihn knüpften, ist der Politiker wie der Geschichtschreiber genötigt, auch die früheren Perioden der italienisch-deutsch-österreichischen Beziehungen vielfach anders zu beurteilen, als es bisher geschah, wo Ungewißheit bestand, wie es mit der italienischen Bundestreue beschaffen sei. Dazu kam, daß man nicht berechtigt war, Italiens Treulosigkeit als sicher anzunehmen, bevor nicht der Tatbeweis vorlag, und deshalb auch mit anderen Möglichkeiten rechnen mußte. Beiläufig bemerkt, steht der Verfasser nicht auf dem Standpunkte, daß der italienische Verrat mit der unentrinnbaren Sicherheit des Fatums habe eintreten müssen. War das aber nicht der Fall, so gebot schon die politische Rücksicht auf deutsche und ausländische Leser, im Urteile vorsichtig zu sein und eine andere Nation nicht zu kränken, die noch nicht den Beweis geliefert hatte, daß verletzende Äußerungen nichts mehr

verderben konnten. Ähnlich stand es mit Rumänien und steht es zum Teile heute noch.

In Besprechungen dieser Schrift ist vielfach hervorgehoben worden, ihr Leitmotiv sei: „England ist der Feind.“ Das ist bis zu einem gewissen Grade richtig, aber gleichwohl ist im letzten Teile der ersten und zweiten Auflage eine weitgehende Vorsicht in Beurteilung des englischen Zieles und der deutsch-englischen Zukunftsbeziehungen beobachtet worden, eine vielleicht zu weitgehende. Damals (1913/14) waren die Verhandlungen zwischen Deutschland und Großbritannien über mittelafrikanische Kolonialpläne im Gange, ja auf dem Papier schon abgeschlossen. Dem Abschlusse nahe schienen umfangreiche Verhandlungen zwischen Deutschland, Großbritannien, Frankreich und der Türkei über türkische Bahnen usw. Über den Geist dieser Verhandlungen und ihre Zwecke englischerseits muß heute ganz anders geurteilt werden wie damals, kann außerdem freier gesprochen werden. Aus ähnlichen Gründen sind in den bisherigen Auflagen die Verhandlungen mit Lord Haldane im Jahre 1912 und die sich an diese knüpfenden diplomatischen Auseinandersetzungen zwischen den beiden Regierungen nur ganz kurz erwähnt worden. Heute liegt nicht nur umfangreiches authentisches Material darüber vor, sondern man kann freilich nur bis zu einem gewissen Grade frei darüber sprechen, weil der Krieg die Frage an sich erledigt hat.

Auch die Entwicklung der Orientfragen hat jetzt bedeutend eingehender behandelt werden können, wenn auch hier gewisse Einschränkungen, auch Zurückhaltung nicht zu vermeiden waren. Ganz abschließend diese und andere Dinge öffentlich darzustellen, wird erst nach dem Kriege möglich sein. Immerhin glaubt der Verfasser, die großen Züge richtig geschildert zu haben, und darauf kommt es in erster Linie an.

Die Darstellung ist bis zur Ermordung des Erzherzog-Thronfolgers geführt worden. Eine Vorgeschichte und Geschichte des Krieges als solche mit der Schilderung des letzten Vierteljahrhunderts zu verbinden, erwies sich schon des Umfanges der Schrift wegen als ausgeschlossen. Es darf aber hier gleich bemerkt werden, daß sich eine politische Vorgeschichte und Geschichte des Krieges als besonderes Werk in Vorbereitung befindet.

Einige kritische Besprechungen haben getadelt, daß zu wenig Wert auf Schilderung der Persönlichkeiten gelegt worden sei. Dieser Punkt ist mit Absicht nur nebensächlich behandelt worden, nicht zwar, weil der Verfasser ihn für unwichtig hielte, sondern weil so gut wie alle der hervorragenderen politischen Persönlichkeiten hinsichtlich ihrer Eigenschaften völlig im Streite der Meinungen stehen. Daß lebende deutsche Staatsmänner und andere deutsche Persönlichkeiten wertende Charakteristiken nicht gegeben werden können, liegt auf der Hand. Was die ausländischen

Staatsmänner betrifft, so ist ein einwandfreies Urteil selten möglich. Als Beispiel sei der vielbesprochene Sir Edward Grey genannt, über dessen Fähigkeiten und Charakter die verschiedenen Staatsmänner und Diplomaten, die mit ihm jahrelang zu tun gehabt haben, verschiedenster Ansicht sind. Hier und in anderen Fällen kann man immerhin gewisse Züge hervorheben, aber eine Charakteristik im Sinne des Begriffes zu geben, würde keinen Zweck haben, wohl aber irreführend, somit schädlich wirken können. Was bisher, besonders während des Krieges, an derartigen Charakteristiken veröffentlicht worden ist, erscheint meist anfechtbar und als ohne dauernden Wert.

Ebenso wie in der ersten und zweiten Auflage ist auch für die dritte nur öffentlich zugängliches Material benutzt worden, darunter manches, das dem Verfasser bei der Abfassung der ersten Auflage bereits bekannt war, aber aus den angedeuteten Gründen für Zurückhaltung nicht verwendet wurde. Die vielbesprochenen belgischen Dokumente, jene Berichte belgischer Gesandten an ihre Regierung, die in Brüssel gefunden und zum Teil der Öffentlichkeit übergeben worden sind, haben eine überaus wertvolle Kontrolle für einen wesentlichen Teil dieser Schrift gebildet. Sie sind Anlaß zur Einfügung einiger Ergänzungen, nicht aber für Änderungen geworden und haben anderseits gerade hinsichtlich der großbritannischen Politik bewiesen, daß der Verfasser sich hier auch vor dem Kriege schon auf dem richtigen Wege befunden hat.

Die Geschichte der letzten Jahre vor dem Kriege hat sich jetzt, nachdem der zeitliche Abstand entsprechend größer geworden ist, innerlich wie äußerlich unter größere und einheitliche Gesichtspunkte gruppieren lassen. Darunter steht an erster Stelle der Hauptgesichtspunkt der deutschen Politik seit 1909: dem Deutschen Reiche Neutralität Großbritanniens in einem europäischen Festlandkriege zu sichern. Erhöhten Wert ferner hat der Verfasser darauf gelegt, die Einheitlichkeit der Linie der deutschen Orientpolitik herauszuheben, in Verbindung mit der österreichisch-ungarischen Balkanpolitik und den Balkanfragen überhaupt.

Der große Krieg hat einen entscheidenden Abschnitt in das politische Leben Europas gemacht, Entwicklungen durchbrochen, schwebende Fragen mit Ja und mit Nein beantwortet. Alles, was bis zum Kriege war und zu werden versuchte, liegt auch heute noch nicht klar vor unseren Augen oder kann noch nicht besprochen werden, wie es war. Geschichtliche Darstellungen zeitlich naheliegender Vorgänge und Entwicklungen bedürfen, bevor sich nicht alle Archive geöffnet haben, jahrzehntelang Ergänzungen. Wir können solange nicht warten und begnügen uns daher mit der Richtigkeit im großen; denn abgesehen von allem anderen handelt es sich hier nicht nur um Geschichte, sondern um Bloßlegung großer politischer Richtlinien der Ver-

gangenheit, um politische Erfahrungswissenschaft, die das deutsche Volk niemals nötiger hat als in diesem Augenblicke, wo es um die Grundlagen seiner wirtschaftlichen wie politischen Zukunft kämpft. Die Vergangenheit ist da, damit wir aus ihr lernen. Das deutsche Volk darf sich nie wieder in Unklarheit und Optimismus über die Absichten anderer Mächte, in erster Linie seiner heutigen Gegner, einwiegen, auch die Wahrheit nicht vergessen, daß diese unsere Gegner nach dem Kriege ebensowenig mitfühlende Freude an einem gedeihenden Deutschen Reiche empfinden werden wie vorher. Aus der Geschichte der politischen Vergangenheit des letzten Menschenalters hofft der Verfasser auch hierfür den Beweis geführt und Material für ein richtiges Urteil im Hinblick auf die deutsche Zukunft geliefert zu haben.

Charlottenburg, Dezember 1915.

**Der Verfasser.**

## Vorwort zur vierten Auflage.

Die vierte Auflage ist über Erwarten schnell notwendig geworden. Diese Tatsache liefert einen erfreulichen Beweis dafür, daß das Interesse für das Gebiet der auswärtigen Politik in Deutschland allmählich zu steigen beginnt. Es gibt kaum etwas, was den Deutschen so notwendig, nichts, was ihnen notwendiger wäre, als Wachstum ihres auswärtig-politischen Interesses und damit auch des Bedürfnisses, sich zu unterrichten. Wäre in früheren Jahrzehnten die Gleichgültigkeit nicht so groß und die Unwissenheit und der Wunsch, sich Illusionen zu machen, nicht von so erstaunlicher Beträchtlichkeit gewesen, so würde man in weiten Kreisen des deutschen Volkes den großen Krieg und besonders die Teilnahme Englands an ihm nicht mit ungläubiger Überraschung, dann mit tiefer Bestürzung aufgenommen haben, sondern auf ihn vorbereitet gewesen sein, oder aber — und ich möchte das beinahe glauben — würde es Großbritannien überhaupt nicht möglich gewesen sein, eine so gewaltige Koalition gegen uns zu vereinigen und zum Schlagen zu bringen. Steht nicht ein überragendes und unbedingt führendes politisches Genie an der Spitze der auswärtigen Politik eines Landes, so gilt der Satz: je urteilsfähiger und interessierter die Bevölkerung eines Landes in dessen auswärtiger Politik ist, desto besser auch wird die auswärtige Politik der Regierung sein, desto fähigere und entschlußkräftigere Männer werden diese denkbar verantwortungsschweren Geschäfte führen, und umgekehrt. Schon deshalb gibt das jetzt gestiegene und sichtlich steigende Interesse des deutschen Volkes für die auswärtige Politik — falls es auch nach dem Kriege weiter steigt — einen tröstlichen Ausblick für die Führung der auswärtigen Geschäfte in Zukunft.

Für die Zukunft kann und muß man aus der Vergangenheit lernen. Es gibt da sehr viel zu lernen. Dazu eine Anregung zu geben, war in der Hauptsache der treibende Gedanke des Verfassers bei der Entstehung der ersten Auflage dieser Schrift; sie erschien knapp ein halbes Jahr vor Ausbruch des großen Krieges. Der Text der dritten Auflage ist, wie in deren Vorwort ausgeführt wird, erheblich ergänzt und teils geändert worden, entsprechend der Fülle neuen vorliegenden Materiales und verschiedener neuer Gesichtspunkte. Diese Ergänzungen usw. sind

von der Kritik als selbstverständlich, als dankenswert, auch als nötig anerkannt worden. Von einer Seite der politischen Presse ist dem Verfasser aus der Tatsache der erheblichen Abweichungen und Ergänzungen der dritten Auflage gegenüber der ersten und zweiten der Vorwurf eines Ansichtenwechsels gemacht und damit die Überlegtheit und Voraussetzungslosigkeit seiner Urteile und Ansichten in Zweifel gezogen worden, mit der besonderen Andeutung, daß die vorliegende Schrift so zu einer Tendenzschrift gestempelt werde, indem der Verfasser gelegentlich einer neuen Auflage wichtige Gesichtspunkte und Urteile des Textes nach der Tendenz ändere, welche er politisch jeweilig verfolge. Ohne auf das Niveau und die Absicht solcher Insinuationen hier eingehen zu wollen, sei rein sachlich nur das Folgende bemerkt:

Als die erste Auflage geschrieben wurde, war, wie gesagt, der Krieg noch nicht ausgebrochen, alle Beziehungen internationaler Politik befanden und entwickelten sich in fortwährender Bewegung. Die Ergebnisse im Flusse befindlicher Verhandlungen, die Gestaltung von Beziehungen und Fragen ließ sich nicht voraussagen, wie das mit apodiktischer Gewißheit niemals möglich ist. Sie aber präjudizieren zu wollen, konnte in einer derartigen Schrift nicht die Absicht des Verfassers sein; weniger um nicht im Laufe der Zeit durch die Ereignisse ad absurdum geführt zu werden, als vielmehr um nicht etwa zu verderben, was sonst vielleicht gelingen konnte. Aus diesem Grunde ist vielfach Zurückhaltung geübt worden. Der Verfasser war sich dabei stets der Schwierigkeit und des heiklen Charakters der selbstgestellten Aufgabe bewußt: eine Geschichte der auswärtigen Politik des Deutschen Reiches zu schreiben, welche annähernd bis zur Gegenwart reichte. Denn nicht nur von der Gegenwart, sondern auch — je nach der Natur der politischen Ereignisse und Beziehungen — von der Vergangenheit des letzten Jahres oder der beiden letzten Jahre konnte keine G e s c h i c h t e geschrieben werden, sondern war es nur möglich, Ansichten und Ereignisse zu verzeichnen, von welchen man annehmen konnte, daß sie ein annähernd zutreffendes Bild der Verhältnisse und ihrer Ursachen gaben, aber kein annähernd vollständiges, noch seiner Richtigkeit nach verbürgtes. Dazu kam, wie gesagt, die Notwendigkeit einer gewissen Zurückhaltung, um nicht zu stören, nicht schädlich zu wirken. Für den unparteilichen Beurteiler liegt es auf der Hand, daß der letzte Teil eines solchen Werkes in demselben Maße, wie er im Laufe der Zeit dann zur Vergangenheit wird und somit sicherer beurteilt und geprüft werden kann, auch von Auflage zu Auflage geprüft, geändert und ergänzt werden muß. Da anderseits gerade in der auswärtigen Politik nur sehr selten ein Vorgang sich isolieren läßt, so kann eine solche Ergänzung oder Änderung aus der neuesten Zeit eine ganz neue Dar-

stellung aller, vielleicht viele Jahre zurückreichenden Kausalketten zur Folge haben. Die politische Ansicht oder Tendenz des Verfassers hat damit nur insofern zu tun, als er den ihm neu gewordenen Aufschluß eben mit seinen Augen ansieht und nicht mit denen anderer. Das ist vielleicht bedauerlich, aber eine Naturnotwendigkeit und gilt nicht nur von dem einen neuen Punkte, sondern von dem ganzen Buch, wie es zuerst war, überhaupt von allem, was überhaupt irgendein Verfasser schreibt.

Der Krieg nun hat jenen steten Fluß der internationalen Beziehungen und die Fäden der auswärtigen Politik — jedenfalls wie sie bisher liefen — abgeschnitten. Er hat einen Abschluß geschaffen, wie ihn eben nur ein Krieg schaffen kann. Deshalb sah sich der Verfasser bei der dritten Auflage einerseits in der Möglichkeit, anderseits in der Notwendigkeit, auch die Schrift zu einem endgültigen Abschlusse zu bringen. Auch dieses Endgültig aber kann nicht als ganz absolut angesehen werden, denn es ist möglich, daß die Zukunft noch neue Aufschlüsse bringt, welche wiederum Änderungen und Ergänzungen notwendig machen. Insofern aber ist der Abschluß endgültig, als keine Gegenwartsfragen mehr offen gelassen zu werden brauchen, auch eine Weiterführung der Schrift über den jetzigen Endzeitpunkt der Darstellung hinaus nicht mehr erfolgen kann. Ihre im Vorwort zur dritten Auflage angekündigte sinngemäße Fortsetzung, die eigentliche Vorgeschichte des Krieges, kann aus verschiedenen Gründen noch nicht erscheinen.

Der Ausbruch des Krieges hat u. a. die vor dem Kriege nicht zu beantwortenden Fragen über die Ziele, Mittel und Ergebnisse der englisch-russisch-französischen Koalitionspolitik abgeschlossen. Über diese Dinge im Vereine mit den belgischen Angelegenheiten hat der Krieg höchst bedeutungsvolle neue Aufschlüsse, Enthüllungen und Tatsachen gebracht, während man vorher entweder nichts davon wußte, oder etwas vermutete und kombinierte, was in einer solchen Schrift niederzulegen sich selbstverständlich verbot. Die Veröffentlichung belgischer Gesandtenberichte hat die Führung der Rolle Englands in der deutschfeindlichen Koalition einwandfrei bestätigt. Über die deutsch-englischen Verhandlungen 1912 sind neue, teils überraschende Dinge authentisch bekanntgeworden, ebenso über die englisch-französischen, die englisch-französisch-belgischen und die englisch-russischen Vereinbarungen politischer, wie militärischer, wie maritimer Natur. Neu hinzugekommen sind ganz wesentliche Aufschlüsse über die Balkankriege 1912/13 und ihre Ursachen. Damit ist die Beziehung dieser Kriege zum Weltkriege, nämlich als dessen Vorbereitung durch England und Rußland, offenkundig geworden. Neu schließlich war das Ausmaß und die Richtung der russischen Rüstungspolitik. Einen

Abschluß ferner hat der Verlauf des Krieges für die Beziehungen Italiens zu den Dreibundmächten gebracht. Vorher war deren Natur und Gestaltung eine schwebende, sehr delikate Frage von Bedeutung. Kurz, die Fülle neuen Lichtes, das schon der bisherige Verlauf des Krieges auf die vorher verflossenen Jahre geworfen hat, ist ganz außerordentlich, und es erfüllt den Verfasser mit Genugtuung, daß trotz dieser Menge des Neuen grundsätzliche Änderungen gegenüber dem Texte der ersten Auflage nicht nötig gewesen sind, anderseits eine Fülle von Tatsachen alles Grundsätzliche der ersten Auflage bestätigt hat.

Wenn gesagt worden ist: in der dritten Auflage sei die Rolle Englands als zum Kriege treibendes Element viel schärfer und bestimmter hervorgehoben worden als in der ersten Auflage, so beruht das eben auf den angeführten Gründen, daß die zur Zeit der ersten Auflage schwebenden Verhältnisse und Fragen durch den Krieg festgelegt und beantwortet worden sind. Die Vorsicht in der Behandlung dieses Punktes in der ersten Auflage beweist außerdem, mit welcher Vorurteilslosigkeit der Verfasser bestrebt gewesen ist, seine damals schon bestehenden persönlichen Überzeugungen dem sachlichen non liquet von damals unterzuordnen. Was endlich die sogenannten Ansichtsänderungen anlangt, so würde es nicht gerade von Einsicht und Sachlichkeit zeugen, wenn der Verfasser einer derartigen Schrift durch neue Tatsachen und neue Aufschlüsse seine Beurteilung früherer Vorgänge nicht beeinflussen ließe. Er würde sich sonst einer gerechten Abstempelung seiner politischen Persönlichkeit als starrsinniger Doktrinär oder als Politiker, dem seine Tendenz über die Tatsachen geht, nicht entziehen können.

In Übereinstimmung mit dem Verlage hat der Verfasser für nötig gehalten, seine Schrift und sich gegenüber den angedeuteten Unterstellungen zu rechtfertigen. Im übrigen sind uns gerade diese Unterstellungen ein Beweis dafür, daß auch Politiker, die mit dem Inhalte dieser Schrift, mit den in ihr enthaltenen Darstellungen und Urteilen keineswegs einverstanden sind, doch an dem Buche nicht vorübergehen können. Wir erblicken hierin ein erfreuliches Zeugnis dafür, daß die Schrift ihr Dasein gerechtfertigt und einen Teil des Zweckes erfüllt hat, der das Motiv zu ihrer Entstehung bildete.

Die vierte Auflage ist, abgesehen von Ausmerzung einiger kleiner Wiederholungen, stilistischen Feilungen und Berichtigung eines falsch wiedergegebenen Satzes aus einem belgischen Gesandtenberichte, unverändert geblieben.

Charlottenburg, Juli 1916.

**Der Verfasser.**

# Inhaltsverzeichnis.



## Erster Abschnitt.

## Von Rußland zu Großbritannien.

## 1887—1894.

## Zweiter Abschnitt.

# Weltpolitische Mühen ohne zureichende Mittel.

## 1895—1903.

---

## Dritter Abschnitt.

# Vor und nach Algeciras.

## 1903—1908.

---

## Vierter Abschnitt.

# Marokko und Balkan als Angelpunkte der Einkreisung.

## 1908—1914.

## Erster Abschnitt.

# Von Rußland zu Großbritannien.

## 1887—1894.

---

### Nach zwei Fronten.

Das Ende der achtziger und der Anfang der neunziger Jahre bildeten für die Politik des Deutschen Reiches eine ungewöhnlich schwierige Periode. Das würde sogar dann gelten, wenn man von dem Personenwechsel Bismarck-Caprivi absehen wollte; — es versteht sich aber von selbst, daß dieser Personenwechsel im Vordergrunde bleibt. Die Feststellung würde auch dann gelten, wenn auf Bismarck ein Staatsmann von höheren Fähigkeiten gefolgt wäre. Trotzdem ist es notwendig, gerade an die Spitze dieser geschichtlich-politischen Betrachtungen gewissermaßen als Leitsatz zu stellen: der Ausgang der achtziger und der Anfang der neunziger Jahre bildeten für die Politik des Deutschen Reiches die schwierigste Periode seit dem Bestehen des Reiches.

Noch heute wird das bekannte Wort des Grafen Schuwalow oft angeführt, als Bismarck ihm von seinen Sorgen wegen europäischer, dem Deutschen Reiche gefährlicher Koalitionen gesprochen hatte. Schuwalow sagte: „Vous avez le cauchemar des coalitions“, Bismarck gibt in seinen „Gedanken und Erinnerungen“ dem Grafen Schuwalow recht: der Gedanke an gegnerische Koalitionen in Europa habe ihm damals tatsächlich schlaflose Nächte bereitet.

Seit 1883 bestand der Dreibund und hatte seit seiner ersten Erneuerung, 1887, an Festigkeit zugenommen. Da war nichts zu besorgen, solange man nicht mehr von dem Bunde erwartete und verlangte, als er leisten konnte; Bismarck hat von Italiens Bundesgenossenwert stets skeptisch gedacht. — Zwei andere politische und militärische Faktoren aber wuchsen von Jahr zu Jahr: die Macht Frankreichs und damit sein Ansehen in Europa, auf der andern Seite der russisch-deutsche Gegensatz; dieser nicht zum wenigsten infolge des deutsch-österreichisch-ungarischen Bündnisses. Daraus mußte sich folgerichtig ein Wachsen der russisch-französischen An-

näherungsbestrebungen ergeben. Das war auch tatsächlich der Fall. Die Anfänge dieser Annäherung reichen weiter zurück, als gemeinhin angenommen wird. Den Gedanken einer russisch-französischen Entente, ja eines Bündnisses, brachte schon Fürst Gortschakow mit nach St. Petersburg, als er 1878 voll Eifersucht und Erbitterung gegen Bismarck und dessen Politik vom Berliner Kongresse zurückkehrte. Er hat diesen Ententegedanken auch verschiedene Male ausgesprochen. Der russische Reichskanzler erklärte, mit dem Zwecke der Veröffentlichung, im Herbst 1879 — beinahe genau vier Wochen vor der Unterzeichnung des deutsch-österreichischen Bündnisses — einem französischen Journalisten: in Europa sei eine neue politische Konstellation möglich geworden: Frankreich brauche nur stark zu sein, damit Rußland ein Bündnis mit ihm suche.

Jene russisch-deutschen Mißstimmungen und die aus ihnen sich gelegentlich ergebende Politik pflegt man vielfach noch mit der Eifersucht des Fürsten Gortschakow zu begründen. Daß diese vorhanden war und sich politisch auszuleben versuchte, ist nicht zweifelhaft. Der wachsende russisch-deutsche Gegensatz aber begründete sich darin nicht allein. Das Deutsche Reich, schon durch sein Vorhandensein als eine gewaltige Macht in Mitteleuropa, wo bis dahin keine solche Macht gewesen war, mußte Rußland unbequem werden. Die Politik des Fürsten Bismarck erkannte das und die darin liegende Gefahr, und er versuchte ebendeshalb, die deutsch-russischen Beziehungen so freundschaftlich und so vertrauensvoll zu gestalten, wie er konnte. Dieser Politik aber waren Grenzen gesetzt in der deutschen Rücksicht auf die Machtstellung und das Interesse Österreich-Ungarns und durch das Bestreben Bismarcks, auch mit Großbritannien in guten Beziehungen zu leben. In Rußland hatte die Rolle Bismarcks im Berliner Kongresse tief verstimmt, nicht nur persönlich den Fürsten Gortschakow, sondern auch die weiten Kreise und starken Strömungen in Rußland, deren Ziel russische Ausbreitung nach dem Orient unter Überrennung Österreich-Ungarns war. Die Stärke dieser Strömungen ist wohl hauptsächlich deshalb in Deutschland unterschätzt worden, weil das Gewicht und die Macht des Zaren und der Beziehungen zwischen den Dynastien so bedeutend war. Alexander III. wollte tatsächlich den Frieden. Die persönlichen Beziehungen der beiden Kaiser, das Vertrauen des russischen Monarchen zu Bismarck, ferner des letzteren Bestreben: wo immer das deutsche Interesse es gestattete, russischen Wünschen entgegenzukommen, verhinderten lange eine tatsächliche Förderung des Gortschakowschen Lieblingsgedankens. Die Monarchen wie deren Regierungen hatten trotz mancher gelegentlichen Schwierigkeiten das Gefühl, politisch und dynastisch aufeinander angewiesen zu sein und positiv: zu beiderseitigem Nutzen und zur Erhaltung des Friedens miteinander

arbeiten zu können. Erst Anfang der achtziger Jahre konnte, als starke politische Gegenkraft, die panslawistische Bewegung, geführt von Katkow und Skobelew, in die Erscheinung treten. Frankreich zählte bis Mitte der achtziger Jahre, auch noch später zeitweise, für die russische Politik nicht als voll, vor allem nicht für den Zaren. Niemand am russischen Hofe glaubte an Beständigkeit der inneren Verhältnisse in Frankreich, und der Zar Alexander III. war der Ansicht, daß man politisch auf eine Macht nicht bauen dürfe, in der jeder Kabinettswechsel grundstürzende, nie vorherzusehende Ereignisse und Entwicklungen bringen konnte. Frankreich war in seiner Eigenschaft als Republik der Herd der Revolution und des politischen Radikalismus in Europa und bildete insofern einen schroffen Gegensatz zum Reiche des Zaren, der sich als Vertreter und Personifizierung des legitim-monarchischen Gedankens fühlte und zu betätigen strebte. Frankreich war außerdem die im großen Kriege niedergeworfene, geschwächte und isolierte Macht, der selbst Gortschakow als unerläßliche Bedingung, um für eine Allianz begehrenswert zu sein, erklärt hatte, sie müsse stark sein und nicht an Revanche denken. Dieses „Starksein" bedeutete nicht nur Heereskraft, sondern vor allem die Solidität der staatlichen Maschine und die Sicherheit stetigen Funktionierens auch in Krisenzeiten.

1882 schied der alte Fürst Gortschakow aus dem Amte, Herr v. Giers trat an seine Stelle, jahrelang bestrebt, mit dem Deutschen Reiche in guten Beziehungen zu leben. In Frankreich begann unter Ferry, von Bismarck begünstigt, eine koloniale Ausdehnungspolitik im fernen Osten, bis im Jahre 1885 das unglückliche Gefecht von Langson dieser Periode ein Ende machte und Ferry stürzte. Ferry hat später von sich gesagt, er habe sich ständig bemüht, mit Rußland in engere Beziehungen zu kommen. Das entspricht auch den Tatsachen, aber es gelang ihm nicht, und zwar wesentlich deshalb, weil seine Kolonialpolitik Frankreich auf Deutschland anwies und in Europa von Bismarck abhängig erhielt.

1883 wurde der Dreibund geschaffen, und im Frühjahr 1884 gelang es Bismarck, Neutralitätsverträge zwischen dem Deutschen Reiche, Rußland und Österreich-Ungarn zustande zu bringen; drei Jahre vorher hatte Zar Alexander III. den Thron bestiegen. Die französische Hoffnung auf Rußland verschwand wieder, die Stellung des Deutschen Reiches war gewaltiger, beherrschender, anscheinend auch gesicherter denn je, Frankreich isoliert, unsicher und wenig geachtet. Nach Ferrys Sturz gewann die Revanchepartei beherrschendes Übergewicht: man wollte nicht mehr in „nebelhaften Kolonialunternehmungen" die Kräfte zersplittern, sondern alle Kräfte auf Konsolidierung der europäischen Stel-

lung Frankreichs verwenden. Die Hauptträger dieses Programmes waren und wurden in der Folgezeit die Minister de Freycinet und Ribot. Nach Berlin wurde der tüchtige Botschafter Herbette geschickt.

In der bulgarischen Angelegenheit des Fürsten Alexander gelang es der französischen Regierung, mit Geschick sich dem russischen Vertrauen zu insinuieren. Sie wurde dabei, abgesehen von der Gunst der politischen Lage, auf das eifrigste gefördert durch den russischen Gesandten in Paris, Baron v. Mohrenheim, einen Mann, der für die russisch-französische Annäherung, wenn schon meist vielleicht mehr passiv als aktiv, von ganz außerordentlicher Bedeutung gewesen ist. Neben ihm wirkte der russische Militärattaché zu Paris, der General Baron Fredericks. Ein Symptom der veränderten Atmosphäre ging schon aus einer Ansprache dieses Militärs hervor, die er gelegentlich einer Denkmalseinweihung zu Paris hielt: „Ich bin hier das Echo der Sympathie, welche diese Feier in Rußland hervorruft, ich bringe Ihnen ein Zeugnis der Freundschaft Rußlands." Von einer Anzahl französischer und russischer Diplomaten wurde unaufhörlich und in aller Heimlichkeit an dem großen Ziele russisch-französischer Annäherung weitergearbeitet, wenn man auch nur mit großer Vorsicht dem Zaren und den Hofkreisen gegenübertrat, denn ihnen war das alte traditionelle Verhältnis zu Deutschland noch etwas Selbstverständliches. Der dänische Hof und die dänische Diplomatie aber bildeten ein sehr wirksames Hilfsmittel, gewissermaßen den diplomatischen „Umschlagshafen" des französisch-russischen Verkehrs.

Das deutsch-französische Verhältnis war gerade in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre überaus kühl und durch eine nicht endende Reihe von „Zwischenfällen" ein äußerst gespanntes geworden; ein Tatbeweis ex contrario übrigens für die Richtigkeit der Bismarckschen Anschauung: es sei für Deutschland nützlich, wenn das französische Volk und die französische Politik durch koloniale Unternehmungen nach außen abgelenkt und Kräfte wie Interessen außerhalb Frankreichs nach Möglichkeit konzentriert würden. Immerhin lag in der Natur der Verhältnisse, daß eine solche Politik kolonialer Ablenkung gerade für Frankreich nur eine Episode sein konnte. Der Rückschlag mußte einmal kommen. Je später er kam, desto mehr Zeit hatte Bismarck für die Festigung des jungen Deutschen Reiches gewonnen. Nicht zu verhindern war die Erstarkung Frankreichs, und normal in diesem Sinne war, daß die Autorität der Stellung des Deutschen Reiches zu Frankreich von Jahr zu Jahr abnahm, anderseits die französische Selbständigkeit und Bewegungsfreiheit wuchs. Bismarck sind die russisch-französischen Annäherungsbemühungen nicht verborgen geblieben, er vermochte sie aber nicht zu hindern, um so weniger als die Feindlichkeit der russischen Stimmung

gegen Deutschland wuchs. Emsige panslawistische, polnische und französische Einflüsse bearbeiteten den Zaren und seine Umgebung mit wachsendem Erfolge. Sogar ein in Brüssel erscheinendes Organ des Ministers v. Giers sprach offen von der „Aufrechterhaltung des Friedens und des europäischen Gleichgewichtes durch ein russisch-französisches Bündnis". Die Loyalität der Politik Bismarcks in der bulgarischen Krisis wurde in Rußland nicht anerkannt, weil der deutsche Kanzler die Orientziele der Politik Rußlands nicht restlos, nämlich auf Kosten Österreich-Ungarns, fördern wollte noch konnte. Auch die Aussprache zwischen dem Zaren und Bismarck im Winter 1887 zu Berlin änderte wenig an der Kühle der Beziehungen. Die „Treulosigkeit des deutschen Kanzlers auf dem Berliner Kongresse" bildete eine unerschöpfliche Quelle der Erbitterung und Hetzerei in Rußland. Die Gefährlichkeit der Spannung wurde eine derartige, daß Bismarck Anfang des Jahres 1888 den deutsch-österreichischen Bündnisvertrag veröffentlichte. Zugleich vertrat er die Militärvorlage. Die große Rede des Kanzlers brachte das neue europäische Motiv: das des Zweifrontenkrieges. Heute sind wir seit länger als einem Vierteljahrhundert an den Gedanken des Zweifrontenkrieges gewöhnt. Damals hatte wohl der Generalstab diesen, wie alle denkbaren Möglichkeiten in Betracht gezogen, auch der Politik war er nicht fremd gewesen. Die Hervorhebung des Zweifrontenkrieges als greifbare Möglichkeit, als „Gefahr" für Deutschland aber leitete eine neue Epoche ein. Die neue Lage bezeichnete den totalen Umschwung der europäischen Verhältnisse, einen Umschwung, der sich allmählich durchgesetzt hatte und an die Oberfläche gekommen war, wie ein Strom, der aus unzähligen unsichtbaren kleinen Quellen gebildet, plötzlich als große unzerstörbare Tatsache vor aller Augen liegt.

Freilich waren auch da, in „idealer Konkurrenz", zwei Gebiete zu unterscheiden: ein direkt gegen Deutschland sich richtendes Rußland, und eine direkt durch Österreich-Ungarn das Deutsche Reich zur Teilnahme am Kriege zwingende russische Politik. Das „Tertium comparationis" war der Orient, welchem Bismarck ein unmittelbares, deutsches Interesse nicht entgegenbrachte, aber ein mittelbares, weil mit den Balkan- und Orientfragen Lebensfragen Österreichs-Ungarns verknüpft waren. Beiden Eventualitäten hatte das deutsch-österreichische Bündnis Rechnung getragen. Als Bismarck dieses veröffentlichte, verfolgte er zunächst den Zweck, Rußland zu zeigen, daß Österreich eintretendenfalls nicht allein stehen werde. Es bedeutete also keine Drohung, sondern im Gegenteil eine politische Maßnahme, um die kriegerische Stimmung in Rußland zu dämpfen und den Krieg zu verhindern. Die Maßnahme erwies sich als wirksam. Dazu muß aber bemerkt werden, daß die russische Regierung und der Zar

längst vorher über das Bestehen des österreichisch-deutschen Bündnisses unterrichtet waren. Die Veröffentlichung wandte sich nicht gegen sie, sondern gegen die Stimmung eines energisch gegen alles Deutsche treibenden russischen Bevölkerungsteiles.

Das deutsch-russische Verhältnis jener Jahre ist deswegen so merkwürdig und in sich kompliziert, weil es einerseits durch den Rückversicherungsvertrag ein befestigtes Werk war, weil anderseits höfische, zarische und „panslawistisch" genannte, national-russische Mißstimmungen mit jedem Jahre wuchsen und die gleichfalls wachsende ausgesprochene und angriffslustige Feindschaft des Panslawismus in hohem Maße verstärkten. Skobelew hatte das Wort gesprochen: Der Weg nach Wien führe über Berlin, und er meinte das sicherlich nicht mit Beziehung auf das deutsch-österreichische Bündnis, sondern hatte das Deutschtum überhaupt im Auge, dessen Schicksalsstunde geschlagen haben würde, sobald das Deutsche Reich niedergeworfen wäre. Österreich mußte dann von selbst fallen. Diese einander widerstrebenden Momente in den deutsch-russischen Beziehungen erhielten noch eine neue Seite dadurch, daß die französisch-russischen Annäherungsversuche konsequent fortgesetzt wurden und tatsächliche Fortschritte machten. Es klingt erstaunlich, entspricht aber der geschichtlichen Wahrheit, daß im Jahre 1887, demselben Jahre, als der deutsch-russische Rückversicherungsvertrag zum ersten Male erneuert wurde, der russische Militärattaché in Paris sich an den französischen Kriegsminister mit der Frage wandte, ob die französische Waffenindustrie nicht ermächtigt werden könne, 500 000 Lebelgewehre für das russische Heer herzustellen. Der Kriegsminister antwortete: man sei gern bereit, möchte aber doch die Sicherheit haben, daß diese Gewehre niemals auf Franzosen schießen würden. Baron Fredericks erklärte, man werde alle nötigen Sicherheiten geben. Der Botschafter, Baron Mohrenheim, machte die Worte des Militärattachés zu den seinigen, und damit war die Angelegenheit auf das diplomatische Gebiet hinübergeschoben: die Geschicklichkeit der französischen Politik hatte einen außerordentlichen Erfolg errungen. Nicht nur lieferte Frankreich den Russen die Gewehre, deren Bestimmung war, auf Deutsche und Österreicher zu schießen, sondern dieser Anlaß hatte die Gelegenheit gegeben, um nach langer und sorgfältiger Vorbereitung amtlich eine vertrauensvolle Annäherung der beiden Mächte zu besprechen und zu präzisieren. Garantien, daß diese Gewehre nicht auf Franzosen schießen würden! Solche Garantien waren nur möglich durch eine Entente zwischen den beiden Mächten, also ein gegenseitiges Einverständnis über bestimmte politische Richtlinien und Ziele. Ende 1888 wurde die erste russische Anleihe in Frankreich begeben, ein an sich wichtiges, vor allem ein richtunggebendes Ereignis. Das alles fand in

derselben Periode statt — wie wir nicht vergessen wollen —, wo Frankreich im Innern durch die Boulangerschen Treibereien erschüttert wurde, wo zeitweilig der Friede auf der Schneide des Messers stand, während man gleichzeitig die Pariser Weltausstellung vorbereitete, die Weltausstellung, die der Welt den Beweis liefern sollte, daß Frankreich sich von seinen Niederlagen erholt habe und nicht nur militärisch, sondern auch gewerblich auf der Höhe der Zeit stehe.

Alexander III. schwankte noch immer, ob eine Präzisierung des russisch-französischen Verhältnisses im russischen Interesse liege, und die Boulangerschen Krisen konnten ihn in diesen Bedenken nur bestärken. Es ist gar nicht zu bezweifeln, daß Zar Alexander stets weit von kriegerischen Plänen, dem Deutschen Reiche gegenüber, entfernt gewesen ist; er war überhaupt friedliebend. Ein wertvolles Urteil über den Charakter des Zaren gibt der verstorbene Graf Richard v. Pfeil, der neun Jahre in russischen Diensten als Oberst des Regiments Preobraschenski dem Zaren vielfach nahe gewesen ist, auch wohl dessen Vertrauen bis zu einem gewissen Grade genossen hat. Von seiner Abschiedsunterredung mit dem Zaren, sie fand im Jahre 1889 statt, sagte er: „Der Gesamteindruck, den mir Kaiser Alexander III. machte, war der von mir lange vermutete, daß er absichtlich von seiner Umgebung in einem tiefen Mißtrauen gegen Deutschland gehalten werde, und daß sich dieses Mißtrauen nunmehr derart in ihm eingewurzelt habe, daß an eine Änderung überhaupt kaum noch zu denken sei. Er war von seiner Friedensliebe mit Recht überzeugt, glaubte aber auch allen diesen seinen Ratgebern und den sonstigen maßgebenden Persönlichkeiten in Rußland, von denen viele den Frieden durchaus nicht so wünschten wie er." — In dieser Charakteristik, die wir auch durch die Politik des Zaren bestätigt finden, liegt auch ein gewisses Schwanken eingeschlossen. Der Zar beklagte sich z. B. dem Grafen Pfeil gegenüber, daß auf Betreiben Bismarcks alle wahren deutschen Freunde Rußlands einflußlos gemacht würden. Im selben Jahre, ebenso wie zwei Jahre vorher, 1887, versicherte er aber Bismarck mündlich seines besonderen Vertrauens und hatte nur die einzige Sorge, er werde nicht im Amte bleiben. Wiederum berichtet Fürst Hohenlohe in seinem Tagebuche vom Jahre 1892: Der Zar habe dem Kaiser gesagt, er habe alles Vertrauen zu Caprivi, wenn dagegen Bismarck ihm etwas gesagt habe, so hätte er immer die Überzeugung gehabt „qu'il me tricherait" (daß er mich hintergehen würde). Und dieses Vertrauensvotum für Caprivi fällt in dieselbe Zeit, wo die russisch-französische Militärkonvention zustande kam, die Exaltationen der Kronstädter Feste ein Jahr vorher stattgefunden hatten, und Caprivi eine Politik des Deutschen Reiches in die Wege geleitet hatte, die sich von Rußland entfernte und auf eine intime Annähe-

rung an Rußlands schärfsten Gegner, Großbritannien, erfolgreich hinarbeitete!

Die russische Stimmung nach der Bismarckschen Februarrede 1888 war nicht so beschaffen, wie Bismarck gewünscht hatte, vielmehr man sah sie in Rußland als eine Herausforderung an, welche durch die Tatsache der russischen Rüstungen hervorgerufen worden sei, ebenso wie die Veröffentlichung des deutsch-österreichischen Bündnisses. Diese Auffassung ist auch dem Zaren suggeriert worden. Stellen wir dieser Tatsache die fernere gegenüber, daß kurz vor der Entlassung Bismarcks Kaiser Wilhelm der festen Überzeugung war, Rußland befinde sich in voller Vorbereitung eines Angriffes auf die österreichischen Grenzen, so ergibt sich damit ein merkwürdiges Wechselspiel von Mißverständnissen überaus nachteiliger Art; es wäre leicht, dieses Bild durch weitere Züge zu vervollständigen.

In den Bismarckschen Bemühungen um russisches Vertrauen zur Politik des Deutschen Reiches liegt eine gewisse Tragik. Niemand wird schärfer als er die vorsichtig, geschickt und unaufhaltsam arbeitenden Kräfte der französisch-russischen Annäherung erkannt haben. Sie lagen, wie wir heute objektiv sagen können, mit europäischer Naturnotwendigkeit in der Erstarkung Frankreichs eingeschlossen. Diese Erstarkung aber zu verhindern, war auch Bismarck auf die Dauer nicht möglich, besonders nicht, seitdem die Dezentralisation der französischen Kraft durch große koloniale Unternehmen, durch eine Politik europäischer Konsolidierung ersetzt worden war. Auf dem Berliner Kongresse hatte Rußland nicht das Maß an Beute und an Vorteilen davongetragen, welches es gewünscht hatte. Österreich-Ungarn, vor allem Großbritannien, die hauptsächlichen und die mächtigsten Konkurrenten Rußlands, hatten es unter Anwendung stärkster Mittel verhindert. Dem deutschen Reichskanzler wurde dieser Mangel an Erfolg von den Russen zur Last gelegt, weil man von ihm, als Entgelt für die russische Neutralität 1870/71 ein so aktives Eintreten für die russischen Orientwünsche verlangte, wie es den Lebensinteressen des Deutschen Reiches unmittelbar zuwidergelaufen wäre. Nachdem dann wieder die russische Politik den Fürsten Bismarck gezwungen hatte, Stellung zu russischen Angriffsabsichten auf Österreich zu nehmen, und nachdem seine Entscheidung negativ ausgefallen war, stand die allgemeine russische Stimmung, auf der Grundlage der überlieferungsmäßigen Orientpolitik und Orientziele Rußlands, ungeachtet gelegentlicher Schwankungen, fest. Die Tatsache des deutsch-russischen Rückversicherungsvertrages ändert daran nichts, zumal dieser, übrigens auf ausdrücklichen Wunsch des Zaren, strenge geheimgehalten worden war.

Im Frühjahr 1888 war Kaiser Wilhelm I. aus dem Leben geschieden.

Die Welt wußte, daß Kaiser Friedrich ein todkranker Mann war und seine Regierung nur sehr kurze Zeit dauern konnte. In der Hand des Fürsten Bismarck lag damals tatsächlich alles, und zu gleicher Zeit war die Gegnerschaft gegen ihn in Deutschland selbst zu einem Höchstmaße an Schärfe und Bitterkeit angewachsen, eine Tatsache, die man im Auslande häufig mit Geschicklichkeit benutzte. Der dänisch-französische seinerzeit sehr einflußreiche und tätige diplomatische Agent Herr Jules Hansen sagt nach dem Weggange Bismarcks: „In Europa schuf das Ereignis eine wahrhafte Erleichterung. In Frankreich hatte man die Empfindung, daß eine neue Ära anbreche und daß man endlich von der durch Bismarcks gewalttätige Politik erzeugten Beklemmung und Beängstigung befreit sein werde. Nun endlich hatte Frankreich nicht mehr den energischen Einspruch zu fürchten, den Bismarck jedenfalls gegen die Verwirklichung eines französisch-russischen Bündnisses erhoben hätte, und damit war die Aufgabe des französischen Ministers des Auswärtigen sehr erleichtert." —

Das ist freilich nur ein Stimmungsbild, entworfen in einer Zeit, wo Hansen vom deutsch-russischen Rückversicherungsvertrage nichts ahnte und das Zögern des russischen Zaren, zu einem formalen Bündnisse mit Frankreich zu kommen, nur auf direkte Einwirkung Bismarcks fälschlich zurückführte.

## Die Lücke in der Rüstung des Dreibundes.

Im Jahre 1877 reiste Crispi in geheimer Mission zu Bismarck, um sich mit ihm über ein italienisch-deutsches Bündnis zu beraten. Die Anbahnung enger Beziehungen zwischen den beiden Ländern oder vielmehr deren Wiederaufnahme datierte schon seit Anfang der siebziger Jahre. Italien wollte sich politisch und diplomatisch in Europa befestigen, hatte aber damit Schwierigkeiten, zumal weil die italienischen Staatsmänner selbst uneinig waren und ebensowenig wie die öffentliche Meinung Italiens wußten, wie und mit welchen Mitteln die italienische Politik zu orientieren sei. Dazu kam militärische, maritime und finanzielle Schwäche. Man schwankte zwischen Anschluß an Frankreich und einem solchen an die mitteleuropäischen Mächte. Die Unterredungen, die Crispi, der von Anfang an entschlossen für eine Annäherung an Deutschland eintrat, mit Bismarck hatte, fanden kurz vor dem Berliner Kongresse statt. Die beiden Staatsmänner erörterten u. a. die italienisch-österreichischen Beziehungen. Bismarck machte deren Freundlichkeit gewissermaßen zur Bedingung eines deutsch-italienischen Bündnisses. In der Orientfrage fürchtete Crispi, daß Österreich-Ungarn einen zu großen Landzuwachs erhielte, und erklärte, Italien könne nicht gestatten, daß Österreich Bosnien und die Herzegowina besetze. Bismarck bot ihm dafür Albanien an und sagte, wie Crispi berichtet:

„Übrigens, wenn sich Österreich Bosnien nimmt, nimmt sich Italien Albanien oder irgendein anderes türkisches Gebiet am Adriatischen Meer.“ Crispi erwiderte: „Eine Provinz an der Adria genügt uns nicht. Wir würden nicht wissen, was wir damit anfangen sollten.“ Man wolle eine Grenzregulierung nach den Alpen hin und eine gesicherte Ostgrenze.

Bismarck erklärte, daß solche Forderungen für Österreich nicht diskutabel seien. Man ließ den Punkt fallen, wurde sich aber über die wesentlichen Bedingungen eines italienisch-deutschen Bündnisses einig.

In London fand Crispi dieselbe Ansicht bei Lord Derby: „Nehmen Sie Albanien!“ Wie anders hätten sich die Orientfragen gestaltet, wenn Italien damals Albanien bekommen hätte.

In England war man zu einem Abkommen mit Italien sehr bereit. Es wurde aber eben vor dem Berliner Kongresse durch die ungeschickte Stellungnahme des Grafen Corti und die Franzosenfreundlichkeit des Ministerpräsidenten Cairoli ebenso zu Wasser, wie die deutsch-italienische Annäherung. Wie England zu den für Italien wichtigen Fragen stand, geht aus dem folgenden Telegramm des italienischen Botschafters in London am 3. März 1877 hervor: „. . . begann ich mit Lord Derby über die Angelegenheiten in Ägypten, Tripolis und Tunis zu verhandeln. Er sagte mir, es sei augenscheinlich, daß Italien und England im Mittelmeer gemeinsame Interessen hätten, daß er einen Meinungsaustausch über dieses Thema wünsche und sich vorbehielte, darauf zurückzukommen.“ Graf Corti, eben Minister des Auswärtigen geworden, wies dieses für Italien unter allen Umständen vorteilhafte Anerbieten zurück. Auch Fürst Bismarck wartete vergeblich auf amtliche Fortsetzung der von Crispi angebahnten Bündnisverhandlungen, und so fand sich Italien auf dem Berliner Kongresse von vornherein in einer überaus unvorteilhaften Lage. Es wollte wohl etwas, wußte aber nicht was und stand vollkommen isoliert da. Die beiden Großmächte, Deutschland und England, konnten kein Vertrauen zu einer Politik hegen, welche sich kurzsichtig, unbeständig und damit auch unzuverlässig gezeigt hatte.

Auf dem Kongresse gingen die Dinge ihren bekannten Gang. England hatte kurz vor dem Zusammentritte des Kongresses mit der Türkei ein Schutz- und Trutzbündnis geschlossen, durch das es dem Türkischen Reiche seinen asiatischen Besitzstand verbürgte (Ägypten) und sich die Insel Cypern geben ließ. Auf dem Kongresse hatten zunächst alle Bevollmächtigten die Erklärung abgegeben, daß sie durch keine geheimen Abmachungen irgendwelcher Art gebunden wären. Auch die englischen Bevollmächtigten hatten diese Versicherung abgegeben, konnten es aber schließlich nicht vermeiden, mit dem Cypern-Vertrag an das Licht zu kommen. Disraeli entdeckte ihn zunächst dem Fürsten Bismarck, dieser nahm

Akt von dem neuen Momente, und man wurde sich darüber einig, daß als Entgelt an Frankreich freie Hand in Tunis gegeben werden könne. Mit dieser Eröffnung beschwichtigte Lord Salisbury, damals zweiter Bevollmächtigter des Kongresses, den französischen Bevollmächtigten Waddington, der zunächst ebenso entsetzt wie entrüstet über diesen englischen Schlag gegen Frankreichs Mittelmeerstellung gewesen war. Die Erlaubnis Deutschlands und Englands an Frankreich, bei gegebener Gelegenheit die Hand auf Tunis zu legen, blieb zunächst geheim, wennschon im Laufe der kommenden Jahre die italienischen Staatsmänner durch Gerüchte, die der Wahrheit nahe kamen, lebhaft beunruhigt worden waren.

Die französische Okkupation von Tunis traf das italienische Volk überaus schwer, um so schwerer, als Italien sich in Europa völlig vereinsamt sah. Die in Betracht kommenden Großmächte hatten auf dem Berliner Kongresse die französische Tunis-Expedition gebilligt, und selbst die Freunde Italiens, Deutschland und England, weigerten sich, irgend etwas gegen Frankreich zu tun. Der Unwille der wissenden Politiker über Cairoli und den italienischen Bevollmächtigten des Berliner Kongresses, Grafen Corti, war um so größer, als eben damals englische, wahrscheinlich auch deutsche Staatsmänner der italienischen Regierung verblümt Tripolis angeboten hatten, und zwar als Ausgleich für Tunis. Außerdem wurde bekannt, daß Bismarck bereits vor dem Kongresse dem Grafen Corti hatte sagen lassen, Deutschland wäre stets gern bereit, auf dem Kongresse für die Besetzung von Tunis — das damals schon der italienische Einfluß ausfüllte — einzutreten. Corti wollte überklug sein und wies das Anerbieten mit der spöttischen Bemerkung zurück: ob dem Fürsten Bismarck wirklich soviel daran läge, Italien in einen Krieg mit Frankreich zu verwickeln. — Diese „Klugheit" war politisch ihr Gegenteil und hat Italien um Tunis gebracht. Hätte Italien damals das Anerbieten angenommen und das Unternehmen gut vorbereitet, so würde sein Verhältnis zu Frankreich nicht schlechter geworden sein, im Gegenteil, und außer Tunis wäre auch Tripolis heute längst italienisch. Also auch diese Gelegenheit war versäumt, Italien sah sich isoliert, fühlte sich schwach, und nun in dieser ganz veränderten Lage nahm man endlich die alten italienisch-deutschen Bündnispläne energisch wieder auf. Frankreich war durch Tunis der erklärte Gegner geworden. 1883 wurde der Beitritt Italiens zum deutsch-österreichischen Bündnis unterzeichnet. In den folgenden Jahren versuchte die großbritannische Regierung mehrfach, Italien zu politischer und militärischer Mitwirkung in Ägypten zu bewegen, was aber vom damaligen Ministerpräsidenten abgelehnt wurde. Man fürchtete dadurch in unhaltbare Verhältnisse mit Frankreich zu gelangen und scheute ebenfalls die Kosten. Crispi, der mit Recht diese Ablehnung für

einen großen Fehler hielt, schrieb damals: „In Ägypten wird die Frage über die Herrschaft im Mittelmeer gelöst, und wir könnten uns für die in Tunis erlittenen Niederlagen entschädigen.“ An einer anderen Stelle seiner Denkwürdigkeiten*) sagt der große Staatsmann: „England fürchtet nicht die Entwicklung unserer Marine, im Gegenteil, es freut sich ihrer Entwicklung, denn dadurch entsteht eine Seemacht, die Frankreich entgegentreten könnte ... Als Freunde und Verbündete der Engländer haben wir zur See nichts zu befürchten. Wenn der entgegengesetzte Fall einträte, würden wir nie Herren unserer Küsten sein.“

Die Kenntnis gerade dieser großen programmatischen Gesichtspunkte, die sich nicht nur Crispi, sondern alle bedeutenden italienischen Staatsmänner in jener Periode vorsetzten, ist unbedingt notwendig, wenn man die italienische Politik verstehen will. Dazu muß bedacht werden, daß Frankreich damals unbestritten die zweite Seemacht der Welt war und eine Flotte besaß, die durch den siebziger Krieg nicht gelitten hatte. Die italienische Politik war somit zur See mit Notwendigkeit auf englische Freundschaft angewiesen, da die Dreibundmächte zur See nicht in Betracht kamen. Zusammengehen mit England an den afrikanischen Nordküsten war für eine tatkräftige, ausgreifende italienische Politik damals vorteilhaft und von dem Augenblicke an selbstverständlich, wo Italien nicht mehr schwankte: zwischen Frankreich und Großbritannien zur See, zwischen Frankreich und Deutschland zu Lande.

Während der ersten Periode des neuen Dreibundes waren die italienischen Staatsmänner aber englischer Hilfe im Mittelmeer nicht sicher, fühlten sich von Bismarck geringschätzig behandelt, offenbar, weil er Stetigkeit bei ihnen vermißte. Besonders fehlte aber im Bündnisvertrage das, was Italien vor allem zu haben müssen glaubte: Sicherung seiner Stellung im Mittelländischen Meere. Der italienische Minister des Auswärtigen, Graf Robilant, stellte dieses als Bedingung vor Erneuerung des Bündnisses, und Bismarck, der die Notwendigkeit einer solchen Ergänzung erkannte, versuchte, die englische Regierung zu bewegen, Italien diejenigen Garantien für das Mittelmeer zu bieten, welche Deutschland nicht geben konnte. Diese aus italienischen Quellen stammenden Mitteilungen werden durch Ausführungen bestätigt, die Fürst Bismarck um Mitte der neunziger Jahre in seinem Hamburger Organ machen ließ. Es heißt da u. a.: „Wenn Graf Robilant bei der damaligen Erneuerung des Dreibundes (1887) eine vorherige Abmachung mit England zum Schutze der italienischen Inter-

*) In diesem Zusammenhange möchte ich nicht verfehlen, auf die Memoiren Crispis hinzuweisen, eine wahre Fundgrube für die politische und diplomatische Zeitgeschichte. Leider ist nur ein Teil ins Deutsche übersetzt: „Die Memoiren Francesco Crispis“, deutsch von W. Wichmann. Rom, Verlag F. Fontane & Cie. Berlin 1912. Dieses Buch schließt bereits mit dem Jahre 1890, ist aber von hohem Interesse.

essen im Mittelmeer zur Bedingung gemacht und auch durchgesetzt hat, so hat er damit nur getan, was Fürst Bismarck an seiner Stelle auch getan haben würde ... In bezug auf Italien hat er (Bismarck) stets die Ansicht vertreten, daß das Königreich des maritimen Schutzes durch die englische Flotte niemals ganz entbehren könne und deshalb stets mehr oder weniger auf England Rücksicht nehmen müsse." — Außerdem soll Graf Robilant eben damals mit Österreich-Ungarn unter Zustimmung des Deutschen Reiches eine Vereinbarung getroffen haben: daß ein neuer Gebietszuwachs Österreichs-Ungarns auf der Balkanhalbinsel Italien berechtigen würde, Kompensationen ebendort zu verlangen.

1887 reiste Crispi wieder zum Fürsten Bismarck, um die Vervollständigung des Bündnisvertrages durch eine Militärkonvention zu erreichen. Bismarck erklärte seine Übereinstimmung. Crispi kehrte befriedigt nach Rom zurück und hielt seine große aufsehenerregende Rede mit Andeutungen über die Richtlinien seiner Politik und deren Grundlagen: „Aber wenn wir auf dem Festlande mit den Zentralmächten verbündet sind, wenn wir im Mittelmeere im Einverständnis mit England vorgehen, so verfolgen wir dennoch keine Ziele, durch die sich andere Mächte (Frankreich) bedroht fühlen können." Über die mit Bismarck getroffenen Abmachungen sagte Crispi, niemals sei „in einer so vollständigen und herzlichen Verbindung, wie sie zwischen Italien und seinen Verbündeten besteht, seine Würde mehr geachtet, und seien seine Interessen mehr gewährleistet worden." Die Londoner „Times" aber schrieben dazu: „England, dessen Interessen alle mit dem Frieden und der geregelten Fortentwicklung der Dinge verknüpft sind, stellt sein Übergewicht auf die Seite dieses so hervorragend zur Erhaltung des Bestehenden dienenden Bundes."

Schon aus dieser Wendung geht hervor, daß ein förmlicher Vertrag mit Großbritannien nicht bestand. Fürst Bismarck hat sich in den neunziger Jahren seine Stellung in diesem Punkte folgendermaßen bezeichnen lassen: „Tatsächlich ist das Bemühen des Fürsten Bismarck nie über den Zweck hinausgegangen, die Verbindung der britischen Seemacht mit den Interessen des Friedensbundes und namentlich Italiens zu sichern." Anderseits ließe sich an unzähligen Aussprüchen des Fürsten Bismarck zeigen, daß er die britische Seemacht als natürliche Deckung gefährdeter maritimer Interessen des Dreibundes ansah. Darin lag naturgemäß umgekehrt die Voraussetzung, daß die großbritannische Politik ihre Stellung und ihre Interessen besser durch Anschluß an den Dreibund als an Frankreich oder Frankreich und Rußland gedeckt glaubte. Und dementsprechend arbeitete die Bismarcksche Politik, mit der Kunst und dem Fernblicke des Meisters, konsequent darauf hin, diese Voraussetzungen für England zu

erhalten oder neu zu schaffen. Es sei nur an seine Behandlung der ägyptischen Frage erinnert.

Wenn Fürst Bismarck also hier ein Prinzip der Ergänzung: England die Flotte, der Dreibund die Armeen! für richtig hielt, so war doch dieses von dem Caprivischen Ergänzungsprinzipe wenige Jahre nachher völlig verschieden, weil der zweite deutsche Kanzler die deutsche Politik in ein Verhältnis zur englischen brachte, das nach dem Verfallenlassen des deutsch-russischen Neutralitätsvertrages an Unabhängigkeit zu stark verloren hatte, um vorteilhaft zu sein, ja auch um dauern zu können.

Das dergestalt politisch gestärkte Italien ließ sich nun auch nicht mehr durch den französischen Versuch wirtschaftlichen Druckes einschüchtern, sondern Crispi begann den Zollkrieg mit Frankreich, der ein Jahrzehnt währen sollte. Auf Bismarcks Betrieb wurde von deutscher Seite alles getan, um in dieser schwierigen Lage dem Bundesgenossen Hilfe zu leisten und die sinkenden italienischen Werte zu stützen. Auch im übrigen folgt während dieser Periode ein französisch-italienischer Zwischenfall dem anderen, eine Reiberei der anderen, bald über Marokko, bald in Tunis, bald in Massaua. Als im Winter 1888 eine Konzentration französischer Geschwader im Mittelländischen Meere stattfand und man sich in Italien darüber stark beunruhigte, erschien sofort die englische Kanalflotte in den Gewässern des Mittelländischen Meeres. England stellte also „sein Übergewicht in den Dienst des Friedensbundes".

1888 finden wir Crispi wiederum beim Fürsten Bismarck, und die Presse hob hervor, daß dieser Besuch sich wohl nicht zum wenigsten auf die italienisch-französischen Reibereien in Afrika zurückführe. Man täuschte sich in Frankreich mit der Annahme, daß Italien nur auf dem Festlande deutschen Schutz zu gewärtigen habe.

Als Kaiser Wilhelm II. sich auf seiner Romreise 1888 vom Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, dem Grafen Herbert Bismarck, begleiten ließ, äußerte dieser zu Crispi: „Die drei vereinigten Monarchien sind stark genug, um den Frieden zu erhalten. Wir dürfen uns aber nicht die Freundschaft Englands verscherzen, dessen Macht uns im Mittelmeer so nötig ist." Lord Salisbury habe dem Kaiser neuerdings gesagt, er werde im Mittelmeer im Einverständnisse mit der italienischen Regierung handeln.

So war um die Wende der achtziger Jahre die Lage im Mittelländischen Meere kurz folgendermaßen: Erbitterter Gegensatz zwischen Italien und Frankreich; auf dem Lande Zollkrieg, in Afrika ständige Reibereien. Italien hatte das Gefühl seiner Schwäche zur See Frankreich gegenüber, sieht sich aber durch das Einverständnis Großbritanniens mit der Politik des Dreibundes, im besonderen mit der italienischen Mittelmeerpolitik wirksam gedeckt. Für Großbritannien steht in allererster Linie die ägyp-

tische Frage, außerdem eine ganze Reihe kolonialer Differenzpunkte mit Frankreich. Die Frage der Vorherrschaft im Mittelmeer ist brennend, und die britische Regierung empfindet das Bedürfnis, Frankreich seine Stellung in Tunis, die es britischer Erlaubnis verdankt, nach Möglichkeit zu erschweren. Der leitende Staatsmann des Deutschen Reiches läßt Italien neben dem vertraglichen Beistande alle Hilfe angedeihen, zu welcher seine europäische Autorität ihn befähigt. Nichtsdestoweniger verfolgt er seinen alten Grundsatz, kolonialen Bestrebungen Frankreichs freie Hand zu lassen. Damit wird der französisch-italienische und französisch-englische Gegensatz in seiner Schärfe erhalten. Trotz des Fehlens deutscher Seemacht liegen die Fäden auch der Mittelmeerfrage in der gewaltigen Hand des Fürsten Bismarck.

* * *

Wie überall, so muß auch die Politik Italiens auf der geographischen Gestaltung und der Machtfrage beruhen. Die italienische Halbinsel, die sich lang und schmal mit ungeheurer Küstenentwicklung in das Mittelländische Meer hinein erstreckt, sieht sich von zwei großen Seemächten umgeben, der englischen und der französischen. Großbritannien hatte damals kein Interesse an einem zur See besonders schwachen Italien, weil die britischen Staatsmänner der Ansicht waren, eine für England lästige Stärke werde die italienische Flotte nie erreichen können. Wäre sie aber, an den italienischen Verhältnissen gemessen, möglichst stark, so könnte man darin nur ein wünschenswertes Gegengewicht zur See gegen Frankreich erblicken. Diese Auffassung bestand so lange, wie der englisch-französische Gegensatz, und umgekehrt die französische: daß Frankreich ein abhängiges Italien gebrauche und eigentlich verlangen könne, weil das moderne Italien seine Existenz Frankreich zu danken habe. Mit wie groben Mitteln man arbeitete, zeigte 1888 das Wort des französischen Unterhändlers: Ein neuer Handelsvertrag zwischen den beiden Mächten werde nicht zustande kommen, solange Italien dem Dreibund angehöre.

Der Dreibund anderseits konnte, der Natur und den Mitteln der beiden Kaiserreiche entsprechend, die Küsten, die Inseln und die überseeischen Interessengebiete Italiens im Mittelmeere nicht schützen. Deutschland und Österreich-Ungarn konnten von der italienischen Politik nicht verlangen, daß sie diese Blöße und diese gefährlichen Angriffsflächen ignorierte. Italiens Forderung, daß der Dreibund es auch nach dieser Seite hin sicherstellte, — sollte es selbst dem Dreibunde ein sicheres Glied bleiben — dieses Verlangen war legitim. Es ging aus der Naturpflicht und dem Naturrecht des Anspruches auf Schutz hervor. Der Dreibund selbst aber verfügte über solche Mittel nicht, und deshalb griff Fürst Bismarck auf

England als Surrogat zurück, ein Surrogat, das so lange nicht schaden konnte, wie seine Wirksamkeit im Einklange, nicht nur mit den Interessen Italiens, sondern auch mit denen des Dreibundes blieb.

Im Laufe der Zeit änderten sich die politischen Verhältnisse wie auch die Kraftverhältnisse in Europa außerordentlich, aber in höherem Grade zu Wasser als zu Lande. Deshalb wiederum ist die Stellung Italiens für die italienische Politik selbst lange Zeit sehr schwierig gewesen. Für die übrigen Mächte, die des Dreibundes wie die anderen, bildete die Bestimmung Italiens und der Einfluß auf sie einen Gegenstand größter Aufmerksamkeit. Deutschland als Dreibundmacht konnte mit Italien aber nur dann eine richtige und letzten Endes erfolgreiche Politik treiben, wenn diese immer wieder auf die Grundlagen der italienischen Stellung im Mittelmeer einerseits, im Dreibunde anderseits zurückging und von eben ihnen auch wieder ihren Ausgang nahm. Schon die eine Tatsache, welche bei der öffentlichen Meinung Deutschlands zeitweise in Vergessenheit geraten war, — und in der Beurteilung der Tagespolitik deshalb oft außer Betracht blieb — mußte bei jeder Beurteilung der auswärtigen Politik Italiens mit maßgebend bleiben: daß die Gründer des Dreibundes, Bismarck und Crispi, die Schutzgarantie der italienischen Mittelmeerinteressen durch England für vollkommen unerläßlich hielten. Sonst, so war ihre Ansicht, mußte Italien dem französischen Übergewichte nachgeben und sich automatisch dem Dreibunde entfremden.

Hinsichtlich der Nützlichkeitsfrage, unter den damaligen Verhältnissen, rechnete die deutsche Politik etwa folgendermaßen:

Zum Dreibunde gehörig, mit seinen beiden Bundesgenossen völlig einig und seinen Vertragspflichten treu ergeben, werde, während eines europäischen Krieges, Italien eine gewisse französische Truppenmacht an den italienisch-französischen Grenzen gebunden halten. Die Armee Österreichs-Ungarns werde dann in ihrer ganzen Stärke nach den östlichen event. südöstlichen Grenzen der Doppelmonarchie ausgenutzt werden können. Wenn anderseits Italien sich nicht im Dreibund befände, oder aber ihm nur formal und mit halbem Herzen zugehörte, so würde Österreich-Ungarn im Kampfe gegen Rußland gezwungen sein, einen großen Teil seiner Streitkräfte an der österreichisch-italienischen Grenze zu binden und mit der Hand am Säbelgriff bereitzuhalten, wenn nicht überhaupt offener Kampf zwischen den beiden Nachbarmächten ausbräche. Frankreich seinerseits brauchte an der italienischen Grenze keine Truppen zu lassen. Das entsprechende Verhältnis würde zur See für die beiden Mächte gelten. Ein nicht zum Dreibunde gehöriges Italien würde ferner mit Notwendigkeit Frankreich dienstbar werden, schon im Frieden Frankreichs Mittelmeerstellung enorm stärken und auf Österreich-Ungarn drücken,

während im Kriege Frankreich dann dem Deutschen Reiche mit um so größerer Land- und Seemacht unmittelbar entgegentreten könnte. Schließlich wäre die politische Wirkung eines von Frankreich abhängigen und mit ihm eng verbundenen Italiens die Gefahr, daß Großbritannien sich veranlaßt sehen würde, ein Einverständnis zur See mit diesen beiden Mächten zu suchen. Dadurch aber würde wiederum die Stellung Großbritanniens zum Deutschen Reiche mit Notwendigkeit eine ungünstige, zumal im Hintergrunde einer solchen Kombination sich bereits der Schatten einer englisch-russischen Verständigung erhob.

In Anbetracht nun der Tatsache, daß die italienischen Staatsmänner immer vor einer sehr schwierigen Aufgabe standen, auch eine starke franzosenfreundliche Strömung in Italien vorhanden war, wendete Bismarck seinen alten Grundsatz für Bündnisbeziehungen mit ganz besonderer Sorgfalt auf Italien an: es sollte sich im Dreibunde wohlfühlen und sollte die Erhöhung seiner Sicherheit und die Vorteile seiner Zugehörigkeit zum Dreibunde tatsächlich und ständig empfinden. Die französische Politik hat unaufhörlich versucht, stets mit großer Geschicklichkeit, die Gegenseite dieses Argumentes in der politischen Praxis zur Geltung zu bringen, nämlich Italien durch Lockungen mit Vorteilen eine Zugehörigkeit zu Frankreich vorteilhafter erscheinen zu lassen als die zum Dreibunde. Stets bildet ein französischer Appell an gewisse Seiten des italienischen Wesens und gewisse Teile des italienischen Volkes wirksame Hebel, zumal wenn irgendein anderes Ereignis die erregbare Bevölkerung enttäuscht hatte, ein Ereignis sogar, das tatsächlich nicht mit der Zugehörigkeit Italiens zum Dreibunde in ursächlicher Beziehung stand, sondern nur sich begab, während Italien zum Dreibunde gehörte. Ein einziger militärischer Mißerfolg von einer an sich geringen Bedeutung, der dem italienischen General Baratieri in Afrika zustieß, warf mit einem Schlage die Crispische Politik über den Haufen und öffnete die Ohren der Italiener den unrichtigsten Erzählungen und phantastischen Darstellungen über die angeblich unheilvollen Folgen seiner Dreibundszugehörigkeit. Wenn man von Italien spricht, und sagt: Italien vertritt diese oder jene Politik, — so ist dieses Italien häufig ein einziger Mann, der möglicherweise morgen nicht mehr da ist, weil eine auch zeitlich unberechenbare Volksstimmung ihn trägt und fallen läßt. Es heißt — nach französischen und österreichischen Quellen —, daß beim Abschlusse des Dreibundes sich die Monarchen verpflichtet haben, insbesondere auch der König von Italien, gegebenenfalls persönlich mit allen Kräften auf die Beibehaltung oder Wiedererneuerung des Bündnisses zu wirken. Damit wollte man ein stabiles Element in der Flucht der parlamentarischen Erscheinungen schaffen und hat das ohne Zweifel auch getan. Die Überzeugung vom Nutzen der Zugehörigkeit Italiens

zum Dreibunde wuchs unter den Politikern Italiens zunächst erheblich. Dieser Nutzen zeigte sich sozusagen auf Schritt und Tritt der italienischen Politik und Wirtschaft, ohne daß Italien Unkosten davon gehabt hätte. Ob die Staatsmänner in den ersten Dreibundszeiten geneigt und imstande gewesen wären, durchzusetzen, daß Italien in einem europäischen Kriege seinen Bundespflichten genügte, muß dahingestellt bleiben, wahrscheinlich hätte das ganz und gar von der Konstellation und von den Ergebnissen italienischer Zweckmäßigkeitsberechnungen abgehangen. Wandelbar blieb das Element desjenigen Teils der italienischen Politik, welcher nicht direkt durch den Dreibundvertrag umschrieben wird, und eben hier, wo die Italiener politisch und militärisch ihre schwache Stelle fühlten, wo die nicht dokumentarisch-vertraglich verbürgte Garantie des Status quo im Mittelländischen Meere durch die britische Flotte Platz zu greifen hatte, setzte die französische Politik ein. Hierzu gesellten sich in den neunziger Jahren die afrikanischen Schwierigkeiten, ferner solche finanzieller und wirtschaftlicher Natur. Dazu kam allgemein der alte, nie abnehmende italienische Haß gegen Österreich-Ungarn und die Fremdheit des Italieners deutschem Wesen gegenüber, und schließlich, wie wir heute erfahren haben, das gänzliche Fehlen des Momentes der Bundestreue. Trotzdem, wie hier schon vorweggenommen sei, war der Verrat von 1915 kein unausweichliches Verhängnis, sondern das negative Ergebnis einer ausweichenden Politik innerhalb des Dreibundes.

Die Grundzüge der italienischen Politik und das deutsch-italienische Verhältnis sind hier, zu Anfang des letzten Vierteljahrhunderts deutscher Politik, deshalb besonders skizziert worden, weil beide die Grundlage und Erklärung für viele wichtige politische Erscheinungen und Akte während dieser fünfundzwanzig Jahre bilden. Ohne deren Kenntnis wären die letzteren nicht verständlich, geschweige denn beurteilbar.

## Die Rückversicherung und ihre Auflösung.

General v. Caprivi, als Bismarcks Nachfolger im Frühjahr 1890 ernannt, lehnte eine Erneuerung des deutsch-russischen Rückversicherungsvertrages ab oder unterließ stillschweigend die Erneuerung. Mit dem Herbste des gleichen Jahres erlosch der Vertrag.

Bevor wir die Folgen dieses vielbesprochenen und schwerwiegenden Aktes erörtern, ist es notwendig, kurz auf seine Vorgeschichte einzugehen, soweit sie bekannt ist. Amtlich Authentisches ist niemals über den Rückversicherungsvertrag gesagt worden. Von seiner Existenz erfuhr man erst durch die Enthüllungen der „Hamburger Nachrichten“ im Jahre 1896, nachdem in der deutschen Presse behauptet worden war, das Ver-

hältnis zwischen dem Deutschen Reiche und Rußland sei bereits unter dem Fürsten Bismarck schlecht und der Draht gerissen gewesen. Darauf brachten die „Hamburger Nachrichten" in wiederholten Ausführungen die Enthüllung, daß bis zum Jahre 1890 eben jener Vertrag existiert habe, nachdem er im Jahre 1884 auf drei Jahre geschlossen und 1887 auf weitere drei Jahre verlängert worden sei. Begreiflicherweise erregten diese Mitteilungen, die durch Kommentare anscheinend sehr gut informierter Wiener Zeitungen ergänzt wurden, ein ganz ungeheures Aufsehen. Im Deutschen Reichstage kam die Sache zur Sprache, und Freiherr v. Marschall stellte sich auf den Standpunkt, daß er nur theoretisch und akademisch über das von den „Hamburger Nachrichten" behauptete Abkommen sprechen könne, denn wenn es wirklich existiert habe, so würde es zu den Staatsgeheimnissen gehören und sich infolgedessen jeder Erörterung durch beamtete Personen entziehen. Die Beweisgründe des damaligen Staatssekretärs gipfelten im wesentlichen darin, daß ein solches System doppelter und einander ergänzender Verträge den Nachteil habe, daß diese sich gegenseitig abschwächten oder gar entwerteten, die Vertragsmächte mißtrauisch machten und im Kriege wahrscheinlich versagen würden. Ein Staatsmann von der Autorität und den Fähigkeiten Bismarcks habe eine so komplizierte Vertragsmaschine vielleicht beherrscht und lenken können, aber normalerweise müsse man sie als zu verwickelt bezeichnen.

Auch für diese Argumente ist die Entstehung des Rückversicherungsvertrages lehrreich.

Im September 1884 fand im Schlosse von Skierniewice die Zusammenkunft der drei Kaiser, Wilhelms I., Alexanders III. und Franz Josephs, statt. Sie bedeutete eine, wenn auch veränderte Auflage des alten Dreikaiser-Bündnisses und gipfelte darin, daß die drei Kaiser einander wohlwollende Neutralität für den Fall zusagten, daß das Reich eines von ihnen angegriffen werden würde. Die drei Herrscher waren begleitet von den verantwortlichen Leitern ihrer auswärtigen Politik: Bismarck, Giers und Kalnoky. Unmittelbare Veranlassung und Zweck bildete die russisch-englische Spannung, außerdem die Besorgnis französischer Angriffsgelüste und die Befestigung des Vertrauens zwischen Rußland und Österreich-Ungarn. Die drei Kaiserreiche waren damit die Herren der europäischen Lage.

1887 lagen die Verhältnisse erheblich anders. Die Spannung zwischen Rußland und Österreich war, hauptsächlich durch die verschiedenen Balkanfragen, eine immer schärfere geworden, die russisch-französische Annäherung hatte Fortschritte gemacht, das Mißtrauen Alexanders III. gegen Deutschland befand sich auf einem Höhepunkte infolge der so-

genannten bulgarischen Fälschungen. Es waren das gefälschte Depeschen, die den Beweis liefern sollten, daß Bismarck in der Angelegenheit des Fürsten Ferdinand von Bulgarien heimlich antirussische Politik getrieben habe im Gegensatze zu der amtlich von ihm angegebenen und vertretenen. Alexander III. kam im November 1887 für kurze Zeit von Kopenhagen nach Berlin, und es gelang Bismarck, ihn auf einer Audienz zu überzeugen, daß die Depeschen gefälscht seien. Bismarck hat nach seiner Entlassung wiederholt in so bestimmter Weise betont, der Zar habe ihm damals völlig vertraut, und im Anschluß an jene Unterredung sei der Rückversicherungsvertrag mit dem russischen Botschafter zu Berlin, Grafen Schuwalow, erneuert worden, daß hierüber kein Zweifel möglich ist. Es handelte sich also um einen Vertrag, der genau so beschaffen war wie der von 1884, nur mit dem Unterschiede, daß Österreich-Ungarn nicht dabei war. Unmittelbar nach jener Berliner Zusammenkunft erschien im „Pester Lloyd" eine wahrscheinlich inspirierte Darstellung der Unterredung Bismarcks mit dem Zaren: Der letztere habe mit Bestimmtheit versichert, er wünsche die Erhaltung des Friedens und wiederhole jetzt sehr gern die Versicherung, daß ihm weder ein Angriff gegen Deutschland, noch die Teilnahme an einer gegen Deutschland gerichteten Koalition in den Sinn komme. — Das ist ungefähr derselbe wie der viele Jahre später von Bismarck bzw. den „Hamburger Nachrichten" bezeichnete Inhalt des deutsch-russischen Vertrages: daß jede der beiden Mächte im Falle, daß die andere von einer dritten Macht angegriffen würde, wohlwollende Neutralität zu beobachten habe. Der „Pester Lloyd" von damals wußte freilich nicht, daß eine schriftliche Fixierung des Abkommens stattgefunden habe, vielmehr deutet seine Darstellung nur eine mündliche Verständigung an ungefähr derart, wie im Januar 1911 durch das Potsdamer Abkommen stattfand.

Der deutsch-russische Vertrag von 1887 scheint durch die mündliche Versicherung des Zaren ergänzt worden zu sein, daß er auch gegen Österreich-Ungarn keinen Angriff plane. Äußerlich wurde jene Berliner Abmachung nur dadurch hervorgehoben, daß der russische Botschafter Graf Schuwalow unmittelbar noch während der Anwesenheit des Zaren, also sofort nach der Unterredung, den Schwarzen Adlerorden erhielt. Das Abkommen selbst wurde auf den besonderen Wunsch des Zaren streng geheimgehalten, während nach Bismarcks späterer Angabe das Deutsche Reich zur Geheimhaltung keinerlei Grund gehabt hätte. Unter dem Siegel der Verschwiegenheit ferner wurde auch der Kaiser von Österreich in Kenntnis gesetzt.

Wo lag der springende Punkt des deutsch-russischen Vertrages?

Seitdem sein früheres Bestehen und seine spätere Nichterneuerung

bekannt ist, haben Politiker und Laien meist seine Hauptbedeutung darin gesehen, daß er Rußland gebunden habe, und zwar Frankreich gegenüber. Bismarcks Autorität und außerordentlicher Gewandtheit sei es gelungen, dem Zaren und den russischen Staatsmännern diesen Vertrag als Lasso überzuwerfen und sie daran zu halten. Die Gegengabe Deutschlands habe in der Sicherung Rußlands gegen einen Angriff von seiten Österreich-Ungarns bestanden. Auch in der öffentlichen Meinung Österreich-Ungarns wurde nach den Hamburger Enthüllungen diese Auffassung vertreten, und zwar mit Erbitterung und Empörung: der Rückversicherungsvertrag sei von seiten Deutschlands eine Hinterlist und Treulosigkeit gerade Österreich-Ungarn als Bundesgenossen gegenüber gewesen. Ein reichsdeutsches Witzblatt jener Tage zeigte Bismarck, wie er zwei Schwerter schmiedete und seinem Sohne Herbert erklärte: das eine sei für Österreich, das andere gegen Österreich. Noch heute hört man in Deutschland vielfach die Ansicht vertreten: der Rückversicherungsvertrag sei zwar ein Meisterstück Bismarckscher Klugheit, aber doch nicht ganz loyal gegen unseren Bundesgenossen Österreich-Ungarn gewesen. Es gab damals, in den innerpolitisch so bewegten Zeiten, Anfang der neunziger Jahre, genug Leute und Strömungen im Deutschen Reiche, in Österreich-Ungarn und in Großbritannien, die das größte Interesse daran hatten, diese Darstellung und Auffassung volkstümlich zu machen. Ihr Bestreben ist merkwürdig vollkommen gelungen. Dabei hätte schon die einfache Überlegung das Gegenteil zeigen können, wenigstens die stärksten Zweifel an der Richtigkeit erwecken müssen: daß Rußland aus Furcht vor einem Angriffe Österreich-Ungarns sich zur Verpflichtung habe bewegen lassen, im Angriffskriege einer dritten Macht gegen Deutschland wohlwollend neutral zu bleiben. Ein Angriff Österreich-Ungarns auf Rußland! — welchem Zaren, welchem russischen Staatsmanne wäre ein solches Schreckgespenst im letzten Drittel des neunzehnten Jahrhunderts wohl zuzutrauen gewesen? Im Falle aber, daß Rußland in Bulgarien einrückte, und Österreich-Ungarn daraus den Casus belli machte, konnte Deutschland sich entscheiden, welche Partei es als den Angreifer betrachten wollte. Daraus ergab sich in Verbindung mit den Grundsätzen der deutschen Politik die Wahrscheinlichkeit, daß Bismarck keine Neigung hatte, die deutsche Armee um Bulgariens willen marschieren zu lassen.

Nein, der Gefahrpunkt für Rußland lag bei Großbritannien, 1887 ebenso wie 1884! Ein britisch-russischer Krieg war damals und auch noch später ein Ereignis, mit dem und auf welches in Europa vielfach gerechnet wurde. Brach ein solcher Krieg aus, so war es für Rußland nicht nur erwünscht, sondern von höchster Bedeutung: ein wohlwollend neutrales Deutsches Reich an seiner europäischen Landgrenze und an der Ostsee

zu haben. Eben dieselbe deutsche Neutralitätsverpflichtung gab Rußland die Sicherheit, daß Österreich-Ungarn die Gebundenheit Rußlands während eines russisch-englischen Krieges nicht feindselig dem Russischen Reiche gegenüber ausnutzen würde. Dem Zaren war der Inhalt des deutsch-österreichischen Bündnisses längst vor dessen Veröffentlichung (Februar 1888) bekannt.

Durch den Rückversicherungsvertrag war Rußland gegen einen Angriff seines schlimmsten Feindes gedeckt. Großbritannien seinerseits sah sich der Möglichkeit beraubt, eine europäische Großmacht zu finden, die geneigt gewesen wäre, vereint mit ihm und im Dienste der britischen Interessen eine russenfeindliche Festlandspolitik zu treiben und womöglich die Waffen zu ergreifen, wenn Großbritannien den Augenblick für günstig hielt.

Der Reichskanzler v. Caprivi antwortete im Reichstage auf den Vorwurf: der Draht zwischen Berlin und Petersburg sei gerissen: dieser Draht bestehe nach wie vor; er (Caprivi) habe nur dafür gesorgt, daß der Strom nach Petersburg nicht zu stark werde und den anderen Leitungen nach Wien und Rom den Strom nehme. Das war damals dem Reichstage nicht verständlich, denn niemand wußte um den Rückversicherungsvertrag. Wir finden die gleichen Andeutungen in den Denkwürdigkeiten des Fürsten Hohenlohe, dem Caprivi sagte, daß das Bekanntwerden des Rückversicherungsvertrages den Dreibund gesprengt haben würde. Als nach Bekanntwerden des russisch-französischen Bündnisses die Enthüllungen der „Hamburger Nachrichten“ über den Rückversicherungsvertrag die politische Welt in Erregung versetzten, wurden von seiten der Regierung, übrigens auch von österreichischer Seite, ähnliche Ansichten laut, und man hob besonders hervor, daß im Rückversicherungsvertrage eine Illoyalität Österreich gegenüber gelegen habe. Bei kühler Betrachtung kann man das — auch abgesehen von dem bereits Gesagten — heute nicht zugeben, denn der Rückversicherungsvertrag mit seiner Verpflichtung zu wohlwollender Neutralität des einen, wenn der andere angegriffen werden sollte, konnte Österreich-Ungarn gegenüber nur dann illoyal sein, wenn das deutsch-österreichische Bündnis ein Schutz- und Trutzbündnis gewesen wäre. Es war und ist aber bekanntlich ein genau vertraglich niedergelegtes Verteidigungsbündnis. Hätte also Österreich-Ungarn Rußland angegriffen, so wäre Deutschland Österreich-Ungarn gegenüber zur Hilfe nicht verpflichtet gewesen, ja nicht einmal zu wohlwollender Neutralität. Für den einer gesunden österreichischen Politik fernliegenden Gedanken eines Angriffs auf Rußland wäre das Deutsche Reich zur wohlwollenden Neutralität Rußland gegenüber verpflichtet gewesen. Auch nachher, als der Rückversicherungsvertrag längst nicht mehr bestand, war nicht anzu-

nehmen, daß das Deutsche Reich einem nach Osten angriffslustigen Österreich mit Wohlwollen in irgendeiner Form zur Seite stehen würde.

Der Staatssekretär Freiherr v. Marschall wies in seiner Reichstagsrede auf die großen Schwierigkeiten hin, die das Vorhandensein des Rückversicherungsvertrages politisch und diplomatisch in sich getragen habe. Im akuten Falle, so meinte er, würde es sich immer um die schwierige Entscheidung für das Deutsche Reich gehandelt haben, ob Angriff vorliege oder Verteidigung, und gerade im Hinblick auf die russisch-österreichischen Reibungen würde man so nach der einen Seite oder nach der anderen in die unangenehmste Lage gekommen sein und entweder die Freundschaft Rußlands oder die Österreich-Ungarns verscherzt haben. Das kann bis zu einem gewissen Grade sicher zutreffen. Aber es ist schließlich bei allen Bündnissen mehr oder weniger der Fall. Deutschland hat heute ebenso wie je das Interesse, mit dem Russischen Reiche nicht nur in freundschaftlichen, sondern auch in vertrauensvollen Beziehungen zu leben. In russisch-österreichischen Konflikten steht das Deutsche Reich äußerstenfalls auch heute vor der subjektiven Entscheidung, ob Österreich-Ungarn angegriffen hat oder angegriffen worden ist, und macht sich mit dieser Entscheidung eine der beiden Mächte zum Feinde. Die Frage der Bündnisse im Kriege ist immer eine offene, denn es können jeden Augenblick Umstände eintreten, welche Bismarck mit den Worten angedeutet hat: Keine Macht sei verpflichtet — wir setzen hinzu: und berechtigt —, wichtige eigene Lebensinteressen auf dem Altar der Bündnistreue zu opfern! — Bündnisverträge sind erprobtermaßen in Friedenszeiten mächtige diplomatische Werkzeuge und besonders für die Erhaltung des Friedens, auch bei aktiver Politik, nützlich. Sache eines leitenden Staatsmanns wird es sein, vor Ausbruch eines Krieges eine Lage herzustellen, die es dem Bundesgenossen vorteilhaft erscheinen läßt, die von ihm übernommenen Bündnisverpflichtungen zu halten. Unbedingtes aber gibt es auf dem Gebiete der Bündnistreue sicher nicht. Gerade wegen der außerordentlichen Wichtigkeit von Bündnisbeziehungen in Friedenszeiten war der Rückversicherungsvertrag so wertvoll, denn jeder der europäischen Staaten hatte so ein schweres Risiko in teils unbestimmter Form vor sich, und alle diese Risikos lagen in der Hand Bismarcks.

Es ist also sachlich unzutreffend, wenn gesagt wird, Bismarck habe durch den Rückversicherungsvertrag Rußland isoliert und seine Politik lahmgelegt oder von Deutschland abhängig gemacht. Das Gegenteil war richtig: der Rückversicherungsvertrag gab Rußland die wohlwollende Neutralität seines Grenznachbarn Deutschland — und damit de facto auch die wohlwollende Neutralität Österreich-Ungarns — in einem Kriege mit Großbritannien, derjenigen Macht, welche Rußland als den Gegner

der Zukunft betrachtete, und zwar als einen gefährlichen. Umgekehrt sah sich Großbritannien für einen solchen Fall jetzt gewissermaßen einem einigen Europa gegenüber, denn mit Frankreich befand es sich in einer Periode fortgesetzter Kolonialstreitigkeiten, außerdem war Frankreich eben durch die Einigung der beiden Kaisermächte in politische Abhängigkeit geraten. Daher auch die Anstrengungen der französischen Staatsmänner, die deutsch-feindlichen Strömungen in Rußland und die Orientbestrebungen der russischen Politik zu benutzen, um aus dieser unangenehmen Lage heraus zu gelangen. Bismarck kannte genau die Umtriebe auf beiden Seiten, war auch über die russische Truppenanhäufung an der Grenze orientiert, die er für ein diplomatisches Druckmittel im Falle einer Orientkrisis hielt, nicht aber für eine Bedrohung der deutschen Grenzen in Übereinstimmung mit französischen Angriffsabsichten. 1888 sagte er, er habe noch das gleiche Vertrauen zur russischen Politik, „das alles (jene für viele Deutsche beunruhigenden Symptome und Pressetreibereien) wiegt federleicht gegen die Autorität des Kaisers von Rußland".

Ein Jahr vorher hatte das Moskauer Blatt Katkows geschrieben: Eine russisch-französische Allianz brauche keinen geschriebenen Vertrag, sie werde bei jedem Angriff gegen Deutschland von selbst in Kraft treten. Es folgte die russische Prohibitivzollpolitik gegen Deutschland, Bismarck verbot darauf die Lombardierung russischer Werte; die gewaltsame Russifizierung der Ostseeprovinzen griff in brutaler Form Platz, die russischen Truppenverschiebungen nach den deutschen und österreichischen Grenzen nahmen zu. Zugleich hatte das Jahr, wie erwähnt wurde, die ersten bindenden französisch-russischen Verhandlungen gebracht. Alles wog aber „federleicht" für Bismarck gegen die Autorität des Kaisers von Rußland und, wie in Parenthese dabeistand, gegen die Tatsache des geheimen Rückversicherungsvertrages. Solange dieser bestand und solange die politische Lage, vor allem das englisch-russische Verhältnis, diesen Vertrag für Rußland nötig machte, — solange konnte Bismarck sich durch alle jene Vorgänge und Treibereien in seinem Vertrauen zu letzten Entschlüssen der russischen Politik nicht beunruhigt fühlen. Man kann deshalb seine Worte vom „Vertrauen" usw. als aufrichtig gemeint ansehen, zumal er auf der anderen Seite durch die Militärvorlage und das Wehrgesetz allen militärischen Möglichkeiten Rechnung trug und den Gedanken des Zweifrontenkrieges gleichsam zu einem offiziellen Begriffe gemacht hatte.

Das Jahr 1889 kam heran, und es folgte die letzte Unterredung Bismarcks mit dem Zaren Alexander in Danzig. Wie Bismarck erzählt und wie Jahre vorher die deutsche und österreichische Presse feststellte, brachte auch diese Unterredung wie die von 1887 das Ergebnis vollen und ausgesprochenen Vertrauens des Zaren zu Bismarcks Politik. In den fran-

zösischen Darstellungen jener Periode wird von diesem Besuche betont, er habe nichts an der unaufhaltsam sich vollziehenden russisch-französischen Annäherung ändern können. Wenn damit eine Erfolglosigkeit festgestellt werden soll, so geht diese Kritik am Ziele vorbei, denn darum handelte es sich gar nicht und konnte es sich nicht handeln. Man darf vielmehr annehmen, daß für Bismarck nach wie vor als Hauptpunkt die erneute Feststellung der Friedensliebe des russischen Selbstherrschers in Betracht stand. Wenn der Zar, und das war der Fall, ihm versicherte, er werde weder Deutschland angreifen, noch an einem Angriffe auf das Deutsche Reich teilnehmen, stehe also nach wie vor auf dem Boden des Rückversicherungsvertrages, so genügte das Bismarck genau ebenso, wie es dem Zaren genügte, daß Bismarcks Politik im Hinblick auf Großbritannien und dessen Verhältnis zum Dreibunde weder dem Wortlaute des Rückversicherungsvertrages, noch den russischen Lebensinteressen überhaupt zuwiderlaufen würde. Das einfache Wort des Zaren war genügend, denn neben der Unbeschränktheit seiner Macht war er friedliebend. Daß Bismarcks Vertrauen kein blindes war, und daß der große Kanzler die antideutsche und antiösterreichische Strömung in Rußland sah und nicht geringschätzte, ist selbstverständlich. Wenn er öffentlich sein Vertrauen zum Zaren so betonte, so stärkte er damit umgekehrt das Vertrauen des Zaren zum Leiter der Politik des Deutschen Reiches.

Bismarck hat verschiedene Male erzählt, wie Zar Alexander bei jener letzten Begegnung mit dem Ausdrucke des Vertrauens zur Politik und zur Person des Fürsten die zweifelnde Frage verbunden habe, ob er sicher sei, noch längere Zeit im Amte zu bleiben. Bismarck habe dies versichert. Im folgenden Jahre 1890 stand schon die Wiedererneuerung des russisch-deutschen Neutralitätsvertrages in Frage. Zieht man das in Betracht, so gewinnt jene Frage des Zaren erst ihre bedeutende Beziehung. Sie wird ergänzt durch die seinerzeit in der russischen, deutschen und österreichischen Presse behauptete Tatsache, daß Anfang des Jahres 1890 während der Kanzlerkrisis der russische Botschafter zu Berlin, Graf Schuwalow, Bismarck aufsuchte und bei ihm die Verlängerung des Vertrages in Anregung brachte, jedoch Bedenken für den Fall äußerte, daß ein Personenwechsel im Kanzleramte stattfinden würde. Wenige Monate nachher trat der Kanzlerwechsel ein. Graf Schuwalow nahm trotz seiner Bedenken wieder die Initiative, fand aber bei dem neuen Reichskanzler, Grafen Caprivi, keinen Anklang. Der Neutralitätsvertrag wurde nicht erneuert und lief im Sommer 1890 stillschweigend ab. Fürst Hohenlohe schreibt in seinen Denkwürdigkeiten: Caprivi habe ihm damals gesagt, daß das Bekanntwerden des russisch-deutschen Vertrages den Dreibund gesprengt haben würde, und er ihn deshalb nicht erneuert hätte. Caprivi

hätte außerdem über den Inhalt des Vertrages gesagt: „Wir hätten Rußland freie Hand in Bulgarien und Konstantinopel garantiert gegen die russische Verpflichtung, in einem deutsch-französischen Kriege neutral zu bleiben.“ Hohenlohe bemerkt dazu: „Ich fürchte, daß uns Österreich das nicht danken wird“, und führt das damalige Wort Schuwalows an: Caprivi habe als „trop honnête homme“ gehandelt. Man wird sich dieser Ansicht Schuwalows heute noch anschließen müssen. Was übrigens jene „Garantie“ deutscher Neutralität für weitaussehende russische Balkanunternehmungen anlangt, so war sie schwerlich im Vertrage enthalten, sondern hätte höchstens eine speziale Anwendung des Vertrages in gewissen Fällen der Praxis bedeutet. Nach den Ansichten, die Bismarck auch in seinen „Gedanken und Erinnerungen“ über die Behandlung russischer Orientpolitik geäußert hat, ist möglich, daß die Caprivische Angabe richtig war. Zieht man die weitere Konsequenz, so geht daraus aber noch keineswegs eine Gefährdung oder Schädigung Österreich-Ungarns hervor, sondern dieser unser Bundesgenosse hätte am Balkan sehr wohl auf seine Kosten kommen können. Diejenigen europäischen Großmächte, welche sich dann mit Grund als schwer geschädigt angesehen haben würden, waren nicht Österreich-Ungarn, sondern wiederum Großbritannien und Frankreich.

## Zwei neue Mächtegruppen.

Die britische Politik hatte alles Interesse, einen europäischen Zustand abzuändern, der Großbritannien isoliert hielt und es in einer Weise auf den Dreibund anwies, die um so hinderlicher war, als es in keiner politischen Frage die Unterstützung irgendeiner anderen europäischen Macht erhalten konnte. Man braucht nur die kolonialen Reibereien zwischen Deutschland und England während der achtziger Jahre zu verfolgen, um den Beweis hierfür zu haben. Großbritannien gab, sei es früher oder später, so gut wie ausnahmslos nach. Bekannt ist die Abbitte, welche Lord Granville im März 1885 im Oberhause an die deutsche Regierung mit ihren Kolonialbestrebungen richtete. Für den Ton, in dem Bismarck zu jener Zeit mit der britischen Regierung verkehren konnte, ist jene Instruktion für den deutschen Botschafter in London, Grafen Münster, charakteristisch: „Unser Verhalten muß darauf gerichtet sein, in Deutschland den Eindruck zu verhüten, als ob wir dem in der Tat aufrichtig vorhandenen Wunsche des guten Einvernehmens mit England vitale Interessen Deutschlands opfern könnten.“ Die Objekte seiner Kolonialpolitik bezeichnete Bismarck also schon im Jahre 1884 als „vitale Interessen“ Deutschlands!

Man hat sich heute bei uns, besonders in den Kreisen der fanatischen Bismarckverehrer, bisweilen in den Glauben eingesponnen, daß der allgemeine Respekt vor Bismarck und seiner bekannten Entschlossenheit zur Tat allein genügt hätte, um Großbritannien zum fortgesetzten Nachgeben zu bringen. Daran pflegt dann die Folgerung geknüpft zu werden: auch der nachbismarckische Staatsmann brauche nur angesichts irgendeiner Frage den rücksichtslosen Willen zur Tat zu zeigen, um Erfolg zu erzielen. Daß hierin ein Korn Wahrheit liegt, braucht nicht bewiesen zu werden, aber die Stärke der Bismarckschen Position war vor allem doch in der tatsächlichen politischen Lage enthalten, die seine Weisheit und Umsicht in Europa allmählich geschaffen hatten. Ohne dies würde er, besonders in jener Zeit völliger Ohnmacht des Deutschen Reiches zur See, auch durch allerbestimmtestes Auftreten und rücksichtslosen Willen zur Tat von den nüchternen Staatsmännern jenseits der Nordsee sicher wenig erreicht haben. Die empfindlichsten Punkte Großbritanniens: Indien, Ägypten, der Orient und Mittelasien, waren durch die von Bismarck in Europa geschaffene Mächtegruppierung und das die Mächte verbindende oder ausschließende Vertragsnetz in gefährlicher Weise exponiert worden. Daher schrieb sich die bisweilen beinahe ängstlich anmutende Nachgiebigkeit der britischen Staatsmänner gegenüber den Wünschen des Großmeisters der europäischen Politik, der alle Fäden in der Hand hielt und Deutschlands Rücken für jede praktisch denkbare Eventualität gedeckt hatte.

Nimmt man hierzu die bekannten persönlichen Abneigungen des Londoner Hofes gegen Bismarck, so bedarf es keiner besonderen Begründung, daß von England aus alles Denkbare getan wurde, um zur Unterwühlung von Bismarcks Stellung zu arbeiten. Das ist während der neunziger Jahre oft in Abrede gestellt worden, und der Reichskanzler v. Caprivi nahm schon in seinen ersten Reden Stellung dagegen. Nach seiner Persönlichkeit kann man annehmen, daß er guten Glaubens war und überzeugt, die Verhältnisse rein sachlich zu würdigen. Im Lichte der tatsächlichen Zusammenhänge aber halten solche Annahmen nicht stand. England hatte allen Grund zu wünschen und zu erstreben, daß Bismarck verschwände und mit ihm der deutsch-russische Neutralitätsvertrag. Von diesem und vom Termine seines Ablaufes oder seiner Erneuerung hatte man um die Jahre 1889/90 in England Wind bekommen.

General v. Caprivi — die Annahme liegt jedenfalls nahe — wird von London her die Suggestion auf sich haben wirken lassen, daß der deutsch-russische Rückversicherungsvertrag eine Illoyalität gegen Österreich-Ungarn und eine Gefahr für das Bestehen des Dreibundes bedeute. Es ist sonst schlechthin unverständlich, wie auf einmal diese Auffassung in den hohen politischen Kreisen des Deutschen Reiches Boden gewinnen

konnte. Alle Zeichen weisen hier nach England hinüber, sogar die These „vom gefährdeten Dreibunde“, denn England stand gerade in jener Zeit dem Dreibunde außerordentlich nahe. Es wäre also für den gutgläubigen Caprivi nicht einmal überraschend gewesen, wenn etwa englische Staatsmänner, so der damalige Botschafter in Berlin, Sir E. Malet, sich mit Besorgnis über die Möglichkeit der Gefährdung des England so teuren Dreibundes geäußert hätten.

Die britischen Staatsmänner wollten für die indischen Grenzen und den Orient Luft haben und deshalb Rußland die deutsche Rückendeckung nehmen, sie wollten von der ägyptischen Sorge wenn nicht befreit, so wenigstens erleichtert werden und die europäische Einmütigkeit in dieser Frage durch einen stärker betonten Gegensatz Rußland-Deutschland aufheben; die französisch-russischen Annäherungsstadien waren ihnen natürlich genau bekannt. Sie hofften schließlich, zu einer Revision der von Bismarck, als vorläufig, getroffenen englisch-deutschen Abmachungen über Afrika zu gelangen.

Bismarck ging, und unmittelbar setzte der Umschwung der deutschen Politik ein. Der Reichskanzler v. Caprivi war sofort entschlossen, die Rückversicherung mit Rußland aufzugeben und das Steuer seiner Politik nach Großbritannien hin zu wenden. Caprivi hat zweifellos nach einem subjektiv klaren und vollständigen Programme gehandelt, keineswegs, wie es häufig dargestellt wird, gewissermaßen in Unüberlegtheit und dilettantischer Ungeschicklichkeit. Anscheinend erstrebte der zweite deutsche Kanzler ein Verhältnis zwischen dem Deutschen Reiche und Großbritannien, das man etwa als ein solches gegenseitiger Ergänzung bezeichnen könnte; Ergänzung durch das stärkste Heer einerseits, die stärkste Flotte anderseits. Von Großbritannien aus hatten schon im Jahre vorher zielbewußte Bemühungen nach dieser Richtung eingesetzt. Als Kaiser Wilhelm II. im August 1889 zu einer Flottenschau nach England gereist war, wurde ihm der Titel eines Admiral of the Fleet verliehen. Nach der Flottenschau hielt der Prinz von Wales, nachmals König Eduard VII., während des Bankettes eine Rede, in der die Sätze vorkamen: Der Deutsche Kaiser habe die größte Flotte, welche England jemals in seiner Geschichte zusammengebracht habe, besichtigt. In unserer Zeit müsse jedes Land auf alle Möglichkeiten vorbereitet sein, und er, der Prinz von Wales, sei überzeugt, daß die große deutsche Armee und die britische Flotte dazu dienen würden, den Frieden der Welt zu wahren! —

Einige Tage später nahm nach einer Manöverübung englischer Landtruppen Kaiser Wilhelm Gelegenheit, daran zu erinnern, wie in den Schlachten bei Malplaquet und Waterloo preußisches und britisches Blut für eine gemeinsame Sache vergossen worden sei. Das Organ des eng-

lischen Premierministers, Lord Salisbury, die „Morning Post", schrieb eben damals: „Weder England noch Deutschland denken an einen Krieg, aber beiden Ländern wird täglich einleuchtender, daß, wenn ihnen der Krieg aufgedrängt wird, sie zusammen stehen oder fallen müssen; es bedarf deshalb keines papiernen Bündnisses zwischen ihnen."

Nach der kurz skizzierten europäischen Lage hatte Großbritannien allein Anlaß, in so dringlichen Andeutungen zu sprechen. Das Deutsche Reich befand sich nicht in einer Notlage, — solange die Rückversicherung mit Rußland bestand.

Am 16. August, als die Erinnerung an die Schlacht bei Vionville im Kasino des 1. Garde-Dragoner-Regiments Königin Viktoria von Großbritannien und Irland gefeiert wurde, waren der Deutsche Kaiser und die Mitglieder der britischen Botschaft zu Berlin anwesend. Der englische Geschäftsträger hielt eine Rede und sagte: „Er werde niemals die Ehre vergessen, zu einem Feste eingeladen zu sein zu Ehren eines der bedeutungsvollsten Ereignisse der Geschichte. Deutschland und Großbritannien seien durch die ältesten Bande der Stammesgemeinschaft vereint und seien von den frühesten Anfängen ihrer nationalen Existenz in fortgesetzter Allianz gewesen. Zu Lande und zur See gingen sie jetzt Hand in Hand zur Erhaltung des Friedens und zur Förderung des Fortschrittes der Kultur in allen Weltgegenden!"

Es handelte sich also in keiner Weise um Improvisationen oder um „impulsive" Festreden, sondern um Bekundungen einer sehr ernsthaften politischen Annäherung. Das Zusammengehen „in allen Weltgegenden" mag sich mit auf die ostafrikanische Blockade bezogen haben, wo ein deutsches und ein britisches Geschwader in enger Verbindung miteinander operierten.

Wie ernst man in Großbritannien damals die Lage des Inselreiches ansah, ergibt sich daraus, daß im Jahre 1889 jene große, für damalige Zeit beispiellose Flottenvorlage — der Naval Defence Act — bewilligt und ihm der sogenannte Zweimächtemaßstab, bezogen auf die französische und die russische Flotte, zugrunde gelegt wurde.

Im Unterhause aber tat das Parlamentsmitglied Labouchère die bedeutsame Frage: ob Großbritannien seine Hilfe in verbindlicher Weise an Italien zugesagt habe. Die Regierungsvertreter gaben hierauf keine Antwort.

Vielfach wird gerade diese wichtige Tatsache vergessen: Jene beiden Reden wurden vor der oft genannten Rede gehalten, welche Kaiser Wilhelm II. am 22. März 1890 zu Berlin hielt, als dort der spätere König Eduard VII. zum Besuche weilte. Fürst Hohenlohe erzählte die Geschichte und sagt: Der Kaiser habe die Uniform eines englischen Admirals ge-

tragen, die Waffenbrüderschaft in der Schlacht bei Waterloo erwähnt und gesagt, er hoffe, daß die deutsche Armee mit der englischen Flotte zusammen den Frieden erhalten werde. Der alte Moltke, der zugegen war, habe dann zu Hohenlohe gesagt: „Ein politisch Lied, ein garstig Lied“, und der Hoffnung Ausdruck gegeben, die Rede werde nicht in der Zeitung erscheinen. Nach dem Vorgange von 1889, wo der Prinz von Wales, nicht der Deutsche Kaiser, zuerst gerade diesen Ton angeschlagen hatte, gewinnt dessen Tischrede von 1890 ein ganz anderes Ansehen. Hauptsächlich fällt aber ins Gewicht, daß damals Bismarck noch im Amte war und sein Sohn Herbert die Innigkeit des deutsch-englischen Verhältnisses Crispi gegenüber ausdrücklich billigte. Die erwähnte Auslassung des Organs Lord Salisburys, der „Morning Post“, bestärkt diese Auffassung. Alles in allem erscheint hiernach die Ansicht nicht mehr haltbar, daß die Rede des Kaisers sich gegen Rußland gerichtet hätte, um so weniger, als er im August desselben Jahres als Gast des Zaren über Reval nach Narva ging. Weiter dürfte in Betracht kommen, daß damals, am 22. März 1890, weder der Rückversicherungsvertrag verfallen, noch der deutsch-englische Vertrag über Helgoland und Sansibar usw. geschlossen worden war. Dieser (am 17. Juni 1890 geschlossen) erregte allerdings starke Mißstimmung in Rußland und die Besorgnis derjenigen sehr engen Kreise in Rußland, welche um den Rückversicherungsvertrag wußten. Die andern erblickten im Helgolandvertrage einfach ein bedrohliches Zeichen deutsch-englischer Annäherung. Insbesondere die panslawistische Presse in Rußland gab der Ansicht Ausdruck, daß hinter den deutsch-englischen Abmachungen mehr stecke als man annehme.

Der Besuch des Kaisers in Rußland fiel denn auch ziemlich kühl aus, nur ganz kurze Trinksprüche wurden gewechselt, und die russische Presse erklärte gleichzeitig: die politische Lage sei nach dem Kaiserbesuche genau dieselbe wie vorher, die tatsächlichen Beziehungen Rußlands zu Frankreich würden dadurch nicht im mindesten geändert. Der Zar zog nach langem Zögern jetzt Frankreich gegenüber die Konsequenzen aus der neuen Lage: der Präsident der französischen Republik und der Minister des Auswärtigen erhielten hohe russische Orden, der russische Generalstabschef reiste nach Frankreich, der französische Kriegsminister Ferron redete auf: „die große tapfere russische Armee, die keine Koalition zu fürchten habe, die Schwesterarmee“ ... Eine weitere russische Anleihe in Frankreich im Betrage von 400 Millionen Franken kam zustande. Kurz, die Würfel waren gefallen.

Zar Alexander und seine Staatsmänner waren der Ansicht, daß man nunmehr zu bestimmten Abmachungen mit Frankreich kommen müsse. Im Jahre 1891 wurde die politische Entente zwischen den beiden Mächten

schriftlich formuliert und unterzeichnet. Admiral Gervais trat an der Spitze eines Geschwaders die Reise nach Kronstadt an, unmittelbar nachdem der Deutsche Kaiser in England einen Besuch gemacht hatte. Der Empfang der Franzosen in Kronstadt und in Peterhof spielte sich unter demonstrativer Herzlichkeit und sogenannter Begeisterung ab. In Peterhof hörte der Zar stehend den Mordgesang der französischen Revolution, die Marseillaise, an und trank auf das Wohl des Präsidenten der französischen Republik. Der Zar telegraphierte an den Präsidenten Carnot: „Die Anwesenheit des glänzenden französischen Geschwaders, das in diesem Augenblick in Kronstadt ankert, ist ein neues Zeugnis für die tiefen Sympathien, welche Frankreich und Rußland einen.“ Der Präsident der Republik bediente sich in seiner Antwort genau derselben Redewendung: „Tiefen Sympathien, welche die beiden Länder einen.“

Ein russisch-französisches Bündnis war weder geschlossen worden, noch wurde es damals geschlossen. Die neue Etappe, welche Admiral Gervais' Geschwaderreise zum Ausdruck brachte, war der schriftliche Abschluß der Entente zwischen den beiden Mächten, durch welche ihr vorheriges unverbindliches Freundschaftsverhältnis das politische Rückgrat erhielt. In Frankreich erregte der Besuch ungeheure Begeisterung, und der Minister Constant bezeichnete die neue Lage nicht unrichtig, als er „die vollständige Wiederaufrichtung des Landes, sozusagen den Wiedereintritt Frankreichs in die Welt“, feststellte. Die Tage der französischen Isolierung waren nicht nur vorüber, sondern auch die Zeiten, wo keine Großmacht mit dem geschlagenen, niedergeworfenen Lande, dessen innere Zustände Mißtrauen und dessen Ohnmacht Bedenken einflößten, sich in nähere Verbindung einlassen wollte. Man hat viel über die Ausdrücke französischer Freude und Begeisterung in den Zeiten des Russentaumels gespottet. Sicher war die Zeit voll von Übertreibungen, und das lebhafte, an den Wunden seines Ehrgeizes und seiner Eitelkeit leidende, rachedurstige Volk war in seinen Äußerungen weder wählerisch, noch kannte es Grenzen. Darüber kann aber kein Zweifel sein: Grund hatten die Franzosen zur Zufriedenheit und zum Jubeln.

Die neue Republik war als bündnisfähige Großmacht nunmehr anerkannt, die französischen Staatsmänner, vor allem Ribot und de Freycinet konnten die Früchte ihrer geschickten, ausdauernden und vor allem geduldigen Arbeit endlich unter Dach bringen. Geduldig war diese Arbeit wahrlich gewesen, besonders seit Mitte der achtziger Jahre hatte man sich weder durch den Widerwillen des Zaren, noch durch das Bismarcksche Übergewicht, noch durch die fortwährenden Katastrophen im Innern Frankreichs vom Ziele abbringen lassen, mit Rußland in feste Beziehungen zu gelangen. Jeder Anlaß war benutzt worden. Jules Ferry hatte um

die Mitte der achtziger Jahre erfolgreich seinen Einfluß aufgeboten, um Rußland in der Verwaltung der ägyptischen Schulden Platz und Stimme zu besorgen, de Freycinet benutzte die bulgarische Krisis, um Rußland diplomatische Dienste zu erweisen.

Schließlich kam ein wichtiger und einflußreicher Helfer noch von einer dritten Seite: der Papst ließ seinen Staatssekretär, den Kardinal Rampolla, eine Vatikanpolitik machen mit dem Endzwecke, durch Annäherung an Frankreich Rom wiederum in den Besitz des Papstes zu bringen. Wie verfehlt diese vatikanische Politik in sich auch war, sie stützte sich auf das schlechte französisch-italienische Verhältnis und leistete Frankreich erhebliche Dienste durch die Anerkennung, welche der Papst damit der neuen Republik, als der am meisten geliebten Tochter der Kirche, zuteil werden ließ. Der Kardinal Lavigerie wählte zu seiner Tafelmusik die Marseillaise. Crispi hatte schon 1889 im Parlamente ausgerufen: „Unser Feind ist nicht Österreich, sondern der Vatikan." Der Politik des Papstes, die zum Bruch treiben wollte und die stärksten Mittel, darunter das zeitweilige Verlassen Roms, androhte, erwiderte Crispi durch den Kardinal Hohenlohe: Rom könne ja der Papst verlassen, wenn er durchaus wolle, aber er möge sich vorher klarmachen, daß weder er noch einer seiner Nachfolger dann jemals nach Rom zurückkehren und daß die katholische Kirche unsäglichen Schaden davon haben werde.

Frankreich nahm dieses vatikanische Entgegenkommen freundlich auf und verwandte es nutzbringend. Es war von ernster politischer Bedeutung, als der Papst die französischen Katholiken ausdrücklich anwies, nunmehr auch der Republik als der ihr von Gott gesetzten Obrigkeit zu gehorchen.

Zwischen Frankreich und Italien war die Erbitterung, verschärft durch den Zollkrieg, hoch gestiegen. Als 1891 der Dreibund auf weitere sechs Jahre erneuert worden war und vom Ministerpräsidenten Rudini im Parlament besprochen wurde, konnte dieser hinzusetzen: über den Status quo im Mittelmeere wäre seinerzeit mit bestem Erfolge mit England verhandelt worden. Das gleiche wurde aus England bestätigt, dagegen legte die britische Regierung Wert auf die Erklärung, daß sie keine förmlichen Dreibundsverpflichtungen eingegangen sei, auch keinen mit der Dreibundspolitik verbundenen Schritt getan habe. Der Unterstaatssekretär Fergusson erklärte sogar: in einem deutsch-französischen Kriege würden in erster Linie Englands nationale Interessen zu Rate gezogen werden. Den Italienern war diese englische Stellungnahme nicht überraschend, noch beunruhigend, zumal sie wußten, daß im Mittelländischen Meere Italiens und Großbritanniens Interessen teils einander deckten, teils gleichlaufend waren.

Einen anderen, weniger günstigen Eindruck mußten die Erklärungen

Fergussons in Deutschland machen. Ist es gleich an und für sich eine Selbstverständlichkeit, daß jede Macht ihre eigenen Interessen an die erste Stelle setzt, so lag in der durch eine Anfrage hervorgerufenen ausdrücklichen Stellungnahme des britischen Unterstaatssekretärs doch ein gewisses Abrücken vom Dreibunde, auch die Absicht, zu verhindern, daß andere Mächte Großbritannien mit dem Dreibunde identifizierten. Hält man die Monarchenreden auf englischem und auf deutschem Boden (1889/90) dagegen, so ist der Eindruck nicht hinwegzuweisen, daß innerhalb jener kurzen Zeit eine Änderung in der britischen Haltung eingetreten war. Sie bedeutete nur eine Schattierung freilich, die englisch-deutsche Freundschaft bestand weiter, aber eben diese Schattierung war von symptomatischer Wichtigkeit. Großbritannien hatte den großen — im Sinne des Wortes epochemachenden — Erfolg erreicht: Deutschland an sich gezogen, Rußland die deutsche, Deutschland die russische Rückendeckung genommen zu haben. Diese Tatsachen waren da und nicht mehr rückgängig zu machen, also konnten die britischen Staatsmänner die bisher nach außen gezeigte Haltung völliger Solidarität mit den Dreibundmächten ein wenig abschwächen. 1890 hatte man mit Frankreich das Abkommen über Sansibar-Madagaskar abgeschlossen; außerdem erhielt Frankreich den Westen der Sahara bis zum Nordrande des Tschadsees und damit unmittelbare Verbindung zwischen Algier und Senegambien. Auch diese Verträge bedeuteten eine Annäherung zwischen den beiden Mächten und eine weitere Verwischung englischer Parteinahme zwischen Frankreich und dem Deutschen Reich.

Den Aufforderungen der Pforte, Ägypten zu räumen, entsprach England nicht. Lord Salisbury erklärte, er wolle erst „das Werk vollenden“. Im selben Jahre fand die Konversion der ägyptischen Schuld statt. Während die Pforte hier nur Abweisung, Druck und latenter Feindlichkeit begegnete, hatten die beiden ersten Regierungsjahre Kaiser Wilhelms II. eine entschiedene und viel bemerkte Annäherung der deutschen Politik an die Türkei gebracht. Schon im Herbste seines zweiten Regierungsjahres benutzte Kaiser Wilhelm II. die Hochzeit seiner Schwester, der Prinzessin Sophie, mit dem Kronprinzen von Griechenland, um nachher den Sultan in Konstantinopel zu besuchen. Dieses Ereignis erregte unter zweifachem Gesichtspunkte großes Aufsehen: Der Herrscher des Deutschen Reiches behandelte den Sultan freundschaftlich und auf gleichem Fuße; ferner: das Deutsche Reich, das bisher den Orientdingen mit stark betonter Zurückhaltung gegenübergestanden hatte, trat in tätige Beziehungen zu dem vermeintlich so kranken Manne Europas.

Der Zar Alexander III. hatte im Frühjahr des Jahres 1888 allerdings dem Konstantinopler Besuchsplane Kaiser Wilhelms II. mit Miß-

trauen gegenübergestanden. Er richtete an Bismarck die Frage: „Et Constantinople?“ Bismarck versicherte dem Zaren, daß die Reise nichts bezwecke, nicht auf Änderung des Status quo im Orient ziele, damit schien das Mißtrauen Zar Alexanders beschwichtigt. Deutscherseits wurde ausdrücklich die Erhaltung der Türkei proklamiert. Im selben Jahre folgte die erste Konzession an eine deutsche Gesellschaft zum Bau und Betriebe anatolischer Eisenbahnlinien Ismid-Angora, mit dem Vorzugsrechte nach Diarbekr und Bagdad. 1890 kam ein türkischer Handelsvertrag.

Die in jenen Jahren von Caprivi geschlossenen Handelsverträge können hier nur in ihrer Wirkung nach außen kurz gestreift werden. Dem Kanzler und dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Freiherrn v. Marschall, schwebte das Ziel vor, mit der Wirtschaftspolitik, die sie als nützlich für das eigene Land betrachteten, eine günstige politische Wirkung auf die uns politisch nahestehenden Mächte, vornehmlich Österreich-Ungarn und Italien, zu verbinden. Diese Wirkung trat nicht ein. Zur Abhängigkeit, in die Deutschland wirtschaftlich durch die Handelsverträge von anderen Mächten gelangte oder zu gelangen drohte, trat das politisch nachteilige Ereignis, daß diese, wie Bismarck sie nannte, „wirtschaftlichen Trinkgelder“ die deutsche Stellung politisch schwächten und schwächen mußten. Mit Rußland konnte man sich zunächst längere Zeit nicht einigen, es kam zum Zollkriege, und in diesem gab Caprivi schließlich nach, obgleich ersterer Rußland mehr schadete als Deutschland. Nachdem man den Handelskrieg einmal begonnen hatte, hätte er auch durchgeführt werden müssen.

Das Verhältnis zu Rußland konnte sich nach den Geschehnissen der Jahre 1890 und 1891 nicht über die Atmosphäre äußerster Kühle erheben. Den Besuch Kaiser Wilhelms in Narva hatte man in Rußland so aufgenommen und wohl auch dem Zaren diese Ansicht beigebracht: der Deutsche Kaiser wolle nunmehr, nachdem er Rußland Großbritannien gegenüber isoliert habe, es zum Aufgeben seiner neugewonnenen Beziehungen mit Frankreich bewegen. Man kann nicht annehmen, daß Kaiser Wilhelm gerade in jener ersten Maienblüte des Zweibundes geglaubt hätte, er würde durch Anstreben eines solchen Zieles anders in Rußland wirken, als verstimmend. Sein Ziel wird gewesen sein, freundliche Beziehungen zu unterhalten oder wieder anzuknüpfen, wenn sie etwa eine Unterbrechung erfahren hatten. Das persönliche Verhältnis der beiden Kaiser ist einwandfrei nicht darzulegen. Nur das ist zweifellos, daß man mit steigendem Erfolge versucht hat, auf dem Wege politischen und persönlichen Klatsches so viel Mißtrauen zwischen ihnen zu säen wie möglich. Beide haben sich einander getäuscht, weil sie übereinander getäuscht worden sind. Wie in Rußland eine starke Strömung vorhanden war, für die das Bündnis mit Frankreich Krieg mit Deutschland bedeuten sollte, so gab es

auch in Deutschland Politiker und sehr einflußreiche Militärs, die einen Krieg mit Rußland für unvermeidlich hielten und der Ansicht waren, man solle nicht warten, bis es mit seinen Rüstungen ganz fertig sei. Weder der Zar noch der Deutsche Kaiser wollten einen Krieg, jeder glaubte sich durch Pläne des anderen bedroht. Der Zar wurde darin naturgemäß von seinen dänischen Verwandten und von Frankreich aus bestärkt, während der mit einer dänischen Prinzessin verheiratete Prinz von Wales, der nachmalige König Eduard VII., mindestens keinen Grund hatte, Mißtrauen zwischen Deutschland und Rußland zu hindern oder zu zerstören. Einen tatsächlichen Grund zur Verstimmung gab dem Zaren freilich die Polenpolitik Caprivis. Ohne von der inneren Bedeutung dieser Politik reden zu wollen, war sie nach außen, einmal Rußland gegenüber, ungefähr das Schädlichste, was der deutsche Kanzler tun konnte. Caprivi machte sich das alte, unheilvolle Vorurteil mancher seiner Vorgänger in Preußen zu eigen: er wollte die Polen durch „Wohlwollen gewinnen", sie durch Zugeständnisse und Vorzugsbehandlung zu guten Preußen und Deutschen machen. Ja, er betrachtete sie geradezu als ein Bollwerk Preußens gegen Rußland. Die Wirkung auf die russischen Polen und auf die österreichischen braucht nicht erörtert zu werden. Der Zar und seine Regierung aber mußten die Caprivische Polenpolitik als eine im politischen Sinne unfreundliche Handlung des Deutschen Reiches gegen Rußland betrachten, eine Handlung, die gerade an einem der empfindlichsten Punkte des Russischen Reiches und der russischen Politik einsetzte. Unter diesen Verhältnissen konnten die Bemühungen Kaiser Wilhelms, nach dem Verfallenlassen des Neutralitätsvertrages und während des Zusammengehens mit Großbritannien in ein freundliches Verhältnis zu Rußland zu gelangen, nicht von Erfolg begleitet sein.

Die Franzosen täuschten sich in jenen Jahren über die Richtung der russischen Politik und die Sinnesrichtung des Zaren. Die Friedensliebe Frankreichs wurde damals wie später immer wieder betont, aber daneben — und wie hätte es auch anders sein können? — klang der Revanchegedanke durch. Die Franzosen glaubten, daß Rußland allen Anlaß habe, mit Frankreich zusammen Deutschland und Österreich-Ungarn anzugreifen, und daß ein solcher Krieg die Wahrscheinlichkeit des Erfolges für sich haben werde. Die Zeit von 1887 bis in die neunziger Jahre hinein war von Zwischenfällen und von schweren inneren Krisen in Frankreich angefüllt, bei deren jeder die europäischen Großmächte die Beantwortung der Frage: Krieg oder nicht Krieg, als vom Zufall abhängig ansehen mußten. Ob diese Zwischenfälle und Krisen sich nun Schnäbele nannten oder Boulanger oder Lohengrin, oder ob es sich um den bedauerlichen Besuch der Kaiserin Friedrich in Paris handelte: immer lag die brennende Lunte dicht

neben dem offenen Pulverfasse. Dabei konnte naturgemäß nicht ohne Wirkung bleiben, daß auf dem Platze Bismarcks Caprivi stand. Was Wunder, wenn der Wunsch den Gedanken zeugte, wenn man sich über die Sinnesrichtung des Zaren täuschte und glaubte, Alexander III. werde das „Gleichgewicht Europas“ wiederherstellen, indem er das Schwert Rußlands zöge, um Frankreich Elsaß-Lothringen zu erobern?

Im Jahre 1892 fand eine Reihe von Festen in Frankreich statt, auf denen die siegesgewisse Revanchestimmung zum unverhüllten Ausdruck kam. Der Großfürst Konstantin von Rußland erschien auf einem Turner- und Studentenfeste in Nancy um dieselbe Zeit, wo der Zar mit dem Deutschen Kaiser in Kiel eine flüchtige Begegnung hatte. In Nancy waren auch tschechische Turner erschienen, die sangen: „Und gäbe es so viel Deutsche wie Teufel in der Hölle, Rußland ist mit uns. Ist jemand gegen uns, Frankreich schmettert ihn zu Boden.“ Bei der Ankunft des Großfürsten entfaltete man eine Fahne mit der Inschrift: „Rußland, 1870“. Die Gedächtnisfeiern der großen Schlachten von 1870 riefen ähnliche Kundgebungen hervor, unter einer Beteiligung und mit einer Begeisterung, die keinen Zweifel über die Gespanntheit der Atmosphäre lassen konnte. Als schließlich im Herbste des Jahres die Jahrhundertfeier der Revolution stattfand und der Präsident Carnot im Pantheon erschien, sangen die Chöre, von der Musik begleitet, die Strophe aus der Marseillaise „Amour sacré de la patrie, soutiens, conduis nos bras vengeurs!“ (Geheiligte Liebe zum Vaterlande leite und stärke unseren Arm zur Rache.)

Bei einer solchen Stimmung und Willensrichtung war klar, daß man die in den französisch-russischen Reden und Depeschenwechseln ständig wiederholte „gemeinsame Aufrechterhaltung des europäischen Gleichgewichtes“ und die „Verteidigung gemeinsamer Interessen“ als eine „offensive“ Verteidigung auffaßte. Es ist bemerkenswert, daß die Entente von 1891 unter den Klängen des politischen Leitmotivs: Aufrechterhaltung des europäischen Gleichgewichtes, Verteidigung der gemeinsamen Interessen abgeschlossen wurde. Was sollte das bedeuten? Auf französischer Seite sicherlich einen Angriffskrieg gegen Deutschland bei erster Gelegenheit, denn die Franzosen erachteten das europäische Gleichgewicht durch das Deutsche Reich und seine Bündnisse, vor allem durch ein deutsches Elsaß-Lothringen, als gestört, und die Tatsache allein sei genügender Grund, um das „Gleichgewicht“ mit allen Mitteln wiederherzustellen. Über den Inhalt des damaligen Entente-Vertrages und des Bündnisses von 1893, welches auf der Grundlage der Abmachungen von 1891 und 1892 abgeschlossen wurde, ist nie etwas anderes verlautet, als daß der Vertrag diese Hauptmomente enthalte: Erhaltung des europäischen Gleichgewichtes bzw. dessen Wiederherstellung und gemeinsame Verteidigung gemein-

samer Interessen; Erhaltung des Friedens. Das sind also Grundlagen, die sehr viel breiter sind als die etwa des deutsch-österreichischen Bündnisses. Hier setzt das Eintreten des sogenannten Bündnisfalles den Angriff einer bestimmt bezeichneten dritten Macht voraus, die Bedingungen sind so genau bestimmt, wie es überhaupt im voraus möglich ist. Im Falle des russischen und französischen Bündnisses war aber, wie es scheint und wie es von sehr unterrichteten französischen Politikern und Schriftstellern bestätigt wird, der Spielraum und damit die Willkür der Auffassung und Auslegung ungleich größer. Was sind gemeinsame Interessen, wann erachtet man sie als bedroht, mit welchen Mitteln verteidigt man sie, mit welchen Mitteln erhält man einen Frieden, dessen Basis man nicht anerkennt? — Das waren Fragen, die ebenso nach Belieben beantwortet werden konnten wie die weitere: ob die gemeinsamen Interessen und die Erhaltung des europäischen Gleichgewichts nicht zweckmäßiger durch den Angriff verteidigt werden.

Wären Alexander III. und Nikolaus II. nicht persönlich friedliebend gewesen, so würde das Bündnis mit Frankreich schon viel früher Europa den Krieg gebracht haben, darüber kann kein Zweifel sein. In jener ernsten Zeit, Anfang des Jahres 1893, wo die Panamaskandale das Ansehen Frankreichs und seine innere Einheit schwer gefährdeten, war es nur eine natürliche Reaktion, daß in Frankreich Politiker, Soldaten und öffentliche Meinung wünschten, „die schmutzige Wäsche der Republik mit Blut zu waschen". Alexander III. aber dachte anders und war nach wie vor weit entfernt von Kriegswünschen: „Gott gebe Frieden, Ruhe und allseitiges Wohlergehen uns allen in der teuren Heimat!" Als Alexander im Anfange des gleichen Jahres 1893 den Grundstein zum neuen Hafen von Libau legte, da wies er auf die vielen im Baltischen Meere erfochtenen Siege der russischen Flotte hin und auf die Angriffe, die von hier aus auf die russischen Grenzen ausgeführt werden könnten. Er glaubte immer noch an die Möglichkeit eines deutschen Angriffes, und der Zollkrieg mit Deutschland, unter dem die russischen Verhältnisse schwer litten, erhöhte seine Abneigung und sein Mißtrauen.

Nach zweimaligem Aufschube erfolgte 1893 die Reise des Admirals Avellan nach Toulon, und die Entzückung der Franzosen stieg zum Gipfel. Reden wurden gehalten, Telegramme gewechselt, aber vom Bündnisse noch nicht gesprochen, aus dem einfachen Grunde, weil es noch nicht abgeschlossen war. Das Telegramm, welches der Zar beim Abschiede des Geschwaders von Toulon an den Präsidenten Carnot richtete, enthielt nur die verschieden deutbaren Wendungen: „Die Beweise lebhafter Sympathie, welche sich noch einmal in so beredter Weise gezeigt haben, knüpfen ein neues Band zu denjenigen, welche unsere beiden Länder vereinigen,

und werden, wie ich hoffe, beitragen zur Sicherung des allgemeinen Friedens als Ziel ihrer Bestrebungen und ihrer beständigen Wünsche." Der Präsident Carnot sprach in seiner Rede an Bord eines Panzerschiffes von der Freundschaft der beiden großen Nationen und dem durch sie gesicherten Weltfrieden. Eine zweite Auflage der Toulоner Feier fand unmittelbar darauf in Kopenhagen statt, wo der Zar wie jeden Herbst bei seinen dänischen Verwandten weilte.

Im Winter des Jahres 1893 waren die Bündnisverhandlungen tatsächlich abgeschlossen. Die Unterzeichnung des russisch-französischen Bündnisses erhielt Anfang März 1894 die Billigung des Zaren.

Am 15. März aber wurde zu Berlin das deutsch-französische Grenzabkommen über die Grenzführung zwischen dem deutschen Kamerungebiete und dem französischen Kongo unterzeichnet. Am Tage darauf ging im Deutschen Reichstage der deutsch-russische Handelsvertrag durch, in welchem die beiden Mächte sich die Meistbegünstigung zusicherten.

Es war ein ironisches Zusammentreffen, aber vielleicht doch nicht ganz ohne tatsächliche innere Beziehungen, daß das Deutsche Reich im selben Augenblicke mit den beiden Kontrahenten eines dem Deutschen Reiche zum mindesten nicht freundlich gegenüberstehenden Bündnisses zwei Sonderabkommen einging. Die Politik des Reichskanzlers Caprivi sollte nach der Ansicht dieses Staatsmannes offenbar eine solche der freien Hand und einer gewissen politischen Vorurteilslosigkeit sein; nach beiden Seiten!

Zu Anfang des Jahres 1893 machte der russische Thronfolger einen Besuch in Berlin, und kurz darauf erklärte Caprivi im Reichstage; es sei falsch, wenn wir uns um augenblicklicher Vorteile willen Rußland näherten. Die russisch-französische Annäherung behandelt der Reichskanzler in der Öffentlichkeit als einen Vorgang, den man nicht habe hindern können, als einen Zustand, der wegen der Friedensliebe des Zaren nichts Bedrohliches für Deutschland einschließe. Gleichwohl müsse man auf alle Möglichkeiten gefaßt sein. 1893 wurde dem Reichstage eine Heeresvorlage unterbreitet, welche diesen Anforderungen Rechnung tragen sollte. Ob dem Reichskanzler zum Bewußtsein gekommen ist, daß Rußland mit chemischer Notwendigkeit zu Frankreich hin gezwungen worden war, weil er selbst es isoliert hatte, steht dahin. Caprivi hat anscheinend politisch nicht verstanden, daß die von ihm, von Waldersee und anderen erblickte russische Gefahr um so größer werden mußte, je enger das russisch-französische Verhältnis wurde.

## Der Helgoland- und Sansibarhandel.

Die wesentlichen Punkte des deutsch-englischen Abkommens über die ostafrikanischen Kolonien und Helgoland vom 17. Juni 1890 waren die folgenden: Deutschland gab zugunsten Großbritanniens die Schutzherrschaft über das Sultanat Witu und die Somaliküste auf, im Norden des englischen Interessengebietes. Dazu kamen die vorgelagerten Inseln Manda und Patta. Uganda, dessen König kurz vorher durch Dr. Karl Peters veranlaßt worden war, sich unter deutschen Schutz zu stellen, gelangte nunmehr in die britische Interessensphäre. Das Deutsche Reich gab seine Zustimmung, daß England über das Sultanat Sansibar (die Insel) mit Ausnahme des an die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft verpachteten Küstenstriches das Protektorat übernähme. Jener Küstenstrich wurde Deutschland in der Form zugesprochen, daß England dem Sultan von Sansibar gegenüber seinen Einfluß aufbieten solle, um diesen zur Abtretung des Küstenstriches an Deutschland gegen eine Geldsumme zu veranlassen, was auch geschah. Deutschland erhielt weiter die Befugnis, das Hinterland bis an die großen Seen auszudehnen. In Südwestafrika erhielt Deutschland gegen Abtretung der Gebiete am Ngamisee an England einen schmalen Landkorridor (sechs Kilometer breit) nach dem Sambesiflusse; dieses ist der sogenannte Caprivizipfel.

Mit dem Protektorate der Inseln Sansibar und Pemba verhielt es sich folgendermaßen: wenige Jahre vorher hatten Deutschland und England die Souveränität des Sultans von Sansibar anerkannt. Durch Vermittlung der deutschen Regierung war es gelungen, Frankreich ebenfalls zur Anerkennung zu bewegen. Bismarck hatte mit diesem von ihm selbst angeregten Schritte beabsichtigt, die britische Politik zu binden und zu verhindern, daß Großbritannien auf Sansibar zum Schaden der deutschen Interessen zu beherrschendem Einflusse gelangte. Fürst Bismarck ließ in seinem Hamburger Organe damals hierzu schreiben: „Es galt für englische Absicht, Afrika so weit wie möglich mit einem Küstenvorhange in englischem Besitze zu umgeben, der die schließliche Herrschaft über das Innere des Landes von selbst sicherstellen mußte. Die deutsche Vertretung wurde durch die Anerkennung des Sultans ebenbürtig, der deutsche Einfluß machte Fortschritte und erschien den Engländern 1890 als deutsches Übergewicht.“

Es war also zwar an sich richtig, als der Reichskanzler v. Caprivi erklärte: Deutschland hätte Sansibar nicht aufgeben können, denn man hätte die Insel nie besessen. Anderseits läßt sich aber nicht in Abrede stellen, daß deutscherseits durch den Vertrag von 1890 auf einen *zukünftigen* Besitz der Inseln Sansibar und Pemba verzichtet wurde. Die Frage ist

heute müßig, ob man diesen Besitz hätte tatsächlich erreichen können. Fürst Bismarck war der Ansicht, daß, wenn Caprivi die Kunst des Wartens verstanden hätte, Sansibar, überwiegend von deutschem Einflusse erfüllt, eines Tages deutsch geworden wäre. Nebenbei bemerkt, wurde gerade das Abkommen über Sansibar von den Franzosen unangenehm empfunden, weil ohne Rücksicht auf Frankreich der englische Einfluß damit über den unabhängigen Sultan von Sansibar gesetzt wurde. Deutschland und Frankreich waren bisher in manchen kolonialen Fragen zusammengegangen und hatten so wiederholt wirksam das englische Übergewicht aufgehoben oder vermindert. Durch die Sansibaraktion der deutschen Politik wurde Frankreich an England herangedrängt und gelangte dann auch in der Folge zu einem Austauschabkommen über Sansibar einerseits, Madagaskar anderseits. In England wurde der Erwerb Sansibars sehr hoch angeschlagen, und die dortige Presse urteilte: der Schlüssel zur Stellung in Ostafrika ist die Insel Sansibar; jede Seemacht, welche diese Insel besitzt, übernimmt die Führerrolle an der ostafrikanischen Küste. Dieses Urteil hat sich freilich in der Folge als sehr stark übertrieben, ja als irrig erwiesen.

Der Sturm der Entrüstung, welcher sich in Deutschland über das Abkommen in allen seinen Teilen erhob, ging in einigen sehr wesentlichen Punkten von falschen Voraussetzungen und oberflächlichen Urteilen aus (siehe Seite 42ff.), mag in anderen der Form nach übertrieben gewesen sein. Heute, wo wir nach Ablauf beinahe eines Vierteljahrhunderts jenem Tausche ganz kühl gegenüberstehen, wird man doch sagen müssen, daß dem allgemeinen Unwillen ein sachlich richtiger Instinkt zugrunde lag. Das allgemeine Urteil war, daß das Deutsche Reich damals nicht gezwungen gewesen sei, einen ungünstigen Tausch zu machen. Man trat weite und hoffnungsreiche Gebiete an England ab, die zum Teil unter nationaler Begeisterung in Deutschland von den kühnen Bahnbrechern in Afrika gewonnen worden waren. Man hatte nicht ohne tatsächlichen Grund und sachliche Berechtigung von einem großen deutschen Kolonialreiche in Ostafrika geträumt. Was England als Entgelt in Afrika für die deutschen Abtretungen gab, erschien überaus geringfügig, denn jenen Küstenstreifen hätte man aller Wahrscheinlichkeit nach sowieso über kurz oder lang bekommen. Alles, was mühevoll gewonnen oder vorbereitet war, das hatte man nun durch einen Federstrich aus der Hand gegeben. Wie war das zu begreifen, wie zu rechtfertigen?

Der Reichskanzler v. Caprivi hat seinen Standpunkt damals in ausführlichen Reden dargelegt. Er sagte: man habe sich endlich mit England über die Grenzführungen in Afrika einigen müssen, um klare Verhältnisse zu schaffen. In Sansibar habe England die stärkere Stellung ein-

genommen, der deutsche Einfluß sei gering gewesen, das Ganze eine Quelle für zukünftige Mißhelligkeiten mit England. Man müsse sich vom deutschen Standpunkte fragen, wie weit die kolonisatorischen Kräfte überhaupt reichten, „wie weit reicht das Geld, das Deutsche in Kolonien anzulegen gesonnen sind, und wie weit reicht unser Menschenmaterial, das in den Kolonien verwendbar ist? . . . Man hatte an zu vielen Stellen gleichzeitig angefangen und hatte nun beide Hände voll mit Dingen, die man zu verwerten nicht imstande war, weil man weder Geld noch Menschen dafür hatte.“ Der Reichskanzler versuchte dann weiter seine Behauptung zu belegen: „Ich meine, daß auch vom rein finanziellen Standpunkte die Geschichte uns insofern rechtgegeben hat, als sie zeigt, wie kostspielig zuzeiten der Besitz eines absolut wertlosen Landes werden kann.“ Damit meinte er Witu, wo die Engländer gerade eine kostspielige Expedition ins Innere hatten unternehmen müssen.

Diese beiden Caprivischen Aussprüche: von der „absoluten Wertlosigkeit“ des Landes, und die Auffassung, daß alles Gebiet, welches man nicht innerhalb einer klar absehbaren Frist fruchtbringend ausnützen könne, überflüssig sei, sind überaus charakteristisch für seine Auffassung von Kolonialpolitik. Dagegen ist nicht richtig, den Reichskanzler v. Caprivi als „Feind der Kolonialpolitik“ schlechthin zu bezeichnen. Er begriff als früherer Chef der Admiralität den Nutzen und die Notwendigkeit auswärtiger Kohlenstationen für die Marine, auch im allgemeinen die Notwendigkeit für Deutschland, Kolonialpolitik zu treiben; er fand aber die Art des deutschen Kolonisierens planlos und unüberlegt und urteilte, daß sie zu weit geführt habe. Man hat den Eindruck einer starken Pedanterie der Anschauung, welche militärische Ordnung, Klarheit und Bestimmtheit, nach Ort und Zeit, auf einem Gebiete verlangte, — und dieses Gebiet auch eben danach begrenzen und einteilen wollte, — wo es ganz unmöglich und praktisch höchst schädlich war. Dem Reichskanzler Caprivi schwebte hinsichtlich der Kolonien immer das griechische Wort vor: In nichts zuviel! Er wollte nur so viel Kolonialgebiet haben, wie man „ausnutzen“ konnte, er wollte alles bürokratisch klar übersehen und übersichtlich einteilen. Auch grundsätzlich betrachtet, war das nur akademisch richtig, für alle praktische Kolonialpolitik aber, nicht nur im einen oder anderen Falle, sondern grundsätzlich falsch. Der Grundsatz aller praktisch tätigen Kolonialmächte war richtiger: zunächst zu nehmen, soviel man habhaft werden konnte, oder in der einen oder anderen Form unter den eigenen Einfluß zu bringen und in strittigen Gebieten den Zwischenzustand ruhig bestehen zu lassen und zu warten.

General v. Caprivi behandelte infolge dieser seiner Anschauungen die großen Kolonialgebiete in Ostafrika, welche entweder schon unter

deutscher Vormundschaft standen oder von steigendem deutschen Einflusse durchdrungen wurden — aber nicht unmittelbar ausnutzbar waren und ihm als wertlos erschienen — nur als Mittel seiner auswärtigen Politik, nicht als Selbstzwecke innerhalb des Rahmens der Kolonialpolitik. Es kann sicherlich nicht behauptet werden, daß ein solches Verfahren unter allen denkbaren Umständen unrichtig sei. Nützlich und zweckmäßig kann es aber nur dann sein, wenn der Leiter der Politik sich in vollem Umfange über den kolonialen Wert der kolonialen Objekte klar ist, die er als Mittel seiner auswärtigen Politik nutzbar machen will, und sie nicht nur als realen, sondern auch als eventualen Wert beurteilt.

Hohenlohe schreibt in seinen Denkwürdigkeiten unter dem 19. Juni 1890: „Aus den Mitteilungen, die ich gestern im Auswärtigen Amt erhielt, geht hervor, daß das Abkommen keineswegs ungünstig ist, und daß wir mit der Abtretung von Helgoland zufrieden sein können. Dazu kommt, daß, wie Münster (der deutsche Botschafter in London) geschrieben hat, die Stimmung in England uns sehr ungünstig war, da wir in der Kolonialpolitik die Engländer in ungewohnter Weise auf die Hühneraugen getreten hatten. Wir waren also der Gefahr ausgesetzt, daß sich England an Frankreich und Rußland angeschlossen hätte, was ganz gefährlich geworden wäre."

Wir wissen nicht, wie weit die damals von England gemachten Schwierigkeiten oder drohenden Andeutungen gegangen sind. Jedenfalls ist aber schwer denkbar, daß sie einer geschickten Diplomatie unmöglich gemacht hätten, jene kolonialen Einfluß- und Grenzfragen auch weiterhin auf die lange Bank zu schieben. Die einzige heute feststellbare Tatsache ist die, daß der Reichskanzler v. Caprivi dieser Ansicht war und hauptsächlich deshalb den Tausch bzw. das Abkommen für nötig und für nützlich hielt. Er war der Meinung, daß Deutschland in Ostafrika nur Dinge opfere, die ohne Wert seien; daß man dafür den wertvollen Küstenstreifen und das wertvolle Helgoland erhalte, außerdem, und das war die Hauptsache, enge freundschaftliche Beziehungen zu England.

Es ist leider nicht festzustellen, in welchen zeitlichen Verhältnissen zueinander Gedanke und Durchführung des Abkommens mit England zu dem Gedanken des Aufgebens des deutsch-russischen Neutralitätsvertrages gestanden haben. Es ist wahrscheinlich, daß sie aus derselben dreifachen Wurzel erwachsen sind: dem Gefühle der persönlichen Unmöglichkeit, das von Bismarck errichtete System europäischer Politik aufrechtzuerhalten und zu meistern; dem Mißtrauen gegen Rußland, der Zugänglichkeit gegenüber den Argumenten britischer Staatsmänner; eine Zugänglichkeit wiederum, die sich teilweise in der Überzeugung Caprivis begründete, das Deutsche Reich bedürfe nach seinen Verhältnissen engsten

Anschlusses an Großbritannien. Es liegt auf der Hand, daß die britischen Staatsmänner schnell zugriffen und die Gelegenheit ausnutzten, besonders da sie wußten — wahrscheinlich sogar selbst suggeriert hatten —, daß Caprivi den deutsch-russischen Neutralitätsvertrag fallen zu lassen entschlossen war.

So hatte Caprivi von seinem Standpunkte wenig fortgegeben, um viel dafür einzutauschen. In Deutschland war man durchweg anderer Ansicht, und auch heute ist es kaum möglich, sich des Glaubens zu entschlagen, daß es politisch und sachlich nicht nötig war, alle jene afrikanischen Gebiete preiszugeben. Freilich, die Politik wird von Personen gemacht, und so beruhte die Art jenes Handels auch auf den persönlichen Überzeugungen und relativen Fähigkeiten Caprivis. Es ist nicht richtig, zu sagen, daß er sich von England habe „übertölpeln" lassen, denn er hatte sich subjektiv vollkommen klare Urteile über die zur Verhandlung stehenden kolonialen und rein politischen Tauschwerte gebildet. Caprivi und Lord Salisbury maßen nicht mit ungleichen, sondern mit ganz ungleichartigen Maßstäben. Caprivis Wertbemessung der Kolonien war unrichtig, Lord Salisbury hatte nicht die Fähigkeit, in Helgoland einen Zukunftswert zu erblicken.

* * *

Wer heute abschätzen will, wieviel von den deutschen Ergebnissen jenes Tauschhandels wesentliche positive Bedeutung behalten hat, wird weit vor allem die Insel Helgoland finden. Die negative Bedeutung, mit anderen Worten der Verlust jener großen afrikanischen Gebiete, bleibt natürlich Verlust, während die Insel Sansibar, besonders auch als Zukunftswert, ebenso weit überschätzt worden ist wie die Walfischbucht. Es ist schwer, jene aufgegebenen afrikanischen Gebiete mit der Insel Helgoland in Vergleich zu stellen, weil beide der Art und dem Gebiete des Wertes nach zu verschieden sind. Will man sie aber unter einen Generalnenner bringen, so ist als solcher nur der Zustand anzuerkennen, welcher vorhanden war, als der Tauschhandel noch nicht stattgefunden hatte. Man könnte einwenden, daß, ehe wir Helgoland hatten, kein Mensch nachteilig empfand, daß wir es nicht besaßen, und, wenn sich später ein Wert entwickelt habe, dieses auch bei den afrikanischen Gebieten, die deutscherseits aufgegeben wurden, der Fall gewesen sein würde. Diese Beweisführung ist aber nicht richtig, denn die, wenn man so sagen darf, unmittelbar interessierte Stelle: die deutsche Marine, war sich eines erheblichen Wertes der Insel Helgoland wohl bewußt; in erster Linie begriff man, daß in der Hand einer anderen Seemacht die Insel ein Pfahl im deutschen Fleisch war. Dieser „negative" Wert war klar. Der positive ist erst viel später allgemein in Deutschland anerkannt worden.

Man mußte sich selbstverständlich schon für Mobilmachungsvorbereitungen und Operationspläne, für alle der Küstenverteidigung geltenden Dispositionen die Überlegung machen, wie man das britische Helgoland militärisch zu verrechnen habe. Da der Admiralstab ebensowenig wie der Generalstab nur mit jeweiligen politischen Konstellationen rechnen kann noch darf, so wird er damals auch einen Krieg mit England, nicht nur einen solchen mit Frankreich in Betracht gezogen haben. Auch in der Erwägung eines französischen Krieges konnte die Marinebehörde aber nicht a priori die Annahme zugrunde legen, daß Großbritannien sich in wohlwollender Neutralität, ja überhaupt im Stande der Neutralität dem Deutschen Reiche gegenüber verhalten würde. Daß Großbritannien damals diese wohlwollende Neutralität Deutschland gegenüber betätigt haben würde, kann freilich keinem Zweifel unterliegen; das mag beiläufig bemerkt sein, um Mißverständnisse auszuschließen. Es ist nicht nötig, hier alle militärischen Eventualitäten zu erschöpfen, wir können sie in den einen Satz zusammenfassen: daß die Insel Helgoland in den Händen einer feindlichen oder nicht wohlwollend neutralen Macht, sei es auch nur zeitweise während des Krieges, eine erhebliche Gefahr für die deutsche Küstenverteidigung und Flotte, auch eo ipso eine Schwächung beider bedeutet haben würde.

Die deutsche Marine war damals sehr klein, sie besaß kein einziges vollwertiges Hochseeschlachtschiff, ihr Schiffsmaterial war teils veraltet, teils in der Anlage verfehlt und nicht unter dem Gesichtspunkte zielbewußter einheitlicher Verwendung entstanden. Der einzige Teil der Flotte, dem ein wirklicher und höherer Wert auch nach heutiger Beurteilung zugemessen werden konnte, waren die Torpedoboote. Die feste Küstenverteidigung war sehr lückenhaft und schwach; es fehlte auch ihr jene organische Einheitlichkeit, die nur aus dem leitenden Gesichtspunkte hervorgehen kann, welcher das Schiffsmaterial und seine Entstehung, Organisation und militärischen Verwendungszweck in höherer Einheit zur Deckung bringt. Deshalb war die deutsche Flotte auf die Küstenverteidigung angewiesen, und wenn auch schon damals weitergehende Pläne und Gedanken bei vielen Seeoffizieren bestanden haben, so würde um die Zeit des Helgolandtausches eine andere kriegerische Verwendung der deutschen Flotte gar nicht möglich gewesen sein. Unter diesem Gesichtspunkte beurteilten denn auch die maritimen Autoritäten die Insel Helgoland. Es war ihnen klar, daß die Insel in Feindeshand eine gefährliche Angriffsbasis gegen die Küsten und Flußmündungen unserer Nordseebucht und den deutschen Seehandel bedeutete. Setzte man ein wohlwollend neutrales England voraus, so fiel diese Helgolandgefahr weg. Wurde Helgoland jetzt aber deutsch, so mußte die deutsche Marine die Insel verteidigen, oder diese

würde unmittelbar in den Besitz des Feindes übergehen und ihm als Basis dienen. Das bedeutete einen unangenehmen Punkt, denn die Kostenfrage war für die Marine jener Zeit nicht nur eine heikle, sondern man konnte sie nur mit einem hohen Grade von Hoffnungslosigkeit betrachten. Hier mögen denn auch gewisse Bedenken bei den leitenden Seeoffizieren sich erhoben haben, als die Insel Helgoland deutsch wurde. Viel Geld auf sie zu verwenden, wäre nur auf Kosten dringender Bedürfnisse der schwimmenden Flotte möglich gewesen, man mußte Helgoland also vorläufig als schwache Stelle — neben vielen anderen — in den Kauf nehmen. Bekanntlich beschränkte man sich darauf, die Insel nach Kräften gegen einen Handstreich zu schützen, ein Schutz freilich, der keineswegs genügte und der die Gefahr, die aus dem deutsch gewordenen Helgoland erwuchs, nicht beseitigen, sondern eigentlich nur vermehren konnte.

Das Urteil des Fürsten Bismarck ist bekannt und viel erörtert worden. Der Vollständigkeit halber mag es aber auch in diesem Zusammenhange Platz finden:

„Im Hinblick auf eine voraussichtlich französische Blockade war bisher die Deckung Helgolands durch die englische Neutralität für uns nützlich; ein französisches Geschwader konnte daselbst kein Kohlendepot haben, sondern war genötigt, zur Beschaffung des Kohlenbedarfs in bestimmten nicht zu langen Zeiträumen nach den französischen Häfen zurückzukehren oder eine große Anzahl von Frachtschiffen hin- und hergehen zu lassen. Jetzt haben wir den Felsen mit eigener Kraft zu verteidigen, wenn wir verhindern wollen, daß die Franzosen im Falle des Krieges sich daselbst festsetzen.“ (Gedanken und Erinnerungen II.)

1891 hat Bismarck an Busch gesagt, der Wert der Insel läge mehr in der Phantasie, und sie sei für uns im Kriege besser in den Händen einer neutralen Macht, lasse sich auch nur schwer befestigen und nur mit großen Kosten. Auch in anderer Verbindung hat der große Kanzler betont: die Insel müßte sehr stark befestigt werden, sollte sie Nutzen für uns haben.

Daß das Bismarcksche Urteil in seinem Hauptpunkte nicht nur längst überholt ist, sondern tatsächlich auch damals schon unrichtig war, braucht kaum bewiesen zu werden. Niemand hat nachdrücklicher als Bismarck auch noch in den letzten Jahren seines Lebens betont und gelehrt, daß man keine politische Gruppierung, kein Bündnis als Dauerzustand betrachten dürfe, das Element der internationalen Politik sei ein flüssiges und kehre trotz aller Bindungen von Zeit zu Zeit immer wieder in diesen, den natürlichen Aggregatzustand, zurück. Schon unter diesem richtigen Gesichtspunkte betrachtet, war es grundsätzlich falsch, den Wert oder Unwert der Insel Helgoland nur unter der Voraussetzung einzuschätzen, daß die vormalige Besitzerin, Großbritannien, in einem deutsch-französisch-russischen

Kriege dem Deutschen Reiche unbedingt wohlwollend neutral bleiben werde und als Gegner niemals in Betracht kommen könne.

Recht hatte Bismarck mit der Bemerkung, die Insel könne für uns nur Wert haben, wenn sie sehr stark befestigt sei. Er sagte das zur Verstärkung der Bedenken gegen die Zweckmäßigkeit der Erwerbung. Heute können wir dieses Bedenken nicht als richtig anerkennen, aber man versteht es wenigstens historisch im Gedanken an die Kämpfe, welche Bismarck und auch noch seine nächsten Nachfolger um die nötigsten Aufgaben und um Summen, die absolut und verhältnismäßig sehr gering waren, durchfechten mußten. Tatsächlich hat es lange gedauert, bis Helgoland jene notwendige starke Befestigung bekommen hat. Zunächst freilich mußte eine Befestigung im großen Maßstabe hinter den Bedürfnissen der Flotte und Küstenverteidigung mit Recht zurückgestellt werden. Sie waren in der Tat dringender.

Als der Reichskanzler v. Caprivi im Reichstage das Abkommen verteidigte, äußerte er sich über die Insel Helgoland mit den folgenden Sätzen: „Die Insel Helgoland, die wir dabei bekommen haben, wurde ja allgemein für ziemlich wertvoll gehalten, wenigstens spricht man ihr ein pretium affectionis zu, — man gibt auch zu, wenigstens ein Teil der Menschen, daß sie für die Verteidigung unserer Nordseeküsten einen gewissen Wert haben könnte. Ich schlage den Erwerb dieser Insel in dem Vertrage — und das kann ich jetzt sagen — ungleich höher an, den negativen Wert. Stellen Sie sich vor, was geworden wäre, wenn die Insel, von der man sagt, sie war für die Engländer ziemlich wertlos — und das mag ja richtig sein —, aus englischen Händen in andere übergegangen wäre. England hat Bedürfnisse in allen Weltteilen, hat Besitzungen rund um den Erdball, und es möchte am Ende nicht ganz schwer geworden sein, für England ein Tauschobjekt zu finden, das ihm willkommen gewesen wäre, und für das es wohl geneigt gewesen wäre, die Insel fortzugeben. Ich möchte einmal den Entrüstungssturm — und in diesem Falle würde ich ihn für berechtigt gehalten haben — gesehen haben, wenn im Laufe von Jahr und Tag oder kurz vor Ausbruch eines künftigen Krieges die englische Flagge von Helgoland heruntergegangen und eine uns weniger nahestehende vor unseren Häfen erschienen wäre."

Wir wissen nicht, ob Caprivi tatsächlich begründete Besorgnis hat hegen können, daß Helgoland durch Tausch in die Hände Frankreichs überginge. Die Annahme klingt recht unwahrscheinlich, stand aber nicht außerhalb des Bereiches der politischen Möglichkeit. Seine Begründung des Wertes der Insel ist deshalb nicht eben inhaltreich; England zieht er — von seinem Standpunkte folgerichtig — nicht als möglichen Gegner in Betracht.

In der Denkschrift, die damals von Caprivi veröffentlicht wurde, führte er aus: Die Insel bedeute für Deutschland eine wesentliche Erhöhung des Schutzes der Küsten und Flußmündungen an der Nordsee. Auch neutral hätte sie einem Feinde gleichwohl einen gewissen Stützpunkt gewährt. — Das ist nicht unrichtig, denn eine neutrale Insel schoß im Kriege nicht selbst, stützte keine deutschen Seestreitkräfte, diente nicht als deutsche Beobachtungsstation, gab aber unter gewissen Verhältnissen feindlichen Schiffen außerhalb der Neutralitätsgrenze Schutz gegen Wind und Wetter. — Sei die Insel, so fährt der Bericht fort, in unserem Besitze und gut befestigt, so könne eine feindliche Flotte sich kaum längere Zeit vor den Flußmündungen halten, eine Blockade würde sehr erschwert werden, auch erhalte der im Bau befindliche Nordostseekanal erst durch das deutsche Helgoland seinen vollen Wert. —

Diese Beweisgründe waren damals stichhaltig und sind es heute — man möchte sagen — in zwanzigster Potenz. Für die deutsche Marine war es schon 1890 lediglich eine Geldfrage, den Wert Helgolands stark zu erhöhen, nämlich durch entsprechende Befestigung. Die strategische Lage der Insel tief im Winkel der Nordseebucht, dicht vor der Elbe, Weser, Jade und Ems und vor der Mündung des Nordostseekanales ist eine militärisch so ungemein inhaltreiche, daß man sich trotz der damals so intimen englisch-deutschen Beziehungen wieder und wieder wundern muß, wie der sprichwörtliche praktische Weitblick der Engländer über die Bedeutung der Insel völlig hinwegsehen konnte. Das wird durch die Vorgeschichte noch drastischer beleuchtet:

In den Jahren 1885 und 1887 — wir folgen hier dem Berichte des früheren Reichstagsabgeordneten Kalle, mitgeteilt von Prof. W. Müller — war im englischen Unterhause der Antrag gestellt worden, die Insel, welche England nur Kosten verursache, ohne kommerizellen und strategischen Nutzen zu bringen, an Deutschland abzutreten, was zur festeren Knüpfung des zwischen den beiden Staaten bestehenden Freundschaftsbandes dienen würde. Die britische Regierung erwiderte, Deutschland lege keinen Wert auf den Besitz Helgolands. Daraufhin wendete Kalle sich an den damaligen Chef der Admiralität, v. Caprivi, „der die Bedeutung der Insel voll anerkannte“, aber für nötig erklärte, daß Kalle, der im Reichstage eine Resolution einbringen wollte, sich vorher an das Auswärtige Amt wende. Man müsse da erfahren, ob die internationalen Beziehungen zur Anbahnung eines solchen Schrittes angetan seien. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Graf Herbert Bismarck, habe gesagt, die Erwerbung Helgolands werde schon lange geplant, auch wünsche sie Prinz Wilhelm (Kaiser Wilhelm II.). Augenblicklich sei die Anregung der Frage aber nicht opportun, denn man wünsche die derzeitige britische Regierung

zu erhalten. Bringe sie die Helgolandfrage ein, so werde sie wahrscheinlich starke Opposition finden. Sobald die Verhältnisse aber günstig seien und man deutscherseits über einen geeigneten Ausgleichsgegenstand verfüge, werde man vorgehen.

Die Ereignisse der nächsten Jahre haben es dazu bekanntlich nicht kommen lassen, aber diese unanfechtbaren Angaben zeigen auf alle Fälle, daß der Erwerb der Insel schon unter Bismarck eingehend erwogen worden war, auch auf seiten der Marineverwaltung. Letzterer mußte sich die Frage geradezu aufdrängen, von dem Augenblicke an, wo der Bau des Nordostseekanals beschlossen war (Baubeginn 1887). Durch diesen Kanal wurde die Elbmündung nicht nur zum Ausfallstor für die deutschen Streitkräfte nach der Nordsee, sondern ebendeshalb zum Angriffspunkte für die Seestreitkräfte eines Feindes und damit zu einer überaus gefährlichen Stelle, wenn nicht genügender Schutz vorhanden war. Eine Macht, die Helgoland besaß und zugleich über eine starke Flotte verfügte, war in gewissem Sinne Herrin des deutschen Nordostseekanals. Es ist nichts Zuverlässiges darüber bekannt, aber an sich wahrscheinlich genug, daß Prinz Wilhelm, später Kaiser Wilhelm II., der Insel Helgoland nicht nur das „pretium affectionis" zubilligte, sondern daß er den tatsächlichen strategischen Wert der Insel erkannte. Kaiser Wilhelm hat gerade auf maritimem Gebiete verschiedene Male bedeutenden Weitblick gezeigt. Die ihm eigene Beharrlichkeit, mit der er den Gedanken festhielt, bis er in der Lage war, ihn ausführen zu lassen, die Schnelligkeit, mit der er den Erwerb der Insel durchsetzte, läßt darauf schließen, daß es sich für ihn nicht nur um den Gefühlswert handelte. Die ungeheuere Wertsteigerung, welche die Insel seit etwa einem Jahrzehnt erfahren hat, durch die neuzeitlichen Faktoren des Seekrieges: Unterseeboote, Luftfahrzeuge, die neue Ära des Minenkrieges, die Funkentelegraphie — die konnte freilich damals niemand voraussehen. Heute — darüber besteht längst kein Zweifel mehr — ist uns Helgoland mehr wert als irgendein denkbares Kolonialgebiet. Ein in fremden Händen befindliches Helgoland würde für das jetzige und zukünftige Deutschland einen maritim und politisch tatsächlich unerträglichen Zustand bedeuten. Ein englisches Helgoland würde mit dem Anwachsen der deutschen Flotte und der Vervollständigung der deutschen Küstenverteidigung entsprechend militärisch ausgestaltet worden sein, heute eine gewaltige Festung und einen wohl ausgerüsteten Stützpunkt für Unterseeboote, Torpedoboote und Luftfahrzeuge bilden, eine unschätzbare Beobachtungs- und Signalstation, ein Kohlendepot und einen Ankerplatz für britische Hochseegeschwader. Wir hätten die britische Flotte mitten in unseren eigenen Gewässern, unmittelbar vor unseren Flußmündungen in Sicht der Küstenbefestigungen

und beherrschend für die Mündung des Nordostseekanals bzw. der Elbe, Jade, Weser und Ems. Kein deutsches Kriegsschiff könnte aus- oder einlaufen, ohne von Helgoland aus — oder von dort stationierten Schiffen — gesichtet und nach England signalisiert zu sein. Zieht man dazu die schon jetzt ungeheuer erhöhte und immer noch wachsende Geschwindigkeit der Kriegsschiffe in Betracht, ferner das für die Praxis beinahe zeitlose Arbeiten der Funkentelegraphie als Signalmittel, so braucht nicht mehr langatmig bewiesen zu werden, daß ein heute englisches Helgoland nicht nur unbequem wäre, nicht nur eine Gefahr darstellte, sondern daß es eine ungestörte Mobilmachung der einzelnen Glieder unserer Seestreitkräfte und Küstenverteidigung unmöglich machen und ihren Aufmarsch noch weniger gestatten würde. Deutschland hätte Schiffe bauen, es hätte viele Millionen in seine Seerüstung hineinstecken können, aber das englische Helgoland hätte stets unmöglich gemacht, daß die deutsche Seemacht ein strategisches Rückgrat erhielte. Kurz, es ist mit keiner Silbe übertrieben, wenn man behauptet, daß eine starke deutsche Seemacht ohne ein deutsches Helgoland damals ausgeschlossen gewesen wäre. Das würde aber in weit höherem Maße heute ebenso wie morgen gelten; denn der militärische Wertzuwachs der Insel steigt weiter. Daraus geht hervor, daß an und für sich kein kolonialer Wert zu hoch sein konnte, um die Insel wieder an Deutschland zu bringen, denn von den kolonialen Werten, die damals in Betracht kamen, bedeutete kein einziger eine vitale Notwendigkeit für die Verteidigungsrüstung des Deutschen Reiches, weder der Gegenwart, noch der Zukunft. Die Frage, welche, wenn schon einigermaßen akademisch geworden, zu beantworten bleibt, ist: ob es nötig war, gerade jenen kolonialen Preis für die Insel zu zahlen. Das wird man, ohne dem damaligen Reichskanzler zu nahe zu treten, verneinen können. Wie ausgeführt wurde, war der Hauptzweck, den Caprivi mit dem Abkommen von 1890 verfolgte, weniger, einen in sich vorteilhaften Handel zu machen, als die Beziehungen mit England besser zu gestalten und zu festigen, weil er sie gefährdet und erschüttert glaubte.

In England dachte man 1890 ebenso wie 1885 und 1887 sehr gering vom Werte der Insel Helgoland. Trotzdem wurde ein am 2. Juni 1890 im Unterhause gestellter Antrag auf Abtretung Helgolands an Deutschland mit überwiegender Mehrheit abgelehnt, unter der sonderbaren Begründung, daß man dann auch die Kanalinseln an Frankreich und Gibraltar an Spanien abtreten müsse. Vierzehn Tage später, nachdem die Tauschbedingungen bekannt geworden waren, wurde die Abtretung von beiden Parlamenten angenommen. In der englischen Presse war man mit dem Abkommen überaus zufrieden und meinte, die Insel Helgoland sei von äußerst zweifelhaftem Werte und werde nur von Schmugglern

und Gefühlsmenschen geschätzt, während die Insel Sansibar den Schlüssel in Ostafrika bilde. Jede Seemacht, welche diese Insel besitze, habe die Vorherrschaft an der ostafrikanischen Küste.

Der Premierminister Lord Salisbury führte aus, daß Helgoland, nachdem es im Kriege gegen Napoleon von Wichtigkeit für England gewesen sei, seit 1821 keine militärische Besatzung mehr habe. Der strategische und kommerzielle Wert der Insel sei für England geringfügig. Im Falle eines Krieges mit Deutschland würde dieses sofort eine Streitmacht nach Helgoland senden, bevor die englische Ersatzflotte angelangt sei. Im Falle eines Krieges mit anderen Mächten müsse England bei Helgoland eine Flotte stationieren und würde somit seine Kräfte zersplittern müssen. Die Abtretung der „sentimentalen Insel“ (sentimental island) entspreche den wahren Interessen Englands, nachdem man jetzt einen befriedigenden Ersatz dafür ausfindig gemacht habe.

Man kann diese Ausführungen vom militärischen Standpunkte nur mit Kopfschütteln betrachten und mit Erstaunen darüber, daß die britische Admiralität sich die verschiedenen denkbaren politischen und militärischen Möglichkeiten gar nicht durchdacht hatte. Man war offenbar einerseits geblendet durch die großen Zugeständnisse Deutschlands in Afrika, anderseits — und das war der springende Punkt — dachte man nicht entfernt daran, daß eine wirklich beachtenswerte deutsche Seemacht, eine Hochseeflotte in absehbarer Zeit entstehen könne. War eine solche aber nicht vorhanden und trotzdem Krieg mit Deutschland, so konnte es den britischen Interessen ziemlich gleichgültig sein, ob ein deutsches Helgoland daläge, das die britischen Geschwader gar nicht zu beachten brauchten, sondern rechts und links passieren konnten, um die deutschen Häfen und Küsten direkt zu blockieren.

Auf seiten Lord Salisburys ist der Gedanke an die Möglichkeit eines Krieges mit Deutschland überhaupt nur ein akademisches Gedankenspiel gewesen, und er war ohne Zweifel der Überzeugung, welche er mit den Worten ausdrückt: „Wir haben ein Abkommen getroffen, das jede Gefahr der Uneinigkeit und des Streites zwischen uns beseitigt und auf lange Zeit hinaus die guten Beziehungen derjenigen befestigt, die infolge ihrer Sympathien füreinander, infolge ihrer Interessen und ihrer Abkunft immer gute Freunde sein werden.“

Man war also in England mit dem Handel an und für sich sehr zufrieden, und das Wort Stanleys: man habe für einen Hosenknopf einen ganzen Anzug erhalten, drückte wohl die allgemeine Ansicht der britischen Diplomaten und Kolonialpolitiker aus. Dazu kam als zweites, sehr erhebliches Moment die Beurteilung des Tauschgeschäftes im Rahmen der europäischen Lage: Der deutsch-russische Neutralitätsvertrag war gelöst

worden, Großbritannien sah sich von einem bedeutenden Teile seiner russischen Sorgen befreit und wußte, daß die deutsche Politik ebendeshalb bis auf weiteres auf Zusammengehen mit der britischen — ja auf ihr Kielwasser — in hohem Maße angewiesen war. Die britische Politik, die sich möglicherweise vorher in gefährlicher Weise isoliert fühlte, brauchte jetzt keine unvorteilhaften Kompromisse mehr mit Frankreich zu schließen oder an solche zu denken. Sie hatte eine sehr vorteilhafte europäische Basis durch Verbindung mit der größten festländischen Militärmacht gewonnen, anderseits diese auf dem europäischen Festlande aus ihrer beherrschenden Stellung hinausgebracht, schließlich für einen lächerlich gering erscheinenden Preis die vorher eingeengte Stellung des britischen Reiches in Ostafrika frei gemacht und erweitert.

In Deutschland war die Mißbilligung des deutsch-englischen Abkommens eine ganz allgemeine. Unter Führung der vom Fürsten Bismarck inspirierten „Hamburger Nachrichten", außerdem der deutschen Kolonialforscher und Kolonialpolitiker, wurde heftige Kritik geübt, deren sachliche Argumente bereits Erwähnung gefunden haben. Was allen diesen Kritiken fehlte, war eine auch nur annähernd richtige Einschätzung des gegenwärtigen und zukünftigen Wertes der Insel Helgoland. Es ist möglicherweise Absicht gewesen, daß man auf seiten der Regierung bzw. der Marineverwaltung unterließ, mit der nötigen Eindringlichkeit Aufklärung zu schaffen. Nur vom damaligen Admiral Reinhold Werner liegt eine wohlwollende Beurteilung Helgolands vor, die aber auch nicht weiter in den Gegenstand eindrang, sondern an der Oberfläche blieb.

Die Frage ist heute müßig, ob man Helgoland damals billiger hätte bekommen können. Die Wahrscheinlichkeit läßt sich nicht abstreiten. Was wir aber heute wissen, während damals kein Mensch daran dachte, vielleicht außer dem Deutschen Kaiser, das ist die absolute, durch nichts ersetzbare Notwendigkeit, daß wir Helgoland haben mußten, wenn Deutschland zur See etwas gelten sollte und wollte. Hier liegt der eigentliche Knoten, in welchem die Frage sich schürzt und aus dem sie auch nur gelöst werden kann. Eine starke deutsche Hochseemacht war aber ein Gedanke, der damals wohl nur im Kopfe des Deutschen Kaisers und einiger weniger Seeoffiziere bestand. Unter diesem Gesichtspunkte mußte sich die Frage des Tausches, der Tauschwerte und ihre nachherige Beurteilung ganz anders darstellen. Weiter ist zu beachten, daß möglicherweise keine Zeit zu verlieren war, wollte man Helgoland haben. Wir brauchen heute nach den Erfahrungen der letzten anderthalb Jahrzehnte nicht zu beweisen, daß keine britische Regierung an eine Abtretung der Insel, für welchen Preis auch immer, hätte denken können, sobald offenbar geworden war, daß die Pläne des Deutschen Kaisers tatkräftig und konsequent auf eine

starke deutsche Flotte hinausgingen. Im Augenblicke wäre die Möglichkeit eines Erwerbs der Insel für das Deutsche Reich unwiederbringlich dahin gewesen und damit die Zukunft der deutschen Seemacht im Keime verkrüppelt worden.

## Am Ende der Amtsführung Caprivis.

In die Beziehungen Deutschlands zu England begannen sich einige leise Mißtöne einzuschleichen. Der deutsch-französische Kamerunvertrag hatte in England Unzufriedenheit erregt, weil durch ihn Frankreich bis an den Scharifluß herangekommen war.

Im Winter 1893 war ein Abkommen mit England über die Westgrenze des Hinterlandes von Kamerun geschlossen worden, die Frage der Ostgrenze blieb mit Frankreich zu regeln. Die französische Regierung hatte damals schon weitausschauende Pläne in Erwägung. Der Gedanke eines großen einheitlichen französischen Reiches in Afrika stand den Staatsmännern vor Augen. Mit Eifer, mit Geschicklichkeit und Energie nahm man die Frage in die Hand, während auf deutscher Seite wohl weniger Eifer vorhanden war, zumal aber große und feste Gesichtspunkte für die Richtung einer zukünftigen deutschen Expansion in Afrika fehlten. Wir brauchen uns nicht mehr in eine Kritik jenes Abkommens einzulassen, aber es kann kaum ein Zweifel obwalten, daß es heute in Deutschland eine Unmöglichkeit wäre, ein solches Abkommen einzugehen. Die Pariser Presse war voll Triumph darüber und verzeichnete es als den „ersten Sieg über Deutschland". Die Kehrseite aber war, wie gesagt, der Unwille Englands, denn gerade dasjenige Gebiet, welches man im deutsch-englischen Vertrage vom November 1893 Deutschland gelassen hatte, damit die Franzosen es nicht nähmen, wurde nun an Frankreich abgetreten. Zwischen Frankreich und England bahnten sich damals scharfe Gegensätze in Afrika an, und es konnte Frankreich nur erwünscht sein, bei dieser Gelegenheit das Deutsche Reich England gegenüber als Kulisse vorzuschieben. So betonte man im französischen Senat die Gemeinsamkeit der deutsch-französischen Kolonialinteressen.

Im selben Jahre vereinbarte England mit dem Kongostaate einen Vertragsentwurf, welcher den Engländern den Landstreifen zwischen dem Albert-Eduardsee und dem Tanganjikasee in Pacht gab. Es war dieses ein Akt der Rücksichtslosigkeit gegen Deutschland sowohl wie gegen Frankreich, außerdem stand der Vertrag als solcher dem Kongovertrage von 1884 entgegen, denn dieser verbot dem Kongostaate, auf eigene Hand Grenzänderungen vorzunehmen. Deutschland und Frankreich erhoben sofort Protest gegen jenen Pachtvertrag, welcher daraufhin denn auch aufgehoben wurde.

Im britischen Kabinette war gegen Ende des Jahres 1892 Lord Salisbury durch Gladstone ersetzt worden; Staatssekretär des Auswärtigen war Lord Rosebery. Der Reichskanzler Caprivi hatte im Reichstage das Vertrauen ausgesprochen, diese neuen Männer würden ebenso eifrig die englisch-deutschen Beziehungen pflegen wie Lord Salisbury. Jener versuchte Kongovertrag Englands zeigte aber schon eine gewisse, nicht sehr freundschaftliche Hinterhältigkeit, und als 1894 Lord Rosebery Premierminister wurde, trat eine entschiedene Schwenkung nach Rußland hin hervor. Der Prinz von Wales reiste — wie die „Times" sagten, als „Sonderbotschafter" — nach St. Petersburg und wurde dort mit freundschaftlicher Sympathie begrüßt. Die russisch-englischen Schwierigkeiten in Mittelasien wurden durch ein Abkommen zeitweilig beigelegt, und die englische Presse begann bereits mit Recht von einer Isolierung Deutschlands zu sprechen.

Im selben Jahre schickte die deutsche Regierung zwei Kriegsschiffe nach der Delagoabai als Demonstration gegen indirekte englische Einmischung in portugiesische Streitigkeiten. Daraufhin schrieb die Transvaaler „Volks Stem": „Bisher haben die Deutschen uns gegenüber die Engländer immer frei schalten lassen; endlich scheint man in Berlin die Verkehrtheit dieser Politik eingesehen zu haben. Im Namen des transvaalischen Volkes bringen wir Deutschland unseren Dank." Der südafrikanische Knoten begann sich zu schürzen, und die Delagoabai wurde von den Buren mit dem richtigen Instinkt der Besorgnis als der gefährliche Punkt erkannt.

Am 1. November 1894 starb Zar Alexander. Kurz vorher war der Reichskanzler v. Caprivi zurückgetreten, nachdem er noch das Bismarcksche Verbot vom Jahre 1887, russische Werte zu beleihen, aufgehoben hatte. Die Maßnahme wurde „als ein Akt hoher Gerechtigkeit" in Rußland gepriesen, blieb aber naturgemäß ohne politischen Einfluß, während anderseits selbstverständlich war, daß eine solche Ausnahmebestimmung nicht für die Dauer berechnet sein konnte. Bismarck selbst hat nach seinem Rücktritte geäußert: es sei nur eine Gelegenheitsmaßnahme gewesen. In Frankreich wurde der Präsident Carnot ermordet, und als Minister des Auswärtigen begann der geschickte Gabriel Hanotaux eine eifrige und erfolgreiche Tätigkeit. Hanotaux trieb eine Politik, die ihren Methoden nach beweglich und vorurteilsfrei war, auch im politischen Verkehr mit Mächten, zu denen Frankreich in nicht guten Beziehungen stand, zumal mit dem Deutschen Reiche und Großbritannien.

Der Schluß der Caprivischen Amtszeit zeigt das Deutsche Reich im Zustande einer tastenden politischen Orientierung nach Auflösung der von Bismarck geschaffenen Konstellation. Deutschlands beide großen fest-

ländischen Grenznachbarn hatten sich die Hände gereicht und waren fest miteinander verbunden. Die deutsch-russischen Beziehungen waren lose und kühl, ohne gegenseitiges Vertrauen, während das vor zwei Jahren noch so enge Verhältnis mit Großbritannien sich zu lösen fortfuhr und schon unklar geworden war. Koloniale Fragen begannen die Orientierung der Großmächte stark zu beeinflussen. Deutschland beteiligte sich nicht mit Geschick an ihnen, soweit Grenzregelungen in Frage kamen. Dagegen scheint jene Entsendung der beiden deutschen Kreuzer nach der Delagoabucht aus einem, wenn nicht zielbewußten, so doch von einem bestimmten Gesichtspunkte ausgehenden politischen Gedanken des Freiherrn v. Marschall veranlaßt worden zu sein: dem eines erheblichen deutschen Interesses an der Selbständigkeit und Unabhängigkeit der südafrikanischen Burenrepubliken. Es war das die einzige Äußerung einer weitergreifenden Politik des Deutschen Reiches, eines ersten Anfanges.

Der Dreibund stand unerschüttert da, aber in Italien war der Streit der Meinungen heißer denn je. Das Land litt wirtschaftlich stark. Viele Politiker behaupteten, daß das Deutsche Reich seinem südlichen Bundesgenossen nicht mehr so bereitwillig und energisch Rückenstärkung gäbe, wie zu Bismarcks Zeiten. Der Dreibund erdrücke dagegen durch seine ungeheuren Militärlasten das italienische Volk wirtschaftlich. Eine starke — gleichzeitig frankreichfreundliche — Opposition gegen Monarchie und Heer machte sich bemerklich. Crispi, 1894 wieder Ministerpräsident, trat mit Energie für das Heer ein und rief den Italienern zu: „Nur die Monarchie bezeichnet die Einheit und die Zukunft des Vaterlandes." Trotz des Zwischenfalles von Aigues-Mortes, als in Italien die gerechte Entrüstung gegen Frankreich wieder einen Gipfel erreichte, war während der Jahre 1891 bis 1894 ein Wachsen der Stimmung für Frankreich unverkennbar; nicht gerade bewußt auf Kosten des Dreibundes, aber es herrschte doch die Anschauung, daß nach Aufhören des Zollkrieges und Platzgreifen einer versöhnlicheren Stimmung zwischen den beiden Mächten die wirtschaftlichen Nöte des Landes sich mindern würden. Unterstützt wurde diese Stimmung durch das Mißfallen am italienisch-deutschen Handelsvertrage. Crispi, als Vertreter der Opposition im Parlamente, tadelte sogar (1892), daß man den Dreibundvertrag vor dem Abschluß des neuen Handelsvertrages erneuert und so ein Druckmittel im Sinne des letzteren ohne Not aus der Hand gegeben habe.

Die internationalen Kolumbusfeste 1892 in Genua vollends waren ein bedeutungsvolles Symptom von dem Umschwunge der italienischen Stimmung Frankreich gegenüber. Kriegsschiffe aller europäischen Nationen lagen auf der Reede von Genua versammelt, freilich nur ein einziger deutscher Kreuzer bezeichnete als ein von der französischen Presse

Wachsende Neigung in Italien für Frankreich



verspottetes Symbol die Ohnmacht des Deutsches Reiches zur See. Der Chef des französischen Geschwaders aber, Admiral Rieunier, überbrachte dem König von Italien einen Brief des Präsidenten Carnot, und der König antwortete: dieser Brief sei der Beweis einer Freundschaft, „die uns teuer ist und die unseren Gefühlen lebhaftester Sympathie für Frankreich entspricht!" —

Trotz der Herzlichkeit der wiederholten deutsch-italienischen Monarchenbesuche, trotz der unbezweifelbaren Aufrichtigkeit dieser Kundgebungen, zeigten jene Symptome eben durch die Ständigkeit ihrer Wiederholung, daß — vom Könige bis zu den Abgeordneten der Opposition im Parlamente und bis zu den politisch zielbewußten Verherrlichern lateinischer Rassengemeinschaft und italienischer Dankpflichten gegen Frankreich — das nach der französischen Seite hin drängende Moment stärker wurde. Ende des Jahres 1893 erhoben sich sogar Stimmen für ein enges Zusammengehen mit Rußland und Frankreich. Den leitenden Persönlichkeiten und dem Könige lag zwar eine Trennung vom Dreibunde fern, aber näher rückte der Gedanke: außerhalb des genau und knapp verstandenen Rahmens dieses Vertrages eine unabhängige Politik zu machen. Das Ansehen Frankreichs wuchs, seine Macht indirekt und direkt auch, und diesen Tatsachen proportional naturgemäß auch das Schutzbedürfnis Italiens im Mittelländischen Meere. Der Schutz Englands war ihm seinerzeit für die Erhaltung des Status quo im Mittelländischen Meere zugesagt worden, aber die Hauptgarantie für diesen Schutz hatte man neben dem Interesse Großbritanniens am Mittelländischen Meere auch in dessen wohlverstandenem Interesse erblickt, mit Bismarck, bzw. dem Deutschen Reiche, konform zu gehen. Jetzt war Bismarck nicht mehr da, das deutsch-russische Vertragsband war gelöst, und in demselben Augenblicke riß auch das Band, an dem Bismarck durch den deutsch-russischen Vertrag die englische Politik bis zu einem gewissen Grade gehalten hatte. Die Tatsache, daß Bismarck die komplizierte Situation beherrscht hatte, und daß die Italiener an sich wiederholt die Bestätigung erfahren hatten: wenn er etwas sagt, so tut er es und kann es auch — hatte ihnen das Gefühl der Sicherheit gegeben. Nicht zum wenigsten durch jene ungeheure Autorität und die Eigenschaft, welche Crispi an Bismarck hervorhob: „er weiß immer genau, was er will", war es überhaupt möglich gewesen, alle Fliehkräfte in seinem Systeme zusammenzuhalten. Seitdem hatte sich die Lage gründlich verändert, die deutsche Politik flößte gerade dem immer mißtrauischen Italiener nicht mehr das Vertrauen ein wie früher. Als dann gegen Ende der Caprivischen Amtszeit auch Schwierigkeiten zwischen Deutschland und England eintraten, ohne daß auf der anderen Seite das deutsch-russische Verhältnis sich wesentlich gebessert hätte, als

ferner Italien sich wirtschaftlich in dauernd ungünstiger Lage befand, da kam jene auf Annäherung an Frankreich strebende Stimmung immer stärker zum Vorschein.

Vier Jahre sind zur Beurteilung der Tätigkeit eines leitenden Staatsmannes nicht immer ausreichend. Daß der Reichskanzler v. Caprivi sich als Nachfolger eines Bismarck unter allen Umständen in einer üblen Lage befand, braucht nicht betont zu werden. Ebensowenig kann man den Standpunkt als unrichtig bezeichnen, daß ein europäisches System, wie Bismarck es eine Reihe von Jahren zu meistern vermocht hatte, über die Kräfte eines durchschnittlichen Staatsmannes hinausging, also in seiner Vollständigkeit auf die Dauer nicht erhalten und beherrscht werden konnte. Was man Caprivi vorgeworfen hat und auch heute noch als einen unbegreiflichen Fehler ansehen muß: das war die Plötzlichkeit seiner Abkehr von Rußland und die gewollte oder ungewollte Bedingungslosigkeit, mit der er sich England näherte und sich dort in die Arme einer im Grunde feindlich gerichteten, kühlen und scharfsichtigen Staatskunst hineinwarf. „Hals über Kopf", so hat damals Bismarck diese Politik bezeichnet, und es ist auch jetzt nach mehr als zwanzig Jahren kaum möglich, sie anders zu charakterisieren. Die Kolonialpolitik Caprivis, wenn man überhaupt von einer solchen sprechen will, ging praktisch im wesentlichen darauf hinaus, alles, was er für augenblicklich überflüssig hielt, von vornherein als Tauschobjekt zu betrachten und nach dem Grundsatze: ich habe es selbst billig bekommen, Wert lege ich nicht darauf, ich gebe es billig fort! — zu verhandeln.

Wenn oft gesagt worden ist, man habe von Caprivi keine kolonialen Kenntnisse verlangen können, solche seien damals in Deutschland überhaupt sehr selten gewesen, so ändert das doch nichts daran, daß sein Verfahren der politischen Geschäftstaktik widersprach. Bismarck verstand sicher wenig von Kolonien im fachmännischen Sinne, aber er verstand, Zukunftsaussichten abzuschätzen, vor allem auch zu erkennen, was fremden Konkurrenten an unserem Besitze wertvoll erschien. Dementsprechend bemaß Bismarck den Wert politisch.

Caprivi war während einer Reihe von Jahren Chef der Admiralität gewesen und hatte in der jungen und kleinen deutschen Marine organisatorisch und auf dem personalen Gebiete Großes und Gutes geleistet. Aber auch hier finden wir einen Mangel an Gesamtüberblick, vor allem einen Mangel an Perspektive. Er befand sich auf dem Standpunkte: viel Geld wird für die Marine niemals flüssig sein, sie wird immer klein bleiben. Kleine Marinen müssen sich auf die unmittelbare Küstenverteidigung beschränken. Das gilt also auch für die des Deutschen Reiches! — Es scheint darin ein gewisser Wesenszug des Caprivischen Charakters zu liegen:

eine freiwillige Einschränkung des eigenen inneren Tätigkeitsgebietes. Caprivi wies der Marine mit vollem Bewußtsein die Rolle der Küstenverteidigung zu und beschränkte sie auf diese. Seine damaligen Bauprogramme, seine Äußerungen und Denkschriften legen dafür Zeugnis ab. Und es ist bemerkenswert, daß er gerade in diesem Punkte von seinem Vorgänger in der Admiralität, dem General v. Stosch, durchaus abwich. Diesem hochverdienten Manne hatte, wenn auch als Zukunftsbild, vorgeschwebt, daß der Schwerpunkt der Tätigkeit der deutschen Flotte auf der hohen See zu liegen habe und dementsprechend auch das Schiffsmaterial für die Verwendung auf hoher See zu bauen sei.

In seiner Wirtschaftspolitik verfolgte der Reichskanzler v. Caprivi die Grundsätze des Freihandels, soweit ihm das angesichts der deutschen Verhältnisse durchsetzbar war. Er machte sich das — unzutreffende — französische Wort zu eigen: Das neue Deutschland müsse entweder Waren ausführen oder Menschen. Trotzdem kam ihm aber der Gedanke nicht, daß eine so ausschließlich auf überseeischen Exporthandel gestellte Wirtschaftspolitik mehr als jede andere einer sehr starken Kriegsflotte bedürfe, daß ein paar hundert kleine Torpedoboote an den Küsten und ein Dutzend kleiner Kreuzer auf den Ozeanen nicht annähernd genügen konnten. Man steht hier vor einem merkwürdigen Widerspruche. Vielleicht hat Caprivi tatsächlich die Auffassung und den Wunsch gehabt, durch eine enge Verbindung mit England werde die britische Hochseeflotte gewissermaßen selbsttätig als Surrogat für die fehlende deutsche eintreten und dem deutschen Handel den nötigen Schutz leihen.

## Die Lage zur See.

Die Behauptung ist nicht übertrieben, daß Kaiser Wilhelm II. mit dem festen Vorsatze den Thron bestiegen hat, dem Deutschen Reiche eine große Flotte zu schaffen.

Caprivi wurde als Chef der Admiralität sofort durch einen Seeoffizier ersetzt und übernahm ein Armeekorps, bis er, im Frühjahr 1890, auf den Kanzlerposten berufen wurde. Das erste, was der neue Chef, Vizeadmiral Graf Monts, und zwar auf Befehl des Kaisers, tat, war das Einbringen der Forderung vier großer Hochseeschlachtschiffe. Sie bedeutete Abkehr vom Küstenverteidigungsgedanken Caprivis, den ersten Schritt zum Gedanken einer deutschen Hochseeflotte. Ihre weitere Entwicklung auf diesem Wege wurde durch die Verhältnisse im Reichstage, durch das in Deutschland noch allgemein mangelnde Verständnis für die neuen Ziele und durch eine nicht immer geschickte amtliche Vertretung um mehr als ein halbes Jahrzehnt verzögert.

Kaiser Wilhelm II. konnte sich 1888 und 1890 über die endgültige Gestalt und Stärke der deutschen Flotte noch nicht klar sein. Dazu lag alles noch viel zu sehr im Dunkeln, bestanden doch auch zu große Meinungsverschiedenheiten in Fachkreisen. Eine Hochseeflotte sollte jedenfalls geschaffen werden als Kern der heimischen Streitkräfte, daneben zur Küstenverteidigung entsprechende Mengen von kleinen Fahrzeugen, Torpedobooten usw., und für den Schutz des überseeischen Handels an Ort und Stelle eine größere Anzahl von Kreuzern. So waren die ersten Pläne des Kaisers in Übereinstimmung mit den damals in leitenden Stellungen befindlichen Seeoffizieren. In Großbritannien waren diese Pläne nicht unbekannt; schon beim Regierungsantritte Kaiser Wilhelms erging sich die englische Presse in langen Ausführungen darüber. Die führenden Männer in Großbritannien empfanden aber keine Beunruhigung, ja nicht einmal Mißfallen. Sie kannten die gänzliche Bedeutungslosigkeit der deutschen Marine, sie wußten, wie deren Einrichtungen auf allen Gebieten in den Anfängen staken, sie wußten vor allem, ein wie ungeheuer schwieriges, langwieriges und kostspieliges Werk es ist, eine leistungsfähige gute Kriegsflotte zu schaffen und zu erhalten, wieviel Erfahrung, Weitblick, Konsequenz und Hilfsmittel dazu notwendig sind.

Eine deutsche Flotte war nicht vorhanden, und zeitlich stand es in unbestimmbarer Ferne, wie und wann sich die kaiserlichen Pläne verwirklichen könnten. Während jener Periode der flottenlosen Zeit aber lag der politische Gedanke nahe genug, bei eintretenden Gelegenheiten mit einer Verwertung des deutsch-englischen Freundschaftsverhältnisses gerade zur See rechnen zu können. Es hatte etwas Symbolisches an sich, als im Jahre 1890 die englische Mittelmeerflotte — ihr Flaggschiff führte den heute so berühmten Namen „Dreadnought" — zusammen mit dem deutschen Geschwader aus dem Piräus auslief, unter Führung der „Hohenzollern", auf der die deutsche Kaiserstandarte wehte. Der Deutsche Kaiser, als englischer „Admiral der Flotte", ließ die vereinten deutschen und englischen Geschwader nach seinen Signalen eine Zeitlang manövrieren; ein einzigartiges Schauspiel! Es hat sich seitdem nicht wiederholt. Wollte Deutschland in jenen ersten Jahren eine Politik überseeischer und kolonialer Expansion, so war die Zustimmung Englands notwendig, und um so mehr, wenn man sich auf die englische Flotte stützen zu müssen glaubte.

Wir haben gesehen, wie in dem deutsch-englischen Kamerunvertrage Deutschland den Engländern gewissermaßen als Puffer gegen Frankreichs Expansion in Afrika dienen sollte, und wie kurz nachher dasselbe befreundete England rücksichtslos über vertragliche Verpflichtungen hinwegzugehen versuchte und bereit war, den deutschen Interessen schweren

Schaden zuzufügen. Deutschland und Frankreich protestierten mit Erfolg; das englische Vorhaben war auch zu wenig vorbereitet, um sich durchzusetzen.

Von dem Augenblicke an aber, wo die deutsche Politik gewagt hatte, in kolonialen, überseeischen Dingen selbständig etwas zu wollen und zu tun, was den englischen Staatsmännern nicht gefiel, da trat ungesäumt der Mißton in die deutsch-englischen Beziehungen hinein. Diese an und für sich geringfügigen, jedenfalls nicht bedeutenden Ereignisse liefern die Probe auf das Exempel: wie die britische Politik Deutschland gegenüber nach dem Rücktritte Bismarcks und dem Ablaufe des deutsch-russischen Neutralitätsvertrages orientiert war. In dem Vertrage von 1890 hatte man England nicht zum wenigsten deshalb so großes Entgegenkommen in Afrika bewiesen, weil, wie Fürst Hohenlohe schreibt, man der kolonialen Politik Großbritanniens unter Bismarck „zu sehr auf die Hühneraugen getreten“ habe. Jetzt, in den Jahren 1893 und 1894, kam das Umgekehrte zur Geltung, und da stand dem Deutschen Reiche — auch abgesehen vom deutsch-russischen Vertrage — kein Gegenmittel mehr zur Verfügung. Eine Flotte besaß es nicht.

Vorhanden waren reichlich hundert gute Torpedoboote, außerdem eine Sammlung teils veralteter, teils in der Anlage verfehlter Panzerschiffe. Unter Caprivi war kein einziges Hochseeschlachtschiff auf Stapel gelegt worden. Denken wir jetzt, wo sich die Verhältnisse für die Flotte günstiger entwickelt haben, als man voraussehen konnte, an jenen Zustand zurück, so ist es vielleicht ein Vorteil gewesen, daß die Dinge scheinbar hoffnungslos standen, denn Helgoland wäre sonst den Engländern sicherlich nicht feil gewesen. Für die Beurteilung der damaligen Politik jedoch kann das naturgemäß nicht in Betracht kommen.

Die Schwierigkeit, welche bei dem Stande der maritimen Verhältnisse für jeden Nachfolger Bismarcks sich erhob im Augenblicke, wo überseeische Fragen in Betracht kamen, liegt ohne weiteres auf der Hand. Solange es sich in überseeischen Angelegenheiten um Schwierigkeiten und Reibereien mit Mächten des europäischen Festlandes handelte, blieb der Schwerpunkt der Streitfrage an sich, besonders ihre Entscheidung im äußersten Falle, auf dem Festlande, sobald es sich aber um Mächte handelte, die, wie Bismarck nach seiner Verabschiedung sagte, „wir zu Lande nicht langen können“, dann lag die Sache ganz anders. Es bestand nur die Möglichkeit, durch Bündnisse oder Einverständnisse ad hoc indirekt auf die zu Lande uns nicht erreichbare Macht zu wirken. Das konnte Deutschland vorher mit geschickter Benutzung des gespannten englisch-russischen Verhältnisses unter Umständen erreichen. Nach 1890 war davon nicht mehr die Rede. Wenn also um die Jahre 1893 und 1894 eng-

lische Zeitungen vom „isolierten Deutschland“ sprachen, so war das in gewisser Beziehung und gerade vom britischen Standpunkte gesehen, nicht unrichtig: der Dreibund war über die Küstenlinien Europas hinaus nicht wirksam. Wollte und mußte aber eine der Dreibundmächte Interessen auf dem Meere und über dem Meere vertreten und verteidigen, ohne es mit eigenen Mitteln zu können, so blieb ihr nur übrig, Verbindungen mit anderen Mächten zu suchen. Eine solche war bis 1890 für Deutschland der russische Vertrag. Man kann nun gewiß hier wieder fragen, ob selbst Bismarck sein System der Versicherungen und Rückversicherungen auch in der überseeischen Politik und gegen England auf die Dauer hätte durchführen können. Das vermag niemand zu sagen, wir können nur mit großer Wahrscheinlichkeit annehmen, daß es immer schwieriger geworden wäre. Bismarck hatte mit seiner Wirtschaftspolitik einerseits, seiner Kolonialpolitik anderseits den Grund zum größeren Deutschland und damit zur Weltpolitik gelegt. Eine deutsche Flotte mußte schon aus diesen Gründen notwendig werden. Bismarck hat in seinen letzten Lebensjahren sich gelegentlich auch über dieses Gebiet geäußert und sich mehrere Male übereinstimmend dahin ausgesprochen, das Deutsche Reich müsse eine so starke Flotte haben, daß Seemächte zweiten Ranges ihm die See nicht verbieten könnten. Das war ein offenes Bekenntnis zum Prinzipe des Hochseekrieges, ging also weit über das hinaus, was Caprivi von der deutschen Flotte verlangte und wollte.

Der Wunsch und Wille des Deutschen Kaisers, dem Deutschen Reiche zu einer starken Flotte zu verhelfen, beruhte auf einem eminent politischen Gedanken. Er stand, wie man damals vielleicht weniger, heute aber vollkommen klar übersehen kann, in geradem Widerspruche zur Politik, ja, zur ganzen staatsmännischen Anschauung des zweiten Kanzlers. Daß der Deutsche Kaiser — wie gesagt, von ganz anderen Gesichtspunkten als sein Kanzler ausgehend — gedacht hat, man müsse, bis Deutschland eine starke Flotte habe, versuchen, mit England in guten Beziehungen zu bleiben und deshalb auch gelegentliche Zugeständnisse machen, liegt nicht fern und war, innerhalb gewisser Grenzen, politisch selbstverständlich.

Die Gedanken, welche ihm vorschwebten und ihn leiteten, hat der Kaiser am 18. Januar 1896 — gelegentlich der Feier des fünfundzwanzigjährigen Bestehens des Deutschen Reiches — kurz und programmatisch zusammengefaßt mit den Worten: „Aus dem Deutschen Reich ist ein Weltreich geworden. Überall in fernen Teilen der Erde wohnen Tausende unserer Landsleute. Deutsche Güter, deutsches Wissen, deutsche Betriebsamkeit gehen über den Ozean. Nach Tausenden von Millionen beziffern sich die Werte, die Deutschland auf der See fahren hat. An

Sie, meine Herren, tritt die ernste Pflicht heran, mir zu helfen, dieses größere deutsche Reich auch fest an unser heimisches zu gliedern."

Diese „Angliederung", von welcher der Kaiser spricht, war nur denkbar durch eine Weltpolitik, und eine solche nur möglich, wenn eine genügend starke Flotte zur Verfügung stand. Das Kaiserliche Programm lag anderseits in der geraden Entwicklungslinie des Deutschen Reiches. Es mußte einmal aufgestellt und durchgeführt werden.

Bismarck hatte gesagt: „Bis zum Jahre 1866 trieben wir preußisch-deutsche, bis 1870 deutsch-europäische Politik, seitdem Weltpolitik. — Bei der Berechnung der zukünftigen Ereignisse müssen wir auch die Vereinigten Staaten ins Auge fassen, die sich zu einer jetzt von den meisten noch ungeahnten Gefahr auf wirtschaftlichem Gebiete entwickeln werden. Das eine wird sich in Zukunft vom anderen nicht trennen lassen. Der Krieg der Zukunft ist der wirtschaftliche Krieg, der Kampf ums Dasein im großen. Mögen meine Nachfolger dies immer im Auge behalten und dafür sorgen, daß, wenn dieser Kampf kommt, wir gerüstet sind." Und ein anderes Mal sagte der große Kanzler: „Die Pflege eines starken und stolzen Nationalgefühles ist unsere heilige Pflicht, und zumal die Deutschen im Auslande können und sollen stets wissen, daß 50 Millionen Deutsche bereitstehen, deutsche Ehre und deutsche Interessen zu vertreten." Und wiederum sagte er im Jahre 1885, daß die Steigerung der Bewilligungen für die Flotte aus einer sehr erfreulichen Ursache herrührte, „nämlich weil der deutsche Handel in die Weite und Breite sich mehrt und also eines größeren Schutzes bedarf. Daß wir so viel Schiffe in den asiatischen Gewässern und so viele Interessen an der Ost- und Westküste von Afrika zu schützen haben würden, haben wir früher nicht geglaubt. Aber nun dieses erfreuliche Ergebnis, daß ein größerer Seehandel eines größeren Schutzes durch die Flotte bedarf, nun wiederum auf das Konto unserer neuesten Vorlage zu setzen, das ist doch auch nicht gerecht." —

Kaiser Wilhelm hat mit seinem Programm die Bismarcksche Politik in zeitgemäßer Form und Art fortgesetzt. Daß jenes sein Bekenntnis am 18. Januar 1896 keine Augenblickseingebung war, sondern seit seiner Thronbesteigung ihm fest vor Augen stand, ist längst eine allgemein anerkannte Wahrheit. Die Periode Caprivi war allerdings nicht geeignet gewesen, die Verhältnisse den kaiserlichen Zielen näherzuführen.

Versuchen wir aber, uns diese Periode fortzudenken, so wäre doch der Mangel einer deutschen Flotte auch politisch in vollem Umfange negativ wirksam geblieben. Die Lücke konnte nur allmählich und nur durch eigene Kraft überwunden werden. Die fremde Kraft der englischen Flotte nach dem Ergänzungsprinzipe zu benutzen, war ein in der Wurzel ungesunder Gedanke. Er erinnerte an jenen Zustand, als vor der Grün-

dung des neuen Deutschen Reiches der deutsche Seehandel der Hansastädte sich als unter englischem Schutze stehend betrachtete und betrachten mußte. Man war gezwungen, „mit dem Hute in der Hand“, wie Bismarck während der Dampfersubventionsdebatten sagte, „bei Fremden bettelnd sich durchzuschlagen“. Anders konnte es auch mit jener deutsch-englischen Freundschaft nach 1890 nicht werden. Das war ein Verhältnis, dem die Grundlage der Gleichberechtigung fehlte: Macht auf beiden Seiten. Die Seemacht befand sich nur auf der englischen Seite. Infolgedessen verlangte die britische Politik vom Deutschen Reiche Gefolgschaft überall da, wo die deutsche Macht nicht hinreichte, wo die Großbritanniens aber herrschte.

Nach der Rede des Kaisers vom 18. Januar 1896 schrieben die „Times“: „Die Proklamierung eines anderen Deutschen Reiches der Zukunft muß unbedingt uns einige ernste und verfängliche Fragen nahelegen: In welchen bisher herrenlosen Gebieten soll es zustande gebracht, oder wie und wem soll es durch Eroberung entrissen werden? Von wem soll es bevölkert werden?“ Also Unverständnis und Anspielung auf die Machtlosigkeit des Deutschen Reiches zur See. Man wußte in England nur zu gut, daß eine kraftvolle überseeische Politik sich ohne eine starke Flotte nicht treiben läßt. In Deutschland aber sagte Herr Eugen Richter: es gäbe zwei Klassen von Flottenenthusiasten: nämlich ehrliche Kolonialschwärmer und Intriganten! — So gingen der Argwohn des Auslandes und die Verständnislosigkeit der öffentlichen Meinung im Deutschen Reiche Hand in Hand.

Als Kaiser Wilhelm zur Regierung kam, stand, dem Tonnengehalte nach, die deutsche Flotte an fünfter Stelle unter den Kriegsflotten der Welt. Weitaus an erster stand die britische, ungefähr zwei Drittel ihres Tonnengehaltes zählte die französische Flotte, auf zwei Fünftel der französischen bezifferten sich die Tonnengehalte der italienischen und der russischen Flotte. Dann erst kam die deutsche Flotte. Qualitativ schnitt die deutsche Flotte noch ungünstiger ab.

Das Jahr 1888 bildete gleichwohl für die Flotte Großbritanniens einen Zeitpunkt des Tiefstandes. Im selben Jahre setzte eine vom derzeitigen Kapitän zur See und Parlamentsmitglied, Lord Beresford, geführte Agitation ein, welche auf die dringende Notwendigkeit hinwies, die Flotte stark und schnell zu vermehren. Eine für damalige Zeit beispiellos umfangreiche Flottenvorlage wurde eingebracht, nämlich die Fertigstellung der folgenden Schiffe innerhalb eines Zeitraumes von vier Jahren: 8 Schlachtschiffe erster, 2 Schlachtschiffe zweiter Klasse, 9 Kreuzer erster Klasse, 33 kleinere Kreuzer und 18 Torpedoboote. Der Erste Lord der Admiralität, Lord Hamilton, begründete die Vorlage da-

mit, daß Englands Übermacht zur See unbedingt gewahrt werden müsse. Deshalb müsse erreicht werden, daß die britische Flotte den vereinigten Flotten zweier anderer Seemächte überlegen sei. In jenem Jahre 1888 wurde, zum ersten Male amtlich, jener vielerörterte Zweimächtemaßstab aufgestellt. Er bezog sich auf Frankreich und Rußland. Das Bauprogramm wurde pünktlich zu allgemeiner Bewunderung durchgeführt. In der ersten Hälfte der neunziger Jahre stand die britische Flotte, absolut und vergleichsweise, auf der Höhe aller damals denkbaren Aufgaben. Es war die Zeit des engsten Einvernehmens mit dem Dreibunde, die Zeit, wo mündliche Abmachungen dahin bestanden, daß die englische Flotte bei Ausbruch eines Krieges den Status quo im Mittelländischen Meere gegen Frankreich wahren werde. Der Schwerpunkt der britischen Flotte lag tatsächlich im Mittelländischen Meere, während das Kanalgeschwader die britische Front nach der Atlantischen Küste Frankreichs darstellte. Eine große Menge von Kreuzern war auf die ausländischen Stationen verteilt. Die verhältnismäßige Anzahl der im Dienst befindlichen Schiffe und Verbände war erheblich geringer als in unseren Tagen. Die Fähigkeit der britischen Flotte, die Meere zu beherrschen, einerlei, welche Mächtekombination ihr Gegner sein würde, stand außer Frage.

In Frankreich war das maritime Interesse im wesentlichen auf das Mittelländische Meer gerichtet. In den Kammerverhandlungen des Jahres 1893 wurde ausdrücklich festgestellt, daß Frankreichs Mittelmeergeschwader stärker sei als die italienische Flotte, während das atlantische Geschwader der deutschen Flotte gewachsen sei. Tatsächlich machten sich schon um die Mitte der neunziger Jahre Zeichen des Rückganges und des Verfalles in der französischen Flotte bemerklich. Sachverständige Franzosen legten ihr in jenem Jahre nur ein Drittel des Wertes der englischen bei. Auch stellte man fest, daß die Eröffnung des deutschen Kaiser-Wilhelm-Kanales höhere Anforderungen an die atlantischen Streitkräfte Frankreichs stelle als bisher. Der stete Wechsel der Marineminister, die Verschiedenheit ihrer Anschauungen, die inneren Wirren und Unruhen, die das Land durchtobten, schließlich die Vereinigung der Anstrengungen auf die Armee, das alles bewirkte, daß der Wert der französischen Flotte mehr und mehr zurückging; zunächst freilich nur wenigen bemerklich.

Italien hatte seit den achtziger Jahren mit ungeheurer Anstrengung versucht, eine starke Flotte zu schaffen. Der Weitblick seiner Staatsmänner, an der Spitze Crispi, hatte die Wahrheit erfaßt, daß Italien eine selbständige Mittelmeerpolitik lediglich auf der Basis einer starken Flotte treiben könne. Es konnte Italien nicht in den Sinn kommen, auf eine Flotte von der Größe der französischen hinzuarbeiten. Was man wollte, war eine Flotte, die bei verhältnismäßig geringem Umfange das beste

Schiffsmaterial aufwies. Geniale Konstrukteure bauten jene damals vielbewunderten Schiffe von bisher nie dagewesener Größe und Schnelligkeit. Der marinepolitische Gedanke dabei war: daß die langgestreckten Küsten der italienischen Halbinsel ein gewisses Maß von Schutz — bei der Beschränktheit der für Flottenbauten zur Verfügung stehenden Mittel — nur durch eine Anzahl schneller und mächtiger Schiffe erhalten könnten, die bald hier, bald dort überraschend aufträten und sich vermöge überlegener Geschwindigkeit zu starken, feindlichen Schiffsverbänden entziehen könnten. Es war gelungen, die Flotte Italiens an die dritte Stelle unter den Mächten zu bringen und ihr hohe Achtung zu verschaffen. Selbst wenn man in den Folgejahren auf dieser Bahn ohne Unterbrechung und Abschweifung hätte weiterschreiten können, so wäre an eine Emanzipation Italiens von der Notwendigkeit englischen Flottenschutzes doch nicht zu denken gewesen. Nach dem kolonial-politischen Zusammenbruche Mitte der neunziger Jahre trat auch für die Flotte ein verhängnisvoller Rückschlag ein.

In einer noch weit weniger günstigen Lage befand sich die Marine unseres österreichisch-ungarischen Bundesgenossen. Das einzige Gute, was sie aufwies, war ein vorzügliches Offizierkorps. Um das Schiffsmaterial aber stand es sehr wenig gut, in einem Kriege hätte die österreichisch-ungarische Flotte sich auf die strikte Küstenverteidigung beschränken müssen.

Ob die Flotte des Russischen Reiches in jener Zeit ein wirksamer Bundesgenosse der französischen gewesen wäre, kann man bezweifeln. An Schiffszahl übertraf, wie gesagt, die russische Marine die deutsche um ein nicht unbeträchtliches Maß; mit der Schlagfertigkeit aber stand es ebenso mangelhaft wie mit dem Geschwaderdienste und den Friedensübungen überhaupt, gar nicht zu reden von der Organisation. Aus diesen Gründen vielleicht hat man im Jahre 1892 keine Flottenkonvention als Ergänzung der Militärkonvention zwischen Frankreich und Rußland geschlossen. Ohne Zweifel galt es als die selbstverständliche Aufgabe der russischen Flotte, in einem Kriege zwischen Dreibund und Zweibund die eigenen Ostseeküsten zu verteidigen und, wenn die Verhältnisse es gestatteten, die deutschen Ostseeküsten anzugreifen. Daß man sich russischerseits aber viel von einer solchen offensiven Aktion versprochen und sie demgemäß im Frieden vorbereitet hätte, ist unwahrscheinlich.

Aus diesen Machtverhältnissen zur See ergab sich die Möglichkeit für Großbritannien, in seiner glänzenden Isolierung zu bleiben und dabei aktive Politik großen Maßstabes zu treiben; wohl gemerkt, hatte diese Möglichkeit vorher nicht im selben Maße bestanden, nämlich solange die deutsch-russische Rückversicherung vorhanden war. Als damals, Ende

der achtziger Jahre, England so auffällig und demonstrativ an den Dreibund heranrückte, als Crispi sagen konnte: „für das Festland der Dreibund, für die Seeinteressen England“ — da schrieb die „Morning Post“ über Deutschland und England: beiden Ländern werde täglich einleuchtender, daß sie zusammen stehen und fallen müßten, es bedürfe deshalb keines papiernen Bündnisses zwischen ihnen —, da handelte es sich nicht um eine Gefälligkeit, die England dem Dreibunde erwies, sondern um ein dringendes Anlehnungsbedürfnis der britischen Politik. Wenige Jahre nachher bestand dieses Bündnis nicht mehr, denn der deutsch-russische Neutralitätsvertrag hatte aufgehört zu existieren, auf dem Festlande standen sich zwei Mächtegruppen gegenüber, und das Organ der englischen Regierung, der „Standard“, sprach von dem „isolierten Deutschland“.

Ferner ergab sich aus dieser Machtstellung Englands mit subjektiver Selbstverständlichkeit das Verlangen der Botmäßigkeit von den Mächten, welche es als seine „Freunde“ betrachtete und wirklich wünschte, sie als solche betrachten zu können. Wiederholt zeigte sich auch später in englischen Reden und Publikationen jene naive Verwunderung darüber, daß das Deutsche Reich nicht volle Befriedigung darin fände, der Beherrscherin der Ozeane ein dienstwilliger Freund zu sein. Im Vertrage von 1890 hatte Großbritannien das Entgegenkommen, dessen es bedurfte, gefunden. Als es nachher gelegentlich ausblieb, war der Unwille groß.

Das Deutsche Reich aber versuchte Kolonial- und Weltpolitik zu treiben ohne Flotte und sollte bald empfinden, was das bedeutete, nachdem die Festlandgruppierung der Mächte sich so unglücklich geändert hatte. Unter diesem Gesichtspunkte war auch der russisch-englische Pamirvertrag (1895) ein Symptom für die veränderte Lage, anderseits der „Wörth-Zwischenfall“ auf der Reede von Cowes. Dorthin war der Deutsche Kaiser zu den großen Segelregatten mit dem Deutschen Panzergeschwader gekommen. Am Jahrestage der Schlacht von Wörth hielt der Kaiser an Bord dieses Schiffes eine Ansprache an die Mannschaft über jene denkwürdige Schlacht. Daran nahm die Londoner Presse starken Anstoß und erdreistete sich zu der Bemerkung: der Kaiser würde gut getan haben, in britischen Gewässern eine Bezugnahme auf den Deutsch-Französischen Krieg zu unterlassen. Das machte damals tiefen Eindruck auf die öffentliche Meinung Deutschlands und wurde mit Recht als Symptom für den Beginn einer völligen Veränderung der Lage aufgefaßt. Im Jahre 1889 war es gewesen, als bei derselben Gelegenheit — den Segelregatten von Cowes — der Prinz von Wales in einer Ansprache gesagt hatte: nach seiner Überzeugung würden die große deutsche Armee und die britische Flotte dazu dienen, den Weltfrieden zu erhalten.

So machten sich immer deutlicher und immer häufiger Beweise für die Ungesundheit des britisch-deutschen Freundschaftsverhältnisses bemerkbar, dessen Auffassung auf beiden Seiten eine so verschiedene war.

Am 8. Januar des Jahres 1895 hielt der Deutsche Kaiser einer Anzahl von Parlamentariern einen längeren Vortrag über die maritimen Bedürfnisse des Deutschen Reiches und forderte sie zum Schlusse auf, sie möchten „dem Fürsten Bismarck, dem Begründer unserer Kolonialpolitik, zum 80. Geburtstage die Freude machen, die für die Flotte geforderten notwendigen Summen zu bewilligen". In diesem Satze liegt die Erkenntnis enthalten, daß eine Kolonialpolitik ohne Flotte dem Deutschen Reiche eine Unmöglichkeit bedeutete, und daß eben hier die vornehmste Ursache der Schwierigkeiten und Rückschläge jener Zeit lag, nachdem die Surrogate verschwunden oder unbrauchbar geworden waren.

Das Deutschland des Jahres 1895 war aber noch nicht reif für diese Erkenntnis.

# Zweiter Abschnitt.

# Weltpolitische Mühen ohne zureichende Mittel.

## 1895—1903.

---

### Der Weg zur Krügerdepesche.

Als der Deutsche Kaiser im Sommer 1895 die Königin von England, seine Großmutter, wie beinahe jedes Jahr besuchte, machte sich eine Bewegung in der englischen Regierungspresse bemerklich, die großes Aufsehen überall und in Deutschland heftigen Unwillen erregte. Der Londoner „Standard“ brachte eine Reihe von Artikeln, die sich, anstatt den Kaiser zu begrüßen, in ironischem Tone persönlich gegen ihn wandten. Man machte den Kaiser darauf aufmerksam, daß er bei der Königin eine Unterrichtsstunde in politischer Weisheit nehmen solle. Er könnte allerdings nie imstande sein, die Königin an Scharfsinn zu übertreffen, es würde aber schon genug sein, wenn er sich seiner Abstammung der mütterlichen Seite würdig zeige. Sachlich fügte das Blatt dann hinzu: englische Minister müßten stets den Wunsch haben, gute Beziehungen mit dem Deutschen Reiche zu unterhalten, aber die Politik des Kaisers habe die Tendenz, diplomatische Experimente zu machen. Deutschland möge bedenken, daß Englands Entgegenkommen für Deutschland wertvoller sei als alle anderen diplomatischen Beziehungen.

Es entspann sich eine deutsch-englische Preßfehde, und schließlich kam der „Standard“ damit heraus, daß der Hauptgrund des englischen Unwillens der deutsche Einspruch gegen das englische Kongoabkommen sei. Dieser offene, in seiner Art brüske und überaus anmaßende Angriff nicht nur gegen die deutsche Politik, sondern auch gegen die Person des Kaisers sollte wohl einerseits bezwecken, den Kaiser einzuschüchtern und ihn zur Initiative einer Aussprache mit der Königin von England zu bringen, anderseits den deutschen Staatsmännern zu zeigen, daß man nicht geneigt sei, mit Wohlwollen hinzunehmen, wenn das flottenlose Deutschland sich erdreiste, England auf dem Gebiete der Kolonialpolitik

in die Quere zu kommen. Unwahrscheinlich ist indessen, daß der englische Unwille und jener Angriff des „Standard“ sich in der Hauptsache auf die — wie durchweg in Deutschland angenommen wurde — südafrikanische Politik bezogen habe. Die Anspielung des Blattes auf die „diplomatischen Experimente“ und auf den Wert englischen Entgegenkommens im Vergleiche zu den Beziehungen Deutschlands mit anderen Mächten ließ vielmehr auf die im fernen Osten angebahnte Annäherung zwischen dem Deutschen Reiche und Rußland schließen. Eine solche lief, allgemein politisch wie im besonderen auf dem Gebiete der ostasiatischen Politik, allen englischen Interessen und Zielen zuwider. In Afrika dagegen handelte es sich nicht um solche „diplomatischen Experimente“, sondern um Versuche des Deutschen Reiches, dort selbständige Kolonialpolitik, zumal auch koloniale Wirtschaftspolitik, sogar gegen England zu treiben. Das schien den britischen Staatsmännern wohl minder gefährlich, weil sie sich nach einfacher Überlegung der Machtfrage sagten, daß derartige deutsche Versuche, sofern England nur fest blieb, scheitern mußten, und zwar unbedingt.

Damit soll keineswegs gesagt sein, daß der deutsch-französische Protest gegen den Kongovertrag England gleichgültig gewesen sei. Das war er nicht und um so weniger, weil er unerwartet kam. Ein englischer Regierungsvertreter sagte freilich: Wenn man gewußt hätte, welchen Wert Deutschland auf diesen Punkt lege, so würde man den Vertrag gar nicht angeregt haben. Das war nach der anderen Seite hin übertrieben, aber bei ruhiger Betrachtung der damaligen Verhältnisse wird man nicht in Abrede stellen können, daß bei aller Würdigung einer vereinten deutsch-französischen Gegnerschaft in Afrika die britischen Staatsmänner sich sagen konnten und es wahrscheinlich auch getan haben: die Sache sei nicht dringlich. Gerade mit der Durchführung des Planes einer Längsbahn durch Afrika konnte man ohne Schaden warten, zumal das im Süden Afrikas liegende Problem, das die Voraussetzung zu jener Bahn enthielt, noch nicht gelöst war. Hier hatte sich um die Mitte der neunziger Jahre ein starkes britisches Interesse konzentriert und ebenfalls ein starkes deutsches: die Burenfrage begann in ihr letztes, entscheidendes Stadium zu treten.

Begonnen hatte diese Frage in den sechziger Jahren, als die Diamantfelder im Oranjefreistaat, und in den siebziger Jahren, als in der Transvaalrepublik Goldfelder entdeckt wurden. 1877 machte England seinen ersten Versuch, die Transvaalrepublik zu verschlucken, und kleidete diesen Versuch nach bewährter Tradition in die Absicht und den Charakter einer britischen Hilfsaktion für die Buren, die sich in Geldverlegenheit befanden, außerdem unglückliche Gefechte mit schwarzen Nachbarn gehabt hatten.

Eine Volksabstimmung wurde arrangiert, ein paar tausend Buren stimmten für Einverleibung in das Britische Reich, die anderen verweigerten ihre Unterschrift. So galten die abgegebenen Stimmen, und die Transvaalrepublik wurde im Frühjahre 1877 als Teil des Britischen Reiches erklärt. Vier Jahre später, 1881, hatte man sich gesammelt und war entschlossen, das von England erschlichene Ergebnis: den Verlust der burischen Unabhängigkeit, wieder rückgängig zu machen. Man wählte das einfachste und nachdrücklichste Mittel: die Gewalt. In dem Gefechte bei Majuba Hill wurde die englische Truppe von den Buren zum Teil gefangen, zum Teil in die Flucht geschlagen; die Buren hatten beinahe gar keine Verluste. Sie waren nach der englischen Überlistung während der letzten drei Jahre in sich geeinigt und politisch gefestigt worden, sie hatten begriffen, daß die alten Zeiten ungestörter Behaglichkeit vorbei waren, daß sie genötigt waren, nicht nur einig und wehrhaft zu sein, sondern auch Politik zu treiben, wenn sie selbständig bleiben wollten.

Großbritannien legte diesen Mißerfolg einstweilen zu den Akten und schloß im gleichen Jahre 1881 einen Vertrag mit den Buren. Dieser Vertrag billigte der Transvaalrepublik die bedingte Unabhängigkeit, nämlich die Suzeränität der Königin von England zu. Die Buren, vor allem ihr erster Mann und von 1883 an ihr dauernder Präsident, Krüger, konnten in diesem Vertrage nur den Anfang gänzlicher Abhängigkeit erblicken. Krüger erlangte 1884 einen anderen Vertrag, der die Unabhängigkeit der Republik nunmehr voll anerkannte, mit der einzigen Ausnahme, daß, wie der nachher so viel besprochene Artikel 4 des Vertrages festsetzte, die Transvaalrepublik Bündnisse mit anderen Staaten und Mächten — abgesehen von dem benachbarten Oranjefreistaat — nur eingehen dürfe, wenn die Königin von England bzw. deren Regierung sechs Monate nach Bekanntwerden des Entwurfes keinen Einspruch dagegen erhoben hätten. Diese Bestimmung bezog sich auch auf Verträge und Abkommen. Wahrscheinlich betrachtete der Präsident Krüger auch diesen Vertrag nur als Vorstufe zu völliger Abhängigkeit. Darauf ließ auch seine Reise nach Berlin im Jahre 1884 schon schließen.

Damals wurde er in Berlin vom Kaiser Wilhelm I. und dem Fürsten Bismarck mit ausgesuchter Freundlichkeit empfangen, aber man ging keinerlei feste Beziehung mit ihm ein, obgleich Krüger in seiner bekannten Redewendung offen darauf anspielte: Wenn es einem Kind schlecht gehe, sehe es sich um Beistand um, und so bäte er, daß Kaiser Wilhelm auch den Buren helfe, wenn es ihnen einmal schlecht gehen sollte! — Diese Anregung wurde mit Schweigen, also nicht einmal mit einer verbindlichen Gegenredewendung beantwortet. Der Gedanke, von dem Krüger ausging, war zweifellos nicht der rassenhafter Zusammengehörigkeit

zwischen Buren und Deutschen, sondern der Hinblick auf die deutsche Kolonialpolitik und deren mutmaßliche Ziele im südlichen Afrika. Das begriff man in England bald genug und begann nun folgerichtig in versteckter Gemeinschaft mit der britisch-afrikanischen Gesellschaft (Chartered Company) unter Cecil Rhodes die Burenrepubliken geographisch nach allen Seiten zu isolieren.

Bald sahen sich die Buren auf allen Seiten eingeengt. Über die Absichten Großbritanniens waren sie schon lange nicht mehr im Zweifel. Dann kam das Ereignis 1894, dessen wir bereits gedachten, und in diesem Augenblicke war den Engländern klar, daß wenig Zeit zu verlieren sei. Rhodes verfolgte mit seiner rücksichtslosen Energie den Zusammenschluß Südafrikas und stieß dabei auf den Widerstand Transvaals. Rhodes war das deutsche Südwestafrika dabei ein unangenehmes Element; er erklärte öffentlich, jenes Gebiet könne ihm gar nicht gefallen, die Deutschen würden auch einmal einsehen, daß es für sie wertlos sei, weil der einzige brauchbare Hafen, die Walfischbucht, englisch sei, und sich dieses Gebietes entledigen. Die Ziele Rhodes' waren von vornherein klar: er verschleierte sie nicht.

Der Goldreichtum Transvaals lockte massenhafte Einwanderung ins Land, hauptsächlich Briten. Ihnen standen nach den Verträgen keine politischen Rechte zu, jedoch mußten sie Steuern zahlen. Den Buren erschien das Stimmrecht für diese Leute ausgeschlossen, weil ihre Zahl wuchs, also die Gefahr vorlag, daß eines Tages der englische Einfluß auf diese Weise die Republik beherrschen würde. Die — durchweg englischen — Ausländer in Transvaal bildeten einen sogenannten Nationalverein und stellten diese Organisation in den Dienst der Agitation für Erlangung des Bürgerrechtes. Dabei verweigerten sie Kriegsdienst, wenn es sich um Niederwerfung von Kaffernaufständen oder ähnliches handelte. Die Stoßkraft des Vereins erschien besonders gefährlich, weil Rhodes mit seiner Macht, zumal seinem Gelde, dahinter stand und nicht minder die britische Regierung, vertreten durch den Kolonialsekretär Mr. Chamberlain. Die Besorgnis der Burenführer stieg immer mehr. Die Blicke des Präsidenten Krüger hatten sich schon lange auf das Deutsche Reich gerichtet, und Anfang des Jahres 1895 glaubte er den Augenblick gekommen, öffentlich die Erwartung anzudeuten: das Deutsche Reich werde unter Umständen tatkräftig eingreifen. Alles Deutsche war damals populär in der Burenrepublik, vieles war auch geschehen, um das Interesse des Deutschen Reiches für die Burenstaaten zum Ausdruck zu bringen. Die deutsche Aktion in der Delagoabai Herbst 1894 hatte die Zuversicht der Buren noch bestärkt. Zu einer bedeutsamen Kundgebung kam es am 27. Januar 1895, dem Geburtstage des Deutschen Kaisers. Die burischen Behörden be-

tonten diese Feier in ganz besonderer Weise. Auf dem Festmahle sagte der deutsche Generalkonsul, er hoffe, der Präsident Krüger wisse nunmehr, daß Deutschland ein wirklich aufrichtiger Freund sei. Deutsch-Südwestafrika kenne kein größeres politisches Interesse, als die Transvaalrepublik in ihren Bemühungen um Erhaltung des politischen Gleichgewichtes in Südafrika zu unterstützen. Krüger antwortete, erzählte von seinem Berliner Besuche 1884 und rühmte die Deutschen in Transvaal, die, anders wie die Engländer, den Gesetzen bereitwillig Folge leisteten. Die Schlußworte waren: „Unsere kleine Republik kriecht nur noch unter den Großmächten herum, und wir fühlen wohl, daß, wenn der eine uns einen Tritt versetzen will, der andere dies zu hindern versucht."

Der deutsche Generalkonsul hatte nicht improvisiert, sondern nach Berliner Instruktionen gehandelt. Das bestätigte sich kurz nachher, als der britische Botschafter in Berlin dem Freiherrn v. Marschall ein Schreiben des britischen Kolonialsekretärs überreichte, des Inhalts: Deutschland nähre in Transvaal einen der internationalen Stellung der Republik widersprechenden Geist. Der Staatssekretär antwortete, das Ziel der deutschen Politik sei, diejenigen materiellen Interessen zu schützen, und zwar gegen jeden Eingriff, die sich Deutschland durch Bau von Bahnen und durch Anknüpfung von Handelsinteressen mit der Transvaalrepublik geschaffen habe. Darin sei für Deutschland notwendig enthalten, daß Transvaal als Staat selbständig bleibe, und zwar gemäß dem Vertrage von 1884. Diese Interessen forderten die Erhaltung des bestehenden Zustandes der Bahnen und des Hafens in der Delagoabai. Wenn auch England diesen Zustand erhalten wolle, so müsse die britische Regierung Stellung nehmen gegen die Bestrebungen Rhodes' und seines Gehilfen, Dr. Jameson. Diese gingen darauf aus, die Transvaalrepublik mit dem englischen Südafrika zu vereinigen. Einzig die Tatsache, daß die britische Regierung sich diesen Bestrebungen nicht widersetze, sei der Grund, weshalb in der südafrikanischen Republik jener Geist entstanden sei, der in London mißfiele. Der britische Botschafter erklärte darauf: Dr. Jameson strebe keine politische, sondern eine wirtschaftliche Vereinigung der südafrikanischen Staaten an. Die Antwort des deutschen Staatssekretärs war: gerade eine solche laufe den deutschen Interessen zuwider.

Der Gegensatz zwischen der deutschen und der englischen Politik lag damit ebenso klar wie derjenige zwischen Großbritannien und der Transvaalrepublik. Der britische Gesandte sprach von dem Geiste, welcher der internationalen Stellung Transvaals nicht angemessen sei und von Deutschland genährt würde. Er meinte also, daß die politische Rückenstärkung Transvaals durch das Deutsche Reich dem transvaalsch-britischen Vertrage von 1884 zuwiderlaufe. Das konnte insofern der Fall

sein, als die britische Regierung unter diesem Vertrage etwas anderes verstehen wollte als das, was er besagte. Es ließ sich nicht wegdeuteln, daß die Transvaalrepublik unabhängig war mit der einzigen Einschränkung, daß sie Verträge mit dritten Mächten (außer dem Oranjefreistaate) nicht ohne stillschweigende Zustimmung der britischen Regierung schließen durfte. Auf die deutsch-transvaalschen Beziehungen traf dieser Artikel aber nicht zu, denn da sollte kein Vertrag geschlossen werden. Die Erhaltung auch der wirtschaftlichen Selbständigkeit der Transvaalrepublik war kein Vorwand der deutschen Politik, sondern tatsächlich ihr Ziel. Die Gründe dafür lagen ebenso klar zutage: Erhaltung und Stärkung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Südafrika, die nach britischer Auffaugung der südafrikanischen Republiken schwer beeinträchtigt werden würden. Dazu kam die Nähe der beiden deutschen Kolonien in Afrika, möglicherweise auch der Gedanke, daß früher oder später Portugal den Wunsch hegen könne, sich seiner Kolonien zu entledigen. Ein britisches Südafrika mußte allen deutschen Interessen zuwiderlaufen. Auf Kosten Großbritanniens, seines Kolonialbesitzes und seiner berechtigten Bestrebungen ging die deutsche Politik nicht, aber sie stand in schroffem Gegensatze zu Bestrebungen, die das amtliche Großbritannien damals nicht offen bekennen wollte, die es aber eifrig durch Cecil Rhodes und seine Helfer fördern ließ. Anderseits nahmen die deutschen wirtschaftlichen Interessen in Südafrika damals stark zu, der deutsche Handel, die deutsche Kapitalbeteiligung an öffentlichen Unternehmungen in und nach den Burenrepubliken wuchs sichtlich und erregte in gleichem Maße die Unruhe und Eifersucht der Engländer.

Freiherr v. Marschall und Fürst Hohenlohe waren der irrigen Überzeugung, das Fehlen eines vertraglichen und sachlichen Rechtes würde Großbritannien veranlassen, wie ein Jahr vorher beim Kongovertrage, auf deutschen Widerstand hin seine Ansprüche und Politik aufzugeben.

In den südafrikanischen Republiken nahmen 1895 die Dinge rasch ihren Verlauf. Im Frühjahr wurde ein mit England geschlossener Vertrag wegen des Swasilandes vom Volksraad genehmigt und das Gebiet dem Vertrage gemäß von den Buren besetzt. Von dort aus konnten die Buren den Ozean erblicken, nur ein schmaler Landstreifen trennte sie von der Küste: die Gebiete zweier Häuptlinge am Pongolaflusse. Der Präsident Krüger wandte sich an den britischen Gouverneur des Kaplandes mit der Bitte, diese Gebiete in Besitz nehmen zu dürfen. Sie wurde abgeschlagen; England könne dann nicht die britischen Interessen im Swasilande kontrollieren und schützen. Ungesäumt legte Großbritannien — das amtliche — selbst die Hand auf die Pongolagebiete, obgleich es noch 1889 die Rechte der südafrikanischen Republik auf sie anerkannt hatte. Ende

April desselben Jahres annektierte Großbritannien noch einen kleinen Küstenstrich, Amatongaland. Es hätte, zwischen der Delagoabucht, dem Swasilande und dem Zululande gelegen, den Burenrepubliken die heißersehnte Möglichkeit eines schmalen Ausganges nach dem Meere gelassen. Eben vom Ozeane aber wollte man die Republik unter allen Umständen abschließen. Das war durch diese beiden letzten vertragswidrigen Schritte erreicht worden. Die britische Regierung glaubte offenbar, die Entwicklung werde nunmehr einen schnellen Gang nehmen, man müsse den Augenblick benutzen. Das Transvaal und der Oranjefreistaat protestierten gegen die britische Annexion des Amatongalandes. Das Gefühl, ihre Sache sei eine gemeinsame und Vereinigung ihrer Kräfte notwendig, begann eine tiefgehende Bewegung für festen Zusammenschluß der beiden Republiken hervorzurufen.

In der Delagoabucht lagen im Sommer 1895 die deutschen Schiffe „Condor“ und „Cormoran“ — nach der Äußerung des Vorsitzenden des deutschen Vereins in Prätoria — als ganz gewichtiger Faktor zur Erhaltung des Gleichgewichtes in Südafrika, als Anerkennung Deutschlands, daß die Delagoabucht der Hafen Transvaals sei; eine Äußerung nebenbei, der sachliche Berechtigung ebensowenig zustand wie politische Opportunität. Damals war gerade die Bahn von Prätoria nach der Hafenstadt Lorenzo Marquez vollendet, deren Bau England alle denkbaren Schwierigkeiten bereitet hatte. Der Eröffnungsfeier wohnte der Gouverneur des Kaplandes bei und nahm Gelegenheit zu einer Ansprache. Er betonte, England habe sich niemals in die Angelegenheiten des Transvaals mischen wollen, wies aber auf die Gemeinsamkeit der Interessen des ganzen Südafrikas hin. Präsident Krüger ließ darauf veröffentlichen, er lege auf diese Erklärungen keinen Wert. Zugleich begann eine lebhafte Agitation in Transvaal, man wollte sich jener Bestimmung des Vertrages von 1884 entledigen und beanspruchte das Recht, auch ohne stillschweigende Zustimmung der britischen Regierung, Verträge mit dritten Mächten einzugehen und abzuschließen. Man fühlte sich in Transvaal besonders nach der engen Annäherung mit dem Oranjefreistaat kräftig genug, rechnete außerdem mit deutschem Beistande, über dessen Art man sich allerdings wohl wenig Gedanken machte.

Großbritannien war sich über die Bedeutung des Augenblickes klar und zögerte nicht zu handeln. Die britisch-südafrikanische Gesellschaft begann ihre Agitation für das Stimmrecht der Ausländer in Transvaal und andere Reformen mit revolutionärer Heftigkeit zu betreiben. Man drohte offen mit Gewalt gegen die transvaalsche Regierung. Der Staatssekretär v. Marschall machte die britische Regierung im Oktober und Ende Dezember darauf aufmerksam, daß die in Transvaal, hauptsächlich in

Johannesburg wohnenden Briten einen Gewaltakt vorbereiteten. Die Deutschen in Prätoria wandten sich telegraphisch an den Deutschen Kaiser mit der Bitte um Intervention. Am 30. Dezember brach Dr. Jameson mit 800 Mann von der Grenze des Betschuanalandes, also vom Westen, in das Transvaal ein und marschierte auf Prätoria. Die britische Regierung hatte keine Schritte auf die Vorstellungen des deutschen Staatssekretärs unternommen. Am 31. Dezember bat die deutsche Regierung die portugiesische, ein Landungskorps von 50 Mann des „Seeadler" durch das portugiesische Gebiet von der Delagoabai ab nach Prätoria marschieren zu lassen, um die Deutschen zu schützen. Am Tage darauf antwortete der englische Premierminister Lord Salisbury: er erkenne die Gefahr und die Schädlichkeit des Jamesonschen Einbruches für verschiedene europäische Interessen in Südafrika an und tue alles, um den Transvaalstaat bedrohende Gewalttätigkeiten abzuwenden. Freiherr v. Marschall antwortete mit der Anfrage, welche Schritte die britische Regierung zu tun gedenke, um den nunmehr geschaffenen vertragswidrigen Zustand zu beseitigen. Zugleich wies der Staatssekretär auf die zahlreichen Äußerungen der englischen Presse hin, man werde in der Transvaalsache keinerlei fremde Einmischung dulden, einerlei, woher sie kommen könne.

Während dieses diplomatischen Zwiegespräches hatten sich die Dinge in Südafrika schnell und überraschend entwickelt. Dr. Jameson, der einen Befehl des Gouverneurs der britischen Kapkolonie, zurückzukehren, unbeachtet ließ, sah sich auf dem Marsche nach Prätoria von einer überlegenen Burenmacht eingeschlossen und mußte sich am 2. Januar 1896 den Buren ergeben. Diese rückten in Johannesburg, den Herd der englischen Umtriebe innerhalb des Landes, ein und fanden dort schriftliche Beweise für die Pläne der britisch-südafrikanischen Kompagnie. Jameson hatte sich Prätorias definitiv bemächtigen sollen.

Der lange vorbereitete Plan war ziemlich schmählich gescheitert. Man hatte sich englischerseits von der Wachsamkeit der Buren ein falsches Bild gemacht, auch viel zu geringe Streitkräfte zusammengebracht. Hätte Jameson sich Prätorias bemächtigt, so wäre möglicherweise das Schicksal der Republik schon damals entschieden worden.

Die Bitte des Deutschen Reiches: den Durchmarsch durch das portugiesische Gebiet, von der Delagoabai bis in das transvaalsche Gebiet, einem deutschen Landungskorps zu gestatten, wurde mit dem Siege der Buren gegenstandslos, ehe eine Antwort der portugiesischen Regierung eingetroffen war. Vielleicht ist so eine schwere deutsch-britische Komplikation damals vermieden worden, denn wenn Portugal ja gesagt hätte, würde England nein gesagt und kaum gezögert haben, die Konsequenzen zu ziehen.

Die Gefangennahme Jamesons mit seinen Leuten erregte ungeheures Aufsehen. Die englische Presse mißbilligte notgedrungen den Jamesonschen Einfall, das gleiche tat die britisch-südafrikanische Gesellschaft, obgleich Rhodes nicht nur die treibende Kraft, sondern der Befehlshaber Jamesons gewesen war. Man rückte, teils mit mühsamer Entrüstung, teils mit verlegenen Ausflüchten, zu einem kleinen Teile auch mit aufrichtiger Mißbilligung, von Jameson ab. In den Beginn dieser Zeitungsauseinandersetzungen traf am 3. Januar 1896 die folgende Depesche des Deutschen Kaisers an den Präsidenten Krüger:

„Ich spreche Ihnen meinen aufrichtigen Glückwunsch aus, daß es Ihnen, ohne an die Hilfe befreundeter Mächte zu appellieren, mit Ihrem Volke gelungen ist, in eigener Tatkraft gegenüber den bewaffneten Scharen, welche als Friedensstörer in Ihr Land eingebrochen sind, den Frieden wieder herzustellen und die Unabhängigkeit des Landes gegen Angriffe von außen zu wahren."

Krüger antwortete: „Ich bezeuge Ew. Majestät meinen innigsten, tiefgefühlten Dank für Ew. Majestät aufrichtige Glückwünsche. Mit Gottes Hilfe hoffen wir weiter alles Mögliche zu tun für die Beständigkeit unserer Republik."

Das war das so viel besprochene und verurteilte Krüger-Telegramm des Kaisers. Es ist keine „impulsive" Handlung des Kaisers gewesen, sondern nach Inhalt und Form vom Baron v. Marschall aufgesetzt worden. In seiner Gegenwart, ferner der des Geheimrates v. Holstein, des Staatssekretärs des Reichs-Marine-Amtes Hollmann, des Admirals Knorr und des Marinekabinettschefs Freiherrn v. Senden-Bibran, wurde der Wortlaut der Depesche festgelegt. Der Staatssekretär v. Marschall ist der Überzeugung gewesen, daß eine Kundgebung der Stellungnahme des Deutschen Reiches zum Jameson-Einfall, in der Form einer kaiserlichen Depesche, politisch notwendig sei. Diesem Rate hat sich der Deutsche Kaiser gefügt.

Betrachten wir den Inhalt und die Form der Depesche:

Der Deutsche Kaiser spricht dem Präsidenten seinen Glückwunsch aus, daß es ihm und seinen Volke gelungen ist, den Frieden wieder herzustellen und die Unabhängigkeit zu wahren, ohne an die Hilfe befreundeter Mächte zu appellieren; dieses Argument wird durch die Worte „in eigener Tatkraft" noch verstärkt. Darin lag die Versicherung nicht enthalten: wenn es den Buren nicht aus eigener Kraft gelungen wäre, wenn sie an Hilfe befreundeter Mächte appelliert hätten, so würde Deutschland den nötigen Beistand gewährt haben. Näherliegend erschien die Deutung: Der Präsident sei zu beglückwünschen, eben weil es aus eigener Kraft gelungen war, den Frieden herzustellen und die Unabhängigkeit

zu wahren, denn im anderen Falle wäre zweifelhaft gewesen, ob ein Appell an befreundete Mächte den entsprechenden Erfolg gehabt hätte. — Mit dem Worte: „die Unabhängigkeit des Landes", stellte sich der Kaiser auf einen von England nur eingeschränkt gebilligten Standpunkt. Der Ausdruck „bewaffnete Scharen" brauchte nicht anzudeuten, daß und von wem diese Scharen indirekt angetrieben und geleitet worden seien.

In Deutschland erregte das Telegramm beinahe allgemeine Begeisterung. Man nahm es für ein Zeichen, daß die Politik des Deutschen Reiches nunmehr auf die burische Sache festgelegt worden sei. Die Sympathie des deutschen Volkes für die Buren und ihre Sache, die kolonialpolitischen Pläne, die man für die Entwicklung deutsch-afrikanisch-burischer Beziehungen damit verband, schließlich die Erbitterung über die Behandlung, welche Großbritannien dem Deutschen Reiche, seiner Politik, der Person des Deutschen Kaisers durch die britische Presse hatte angedeihen lassen — das alles hatte einen allgemeinen Beifallssturm in Deutschland zur Folge, ein erlöstes „Endlich!" Das ganze deutsche Volk stand hinter der Depesche des Kaisers — wie es sie verstand.

In der englischen Presse rief die Depesche eine Explosion von Wut, Angriffen und Beschimpfungen gegen das Deutsche Reich hervor. Der Feldzug begann mit einer Depesche des Berliner „Times"-Korrespondenten an sein Blatt: „Dieses Telegramm darf gleichwohl nicht nur als ein Ausdruck der persönlichen Gefühle des Kaisers aufgefaßt werden. Es wurde aufgesetzt im Palais des Kanzlers, wo der Staatssekretär des Auswärtigen, Baron v. Marschall, der Staatssekretär des Reichs-Marine-Amts, Admiral Hollmann, und andere auf Aufforderung des Fürsten Hohenlohe mit dem Kaiser konferierten. Das Telegramm gewinnt deshalb die Bedeutung eines Staatsdokumentes von höchster Bedeutung, um so mehr, als es eine unumwundene Anerkennung der Unabhängigkeit der südafrikanischen Republik enthält."

Ein Blatt sagte: „Nicht Glückwünsche, sondern Beileid des Kaisers an Buren und Briten wäre am Platze gewesen." Wolle der Kaiser Krieg mit England führen, „wo wären seine Verbündeten?" Ein anderes Blatt sprach von einer höchst unfreundschaftlichen Handlung gegen das englische Volk, ein drittes von einem internationalen Affront, und die „Morning Post" sagte: Die britische Nation werde dieses Telegramm niemals vergessen, sondern in der Orientierung ihrer auswärtigen Politik immer daran denken. In London fanden Mißhandlungen Deutscher auf den Straßen statt, die Schaufenster deutscher Kaufleute wurden zertrümmert, kurz, man hatte in England jegliche Haltung infolge der Plötzlichkeit der Ereignisse verloren und offenbarte Auffassungen und Gefühle, die man bisher mit aller Vorsicht zu verbergen gesucht hatte. Jene britische Stim-

mung wurde am schlüssigsten charakterisiert durch einen vom Fürsten Bismarck veranlaßten Artikel in den „Hamburger Nachrichten“, der die folgenden Sätze enthielt:

„Die Politiker, die in der englischen Presse heute zu Worte kommen, hatten sich die Sache offenbar so zurechtgelegt, daß sie mit heuchlerischer Entrüstung den Flibustierzug nicht billigen konnten, aber die faktischen Konsequenzen des Überlaufens der Burenpolitik, auf das sie gerechnet hatten, als unabänderliches Ergebnis akzeptierten. Das kaiserliche Telegramm an den Präsidenten von Transvaal ist ihnen aber derartig unerwartet gekommen, daß sie die bis dahin getragene Maske vollständig vergessen haben und plötzlich eine Sprache führen, als ob der räuberische Überfall des Dr. Jameson eine amtliche Operation der englischen Regierung gewesen wäre. Läge dieser Fall wirklich vor, so wäre allerdings das kaiserliche Telegramm ein Schachzug gegen die englische Regierung gewesen, so aber ist es doch nur eine Kundgebung gegen denselben gewalttätigen Bruch des Friedens durch Dr. Jameson, den bis dahin alle englischen Autoritäten als ihnen vollständig fremd gemißbilligt haben.

Wir erinnern uns kaum eines Ereignisses in neuerer Zeit, in welchem die Unehrlichkeit der englischen Presse in dieser Weise festgenagelt worden wäre, wie in dem zornigen Ausbruch gegen das kaiserliche Telegramm, durch welches der Deutsche Kaiser doch, genau betrachtet, nur der sittlichen Entrüstung der englischen Regierung über den Einbruch in Transvaal den Beistand seiner europäischen Autorität leistete. Wir hätten also aufrichtigerweise erwarten dürfen, daß die englische Presse dem Deutschen Kaiser ihren Dank votierte für den energischen Beistand, mit dem er ihrer eigenen Entrüstung über diesen ruchlosen Räubereinbruch in Transvaal Ausdruck gegeben hat.“

In einer Unterredung kurz darauf sagte Bismarck: „Das Telegramm des Kaisers hätte dem Präsidenten Krüger mit Schicklichkeit und Anstand von der englischen Regierung selbst geschickt werden können.“

In Großbritannien blieb es nicht bei den Worten, sondern man rüstete unmittelbar sechs Kreuzer als fliegendes Geschwader aus, die nach der Delagoabai gehen sollten. Die „Times“ schrieben dazu, man wolle ein Geschwader zur Hand haben, sofort und überall da, wo Gefahr vorhanden sei. Der Aufsatz schloß mit einer Andeutung auf die „Prätensionen“ des Deutschen Kaisers: „unsere Verträge, wenn es ihm Vergnügen mache, in Stücke zu reißen.“ Außerdem wurde ein Teil der Reserveflotte in Dienst gestellt, in Tag- und Nachtarbeit betrieb man die Fertigstellung reparaturbedürftiger Schiffe, eine besondere Torpedobootsflottille wurde in den Kanal geschickt, kurz, man tat so, als ob ein Krieg mit Deutschland bevorstehe. Zur Erregung und zu dieser Auf-

fassung der Sache wird die nachher von der britischen Regierung ausdrücklich als falsch anerkannte Meldung des englischen Konsuls zu Prätoria beigetragen haben, daß Präsident Krüger tatsächlich die Hilfe des Deutschen Reiches und Frankreichs angerufen habe.

Der Inhalt des diplomatischen Meinungsaustausches in jenen Wochen ist nicht bekannt geworden. Die englische Presse erzählte von einem entschuldigenden Schreiben des Deutschen Kaisers an die Königin. Daraufhin wurde in dem deutschen halbamtlichen Organe festgestellt, daß von keiner maßgebenden Stelle aus entschuldigende Erklärungen in der Transvaalfrage nach London gerichtet worden seien. Desgleichen trat die amtliche deutsche Presse der englischen Behauptung entgegen: das deutsche Volk habe begonnen zu entdecken, daß der Kaiser bei dem Versuche, Vertragsbestimmungen umzustoßen, nicht weise gehandelt habe. Die halbamtlichen Organe zu Berlin stellten fest, daß Kaiser und Volk völlig einig seien.

Der Staatssekretär v. Marschall hatte sich im Reichstage auf den Boden der kaiserlichen Depesche zu stellen. Es war eine Interpellation eingegangen, ob die Regierung bereit wäre, die Depesche zu verantworten, weil man sie so gut wie allgemein für einen impulsiven Akt des Kaisers hielt. Die große Mehrheit des Reichstages, abgesehen nur von den Sozialdemokraten, sprach aber dann ihre volle Zustimmung in der von Marschall dargelegten Politik des Deutschen Reiches aus.

Wie war diese Politik beschaffen?

Der Staatssekretär sah die Sache folgendermaßen an: Die unanfechtbare Grundlage der deutsch-transvaalschen Beziehungen bilde der zwischen dem Deutschen Reiche und der südafrikanischen Republik 1885 geschlossene, von England genehmigte Handelsvertrag. Dieser gewähre die Meistbegünstigung und sichere den dortigen Deutschen Handels- und Gewerbefreiheit. Auf dieser rein wirtschaftlichen Grundlage der gegenseitigen Beziehungen sei das Deutsche Reich niemals mit England (also dem amtlichen) in Gegensatz geraten, wohl aber mit den Bestrebungen, das ganze Südafrika zu einem geschlossenen Wirtschaftsgebiete zu vereinigen. Dadurch würden die deutschen Interessen schwer geschädigt werden. Deutschland wolle sich nicht in die inneren Angelegenheiten der südafrikanischen Republik mischen, auch erstrebe es kein Protektorat. Deutschland sei aber nicht verantwortlich, wenn die Buren Mißtrauen gegen jene imperialistischen Bestrebungen empfänden. Dafür träfe die Verantwortung vielmehr die Förderer dieser Bestrebungen, die auch vor Gewalt nicht zurückschreckten. Die Beziehungen zur britischen Regierung hätten keinen Augenblick aufgehört, gute normale und freundliche zu sein; sie habe alles zur Verhinderung des Jamesonschen Überfalles getan.

Gegen die Erregung des englischen Volkes könne man mit Beweisgründen nicht ankämpfen.

Betrachten wir den Standpunkt der amtlichen Politik des Deutschen Reiches.

Es ist gezeigt worden, wie der Vertrag von 1884 und die in ihm enthaltene Einschränkung der transvaalschen Unabhängigkeit durch den Artikel 4 (daß die südafrikanische Republik Verträge mit anderen Mächten — abgesehen vom Oranjefreistaat — nur mit Genehmigung Englands schließen dürfe) die Grundlage für beide Seiten bildete. Freiherr v. Marschall hatte mit seinen Darlegungen vollkommen recht. Weder die freundlichen deutsch-burischen Beziehungen, noch die Entsendung der deutschen Kreuzer, noch endlich die geplante Entsendung eines Landungskorps von der Delagoabucht zum Schutze der Deutschen nach Prätoria standen im Widerspruche zu den Verträgen. Auch das kaiserliche Telegramm tat es nicht, denn die in diesem betonte „Unabhängigkeit" bezog sich im Zusammenhange lediglich auf eine Unabhängigkeit, die der Vertrag von 1884 gewährte.

Freiherr v. Marschall, den man als den Träger jener Politik anzusehen hat, arbeitete während seiner Amtsführung mit Vorliebe auf Grund rechtlicher Argumente. Beim deutsch-englischen Vertrage von 1890 verteidigte er bzw. der Reichskanzler deutsche Zugeständnisse immer wieder damit, daß deutsche Ansprüche auf die betreffenden Gebiete juristisch nicht zu rechtfertigen gewesen wären. Das gleiche geschah hinsichtlich des deutsch-französischen Vertrages über die Abgrenzung des Hinterlandes von Kamerun; ebenfalls zu ungunsten des deutschen Kolonialgebietes. Das Umgekehrte trat ein, als Freiherr v. Marschall gegen den Vertrag Großbritanniens mit dem Kongostaate 1894 Protest erhob. Dieser Protest hatte, aus früher erwähnten Gründen, Erfolg.

Man hat den Eindruck, als ob Marschall sich den Blick über die entscheidende Bedeutung der Machtfrage in den Bestrebungen der Völker und in ihren internationalen Beziehungen hätte trüben lassen. Oder aber, wenn man annehmen wollte, daß er mit dem Vertrage von 1884 nur als Kulisse gearbeitet hätte, um die deutsch-transvaalschen Beziehungen weitgesteckten Zielen entgegenzuführen, so blieb die entscheidende Frage offen: wie konnte das Deutsche Reich gegen einen entschlossenen Widerstand Großbritanniens solche Ziele erreichen? Es wurde erwähnt, wie nach der Krügerdepesche ein Londoner Blatt den Kern der Sache mit der ironischen Frage erfaßte: wie Deutschland sich denn eigentlich einen Krieg mit Großbritannien dächte. Dafür fehlten in der Tat alle Mittel, während die deutschen Küsten, die deutschen Kolonien und der ganze deutsche Überseehandel, Dinge, welche die Marschallsche Politik

vor allem fördern und ausbreiten wollte, der englischen Flotte hilflos preisgegeben waren. Man steht vor einem Rätsel, wenn man nicht annehmen will, daß Marschall an ein Nachgeben Großbritanniens glaubte oder auch der Ansicht war, das amtliche Großbritannien werde nicht nur formal, sondern sachlich von Cecil Rhodes und seiner Politik abrücken.

Die Deutsche Regierung kann damals nicht über die Stärke der in und für Südafrika treibenden britischen Kräfte unterrichtet gewesen sein. Man hatte auch keinen Anhalt gehabt, um die Wirkung auf die Stimmung der öffentlichen Meinung in England vorher zu ermessen. Sie trat nach der Depesche mit einer Heftigkeit auf den Plan, die sicherlich nicht erwartet worden war. Sie gestattete der britischen Regierung eine tatsächliche Bewegungsfreiheit, die sie sonst nicht gehabt hätte, und stützte mit entscheidender Kraft den imperialistischen Gedanken, welcher sich damals in der Person Mr. Joseph Chamberlains zu vereinigen begann. Die Ausbrüche der öffentlichen Meinung in Großbritannien ließen keinen Zweifel darüber, wie tief der Gedanke eines großen geeinten britischen Südafrika schon in Fleisch und Blut der britischen Nation eingedrungen war.

Der Kolonialsekretär Mr. Chamberlain sprach sich damals mit Offenheit aus, als er auf die Angriffe antwortete, die von englischen Liberalen gegen ihn gerichtet worden waren: Das Ziel jeder britischen Regierung in Südafrika sei die Erhaltung der Stellung Englands als die der dort vorherrschenden Macht (paramount power). Diese Stellung sei durch bereitwillige Hingabe von Gut und Blut gewonnen, ohne welche es ein Südafrika im Sinne des Gebrauchswortes jetzt nicht geben würde. Das zweite Ziel der englischen Politik sei die Herstellung eines Zustandes, wie er in Kanada bereits mit bestem Erfolge herbeigeführt worden sei. Es sei der höchste Wunsch Cecil Rhodes' gewesen, auf friedlichem Wege eine Vereinigung aller südafrikanischen Staaten zu einem gemeinsamen Ziele herbeizuführen, unter dem Schutze der britischen Flagge. Leider habe er diese Absicht nicht durchführen können, aber sein Ziel müsse dasjenige jeder britischen Regierung bleiben.

Blicken wir auf die seitdem vergangenen Jahre zurück, so erscheinen jene Worte Chamberlains als das programmatische Bekenntnis eines weitblickenden Staatsmannes, der weiß, was er will. Chamberlain hatte von seinem Standpunkte aus mit der Feststellung recht, daß jede britische Regierung — wie nun einmal die Verhältnisse in Südafrika gestaltet worden waren — die Vereinigung unter der britischen Flagge anstreben müsse. Die englischen Minister konnten mit Recht fragen: welche Macht ist willens und imstande, uns zu hindern? Die europäische Konstellation war allen derartigen Plänen seit 1890 günstig. Obendrein hatte nach der Krügerdepesche der französische Botschafter in London der britischen Regierung

gesagt: „Frankreich hat nur einen einzigen Feind, und das ist Deutschland. England kann danach seine Politik einrichten.“ Das sollte bedeuten: in einem englisch-deutschen Kriege werde Frankreich ohne weiteres gegen Deutschland stehen. Die Öffentlichkeit hat diese Tatsache freilich erst im Jahre 1908 erfahren. Damals erschien in der „Deutschen Revue“ ein vielbemerkter Aufsatz von einem „Wissenden“, der sie feststellte. 1896 war die deutsche Öffentlichkeit aber geneigt, anzunehmen, daß Frankreich, allein durch sittliche Entrüstung veranlaßt, sich zu Deutschland gegen England stellen würde. Die französische Presse hatte solche Entrüstung in starken Worten geäußert; nicht die französische Regierung. Aber kein Franzose dachte daran, sie in die Praxis überzuführen.

Wir sagten vorher, man habe auf deutscher Seite wahrscheinlich nicht geglaubt, daß die britischen Pläne für Südafrika so fest und klar waren und die öffentliche Meinung sie so tief in sich aufgenommen hatte. Deshalb hat Baron Marschall offenbar die Machtfrage vorher gar nicht in Betracht gezogen. Als diese dann in kaum verhüllter Form von der englischen Seite aufgeworfen wurde, war damit die ganze „Frage“ als solche erledigt. Die Leiter der deutschen Politik dachten nicht daran und konnten vernünftigerweise nicht daran denken, mit Großbritannien Krieg zu führen. Für Großbritannien ging es um das geeinte Südafrika, das Chamberlain damals voraussah und vorbereitete. Für die deutsche Politik ging es um die Handelsbeziehungen zu Transvaal, daneben vielleicht um das Bestreben, sich weitergehende kolonialwirtschaftliche und kolonialpolitische Möglichkeiten offen zu halten, — nicht aber um Durchführung fest vorgezeichneter Pläne, deren Verwirklichung man tatsächlich und entschlossen wollte. So stand für England nach dieser Seite hin ungleich mehr im Spiele als für die deutsche Politik. Umgekehrt verfügte Großbritannien über die ozeanbeherrschende Flotte, während die Seestreitkräfte Deutschlands den Namen einer Flotte nicht verdienten. Ihre Vernichtung war ohne Risiko und ohne nennenswerten Kraftaufwand jederzeit und überall möglich. Großbritannien schließlich verfügte ohne geschriebene Bündnisse über freiwillige, rachedurftige Bundesgenossen, während das Deutsche Reich gerade Großbritannien gegenüber völlig allein stand.

Will man in zwei Worten die deutsche Politik, welche zum Krügertelegramm führte, charakterisieren, so beruhte sie auf unrichtiger Einschätzung wichtiger und entscheidender Faktoren auf der englischen Seite. Sie glaubte mit juristischen Argumenten und mit dem Vertragsrecht wirken zu können, wo auf der britischen Seite der nüchterne und feste Wille bestand, sich durch keinerlei papierne Hindernisse beirren zu lassen, sondern sich den Weg zur Macht durch die Mittel der Macht zu bahnen, es koste, was es wolle.

Jene in der Wurzel unrichtige deutsche Politik, die schließlich zur Krügerdepesche führte, in ihr gipfelte und mit ihr endete, war nicht persönliche Politik des Deutschen Kaisers, sondern es war die Politik seiner berufenen und verantwortlichen Ratgeber. Die Gerechtigkeit verlangt eine solche Feststellung in aller Ausdrücklichkeit.

In Transvaal gingen die Dinge ihren Gang. England schickte noch einen Kreuzer nach der Delagoabucht. Präsident Krüger verlangte Auskunft über den Zweck des neu in Dienst gestellten Fliegenden Geschwaders und erhielt die Antwort: England wolle für alle Fälle vorbereitet sein. Der Staatssekretär Chamberlain teilte dem Präsidenten Krüger gleichzeitig mit: England werde sich um jeden Preis der Einmischung jeder fremden Macht in die Angelegenheiten Transvaals widersetzen. Die bloße Annahme, Deutschland denke an solche Einmischung, habe einen beispiellosen Ausbruch der öffentlichen Meinung hervorgerufen. Kurz darauf machte Chamberlain dem Präsidenten Krüger bekannt, daß die Beschwerden der Ausländer berücksichtigt werden müßten, sonst würde die Aussicht auf eine dauerhafte Regelung in verhängnisvollster Weise beeinflußt werden. Jene sogenannten Reformen, nämlich die Vermehrung der Rechte der Ausländer in Transvaal mit dem Ziele der Gleichstellung den Buren gegenüber, mußten mit Notwendigkeit zum Selbstmorde der Transvaalrepublik oder zum Kriege führen. Ein Drittes gab es nicht. Das Deutsche Reich legte der britischen Politik keine Hindernisse mehr in den Weg.

Freiherr v. Marschall nahm im Frühjahr 1896 Gelegenheit, Großbritannien zu zeigen, daß die deutsche Politik nicht an Unfreundlichkeit denke:

Am 1. März 1896 war eine italienische Division unter dem General Baratieri bei Adua in Abessinien von dem Heere des Negus Menelik geschlagen und zum großen Teile gefangen genommen worden. Die Stellung Italiens in Afrika war erschüttert und gewährte England dort nicht mehr die Deckung, welche es brauchte. Die Derwische erhoben sich und gingen in der Richtung auf Erythrea vor, und die großbritannische Regierung glaubte die britische Autorität in Oberägypten bedroht. Sie bereitete eine Expedition nach Dongola vor, um den ägyptischen Süden zu erhalten, und richtete an die in Ägypten beteiligten Großmächte das Ersuchen, die Kosten des Feldzuges aus der ägyptischen Schuldenkasse zu bestreiten. Frankreich, unterstützt von Rußland, lehnte ab. Das Deutsche Reich stellte sich zu allgemeinem Erstaunen dem englischen Ansuchen günstig gegenüber und trat dafür ein. Halbamtlich wurden als Begründung die Interessen des italienischen Bundesgenossen angeführt.

## Die europäische Entente in Ostasien.

Am 27. Juli 1894 griff ein japanisches Geschwader an der Westküste Koreas die chinesische Truppentransportflotte an, welche 10 000 Mann in Korea landen sollte. Die chinesischen Schiffe wurden teils vernichtet, teils entkamen sie. Der jahrhundertealte Kampf zwischen dem Chinesischen Reich und Japan war in den Beginn seiner letzten Periode getreten. Die Armeen und die Flotten gingen gleichzeitig gegeneinander vor. Korea hatte ein Schutz- und Trutzbündnis mit Japan geschlossen. Japan bediente sich des alten Mittels, den chinesischen Einfluß auf Korea zu brechen, indem es dessen Selbständigkeit proklamierte.

Am 21. November befand sich Port Arthur in japanischer Hand, die Japaner waren Herren der Halbinsel Liautung. Ende Dezember 1894 wünschte die Pekinger Regierung in Friedensverhandlungen mit Japan zu treten, und es war der deutsche Zolldirektor, Herr Detring, welcher als Überbringer eines Schreibens von Li-hung-Tschang nach Tokio geschickt wurde. Li-hung-Tschang führte dann die Verhandlungen.

Im April 1895 wurde zu Schimonoseki der Friede geschlossen auf die Bedingungen: China tritt die Halbinsel Liautung mit Port Arthur an Japan ab, außerdem die Insel Formosa; es öffnet dem Verkehr fünf neue Häfen, gibt den Japanern die Berechtigung, Fabriken und andere industrielle Anlagen zu gründen, und zahlt eine Kriegsentschädigung von 600 Millionen Mark.

Da legten sich drei europäische Großmächte ins Mittel. Von deutscher Seite war bereits Anfang März der Rat an Japan ergangen, auf festländisches Gebiet zu verzichten. Die Auffassung der deutschen Regierung war: eine Festsetzung Japans auf dem ostasiatischen Kontinent würde sein entschiedenes Übergewicht über China bedeuten, besonders auch in wirtschaftlicher Beziehung; Japan würde „wie eine Schildwache vor den Zufuhrstraßen nach China sitzen und sie beherrschen". Als kurz darauf Frankreich und Rußland beschlossen, auf Japan einzuwirken, trat Deutschland der Aktion bei, deren Zweck nach dem Ausspruch des französischen Ministers Hanotaux war, eine Verschiebung des Gleichgewichtes zum Nachteile Rußlands zu verhindern. Das sei die gebieterische Pflicht Frankreichs. Nach deutscher Darstellung der damaligen Zeit hätte sich das Deutsche Reich, als seine Mahnung an Japan ohne Erfolg blieb, mit Rußland ins Benehmen gesetzt; dann wäre Frankreich beigetreten. Wie nun auch der innere Gang dieses Zusammenschlusses gewesen sein mag: die Folge war, daß Japan dem Drucke der drei Mächte nachgab und auf die Halbinsel Liautung verzichtete, sehr schweren Herzens. Die japanischen Staatsmänner, die ununterbrochen siegreich ge-

wesenen Streitkräfte und die öffentliche Meinung waren voll Wut. China, dessen Integrität durch den Protest der drei Mächte gewahrt worden war, stellte als Dank dem Deutschen Reiche zunächst ein kleines Grundstück als Konzession für die dortigen deutschen Kaufleute dicht bei der Hafenstadt Tientsin zur Verfügung und gestattete ebenfalls die Errichtung einer deutschen Niederlassung in Hankau. Frankreich erhielt bedeutende territoriale und andere Zugeständnisse an der Grenze von Kochinchina, Rußland garantierte China eine Anleihe von 400 Millionen Franken, erhielt außerdem mit umfangreichen Zugeständnissen die Konzession zum Bau der Mandschureibahn bis Port Arthur, — hatte also den Löwenanteil bekommen, während das Deutsche Reich eigentlich nichts erhielt.

Großbritannien hatte sich, als feststand, daß die Japaner siegreich auf der ganzen Linie bleiben würden, in schnellem Wechsel der Stellung an die Seite Japans begeben. Der Grund war ebenso klar wie die Motive, welche Rußland zu seiner gegenteiligen Stellung veranlaßten. Die russische Politik drängte auf Korea hin, und man hatte in St. Petersburg schon den Blick auf Port Arthur gerichtet. Die Interessen Rußlands in Korea und an Korea standen fest, auch die sibirische Bahn befand sich im Bau. Als Grenznachbar des Chinesischen Reiches mit der Absicht, auf dieses wachsenden Einfluß zu gewinnen, mußte dem Russischen Reiche eine japanische Fußfassung auf dem Kontinente als unerträglich erscheinen. Die Gründe und Erfolge des französischen Anschlusses wurden bereits erörtert.

Die Frage bleibt: was das Deutsche Reich letzten Endes zu jener Interventionspolitik im fernen Osten veranlaßte, durch die es sich einmal den Unwillen Japans zuziehen, ferner sich in Gegensatz zur englischen Politik begeben mußte.

Soweit sich heute übersehen läßt, kam eine Anzahl von Gründen zusammen. Damals, um Mitte der neunziger Jahre, war in Deutschland ziemlich allgemein die Auffassung: der neue Reichskanzler, Fürst Hohenlohe, habe diese Gelegenheit benutzt, um wieder den Anschluß an Rußland zu finden und damit die deutsch-russischen Beziehungen allgemein zu bessern. Daß dieser Gedanke mitgewirkt hat, ist wahrscheinlich, wenn nicht sicher. Fürst Hohenlohes Politik ging von Anfang an darauf hin, den Draht nach Petersburg wieder mit elektrischem Strome zu füllen. Der alte erfahrene Staatsmann wußte die Bedeutung der Beziehung zu Rußland zu schätzen, und sein Vorhaben wurde ihm durch den russischen Thronwechsel erleichtert, ebenso durch seine persönlichen Beziehungen in Rußland, wo er Grundbesitz hatte.

In seinen Denkwürdigkeiten erzählt der Fürst: er habe bei seinem

Besuche in Petersburg dem Zaren gesagt: wir wären (in Ostasien) von dem Wunsche geleitet gewesen, unsere guten Beziehungen zu Rußland zu manifestieren. Darüber sei der Zar erfreut gewesen und habe selbst seiner Befriedigung über die deutsche Politik in der ostasiatischen Angelegenheit Ausdruck gegeben. — Selbstverständlich braucht man aus der Darstellung, die Hohenlohe dem Zaren gab, nicht zu schließen, daß die deutsche Politik nur von dem Wunsche beherrscht gewesen sei, „unsere guten Beziehungen zu Rußland zu manifestieren". Mitgespielt hat aber, wie gesagt, dieses Motiv ohne Zweifel stark. Bemerkenswert ist auch die Äußerung des Zaren, ob nicht die Person des damaligen Staatssekretärs, Freiherrn v. Marschall, die Ursache der deutsch-russischen „Mißverständnisse" gewesen sei. Hohenlohe antwortete darauf, „daß Marschall nur das täte, was ihm befohlen werde, daß nichts ohne den Befehl des Kaisers geschehe". Schließlich gibt der Fürst die sibyllinische Bemerkung von sich: „vielleicht hätten Meinungsverschiedenheiten zu Mißverständnissen Anlaß gegeben". Er hätte es lieber umkehren können. Den wichtigen Kern der deutschen Stellungnahme enthüllt Hohenlohe in dem gleichen Berichte durch die Mitteilung, der Zar habe ihm gesagt: „er habe unserem Kaiser im Frühjahr geschrieben, er würde nichts dagegen haben, wenn wir uns irgend etwas dort erwerben wollten, um einen festen Punkt oder eine Kohlenstation zu haben.". Worauf Hohenlohe dem Zaren sagt: der Deutsche Kaiser habe es ihm unter dem Siegel der Verschwiegenheit mitgeteilt. Zum Schlusse jener Unterhaltung trägt der Zar dem Kanzler beste Grüße an den Kaiser auf und bittet ihn, ihm persönlich zu schreiben, wenn er etwas mitzuteilen habe. Das war im Herbst 1895. Der Zar nahm damals und ebenso während seines Besuches zu Breslau im nächsten Jahre Gelegenheit, sein tiefes Mißtrauen gegen die großbritannische Politik zum Ausdrucke zu bringen. „Die Beziehungen Rußlands zu Deutschland", sagte Nikolaus II. dem Kanzler, „werden stets gute bleiben."

Aus diesen Mitteilungen des alten Kanzlers, die, als sie niedergeschrieben wurden, für die Öffentlichkeit nicht bestimmt waren, geht der Umschwung unwidersprechlich hervor, den die deutsch-russischen Beziehungen durch das Zusammengehen von 1895 erfahren hatten. Klar wird ebenfalls, daß *dieses Zusammengehen* die Grundlage für die spätere deutsche Pachtung an der Kiautschoubucht bildete. Die Gesamtbeurteilung jener Schwenkung der deutschen Politik muß also eine sehr wesentlich andere sein als die zeitgenössische jener Tage, ganz einerlei, wie man sich zu dem später zu erörternden Werte der Kiautschoupachtung stellen will.

Das deutsche Zusammengehen mit Rußland und Frankreich wurde

damals vom Organe des Fürsten Bismarck, den „Hamburger Nachrichten“, als ein „Sprung ins Dunkle“ bezeichnet. Es galt auch sonst in der deutschen Presse als ein neuer Beweis des sogenannten Zickzackkurses, einer schwenkenden und schwankenden, planlosen Politik. Planlos war diese Politik nun zweifellos nicht: sie schuf sich die ihr notwendig erscheinende Vorbedingung für einen deutschen Fußpunkt an der chinesischen Küste, der zugleich ein Einfallstor des deutschen Handels nach China hinein, einen Anlaufhafen für Handelsschiffe und eine Basis für deutsche Kriegsschiffe in jenen Meeren bilden sollte. Das Bedürfnis war in jedem dieser drei Punkte vorhanden. Dazu kam die Gelegenheit, ipso facto Rußland einen großen Dienst zu leisten und mit ihm, sozusagen, in eine stillschweigende Entente über Ostasien zu gelangen. Auf der anderen Seite standen als Nachteile: die Verstimmung Japans und die Stellung, welche hier zum ersten Male in einer großen Frage offen gegen England genommen wurde. Die Verstimmung Japans von 1895 hat bis zum Kriege 1914/15 nie aufgehört zu wirken. Es gab wohl keine Großmacht damals einschließlich Großbritanniens, die nicht Japan stark unterschätzte. Das ist ein schwerer Fehler gewesen, aber keiner der Deutschen allein, während anderseits die Wichtigkeit der japanischen Stimmung Deutschland gegenüber, auch wenn man Japan unterschätzte, auf der Hand liegen mußte. Es ist oft gesagt worden, daß man jene Stimmung zu unseren Ungunsten leichtfertig, ungeschickt und unnötigerweise erweckt hätte. Eine Beurteilung der Richtigkeit oder Unrichtigkeit jenes deutschen Vorgehens ist nur möglich unter dem Gesichtspunkte, der damals die deutsche Politik leitete. Dieser Gesichtspunkt war, wie gesagt: die Vorbereitung für Erwerbung eines deutschen Fußpunktes an der ostasiatischen Küste. Hätte Deutschland sich zurückgehalten oder gar mit England für Japan Stellung genommen, so wäre dieses Ziel schwerlich erreicht worden. Dann würde Japan die Halbinsel Liautung mit Port Arthur zunächst jedenfalls behalten haben. Rußland hätte seine Anwartschaft auf Port Arthur vorläufig aufgeben müssen und ohne Zweifel einer deutschen Fußfassung ernsten Widerstand entgegengesetzt. Auf alle Fälle würden sich die deutsch-russischen Beziehungen verschlechtert haben, man würde weder bei England noch bei Japan auf wohlwollende Begrüßung eines deutschen Kiautschou haben rechnen können.

Ein großer Teil der öffentlichen Meinung Deutschlands, mit ihr das Organ des Fürsten Bismarck, urteilte auch, daß Deutschland sich hätte zurückhalten und in der Kunst des Wartens üben müssen. Man könnte dem angesichts der damaligen Verhältnisse beipflichten, wenn nicht eben die — damals allen öffentlichen Beurteilern unbekannte — geheime Vereinbarung zwischen dem Deutschen Kaiser und dem Zaren über den

Erwerb zweier ostasiatischer Stützpunkte bestanden hätte. Deutschland wollte den Zweck, es mußte auch die Mittel wollen. Es ist auch gesagt worden, die deutsche Politik habe mit jenem Schritte um Frankreichs Gunst werben oder überhaupt Anschluß an die europäischen Festlandsmächte finden wollen. Das kann, wie aus allem obigen hervorgeht, zumal hinsichtlich Frankreichs, höchstens als wünschenswerte Begleiterscheinung betrachtet worden sein. Man darf auch nicht vergessen, daß dieser Schritt im selben Jahre erfolgte, wo Kaiser Wilhelm sein öffentliches Bekenntnis zur Notwendigkeit deutscher Weltpolitik ablegte. Hier bot sich Gelegenheit zu einem weltpolitischen Schritte von anscheinend großer weltwirtschaftlicher Tragweite und sie wurde benutzt. Die Psychologie gerade jener Periode der amtlichen Politik scheint unter dem Motto: Weltpolitik zu stehen, letztere dagegen weniger als jeweiligen Hauptzweck Änderungen der europäischen Gruppierung im Auge gehabt zu haben. Auf die Gefahr hin, eine Ketzerei auszusprechen, möchten wir meinen, daß die deutsche Politik darauf ausging, eine Politik der freien Hand nach jeder Seite hin zu sein; ob und wann sie dieses Ziel erreicht hat, — diese Frage ist von der Tatsache jenes Bestrebens — oder Programmes — unabhängig und zu trennen.

Man muß deshalb auch die Auffassung für unrichtig halten: der deutsche Schritt 1895 habe gewissermaßen eine prinzipielle Abkehr der deutschen Politik von England bedeutet. Daß das nicht der Fall war, zeigt eine Reihe von späteren Ereignissen und Momenten, außerdem waren 1895 die Tage der kurzen deutsch-britischen Intimität schon vorüber, und die südafrikanische Krisis übte ihren Einfluß auf die deutsch-englischen Beziehungen bereits seit 1894. Es mag sein, daß die Leiter und Vertreter der deutschen Politik noch immer hofften, durch gelegentlichen Anschluß an Großbritannien erfolgreich weltpolitischen Zielen nachgehen zu können. Um es aber noch einmal zu sagen: Zweck und Ziel war Weltpolitik. Ihr ordnete man die Übel, welche den Leitern der deutschen Politik als die kleineren erschienen, unter. Daß tatsächlich diese Übel nicht „die kleineren“ waren, hat vor allem und in verhängnisvoller Weise die Unterschätzung Japans gezeigt.

## Die englische Handelseifersucht — Das erste Flottengesetz.

In einer öffentlichen Versammlung sagte der frühere Premierminister Lord Rosebery: er führe die Störung des Verhältnisses zwischen Großbritannien und Deutschland nicht nur auf die Transvaalfrage, sondern vor allem darauf zurück, daß Deutschland Großbritannien auf wirtschaftlichem Gebiete zu überflügeln beginne. Er sei ganz überrascht von

den technischen und kommerziellen Fortschritten der Deutschen; der deutsche Wettbewerb auf diesen Gebieten sei eine Gefahr der Zukunft. Deutschland besitze das vollkommenste System technischer Ausbildung, sei daher der gefährlichste Nebenbuhler Großbritanniens und bedrohe den britischen Handel, sogar in Indien und Ägypten. Ein anderes Mal sagte Lord Rosebery: „Wir sind bedroht durch einen furchtbaren Gegner, welcher uns benagt wie das Meer die schwachen Partien einer Küste benagt — ich meine Deutschland. Der Handel des vereinigten Königreiches hört nicht auf, sich zu verringern, und was es verliert, das gewinnt in der Hauptsache Deutschland.“ — Der Kolonialsekretär Mr. Joseph Chamberlain variierte dasselbe Motiv, freilich mit dem Sonderzwecke, für sein Ideal des imperialistischen Zusammenschlusses auf dem wirtschaftlichen Gebiete Stimmung zu machen.

Schon seit Jahren wurden in den englischen Zeitungen Berichte britischer Konsuln veröffentlicht, die das Wachsen des deutschen Wettbewerbes auf den überseeischen Märkten feststellten und beklagten. Man hatte diese Erscheinungen aber als etwas hingenommen, das sich naturgemäß aus der machtpolitisch gesicherten inneren Entwicklung des Deutschen Reiches ergab und ergeben mußte. Diejenigen britischen Kreise, welche anders dachten, kamen mit ihren Gedanken nicht an die Öffentlichkeit. Vom Zeitpunkte der Krügerdepesche an trat die englische Wirtschaftseifersucht mit beispielloser Vehemenz nach außen in die Erscheinung. Die deutsche Transvaalpolitik, gewiß, die vergaß man nicht und gedachte auch nicht, sie in Zukunft zu vergessen. Man empfand sie als eine Anmaßung des flottenlosen Deutschen Reiches gegen das seebeherrschende England. Das Deutsche Reich und seine Politik schuldeten, so war die allgemeine britische Auffassung, Großbritannien Dank für ein subjektives Wohlwollen, und auf dem Gebiete des Seehandels und der Kolonien Gehorsam und Anschluß. Bei dauernd gutem Betragen wäre dann vielleicht hier und da ein überseeischer Brocken für Deutschland abgefallen. In diesem Sinne nur war man entrüstet mit der Naivität des auserwählten Volkes, daß Deutschland in der Transvaalangelegenheit es an dem schuldigen Gehorsam hatte fehlen lassen. Als ein ernsthaftes Hindernis für die britischen Pläne in Südafrika betrachtete man jedoch diese deutschen Bestrebungen nicht. Davon war keine Rede, denn man wußte und sah genau, daß den Deutschen an den nötigen Machtmitteln, um die Marschallsche Transvaalpolitik in die Tat umzusetzen, alles fehlte. Aus diesem Grunde war auch die früher vielbesprochene Erscheinung selbstverständlich, daß die amtliche Politik des britischen Reiches schon unmittelbar nach der Krügerdepesche wieder in unverändert freundlichen Beziehungen zu der amtlichen deutschen Politik stand. Es lag eben kein

Grund zum Gegenteile vor, nachdem der „Zwischenfall“ an sich Erledigung gefunden hatte, und seitdem der britischen Politik in Südafrika durch die deutsche Politik keinerlei Hindernisse in den Weg gelegt wurden.

Auch in der Folge zeigte sich auf beiden Seiten der Wunsch und ebenso die Möglichkeit, gelegentlich politisch zusammenzugehen. In England sollten sich bald noch viel weitergehende Bestrebungen für eine Annäherung an Deutschland entwickeln. Trotz alledem aber war seit der Krügerdepesche die Stimmung zwischen den Bevölkerungen der beiden Länder eine dauernd schlechte und tief erbitterte, die Regierungen mochten tun und wünschen, was sie wollten. Diese Verstimmung bezog sich zunächst direkt auf die südafrikanische Angelegenheit. Man war in Deutschland tief erbittert über ihren Ausgang und niedergeschlagen angesichts der deutschen Ohnmacht. Man erhob die heftigsten Vorwürfe gegen die nachherige Politik der Reichsregierung, obgleich diese, wie wir vorher sahen, sachlich die einzig mögliche war. Man verstand vielfach nicht, daß die Politik, welche zur Krügerdepesche führte, eine unrichtige deshalb war, weil sie nicht auf dem Boden einer ihren Zielen entsprechenden Macht stand und alle Faktoren der anderen Seite falsch einschätzte. Als nun vollends nach der Krügerdepesche der unerwartete Sturm der öffentlichen Meinung in England unverhüllte Feindseligkeit und geringschätzigste Äußerungen über die deutsche Politik und ihre Machtmittel brachte, vertiefte sich nur noch die Wirkung auf das deutsche Volk, ohne daß freilich unglücklicherweise die grundsätzliche Fehlerhaftigkeit der deutschen Südafrikapolitik bis 1896 richtig gewürdigt worden wäre. Dagegen begann es in den Köpfen zu dämmern, daß der Deutsche Kaiser doch wohl mehr Recht habe, als man bisher geglaubt hatte, wenn er eine starke deutsche Flotte verlangte und zu schaffen versuchte.

Die Stimmung der britischen Bevölkerung nahm an Erbitterung zu, aber — umgekehrt wie die deutsche — verlegte sie sich beinahe ausschließlich auf die Beobachtung und die Aufbauschung der wirtschaftlichen Rivalität zwischen den beiden Mächten. Jener Zeitabschnitt vom Beginn des Jahres 1896 bis zur Jahrhundertwende hinterläßt die Überzeugung, daß es ganz unrichtig ist — wie es auch heute noch geschieht — von den „unheilvollen Folgen der Krügerdepesche“ zu sprechen, die unsere Beziehungen zu England verdorben haben sollen. Aufrechterhalten läßt sich weiter nichts, als daß die Krügerdepesche einen Ausbruch beispielloser Heftigkeit der öffentlichen Meinung in England zur Folge gehabt hat. Die Krügerdepesche kann aber nur als der äußere Anlaß, als die Gelegenheit dieses Ausbruches angesehen werden, nicht als seine Ursache. Die eigentliche Ursache lag vielmehr in dem Gefühle der Engländer, daß Deutschland auf dem wirtschaftlichen Gebiete sich zu einem ständig

gefährlicher werdenden Nebenbuhler entwickele. Solange sich die öffentliche Meinung in England der Überzeugung hingab, dieser wirtschaftliche Nebenbuhler werde sich zum mindesten nicht einfallen lassen, eine selbständige überseeische Politik zu versuchen, hielt man nicht für angezeigt, die vorhandene Unruhe und Erbitterung wegen des wirtschaftlichen Wettbewerbes Deutschland gegenüber zum Ausdruck zu bringen. Man konnte nicht wissen, in was für Lagen die politische und militärische Hilfe des Deutschen Reiches sich als von unschätzbarem Werte für Großbritannien erweisen würde. Nun schien mit der Krügerdepesche nicht nur die Illusion zerstört worden, daß das Deutsche Reich sich in überseeischen Dingen freiwillig von der britischen Politik abhängig machen werde, sondern man konnte auch nicht mehr darüber zweifelhaft sein, daß Deutschland, wenn auch nicht im Besitze der erforderlichen Macht, des Willens war, seine wirtschaftliche Entwicklung über See auch durch die Mittel der Politik so sehr zu fördern, wie es nur immer anging, allein oder im Vereine mit anderen Mächten. Ein Beispiel dafür hatte 1895 der deutsch-russisch-französische Zusammenschluß im fernen Osten geliefert. Auch da befand sich also Deutschland im Lager des schlimmsten und gefährlichsten Gegners der britischen Politik in Asien, während die beiden Inselmächte, Japan und Großbritannien, allein auf der Gegenseite standen.

In Deutschland ist es nur wenig bekannt geworden, daß die deutsche Regierung im Jahre 1896 mit der russischen und der französischen Regierung in Verbindung trat, um womöglich ein Abkommen zu vereinbaren, welches die Garantie der Neutralität der südafrikanischen Republiken gewährleistete. Wie weit diese Besprechungen gediehen, wissen wir nicht. Nach dem Gesagten war aber klar, daß sie zu einem Ergebnisse nicht führen konnten, weil Frankreich jede derartige Verbindung mit dem Deutschen Reiche ablehnte und schon im Falle der Wahrscheinlichkeit eines ernsten europäischen Konfliktes sich gegen Deutschland gestellt haben würde. Dazu kam, daß die Transvaalsche Republik sich dem deutschen Gedanken gegenüber keineswegs entgegenkommend verhielt. Der weitblickende und energische Staatssekretär Dr. Leyds freilich war ein überzeugter Verfechter des Planes, aber sein Vertreter in Südafrika dachte anders, und Präsident Krüger war schwach, beherrschte wohl auch nicht in dem Maße das Gebiet der Politik und Diplomatie, wie man im allgemeinen angenommen hat. Überflüssig ist es zu sagen, daß die englische Politik alles Denkbare tat, um zu hintertreiben, daß die Südafrikanischen Republiken vertraglich sich unter den Schutz der europäischen Festlandmächte stellten. Genug, der Plan scheiterte, und mit ihm scheiterten die glänzenden wirtschaftlichen Aussichten Deutschlands in Südafrika sowie die Hoffnung,

die burischen Germanen der Anglisierung entziehen zu können. Die von der deutschen Politik hier angestrebte „Solidarität der Festlandmächte“ zeigte sich als Phantom: weil dieses Mal das Problem ein überseeisches war, und weil Deutschland sich nicht dem Zweibunde anschloß wie in Ostasien, sondern vom Zweibunde Unterstützung in einer Frage verlangte, die eine europäische werden konnte, dabei an und für sich der russischen Politik gleichgültig war.

In dem vielmaschigen Kausalnetze der auswärtigen Politik mit ihren Macht- und Wirtschaftsfragen wird man bei jeder neuen Erscheinung, bei jedem neu auftretenden Momente nicht eine einzige Ursache, sondern eine ganze Anzahl zu suchen haben. Sie häufen sich und verstärken einander, bis schließlich der letzte „Tropfen“ kommt. Woher dieser kommt und wie er beschaffen ist, pflegt gemeinhin nicht von besonderer Wichtigkeit zu sein. Ein englischer Seeoffizier schreibt in seiner preisgekrönten Arbeit über das Wesen der Seeherrschaft das Folgende:

„Wir (Großbritannien) ziehen nicht in den Krieg aus sentimentalen Gründen. Ich zweifle, ob wir das jemals taten. Krieg ist das Ergebnis von Handelsstreitigkeiten; seine Ziele sind, dem Gegner diejenigen Handelsbedingungen durch unser Schwert aufzuzwingen, welche wir als notwendig erachten zum Vorteile unseres Handels. Wir lassen alle Arten von Kriegsursachen gelten, aber zugrunde liegt ihnen allen der Handel. Ob die Ursache des Krieges die Verteidigung oder der Erwerb einer strategischen Position sein mag, ob der Bruch von Verträgen oder was sonst noch — alle Ursachen führen sich auf den Handel als gemeinsame Wurzel zurück, aus dem einfachen und schlagenden Grunde, weil der Handel unser Lebensblut ist!“

Unter diesem Gesichtspunkte müssen wir auch die nach außen hin ironischen und verächtlichen, im Grunde aber beunruhigten und besorgten Kommentare der britischen Presse verstehen, als Kaiser Wilhelm Anfang 1896 jene Rede hielt: das Deutsche Reich sei ein Weltreich geworden, es gelte nun, die Deutschen außerhalb der Grenzen des Reiches mit diesem fest zusammenzuschließen. Eine objektive und billige Beurteilung konnte in jenen Worten des Kaisers nichts Bedrohliches, auch keine Eroberungspläne finden, vielmehr nur Richtlinien für naturgegebene und deshalb legitime Bestrebungen eines wachsenden und handeltreibenden Volkes. Das aber war es gerade, was Großbritannien als eine „Herausforderung“ und Bedrohung seiner vitalen Interessen erschien, und um diesen eigentlichen Grund der Beunruhigung zu verbergen, schob man Deutschland, vor allem dem Deutschen Kaiser, napoleonische Eroberungspläne unter. Die Aufregung über diese vermeintlichen Pläne war künstlich und in sich unwahr. Hätten sie bestanden, so würde am allerwenigsten Großbritannien

nötig gehabt haben, sie zu fürchten. Was Großbritannien fürchtete, war der deutsche Handelswettbewerb.

Der Kernpunkt und das Wesen jener fortgesetzten internationalen Erörterungen fand seinen Ausdruck am prägnantesten in dem damals vielbesprochenen Aufsatze der Londoner Wochenschrift „Saturday Review" vom Herbst 1897. Der ungenannte Verfasser knüpfte an die Zusammenkunft zwischen dem Deutschen Kaiser und dem Zaren und die starke Besserung der deutsch-russischen Beziehungen an, vor allem aber an ein dem Fürsten Bismarck von den „Times" zugeschriebenes Wort: „Der Kernpunkt der Unterhaltung zwischen dem Kaiser und dem Zaren muß sich um England gedreht haben." Bismarck habe, so sagte die Zeitschrift, längst erkannt: „was schließlich nun auch das englische Volk einzusehen beginnt, daß es in Europa zwei große unversöhnliche, entgegengesetzte Kräfte gibt, zwei große Nationen, welche die ganze Welt zu ihrer Domäne machen und von ihr Handelstribut einfordern möchten. England... und Deutschland ... wetteifern miteinander in jedem Winkel des Erdballes. Im Transvaal, am Kap, in Mittelafrika, in Indien, in Ostasien, auf den Inseln der Südsee und im fernen Nordwesten, überall, wo die Flagge der Bibel und der Handel der Flagge gefolgt ist, da hat der deutsche Handlungsreisende mit dem englischen Hausierer gestritten. Wo es gilt, ein Bergwerk auszubauen oder eine Eisenbahn zu bauen, wo Eingeborene von der Brotfrucht zur Büchsenfleischnahrung, von der Enthaltsamkeit zum Handelsschnaps hinübergeleitet werden sollen, da suchen Deutsche und Engländer einander zuvorzukommen. Eine Million kleiner Nörgeleien schafft den größten Kriegsfall, den die Welt je gesehen hat. Wenn Deutschland morgen aus der Welt vertilgt würde, so gäbe es übermorgen keinen Engländer in der Welt, der nicht um so reicher wäre. Völker haben jahrelang um eine Stadt oder um ein Erbfolgerecht gekämpft; müssen sie nicht um einen jährlichen Handel von fünf Milliarden Mark Krieg führen...?"

„Was Bismarck sich vorstellte und was auch wir bald einsehen werden, ist die Tatsache, daß nicht nur der greifbare Interessenstreit zwischen England und Deutschland vorhanden ist, sondern, daß auch England die einzige Großmacht ist, die Deutschland ohne enormes Risiko und ohne Zweifel am Erfolge bekämpfen kann... Nach diesem Erfolge werde man an Frankreich und Rußland sagen: sucht euch Kompensationen, nehmt euch innerhalb Deutschlands, was ihr wollt, ihr könnt es haben." Der Schluß des Artikels wurde durch die seitdem so oft zitierten Worte gebildet: „Germaniam esse delendam." Ungefähr um dieselbe Zeit äußerte sich in Deutschland Professor Schäffle über englische und deutsche Seeinteressen in Ausführungen, die für die damaligen Stimmungen und

Auffassungen, besonders aber als Gegenstück zu den englischen Artikeln noch heute von Interesse sind. Schäffle schrieb u. a.: „Die Fortschritte unseres Seehandels seit fünfundzwanzig, namentlich aber seit zehn Jahren sind so gewaltig, unsere wirtschaftliche Bedeutung ist rasch so groß geworden, daß Deutschland von seiten der Rivalen her auf alles gefaßt sein muß. Man gebe sich darüber keiner Täuschung hin, daß die Engländer, wenn sie es nur irgend wagen können, bei erster Gelegenheit unserem Überseehandel und unserer Exportindustrie den Todesstoß zu geben suchen werden ... Grund zur Eifersucht hat der riesige Aufschwung, welcher seit der Gründung des Reiches der Überseehandel, die Exportindustrie, die Reederei, der Schiffbau, die Gründung überseeischer Banken, die Beteiligung an auswärtigen Eisenbahnen und Plantagen genommen haben, in gerüttelt vollem Maße unsern Rivalen wirklich gegeben."

Im Frühjahr 1898 richtete der Engländer Sidney Whitman, der dem Fürsten Bismarck persönlich bekannt war, brieflich an ihn die Frage, wie die englisch-deutschen Beziehungen gebessert werden könnten. Fürst Bismarck ließ dem Engländer durch den Grafen Rantzau, seinen Schwiegersohn, antworten — wir folgen der Version der „Hamburger Nachrichten": „Der Fürst bedaure, daß die Beziehungen zwischen Deutschland und England nicht besser seien, als sie eben sind. Bedauerlicherweise wisse er kein Mittel dagegen, da das einzige ihm bekannte, das darin bestehe, daß wir unserer deutschen Industrie einen Zaum anlegten, nicht gut verwendbar sei."

Es ist eine Tatsache von Bedeutung, daß gerade Bismarck, der sich nach seiner Entlassung nie gescheut hatte, öffentlich auszusprechen, wenn seine Ansichten mit denen des „neuen Kurses" nicht übereinstimmten, oder aber, der sich zurückhielt, wenn er eine Meinungsäußerung für schädlich hielt, in diesem Falle — zwei Jahre nach der Krügerdepesche — erklärte, das einzige Mittel zur Verbesserung der englisch-deutschen Beziehungen sei, der deutschen Industrie einen Zaum anzulegen. Das wäre, wie er ironisch meinte, „nicht gut verwendbar".

Die deutsche Handelsrivalität kam den Engländern um so unbequemer und überraschender, weil sie früher nicht mit ihr gerechnet hatten. Großbritannien war von alter Zeit her im Besitze des Handelsmonopols der Welt. Es konnte den Freihandel zunächst mit ungeheurem Erfolge einführen, weil es keine Nebenbuhler ernster Art in der Welt hatte. Großbritannien trat, wie Bismarck — Ende der siebziger Jahre — in einer Reichtagsrede sagte, wie ein allen seinen Mitmenschen an Kräften weit überlegener Athlet auf die Bühne und sagte: nun kommt heran, wenn ihr könnt! Und sie konnten alle nicht. So gedieh das freihändlerische England nicht durch das „freie Spiel der Kräfte", sondern weil es die

einzige „Kraft“ war. Als dann der deutsche Zollverein entstanden war und nach 1870 das Deutsche Reich versuchte, eine Industrie- und Handelsmacht zu werden, da schlug es fehl, weil ihm der innere Markt fehlte, weil es immer nur kaufte und nicht verkaufte; wie Bismarck sagte: unser Wirtschaftsleben wäre an innerer Blutleere zugrunde gegangen. Ende der siebziger Jahre ging der Kanzler deshalb zum Schutzzoll über. Seine segensreichen Folgen für den deutschen Außenhandel zeigten sich bereits um Mitte der achtziger Jahre kräftig.

Fürst Hohenlohe schrieb im Jahre 1897, als die erste Tirpitzsche Flottenvorlage zur Erörterung stand: „Um nun Geld für das Reich zu bekommen, änderte Bismarck seine Zollpolitik und gab den gemäßigten Freihandel auf. Auch hier stand das deutsche Volk auf seiner Seite. Nun bekamen wir Geld, 300 bis 400 Millionen, und das Reich konnte leben. Die Schutzzollpolitik erzeugte aber einen kolossalen Aufschwung der Industrie.“

Als Großbritannien zuerst die Konkurrenz der deutschen Ware auf dem eigenen Innenmarkte nachteilig empfand, da wurde das berühmte Gesetz erlassen, daß alle aus Deutschland eingeführten Waren den Stempel „made in Germany“ tragen sollten. Dem lag die vorgefaßte britische Ansicht zugrunde, daß die englische Ware eo ipso viel besser sei als die deutsche, und aus diesem Grunde kein Abnehmer Ware kaufen würde, über deren deutschen Ursprung er unterrichtet sei. Das war der erste große Irrtum und Fehlgriff, denn gerade jener Stempel wurde zur Ursache, daß überall nun erst recht die deutsche Ware auf Kosten der englischen gesucht und gekauft wurde.

Das Jahr 1896, welches so ereignisreich gerade auf dem Gebiete der britisch-deutschen Beziehungen war, bildete auch wirtschaftlich zufällig einen bedeutenden Abschnitt auf eben diesem Gebiete, ja, einen epochemachenden. 1896 zum ersten Male zeigte sich die deutsche Flagge im Hamburger Hafen der englischen überlegen. Zu gleicher Zeit erwies die Statistik, daß England aus dem früher sehr umfangreichen und gewinnbringenden Zwischenhandel, welchen es für Deutschland über See geführt hatte, fast verdrängt worden war. Von 1886 bis 1896 war der deutsche Seeverkehr nach England — berechnet nach der Tonnenzahl — nur um 35 Prozent gestiegen, nach Schweden um 97, nach Österreich-Ungarn um 340, nach den Vereinigten Staaten um 128, nach Mexiko, Mittel- und Südamerika um 317, nach Indien und Ostasien um 488, nach Australien um 475, nach Südafrika um 250, nach der Levante um 261 Prozent. Die Hochseefischereien der Nordsee, die früher beinahe ausschließlich in englischer Hand gewesen waren, hatten sich von 1873 bis 1896 verzwölffacht. In derselben Zeit war die Zahl der deutschen Dampfer auf das Sechsfache gestiegen, ihr Tonnengehalt auf mehr denn das

Zehnfache. Der Wert des deutschen Gesamthandels hatte um elfhundert Millionen Mark zugenommen. Die deutschen Passagierdampfer galten mit Grund und Recht als die besten und schnellsten der Welt. Die deutschen Konsulate im Auslande vermehrten sich von Jahr zu Jahr, und ebenso wuchs die Höhe der in Übersee investierten Beträge deutschen Geldes.

Alle diese Tatsachen wurden — das war ein überaus wichtiges Zusammentreffen politischer, militärischer und wirtschaftlicher Momente in den Jahren 1896 bis 1899 — erst damals weiteren Kreisen des deutschen Volkes bekannt. Es war das große Verdienst des neuen (seit 1897) Staatssekretärs des Reichs-Marine-Amts, Kontreadmirals Tirpitz, Denkschriften und Zusammenstellungen anfertigen zu lassen, die dem deutschen Volke zeigten: einmal, wie ungeheuer seine wirtschaftlichen Fortschritte, im besonderen die des seeischen und überseeischen Handels, waren, welcher Zukunft sie entgegengingen, ferner, daß diese „Seeinteressen“ nicht nur beschränkte Interessenkreise, sondern das ganze Volk aufs tiefste berührten und zu Bedingungen für dessen Wohlstand geworden waren. Man muß rückschauend heute sagen, daß jene Veröffentlichungen oder, allgemein gesprochen, die Volkstümlichmachung des Begriffes der deutschen Seeinteressen eine Tat dargestellt hat, deren Folgen von höchster Bedeutung gewesen sind. Sie erst begannen in den Augen der deutschen Bevölkerung jene Rede Kaiser Wilhelms II. von der deutschen Weltpolitik zu rechtfertigen. Sie erklärten ferner durch sich selbst und auf das allerbeweiskräftigste die britische Unruhe und Eifersucht. Sie endlich zeigten dem deutschen Volke das ungeheure Mißverhältnis zwischen der Größe und Bedeutung der deutschen Seeinteressen für Gegenwart und Zukunft und ihrer Schutzlosigkeit. Wie eine englische Zeitschrift eben in jener Zeit schrieb: „Die deutsche Flotte ist recht gut, ihre Seeleute und Offiziere sind tapfere Männer, aber auch sie halten es nicht für möglich, unsere Schiffe bei einer Übermacht von 3 gegen 1 zu schlagen. In dieser Übermacht würden wir im vorigen Jahre gegen sie gewesen sein. Wir können deshalb annehmen, daß die Deutschen ihre Flotte im Hafen gehalten haben würden, weil sie es nicht nötig haben, ihren Mut in einem hoffnungslosen Kampfe zu zeigen... Die Anglophoben in der deutschen Presse scheinen gar nicht zu wissen, daß Deutschland eine sehr große Handelsflotte hat. Überall weht die deutsche Flagge. Mit der Kriegserklärung würde die ganze deutsche Handelsflotte uns auf Gnade und Ungnade ausgeliefert sein. Auf allen Weltmeeren würden unsere Kreuzer deutsche Schiffe aufbringen und wegnehmen... Deutschland hat nur kurze Küstenlinien, und seine Hafeneinfahrten sind ganz besonders leicht zu sperren. Nun überlege man sich, wieviel es für Deutschland ausmachen würde, wenn seine Flagge vom Weltmeere verdrängt und seine Häfen

blockiert wären ... Geradeheraus gesagt, würde ein Krieg für Deutschland, selbst wenn er von deutscher Seite mit größter Weisheit und Vorsicht geführt würde, doch einen unmittelbaren Verlust allerschwerster Art zur Folge haben, während wir so gut wie gar nichts verlieren würden."

Es war nicht möglich, auch nur einen einzigen dieser Sätze Lügen zu strafen. Deshalb wurden die Jahre von 1896 bis 1898 Lehrjahre erster Ordnung für das deutsche Volk. Damals rang es sich, in seiner Mehrheit wenigstens, zur Überzeugung durch, daß eine den Seeinteressen und der wirtschaftlichen Zukunftsweltstellung des Reiches angemessene Flotte Notwendigkeit sei. Damals begann man zu begreifen, daß die „Liebhaberei" Kaiser Wilhelms II. für die Flotte auf seinem klaren Verständnisse für die Notwendigkeit des Reiches beruhte und dem Urteile der zahlreichen klugen und spöttelnden Zeitgenossen um beinahe ein Jahrzehnt vorausgewesen war. Und das war der große unvergängliche Gewinn, den das deutsche Volk aus der englisch-deutschen Krisis des Jahres 1896 um den Preis eines diplomatischen Mißerfolges gezogen hat, eines Mißerfolges, der aus einer Voraussetzung erwachsen war, welche keine Politik der Welt rechtfertigen kann: ohne entsprechende Machtmittel Machtpolitik zu treiben.

Schon in den Jahren der Flotte des Deutschen Bundes um 1848 war in Frankfurt das Wort gesprochen worden, daß ein Staat sich kein größeres Unternehmen vorsetzen könne, als das: eine Flotte zu bauen. Die alten See- und Flottenpraktiker, die Engländer, wußten das aus der eigenen Erfahrung wie aus derjenigen ihrer Rivalen zur See. Ob die Deutschen von 1897, welche für den Bau einer Kriegsflotte eintraten, sich über die Größe des damit begonnenen Unternehmens alle klare Rechenschaft gaben, mag dahingestellt bleiben. In England sah man den deutschen Bestrebungen während der neunziger Jahre, auch noch nachher, mit Ruhe zu. Die englische Presse belehrte die Deutschen wiederholt: in einem Kriege mit England würde die Niederlage Deutschlands nur um so schwerer, nur kostspieliger werden, je stärker die deutsche Flotte werde, denn diese könne natürlich niemals etwas erreichen, sondern werde schon in den ersten Tagen des Krieges von der englischen Übermacht vernichtet werden. Wozu also eine Flotte bauen!

Bis zum Jahre 1897 war das Streben des Deutschen Kaisers nicht von Erfolg begleitet gewesen, teils wegen des allgemeinen Unverständnisses und dementsprechenden Widerstandes im Reichstage, teils wegen einer amtlichen Vertretung, die der Geschicklichkeit, fester Gesichtspunkte und organischer Richtlinien entbehrte. 1897 im Sommer übernahm Kontreadmiral Tirpitz das Staatssekretariat des Reichs-Marine-Amts. Schon im Herbste desselben Jahres legte er einen organischen Flotten-

plan vor, der sich von den Bestrebungen seiner Vorgänger in den Einzelheiten und grundsätzlich völlig unterschied. Dieser Plan legte das entscheidende Gewicht auf die Hochseeflotte. Bisher hatte die Marineleitung, wie vorher auseinandergesetzt worden ist, gewissermaßen zwei Wege zugleich in der Entwicklung der Flotte zu beschreiten versucht: schwimmende und feste Küstenverteidigung, zusammen mit einen Kern der Schlachtflotte in den heimischen Gewässern, eine große Anzahl schneller und kräftiger Kreuzer auf den Ozeanen, um dort den Kreuzerkrieg gegen den feindlichen Handel zu führen. Hiermit brach der neue Staatssekretär sofort und gründlich. Der Gedanke, die Führung des Kreuzerkrieges zu einer Hauptaufgabe der Flotte zu machen, verschwand und der Begriff der unmittelbaren Küstenverteidigung trat für die nächste Zeit in den Hintergrund. Ziel des deutschen Flottenbaues wurde für die kommenden Jahre ausschließlich der Aufbau und die Organisation einer Hochseeschlachtflotte. Zunächst bemaß man ihre Stärke gering, um den Anfang sicher zu haben — aus einer Reihe innerpolitischer, parlamentarischer, technischer, administrativer, auch militärischer Gründe. Der unausgesprochene Gedanke des Kaisers und des Staatssekretärs war aber schon damals, dem Deutschen Reiche eine absolut und relativ starke Hochseeflotte in erster Linie zu schaffen, und dann für das erforderliche Beiwerk an fester Küstenverteidigung und auswärtigen Stationärkreuzern zu sorgen.

Man ist auf den ersten Blick vielleicht geneigt, diesen Wechsel und Umschwung gegen früher ausschließlich vom militärischen und marinetechnischen Standpunkte zu betrachten und nur aus ihm zu begründen. Tatsächlich war jener Gedanke aber neben seiner rein fachlichen Bedeutung ein neues politisches Moment erster Ordnung.

Bisher war man in Deutschland gewohnt gewesen, die heimischen Aufgaben und Notwendigkeiten der Kriegsflotte von denen, welche ihr in außerheimischen Gewässern zufielen, zu trennen. Wie oft wurde das Argument angewandt: wir brauchen keine „schweren, unbehilflichen Schlachtschiffe“, die im Frieden exerzieren und im Kriege nichts nützen; was Deutschland haben muß, sind schnelle und kräftige Kreuzer, die im Frieden dem deutschen Ansehen und den deutschen Interessen im Auslande dienen, während sie im Kriege den deutschen Handel schützen und den feindlichen schädigen. Dieser Beweisführung lag, wenn überhaupt ein greifbarer Gedanke, die Annahme zugrunde, daß deutsche Interessen irgendwelcher Art jenseits der Ozeane an Ort und Stelle gegen eine andere zur See und über See starke Großmacht auf die Dauer wirksam verteidigt werden könnten. Als 1895 deutsche Krieger nach der Delagoabucht gingen, da konnte man vielfach die Auffassung lesen: die deut-

schen Besatzungen würden den Engländern schon zeigen, daß Deutschland nicht mit sich spaßen ließe. Tatsächlich können Kriegsschiffe in solchen Fällen an und für sich nie etwas anderes bedeuten als eine politische Demonstration, gewissermaßen den Fehdehandschuh: man wartet, ob der andere ihn aufnehmen wird. Hätte man 1895 eine gutgeschulte und kriegsbereite Hochseeflotte gehabt, etwa von der damaligen Größe der französischen, so würden die politischen Ereignisse um Südafrika vermutlich von vornherein einen anderen Verlauf genommen haben. Hätte man anstatt dessen eine große Menge von Kreuzern auf den Ozeanen besessen, aber keine starke Hochseeflotte, so würde der Verlauf nicht anders gewesen sein, wie es tatsächlich der Fall war. Mit andern Worten: Teilstreitkräfte und Teilerfolge zur See im Auslande haben in einem Seekriege Deutschlands gegen eine unsern heimischen Küsten naheliegende Inselmacht keine erhebliche Wirkung auf den Ausgang des Krieges, wenn sie nicht durch eine starke Heimatskraft unterstützt werden. Umgekehrt: ist in der Heimat eine Hochseeflotte von entsprechender Stärke vorhanden, so wird ihr Erfolg Teilmißerfolge in auswärtigen Meeren mit Überschuß ausgleichen, während wiederum ihre Niederlage durch keinerlei Erfolge in außerheimischen Gewässern auch nur annähernd ausgeglichen werden kann, in den allermeisten Fällen aber ohne jeden Einfluß bleibt. Das war die große Wahrheit, welche die Flottenbaupolitik und den Organisationsplan des Staatssekretärs Tirpitz zu verwirklichen bestrebt war. Die Überlegung wäre unvollständig, wenn man sich nicht vor Augen hielte, daß damals die deutsche Flotte tatsächlich ein Nichts war, in der Heimat wie draußen, daß die schwimmende wie die feste Küstenverteidigung nicht annähernd ausreichend war. Aus diesem Nichts galt es, das Notwendige zu schaffen, und zwar unter dem Zwange und mit den Beschränkungen, die eo ipso in den Verhältnissen des Deutschen Reiches lagen und immer liegen werden: die Hauptgrundlage muß für das Deutsche Reich mit seinen Landgrenzen und seinen Nachbarn immer und unter allen Umständen die Armee bleiben. Gerade diese naturgegebene Beschränkung machte den schöpferischen Gedanken einer deutschen Hochseeflotte zu einem so überaus kühnen. Wie durchaus von vorn man anfangen mußte, das bezeichnete eine Äußerung des Staatssekretärs Tirpitz im Winter 1897/98 in Vertretung seiner Vorlage: wenn die Vorlage bewilligt sei und dementsprechend ausgeführt werde, so würde im Jahre 1904 die deutsche Flotte aufgehört haben, eine Quantité négligeable zu sein.

Die 1897 beginnende Epoche kann man als die Zeit bezeichnen, während welcher Deutschland konsequent bestrebt war, seiner Ohnmacht zur See abzuhelfen. Bis 1897 bestand die völlige Ohnmacht; Versuche

der Abhilfe hatten versagt. Diese erste Periode hatte mit der deutsch-englischen Freundschaft unter Caprivi begonnen, die auf dem Prinzip der „Ergänzung“ beruhte, einer Freundschaft, die nur kurze Zeit dauern konnte und dauerte. Sobald eine deutsche überseeische Politik zu treiben versucht wurde, welche nicht im englischen Fahrwasser schwimmen wollte, mußte jener, übrigens nicht schöne Traum verschwinden. Dieser Fall trat ein. Jene deutsche Politik konnte aber nicht erfolgreich sein, weil keine Macht hinter ihr stand. Es ist in diesem Zusammenhange von grundsätzlicher Bedeutung, daß die deutsche überseeische Politik damals, wo sie Anschluß an die europäisch-asiatische Festlandmacht Rußland fand, im fernen Osten ihr Ziel erreichte. Besondere Umstände, vor allem die geographischen Verhältnisse, hatten dieses Zusammengehen ad hoc möglich gemacht. Die Frage und der Gedanke drängen sich wieder auf: wieviel vorteilhafter es gewesen wäre, wenn der deutsch-russische Neutralitätsvertrag in Kraft geblieben und die deutsche Flotte sich gleichsam hinter ihm als Schild hätte entwickeln können. Das wäre gerade damals für die auswärtige Politik eine unschätzbare Schutz- und Trutzwaffe gewesen. Auch die afrikanische Politik des Deutschen Reiches hätte dann unter wesentlich günstigeren Auspizien gestanden. Freilich, ersetzen konnte jener Vertrag eine deutsche Flotte natürlich nicht.

So hatte der Reichskanzler Fürst Hohenlohe denn in jeder Beziehung recht, als er in der Begründung der ersten Tirpitzschen Flottenvorlage erklärte: „die deutsche Flotte sei das Ergebnis der politischen Entwicklung Deutschlands“ und „der Kraftüberschuß Deutschlands ist ein kostbares Kapital, das gepflegt werden muß. Das ist eine unserer ersten Pflichten. Dafür nehme ich das Wort Weltpolitik in Anspruch.“ Auch Bismarck hatte dem Staatssekretär des Reichs-Marine-Amts direkt seine Zustimmung zu der organischen Flottenforderung ausgedrückt, nahm verschiedentlich auch Gelegenheit, in den „Hamburger Nachrichten“ und anderen Organen das gleiche zu tun. Es läßt sich unschwer aus den Zusammenhängen seiner Reden und sonstigen Äußerungen nachweisen, daß der Fürst auch über die Absicht der Regierung: späterhin viel weitergehende Forderungen einzubringen, unterrichtet war und sie grundsätzlich billigte.

Die „Weltpolitik“, von der Fürst Hohenlohe sprach, hat im Laufe aller jener Jahre das Schicksal der meisten Schlagworte geteilt: sie wurde mißverstanden. Die einen waren der Überzeugung, die Vertreter der deutschen Regierung mit dem Kaiser an der Spitze wollten, wie Fürst Bülow später sagte, den Hans Dampf in allen Gassen machen, die anderen verlangten mit Heftigkeit und Nachdruck, daß sofort eine deutsche Politik getrieben werden müsse, als ob wir eine starke Flotte besäßen, als ob das Deutsche Reich noch durch einen Vertrag mit Rußland verbunden sei,

und als ob nicht die deutsch-englischen Beziehungen von Volk zu Volk und amtlich von tiefem Mißtrauen erfüllt seien. Jene Tage sind lange vorbei, und desto unumwundener kann man heute aussprechen, daß eine „Weltpolitik des Kürassierstiefels" damals weniger von Erfolg begleitet gewesen sein würde denn je.

Fürst Hohenlohe hatte mit seinem Worte von der Weltpolitik und dem Kraftüberschuß ebenso recht wie mit der Bemerkung, daß eine deutsche Flotte das Ergebnis der geschichtlichen Entwicklung Deutschlands sei. Was aber in allen diesen an sich richtigen Begründungen und Ausführungen nicht genügend zum Ausdrucke kam, das war die bedenkliche Bedeutung des nachgerade ungeheuerlich werdenden Mißverhältnisses zwischen der Höhe dieser zu schützenden Werte und dem Mindestmaße des Schutzes, der notwendig war. Man beurteilt die politischen Aufgaben und damit die politischen Leistungen jener Zeit unrichtig, wenn man dieses Moment nicht genügend bewertet. Eine Reihe von Jahren nachher wies Fürst Bülow andeutungsweise darauf hin, als er im Reichstage sagte, die Schwierigkeiten für die deutsche Diplomatie und Politik wären durch die Notwendigkeit, Weltpolitik zu treiben, gegen frühere Zeiten erheblich gewachsen. Weltpolitik mußte aber getrieben werden, weil die deutsche Wirtschaft sich immer mehr in die Weltwirtschaft verflocht, auch die Kolonialpolitik das weltpolitische Element per se einschloß. In diesem Mißverhältnisse zwischen Ziel und Mitteln beruhte, zum Teil wenigstens, die Tragik verschiedener Mißerfolge der deutschen Politik im Laufe des nächsten Jahrzehntes. Noch größer — und bisweilen peinlich — trat das Mißverhältnis in Erscheinung, jedesmal, wenn Mißerfolgen Ankündigung und Erörterung großer Ziele vorausgegangen waren.

Unrichtig wäre, von einem damaligen Frontwechsel der Politik des Deutschen Reiches zu sprechen. Es handelte sich nicht um einen Wechsel, sondern um eine Vermehrung der Fronten, um eine große Vermehrung, ferner der wirtschaftlichen und politischen Reibungsflächen, zeitlich wie örtlich. In dieses weltumfassende, sausende Getriebe trat das Deutsche Reich neu ein. Wohin es seine Pläne richtete, wo immer seine Kaufleute sich im privaten Wettbewerbe durchsetzten, da fand Deutschland die anderen Großmächte als Erstankömmlinge, die nicht gewillt waren, ihren Besitz oder ihre Hoffnungen und Ansprüche aufzugeben. Hätte die deutsche Kriegsflotte auch nur annähernd im Verhältnisse zu den deutschen Seeinteressen zugenommen gehabt! — aber das Gegenteil war, wie wir sehen, der Fall, und daraus ergab sich im Vereine mit der Notwendigkeit politischer Neuorientierung der Reichspolitik und der deutschen Lage zwischen Rußland, Frankreich und Großbritannien, die ganz einzigartige und eigenartige ungünstige Lage des Deutschen Reiches. In ihr war,

wenn nicht die Notwendigkeit, so doch die Wahrscheinlichkeit enthalten, daß die deutsche Politik — gewissermaßen bei jeder Bewegung — bald hier, bald dort anecken und zu Mißstimmungen mit anderen Mächten gelangen mußte, ohne daß immer vorher abzuschätzen war, ob man den Anlauf auch erfolgreich bis zum Ziele machen werde oder nicht. Gewiß sind gerade in dieser Richtung wiederholt Fehler gemacht worden, aber eine ungünstige Prädisposition war in den Verhältnissen enthalten, und die konsequente Frage, ob diese oder jene Situation zur Kriegsfrage gemacht werden könne oder müsse, wurde in steigendem Maße Problem.

Diese Verhältnisse und Mißverständnisse waren gelegentlich wohl geeignet, Zwiespältigkeit in unsere auswärtige Politik hineinzubringen. Es war begreiflich, daß Politiker und Diplomaten ohne genügende Kenntnis der maritimen und marinepolitischen Grundelemente die Frage aufwarfen, was für einen Zweck denn eine Seerüstung habe, die einem nur Feinde schaffe und nie stark genug werden könne; eine Frage, die von der Presse und den Staatsmännern des Auslandes den Deutschen stets auf das eindringlichste vorgehalten wurde.

So fing das Deutsche Reich mit dem Jahre 1897/98 an, seine Flotte planmäßig auszubauen, als sie — bei sehr geringem Qualitätswerte — halb so groß war wie die französische und ein Drittel der englischen betrug. Die russische nahm eben damals einen gewaltigen Aufschwung. Rußland wollte weitschauende ostasiatische Pläne ausführen und seine Vormacht in den chinesischen Gewässern unumstritten machen. Auf eigenen und auf fremden Werften baute es Schlachtschiffe und Kreuzer. Jedes fertige Schiff wurde nach dem fernen Osten entsandt. In Frankreich kämpften noch heftig die alte und die junge Schule miteinander. Die letztere war der Ansicht, daß es falsch sei, das Hauptgewicht auf die Linienschiffsflotte zu legen, man müsse vielmehr in der Hauptsache große Kreuzermassen für den Handelskrieg bauen. Die italienische Flottenmacht war im Laufe des letzten Jahrzehntes stark zurückgegangen und die Neigung Italiens trat immer mehr hervor, mit Frankreich in gute Beziehungen zu gelangen, auch mit England in solchen zu bleiben. Man sieht, wie die Situation von 1889 sich allmählich und unaufhaltsam verschoben hatte: damals der schärfste Gegensatz und bittere Feindschaft zwischen Italien und Frankreich, eine volle Entente zwischen dem Dreibunde und England für die Erhaltung des Status quo im Mittelländischen Meere und Extraanschluß der großbritannischen Politik an die des Dreibundes. Geht man den Ursachen der Änderung nach, so liegen sie letzten Endes in den Seemachtfragen bei den verschiedenen Staaten.

Die schnelle Beweglichkeit des Schiffes auf der überall gleich befahrbaren Fläche der Ozeane ist symbolisch für die zahlreichen Möglich-

keiten politischer Gruppenverschiebungen, sobald die Seemacht im Spiele ist. Taucht hier ein neuer Seemachtfaktor auf, verringert sich oder verschwindet dort ein alter, so tritt unmittelbar und überall die Wirkung davon zutage, sei es durch Verschiebungen, sei es durch Gewichts- und Druckausgleich. Kann man bei den stärker werdenden Seemächten sagen, daß ihre seeische und überseeische Politik (nicht der Handel) der Flagge folgt, so ist bei den schwächer werdenden fast ohne Ausnahme das Umgekehrte der Fall. Unter einem anderen Gesichtspunkte freilich steht außer Zweifel, daß eine starke Seemacht sich nur ein Volk schaffen und erhalten kann, dessen Machttrieb politisch, wirtschaftlich und national auf ganz gesunden Füßen steht, das in seiner überwiegenden Mehrheit und dauernd von der Notwendigkeit überzeugt ist, daß es die notwendigen Opfer bringen muß; das außerdem jene Wahrheit in sich aufgenommen hat, die der Deutsche Kaiser mit den Worten bezeichnete: daß Reichsgewalt Seegewalt und Seegewalt Reichsgewalt ist, daß beide einander bedingen und die eine ohne die andere nicht bestehen kann.

Selten ist ein für Deutschland so wahres Wort gesprochen worden.

## Cherbourg — Kreta — Kiautschou — Angola.

Im Oktober 1896 reiste Zar Nikolaus mit der Zarin nach Frankreich, landete in Cherbourg und hielt von dort seinen Einzug in Paris. Der Präsident der Republik sprach von der Union des mächtigen Kaiserreiches und der arbeitsamen Republik, die einen wohltätigen Einfluß auf den Weltfrieden üben könnte, „befestigt durch eine erprobte Treue, wird diese Union fortfahren, überallhin ihren glücklichen Einfluß geltend zu machen". Der Zar sprach von den „uns so wertvollen Banden. Diese Freundschaft kann, wie Sie selbst sagten, durch ihre Beständigkeit nur den glücklichsten Einfluß ausüben." Im Lager von Chalons erwähnte der Zar „das tiefe Gefühl der Waffenbrüderschaft" und der Präsident der Republik „die feierliche Bekräftigung unwandelbarer Freundschaft". In beiden Wendungen lag die Andeutung der Militärkonvention. Das Wort Bündnis fehlte aber, und dieser Umstand erregte in Frankreich einige Unruhe.

Im Sommer 1897 erhielt der Präsident der Republik eine Einladung vom Zaren nach Kronstadt. Trinksprüche ähnlichen Inhaltes wurden ausgetauscht, und da endlich fiel auf beiden Seiten das Wort von den „vereinten und alliierten Nationen, die vom gemeinsamen Ideal der Zivilisation, des Rechtes und der Gerechtigkeit geleitet werden und sich brüderlich in der loyalsten und aufrichtigsten Umarmung zusammenschließen". Das Organ des damaligen Ministerpräsidenten Méline, „Soir",

sprach im Anschlusse an diesen Depeschenwechsel vom Vorhandensein eines französisch-russischen Defensiv- und Offensiv-Bündnisses, das in Kronstadt vom Präsidenten und vom Zaren unterzeichnet worden sei. Auf besonderen Wunsch des Zaren sei dem Wortlaute des Bündnisvertrages als einer der Zwecke des Bündnisses beigefügt worden: „Erhaltung des allgemeinen Friedens." In Frankreich war der Jubel über diesen so lange ersehnten und vorbereiteten Erfolg ungeheuer, zumal man sich das — als vorhanden angenommene — offensive Moment im Vertrage natürlich als Hauptsache und Hauptzweck des Bündnisses vorstellte. Gleichwohl trat eine Anzahl von Vorkommnissen ein, die geeignet waren, Wasser in den französischen Wein zu tun.

Bevor 1896 der Zar nach Paris kam, traf er mit dem Deutschen Kaiser in Breslau zusammen; die üblichen Trinksprüche wurden gewechselt, und wenn diese auch nichts Besonderes besagten, so ließen sie wie der Besuch doch keinerlei Zweifel darüber, daß der Zar ein gutes Verhältnis mit dem Deutschen Reiche persönlich wünschte. Damals hatte er jene Unterhaltung mit dem Reichskanzler Fürsten Hohenlohe, in der er dem Kanzler die russische Freundschaft Deutschland gegenüber betonte, nachdem er im Vorjahre Hohenlohe sein Einverständnis bestätigt hatte, daß Deutschland sich an der ostasiatischen Küste festsetze. Durch diese Tatsachen gewinnt jene Breslauer Monarchenzusammenkunft viel größere Bedeutung, als man ihr bisher gemeinhin beimaß. Diese Bedeutung hatte die Kehrseite, daß der russischen Politik naturgemäß viel daran lag: für ihre eignen großen Ziele in Ostasien Deutschland durch solche Partnerschaft festzulegen, und zwar gegen die mit Sicherheit zu erwartende großbritannische Gegnerschaft.

Nach seinem Pariser Besuche kam der Zar wieder nach Deutschland, hielt sich in Darmstadt auf, empfing dort einen privaten Besuch des Deutschen Kaisers von Wiesbaden aus und erwiderte ihn kurz darauf. Das deutsch-russische Verhältnis wurde wieder zum Gegenstande eifriger Erörterungen in der Presse, und verschiedene Blätter äußerten die Ansicht, daß die von Bismarck und seinen Organen ausgesprochene Behauptung: der neue Kurs habe es mit Rußland verdorben, doch nicht stimmen könne. Heute (1896) sei das deutsch-russische Verhältnis ein sehr viel günstigeres als zu Zeiten des Fürsten Bismarck. Darauf erschien in den „Hamburger Nachrichten", in der Folge auch in anderen Blättern, eine Reihe von Aufsätzen, die das frühere Bestehen des deutsch-russischen Neutralitätsvertrages enthüllten, gleichzeitig erklärten, daß Graf Caprivi aus eigener Initiative gegen den russischen Wunsch den Vertrag nicht erneuert habe. Diese Enthüllungen erregten naturgemäß in der politischen Welt des Inlandes wie des Auslandes ein ungeheures Aufsehen.

Wir gehen hier auf die Meinungsstreitigkeiten, die sich in Deutschland darüber entwickelten, nicht ein, und hinsichtlich des Vertrages selbst sei auf den 1. Abschnitt verwiesen. Wir fragen hier nur: welchen Zweck die Veröffentlichungen des Fürsten Bismarck hatten und welchen sie erreichten. Daß die Enthüllungen im deutschen Sinne geschadet hätten, kann schwerlich behauptet werden, denn der verantwortliche Träger der derzeitigen Politik, Graf Caprivi, war nicht mehr im Amte, und die Politik des Deutschen Reiches hatte die von Caprivi beschrittenen Wege: bedingungslosen Anschluß an England, Zurückhaltung und Mißtrauen gegen Rußland! — bewußt verlassen. Wohl aber, und das bildete auch ihren Hauptzweck, war die Enthüllung geeignet, den Franzosen einen schlagenden Beweis für die Beweggründe zu geben, welche Rußland in ihre Arme getrieben hatten. Bis dahin war man in Frankreich überzeugt gewesen, daß diese russischen Beweggründe vor allem in der Furcht vor Deutschlands Machtstellung, in den Zielen der russischen Orient- und Balkanpolitik und in dem Hasse des Slawentumes gegen das Germanentum, schließlich auch auf dem Wunsche beruhten, gegen den deutsch-österreichischen Zweibund ein Gegengewicht zu schaffen, dessen Zweck nicht lediglich Verteidigung gegen Angriffe, sondern „Wiederherstellung des gestörten europäischen Gleichgewichtes" bildeten. Daraus erklärte sich auch jene kampflustige Zuversicht Frankreichs, die man seit Beginn der neunziger Jahre in steigendem Maße beobachten konnte.

Die Bismarckschen Enthüllungen nun belehrten nicht nur Frankreich, sondern die ganze Welt eines Besseren. Sie lieferten den unwiderleglichen Beweis, daß Rußland nicht aus Haß gegen Deutschland und mit dem Hintergedanken eines Krieges sich mit dem revanchelustigen Frankreich verbunden hatte, sondern weil es durch das Verfallenlassen des deutsch-russischen Neutralitätsvertrages isoliert worden war, hauptsächlich England gegenüber, in zweiter Linie Österreich-Ungarn gegenüber, alles in allem, weil es für Rußland und seine Politik eine Lebensnotwendigkeit bedeutete, festen Anschluß an eine europäische Großmacht zu gewinnen.

Was den Inhalt des französisch-russischen Bündnisvertrages anlangt, so wird er bis heute geheim gehalten. Wie im 1. Abschnitt auseinandergesetzt worden ist und wie der Krieg 1914/15 bewiesen hat, steht fest, daß für das Eintreten des Bündnisfalles ein erheblich größerer Spielraum gelassen worden war, als im deutsch-österreichischen Bündnisse. Begriffe wie: Erhaltung und Herstellung des Friedens, Erhaltung und Herstellung des Gleichgewichtes waren sogenannte Kautschukbegriffe. In Wirklichkeit hat es sich immer um ein Schutz- und Trutzbündnis zwischen den beiden Mächten gehandelt.

Im August 1897 war Kaiser Wilhelm in Erwiderung des vorjährigen Zarenbesuches in Kronstadt und Peterhof. Nach seiner Rückkehr sagte er in einer Rede zu Graudenz: „Unser Nachbar im Osten, ein lieber, getreuer Freund, hat dieselben politischen Ansichten wie ich.“ Die russische Presse aber sprach damals — stark übertreibend — von der gewaltigen Kraft des deutsch-russisch-französischen Bundes, er diene der unausbleiblichen Schwächung Englands.

Das deutsch-russische Einverständnis bezog sich nicht nur auf den fernen Osten, sondern auf den nahen Osten.

* * *

Das zweite bedeutende Ereignis des Jahres 1897 war der Ausbruch des Griechisch-Türkischen Krieges. Den Anlaß bildete eine heftige Steigerung der beständigen Unruhen auf der Insel Kreta. Die dortigen Griechen erhoben sich gegen die türkische Herrschaft und verlangten für sich die griechische, während in Griechenland selbst die Bevölkerung das gleiche forderte und der König sich genötigt sah, der Strömung nachzugeben. Unter Führung eines Verwandten des Königs, des Obersten Vassos, setzte eine griechische Truppenmacht nach Kreta über und ergriff tätig Partei für die Aufständischen.

Die Frage war nicht neu, überhaupt hatte sich die Lage im Orient seit einiger Zeit gespannt. Die „armenischen Greuel“ beschäftigten, besonders im Jahre 1896, die internationale Öffentlichkeit und die Politik der Großmächte. Damals schickte England ein Geschwader vor Saloniki und forderte alle Mächte auf, an einer maritimen Aktion teilzunehmen, um die Türkei entweder zu Reformen in Armenien zu bewegen, oder aber um gegen sie einzuschreiten. Die Mächte lehnten aber den englischen Vorschlag ab, und die britische Politik erlitt dabei einen Mißerfolg.

Die tiefere Ursache jener Pläne der Regierung Lord Salisburys lag nun nicht in den wie gewöhnlich aufgebauschten und übertriebenen „armenischen Greueln“, sondern in der Tatsache, daß der Sultan Abdul Hamid Neigung gezeigt hatte, die ägyptische Frage aufzurollen. Lord Salisbury gedachte deshalb, jede Gelegenheit zu benutzen, um ein gemeinsames Vorgehen der Mächte gegen die Türkei zustande zu bringen und dann womöglich überhaupt mit dem Türkischen Reiche ein Ende zu machen. Die Handhabe sollte ihm in diesem Falle Armenien liefern. Der Plan schlug fehl, weil Rußland ebenso wie Österreich-Ungarn, trotz ihrer Nebenbuhlerschaft auf dem Balkan, zunächst gleichgerichtete Ziele hatten, auch die Erhaltung der Türkei. Rußland konnte ferner deshalb eine Aufrollung der türkischen Frage nicht wünschen, weil es gerade seine aktive und weitausschauende Politik im fernen Osten anbahnte.

Es wollte im nahen Osten Ruhe haben, und die russischen Staatsmänner durchschauten leicht auch das zweite Ziel der britischen Politik: die Kräfte Rußlands gerade jetzt im nahen Osten zu binden und damit dem fernen Osten zu entziehen. Österreich-Ungarn mußte aus naheliegenden Gründen die Erhaltung des Status quo der Türkei wünschen, und deshalb konnten Kaiser Franz Joseph und der Zar mit ihren Ministern leicht zu einer Verständigung gelangen. Im Jahre 1897 war Kaiser Franz Joseph in Petersburg. In ihren Trinksprüchen erklärten die Monarchen ihr gegenseitiges Einverständnis und ihre Solidarität. Das Deutsche Reich war früher nur indirekt beteiligt gewesen, hatte zum mindesten kein Interesse an Bedrohung oder Verkleinerung der Türkei gehabt. Dazu war aber seit dem Beginn der neunziger Jahre die neue deutsche Orientpolitik gekommen. Sie zielte auf eine lebhafte deutsche Wirtschaftsbetätigung im Türkischen Reiche hin und mußte schon deshalb wünschen, daß seine territoriale Integrität ebensowenig wie die Ruhe und die Bewegungsfreiheit gestört würde. Deutschland stand somit im Lager der Festlandmächte. Man konnte damals (1896) also wohl von einer Isolierung Großbritanniens in der orientalischen Frage reden. Salisbury soll damals dem Deutschen Kaiser die Aufteilung des Türkischen Reiches angeboten haben. Das Angebot, dessen Hauptzweck wohl war, Deutschland mit Rußland zu verfeinden, wurde abgelehnt.

Nun brachte das Jahr 1897 die griechisch-türkischen Unruhen. Griechenland befand sich geldlich in schlimmer Lage, hatte im Jahre vorher wieder seine Zinszahlungen herabgesetzt und damit u. a. auch die deutschen Obligationsinhaber schwer geschädigt. Die deutsche Regierung brachte bei den Mächten die Errichtung einer internationalen Kommission zur Überwachung des griechischen Geldwesens und der Zinszahlungen in Anregung. Hier widersetzte sich die britische Regierung, während die anderen zustimmten. Schließlich wurde ein Mittelweg beschritten.

War also die Stimmung in Deutschland Griechenland gegenüber schon wegen seiner unzuverlässigen Finanzgebarung nicht gerade günstig, so stieg die Mißstimmung durch die kretensische Aktion Griechenlands. Die deutsche Regierung erklärte es unter der Würde, nach dem völkerrechtswidrigen Verhalten Griechenlands noch diplomatische Schritte in Athen zu tun. Der Kreuzer „Kaiserin Augusta", der mit Kriegsschiffen anderer Nationen vor Kreta lag, erhielt den Befehl: „im Einvernehmen mit den Schiffen anderer Mächte jeden feindseligen Akt Griechenlands zu verhindern, außerdem zur Wiederherstellung der Ordnung und zur Vermeidung weiteren Blutvergießens tunlichst mitzuwirken". Baron v. Marschall führte im Reichstage an, das Deutsche Reich habe keine Sonderinteressen im Orient, es wünsche nur Erhaltung des europäischen

Friedens und dauernde Ordnung im Orient. Gleichlaufend mit diesen Äußerungen gingen halbamtliche russische Kundgebungen: man wollte Europa vor dem Kriege bewahren und erkenne die Stellung Deutschlands in der kretischen Frage sowie Griechenland gegenüber als richtig an. Der österreichische Minister des Auswärtigen stellte sich auf denselben Standpunkt und pries mit besonderer Wärme die „erfreuliche Ausgestaltung unseres Verhältnisses zu Rußland". Die beiden Mächte seien auf Zusammengehen im Orient angewiesen, sie hätten sich geeinigt auf das Programm: keinerlei Eroberungsgedanken, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung der Balkanstaaten, Ausschluß jeder Einflußnahme auf ihre inneren Verhältnisse. — Die russische Presse aber eskomptierte triumphierend die „unausbleibliche Schwächung Englands". Das war diplomatisch bis zu einem gewissen Grade der Fall, aber nur in der Orientpolitik und vorübergehend.

Die deutsche Regierung hatte den Mächten eine Blockade der griechischen Häfen vorgeschlagen. Durch eine solche würde es Griechenland unmöglich sein, weiteres Kriegsmaterial und Truppen nach Kreta zu senden, außerdem würde der Druck dieser Maßnahme Griechenland in kurzem zur Unterwerfung unter den Willen der Mächte zwingen. Rein militärisch betrachtet war dieser Vorschlag zweifellos richtig, seine Verwirklichung würde zum Ziele geführt haben. Die weit wichtigere Frage war nur, ob es gerade von seiten des Deutschen Reiches klug war, ihn zu machen, und diese Frage mußte verneint werden. Großbritannien lehnte ihn sofort ab, nachdem kurz vorher Lord Salisbury die Erklärung im Parlamente gegeben hatte: das englische Volk sei den Griechen günstig gesinnt; „andere Teile Europas sind der Ansicht, daß Griechenland das Völkerrecht mißachtet und den Frieden Europas gestört habe". Italien lehnte ebenfalls den deutschen Blockadevorschlag ab. —

Der Griechisch-Türkische Krieg hat zu Ereignissen von europäischer Bedeutung bekanntlich nicht geführt. Die verschiedenen diplomatischen Schachzüge der einzelnen Mächte sind ohne unmittelbare weittragende Folgen geblieben. Damals wurde in der deutschen Öffentlichkeit, besonders durch die von Bismarck beeinflußte Presse, getadelt, daß die deutsche Politik sich mit ihrem Blockadevorschlage und mit ihrer scharfen Stellungnahme gegen Griechenland überhaupt ohne Not in die vorderste Reihe, ja auf den am meisten exponierten Platz begab. Man muß diese Kritik auch heute noch als richtig anerkennen, wenn die Stellungnahme des Deutschen Reiches anderseits auch sicher den Zweck erreichte, der Türkei zu zeigen, daß Deutschland ihr zuverlässiger Freund sei und es nicht bei Worten bewenden lasse.

Weit wichtiger erscheint der rückschauenden Betrachtung aber das

Grundsätzliche jenes Vorganges: die um die Orientfrage gruppierten großen Festlandsmächte konnten Großbritannien gegenüber nicht nur eine unabhängige, sondern eine überlegene Politik treiben, solange sie auf dem Boden ihrer Macht blieben, nämlich auf dem Festlande. Sobald sie diesen verließen und sich auf die See begaben, waren die Rollen vertauscht. Eine Blockade gegen den Willen Großbritanniens in Szene zu setzen und durchzuführen, war von vornherein ausgeschlossen. Im Jahre vorher, 1896, als die Festlandmächte den britischen Vorschlag einer Aktion ablehnten und damit Lord Salisbury seine Niederlage beibrachten, da war das möglich, weil der entscheidende Teil der von Großbritannien geplanten Aktion auf dem Festlande lag. Den deutschen Plan gegen Griechenland konnte man aber nur zur See ausführen, nicht ohne Großbritanniens Einwilligung, unter keinen Umständen im Widerspruche zur britischen Regierung. Ein solcher Vorschlag von seiten einer Festlandmacht konnte politisch also nur richtig sein, wenn man entweder der Einwilligung Großbritanniens sicher war oder aber die Absicht hatte, die Weigerung britischerseits hervorzurufen und damit dessen Stellungnahme als eine ausdrückliche festzunageln. Diese zweite Eventualität, welche unter Umständen zweckmäßig und gerechtfertigt sein kann, hatte im vorliegenden Falle aber keinen praktischen Zweck. So blieb positiv lediglich die indirekte Wirkung der deutschen Anregung auf die Türkei. Auf der anderen Seite stand die Verschärfung des Gegensatzes zu England und schließlich die Stellungnahme der dritten Dreibundmacht Italien. Ihr Verhalten war symptomatischer Natur. Von Gefühlen hat sich die italienische Politik nie leiten lassen, und so war auch in diesem Falle philhellenische Begeisterung nicht der Grund, daß sie sich in offenen Gegensatz zur Haltung der beiden anderen Dreibundmächte stellte. Die Ursache lag vielmehr darin, daß Italien sich zur See in einen Gegensatz zu Großbritannien nicht stellen konnte. — Die allgemeinen Gründe hierfür sind im 1. Abschnitt auseinandergesetzt worden. — Das italienische Volk sah in diesem Vorgange einen Beweis, daß sich die Stellung Italiens zum Dreibunde in Mittelmeerfragen seit früher geändert habe. Die Tatsache konnte nicht bestritten werden. Es entbehrte der Begründung, wenn die dreibundfeindliche Presse in Europa von einer Erschütterung des Dreibundes sprach, aber es war nicht in Abrede zu stellen, daß insbesondere die nie ruhende französische Presse eine empfängliche Stelle Italiens traf, wenn sie bei solchen Gelegenheiten darauf hinwies, daß für seine Mittelmeerpolitik Italien nicht nur keinen Vorteil aus dem Dreibunde ziehe, sondern sich z. B. während der griechisch-türkischen Krisis in schroffem Gegensatze zur Politik seiner Bundesgenossen befunden habe.

Der Griechisch-Türkische Krieg endete bekanntlich mit dem Siege

der Türkei. Griechenland mußte eine Kriegsentschädigung zahlen, erhielt aber Thessalien. Im Frieden zu Konstantinopel am 16. Dezember 1897 erhielt Kreta die Selbständigkeit unter einem griechischen Statthalter. Die seinerzeit von Deutschland vorgeschlagene internationale Finanzkommission wurde eingesetzt, um eine Zuverlässigkeit der griechischen Geldwirtschaft anzubahnen, die einerseits den Interessen der Gläubiger Rechnung trüge, anderseits Garantien für die Möglichkeit griechischer Anleihen schüfe, mittels derer die Kriegsentschädigung bezahlt werden konnte.

Der deutsche Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, v. Bülow, welcher im Frühwinter 1897 den Baron Marschall abgelöst hatte, äußerte sich im Reichstage auf Anfragen folgendermaßen: „Wir haben an Kreta nach wie vor keine anderen Interessen, als daß dasselbe nicht zum Erisapfel und nicht zur Brandfackel werde.“ Deutschland habe sich auch nur in diesem Sinne diplomatisch betätigt: „denn gerade weil die Pforte weiß, daß wir ihr ganz objektiv gegenüberstehen, konnten wir in entscheidenden Momenten, wie damals, als es sich darum handelte, ob die Türken dem besiegten Griechenland den von diesem erbetenen Waffenstillstand gewähren oder den Vormarsch auf Athen fortsetzen sollten, sagen, daß es nicht weise von ihr sein würde, sich den vereinigten Wünschen aller europäischen Mächte entgegenzusetzen. An einem positiven Drucke auf die Pforte werden wir uns aber nicht beteiligen.“ Wenn andere Mächte einen solchen Druck ausübten und wenn Streit entstände, so würde Deutschland ruhig beiseite treten. Auch Griechenland gegenüber sei man von freundlichen Gesinnungen durchdrungen, aber Griechenland sei der angreifende Teil gewesen, habe in der Erledigung seiner geldlichen Verpflichtungen gröblich gefehlt und viele deutsche Inhaber griechischer Werte schwer geschädigt. — Der Umschwung gegenüber der Marschallschen Politik ist klar!

* * *

Das dritte und unter dem deutschen Gesichtspunkte bedeutendste Ereignis leitete sich im November 1897 ein.

In der chinesischen Provinz Süd-Schantung wurden am 4. November zwei deutsche Missionare ermordet; man hielt den Gouverneur der Provinz für den intellektuellen Urheber dieses Mordes. Am 14. November erschien das deutsche Kreuzergeschwader unter dem Befehle des Konteradmirals v. Diederichs mit den Schiffen „Kaiser“, „Prinzeß Wilhelm“, „Arkona“ und „Cormoran“ in der Bucht von Kiautschou an der Halbinsel Schantung, deren Hinterland zu der gleichnamigen Provinz gehört. Das Geschwader schiffte ein Landungskorps aus, und dieses besetzte den

Hafen. Die chinesischen Garnisonen und Besatzungen der Lager wurden von den Chinesen geräumt, ohne daß es zum Kampfe kam. Unmittelbar nach der Landung erließ der Geschwaderchef v. Diederichs eine Proklamation der Besitzergreifung.

Zugleich wurden diplomatische Unterhandlungen mit der chinesischen Regierung angeknüpft, die einerseits Sühne für die beiden Morde verlangten, anderseits eine gewisse Bürgschaft dafür, daß man in Zukunft solchen Vorkommnissen nicht wehrlos gegenüberstehe. Was die Sühne betraf, so bewilligte die chinesische Regierung die Absetzung des Gouverneurs von Schantung, Versetzung einer Reihe von Beamten, Strafverfahren gegen die Mörder, Entschädigungssumme für die katholische Mission und Bau dreier Sühnekirchen in Schantung. Außerdem schloß die deutsche Regierung mit der chinesischen einen Vertrag, kraft dessen die Bucht von Kiautschou mit einem näher bezeichneten Hinterlande auf 99 Jahre an Deutschland verpachtet würde.

Der Vertrag lautete folgendermaßen: „I. Die kaiserlich chinesische Regierung, um den berechtigten Wunsch der deutschen Regierung zu erfüllen, ebenso wie andere Mächte in den ostasiatischen Gewässern einen Punkt zu besitzen, wo deutsche Schiffe ausgebessert und ausgerüstet, die Materialien und Vorräte dafür niedergelegt sowie sonstige zugehörige Einrichtungen getroffen werden können, überläßt der deutschen Regierung pachtweise, vorläufig auf 99 Jahre, das auf beiden Seiten des Eingangs der Bai von Kiautschou in Süd-Schantung belegene, weiter unten bestimmte Gebiet, dergestalt, daß es der deutschen Regierung freistehen soll, innerhalb dieses Gebietes alle möglichen Bequemlichkeiten und Anlagen zu errichten und die zu deren Schutze erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Das der deutschen Regierung verpachtete Gebiet besteht unter Zugrundelegung der englischen Seekarte der Kiautschoubai vom Jahre 1863 aus: 1. Der Landgrenze nördlich des Einganges der Bai, abgegrenzt gegen Nordosten durch eine von der nordöstlichen Spitze von Potato Island bis zur Meeresküste in der Richtung auf Loshan gezogene gerade Linie; 2. der Landzunge südlich der Bai, abgegrenzt nach Südwesten durch eine vom südlichsten Punkte der südsüdwestlich von Tschiposan befindlichen Einbuchtung in der Richtung auf die Tolosan-Cosaninseln bis zur Meeresküste gezogene gerade Linie; 3. den Inseln Tschiposan und Potato Island sowie sämtlichen vor dem Eingang zur Bucht gelegenen Inseln einschließlich Tolosan und Seslientan. II. Außerdem verpflichtet sich die chinesische Regierung, in einer Zone von fünfzig Kilometern im Umkreise rings um die Bucht keine Maßnahmen oder Anordnungen ohne Zustimmung der deutschen Regierung zu treffen und insbesondere einer etwa notwendig werdenden Regulierung der Wasserläufe kein Hinder-

nis entgegenzusetzen. Auch gewährt die chinesische Regierung den deutschen Truppen ein Durchmarschrecht durch die bezeichnete Zone. III. Um jeder Möglichkeit von Konflikten vorzubeugen, wird die chinesische Regierung während der Pachtdauer im Pachtgebiet Hoheitsrechte nicht ausüben, sondern sie überläßt dieselben ebenso wie die Hoheitsrechte auf der gesamten Wasserfläche der Kiautschoubucht der deutschen Regierung. Die deutsche Regierung wird auf den Inseln und Untiefen vor dem Eingang der Bucht Seezeichen errichten. IV. Im Falle, daß das an der Kiautschoubucht verpachtete Gebiet sich für die Zwecke der deutschen Regierung nicht passend erweisen sollte, wird die chinesische Regierung der deutschen Regierung einen besser geeigneten Platz gewähren und das Kiautschougebiet unter Ersatz der von der deutschen Regierung dort gemachten Aufwendungen zurücknehmen. V. Eine genauere Festsetzung der Grenzen des Pachtgebietes und der deutschen Zone nach Maßgabe der örtlichen Verhältnisse soll durch Kommissare der beiden Regierungen erfolgen."

Wir wissen aus vorhergehenden Ausführungen, daß die Erwerbung eines festen Punktes an der chinesischen Küste schon seit mehreren Jahren ein Ziel der deutschen Politik war, und daß bereits 1895 eine Verständigung zwischen dem Deutschen Kaiser und dem Zaren bestand. In Deutschland war die Überraschung damals aber sehr groß und, abgesehen von Ausnahmen, sprach die öffentliche Meinung die Besorgnis aus, man stürze sich in Abenteuer einer phantastischen Weltpolitik und habe es wieder mit einem der impulsiven Einfälle des Deutschen Kaisers zu tun, der dem Deutschen Reiche teuer zu stehen kommen könnte. Diese Vermutungen und Vorwürfe waren gleich unberechtigt, denn abgesehen von dem Gesagten, war es ein langgefühltes, von Jahr zu Jahr sich empfindlicher bemerkbar machendes Bedürfnis, einen festen Punkt an der ostasiatischen Küste zu erwerben.

Daß ein gewisses Wagnis in der Erwerbung lag, konnte nicht bestritten werden, das aber genügt nicht, um die Erwerbung von Kiautschou unbedingt als einen Fehler erscheinen zu lassen. Das Deutsche Reich befand sich damals in der Lage, überseeische Erwerbungen gewissermaßen ohne das Fundament entsprechender Macht machen zu müssen. Es verfügte über keine Flotte und hatte keine Bündnisse oder nach dieser Richtung hin wirksame Verträge mit überseeischen Mächten. Darin lag die Schwäche, und hinzu kam mit ebenso großer Bedeutung die Tatsache, daß die Zeiten vorbei waren, wo ausdehnungsbedürftige europäische Mächte sich Gebiete, Inseln und Küstenorte nehmen konnten, wie und wo es ihnen gefiel. Diese Periode, welcher England sein Riesenkolonialreich verdankte, war einer solchen eifersüchtigsten Wettbewerbes und bös-

willigsten Argwohnes gewichen. Das deutsche Kiautschou wurde also gewissermaßen in die Luft hineingebaut, wohl im Grundgedanken, es sei nun Sache der Politik, eine sichernde Grundlage zu schaffen. Dies dürfte in der Tat möglich gewesen sein, auch nachdem die Zeit der eigentlichen Gefährdung eingetreten war, nämlich die Verdrängung Rußlands aus dem fernen Osten und die Vorherrschaft des Großbritannien verbündeten Japans ebendort. Je stärker Japan wurde, desto notwendiger war für die deutsche Politik, eine Beziehung zwischen dem Deutschen Reiche und Japan herzustellen, welche eine Sicherung Kiautschous bedeutete.

Die deutsche Ausfuhr nach dem chinesischen Markte hatte sich in den letzten zehn Jahren verdreifacht, und der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes traf das Richtige, wenn er sagte: „Wir waren uns schon vorher nicht im Zweifel darüber, daß wir in Ostasien einen territorialen Stützpunkt brauchten. Ohne eine solchen würden wir dort in wirtschaftlicher, in maritimer und in allgemeinpolitischer Hinsicht in der Luft schweben. In wirtschaftlicher Beziehung brauchen wir eine Eingangstür zu dem chinesischen Absatzgebiete, wie Frankreich eine solche in Tonking, England in Hongkong und Rußland im Norden besitzt."

Es handelte sich also darum, wirtschaftlich eine Eingangspforte nach China ebenso wie einen Auslaß aus dem riesigen Gebiete nach dem Ozeane zu besitzen. Bisher war Deutschland gerade in diesem wichtigen Punkte hinter den anderen Seehandelsmächten in China weit zurück. Das mußte der sich so stark vermehrende deutsche Ausfuhrhandel immer schwerer empfinden.

Sieht man von der Eigentümlichkeit der Form der Besitznahme ab, so bietet Kiautschou geradezu ein Musterbeispiel dafür, wie die Flagge dem Handel gefolgt ist, hier freilich sehr spät. Auch rein maritim betrachtet, lag die Notwendigkeit auf der Hand. Die deutschen Kriegsschiffe hatten in den Ostasiatischen Gewässern bisher weder einen eigenen Stützpunkt, noch eine Kohlenstation, sie mußten selbst für geringfügige Reparaturen und zum Docken nach Hongkong oder nach einem japanischen Kriegshafen gehen, waren also räumlich und damit auch zeitlich, oft im Gegensatze zu ihren jeweiligen Aufgaben an der chinesischen Küste, in der unangenehmsten Weise gebunden. Dazu kam, daß nach Erklärung der einschlägigen geistlichen Autoritäten die Lage der Dinge in China eine deutsche Fußfassung für die Lebensfähigkeit der deutschen Missionen geradezu notwendig machte.

Was die Wahl des Ortes anlangt, so hatte das deutsche Kreuzergeschwader und hatten Techniker wie wirtschaftliche Autoritäten schon seit Jahren an der ostasiatischen Küste Umschau gehalten, welcher Punkt

sich am besten eignen würde, bei sich bietender Gelegenheit als deutscher Fußpunkt im Reiche der Mitte ausersehen zu werden. Man war sich über die Kiautschoubucht einig geworden. Ihre Lage ist gewissermaßen zentral zu den japanischen Gewässern, dem Gelben Meere und der Yangtsemündung. Die Bucht ist eisfrei und, wie wir ja jetzt übrigens schon lange wissen — einer der besten Häfen, wenn nicht der beste, an der chinesischen Küste. Das Klima ist gut. Besonders fiel die Beschaffenheit des Hinterlandes ins Gewicht. Nicht nur wußte man, daß umfangreiche Kohlenlager dort waren, sondern für Bahnanschlüsse nach dem Innern des Reiches lag der Hafen sehr günstig, wie sich nachher auch auf das einwandfreieste erwiesen hat. Zugleich mit dem Pachtvertrage war mit der chinesischen Regierung die Konzession einer Eisenbahn vom Pachtgebiete nach Norden bis zum späteren Anschluß an das damals geplante chinesische Eisenbahnnetz vereinbart worden.

Heute berührt es merkwürdig, daß zahlreiche bedenkliche Beurteiler damals von einem impulsiven und unüberlegten Schritte sprachen, wo doch gerade die überaus schnelle Aufeinanderfolge der Landung, der Proklamation des Admirals, des Pachtvertrages und des Konzessionsvertrages den schlagendsten Beweis für eine von langer Hand her überlegte und in allen Einzelheiten vorbereitete Aktion sprach.

Zweifellos hat es der deutschen Politik damals tatsächlich ferngelegen, mit der Besitznahme bzw. Pacht des Kiautschougebietes die Integrität des Chinesischen Reiches zu verletzen oder auf Zerstückelung hinzuwirken. Daß eine allgemeine Aufteilung Chinas früher oder später bevorstehe, mag man allerdings wohl für nicht unwahrscheinlich gehalten haben. Die vom Staatssekretär für die Fußfassung genannten Gründe waren aber keine Vorwände, sondern wirklich maßgebend gewesen. Die Ermordung der Missionare bildete den Anlaß zur Aktion der Besitznahme, nichts weiter. Was man aus der Kiautschoubucht in der Folge machen solle, darüber haben allerdings längere Zeit noch Erwägungen geschwebt. Die Frage war, ob man unter großen Geldaufwendungen eine Küstenfestung ersten Ranges aus dem Platze machen wollte oder nicht. Man entschied sich, es nicht zu tun, sondern das Pachtgebiet nach der Seeseite wie nach der Landseite lediglich gegen Handstreich zu schützen. Der Gedanke war verlockend, einen festen Platz zu schaffen, etwa von der Bedeutung, wie sie die Russen kurz darauf Port Arthur zu geben gedachten: die einer uneinnehmbaren Festung. Es hat Jahre gegeben, wo diese Ansicht in Deutschland auch viele und gewichtige Anhänger hatte. Gleichwohl ist es gut, daß nichts daraus wurde, und zwar aus folgenden Gründen: Deutschland hatte nicht die Möglichkeit, eine gesicherte Seeverbindung nach Kiautschou zu unterhalten. Es hing immer ab von dem guten Willen

des seebeherrschenden Englands, außerdem an Ort und Stelle von dem guten Willen Japans, das seit dem Russisch-Japanischen Kriege die unbeschränkte Seeherrschaft in den ostasiatischen Gewässern besaß. Wollte man nun selbst annehmen, daß die seebeherrschenden Mächte dem Deutschen Reiche keine ernsten Hindernisse in den Weg gelegt hätten, um das erforderliche Material zum Bau und zur Armierung einer gewaltigen Seefestung nach Ostasien zu bringen und den Bau auch auszuführen, so war doch unausweichlich, daß Deutschland sich mit einem solchen Platze einen Stein des Anstoßes und einen Angriffspunkt für andere Mächte schuf, ohne die Möglichkeit, im Kriege Verbindung mit diesem Platze aufrechterhalten zu können. Bestand in einem deutsch-englischen Kriege selbstverständlich keine Möglichkeit, deutsche Kriegsschiffe und Truppentransporte nach Kiautschou zu senden, so war das gleiche in einem deutsch-französischen Kriege sehr zweifelhaft, zum mindesten aber überaus zeitraubend. Dabei mußte man aber damit rechnen, daß nicht nur China jede unbequeme oder gefährdete Lage Deutschlands ausgenutzt haben würde, um ein stark befestigtes deutsches Kiautschou als solches vom ostasiatischen Festlande verschwinden zu lassen. Darin lag wieder die Wahrscheinlichkeit, daß eine Parteinahme gegen Deutschland in China weit eher wahrscheinlich wurde als das Gegenteil. Selbst ein neutrales Großbritannien hätte keinerlei Interesse daran gehabt, daß Kiautschou deutsch bliebe, im Gegenteil! Solchen Überlegungen gegenüber wurde bisweilen der Einwurf erhoben: man müsse eben, wenn man überhaupt in Ostasien etwas wolle, eine uneinnehmbare Festung aus Kiautschou machen, nach der Landseite wie nach der Seeseite. Wirklich uneinnehmbare Festungen gibt es kaum, und in diesem Einzelfalle liegt auf der Hand, daß die Bedingungen einer uneinnehmbaren Festung im fernen Osten gerade für Deutschland am allerschwersten zu schaffen waren. Wirklich gesichert werden und sein konnte, wie gesagt, das Kiautschougebiet nur durch ein enges politisches Einvernehmen zwischen dem Deutschen Reiche und Japan. Dieses hätte, trotz der Mißstimmungen von 1895, das Ziel der deutschen Ostasienpolitik sein müssen. (In den vorigen Auflagen dieses Buches konnte man dieses nicht sagen, s. u.)

Ein Vergleich Kiautschous mit Port Arthur war schon deshalb nicht richtig, weil dieser Platz sich in Landverbindung mit Rußland befand und den dauernden Stützpunkt für eine starke russische Flotte abgegeben haben würde, wenn nicht der Russisch-Japanische Krieg dazwischen gekommen wäre. Und dieser Krieg kam auch nicht zufällig dazwischen, sondern weil Japan es unerträglich fand, eine solche See- und Landmacht dicht vor seinen eigenen Küsten groß werden zu sehen. Das Deutsche Reich konnte aber nicht daran denken, gewissermaßen seinen maritimen Schwerpunkt

Rußland – China
Rußland – Korea.



in Gestalt von Flottenverschiebungen nach dem fernen Osten zu legen. Die heimischen Gewässer mußten, ungeachtet aller guten Beziehungen mit europäischen Mächten immer der maritime Kraftmittelpunkt für das Deutsche Reich bleiben. Steht das aber fest, so ergibt sich ohne weiteres, daß es in jedem Sinne unpraktisch gewesen wäre, ungeheure Kosten auf den Ausbau eines Küstenplatzes zu verwenden, der militärisch im Rahmen des Ganzen immer nur Nebenzwecken dienen kann, der anderseits um so gefährdeter wird, je stärker man ihn ausbaut. So tat die deutsche Regierung durchaus recht, als auch nach dieser Seite der wirtschaftliche und damit friedliche Charakter der Besitznahme von Kiautschou tatsächlich in den Vordergrund gestellt wurde. Die Chinesen ebenso wie die Japaner sollten Kiautschou nicht als eine Drohung und eine Gefahr ansehen, auch wollte man das ohnehin starke Mißtrauen und den Haß des Chinesen gegen den Fremden durch die Betonung des friedlichen Charakters der Fußfassung wirksam bekämpfen. Japan wurde auch damals noch weit unterschätzt.

Nichtsdestoweniger war natürlich das Aufsehen über die deutsche Besitznahme ein außerordentliches. Es wurde noch größer, als im Februar, März und Mai drei Verträge Rußlands im fernen Osten bekannt wurden. Mit China schloß Rußland einen Vertrag, demzufolge Port Arthur an der Südspitze der Halbinsel Liautung und die östlich davon, am Eingange zur Bucht von Korea liegende Insel Talienwan an Rußland verpachtet wurden; zunächst für einen Zeitraum von 25 Jahren. Ferner erhielt Rußland von China das Recht, Port Arthur mit seiner großen sibirischen Bahnlinie durch eine Eisenbahn zu verbinden. „Dieses Abkommen", so sagte ein offiziöses Blatt, „ist eine direkte und natürliche Folge der zwischen den beiden großen Reichen, deren Bestrebungen zum Besten ihrer Völker darauf gerichtet sein müssen, auf der ganzen ungeheuren Strecke ihrer Grenzbesitzungen die Ruhe aufrechtzuerhalten, bestehenden Beziehungen." Die Integrität des Souveränrechtes Chinas bleibe gewahrt, anderseits genüge der Vertrag den Bedürfnissen Rußlands als Grenzmacht. Der Hafen von Talienwan würde dem Handel aller Nationen geöffnet sein. Am 28. März nahmen russische Truppen von der Landseite, das russische Geschwader vom Hafen aus Besitz von Port Arthur.

Ferner wurde ein Vertrag Rußlands mit Korea veröffentlicht, laut welchem das Königreich Korea an Rußland die Hirschinsel abtrat, um als russische Kohlenstation zu dienen. Diese kleine Insel liegt in der Enge von Korea zwischen dem Südostende der Halbinsel und der japanischen Küste, vor dem koreanischen Hafen Fusan, und galt für einen flottenstrategisch überaus wichtigen Punkt.

Der dritte Vertrag war zwischen Rußland und Japan über Korea geschlossen worden. Die Selbständigkeit Koreas wurde anerkannt, beide Mächte verpflichteten sich, vor direkter Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes sich jedesmal untereinander zu verständigen, wenn es sich um Ernennung von militärischen Instruktoren und finanziellen Ratgebern handle. Ferner: Rußland werde den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Japan und Korea keine Hindernisse bereiten.

Wie die Dinge mit Korea damals lagen, bedeutete der Vertrag für Rußland einen sehr wesentlichen Erfolg und schuf im Vereine mit den beiden anderen Verträgen Rußland mit einem Schlage eine gewaltige Stellung im fernen Osten.

In Großbritannien erregte dieser neue russische Schritt enormes Aufsehen; er wirkte wie eine Bombe. Die öffentliche Meinung Großbritanniens und seine Staatsmänner sahen die Integrität Chinas und damit besonders die wirtschaftlichen Interessen Großbritanniens im Reiche der Mitte auf das schwerste bedroht.

Nichtsdestoweniger handelte die britische Regierung schnell entschlossen: bereits am 2. April wurde zwischen ihr und China ein Pachtvertrag geschlossen, der den Küstenpunkt Wei-hai-wei am Gelben Meeer in großbritannischen Besitz brachte.

Diese drei Pachtungen: Kiautschou, Port Arthur und Wei-hai-wei waren ihrem Charakter nach völlig voneinander verschieden. Über Kiautschou haben wir gesprochen; diese Pachtung verfolgte keine Zwecke machtpolitischer Natur. Port Arthur und seine Bahnverbindung nach den großen sibirischen Linien sollten Kopf und Rückgrat für eine russische Provinz bilden, welche man einst von China abzutrennen hoffte, bestehend aus der Mandschurei, den Halbinseln Korea und Kwantung. Hier lag also ein imperialistischer Plan größten Stiles vor, in welchem Machtpolitik und Wirtschaftspolitik gleichermaßen enthalten waren. Die britische Pachtung von Wei-hai-wei schließlich verfolgte weder wirtschaftliche, noch imperialistische Zwecke, sondern bildete einen rein militärischen Gegenzug gegen Port Arthur. Im Frühling desselben Jahres äußerte sich Balfour als Vertreter der englischen Regierung dazu folgendermaßen: „Als die Regierung von den Verhandlungen Rußlands bezüglich Port Arthurs hörte, habe sie Rußland vorgeschlagen, von der Besitznahme abzustehen, während England seinerseits sich verpflichten wollte, von keinem Hafen in der Bucht von Petschili Besitz zu ergreifen. Rußland habe diesen Vorschlag abgelehnt und sei daraufhin benachrichtigt worden, daß England für sich die Freiheit beanspruche, die zum Schutze seiner Interessen nötigen Schritte zu tun. Man habe darauf Wei-hai-wei zu denselben Bedingungen erhalten wie Rußland Port Arthur. Von

Wei-hai-wei aus beherrsche England die Bucht von Petschili, und dieser Stützpunkt halte Port Arthur das Gleichgewicht." Balfour wies mit Ernst und Besorgnis auf die „verhängnisvollen Überraschungen" hin, welche die neue Entwicklung für die Zukunft Chinas bringen könne. Aus den gesamten Parlamentsverhandlungen jenes Frühjahrs und Sommers in den englischen Kammern sprach tiefste Besorgnis und Unruhe Rußland gegenüber. Dagegen legte man besonderen Wert auf die Betonung, daß die Besitznahme von Wei-hai-wei sich keineswegs gegen die deutschen Rechte in Schantung richte. Der Regierungsvertreter erklärte, man habe aus eigenem Antriebe der deutschen Regierung Anzeige von der Pachtung Wei-hai-wei gemacht, um Mißverständnisse zu vermeiden. Diese Erklärung lautete, nach der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung": „Die englische Regierung hat im Hinblick auf die bevorstehende Besitznahme Wei-hai-weis der deutschen Regierung spontan die Mitteilung gemacht, daß sie nicht willens sei, deutsche Rechte oder Interessen in Schantung zu schädigen oder in Frage zu stellen, oder der deutschen Regierung in jener Provinz Schwierigkeiten zu bereiten; daß sie insbesondere nicht beabsichtige, von Wei-hai-wei oder dem dazu gehörigen Gebiete aus Eisenbahnverbindungen nach dem Inneren der Provinz anzulegen."

Nimmt man dazu die wiederholte Betonung Balfours, daß die Besetzung von Wei-hai-wei nichts mit der deutschen Pachtung zu tun habe und sich ausschließlich gegen die russische richte, wie anderseits die Tatsache, daß die internationale Lage und Politik Englands zu jener Zeit genau mit diesen amtlichen Erklärungen übereinstimmen, so beweist das alles unwiderleglich die Unrichtigkeit der Behauptungen: die Pachtung von Kiautschou sei die eigentliche Ursache des Russisch-Japanischen Krieges geworden und habe im besonderen die beiden anderen Pachtungen hervorgerufen. Tatsächlich stand der Plan russischer Ausdehnung in China schon lange fest, Port Arthur sollte nur ein Mittel zum großen Gesamtzwecke sein. Angesichts dieser russischen Pläne hatte dann Kaiser Wilhelm sich mit Rußland über einen festen Punkt für Deutschland verständigt. Dahin zielte auch die Äußerung des Fürsten Bülow im Reichstage: Deutschland befände sich im Einklange mit Rußland, „dessen Interessen in Europa nirgends die unsrigen durchkreuzen, in Ostasien vielfach mit denselben parallel laufen, und dessen natürliche Machtentwicklung wir als aufrichtige Freunde mit neidloser Sympathie begleiten".

Wahrscheinlich ist allerdings, daß die großbritannische Politik hoffte, das Deutsche Reich werde durch Kiautschou in Gegensatz zur ostasiatischen Ausdehnungspolitik Rußlands gebracht werden können.

* * *

Ganz im Gegensatze zur Stellungnahme Großbritanniens während des Griechisch-Türkischen Krieges im vergangenen Jahre (1897), zeigten im Jahre 1898 die Parlamentsdebatten in London eine ausgesprochene und entschiedene Neigung der britischen Regierung zur Annäherung an Deutschland. Nicht nur hatte man jene freundliche und entgegenkommende Erklärung hinsichtlich Wei-hai-weis abgegeben, zu der die britische Regierung in keiner Weise verpflichtet gewesen war, sondern der Schatzkanzler Balfour fragte ausdrücklich im Parlamente: was nun nach einer solchen freiwilligen Erklärung zur Versöhnung der öffentlichen Meinung Deutschlands im Wege stände. Die parlamentarische Opposition sprach sich mit einer solchen Heftigkeit gegen ein Bündnis Großbritanniens mit Deutschland aus, daß schon daraus auf konkrete Annäherungsabsichten innerhalb der britischen Regierung geschlossen werden mußte. Der Kolonialsekretär Chamberlain erklärte: „Ich bin vollkommen bereit zu sagen, daß ich bessere Beziehungen zu Deutschland wünsche. Ich glaube, daß unsere Interessen in China denen Deutschlands viel näher verwandt sind als denen Rußlands.“ Anderseits betonte der Kolonialsekretär im Parlamente und in einer großen Rede in Birmingham, daß die Isolierung Großbritanniens angesichts der Ereignisse im fernen Osten „gefährlich“ sei: „Solange China in seiner gegenwärtigen Lage und England ohne Verbündete ist, würde es in Zukunft möglich sein, die Unabhängigkeit Chinas gegen die Einfälle einer großen militärischen Macht zu bewahren? ... Das Ergebnis des Dreibundes war die Erhaltung des europäischen Friedens. Und wenn Bündnisse im Plane wären, denen England mit demselben Ziele beitreten könnte, — würde das eine Jingotat sein, ein solches Bündnis einzugehen?“ Lord Beresford trat öffentlich dafür ein, England solle sich bestreben, mit Deutschland zu einer Verständigung zu gelangen, und Lord Curzon, der Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes, meinte: man sei nicht berechtigt, neue Konkurrenten mit Eifersucht zu betrachten, solange ihr Wettbewerb friedlich und legitim sei. Curzon sprach das weise, und angesichts seiner damaligen Jugend doppelt bedeutende Wort: England solle, anstatt eifersüchtig zu sein, sich lieber bemühen, im Zeitalter der Konkurrenz dasjenige zu erhalten, was es im Zeitalter des Monopols erworben habe.

Die britische Stimmung charakterisierte sich alles in allem: als Mißtrauen gegen die russische Politik, Besorgnis gegenüber der wachsenden russischen Machtstellung im fernen Osten; Furcht, Rußland gehe auf Zerstückelung Chinas hinaus und England allein würde diese nicht hintanhalten können. Sich der Inselmacht Japan zu bedienen, dieser Gedanke war seit 1895 schon den britischen Staatsmännern nicht fremd gewesen, jedoch hielt man wahrscheinlich die japanische Macht vorläufig nicht für

ausreichend. So blieb Deutschland übrig. Großbritannien schätzte, wie die angeführten Äußerungen zeigen, die Richtung der deutschen Politik in Ostasien durchaus zutreffend ein und würdigte, daß diese Politik nicht auf eine Zerstückelung Chinas hinauslief oder hinauslaufen sollte. Dieses Urteil war auch insofern durchaus richtig, als die deutsche genau wie die englische Wirtschaftspolitik in China offene Tür und freie wirtschaftliche Betätigung, wirtschaftliche Durchdringung des riesigen chinesischen Marktes anstrebte, nicht aber wie Rußland Besitznahme großer Gebiete. Daraus ergab sich für die britischen Staatsmänner, daß Deutschland wie England ein gleiches Interesse an der Erhaltung Chinas hatten, während wieder die russischen Bestrebungen im Gegensatze dazu standen.

Am 8. Dezember 1898 hielt Chamberlain eine vielbemerkte Rede in Wakefield und sagte u. a. das Folgende: „Wir haben mittels eines freundschaftlichen und redlichen Gedankenaustausches festgestellt, daß es sehr wichtige Fragen gibt, in denen sich die deutschen Interessen ebenso wie die englischen berühren. Wir können uns verständigen, uns helfen und können unterlassen, in diesen Fragen einer die Politik des anderen zu verhindern, und ein Augenblick der Überlegung wird beweisen, daß die englischen und die deutschen Interessen in keinem Teile der Erde in ernstlichem Widerstreite stehen." Er hoffte, die größte Flottenmacht der Welt und die größte militärische Macht würden sich in Zukunft öfter begegnen, und er behauptete, daß das Einvernehmen mit Deutschland ein Erfolg sei, und zwar nicht der geringste, den die britische Regierung erreicht habe.

Wir wissen nicht, ob und welche Anerbietungen oder Andeutungen von Anerbietungen der deutschen Regierung in jenem Jahre 1898 von der britischen gemacht worden sind. Jene Debatten fanden in den Sommermonaten statt, und im Dezember erklärte Fürst Bülow: „Was unser Verhältnis zu England angeht, so möchte ich heute darüber nur dies sagen — damit glaube ich aber eine ganze Menge zu sagen, — daß es allerlei Fragen und mancherlei Punkte gibt, wo wir mit England zusammengehen können und gern mit England zusammengehen, ohne Schädigung und unter vollster Wahrung anderweitiger wertvoller Beziehungen."

Das war also in freundlichster Form eine entschiedene Ablehnung, das Deutsche Reich an einer Politik in Ostasien zu beteiligen, welche es in Gegensatz zu Rußland bringen konnte, ja ohne jeden Zweifel bringen mußte, denn die britische Regierung wollte ja gerade einen Helfer gegen Rußland haben, insbesondere Rußland einen starken Festlandsgegner schaffen.

Es entsprach und entspricht also keineswegs der Wahrheit, wenn man in bezug auf jene Periode von heuchlerischen Annäherungsversuchen

Großbritanniens redet. Diese Versuche an sich waren im Gegenteil sehr aufrichtig und, wie wir gesehen haben, hielt man in England auch mit dem Motive keineswegs hinterm Berge. Fürst Bülow seinerseits hatte offenbar zwei Hauptgründe, nicht auf die englischen Anerbieten einzugehen. In erster Linie wollte er das mühsam wieder gewonnene gute Verhältnis mit Rußland nicht aufgeben. Die Vorteile, welche eine solche neue Schwenkung für Deutschland ergeben konnte, waren unsicher, ja nebelhaft, die Nachteile groß, denn trotz Ostasien blieb Rußland immer noch Deutschlands Nachbar in Europa mit einer beiden Ländern gemeinsamen langen Landgrenze, es blieb auch der Bundesgenosse Frankreichs. Gute deutsch-russische Beziehungen waren der deutschen Politik auch im nahen Oriente erwünscht. Schließlich wäre es in Rücksicht auf den Dreibund nachteilig gewesen, das deutsch-russische Verhältnis kühl oder gar feindselig werden zu lassen, denn, wie wir gesehen haben, waren die russisch-österreichischen Beziehungen damals besonders eng. Man hätte möglicherweise Österreich mehr zu Rußland hinübergeschoben, als nützlich war, und sich so auf dem Festlande annähernd vollständig isoliert. Auf der anderen Seite konnte Fürst Bülow annehmen, daß die Gefahren, welche England für sich in Ostasien kommen sah, für Deutschland lange nicht so bedeutend waren. Dazu kam als Faktor die öffentliche Meinung in Deutschland, welche seit der Krügerdepesche von tiefster Bitterkeit und regstem Mißtrauen gegen alles Englische erfüllt war, während die öffentliche Meinung in England, in nationalen Fragen diszipliniert und praktisch wie immer, nicht gezögert hatte, eine britisch-deutsche Annäherung zu propagieren.

Es geht aus den angeführten Aussprüchen des Fürsten Bülow hervor, daß er analog der Hohenloheschen Politik — vor Bülows Amtsantritte — in allen Fragen, die sich nicht durch die Bündnisse Deutschlands unmittelbar beantworteten, eine Politik der freien Hand als für Deutschland gegeben erachtete. Der Dreibund und freundliche Beziehungen zu Rußland waren die Grundlagen seiner Politik, nach allen anderen Richtungen hin wollte er tunlichst freie Entscheidung von Fall zu Fall.

Kaiser Wilhelm II. beglückwünschte im April 1898 die Königin von England zum Siege, welchen Lord Kitchener bei Atbara über Kalifentruppen erfochten hatte. In der englischen Presse las man damals, und der Wunsch war wohl der Vater des Gedankens, daß dieser Glückwunsch einen Frontwechsel der deutschen Politik anzeige. Davon war keine Rede, aber augenscheinlich wollte man zeigen, daß weder der Kaiser, noch die deutsche Regierung einen prinzipiellen Gegensatz zur britischen sahen, sondern deren Erfolge auf anderen Gebieten mit Wohlwollen verfolgten. Es handelte sich also um eine Höflichkeit, die an und für sich nichts kostete.

Jenes „Einvernehmen“ zwischen Deutschland und England, auf welches Chamberlain in seiner Rede (Seite 119) anspielte, ist offenbar der Geheimvertrag über eine eventuelle Teilung der portugiesischen Besitzungen in Südafrika zwischen dem Deutschen Reiche und Großbritannien. Bülow sagte darüber im Winter 1899 nur, er könne sich dazu nicht äußern, da die beiden Regierungen sich gebunden hätten, das Abkommen bis zum Eintritte bestimmter Umstände geheimzuhalten; es handle sich sowohl um aktuelle Fragen, „als um Eventualitäten, die in Zukunft eintreten können“.

Ob jenes sogenannte Angolaabkommen gleichzeitig Deutschland verpflichtete, Großbritannien den Burenrepubliken gegenüber freie Hand zu lassen, ist eine Frage, welche nicht einwandfrei beantwortet werden kann. Es ist besonders in Deutschland vielfach behauptet worden. Man könnte es schon aus diesem Grunde bezweifeln, weil Großbritannien eines solchen deutschen Zugeständnisses tatsächlich nicht bedurfte. Natürlich lag aber der britischen Regierung, die demnächst den südafrikanischen Krieg zu führen gedachte, daran, ein freundwilliges Deutschland — wenn billig zu haben — auf dem Festlande zu wissen.

Über den Inhalt des Vertrages ist im Laufe der Jahre eine Reihe von Mitteilungen in der englischen und französischen Presse erschienen, die inhaltlich wiedergegeben sein mögen:

Im Jahre 1898 befand sich Portugal in außerordentlicher Geldverlegenheit, es konnte seinen Gläubigern die Zinsen nicht bezahlen und erhielt in Europa keinen Kredit mehr. Man ging deshalb in Lissabon — vielleicht auch unter dem Eindruck des spanischen Kolonialzusammenbruches — mit dem Gedanken um, einen Teil der portugiesischen Kolonien zu veräußern. Portugiesische Geldleute und der Gouverneur von Mozambique gingen nach London und Berlin, und das Ergebnis der Verhandlungen war ein vom englischen Minister Balfour und dem deutschen Botschafter Grafen Hatzfeld im September 1898 unterzeichneter Vertrag. Dieser Vertrag soll begreifen: Mozambique mit Lorenzo-Marques Angola, Benguela, Mossamedes und den portugiesischen Kongo. Die beiden Mächte hätten eine vorläufige Teilung dieses Besitzes getroffen und die Preise festgesetzt, welche an Portugal eintretendenfalls zu zahlen wären; sei es, daß es sich um Kauf oder um Abtretung, oder um Pachtung handeln solle. Dieses Abkommen sicherte beiden Mächten damit das Vorkaufsrecht und gleichzeitig auch gegenseitige diplomatische Unterstützung.

Der Sinn jenes Abkommens war jedenfalls, daß Portugal eines Tages gewillt sein werde, seine Kolonien ganz oder zum großen Teil gegen entsprechende Geldbeträge abzutreten. Wann diese „Zukunfts-

eventualität", wie Bülow die Lage bezeichnete, eintreten würde, konnte naturgemäß nicht bestimmt werden, während anderseits außer Zweifel stand, daß Großbritannien in der Hand hatte, Portugals Geldverlegenheiten ihren Gang natürlicher Steigerung gehen zu lassen oder sie zu beheben. Die folgenden anderthalb Jahrzehnte haben gezeigt, daß die britische Politik sorgfältig vermied, eine Konstellation eintreten zu lassen, die jenen Geheimvertrag akut gemacht hätte. Dagegen sicherte England sich durch Eisenbahn- und Hafenkonzessionen den wirtschaftspolitischen Einfluß auf eben die Gebiete, für welche Deutschland „Vorzugsrechte" erhalten hatte. Die deutschen Bemühungen: Kohlenstationen auf Madeira und den Azoren zu erwerben, wurden durch britische Ränke bei der portugiesischen Regierung hintertrieben, kurz die britische Politik wollte zwar Deutschland durch eine „Annäherung" sich nutzbar machen, meinte die Annäherung selbst aber keineswegs ehrlich.

Was Südafrika anlangte, so hatte sich auch vor diesem Geheimabkommen die Sprache der englischen Regierungsvertreter gegen 1895/96 keineswegs geändert. Nach 1897 forderte Chamberlain laut und ausdrücklich eine Politik der festen Hand in der transvaalschen Ausländerfrage, und Cecil Rhodes erklärte: „so wird allmählich die Union Südafrikas erreicht werden" ... 1898 im Februar, also eine erhebliche Zeitspanne vor dem Abschlusse des deutsch-britischen Abkommens, erklärte Chamberlain im Parlamente in einer Note an den Präsidenten Krüger: „Ihre Majestät nimmt gegenüber der südafrikanischen Republik die Stellung eines Souveräns ein, der dem Volke dieser Republik Selbstregierung unter gewissen Bedingungen gewährt hat." Das war die Politik, die Chamberlain tatsächlich auch trieb und die entweder zu freiwilligem Nachgeben der Buren oder zum Kriege führen mußte.

Nach der Politik und der Persönlichkeit Bülows darf man annehmen, daß er der südafrikanischen Frage und der Burenfrage im besonderen kühl gegenüberstand und mit einer ganz anderen Auffassung der Dinge in sein Amt eintrat, wie sie sein Vorgänger, Baron Marschall, bis zum Krügertelegramme betätigt hatte. Die Unmöglichkeit, den britischen Plänen in Südafrika erfolgreichen und in seinen Ergebnissen für Deutschland vorteilhaften Widerstand zu leisten, ist dem Staatssekretär wie dem Reichskanzler Bülow ohne Zweifel von Anfang an eine selbstverständliche Tatsache, ein einfaches Ergebnis richtiger Einschätzung der Machtfrage gewesen. Die englischen Staatsmänner waren über die Machtfrage ebensogut orientiert wie die deutschen, sie wußten ebenso genau, daß sie Deutschlands Neutralität durch Zugeständnisse nicht zu erkaufen brauchten. Warum also sollte es ihnen überhaupt in den Sinn gekommen sein, um etwas zu werben, dessen sie nicht benötigten? Die großbritannischen Staats-

männer legten aber erheblichen Wert auf engere und für Deutschland hoffnungsvoll scheinende Beziehungen, um die Isolierung Großbritanniens zu beseitigen. Man empfand diese um so unbequemer, weil Chamberlain baldigst seine südafrikanischen Pläne zu verwirklichen gedachte.

## Faschoda — Manila — Samoa.

Die Politik des Deutschen Reiches der französischen Republik gegenüber war während des letzten halben Jahrzehntes die gleiche geblieben, jedenfalls in ihren großen Zügen. Frankreich war aus der Panamakrisis in die Dreyfuskrisis gelangt, mühsam wieder aus ihr hinausgeführt worden, und dann, um das Jahr 1898, gab das Wiederaufnahmeverfahren in der Angelegenheit Dreyfus wieder Anlaß zu Stürmen, welche die Republik und die Armee in ihren Grundfesten erschütterten. Immer bei diesen und anderen Anlässen wandte sich die Erregung der öffentlichen Meinung gegen Deutschland als den Feind, der zu den Verlegenheiten Frankreichs beitrüge, wo er könne, und nur den Augenblick erwarte, um über den westlichen Nachbar herzufallen. An dieser Auffassung änderte das Bündnis mit Rußland verhältnismäßig wenig, zumal da es, wie an anderer Stelle erörtert worden ist, den Franzosen schon bald klar wurde, daß der Zar weit entfernt war, die russischen Armeen als Werkzeug französischer Revanche anzusehen. Dazu kam die Besserung der deutsch-russischen Beziehungen vom Jahre 1895 ab.

Von deutscher Seite, besonders auch vom Deutschen Kaiser, wurde wiederholt versucht, den Franzosen die Versöhnlichkeit der deutschen Stimmung zu zeigen. Der Deutsche Kaiser versäumte keine Gelegenheit, den Franzosen Liebenswürdigkeiten und Höflichkeiten zu erweisen, mochte es sich um Begnadigungen französischer Offizierspione handeln oder um Beileidsdepeschen, wie nach dem Tode des alten Marschalls Canrobert und der Ermordung des Präsidenten Sadi Carnot, oder um Empfang und gesellschaftliche Bevorzugung hervorragender Franzosen in Berlin oder auf Seefahrten. Als im Sommer 1895 die Eröffnung des Kaiser-Wilhelm-Kanals stattfand, wurde auch Frankreich eingeladen, ebenso wie siebzehn andere Nationen, sich durch Entsendung von Kriegsschiffen an der Feier zu beteiligen. Nicht zum wenigsten, um eine so allgemeine Teilnahme zu ermöglichen, wurde die rein wirtschaftliche Bedeutung der neuen Verbindungswasserstraße zwischen der Ostsee und der Nordsee gegenüber der militärischen in den Vordergrund gestellt. In Frankreich herrschte zunächst große Erregung über die Einladung, und es erhoben sich heftige Stimmen für ihre Ablehnung: es hieße sich vor dem Sieger von 1870 beugen, sei eine Demütigung Frankreichs. Schließlich ent-

schloß man sich aber, der Einladung Folge zu leisten, im richtigen Gefühle, daß es sich beiderseits um einen Höflichkeitsakt handle, der zu nichts verpflichte und keine tiefere Bedeutung habe. Das französische Geschwader nahm aber Gelegenheit, den Besuch zu einer politischen Demonstration zu machen, indem es im Verein mit dem russischen Geschwader, nicht allein, in den Kieler Hafen einlief; zum Zeichen, daß Frankreich nicht alleinstehe, sondern sich auf einen mächtigen Bundesgenossen stütze. Während der Festlichkeiten selbst benahm sich der französische Geschwaderchef mit seinen Offizieren ungeschickt und unhöflich.

Man hat diese Politik deutscher Aufmerksamkeiten viel getadelt, im besonderen geglaubt, daß der Kaiser sich Illusionen über ihren Eindruck mache. Dafür spricht jedoch nichts, was beweisbar wäre, um so weniger, als der Kaiser bei anderen Gelegenheiten niemals gezögert hat, Frankreich in seinen Reden auch entgegengesetzte Seiten zu zeigen. Die Franzosen haben sich damals freilich die Ansicht gebildet, daß der Deutsche Kaiser geradezu mit Sehnsucht auf freundliche Worte seitens der Franzosen warte und die sogenannte Versöhnung mit allen Fasern seines Wesens erstrebe. Diese Auffassung ist eine nicht erwünschte Folge der deutschen Liebenswürdigkeiten von damals gewesen.

Gleichwohl war nicht in Abrede zu stellen, daß politische Ereignisse der neunziger Jahre verschiedentlich eine gewisse äußerliche Annäherung zwischen den beiden Mächten zustande brachten. Der gemeinsame Protest gegen den englischen Vertrag mit dem Kongostaate, das entschiedene Zusammengehen im fernen Osten seit dem Jahre 1895, die gleichartige Stellungnahme der deutschen und der französischen Politik im nahen Oriente während der armenischen und der griechisch-türkischen Krisis, das war alles eine sachliche Parallelarbeit, welche hauptsächlich durch die Vorurteilslosigkeit und die bewegliche Politik Hanotaux', des damaligen Ministers des Auswärtigen, ermöglicht worden war. In der Frage des britischen Dongolafeldzuges freilich waren die französischen und die deutschen Ansichten einander entgegengesetzt. Man geht aber fehl, jene gelegentliche Zusammenarbeit als den Beginn oder eine Vorstufe zur „Versöhnung" zu betrachten. Auch Hanotaux selbst hat daran niemals gedacht. Es handelte sich vielmehr um Dinge, die zehn Jahre später von einem französischen Politiker und Schriftsteller als der Austausch des Kleingeldes der Diplomatie bezeichnet wurden. Daß im übrigen keine Änderung eingetreten war, dafür lieferte jene Erklärung des amtlichen Frankreichs nach der Krügerdepesche den schlagenden Beweis: Frankreich habe nur einen einzigen Feind, und zwar auf dem Festlande; England möge danach seine Politik einrichten ... Man sieht daraus unter anderm, daß den Franzosen der Gedanke einer Annäherung an England auch da-

mals schon nicht fernlag. Französische Staatsmänner hatten sich, allerdings mit Unterbrechungen, schon seit den achtziger Jahren bemüht, ein Einverständnis mit Großbritannien anzubahnen. Es hatte sich aber immer zerschlagen, teils infolge der wachsamen Politik Bismarcks, welche die beiden Mächte durch koloniale Fragen auseinanderzuhalten wußte, teils infolge der aktiven Politik großen Stiles, welche Frankreich in Afrika trieb. Sie mußte in immer schärferen Gegensatz zur britischen Politik treten, denn es handelte sich hier — man braucht nur das Wort Ägypten zu nennen — um Lebensfragen der britischen Politik im Sinne des Wortes. Jene französische Afrikapolitik, besonders während der zweiten Hälfte der neunziger Jahre, wurde mit Konsequenz und Zähigkeit von großen Gesichtspunkten getrieben. Großbritannien war sich dieser Gefahr völlig bewußt.

Die britischen Staatsmänner, schon lange entschlossen, Ägypten nie wieder zu räumen, nur die öffentliche Erklärung dieser Absicht zu vermeiden und von Zeit zu Zeit der jeweiligen Lage angepaßte Vorwände zu gebrauchen, strebten danach, alle anderen Kolonialmächte von den Grenzen Ägyptens abzudrängen oder sie nicht heranzulassen. Diesem Zwecke sollte auch der durch Deutschland und Frankreich verhinderte Vertrag mit dem Kongostaate dienen, diesem Zwecke diente die britische Dongolaexpedition, deren Notwendigkeit die britische Regierung nach außen mit der Niederlage der Italiener bei Adua begründete. Gewiß hatte sie insofern recht, als der neue Mahdistenaufstand seinen Anlaß in der Niederlage Italiens hatte. Anderseits wurde von den Franzosen behauptet, daß Großbritannien eben an dieser Niederlage der Italiener die Schuld trage, um Unruhen entstehen zu lassen und eingreifen zu „müssen". Genug, im Frühjahr 1896 wurde die Dongolaexpedition organisiert. Die Franzosen wußten genau, daß der englische Feldzug unter dem Oberbefehle des Generals Kitchener das Endziel hatte, die britische Herrschaft am oberen Nil zu begründen und zu befestigen. Die französischen Absichten auf diese Gebiete waren in England nicht unbekannt geblieben. Sir Edward Grey, damals Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes, wies 1895 auf die französische Expedition Marchand hin und sagte, er glaube nicht, daß die Nachrichten davon auf Wahrheit beruhten, denn wenn sich diese Expedition von Westafrika nach einem Gebiete begebe, „wo unsere Rechte schon so lange anerkannt sind, so würde das nicht nur ein unerwarteter Akt sein, sondern die französische Regierung muß genau wissen, daß es ein unfreundlicher Akt wäre und als solcher in England betrachtet werden würde".

Die französische Regierung ließ sich jedoch nicht beirren, sondern rüstete unter der Führung des damaligen Hauptmanns Marchand eine Expedition aus. Diese landete im Sommer 1896 zu Loango an der West-

küste des französischen Kongogebietes und nahm ihren Weg auf Faschoda im oberen Nilgebiete. Von der anderen Seite, von Abessinien aus, hatten die Franzosen eine korrespondierende Expedition vorbereitet. Der französische Geschäftsträger Lagarde hatte mit dem König Menelik eine Bahnkonzession im Harrargebiete vereinbart und schickte sich nunmehr an, mit seiner Expedition den Hauptmann zu Faschoda zu treffen. Marchand erreichte den Ort Faschoda im Juli 1898 und heißte dort die französische Flagge. Lord Kitchener hatte im September die Schlacht bei Omdurman geschlagen, war in Khartum eingerückt und erschien nun am 19. September zu Faschoda. Der britische General erklärte, daß Großbritannien Anspruch auf das Gebiet von Faschoda erhebe, da es innerhalb des vom ägyptischen Khediven beherrschten Gebietes läge. Marchand weigerte sich, die Flagge niederzuholen. Kitchener ließ die britische und die ägyptische Flagge daneben heißen; ein seltsames Schauspiel, welches nicht lange dauern sollte. Die Angelegenheit erregte großes Aufsehen, und Großbritannien führte sogleich eine drohende Sprache. Der englische Botschafter in Paris erklärte: wenn Frankreich die Politik der Nadelstiche fortsetze, so würde Großbritannien die Politik rücksichtsvoller Schonung aufgeben und Maßnahmen treffen, die vom ersten Fachmann in diesen Fragen vorgeschlagen seien, aber nicht gerade den Gefühlen der Franzosen entsprechen würden.

Die Regierung hatte durch Delcassé dem britischen Botschafter schon im September erklärt, er betrachte Marchand mit seiner Expedition nur als einen „Emissär der Zivilisation", sagte aber gleichzeitig, Frankreich habe die Gebiete des oberen Nils niemals als englische Interessensphäre anerkannt. Gleichwohl läge ihm außerordentlich viel daran, in freundschaftlichen Verhältnissen mit Großbritannien zu bleiben. Die britische Regierung erleichterte dem französischen Minister des Auswärtigen seine Stellungnahme dadurch, daß sie sofort mit den schwersten Drohungen anrückte. Der britische Schatzkanzler erklärte u. a.: Wenn Frankreich etwas anderes täte, als England wünsche, so würde die Angelegenheit ein so ernstes Gesicht erhalten, wie es zwischen zwei großen Mächten nur möglich sei. Im übrigen ließ England die Flottenreserven einberufen, die in den großen Kriegshäfen liegenden Schiffe dienstbereit machen, auch seine Landtruppen auf Kriegsfuß bringen. Der Kolonialsekretär Chamberlain erklärte freilich, man dürfe diese Maßnahmen nicht als Drohungen, sondern müsse sie als Vorsichtsmaßregeln ansehen. Großbritannien beanspruche im Namen Ägyptens, „das wir um den Preis der größten Opfer von Ruin und Anarchie befreit haben, die völlige Herrschaft über alle Gebiete, die Ägypten früher angehörten oder die in die Hände der Derwische gefallen sind".

Der neue Minister des Auswärtigen, Delcassé, war zur Zeit des Faschodafalles erst seit kurzer Zeit an die Stelle seines Vorgängers Hanotaux gekommen. Durch den Zufall, daß der Ministerwechsel vor der Krisis erfolgt war, hat die Weltgeschichte vielleicht eine andere Wendung erhalten. Hanotaux, dessen Politik von vielen Franzosen als opportunistisch getadelt wurde, hatte England gegenüber wiederholt nicht nur eine scharfe Sprache geführt, sondern sich in seiner Kolonialpolitik auch durch englisches Mißfallen nicht beirren lassen. Er war Vertreter französischer Kolonialpolitik großen Stiles und bereit, zur Erreichung seiner kolonialen Ziele, so oft es vorteilhaft erschien, sich auch Deutschlands zu bedienen. Rußland, den Verbündeten Frankreichs und Gegner Englands, wußte er als sicheren Rückhalt, und bei der deutschen Politik glaubte er nach den verschiedenen Vorgängen in Ostasien und in Afrika gelegentliche Bereitwilligkeit für eine antienglische Stellungnahme voraussetzen zu können. Ob und inwieweit gerade im letzten Jahre der Hanotauxschen Amtsführung Deutschland und Frankreich auf diesen Gebieten zusammen gearbeitet haben, entzieht sich genauer Kenntnis. Auf französischer Seite wurde behauptet, daß der deutsche Botschafter Graf Münster bei Hanotaux eine gemeinsame Aktion angeregt habe, welche die Selbständigkeit der portugiesischen Kolonien in Afrika gegen englische Protektionsgelüste garantieren sollte. Bevor Hanotaux habe antworten können, sei Delcassé an seine Stelle getreten, und dieser habe überhaupt nicht geantwortet. Delcassé hat diese Geschichte in der Kammer ausdrücklich in Abrede gestellt; sie besaß auch wenig innere Wahrscheinlichkeit.

Mit Delcassé kam ein Staatsmann von neuer Richtung an die Spitze der auswärtigen Angelegenheiten Frankreichs. R. Pinon in seinem Buche „France et Allemagne“ charakterisiert ihn (1913) als einen Mann, der vor seinem Amtsantritte in allen den politischen Gruppen und mit denjenigen Diplomaten Fühlung hatte, welche die Deutschland gegenüber gemäßigten französischen Kabinette mit ihren „Gefälligkeiten“ gegen Deutschland scharf mißbilligten. „Von lauterem Patriotismus erfüllt, im Verein mit einem grenzenlosen Ehrgeiz, hatte er in seinem Verkehr mit den gambettistischen Kreisen den Gedanken der Revanche in sich aufgenommen, ohne aber damit die Mäßigung zu vereinigen, welche Zeit und Nachdenken im Geiste des großen Tribunen hervorgebracht hatten; ohne ferner die Revancheidee außerhalb und über der Tagespolitik zu halten. Obendrein ist Delcassé kein Staatsmann von Grundsätzen, nicht der Mann einer bestimmten Linie. Er ist Empiriker, die Ereignisse tragen ihn mehr, als daß er sie vorbereitete. Er ist aber geschickt in der Kunst, nachträglich die von ihm gemachte Politik in guter Aufmachung vorzuzeigen, deren Idee er häufig der Inspiration und der glänzenden Phantasie

kraft Mr. Barrères (Botschafter in Rom), sowie der Erfahrung und Autorität Mr. Paul Cambons (Botschafter in London) verdankt. Klug und vorsichtig im Anfange seiner Aktionen, ließ er sich durch die scheinbaren Erfolge, die man ihm zuschrieb, blenden. Seine politischen Träume überschritten das Maß, er sprach zuviel von ihnen, und die Realitäten bildeten einen zu peinlichen Gegensatz dazu. Delcassé berauschte sich am Weihrauche vorzeitigen Ruhmes, bis die Ereignisse es übernahmen, ihm in brutaler Weise das Gefühl jener dauernden Notwendigkeiten nahezulegen, welche auf die französische Politik drücken."

Die folgenden sieben Jahre rücken die Person Delcassés in den Vordergrund der politischen Geschichte Europas, im besonderen derjenigen des Deutschen Reiches. Hier sei zur Person nur gesagt, daß in dem angeführten Urteil René Pinons manches richtig, das Urteil in seiner Gesamtheit jedoch ungünstiger erscheint, als der Politiker Delcassé es verdient. Auf alle Fälle ist man sich 1898 und während der folgenden Jahre in Deutschland nicht darüber klar gewesen, daß ein völlig anderer Geist mit dem Amtsantritte Delcassés in die auswärtige Politik Frankreichs eingezogen war. Ein anderer französischer Schriftsteller, Viktor Berard, erzählte in einer Pariser Zeitschrift 1905, Delcassé habe im November 1898 gesagt: „Ich möchte dieses Haus nicht verlassen und von meinem Ministerposten nicht weichen, ohne ein gutes Einvernehmen (la bonne entente) mit England hergestellt zu haben." Blicken wir auf die Jahre der ersten Delcasséschen Amtsführung zurück, so muß ihm zugestanden werden, daß er dieses sein Programm nicht nur festgehalten, sondern auch erfolgreich durchgeführt hat.

Die Angelegenheit von Faschoda gab Delcassé Gelegenheit, gleich einen großen Schritt zur Verwirklichung seines Programms zu tun. Im November 1898, nach Einlaufen des Marchandschen Berichtes, gab Frankreich den englischen Forderungen gegenüber nach. Delcassé erklärte in der Kammer: er habe für patriotisch gehalten, einen Konflikt zu vermeiden, der ein Unglück für die ganze Welt gewesen sein und Opfer gefordert haben würde, die außer Verhältnis zum Streitobjekte gestanden hätten. Auch in den Kammern herrschte die Stimmung vor, daß es gut sei, einen Konflikt mit Großbritannien vermieden zu haben, während die Öffentlichkeit Frankreichs freilich tief niedergedrückt war. Es blieb weder in Frankreich noch in Europa ein Geheimnis, daß der französische Marineminister die völlige Unzulänglichkeit und Unbereitschaft der französischen Flotte erklärt hatte. Als Marchand im Frühjahr 1899 nach Frankreich zurückgekehrt war und begeistert empfangen wurde, sagte er: „Wir empfanden die Erniedrigung Frankreichs, die in dem Augenblick erfolgte, wo es im Begriff stand, den Erfolg zu erzielen. Doch

das alles ist nun vorbei. Denken wir nicht mehr daran und blicken wir jetzt, wo Ruhe und Frieden eingekehrt sind, sicheren Auges in die Zukunft. Ein zweites Mal aber dürfte Frankreich so etwas nicht wieder erleben."

Die „Schmach von Faschoda" war im Laufe der nächsten Jahre noch ein Schlagwort in Frankreich. Es kam in der Hauptsache der französischen Marine zugute, insbesondere dem später zu erwähnenden Flottengesetze des Marineministers de Lanessan. Die antienglische Stimmung im französischen Volke schien einen kaum zu überbietenden Höhepunkt erreicht zu haben, denn die Demütigung war in der Tat eine beinahe beispiellose. Die französische Flagge war geheißt worden in einem tatsächlich herrenlosen Gebiete. Sie mußte vor der englischen niedergeholt werden, weil Großbritannien es wollte und entschlossen schien, mit den Mitteln seiner Macht seinen Willen durchzusetzen. Ob die britische Regierung tatsächlich zu einem Kriege entschlossen gewesen ist, mag dahingestellt sein. Vielleicht sah man die französische Nachgiebigkeit voraus, weil man die Schwäche Frankreichs zur See kannte. In Frankreich war man der Ansicht, daß im Falle französischen Widerstandes gegen ihre Forderungen die britische Regierung entschlossen gewesen sei, den Franzosen Tunis abzunehmen, das Nachbargebiet Ägyptens. Das wäre in der Tat leicht ausführbar gewesen, um so leichter, als der Kriegshafen und das Arsenal von Biserta damals noch lange nicht fertig waren.

Die politische Literatur Frankreichs jener Jahre ist voll vom Ausdrucke tiefer Erbitterung gegen England und vom Gefühle gekränkten nationalen Stolzes. Inmitten dieser öffentlichen Stürme saß Delcassé und arbeitete mit Paul Cambon an seinem Plane einer französisch-englischen Annäherung. Ihnen beiden ist möglicherweise der Zwischenfall von Faschoda nicht unerwünscht gekommen, denn er gab ihnen die Gelegenheit, England ihre politische Gesinnung zu zeigen und diesen Höhepunkt der kolonialen Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Mächten zu einer gründlichen Erledigung eben dieser Frage zu benutzen, um reinen Tisch zu machen.

Im Frühjahr 1899 überließ Frankreich dann in einem Abkommen an Großbritannien alles, was die britische Regierung verlangte. Großbritannien war von jetzt an unbestrittene Herrin des oberen Nils und jenes ganzen Gebietes, von dem Chamberlain sprach: wo jemals das alte Ägypten irgendwelche Ansprüche hatte geltend machen können.

Im selben Jahre 1899 nahm Delcassé Gelegenheit zu erklären, man verfüge nunmehr über gewaltige Kolonisationsgebiete, anderseits sei Frankreichs Absorptionskraft nicht unbegrenzt; kurz, er begann deutlicher zu betonen, daß er nicht daran denke, die ausgreifende Kolonial-

politik seines Vorgängers Hanotaux fortzusetzen. In Großbritannien verzeichnete man diese Wendung mit Befriedigung. Die britische Suprematie war wieder einmal stabiliert worden. Beinahe widerspruchslos hatte sich ihr die zweitgrößte Seemacht der Erde, die empfindlichste Nation der Welt, gefügt. Und diese Nation dachte, nachdem sie den Schlag erhalten und sich unterworfen hatte, nicht an eine Politik der Rache, sondern ihre Leiter schlugen die entgegengesetzte Politik ein: anstatt gegen England — mit England zu gehen. In jener Zeit der letzten Dreyfuskrisis scheint Delcassé eine ganz außerordentliche, für französische Verhältnisse ungewöhnliche Selbständigkeit in der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten innegehabt zu haben. Während des letzten Teiles der Amtszeit seines Vorgängers, auch noch in den ersten Jahren eigener Amtsführung kam es nicht selten in Frankreich zu — wennschon zurückhaltenden — Sympathiekundgebungen Deutschland gegenüber. Ernsthafte Politiker sprachen, ohne einen Sturm damit zu erregen — freilich auch ohne tieferen Anklang zu finden — von einer französisch-deutschen Annäherung. Delcassé orientierte die französische Politik nach der Gegenseite. Er nahm den alten Gedanken wieder auf, den französische Staatsmänner in den achtziger Jahren vergeblich zu verwirklichen gesucht hatten: Frankreich und Großbritannien in die gleiche Front zu bringen und diese Front gegen Deutschland zu richten. Man würde vielleicht zu weit gehen mit der Behauptung, daß er diesen Gedanken zusammen mit seinem späteren Marokkoprogramm damals ungefähr fertig im Kopfe gehabt habe. Das ist sicherlich nicht der Fall gewesen. Fest stehen dagegen zwei Tatsachen: die eine, daß er von Anfang an die Annäherung an England wollte; die zweite, daß er zu den damals in Frankreich unter den maßgebenden Franzosen nicht zahlreichen Trägern des Revanchegedankens gehörte. Diese beiden Ziele ergaben an und für sich schon das politische Programm des Ministers. Ohne Frage hat er die Ursachen und Symptome beginnender Entfremdung zwischen Großbritannien und dem Deutschen Reiche mit Sorgfalt beobachtet und gleichermaßen die vergeblichen Versuche Großbritanniens, mit Deutschland in enge Beziehungen zu gelangen. Delcassé konnte an dem ganzen bisherigen Gange der deutschen Politik und von Jahr zu Jahr deutlicher erkennen, daß Deutschland, durch vormalige Spuren geschreckt, nicht beabsichtigte, dem englischen Werben nachzugeben. Die deutsche Politik war unter Bülow von Anfang an auf möglichsten Anschluß an die Festlandmächte, auf freie Hand Großbritannien gegenüber eingestellt worden. Unbestreitbar war auf der anderen Seite das britische Bedürfnis, mit einer der europäischen Festlandmächte in engem Einverständnisse zu leben. Chamberlain, Salisbury und andere hielten nach wie vor Deutschland für die einzige Macht, die dafür in Be-

tracht käme. So war Delcassé auf Warten und auf stilles Arbeiten angewiesen und auf die Benutzung aller Gelegenheiten, um Meinungsverschiedenheiten zwischen Großbritannien und dem Deutschen Reiche wirksam zu benutzen.

Einen wichtigen Erfolg erreichte Frankreich im Jahre 1889 in Gestalt nunmehr definitiver italienisch-französischer Annäherung. Der italienisch-französische Handelsvertrag kam zustande. 1899 besuchte ein französisches Geschwader unter Admiral Fournier den Hafen von Genua. König Humbert kam an Bord des französischen Flaggschiffes und begrüßte in seinem Trinkspruche in warmen Worten die Wiederaufnahme der guten Handelsbeziehungen und der alten herzlichen Freundschaft. Kurz darauf fand eine gleichzeitige Flottenparade eines italienischen und eines englischen Geschwaders statt. König Humbert nahm an einem Bankette auf dem Flaggschiffe „Benbow“ teil, und der englische Geschwaderchef, Admiral Rawson, erklärte: „Ich darf Euren Majestäten die Versicherung geben, daß die Gesinnungen Großbritanniens für alle Italiener niemals herzlicher waren als jetzt, und ich bin sicher, daß diese Gesinnungen gegenseitig sind und stets aufrechterhalten bleiben, um die Freundschaft zwischen Italien und Großbritannien zu festigen.“ Wenige Tage darauf erklärte der italienische Ministerpräsident, Admiral Canevaro: man sei durch die Faschodaangelegenheit und den darauffolgenden englisch-französischen Vertrag wegen der italienischen Interessen in Afrika beunruhigt worden und habe die beiden Mächte um Aufschlüsse gebeten. Solche seien gegeben worden, und zwar hätten beide Mächte versichert, daß sie weder Absichten gegen Tripolis hätten, noch irgend etwas von ihrer Seite geschehen werde, was die Handelsbeziehungen zwischen den Gebieten von Tripolis und Zentralafrika unterbinden könnte.

In der Diskussion des Handelsvertrages mit Frankreich, welcher mit gewaltiger Mehrheit in den italienischen Kammern angenommen wurde, kam auch das politische Moment zur Geltung. Besonders auf den franzosenfreundlichen Seiten wurde mit Befriedigung festgestellt, daß Italien Selbständigkeit genug zeige, um trotz seiner Zugehörigkeit zum Dreibunde mit Frankreich in engen wirtschaftlichen und sonst freundlichen Beziehungen zu stehen. Der Ministerpräsident Canevaro bestätigte, daß sich die Beziehungen Frankreichs und Italiens außerordentlich gebessert hätten, darin habe der französische Minister Delcassé vollkommen recht. — Delcassé hatte sich im gleichen Sinne geäußert. — Die italienische Flotte habe mit der französischen in den kretensischen Angelegenheiten zusammengewirkt, dasselbe sei mit den Truppen der Fall gewesen. Dieses Zusammenwirken habe glänzende Ergebnisse gezeitigt. In den Beziehungen zwischen Frankreich und Italien sei tatsächlich eine Änderung einge-

9*

treten, aber ebenso wie Frankreich dadurch seine Verpflichtungen gegen Rußland nicht verletze, so sei dasselbe von Italien gegenüber Deutschland und Österreich der Fall.

Hier war also eine bedeutungsvolle politische Wendung eingetreten. Italien hatte beinahe ein Jahrzehnt lang unter den Folgen des Handelskrieges mit Frankreich gelitten. Nach der Schlacht bei Adua brach auch seine überseeische Politik bis auf weiteres zusammen, der nationale Schwung, der dem Volke bisher alle Lasten zu ertragen leicht gemacht hatte, wich schwerem Pessimismus und Mißvergnügen. Man stöhnte über die Heeres- und Flottenlast, von der die franzosenfreundlichen Träger der Propaganda für einen „lateinischen" Zusammenschluß sagten: sie erwüchse nur aus der Zugehörigkeit Italiens zum Dreibunde.

Der Minister Canevaro machte im Dezember 1898 sehr charakteristische Ausführungen, die ein überraschendes Schlaglicht warfen auf die Wandlung der führenden politischen Geister in Italien während der letzten zehn Jahre. Vom Handelsvertrage mit Frankreich sagte er: „Während wir uns bemühen, die guten Beziehungen mit allen Staaten zu pflegen und zu festigen, müssen wir besonders glücklich über das Handelsabkommen sein, das dank wechselseitigen guten Willens, hohen Billigkeitssinnes auf beiden Seiten kürzlich mit Frankreich abgeschlossen werden konnte. Dieses Abkommen hat, während es zugleich wichtigen wirtschaftlichen Interessen der beiden Länder Genüge tut, die Wirkung — dazu haben wir das Vertrauen —, die letzten Spuren von Mißverständnissen verschwinden zu lassen und eine Lage gegenseitiger Herzlichkeit und Freundschaft zu schaffen, wie es Völkern zukommt, welche Gemeinschaft der Rasse und der Kulturentwicklung besitzen."

Über den Dreibund äußerte sich der Minister unter Bezugnahme auf die kretensische Angelegenheit sehr kühl, man habe in dieser Mittelmeerangelegenheit das Ausscheiden Österreichs und des Deutschen Reiches nicht bemerkt. Im Frühjahr des folgenden Jahres konnte der gleiche Minister feststellen: er habe Versicherungen, 1. daß weder jetzt, noch in Zukunft irgendeine Unternehmung Frankreichs und Englands gegen Tripolis zu fürchten sei; 2. daß nichts geschehen werde, was die Handelsbeziehungen zwischen den Gebieten von Tripolis und Zentralafrika unterbinden könnte.

Nun kam die Angelegenheit von Faschoda. Sie lieferte aller Welt und auch Italien den Beweis, daß Frankreich nicht daran denke, noch jemals wagen würde, gegen den englischen Stachel zu löken. Daraus ergab sich für die italienischen Staatsmänner der Schluß, daß die französische Freundschaft für Italien nicht als bedrückende Vormundschaft auftreten könne, solange England auf seinem alten Standpunkte hinsichtlich Italiens

und dessen Stellung im Mittelländischen Meere bliebe. Diesen Sinn muß man der erwähnten englisch-italienischen Kundgebung aus dem Munde des Admirals Rawson geben. Sie bedeutete gleichzeitig die englische Sanktionierung des neuen französisch-italienischen Verhältnisses. Gemeinsam versicherten ferner schon damals 1898 Großbritannien und Frankreich der italienischen Regierung, daß diese sich wegen Tripolis und dessen Eisenbahnverbindungen nach innen keine Sorge zu machen brauche. Man war noch weit von der Entente Cordiale des Jahres 1904 entfernt, aber die Vorzeichen machten sich bemerkbar. Die Zeiten, wo Großbritannien und Italien im Mittelländischen Meere vereint standen, vereint gegen Frankreich, waren vorbei. Damals war England die Machtergänzung für den flottenlosen Dreibund im Mittelländischen Meere gewesen, seine Stellungnahme: — Erhaltung des Status quo im Mittelmeere, — hatte eine Drohung gegen Frankreich bedeutet. 1898 suchte Italien die Freundschaft des früheren Gegners, nahm seine Tripolisbürgschaft entgegen, schloß den Handelsvertrag mit ihm, empfing den Segen Großbritanniens und wandte sich halb entschuldigend, halb trotzig nach Norden mit der Bemerkung: seine neue Politik und seine neue Beziehung brauchten ja die Dreibundverpflichtungen nicht zu verletzen. Der Umschwung gegenüber 1888 war enorm.

In den vorhergehenden Jahren und auch nachher noch ist auf italienischer Seite vielfach geklagt worden, daß die beiden anderen Dreibundmächte, auch das Deutsche Reich, dem südlichen Bundesgenossen zu wenig Wohltaten des Dreibundes hätten zugute kommen lassen. Das ist, in dieser Form jedenfalls, unrichtig, wohl aber besteht Grund zur Annahme, daß die Beziehungen zu Italien deutscherseits nicht so sorgfältig, geschickt und regelmäßig gepflegt wurden, wie es nötig gewesen wäre. Es liegt in der Natur solcher Verhältnisse wie der Dreibund war, daß gerade die in ihm nicht führenden und von anderen umworbenen Mächte dazu neigen, sich „Nebeneinnahmen“ zu verschaffen. Dem kann bis zu einem gewissen Grade jedenfalls nur dadurch vorgebeugt werden, daß die Verbindung und der diplomatische Verkehr mit größter Sorgfalt unterhalten werden. Es muß praktische Regel sein, daß zwischen derart verbündeten Mächten ohne Unterbrechung alle — auch geringfügige — internationale Angelegenheiten behandelt werden, ob sie das Bundesverhältnis nun direkt, von weitem oder gar nicht berühren. Die dauernde Fühlung wird so hergestellt und oft kann sich Gelegenheit bieten, durch die bekannten „kleinen Geschenke“ die Freundschaft lebendig und den Bundesgenossen an der Stange zu halten. Italien gegenüber wäre eine solche Politik auch unter der Voraussetzung nützlich und nötig gewesen, daß das Deutsche Reich sich für einen Krieg bestenfalls wohlwollende Neu-

tralität Italiens versprochen hätte. Tatsächlich ist da wohl manches versäumt worden. Fürst Bülow hat einige Jahre später im Reichstage den Dreibund mit einer Festung verglichen, auf deren Glacis bei langdauerndem Frieden die Bäume emporwüchsen und die Festung selbst verdeckten. Im Kriege werde das Glacis im Umsehen rasiert, und das Ganze sei gefechtsbereit. Der Vergleich hat gerade in bezug auf den Dreibund manches Wahre, aber er läßt außer acht, daß jene Bäume auch Wurzeln haben, die sich tief in das Glacis hineinsenken und von einem gewissen Punkte an seine Flächen und auch das festeste Mauerwerk zerstören.

Im 1. Abschnitt ist die eigentümliche Stellung Italiens bereits allgemein behandelt worden. Das Jahr 1898 lieferte die erste Probe auf das Exempel. Die Italiener sagten sich, daß ihre Schwäche zur See sie nötige, Stütze an einer großen Seemacht zu suchen, anderseits daß Differenzen des Deutschen Reiches mit England und mit Frankreich für Italien überaus bedenklich sein würden. Man begrüßte es deshalb ohne Zweifel als Erlösung, daß die Krisis von Faschoda mit einem Vertrage endete, der tatsächlich reinen Tisch hinsichtlich eines erheblichen Teiles der kolonialen Beziehungen Frankreichs und Englands machte, hauptsächlich auch, daß Delcassé, der neue Leiter der französischen Politik, energisch auf gute französisch-englische Beziehungen hinarbeitete.

Diese beiden gänzlich neuen politischen Konstellationen ergaben sich für Frankreich wie für Italien aus ihrer Schwäche, und zwar aus *ihrer Schwäche zur See*. Die Schwäche zur See machte Frankreich von nun an zum Gefolgsmanne Großbritanniens. Die Schwäche zur See war die Ursache, daß Italien den alten Kurs, den Crispi ihm gewiesen hatte, nicht mehr weiter zu steuern wagte. Die wirtschaftlichen Gründe hingen letzten Endes ebenfalls hiermit zusammen. Schwäche zur See auf seiten des Deutschen Reiches und Österreich-Ungarns bildeten die Ursache dafür, daß Jalien tatsächlich im Mittelmeere für den Kriegsfall keine Stütze an seinen Bundesgenossen besaß. Und Schwäche zur See war es schließlich, welche die deutsch-englischen Beziehungen beeinträchtigte, derart zu werden, wie sie allein gesund und dauerhaft sein konnten, nämlich auf dem Fuße der Gleichberechtigung.

Die öffentliche Meinung in Deutschland begann damals jenen unklugen Feldzug, der beinahe anderthalb Jahrzehnte gedauert hat, gegen den „unzuverlässigen Bundesgenossen" Italien, mit Geringschätzung und Unwillen. Das war ein in jedem Sinne politisch unrichtiges Verfahren, hat auch nur der französischen Politik in die Hände gearbeitet. Wahrscheinlich begann damals in Italien auch der Zweifel Platz zu greifen, ob die deutsch-österreichisch-ungarische Wehrmacht zu Lande der französisch-

russischen gewachsen sei. Österreich glaubte man auf dem Wege zur unaufhaltsamen Zerrüttung.

Was Frankreich und England betraf, so war man in Deutschland überzeugt, daß Frankreich auf Rache sinne, um die Schmach von Faschoda zu rächen, und träumte von „besseren Beziehungen".

* * *

Unterdessen drängten die Weltereignisse. Der Spanisch-Amerikanische Krieg brach aus. Im Sommer 1897 hatten die Vereinigten Staaten den Einverleibungsvertrag mit den Hawaiinseln geschlossen; Japan protestierte; ein Protest, der heute noch besteht. Diesem ersten so bedeutungsvollen Schritte amerikanischer Eroberungspolitik folgte 1898 der Krieg mit Spanien. Wie er verlief und endete, braucht uns hier nicht zu beschäftigen, wohl aber die Stellung der deutschen Politik dazu. Es lag von vornherein auf der Hand, daß Deutschland neutral bleiben werde, und das ist de facto auch geschehen.

Von Anfang an herrschte aber auf seiten der Vereinigten Staaten ein starkes Mißtrauen gegen Deutschland. Dieses Mißtrauen mag eine Reihe von Ursachen gehabt haben. Die deutsche Volksstimmung war für Spanien. Man sah den Krieg als ungerechtfertigt und damit als ungerecht an, man tadelte die Eroberungspolitik der Amerikaner und die Vergewaltigung des wehrlosen Spaniens. Besonders die Art, wie der Krieg von seiten der Vereinigten Staaten provoziert wurde, erregte lauten und lebhaften Tadel. Man konnte in Deutschland der amerikanischen Behauptung, mochte sie meist wohl auch in gutem Glauben aufgestellt sein, keinen Glauben beimessen, daß das amerikanische Schlachtschiff „Maine" von spanischer Hand durch eine Mine zum Sinken gebracht worden sei. Man glaubte im Gegenteil vielfach, daß die Amerikaner selbst die „Maine" gesprengt hätten, um die Schuld auf Spanien zu werfen und damit einen Kriegsgrund zu haben. Die erste Version ist im Jahre 1913 durch den Augenschein Lügen gestraft, die zweite — an und für sich unwahrscheinliche — nicht bewiesen worden, denn als das Wrack der „Maine" gehoben war, zeigte die Untersuchung, daß eine Explosion in den inneren Räumen der Grund zum Sinken des Schiffes gewesen war. Ob diese Explosion, wie die Amerikaner behaupten, durch eine andere von außen hervorgerufen wurde, dürfte Geheimnis bleiben. Bei der Empfindlichkeit und dem großen Selbstbewußtsein der öffentlichen Meinung in den Vereinigten Staaten nahm man der deutschen Presse diese ihre Haltung sehr übel. Dazu kamen die weiter unten auseinandergesetzten Meinungsverschiedenheiten zwischen Deutschen einerseits, Amerikanern und Engländern anderseits auf den Samoainseln,

wo seit dem Abschluß der Samoaakte vom Jahre 1899 eine groteske Dreiherrschaft eingerichtet war.

Der Spanisch-Amerikanische Krieg spielte sich auf zwei Hauptschauplätzen ab: in den westindischen Gewässern und bei den Philippinen, jenseits des Stillen Ozeans. Auf den westindischen Inseln wie auf den Philippinen waren schon vor dem Ausbruche des Krieges die inneren Verhältnisse nichts weniger als ruhig. Als der Krieg ausbrach, war selbstverständlich genug, daß die deutsche Regierung einer eventuellen Schutzbedürftigkeit der dortigen Deutschen Rechnung tragen mußte. Ein Kreuzergeschwader wurde nach Manila (Philippinen) beordert, nachdem dortige deutsche Firmen dringend um Schutz durch Schiffe gebeten hatten. Vor den Philippinen war nun der amerikanische Admiral Dewey mit einem Geschwader eingetroffen, nachdem er das spanische Geschwader bei Cavite vernichtet hatte. Die Anwesenheit des deutschen Geschwaders erregte die Unzufriedenheit des amerikanischen Admirals, und derselbe soll verlangt haben, daß der deutsche Admiral ihm aus dem Wege ginge. Vollständig sind die Einzelheiten nicht bekannt geworden, jedoch dürfte außer Zweifel stehen, daß Überhebung und Mißtrauen Deweys dem deutschen Geschwaderchef gegenüber Mißhelligkeiten entstehen ließen, die in der amerikanischen Presse maßlos aufgebauscht wurden. Während auf den Philippinen der Aufstand in hellen Flammen stand, hielt Admiral Dewey Manila unter Blockade, und während dieser Zeit machte der spanische Generalgouverneur der Philippinen, Augustin, gelegentlich einer Zusammenkunft dem deutschen Geschwaderchef, Vizeadmiral v. Diederichs, im Namen der spanischen Regierung den Vorschlag, daß die Befehlshaber der neutralen Flottenmächte Manila provisorisch in Verwahrung nähmen. Wie nicht anders denkbar war, lehnte der Admiral den Vorschlag ab, da seine Annahme angesichts amerikanischer Blockade tatsächlich schwer gegen die Neutralität verstoßen haben würde.

Fürst Bülow äußerte sich im Winter 1899 ausführlich über die deutsch-amerikanischen Beziehungen und sagte: „Wo wir, ohne das Völkerrecht zu verletzen, im Rahmen des Völkerrechts deutsches Leben und Eigentum vor Beeinträchtigung wahren, sind wir meines Erachtens in unserem guten Recht und üben nur unser gutes Recht aus. Indem wir so handeln, haben wir lediglich eine neutrale Pflicht erfüllt, eine Pflicht, welche jedes Staatswesen gegenüber seinen Angehörigen in der Fremde in bedrängter Lage hat, und wir werden uns niemals abhalten lassen, dieses unser Recht und diese unsere Pflicht mit ruhiger Besonnenheit, aber auch in vollem Umfange wahrzunehmen.“

Der amerikanische Botschafter in Berlin, Mr. White, hatte bereits im Sommer vorher Gelegenheit genommen zur öffentlichen Feststellung:

die deutsche Regierung habe dem Geiste und dem Buchstaben nach eine Neutralität betätigt, welche weder kalt noch mißgünstig gewesen sei.

Dazu kamen wirtschaftliche Differenzen zwischen den beiden Ländern, die in verschiedener Auslegung und Auffassung der Meistbegünstigungsklausel bestanden. In den Vereinigten Staaten war man höchst ungehalten, daß Deutschland sich nicht ohne weiteres dem amerikanischen Standpunkte anpaßte und sich den aus ihm erwachsenden Forderungen nicht unterwarf. Die wirksamste Ursache für diese sachlich wenig gerechtfertigten Stimmungen bildete aber eine rege und zielbewußte Pressehetze, welche von britischer Seite mit gewohnter Geschicklichkeit betrieben wurde. So sehr Großbritannien gerade zu jener Zeit ein enges Zusammengehen mit Deutschland wünschte, so vorteilhaft schien, wenn nicht den augenblicklichen Leitern des Staates, so doch sicher dem überwiegenden Teile der öffentlichen Meinung und den Drahtziehern der Presse: Mißtrauen gegen Deutschland in den Vereinigten Staaten zu schaffen. Das gelang, wie angedeutet, in überraschender Weise dank der amerikanischen Eigenart: dem immer wachen Mißtrauen, nicht genügend respektiert zu werden, dank dem überspannten naiven Selbstbewußtsein und der Überschätzung jeder eigenen Leistung verglichen mit denen anderer. So war für lange Zeit die Legende in den Vereinigten Staaten unausrottbar, daß der deutsche Admiral Diederichs mit seinem Kreuzergeschwader nach Manila gekommen sei, um die amerikanische Aktion zu hindern und sich, wenn möglich, der Philippinen zu bemächtigen. Nur die Furcht vor Admiral Dewey und seinem Geschwader habe ihn abgehalten, seinen Vorsatz auszuführen.

Daß die deutsche Neutralität von Anfang an eine tatsächliche gewesen ist und sein sollte, kann nicht bezweifelt werden. Es hätte nichts Törichteres und Zweckloseres gegeben, als in den Streit der beiden Mächte einzugreifen. Einmal wäre der dann entstehende Konflikt schwerlich isoliert geblieben, vor allem aber hatte Deutschland keine Flotte, es hatte auch keine Stützpunkte, um einen Krieg gegen die Vereinigten Staaten führen zu können. Fehlten aber diese Grundlagen, so waren, ipso facto, auch für wirksamen diplomatischen Druck auf die Vereinigten Staaten keine vorhanden. Kurz, will man alle moralischen und anderen Beweggründe beiseite setzen, nur Möglichkeits- und Zweckmäßigkeitsgründe ins Auge fassen, so stellt sich heraus, daß eine nichtneutrale Haltung des Deutschen Reiches eine ganz außerordentliche Torheit gewesen wäre. Die Aufgabe des deutschen Geschwaders im Kreuzfeuer amerikanischen Mißtrauens und britischer Hetzerei war eine heikle trotz ihres einwandfreien Zweckes. Auch die Situation des amerikanischen Blockadegeschwaders war aus militärischen und politischen Gründen zeitweilig

schwierig. Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Geschwaderchefs über das Blockaderecht kamen hinzu, daneben das erwähnte amerikanische Mißtrauen wegen deutscher Absichten auf die Philippinen.

Es handelte sich also teils um Stimmungen und Mißverständnisse, teils um Bagatellen, deren Erwähnung sich erübrigen würde, wenn nicht eben die Legende von angeblichem Fehlen einer aufrichtigen deutschen Neutralität für so lange Jahre die deutsch-amerikanischen Beziehungen schädlich beeinflußt hätte. Die großbritannische Politik tat schon seit Mitte der neunziger Jahre durch Kabel, Presse, Diplomatie und mündliche Agitation alles Denkbare, um in den Vereinigten Staaten Mißtrauen und Übelwollen gegen das Deutsche Reich und Volk zu erregen.

* * *

Im Herbst 1899 wurde endlich die Samoafrage definitiv geordnet.

So gering bisher die Bedeutung der Samoainseln an und für sich auch war und ist, so knüpften sich doch schmerzliche und empfindliche Erinnerungen an sie. Das Unverständnis eines Teiles des Deutschen Reichstages hatte einst die Bemühungen des Fürsten Bismarck vereitelt, die ganze Samoagruppe für das Deutsche Reich zu erwerben. Im Laufe der Jahre wuchsen mit den deutschen auch die englischen, aber besonders die amerikanischen Interessen auf der Samoagruppe. Die dann eingerichtete Dreiherrschaft führte zu unerträglichen Verhältnissen. Thronstreitigkeiten auf den Inseln wurden hauptsächlich von den Amerikanern hervorgerufen und benutzt, um den deutschen Einfluß zu untergraben, die auf Samoa wohnenden Deutschen schlecht zu behandeln, den deutschen Konsul zu brüskieren und den Kommandanten des einzigen dort weilenden deutschen Kreuzers zu einer Rolle zu verurteilen, die in Deutschland große Erregung verursachte, auch des Deutschen Reiches wenig würdig war. Die Vereinigten Staaten waren durch mehrere Schiffe vor Samoa vertreten, und zwar unter dem Befehle eines Konteradmirals. Nach Maßgabe seines höheren Ranges gab dieser dem deutschen Kommandanten Weisungen oder handelte über seinen Kopf weg und verhinderte ihn, im Sinne der deutschen Interessen aufzutreten, während die englischen und amerikanischen Schiffe in Gegensatze zu den deutschen Interessen emsig und tätig eingriffen. Es dürfte nur den strikten Weisungen aus Berlin zu verdanken gewesen sein, daß der deutsche Kommandant in seiner rein passiven Rolle blieb. Wäre er aus ihr herausgetreten, so hätte er in den Kämpfen der Eingeborenen auf Samoa im gegenteiligen Sinne Partei nehmen müssen wie die amerikanischen Schiffe, und ein bewaffneter Zusammenstoß wäre möglich geworden. Das hätte dann wieder einen schweren Konflikt zwischen den beiden Großmächten bedeutet.

Bülow bestritt im Reichstage das Vorhandensein persönlicher Reibungen zwischen den Offizieren. Es war subjektiv begreiflich, daß er es bestritt. Im übrigen stellte er sich auf den Standpunkt, daß die Samoainseln als Objekt eines ernsten Streites zwischen zwei Mächten zu gering seien. Dieser Auffassung wird man im Rahmen der damaligen Weltlage recht geben müssen. Um so schärfer und bedenklicher trat bei dieser Gelegenheit wieder der Mangel einer kräftigen deutschen Flotte zutage. Wäre es möglich gewesen, eine erhebliche Streitmacht vor Samoa zu stationieren, so würden sich die dortigen Meinungsverschiedenheiten und Zwistigkeiten anders abgespielt haben. Die verfügbaren Auslandsschiffe waren aber für den Schutz der Deutschen im Bereiche der spanisch-amerikanischen Kriegsschauplätze völlig in Anspruch genommen, und in Samoa lag ein einziger alter kleiner Kreuzer ohne Gefechtswert und ohne die Möglichkeit, ein Landungskorps auszuschiffen, das neben demjenigen der Schiffe der Vereinigten Staaten irgend Geltung gewinnen konnte. Der Fall von Samoa oder, wie es auch vielfach hieß, die Schmach von Samoa, machte einen tiefen Eindruck auf die deutsche Bevölkerung und ließ sie die deutsche Ohnmacht zur See empfindlich fühlen.

Die drei Mächte verständigten sich auf einen deutschen Vorschlag dahin, daß eine Kommission aus drei Vertretern nach Samoa zu senden sei, um dort die provisorische Regierungsgewalt zu übernehmen. Damit war auch der Möglichkeit unbefugter Eingriffe durch ausländische Seeoffiziere der Boden entzogen, denn die konsularischen Beamten wie die Marinevertreter waren angewiesen, sich den Kommissaren unterzuordnen. Die eigentliche „Samoafrage“ war so im Prinzip entschieden, und der November 1899 brachte die tatsächliche Entscheidung in Gestalt eines Vertrages, durch den Deutschland die Inseln Upolu und Sawai erhielt. Daß die Vereinigten Staaten die Inseln Manua und Tutuila mit ihrem ausgezeichneten Hafen bekamen, wurde allgemein bedauert. Nach Lage der Dinge und der damaligen Verhältnisse konnte man der deutschen Regierung deshalb schwerlich einen Vorwurf machen; die Samoaangelegenheit war schon seit jenem Mißerfolge Bismarcks verfahren. Was von jener Minute, wo man die ganze Gruppe hätte haben können, ausgeschlagen wurde, brachten die späteren Jahrzehnte nicht zurück. Deutschland mußte sich nicht nur mit den zwei Inseln begnügen, sondern, um sie zu erhalten, außerdem an England die Tongainseln abtreten und einen Teil der Salomoninseln. Das waren vielleicht keine großen Konzessionen, es war auch richtig, wenn die deutsche Regierung erklärte, man habe sich deutscherseits um diese Inseln bisher nicht viel gekümmert, auch nicht vom Rechte, eine Kohlenstation anzulegen, Gebrauch gemacht. Immerhin waren es Abtretungen, und gerade die überseeischen Erfah-

rungen nicht nur Deutschlands, sondern auch der alten Kolonialmächte, haben immer wieder gezeigt, wie fehlerhaft es ist, ein solches Gebiet oder eine solche Insel als wertlos anzusehen, nur weil man sie bis zur Stunde noch nicht praktisch hat verwerten können oder wollen. Es gibt kaum Besitz, der erweisbar wertlos wäre, und oft haben sich gerade solche Gebiete, die man dafür hielt, auf einmal als überaus wertvoll erwiesen. Der Wertzuwachs kann im Boden selbst liegen oder aber in den Weltverhältnissen politischer und wirtschaftlicher Art. Der Wechsel ist hier ebenso dauernd wie unberechenbar.

Dazu kam ein deutsch-englischer Vertrag über die Teilung der bisher neutralen Zone bei Togo und schließlich die ausdrückliche Aufgabe der deutschen Exterritorialität von Sansibar.

Von Spanien erhielt Deutschland käuflich nach dem Kriege die Karolineninseln, die Palauinseln und die Marianeninseln. Deutschland hatte die Gelegenheit benutzt, als Spanien infolge des unglücklichen Krieges dringend Geld bedurfte, anderseits sich klar darüber war, daß es seinen Kolonialbesitz durch seine Tätigkeit auszufüllen in Zukunft nicht die Kraft haben würde.

## Deutschland und England während des Burenkrieges.

Im Februar 1898 hatte der britische Kolonialsekretär Chamberlain in einem diplomatischen Schriftwechsel mit der Transvaalregierung den Standpunkt der britischen Regierung in die Worte zusammengefaßt: „Ihre Majestät nimmt gegenüber der südafrikanischen Republik die Stellung eines Souveräns ein, der dem Volke dieser Republik Selbstregierung unter gewissen Bedingungen gewährt hat.“

Die Ausländerfrage spitzte sich immer schärfer zu, und im Jahre 1899 begann Großbritannien allmählich Truppen nach Südafrika zu senden. Im Frühjahr 1899 richteten 21 000 britische Untertanen in Transvaal eine Bittschrift an die Königin von England und erklärten, ihre Lage sei seit 1895 immer unerträglicher gemacht worden; sie bäten die Königin, ihre Beschwerden zu untersuchen und Reformen herbeizuführen. Krüger aber erklärte in einer Rede: nur Bürger, welche ihre alte Nationalität ganz aufgäben, welche den Buren ganz gleich würden, die Gesetze des Landes achteten und ihnen nachlebten, könnten die vollen Bürgerrechte erhalten. Verhandlungen über ein neues Fremdengesetz zwischen Krüger und dem Gouverneur des Kaplandes, Sir A. Milner, führten zu keinem Ergebnisse. Krüger sagte in einer Versammlung: „Ich will keinen Krieg, aber ich will auch keines von meinen Rechten weggeben. Ich will nicht mehr geben, ich will auch nicht Eigentum von jemand anders.“

Chamberlain erklärte: die englische Regierung zeige eine Geduld, wie sie noch niemals von einer souveränen Macht ihrem Vasallen gegenüber bewiesen worden sei. In Krügers Hand liege die Entscheidung über Krieg und Frieden. Diese drohende Lage könne nicht lange dauern, denn die britische Regierung müsse sonst Schritte tun, um endgültig die englische Vorherrschaft in Südafrika herzustellen. Im Juli beschloß der Volksraad ein wesentlich entgegenkommendes neues Wahlgesetz für die Ausländer, lehnte aber das Ersuchen der englischen Regierung ab, das Wahlgesetz nicht zur Anwendung zu bringen, ehe die britische Regierung es geprüft habe. Die Erregung in Transvaal wuchs von Tag zu Tag. Am 20. August hielt Krüger in der Kirche zu Pretoria ein Gebet: Gott möge für den Fall, daß der Krieg unvermeidlich werden sollte, das Recht und die Wahrheit auf der Seite der Buren finden. —

Die Regierung von Transvaal bedauerte Anfang September in einer Note die ablehnende Haltung der britischen Regierung, sie hoffe auf freundliche Verständigung, befände sich aber in ihrer Auffassung über die englische Oberhoheit auf ihrem alten Standpunkte. Die Antwort der englischen Regierung besagte, daß sie nur Vorschläge annehmen könne, wenn die Regierung von Transvaal sich in dieser Sache anders stellte und wenn in der Ausländerfrage neue Zugeständnisse gemacht würden. Das eilige Zusammenziehen englischer Truppenmengen an den Grenzen Transvaals nahm inzwischen seinen Fortgang, und die Antwort Sir A. Milners, daß die britischen Truppen nichts Besonderes zu bedeuten hätten, als wie immer die britischen Interessen zu schützen und gegenüber Eventualitäten bereit zu sein, konnte die Buren nicht beruhigen. Sie drängten ihre Regierung, Truppen an die Grenzen zu schicken. Krüger erkannte, daß die Entscheidungsstunde gekommen sei und längeres Warten die militärische Lage der Republiken nur verschlimmern könne. So erfolgte am 10. Oktober das Ultimatum an den britischen Geschäftsträger in Pretoria. Das Ultimatum verlangte: Beilegung der streitigen Angelegenheiten durch Schiedsspruch, Zurückziehung der britischen Truppen von den Grenzen Transvaals, Wiedereinschiffung und Rücktransport der seit dem 1. Juni 1899 nach Südafrika entsandten Verstärkungstruppen, auch der noch nicht gelandeten. Bis zum 11. Oktober, 5 Uhr nachmittags, wurde die Antwort der britischen Regierung verlangt. Sollte diese nicht eintreffen oder nicht den Wünschen Transvaals entsprechend ausfallen, so würde man es als Kriegserklärung betrachten und dementsprechend handeln.

Die britische Regierung lehnte die burischen Forderungen ab, die Feindseligkeiten begannen sofort. Der Oranjefreistaat schloß sich, wie schon längst vorher vereinbart worden war, der Transvaalrepublik an.

Die Vertreter der britischen Regierung, an der Spitze Lord Salisbury, der Premierminister, und Chamberlain, der Kolonialsekretär, setzten nach Einberufung der Parlamente den Standpunkt der Regierung auseinander: der Augenblick der Entscheidung sei gekommen, ob Südafrika in Zukunft unter holländischer Herrschaft stehen oder ob die absolute Vorherrschaft des britischen Volkes dort aufgerichtet werden solle. Die Politik des Präsidenten Krüger sei von Anfang an auf Abschüttelung der Suzeränität gerichtet gewesen. Die militärische Macht des Transvaals sei von Jahr zu Jahr beängstigender gewachsen. Diese Tatsache, daneben die Ausländerfrage hätten die Dinge zwingend zur Entscheidung getrieben.

Wie in einem vorigen Abschnitt ausgeführt wurde, hatten die damaligen Führer der englischen Nation damit recht, daß ihre Politik einerseits, die Krügersche Politik anderseits mit Notwendigkeit zum Kriege führen mußten, wenn nicht eine der beiden Parteien nachgab. Nachgeben Großbritanniens bedeutete den Verzicht auf das imperialistische Ziel eines geeinten britischen Südafrika. Es bedeutete auch das Erstarken einer Macht, die in keiner Weise bereit war, sich völkisch oder politisch zu anglisieren, eines Volkes, das an Wohlstand, an Zahl und an Kraft in starkem Wachsen war. Dazu kam, daß diese Macht danach strebte, zum Deutschen Reiche in engere Beziehungen zu kommen. Das Deutsche Reich war Kolonialmacht geworden, befand sich auf dem Wege, eine Seemacht zu werden, entwickelte sich wirtschaftlich mit Riesenschritten und wurde als Britanniens gefährlichster Konkurrent angesehen. Der Deutsche Kaiser hatte aus seiner Auffassung von den weltpolitischen Notwendigkeiten des Deutschen Reiches niemals ein Hehl gemacht. Kurz, es schien klar genug, was für eine Politik die südafrikanische Republik nach endgültiger Abschüttelung der englischen Suzeränität treiben würde.

Die britischen Staatsmänner haben sich nie irgendwelchen über den Rahmen realer Möglichkeit hinausgehenden Besorgnissen hingegeben. Sie wußten, daß solchen Träumen für absehbare Zeit die Grundlage der Macht fehlte. Die deutsche Frage, soweit sie in Verbindung mit der südafrikanischen stand, war im Jahre 1896 endgültig erledigt worden. Was eine spätere Zukunft etwa bringen konnte, das durfte nach Ansicht seiner Führer das britische Volk nicht abwarten. Es mußte handeln, um so mehr, als die Burenfrage, als rein südafrikanische Angelegenheit, den britischen Staatsmännern geradezu auf den Nägeln brannte.

Für die südafrikanischen Republiken handelte es sich um mehr, als für Großbritannien. Die Ausländerfrage war nicht nur politisch, sondern vor allem auch völkisch für die Buren eine Lebensfrage. Eine Lebensfrage war auch die englische Suzeränität. In beiden gab es auf die Dauer kein Ausweichen, es gab keinen Mittelweg.

Die Tragik der damaligen Burenrepubliken ist besonders in der deutschen Bevölkerung stark empfunden worden. Ein friedliches Landvolk, das von der Außenwelt nichts wußte, auch nichts wissen wollte, das weder Neigung noch Anlage zu andersgearteter Entwicklung in sich trug, hatte das Unglück, daß Fremde auf seinem Gebiete Schätze an Gold und Diamanten entdeckten. Zu Tausenden und zu Zehntausenden kamen die Fremden, zumeist Engländer, ins Land, brachten fremden Geist und internationale Bestrebungen hinein, blieben selbst im Lande und wurden eine Macht, die schließlich nach staatsbürgerlicher Gleichberechtigung verlangte. So entstand die Ausländerfrage; Angehörige gerade desjenigen Volkes war die Mehrzahl dieser Fremden, dessen Regierung die Suzeränität über Transvaal beanspruchte, und dessen Volksgenossen die beiden südafrikanischen Republiken, begierig nach weiterer Ausdehnung, an ihren Grenzen immer enger umschlossen. Gewiß, die Tragik ist vorhanden, sie hat sich in ähnlicher Form schon öfter in der Weltgeschichte gefunden, aber die Weltgeschichte hat noch jedesmal die gleiche und mitleidslose Antwort gegeben: das betreffende Volk mit seiner Tragik entweder zermalmt oder zur Anpassung an Verhältnisse gezwungen, die ihm ursprünglich widerstrebten.

Der deutschen Politik war ihr Verhalten während des Burenkrieges fest und unwiderruflich vorgezeichnet. Sie konnte vernünftigerweise keine andere sein als die der Neutralität. Angesichts der leidenschaftlich gegen England und für die Buren erregten Volksstimmung in Deutschland, wurde seinerzeit eine Redewendung Kaiser Wilhelms erzählt: Der Kaiser sagte, das Verlangen, Deutschland solle im Transvaalkriege intervenieren, sei ungefähr dasselbe, als wenn man jemanden auffordere, durch Wedeln mit seinem Taschentuche ein durchgehendes Pferd anzuhalten. Der Vergleich traf zu. Das Deutsche Reich verfügte tatsächlich über kein einziges Mittel, um wirksam intervenieren zu können. Großbritannien beherrschte um die Jahrhundertwende die Ozeane unbeschränkter denn je. Der südafrikanische Krieg kostete Geld und Menschen, aber er schwächte die britische Flotte nicht. Die britischen Geschwader wurden vom Beginne des Burenkrieges an derart über die Ozeane verteilt, daß sie die Truppentransporte laufend deckten, während an strategisch wichtigen Punkten der Meeresstraßen besondere Geschwader stationiert waren, die ebenso wie in der Heimat für alle „Eventualitäten" bereitstanden. Tatsächlich brauchte England keine Eventualitäten zu fürchten. Der umfassende Aufmarsch seiner seebeherrschenden Flotte war teils ein Akt allgemeiner Vorsicht, teils eine marinepolitische Demonstration der europäischen Welt gegenüber, wie sie imponierender und anschaulicher schwerlich hätte sein können.

Die Politik der deutschen Regierung, so notwendig und so selbstverständlich sie uns heute erscheint, war außerordentlich, man möchte sagen, beispiellos unpopulär in Deutschland. Die Leidenschaft der Stimmung griff beinahe auf alle Kreise über, die nationale Presse war voll von abfälligster, entrüstetster Kritik der Politik der deutschen Regierung; Versammlungen, Demonstrationen aller Art flossen über von Erbitterung gegen Großbritannien, von Begeisterung für das tapfere Burenvolk, von hartem Tadel der Stellungnahme der deutschen Regierung. Auch im Deutschen Reichstage kam diese Stellungnahme verschiedentlich mit großer Schärfe zum Ausdruck, und man ging im besonderen auch auf das Krügertelegramm von 1896 ein. Die Antwort, welche Fürst Bülow in bezug auf jene Depesche und die Politik gab, welche zu ihrer Absendung führte, ist charakteristisch für die von ihm vertretene Politik. Der Kanzler sagte:

„Ich denke gar nicht daran, dieses Telegramm zu verleugnen, durch welches Seine Majestät der Kaiser seinem richtigen Empfinden für das Völkerrecht korrekten Ausdruck gegeben hat. Aber ebensowenig haben wir beabsichtigt, durch jenes Telegramm unsere Politik für immer, in omnes casus et eventus in saecula saeculorum, festzulegen, und das konnten wir um so weniger, als sich die Verhältnisse seitdem geändert haben. Ich begehe keine diplomatische Indiskretion, wenn ich sage, daß dieses Telegramm jedenfalls das Verdienst gehabt hat, durch die Aufnahme, die es fand, nicht in Deutschland, sondern außerhalb Deutschlands, die Situation für uns insofern aufzuklären, als diese Aufnahme keinen Zweifel darüber ließ, daß wir im Falle eines Konfliktes mit England auf unsere eigenen Kräfte, allein auf unsere eigenen Kräfte angewiesen sein würden. Daraus muß eine gewissenhafte Regierung ihre Schlüsse ziehen, und daraus haben wir unsere Schlüsse gezogen ... Transvaal und die südafrikanischen Republiken können nicht zum Angelpunkte unserer ganzen Politik werden. Das Hemd liegt mir näher als der Rock und jedenfalls liegt es mir näher, der ich deutscher Minister des Äußeren bin und nicht Minister in oder für Pretoria."

Der Kanzler erklärte des weiteren, daß er auf die öffentliche Meinung unter den obwaltenden Verhältnissen keine Rücksicht nehmen könne noch dürfe. Diese Rede wurde im Dezember 1900, also reichlich ein Jahr nach dem Beginn des Burenkrieges, gehalten. In einem früheren Kapitel ist erzählt worden, wie bereits angesichts der englischen Erregung über die Krügerdepesche der französische Botschafter in London der britischen Regierung zum Ausdrucke gebracht hatte: für Frankreich gäbe es im Falle eines englisch-deutschen Krieges nur einen einzigen Feind. Vermutlich meinte Bülow diese Tatsache, als er von den Anzeichen sprach,

daß Deutschland in einem solchen Kriege auf eigene Kräfte ausschließlich angewiesen sein würde. Dabei wäre Frankreich, als die einzige kontinentale Flottenmacht von Bedeutung, auch der einzige wirksame Bundesgenosse für das Deutsche Reich gewesen. Rußland würde zwar in Ostasien, in Mittelasien und vielleicht auch in Persien die Verlegenheit eines in einen europäischen Krieg verwickelten Großbritanniens nachdrücklich für seinen Vorteil benutzt haben, aber Deutschland hätte davon schwerlich irgendeinen Vorteil oder auch nur eine Erleichterung gehabt. Ganz abgesehen von der Qualität der Schiffe und Besatzungen, lag der beste Teil der russischen Schlachtflotte nicht in den europäischen, sondern in den ostasiatischen Gewässern versammelt. Österreich konnte für das Deutsche Reich ebensowenig wie Italien als Bundesgenosse in einem Kriege mit England in Betracht kommen. Die Dreibundverträge bezogen sich nur auf strikte Verteidigung, außerdem überhaupt nicht auf Großbritannien, die Machtverhältnisse zur See der beiden Staaten schlossen auch jede Neigung zu einer Beteiligung vollkommen aus. Ebensowenig dachten die Vereinigten Staaten von Nordamerika an eine offen englandfeindliche Stellungnahme. Sie glaubten mit Recht praktischer zu handeln, als sie in aller Freundlichkeit die englischen Verlegenheiten benutzten, um den bis dahin geltenden Panamakanalvertrag (Clayton-Bulwer-Vertrag) in ihrem Sinne durch den Hay-Pauncefote-Vertrag ändern zu lassen, auch in der Alaskafrage die britische Nachgiebigkeit zu erreichen. Nach der Stimmung in den Vereinigten Staaten wäre man einem Kriege mit Deutschland erheblich geneigter gewesen als einer Intervention im Burenkriege, Arm in Arm mit dem Deutschen Reiche.

Die Kriegsflotte des Deutschen Reiches stand zu Anfang des Burenkrieges annähernd auf derselben Stufe wie im Augenblicke der Krügerdepesche. Ihre Vernichtung hätte Großbritannien geringe Mühe und kein Risiko verursacht. Die deutsche Handelsflotte, die überseeischen Handelsbeziehungen des Deutschen Reiches und der deutsche Kolonialbesitz wären in britischer Hand gewesen. Alles in allem hatte der deutsche Kanzler recht: die Burenrepubliken durften nicht den Angelpunkt der Politik des Deutschen Reiches bilden.

Als viele Jahre später, 1908, die Haltung des Deutschen Reiches, insbesondere des Deutschen Kaisers während des Burenkrieges, infolge der bekannten Veröffentlichungen des „Daily Telegraph" zur Erörterung gelangte, erklärte der ehemalige Burengeneral Ben Viljoen, er sei bei einer Beratung zugegen gewesen, wo der Präsident Krüger erklärt habe, er besitze die Versicherung Kaiser Wilhelms, daß Deutschland Großbritannien nicht erlauben werde, sich der Burenrepubliken zu bemächtigen. Sollten die Buren unglücklich fechten, so würden Deutschland,

Frankreich und Rußland intervenieren. — Es ist so gut wie unmöglich, daß der Deutsche Kaiser bzw. die deutsche Reichsregierung derartige Versicherungen abgegeben haben könnten, denn diese hätten einmal im Gegensatze zu allen Erfahrungen gestanden, die man gelegentlich des Krügertelegramms gemacht hatte, und in ebenso scharfem Gegensatze zu dem Kurse, welchen die Politik des Deutschen Reiches seitdem konsequent befolgt hatte. Daß eine rein diplomatische Unterstützung den Buren versprochen worden sei, ist nicht unmöglich, unglaublich jedoch, daß Präsident Krüger auf eine solche Hilfe irgendwelche Hoffnungen gesetzt hätte. Präsident Krüger kannte die britische Politik gut genug, zu wissen, daß eine sogenannte diplomatische Intervention ohne Einfluß bleiben würde.

Dazu kam, daß schon im Frühjahr 1899 die deutsche Reichsregierung, und zwar zusammen mit der holländischen Regierung, dem Präsidenten Krüger geraten hatte, den britischen „Reform"forderungen nachzugeben. Darüber, daß im Kriegsfalle eine wirksame, tatsächliche deutsche Hilfe unmöglich sei, hatte die deutsche Regierung ebenso wie früher keinen Zweifel gelassen.

Ein Vermittlungsvorschlag des Präsidenten der Vereinigten Staaten, Mr. MacKinley, wurde am 13. März 1900 von Lord Salisbury dahin beantwortet, daß Großbritannien nicht die Absicht habe, die Vermittlung einer fremden Macht in Südafrika anzunehmen. Um die gleiche Zeit wurde die deutsche Antwort in Pretoria bekanntgemacht, welche auf die Bitte der südafrikanischen Republiken um Vermittlung zur Herstellung des Friedens eingelaufen war: die deutsche Regierung sei zu freundschaftlicher Vermittlung bereit, sobald *beide* Gegner eine solche wünschten. Ob auf englischer Seite dieser Wunsch vorhanden sei, müßten die Burenrepubliken durch Nachfrage feststellen, entweder direkt in London oder durch die guten Dienste einer Regierung, die keine eigenen wichtigen Interessen in Südafrika wahrzunehmen habe. Letztere Voraussetzung träfe nicht für Deutschland zu, und jeder derartige Schritt würde „daher den Verdacht erwecken, daß wir andere als humanitäre Zwecke verfolgen, und das dadurch vermehrte Mißtrauen würde der Sache des Friedens nicht dienlich sein".

Nach der Lage der Dinge war dieser Standpunkt richtig, zumal in Anbetracht der Gewißheit, daß England sich durch Vermittlungsvorschläge nicht beeinflussen lassen würde. Auch der Hinweis auf die deutschen Interessen in Südafrika war durch die Sachlage und durch die Richtung der deutschen Politik jener Jahre begründet: man wollte, wo es das eigene Interesse nicht dringend forderte, nicht in politisch unnötige Mißstimmung mit England geraten. Ein deutscher Vermittlungsversuch wäre

eine an sich zwecklose Demonstration gewesen und hätte nach anderen Seiten geschadet.

In Frankreich sagte Delcassé auf eine Anfrage, was die Regierung wegen der Bitte um Intervention der südafrikanischen Republiken zu tun gedenke: nach der entschiedenen Stellungnahme der britischen Regierung, daß sie der Unabhängigkeit der beiden Republiken nicht zustimmen könne, sei eine Einmischung der Mächte unmöglich geworden, denn die Republiken hätten um eine Vermittlung bzw. Intervention eben auf Grund der Anerkennung ihrer Unabhängigkeit gebeten. „Nach so vielen schweren Erfahrungen und so tief greifenden Verschiebungen im Gleichgewichte der Mächte kann Frankreich nicht zulassen, daß seine Pflichten gegen die Welt — die es niemals versäumen wird — Frankreich der Pflichten vergessen lassen, die es gegen sich selbst hat. Es hat nichts verloren von der edlen Begeisterung, die von ihm so oft gezeigt wurde, aber ein sicherer Instinkt sagt ihm, daß es sich dieser Begeisterung nicht mehr unbedacht hingeben darf."

Später ist bekannt geworden, daß von russischer Seite eine europäische Intervention beim Deutschen Reiche und Frankreich angeregt worden ist, eine Intervention nicht nur diplomatischer Natur, sondern mit allen Konsequenzen der Machtmittel. Schon Anfang des Jahres 1900 nahm Rußland eine Probemobilmachung an der afghanischen Grenze vor, lediglich auf das Gerücht hin, daß der Emir gestorben und Gärung unter den Hindustämmen herrsche. Ein Petersburger Blatt schrieb: Es handle sich zwar um keine Drohung gegen England, man habe nur feststellen wollen, wie schnell eine Kolonne vom Kaukasus nach den afghanischen Grenzen gelangen könne. Immerhin könne England daraus die Lehre ziehen, daß seine unbestrittene Seeherrschaft ihm Rußland gegenüber nichts nütze. Es sei deshalb auch wohl zu erwarten, daß bei zukünftigen englisch-russischen Verhandlungen Großbritannien sich gefügiger zeigen werde als vorher. —

Rußland konnte durch einen Krieg der drei Festlandmächte mit England im wesentlichen nur gewinnen und setzte selbst wenig aufs Spiel. Der russische Vorschlag war also begreiflich genug. Soviel bekannt geworden ist, beantwortete der Deutsche Reichskanzler, Fürst Bülow, ihn lediglich mit dem Fühler: die Bedingung einer gemeinsamen derartigen Intervention wäre selbstverständlich gegenseitige Anerkennung ihrer Gebiete und Grenzen der drei Mächte untereinander. Darauf hätte der russische Geschäftsträger erklärt: keine französische Regierung, die damit den Frankfurter Frieden anerkenne, würde sich auch nur einen Tag lang am Ruder halten können. Damit war dann der Plan einer europäischen Intervention in der Versenkung verschwunden, selbstverständlich

möchte man sagen. Es ist freilich nicht anzunehmen, daß, selbst wenn Frankreich eine derartige Anerkennung des Besitzstandes gegeben hätte, Deutschland sich mit den beiden anderen Mächten auf einen Krieg gegen England eingelassen haben würde. Dazu lagen auch dann die Verhältnisse zu ungünstig, es war nichts dabei zu gewinnen, aber viel zu verlieren. Über See und auf der See hätte man nur verloren, während für sicheren großen Gewinn auf dem Festlande die Bedingungen nicht günstig lagen, schon in Anbetracht der beiden Bundesgenossen Frankreich und Rußland mit ihren Bestrebungen im Orient. Überdies konnte jede folgende französische Regierung die Anerkennungserklärung des europäischen Besitzstandes widerrufen. Wahrscheinlich ist vielmehr, daß Bülow die Frage nur stellte, um die beiden anderen Mächte festzunageln, weil er ihre Absicht, Deutschland vorzuschicken und den weiteren Gang der Ereignisse auf Kosten des Deutschen Reiches, so oder so, auszunutzen, bloßlegen wollte.

In England fuhr man in auffälliger Weise fort, freundliche Gesinnung gegen Deutschland zu betonen. Anfang November erklärte Lord Salisbury gelegentlich des Samoavertrages: die Inseln seien nicht um ihrer selbst willen so wichtig, sondern weil sie „Streitgegenstand waren zwischen uns und einer Nation, deren Wohlwollen wir hochschätzen". Die Lage zeige, daß die Beziehungen Englands zu Deutschland „im gegenwärtigen Zeitpunkte so sind, wie wir es nur wünschen können". Am 30. November 1899 hielt Chamberlain in Leicester seine berühmte Rede über die Notwendigkeit eines germanisch-angelsächsischen Dreibundes: jeder weitblickende englische Staatsmann müsse wünschen, daß man nicht dauernd vom Kontinent isoliert bleibe, „und ich denke, daß in dem Augenblicke, wo dieses Bestreben Gestalt annahm, es als offenbar erscheinen muß, daß die natürlichste Allianz diejenige zwischen uns und dem großen Deutschen Reiche ist. Wir hatten unsere Meinungsverschiedenheiten, unsere Zwistigkeiten und Streitpunkte mit Deutschland." Das seien aber alles geringfügige Dinge gewesen, während in den Hauptpunkten die deutschen und die englischen Bestrebungen nicht miteinander kollidierten, sondern die gleichen seien. Dazu kämen die Vereinigten Staaten von Amerika. Diese drei Mächte zusammen würden eine neue Tripelallianz innerhalb der germanischen Rassen bilden. Es brauche keine geschriebene Allianz zu sein, ja, ein Einverständnis sei vielleicht sogar besser als eine Allianz. —

Diese und manche andere Äußerungen erregten naturgemäß ein außerordentliches Aufsehen, fanden aber in der deutschen Öffentlichkeit eine kühle, meist völlig ablehnende Aufnahme. Man warf der britischen Regierung, in erster Linie Chamberlain, Heuchelei vor. Dieser Vorwurf

traf offenbar nicht den Kern der Sache. Es lag Chamberlain tatsächlich sehr viel daran, mit Deutschland in ein enges Einverständnis zu gelangen, möglicherweise schwebte ihm eine sogenannte Entente Cordiale vor, wie sie später zwischen Großbritannien und Frankreich zustande gekommen ist. Dieser Wunsch Englands begründete sich in der wachsenden Besorgnis, ja Furcht, gegenüber dem russischen Vordringen und den russischen Plänen im fernen Osten. Wegen des südafrikanischen Krieges aber und der damit zusammenhängenden Verhältnisse bedurfte Großbritannien deutscher Unterstützung nicht. Chamberlains Werbung wurde in England getadelt, hauptsächlich, nachdem man die kühle Aufnahme seiner Vorschläge in Deutschland hatte feststellen müssen. Es ist nachher verschiedentlich auf deutscher, französischer und englischer Seite behauptet worden, daß vor seiner Rede Chamberlain mit dem Fürsten Bülow unverbindliche Verhandlungen über die Frage einer deutsch-englischen Allianz oder Entente gepflogen habe. Einige behaupten, die Anregung sei von Chamberlain ausgegangen, die anderen, Bülow habe damit begonnen. Da keines dieser Gerüchte Anspruch auf Tatsächlichkeit besitzt, kann man sie nicht zur Unterlage machen. Nach Lage der Sache aber, besonders auch nach Lage der späteren Entwicklung, ist nicht anzunehmen, daß die Anregung von deutscher Seite ausgegangen sei. Ebensowenig wie nach dem Krügertelegramm hatten die Leiter der deutschen Politik jetzt den Wunsch, das mühsam erreichte bessere Einvernehmen mit Rußland für eine Vereinigung mit Großbritannien aufzugeben, deren Früchte ihnen zum mindesten sehr zweifelhaft erschienen. Chamberlain seinerseits hatte, wie wir wissen, schon früher in ganz ähnlichen Reden auf ein enges deutsch-britisches Zusammengehen angespielt, und zwar in einer Zeit, wo noch viel weniger an eine Initiative von deutscher Seite zu denken war.

Nach späteren Äußerungen des Fürsten Bülow hätten Besprechungen damals hauptsächlich deshalb zu keinem Ergebnisse geführt, weil die britischen Verfassungsverhältnisse keine Gewähr für bindende Dauer von Abkommen usw. gäben.

Eine Antwort auf die Chamberlainsche Rede in Leicester hat Fürst Bülow in seiner Reichstagsrede vom 19. Januar 1900 gegeben. Jedenfalls scheint es, als ob der folgende Passus als Antwort gemeint gewesen sei:

„Gerade weil wir aufrichtig bestrebt sind, gute und freundliche Beziehungen zwischen England und Deutschland aufrechtzuerhalten, so wünschen wir, daß nicht Vorkommnisse eintreten, welche in hohem Maße geeignet sind, die Aufrechterhaltung solcher Beziehungen zu erschweren, die nur möglich ist auf der Basis voller Parität und gegenseitiger Rücksichtnahme."

Das Bündnisangebot Chamberlains war neben allem anderen zu einem ungünstigen Zeitpunkte gemacht worden. Es fiel in die Zeit der höchsten antienglischen Erregung der öffentlichen Meinung in Deutschland und in die Periode der englischen Niederlagen in Südafrika. Ein großer Teil der öffentlichen Meinung — und wohl nicht allein in Deutschland — hoffte nicht nur, sondern glaubte, daß die Buren sich ihre Freiheit doch noch bewahren und ihre Unabhängigkeit erkämpfen würden. Die englischen Freundschafts- und Bündnisangebote bezog man auf die englische Niedergeschlagenheit und nahm sie als ein Hilfesuchen, während sie sich in der Tat ja gar nicht auf die südafrikanischen Dinge bezogen. Nun, so hieß es aber im Deutschen Reiche, kommt das stolze Großbritannien und will deutsche Hilfe und deutsche Unterstützung, wo es in Südafrika nicht weiter kann. Deshalb, so schloß man weiter, sei gerade der Augenblick gekommen, wo die deutsche Politik die jedenfalls noch kommenden Gelegenheiten gegen England ausnützen müsse.

Vier Wochen nach Chamberlains Rede traten aber Ereignisse ein, welche die deutsche Stimmung in noch viel höherem Grade gegen Großbritannien erhitzten. Das war die Beschlagnahme des deutschen Reichspostdampfers „Bundesrat“ am 28. Dezember, des Reichspostdampfers „General“ am 4. Januar, des Dampfers „Herzog“ und des Segelschiffes „Marie“ am 7. Januar.

Der Reichspostdampfer „Bundesrat“ wurde in der Delagoabai, also in einem neutralen Territorialgewässer, von dem britischen Kreuzer „Magicienne“ angehalten wegen Verdachtes, Konterbande zu führen, und nach dem britischen Hafen Durban geschleppt, um dort auf die Beschaffenheit seiner Ladung untersucht zu werden. Über diese Beschlagnahme war die Erregung in Deutschland besonders groß, weil es sich um einen Reichspostdampfer handelte und um bloßen — nicht begründeten — Verdacht der Konterbande. Die rasche Folge der drei anderen Beschlagnahmen rief eine maßlose Erbitterung hervor, zumal sich bald erwies, daß bei jedem Schiffe der Verdacht unbegründet war. Sie wurden sämtlich freigegeben, der „General“ nach acht Tagen, „Herzog“ nach vier Tagen, „Bundesrat“ jedoch erst nach 21 Tagen und die „Marie“ nach 15 Tagen. Das Anhalten, Aufbringen und Durchsuchen der vier Schiffe war tatsächlich unberechtigt gewesen. Die deutsche Regierung erhob sofort Vorstellungen in London mit dem Verlangen unverzüglicher Freigabe der Schiffe. Die englische Admiralität wies am 1. Januar die diesbezüglichen britischen Befehlshaber an, daß weder der „Herzog“ noch ein anderer deutscher Postdampfer auf bloßen Verdacht hin angehalten werden solle, solange nicht klar sei, daß der Postdampfer „Bundesrat“ Konterbande führe. Dieser sei so schnell wie möglich auf

Konterbande zu durchsuchen. Diese Untersuchung dauerte längere Zeit, und die Erregung der deutschen Bevölkerung steigerte sich von Tag zu Tag. Der deutsche Botschafter in London, Fürst Hatzfeldt, verlangte am 4. Januar sofortige Freilassung des „Bundesrat“ unter Vorbehalt weiterer Entscheidungen. Am 5. Januar, nach der Beschlagnahme des „General“, wurde der Botschafter in sehr scharfer Form vorstellig. Die deutsche Note enthielt u. a. den folgenden Satz: „Ich bin ferner angewiesen, Eure Exzellenz zu ersuchen, daß den Kommandeuren britischer Schiffe in afrikanischen Gewässern ausdrückliche Weisungen zu dem Ende gesandt werden, das internationale Recht zu achten und dem Handel zwischen Neutralen keine weiteren Hindernisse in den Weg zu legen.“ Die „Kölnische Zeitung“ veröffentlichte anderthalb Wochen später einen inspirierten, überaus scharfen Artikel, in dem von England verlangt wurde, „der bis jetzt beliebten Verschleppung ein Ende zu machen . . ., daß aufs schleunigste das bedauerliche Vorgehen der englischen Kapitäne wieder gut gemacht wird, und daß Sicherheiten gegen die Wiederholung solcher aufreizenden Beschlagnahmen deutscher Postschiffe geboten werden. Legt die englische Regierung Gewicht darauf, die bisherigen Beziehungen zu Deutschland nicht vollends zu untergraben, so wird sie gut tun, der deutschen Volksstimmung eine größere Beachtung zu schenken, als sie dieses bisher für gut befunden hat.“

Lord Salisbury drückte in einer Note vom 17. Januar sein Erstaunen über die schroffe Sprache der deutschen Noten und darüber aus, daß diese dem britischen Schiffskommandanten Mißachtung des internationalen Rechtes unterstellen. Die Note hob weiter einige angebliche Verdachtsgründe hervor und die Schwierigkeiten der Durchsuchung der Ladung des Schiffes. Überdies müßten die Berichte der Kommandanten abgewartet werden usw.

Es ist ohne besonderes Interesse, auf die Einzelheiten dieser Fälle einzugehen, nur bemerkenswert, daß, wie aus den obigen Proben ersichtlich ist, die Sprache der deutschen Regierung eine außerordentlich scharfe war, wohl zu einem beträchtlichen Teile infolge der hohen öffentlichen Erregung in Deutschland. Diese war geneigt, eine englische Schikane, zum mindesten eine weitgehende Mißachtung und Geringschätzung der deutschen Rechte in der Beschlagnahme der Schiffe zu erblicken. Um eine Schikane hat es sich aber zweifellos nicht gehandelt und um eine Mißachtung der Rechte auch nicht, sondern im wesentlichen um die überlieferungsmäßige britische Überhebung hinsichtlich „legitimer Beherrschung der Meere“ und den Übereifer der maritimen Befehlshaber, die durch unwahre Denunziationen veranlaßt worden waren, Verdachtsgründe gegen die deutschen Schiffe anzunehmen. Ein Seekriegsrecht gab es im Jahre

1900 ebensowenig wie heute. Der britische Verstoß konnte ausgesprochener- und anerkanntermaßen nur darin liegen, daß auf bloße Verdachtsgründe hin ein Reichspostdampfer angehalten und durchsucht wurde. Wie der deutsche Reichskanzler damals auf eine Interpellation erklärte, war ein Recht zur See nicht vorhanden, oder, wie er sich ausdrückte, sehr flüssig und sehr dehnbar. Auf dem Gebiete des Seerechtes sei der Machtstandpunkt immer noch vor dem Rechtsstandpunkte gültig.

Die britische Regierung erkannte auf die deutschen Forderungen hin ihre Schadensersatzpflicht an, erließ Instruktionen, daß Anhalten und Durchsuchen von Schiffen nur in der Nähe des Kriegsschauplatzes stattfinden dürfte, daß deutsche Postdampfer nicht auf bloßen Verdacht hin anzuhalten seien. Schließlich gab die britische Regierung ihrem Bedauern über den Vorfall Ausdruck. An die Erörterungen dieser Beschlagnahmen und ihrer Erledigung schloß der deutsche Kanzler seine schon erwähnte indirekte Antwort auf die Bündnisrede Chamberlains: daß die Aufrechterhaltung freundlicher Beziehungen mit England nur auf der Basis voller Parität und gegenseitiger Rücksichtnahme möglich sei.

Die Dampferbeschlagnahmen und ihre langsame Erledigung paßten also wie die Faust aufs Auge zu den britischen Freundschafts- und Bündniswünschen, die schon deshalb echt waren, weil sie tatsächlichen politischen Besorgnissen und Bedürfnissen entsprachen. Rein politisch betrachtet bedeutete das englische Verhalten gegenüber den deutschen Schiffen eine große Ungeschicklichkeit und ist später in England selbst auch so bezeichnet worden.

## Der Schritt zur deutschen Hochseeflotte.

Im Spätherbste des Jahres 1899 wurde im Deutschen Reichsanzeiger auf die Notwendigkeit hingewiesen, den Weltereignissen durch eine verstärkte Steigerung der deutschen Seemacht Rechnung zu tragen. Schon Monate vorher liefen Gerüchte um, daß nach dem Urteile der maßgebenden Stellen das Flottengesetz des Jahres 1898 auch nach seiner völligen Durchführung nicht annähernd imstande sein werde, den Bedürfnissen der Wehrkraft des Deutschen Reiches zur See zu genügen. Am 18. Oktober 1899 hielt der Deutsche Kaiser zur Taufe des Schlachtschiffes „Kaiser Karl der Große“ eine Aufsehen erregende Rede, gekennzeichnet durch das später viel zitierte Wort: „Bitter not ist uns eine starke deutsche Flotte.“ Jene Rede enthielt außerdem Ausführungen, die in einer Betrachtung der neuesten politischen Entwicklung des Deutschen Reiches schon deshalb nicht fehlen dürfen, weil ihnen geschichtliche Bedeutung auch an sich zukommt: die Hamburger Rede des Kaisers

vom 18. Oktober 1899 hat nicht nur rein militärisch-maritim, sondern auch für die auswärtige Politik des Deutschen Reiches eine neue Ära eingeleitet:

„Aber auch hier (Hamburg) weiß man es am höchsten zu schätzen, wie notwendig ein kräftiger Schutz und die unentbehrliche Stärkung unserer Seestreitkräfte für unsere auswärtigen Interessen sind. Doch langsam nur greift das Gefühl hierfür im deutschen Vaterlande Platz, das leider noch zu sehr seine Kräfte in fruchtlosen Parteiungen verzehrt. Mit tiefer Besorgnis habe ich beobachten müssen, wie langsame Fortschritte das Interesse und politische Verständnis für große und weltbewegende Fragen unter den Deutschen gemacht hat. Blicken wir um uns her, wie hat seit einigen Jahren die Welt ihr Antlitz verändert! Alte Weltreiche vergehen und neue sind im Entstehen begriffen. Nationen sind plötzlich im Gesichtskreise der Völker erschienen und treten in ihren Wettbewerb mit ein, von denen kurz zuvor der Laie noch wenig bemerkt hatte. Erzeugnisse, die umwälzend wirken auf dem Gebiete internationaler Beziehungen sowohl wie auf dem Gebiete nationalökonomischen Lebens der Völker, und die in alten Zeiten Jahrhunderte zum Reifen brauchten, vollziehen sich in wenigen Monden. Dadurch sind die Aufgaben für unser Deutsches Reich und Volk in mächtigem Umfange gewachsen und erheischen für mich und meine Regierung ungewöhnliche und schwere Anstrengungen, die nur dann von Erfolg gekrönt sein können, wenn einheitlich und fest, den Parteiungen entsagend, die Deutschen hinter uns stehen. Es muß dazu aber unser Volk sich entschließen, Opfer zu bringen. Vor allem muß es ablegen seine Sucht, das Höchste in immer schärfer sich ausprägenden Parteirichtungen zu suchen. Es muß aufhören, die Partei über das Wohl des Ganzen zu stellen. Es muß seine alten Erbfehler eindämmen, alles zum Gegenstande ungezügelter Kritik zu machen, und es muß vor den Grenzen haltmachen, die ihm seine eigensten vitalsten Interessen ziehen. Denn gerade diese alten politischen Sünden rächen sich jetzt schwer an unseren Seeinteressen und unserer Flotte. Wäre ihre Verstärkung mir in den ersten acht Jahren meiner Regierung trotz inständigen Bittens und Warnens nicht beharrlich verweigert worden, wobei sogar Hohn und Spott mir nicht erspart geblieben sind, wie anders würden wir dann unseren blühenden Handel und unsere überseeischen Interessen fördern können. Doch meine Hoffnungen, daß der Deutsche sich ermannen werde, sind noch nicht geschwunden, denn groß und mächtig schlägt die Liebe in ihm zu seinem Vaterlande.“ — —

Das Flottengesetz von 1898 war der Auftakt gewesen, gleichsam ein Fühler innerpolitischer und technischer Natur. Jetzt kam die Stunde des zweiten, des entscheidenden Schrittes. Sie war günstig gewählt

worden, denn, wie der Kaiser andeutet, hatten gerade die letzten Jahre den Deutschen eine Lektion über den Wert der Seegeltung erteilt, wie sie eindringlicher schwer gedacht werden konnte: im Chinesisch-Japanischen Krieg hatte die zur See starke Partei gesiegt, im Spanisch-Amerikanischen Kriege war der einen Partei gelungen, ein altes morsches Weltreich mühelos in Trümmer zu schlagen, weil diesem die Flotte fehlte. 1898 hatte die kontinentale Großmacht Frankreich trotz ihres Bündnisses mit Rußland sich demütigen müssen, weil ihre Flotte nicht auf der Höhe war. In Samoa hatten das Deutsche Reich und der deutsche Kreuzerkommandant eine bedauerliche Rolle spielen müssen, weil es nicht möglich war, eine stärkere Flottenmacht dorthin zu schicken. Die südafrikanischen Interessen des Deutschen Reiches mußten von vornherein preisgegeben werden, weil jede Seegeltung fehlte und jede Möglichkeit, dem ungeheuren englischen Übergewichte ein auch nur nennenswertes Gegengewicht in die Wagschale legen zu können.

Der Burenkrieg mit der Bitterkeit und Erregung, die er in der deutschen Bevölkerung erzeugte, hat insofern dem Werden der deutschen Flotte die Wege geebnet, wenn er nicht überhaupt die Bahn gebrochen hat. Die öffentliche Meinung in Deutschland jedoch mit ihrer leidenschaftlichen Parteinahme für die Sache der südafrikanischen Republiken konnte sich zunächst nicht in den Gedanken hineinfinden, daß man wirklich zur Tatenlosigkeit verurteilt war. Man glaubte, es müsse sich doch „irgend etwas machen lassen“, zum mindesten sei es aber Pflicht des Deutschen Reiches, gewissermaßen den Verkehr mit Großbritannien abzubrechen. Und als der Deutsche Kaiser wenige Wochen nach dem Beginn des Burenkrieges zum Besuche der Königin von England nach London fuhr, ging eine tiefe und bittere Verstimmung durch den größeren Teil des deutschen Volkes. Es mag dahingestellt bleiben, ob es richtiger gewesen wäre, und zwar taktisch im Hinblick auf die deutsche Volksstimmung, wenn der Deutsche Kaiser jenen Besuch unterlassen hätte. Wir wissen heute noch nicht mit Sicherheit, welchen Zwecken er diente. Fest steht immerhin, daß der Besuch einen auswärtig-politischen Schaden nicht getan hat. Er war vor dem Ausbruche des Burenkrieges angesetzt worden, und ihn wegen des Ausbruches dieses Krieges abzusagen, wäre immerhin eine ausgesprochene Kundgebung gewesen, deren Zweckmäßigkeit bezweifelt werden konnte. Eine recht lange Reihe von Tatsachen während der Regierungszeit Kaiser Wilhelms II. hat ausnahmslos bewiesen, daß er gerade in Dingen der auswärtigen Politik häufig gegen seine Ansicht und Neigung dem Rate des verantwortlichen Leiters Folge geleistet hat. Das dürfte auch hier der Fall gewesen sein, und es ist anzunehmen, daß Fürst Bülow für die Reise des Kaisers war. Die ganze Amtszeit des Fürsten

Flottenvorlage v. Tirpitz



Bülow zeigt übrigens, daß er sich gerade England gegenüber nicht gescheut hat, das Mißfallen der dortigen öffentlichen Meinung und der leitenden Männer zu erregen, sobald es ihm nützlich erschien. Es ist deshalb ebensowenig möglich, jene vielbesprochene Reise des Kaisers als unrichtig zu tadeln, wie ihre Gründe und Zwecke eingehend zu präzisieren. Allgemein, kann man nur sagen, war es für die Zwecke der deutschen Politik, welche sie, besonders in Ostasien, zu verfolgen gedachte, erwünscht, mit Großbritannien in freundlichen Beziehungen zu bleiben, um so mehr, als Fürst Bülow entschlossen war, die ostasiatische Politik Rußlands teils zu unterstützen, teils nicht zu hindern.

Schließlich mag mit maßgebend gewesen sein, daß die deutsche Reichsregierung es für vorteilhaft hielt, in dem Augenblicke nicht ohne Not das Mißtrauen Großbritanniens zu erregen, wo man daran ging, die Grundlagen für eine große deutsche Seemacht zu fügen, deren Hauptzweck war, der britischen Übergewalt zur See allmählich einen Machtfaktor entgegenzusetzen, den zu beachten und zu achten sie gezwungen wäre. —

In den ersten Tagen des Jahres 1900 wurde die neue Flottenvorlage veröffentlicht. Sie stellte rund eine Verdoppelung des im Gesetze von 1898 geforderten Sollbestandes der Flotte dar. Das Gepräge des neuen Flottenplanes war insofern neu und charakteristisch, als er nunmehr den Schwerpunkt völlig auf die Entwickelung der Hochseeschlachtflotte legte. Die Kategorie des Küstenpanzerschiffes war ausgemerzt und die Bemessung der für das Ausland bestimmten Schiffe sehr bescheiden. Für die heimische Schlachtflotte dagegen verlangte die Vorlage eine Sollstärke von 38 Linienschiffen, vierzehn Panzerkreuzern, eine Anzahl von kleinen Kreuzern wie Torpedofahrzeugen. Der militärische Grundgedanke dieses großen Organisationsplanes war: in den heimischen Gewässern fällt die Entscheidung über alle Streitfragen, welche überhaupt die Tätigkeit der Flotte berühren. Deshalb muß dort der Schwerpunkt ihrer Kraft liegen. Die Begründung, welche der Staatssekretär des Reichs-Marine-Amts, Admiral von Tirpitz, seiner Vorlage beigab, enthielt u. a. die folgenden Sätze, die im Laufe der letzten anderthalb Jahrzehnte weltberühmt geworden sind:

„Um unter den bestehenden Verhältnissen Deutschlands Seehandel und Kolonien zu schützen, gibt es nur ein Mittel: Deutschland muß eine so starke Schlachtflotte besitzen, daß ein Krieg auch für den seemächtigsten Gegner mit derartigen Gefahren verbunden ist, daß seine eigene Machtstellung in Frage gestellt wird. Zu diesem Zwecke ist es nicht unbedingt erforderlich, daß die deutsche Schlachtflotte ebenso stark ist wie die der größten Seemacht, denn eine große Seemacht wird im allgemeinen nicht

in der Lage sein, ihre sämtlichen Streitkräfte gegen uns zu konzentrieren. Selbst wenn es ihr aber auch gelingt, uns mit größerer Übermacht entgegenzutreten, würde die Niederkämpfung einer starken deutschen Flotte den Gegner doch so erheblich schwächen, daß dann trotz des etwa errungenen Sieges die eigene Machtstellung nicht mehr durch eine ausreichende Flotte gesichert wäre."

„Um das gesteckte Ziel: Schutz unseres Seehandels und unserer Kolonien durch Sicherung eines Friedens in Ehren zu erreichen, sind für Deutschland nach Maßgabe der Stärkeverhältnisse der großen Seemächte und unter Berücksichtigung unserer taktischen Formationen zwei Doppelgeschwader vollwertiger Linienschiffe mit dem notwendigen Zubehör an Kreuzern, Torpedobooten usw. erforderlich. Da das Flottengesetz nur zwei Geschwader vorsieht, ist noch der Bau eines dritten und vierten Geschwaders in Aussicht zu nehmen."

Diese Sätze bedeuteten in anderen Worten: Das Deutsche Reich sollte aus dem Zustande der Wehrlosigkeit zur See heraus, über das Zwischenstadium einer kleinen, sogenannten Ausfallsflotte hinweg zu einer Flotte gelangen, die auch der größten Seemacht der Erde gegenüber einen gefährlichen und deshalb ihrem Angriff entrückten Gegner darstellte. Der Schritt erschien so groß, daß eigentlich nirgends in der Welt geglaubt wurde, es werde gelingen, ihn wirklich zu tun.

Die Jahrhundertwende, die Jahre kurz vorher und kurz nachher zeigen allgemein eine sehr aktive Flottenpolitik der Mächte. Begonnen hatte Japan nach dem siegreichen Kriege gegen China, nachdem die Intervention der drei Kontinentalmächte ihm wesentliche Früchte seiner Siege geraubt hatte, und als es sah, daß die russische Politik in Ostasien, unterstützt von Truppen und Panzerschiffen, entschlossen auf den Besitz der Mandschurei, Koreas und Kwantungs lossteuerte. Japan besaß bald nachher die größten und stärksten Schiffe der Welt. Seine Flotte war nicht groß, aber von verhältnismäßig sehr guter Qualität.

Großbritannien unterstützte Japan mit Geld und diplomatisch. Die britischen Staatsmänner erblickten seit 1895 in Japan den Sturmbock Großbritanniens gegen Rußland in Ostasien.

In Rußland hatte der Zar 1898 einen neuen Flottenplan befohlen, der auf russischen, deutschen, französischen und amerikanischen Werften zur Durchführung gebracht wurde. Jedes neue russische Kampfschiff trat den Marsch nach dem fernen Osten an, Port Arthur wurde, soweit das überhaupt angesichts der russischen Verhältnisse möglich ist, in größter Eile als Festung und Flottenstützpunkt ausgestattet.

In Frankreich hatte das Prinzip der Linienschiffsflotte als Kern und Hauptsache der Kriegführung zur See die Oberhand über den Gedanken

des Kreuzerkrieges gewonnen. Der Marineminister de Lanessan setzte ein Flottenbauprogramm von sechs Linienschiffen, vier Panzerkreuzern und leichten Streitkräften durch. In den damaligen französischen Debatten und gleichzeitig in der Presse wurde zwar überwiegend von England als dem Gegner zur See gesprochen, der für die Zusammensetzung der französischen Wehrkraft maßgebend sein müsse. Es klang aber schon stark die Ansicht durch, daß immer mehr die deutsche Flotte berücksichtigt werden müsse. Man hatte in den letzten beiden Jahren des Jahrhunderts gesehen, daß die Durchführung des deutschen Programmes von 1898 methodisch und pünktlich erfolgte, und konnte sich anderseits der Erkenntnis nicht mehr verschließen, daß durch frühere Unterlassungssünden, hauptsächlich durch den fortwährenden Systemwechsel mit jedem neuen Marineminister die französische Flotte sich in starkem Rückgange befand und schon weit gesunken war. Frankreich war mit großer Schnelligkeit zu einem riesigen Kolonialreiche gelangt, und nun erhob sich die Frage immer gebieterischer: wie sollte man diese gewaltigen Kolonialgebiete mit ihren Küsten verteidigen? Ohne entsprechende Schiffsmengen würden auch die kolonialen Stützpunkte nichts wert sein, sondern, wie de Lanessan sagte: Pferdeställen ohne Pferde gleichen. Dieser Vergrößerung der Aufgaben der französischen Flotte standen gegenüber ihr Rückgang, die wachsende deutsche Rivalität zur See und die erdrückende englische Übermacht. In diese hatte man sich freilich de facto vom Tage von Faschoda an endgültig gefügt. Daran änderten erregte Pressekampagnen und gelegentliche Parlamentsreden nichts mehr, man gewöhnte sich auch schon bald an den Gedanken, die britische Flotte als automatisch wirkenden Schutz gegen die deutsche anzusehen.

Die Vereinigten Staaten hatten nach dem siegreichen Kriege mit Spanien erkannt, daß ihre Siege nicht der absoluten Stärke ihrer Flotte, sondern nur der völligen Minderwertigkeit und Unbereitschaft des spanischen Gegners zu verdanken gewesen waren. Sie erkannten außerdem, daß ihre transozeanische Eroberungspolitik auch, um nur das Errungene festzuhalten, dringend großer Machtmittel zur See bedürfe. Wie kurz nach der Jahrhundertwende die Mehrheit der Amerikaner über diese Frage dachte, zeigt eine der ersten Botschaften des neugewählten Präsidenten Roosevelt an den Kongreß:

„Das Werk des Ausbaues unserer Flotte muß ständig fortgesetzt werden. Kein Punkt unserer auswärtigen oder inneren Politik ist wichtiger als dieser zur Wahrung der Ehre, des materiellen Wohles und vor allem des Friedens unseres Volkes in Zukunft. Ob wir es wünschen oder nicht, wir müssen fürderhin uns darüber klar werden, daß wir nicht minder internationale Pflichten wie internationale Rechte haben. Selbst wenn

wir unsere Flagge in den Philippinen und in Portoriko niederholen, bedürfen wir einer tüchtigen Kriegsflotte von angemessener Größe, oder wir müssen jetzt und für alle Zeit uns des Bewußtseins begeben, daß unsere Nation zu den seefahrenden Völkern rechnet. Falls unser Handel nicht stets unter fremder Flagge fahren soll, müssen wir Mittel haben, um ihn zu schützen. Weit entfernt davon, eine Herausforderung zum Kriege zu sein, bedeutet eine starke gut geschulte Flotte die beste Garantie gegen den Krieg, die billigste und wirkungsvolle Sicherung des Friedens. Die Kosten des Baues und der Indiensthaltung einer solchen Flotte stellen die billigste Prämie einer Friedensversicherung dar, welche unser Volk überhaupt zahlen kann."

Da die Kostenfrage keine Rolle spielte, so ging man mit Energie daran, sofort eine starke Panzerflotte zu schaffen, und die ersten Jahre des neuen Jahrhunderts im besonderen brachten wahre Riesenbauprogramme.

Die Frage liegt nahe, welche Ursachen für dieses auffallende Zugleich in den Seerüstungen der Mächte maßgebend waren. — In Deutschland hatte der Kaiser seit seiner Thronbesteigung versucht, eine tätige und zielbewußte Flottenbautätigkeit in Fluß zu bringen. Es gelang erst mit dem Jahre 1898, nachdem mit dem Staatssekretär Admiral Tirpitz endlich der rechte Mann gefunden worden war. In Frankreich hatte man ebenfalls schon Jahre vorher über den Niedergang der Flotte geklagt, und zwei „Schulen" hatten einander bitter bekämpft, in welcher Weise dem Übel abzuhelfen sei. Faschoda und die beiden Seekriege hatten den entscheidenden Anstoß zur positiven Tat gegeben. Rußland verfolgte schon seit über einem halben Jahrzehnte seine ostasiatische Politik, die es ohne starke Flotte durchführen zu können nicht glaubte. Die Gründe und Verhältnisse im Deutschen Reiche haben wir erörtert. Die Vereinigten Staaten zogen die praktische Konsequenz aus ihrem Kriege, aus ihren Errungenschaften und den neuen imperialistischen Zielen. Japan bereitete sich zielbewußt auf einen Zukunftskampf vor, den die japanischen Staatsmänner klarer voraussahen als die aller anderen Mächte, weil sie willens waren, ihn im richtigen Augenblick zu führen.

Es handelte sich also auch jetzt, wenn man ganz unparteiisch auf jene Periode zurückblickt, keineswegs um ein „Wettbauen", wie oft in Deutschland behauptet wurde, nicht um ein gegenseitiges Sichüberbieten, sondern darum, daß jede der Mächte ihre eigenen Aufgaben zur See und Übersee dringend und drängend vor Augen sah und diesen Rechnung zu tragen entschlossen war. Daß aber diese Bedürfnisse alle im selben Jahrzehnte akut wurden, begründete sich einfach in der Tatsache, die das Wort des Deutschen Kaisers vom „Zeitalter des Verkehrs" treffend be-

zeichnete. In dieser Tatsache lagen die Begriffe und Notwendigkeiten der Weltwirtschaft und damit der Weltpolitik einschließlich Kolonialpolitik, und in weiterer Folge der sich steigend vermehrenden internationalen Reibungsflächen enthalten. Das gilt für jede einzelne der angeführten flottenbauenden Mächte, auch für Rußland: Hätte Rußland nicht den Bau seiner großen sibirischen Verkehrsader mit der südlichen Abzweigung nach Kwantung unternehmen können, so würde es seine Flotte in solcher Stärke im fernen Osten nicht gebraucht haben. Die Flotte war für Rußland ein sekundäres Mittel seiner Weltwirtschaft und Weltpolitik, weil ihm als primäres die Landverbindung zur Verfügung stand. Da es aber galt, die ostasiatische Stellung den anderen Seemächten, zumal Japan gegenüber, zu erobern und zu befestigen, so war eine starke Flotte gleichwohl unerläßlich. Den umgekehrten Weg mußte Japan, die Insel, gehen, um durch die Seeverbindung als primäres Moment auf das Festland zu gelangen und sich dort auszubreiten.

Die Auffassung war und ist weit verbreitet, daß Großbritannien durch jene Jahre der Flottenprogramme und beginnenden Flottenrüstungen in Erregung und Unruhe versetzt, daß im besonderen der englisch-deutsche Gegensatz und das tiefgehende Mißtrauen auf englischer Seite hauptsächlich durch die deutschen Flottenprogramme von 1898 und 1900 verursacht worden sei. Diese Annahme wird durch keinerlei Tatsachen gestützt.

Im Unterhause äußerte sich der Erste Lord der Admiralität, Mr. Goschen, ausführlich über das deutsche und das französische Flottenprogramm und sagte: man dürfe sich über die großen Flottenprogramme dieser beiden Mächte nicht aufregen, noch beunruhigen. Die Programme seien ja zwar sehr groß, aber sie verteilten sich bei den Franzosen über sechs, bei den Deutschen sogar über sechzehn Jahre und machten daher einen größeren Eindruck, als der militärischen Wirklichkeit entsprechen werde. Natürlich müsse Großbritannien mit Aufmerksamkeit die Entwicklung der Dinge verfolgen und nicht nur in Europa, sondern auch die Fortschritte der Marine der Vereinigten Staaten und der Japans, jedoch wäre es für Großbritannien zweckmäßiger, seine Bauprogramme von Jahr zu Jahr festzusetzen, anstatt für längere Zeit. Auch im folgenden Jahre noch drehten sich gewisse maritime Sorgen in Großbritannien nur um die Frage, ob die britische Flotte einem Zusammenwirken der russischen und der französischen im Kriege gewachsen sein werde, da ein solcher Krieg weites örtliches Auseinanderziehen der britischen Geschwader notwendig machen werde.

Sorge oder Feindseligkeiten hinsichtlich der deutschen Flottenpläne waren also nicht vorhanden. Man dachte, daß es ungleich leichter sei,

ein gewaltiges Flottenprogramm aufzustellen und selbst es zur Bewilligung zu bringen, als es entsprechend im selben Umfange und im programmäßigen Zeitraume zur Durchführung zu bringen. Die öffentliche Meinung beider Länder freilich bediente sich der deutschen Flottenpläne auf das weitgehendste, um einen Kampf der Worte und der Stimmungen in Versammlungen und Zeitungen durchzufechten. In der deutschen Bevölkerung war jahrelanger, mit Bitterkeit gemischter Grimm gegen England aufgehäuft und durch den Burenkrieg zur Explosion und zu höchster Steigerung gebracht worden. Das Gefühl der Ohnmacht zur See England gegenüber hatte dieses Gefühl noch verschärft. Nun kamen die Flottengesetze, und mit der Zukunftswaffe einer starken deutschen Flotte, die jetzt erst eben mit Mühe auf das Papier gebracht worden war, drohte man England und schmiedete weitfliegende Zukunftspläne. In Deutschland und ebenso in Großbritannien ist oft über diese öffentlichen Erörterungen geklagt worden, und noch heute sagt man, nicht zum wenigsten sie hätten die deutsch-englischen Beziehungen so sehr verschlechtert. Einer näheren Prüfung können diese Behauptungen schwerlich standhalten, denn, wie gesagt, spielte für alle ernsteren Engländer, zumal die englischen Staatsmänner, der Gedanke an eine deutsche Flotte noch keine Rolle. Vielmehr trachtete man nach wie vor, in ein freundliches und möglichst enges Verhältnis mit dem Deutschen Reiche zu gelangen.

Was aber den „Lärm“ anlangt, der von der zweiten Hälfte der neunziger Jahre an in Deutschland um die Flotte und was mit ihr zusammenhing, gemacht wurde, so war dieser ein notwendiges Übel. Wenn man die Flotte wollte, so mußte Aufklärung erfolgen und Agitation dafür gemacht werden, und unter Ausschluß der Öffentlichkeit läßt sich bekanntlich gerade dieses Geschäft nicht betreiben, weil die Öffentlichkeit seine Grundlage und sein Lebenselement ist. Daß Übertreibungen, törichte Phantasien, vor allem zeitliches Vorgreifen in dieser Flottenagitation vorkamen, ist selbstverständlich genug, und ebenso, daß deren Wirkung eine schädliche Seite haben mußte. Dieses Übel war aber nicht nur notwendig, sondern es war auch das kleinere Übel. Wie der alte Fürst Hohenlohe im Reichstage sagte: „Es handelt sich da nicht allein um den Schutz einzelner Schiffe oder um den Nachdruck, mit dem Forderungen in fremden Ländern zu unterstützen sind, sondern es handelt sich darum, unsere Existenz als handeltreibende Weltmacht zu sichern. Das Deutsche Reich darf nicht abhängig sein von dem guten Willen anderer mächtigerer Nationen; es muß auf eigenen Füßen stehen und auf Achtung zählen können.“

Die Wendung „abhängig sein von dem guten Willen anderer mächtigerer Nationen“ bezog sich offenbar auf das Verhältnis zu England. Und

dieselbe Beziehung lag vor, als der Staatssekretär Graf Bülow sagte: es sei mit der Möglichkeit zu rechnen, daß man versuchen könnte, uns Beleidigungen zuzufügen, die das deutsche Volk nicht akzeptieren könne. — Auch das konnte sich nach Lage der Dinge auf keine andere Macht, sondern nur auf Großbritannien beziehen.

Beides war richtig, beides brachte zwei Kernpunkte der deutschen Flottennotwendigkeit zum Ausdruck. Diese Gesichtspunkte waren damals auch, jedenfalls in ihrer oberflächlicheren Bedeutung, zum Gemeingute der öffentlichen Meinung in Deutschland geworden. Was aber für die Handhabung der auswärtigen Politik die Durchführung des Entschlusses bedeuten würde, einen ganz neuen, sehr starken maritimen Machtfaktor zwischen die anderen Mächte zu stellen, darüber waren sich wohl nur wenige Menschen in Deutschland klar. Die anderen europäischen Mächte hatten stets Flotten gehabt, bald stark, bald minder stark, aber immer beachtenswert. Eine nennenswerte deutsche Flotte war nicht vorhanden gewesen, mit einem maritimen Machtfaktor in der Nordsee und Ostsee hatte keine Macht vorher zu rechnen gebraucht. Nun sollte ein Faktor hier geschaffen werden, und zwar in Gestalt einer Flotte, welche als Schutzflotte imstande wäre, ihre Aufgabe zu erfüllen. Eine solche kriegsbereite Macht übt schon durch ihr Vorhandensein in Friedenszeiten unausgesetzt ihren Einfluß. Die anderen Seemächte müssen im Sinne des Wortes mit diesem neuen Faktor rechnen, denn er ist immer da, er läßt sich nicht eliminieren, auch nicht placieren, wo es bequem wäre. Er bildet vielmehr das Werkzeug einer selbstwollenden anderen Macht und von Interessen und von Zielen, die manchmal gleichlaufend, oft aber denen anderer Mächte entgegengesetzt sind. Von jeher haben sich die Nationen und Mächte nur höchst unwillig mit neuen Machtfaktoren abgefunden und meist versucht, sie zu ersticken, ehe sie zu groß geworden waren, mochte es nun auf dem Lande oder auf dem Wasser sein.

Man möchte annehmen, daß den leitenden Männern in Deutschland damals ähnliche Erwägungen nicht ferngelegen haben, gerade weil sie wußten, weil ihnen die Stärke ihres Willens, ihrer Kenntnis der Verhältnisse und Menschen die Sicherheit gab, daß das große Programm durchgeführt werden würde; was viele andere nicht glaubten. Diese leitenden Männer aber mögen sich auch gesagt haben, daß man während der langen Kindheitsjahre der neuen Flotte nach Möglichkeit alles tun müsse, um ernstere Reibungen mit dem gefährlichsten Gegner eben dieser Flotte zu vermeiden. Es bedarf nicht des besonderen Hinweises, daß ein derartiges Vermeiden nicht als um jeden Preis empfehlenswert gemeint sein konnte. Wohl aber lag auf der Hand, daß es die Sache einer klugen Politik war, keine Lagen eintreten zu lassen, in denen man sich sagen mußte:

das Deutsche Reich könne sich dieses oder jenes nicht gefallen lassen, es müsse seine Politik und sein Ansehen mit allen Mitteln vertreten, und — dann im letzten Augenblick sich auf das Ballen der Faust in der Tasche beschränken, weil eben der Machtfaktor, auf den gestützt allein man eine solche Politik hätte treiben können, zum bei weitem größten Teile noch auf dem Papier stand. Dazu kam zunächst erleichternd die offene Neigung und das Bestreben Großbritanniens, eine gemeinsame überseeische Politik mit dem Deutschen Reiche zu treiben. Diese Neigung begegnete sich mit dem eben auseinandergesetzten Bedürfnisse Deutschlands, hatte somit viel Verlockendes auf der einen Seite für sich. Auf der anderen schreckten die Spuren der Caprivischen Englandpolitik mit ihren beiden gleich gefährlichen Extremen: deutsch-russische Entfremdung, Vasallenverhältnis zu Großbritannien auf dem ganzen Gebiete der kolonialen und der überseeischen Politik. Diese Klippen zu vermeiden, dürfte ungefähr der Hauptinhalt der Politik gewesen sein, welche Fürst Bülow unter der Politik der freien Hand verstand. Es ist gerade für die Bülowsche Politik und den geringen Grad, in dem ihre Grundzüge in Deutschland verstanden worden sind, charakteristisch, daß er wieder und wieder auf die freie Hand England gegenüber hingewiesen hat. Wir haben schon verschiedentlich derartige Äußerungen zitiert, und es möge noch eine folgen, die im Dezember 1900, also nachdem der Burenkrieg fünfviertel Jahre gedauert hatte, getan wurde: „Wir stehen England gegenüber vollständig unabhängig da, wir sind nicht um eines Haares Breite mehr auf England angewiesen als England auf uns. Aber wir sind bereit, auf der Basis gegenseitiger Rücksichtnahme — über diese selbstverständliche Vorbedingung für ein aufrichtiges Verhältnis zwischen zwei Großmächten haben wir keine Großmacht je im Zweifel gelassen —, ich sage: wir sind bereit, auf dieser Basis mit England in Friede, Freundschaft und Eintracht zu leben."

Daß eine solche Politik an sich schwierig war, oft verschiedene Gesichter zeigen und, um einen Bismarckschen Ausdruck zu gebrauchen, „wenden" mußte, lag auf der Hand; vor allem aber ihre Schwierigkeit, die leicht zur Unmöglichkeit werden konnte, — wenn man von vornherein entschlossen war, einem Kriege unter beinahe allen Umständen auszuweichen.

## Boxerkrieg und Yangtse-Vertrag.

Feindlichkeit gegen die Fremden bestand in China, seitdem Fremde dort waren. Dazu kam von Norden immer drohender die russische Gefahr; auch die Besetzung Port Arthurs durch die Russen und die Ansammlung immer stärkerer russischer Geschwader vor Port Arthur; schließlich die gewaltigen Bahnpläne und Arbeiten, welche von den Regierenden

in China zum Appell an den Aberglauben des Volkes benutzt wurden. Im Sommer 1899 schrieb eine chinesische Zeitung: „China ist heute auf dem Punkte angelangt, daß es in Stücke gehen wird wie ein irdener Topf; es schwebt in derselben Gefahr, in Stücke zu brechen wie Eier, die man aufeinander häuft.“

Lokale Unruhen mit fremdenfeindlicher Spitze waren nichts Ungewöhnliches und ebensowenig, daß diese sich auf der Basis geheimer Gesellschaftsbildung entwickelten und betätigten. Im Januar 1900 wurden die Gesandtschaften der Mächte in Peking zuerst ernstlich aufmerksam auf eine Bewegung in der Provinz Tschili (die Hauptstadt des Chinesischen Reiches, Peking, ist in dieser Provinz gelegen). Man maß zunächst der Sache eine ernstere Bedeutung um so weniger bei, als im Jahre 1899 ähnliche Bewegungen, Unruhen in der Provinz Schantung, ohne besondere Mühe erstickt worden waren. An der Küste von Schantung liegt bekanntlich das deutsche Pachtgebiet von Kiautschou. Die Besitznahme dieser Bucht, die Vorarbeiten zu einem Bahnbau ins Innere waren von den beiden chinesischen Geheimgesellschaften „Die rote Faust“ und „Das große Messer“ zur Hetze gegen Deutschland und die Deutschen benutzt worden. Der deutsche Gouverneur von Kiautschou und der chinesische Generalgouverneur von Schantung, der später so berühmt gewordene Juanschikai, waren mit Leichtigkeit der Bewegung Herr geworden und sahen etwaigen Wiederholungen mit Ruhe entgegen.

In Tschili schwoll die Bewegung jedoch so schnell an, daß Ende Januar 1900 die Vertreter der Mächte bei der chinesischen Regierung Vorstellung erhoben und verlangten, daß diese „Die rote Faust“ und „Das große Messer“ als staatsgefährlich und fremdenfeindlich bezeichnen und ihre Mitglieder als dem Gesetze verfallen erklären sollte. Die chinesische Regierung suchte die Verhandlungen in die Länge zu ziehen und ließ sich erst nach starkem Drucke auf ein entsprechendes Edikt ein, ohne freilich auch die „Gesellschaft vom großen Messer“ zunächst für gesetzwidrig zu erklären. Wie spätere Ereignisse und Enthüllungen gezeigt haben, stand die Regierung, vor allem die Kaiserin-Mutter, durchaus auf der Seite der fremdenfeindlichen Bewegung und unterstützte sie heimlich. Der Aufruhr wuchs infolgedessen, überall in Tschili zogen Banden umher, zerstörten christliche Kirchen und zeigten immer deutlicher ihren fremdenfeindlichen Charakter. Schließlich besetzten sie die beiden Bahnstrecken, welche Peking mit seinem Hafen Tientsin und Paotingfu verbinden, und bedrohten Peking. Der chinesischen Regierung begann die Sache nun unheimlich zu werden wegen der in Peking angesessenen Fremden und hauptsächlich der Gesandtschaften. Die Gesandten beantragten nunmehr bei ihren Regierungen, daß ihnen von den Besatzungen der an der

Küste liegenden Kriegsschiffe Schutzdetachements gesandt würden. Diese trafen auch ein. Weil man ferner fürchtete, die Verbindung von Peking nach der See würde ganz zerstört werden, da der Eisenbahnverkehr unterbrochen und die Telegraphenlinien zerstört waren, so erhielten die Geschwaderchefs Weisung von ihren Regierungen, für die Aufrechterhaltung der Verbindung mit Peking zu sorgen. Inzwischen taten die Regierung und die Kaiserin-Mutter kurze Zeit so, als ob sie gegen die Aufrührer vorgehen wollten, und das war der Grund, daß der deutsche Gesandte eine weitere Verstärkung des Schutzdetachements für unnötig erklärte und es anwies, in Tientsin zu bleiben. Wenige Tage nachher wurde der Gesandte Freiherr v. Kettler in Peking auf der Straße erschossen. Zugleich war Peking tatsächlich von allen Verbindungen nach außen abgeschnitten. Es folgte die vergebliche Expedition der vereinigten Landungskorps unter dem Befehle des englischen Admirals Seymour, um bis nach Peking vorzudringen. Auch in Tientsin gestaltete sich die Lage immer gefährlicher, und nur der Erfolg der Einnahme der Forts bei Taku — es sei an die Namen „Iltis" und Kapitän Lans erinnert — gestattete, nach scharfen Kämpfen Tientsin zu entsetzen. Alle Mächte entsandten nun so schnell wie möglich mehr Kriegsschiffe mit verstärkten Landungskorps, außerdem in weiterer Folge Truppen auf Transportdampfern, die aus freiwilligen Angehörigen der Armee gebildet waren.

Der militärische Verlauf ist bekannt, und es liegt außerhalb des Rahmens unserer Betrachtungen, näher auf ihn einzugehen. Von politischem Interesse war lediglich die Frage des Oberkommandos der internationalen Truppen. Der Feldmarschall Graf Waldersee hat bekanntlich diesen Oberbefehl geführt, und es ist seinerzeit viel darüber gestritten worden, ob die Anregung dazu vom Deutschen Kaiser oder vom Zaren ausgegangen sei. Aller Wahrscheinlichkeit nach hat sich die Sache derart abgespielt, daß zunächst der Deutsche Kaiser sich rein persönlich und vertraulich mit dem Zaren über die Frage eines gemeinsamen Oberkommandos in Verbindung gesetzt hat und daß als Folge dieses Gedankenaustausches die amtliche und öffentliche Anregung eines deutschen Oberkommandos vom Zaren ausgegangen ist. Der Deutsche Reichskanzler erklärte sich folgendermaßen: „Der Gedanke eines deutschen Oberbefehls beruhte auf einer von außen her auf amtlichem Wege an uns gelangten Anregung. Mehr, meine Herren, kann ich nicht sagen, weil es sich handelt um einen Gedankenaustausch zwischen Souveränen und Staatsoberhäuptern, und ganz abgesehen davon gibt es auch Fälle, wo mir das Staatsinteresse ein Schloß vor den Mund legt." Ein anderes Mal versicherte der Kanzler, daß man deutscherseits die Truppen gern einem fremden Oberbefehl unterstellt hätte, besonders habe man diesen Wunsch

nach Rußland hin zu erkennen gegeben. Von verschiedenen Seiten wäre aber der Wunsch hervorgetreten, daß ein deutscher Offizier das Oberkommando über die internationalen Truppen in der Provinz Tschili übernehmen sollte.

Aus der Mission des Grafen Waldersee ist seinerzeit sehr viel mehr gemacht worden, als ihrer Bedeutung entsprach. Die Übertreibungen und Feiern schoben die Angelegenheit in ein zunächst peinliches Licht. Heute wird man immerhin sagen müssen, daß diese Erledigung der Oberkommandofrage aller Wahrscheinlichkeit nach günstiger und praktischer gewesen ist, als irgendeine andere es gewesen sein würde. Die Frage des Oberkommandierenden ist zweifelsohne von Anfang an zwischen den Mächten nicht als eine rein militärische, sondern vorwiegend als eine politische behandelt worden. Die Schwierigkeit der Wahl hieß: Rußland-England. Keine dieser beiden Mächte würde ihre Truppen einem englischen bzw. russischen Oberbefehlshaber unterstellt haben. Beiden war ein deutscher Oberbefehlshaber angenehm, weil die deutsche Politik in Ostasien in jenem Augenblicke noch ebensowohl den Wünschen Rußlands wie denjenigen Großbritanniens voll entsprach. Daß Deutschland ebensowenig wie England seine Truppen einem französischen Befehlshaber unterstellen würde, lag ohne weiteres auf der Hand, und abgesehen von der Schwierigkeit der Autoritätsfrage hatte die Übertragung des Oberbefehls an einen General etwa Italiens oder Österreichs noch den weiteren Haken: ob eine geeignete Persönlichkeit vorhanden war. Die des Grafen Waldersee wurde allgemein als solche anerkannt, dazu kam die Tatsache, daß dem Deutschen Reiche, als durch den Mord seines Gesandten am schwersten beleidigt und provoziert, militärisch gewissermaßen die Vorhand zugebilligt wurde. Diese Erwägung wäre freilich nicht maßgebend gewesen, wenn sie im Widerspruche zu den übrigen erwähnten Gesichtspunkten gestanden hätte. Alles in allem handelte es sich also um recht nüchterne Erwägungen. Das bißchen Prestige, das eine Zeitlang in Deutschland blendete, kam weder als tatsächlicher Vorteil in Betracht, noch verschleierte es, wie damals vielfach angenommen wurde, ein deutsches Nachlaufen hinter anderen Mächten. Diese, besonders Rußland und England, gaben ihre freudige Zustimmung auch nicht nur, um einem persönlichen Wunsche des Deutschen Kaisers eine Gefälligkeit zu erweisen, die zu nichts verpflichtete, sondern weil ihnen die Wahl praktisch erschien. In Deutschland ist die Mission des Marschalls nur durch die Übertreibungen in Mißkredit gekommen; sie erweckten Erwartungen, die nicht erfüllt werden konnten. Das einzige Erwähnenswerte während seiner Befehlsführung war die übrigens zu erwartende Erscheinung, daß in Frankreich die Unterordnung unter einen

deutschen General vielfach lebhafte Erbitterung erregte. Versetzt man sich an die Stelle der Franzosen, so waren diese Gefühle begreiflich.

Die Großmächte traten in die ostasiatischen Verhältnisse des Jahres 1900 schon mit ganz bestimmten, wennschon meist nicht ausgesprochenen politischen Programmen ein. Es war bezeichnend für den bereits damals vorhandenen Grad der Intimität zwischen Großbritannien und Japan und für die Absichten beider, daß vierzehn Tage nach der Ermordung des deutschen Gesandten, Baron v. Kettler, in Peking die englische Regierung der japanischen mitteilen ließ: Japan sei die einzige Macht, die imstande wäre, rasch Verstärkungen nach Tientsin zu senden. Keine europäische Macht widersetzte sich dieser Maßnahme. Japan antwortete: es sei bereit zum Eingreifen mit einer größeren Truppenmacht, wenn es die Zusicherung erhalte, vor Verwicklungen geschützt und für seine Geldaufwendungen entschädigt zu werden. Lord Salisbury antwortete: Japan lade eine schwere Verantwortlichkeit durch weiteres Zögern auf sich. Großbritannien sei bereit, die finanzielle Verantwortlichkeit für die japanische Aktion zu übernehmen, soweit diese sich auf die Rettung der Gesandtschaften in Peking beziehe. Japan dürfe aber nicht mehr zögern, hauptsächlich mit Rücksicht auf den verhängnisvoll schleppenden Gang internationaler Verhandlungen. — Japan landete hieraufhin Truppen, während die übrigen Mächte sich auf Ausschiffung der Landungskorps ihrer ostasiatischen Geschwader beschränkten, bis zum viel späteren Eintreffen der von der Heimat aus in Marsch gesetzten Truppentransporte. Nur Rußland schob seine Regimenter sofort aus Sibirien vor.

Die russischen Regimenter eroberten und besetzten in der Mandschurei die Städte Charbin, ferner Niutschwang und Aigun. Die chinesische Regierung zögerte nicht, den Abzug der russischen Truppen aus der Mandschurei zu verlangen. Es ist anzunehmen, daß auch von britischer Seite damals schon Bedenken geäußert worden sind. Immerhin konnte Rußland seine Eroberung der Mandschurei, denn darum handelte es sich, vorläufig mit der Tatsache rechtfertigen, daß die chinesische Aufstandsbewegung eben dort um sich griff. Ob das freilich Grund oder Folge der russischen Invasion bedeutete, war eine andere Frage. Jedenfalls mußte man anerkennen, daß Rußland mit außerordentlicher Promptheit den Augenblick wahrgenommen und die Lage benutzt hat.

Die russische Regierung erließ Ende August im Auftrage des Zaren eine Verordnung, die zu einem erheblichen Teile auch bestimmt war, das Mißtrauen anderer Mächte wegen der Mandschureibesetzung zu beschwichtigen. Es hieß darin: Rußland verfolge die Richtschnur der Aufrechterhaltung der früheren Staatsordnung in China, „Beseitigung von allem, was zu einer Aufteilung des himmlischen Reiches führen könne.

Sobald in der Mandschurei die dauernde Ordnung wiederhergestellt ist, auch die unumgänglichen Maßnahmen zum Schutze der Eisenbahn ergriffen sein werden — deren Bau noch eines formellen Einvernehmens mit China bezüglich der Konzession bedarf, die der Gesellschaft der chinesischen Ostbahn verliehen werden soll —, wird auch das Nachbarreich Rußland nicht ermangeln, seine Truppen aus diesem Gebiete zurückzurufen, vorausgesetzt, daß die Handlungsweise anderer Mächte dem nicht im Wege steht."

Zugleich wurde von der russischen Regierung den Mächten die Räumung Pekings empfohlen, da deren Hauptzweck, die Befreiung der Gesandtschaften und der in Peking wohnenden Ausländer, hiermit erreicht sei. Dieser Anregung widersetzte sich, wie gleich bemerkt werden mag, die deutsche Regierung mit der Begründung: eine sofortige Räumung Pekings werde nur als Schwäche der Mächte von China ausgelegt werden und einen um so stärkeren Ausbruch des Ausländerhasses nachher zur Folge haben. Der Hintergedanke des russischen Vorschlages war offenbar, daß dem russischen Vordringen und Walten in der Mandschurei eine lange dauernde internationale Besetzung Nordchinas und seiner Hauptstadt keineswegs günstig sein könne, schon wegen der allgemein konzentrierten Aufmerksamkeit auf alles, was in China vorging. Außerdem war wohl die Absicht, durch den Vorschlag die Kaiserin-Mutter von China und deren Regierung an Rußland zu verpflichten. Die ablehnende deutsche Antwort war sachlich so zutreffend, daß sie eben deshalb gegeben werden mußte. Daß es Deutschland war, die sie gab, und daß die deutsche Regierung anderen Mächten nicht den Vortritt ließ, begründete sich wohl darin, daß dem Feldmarschall Grafen Waldersee der Oberbefehl über die internationalen Truppen in China erteilt worden war. Die englische Presse trat sofort auf die Seite Deutschlands, mit dem Widerspruche gegen den russischen Vorschlag, Peking zu räumen, und erklärte das russische Verfahren für unhöflich gegen die anderen Mächte, deren Einigkeit dadurch nur gestört werden könne. Nichtsdestoweniger wurden unmittelbar nachher die meisten in Peking befindlichen Truppen von dort zurückgezogen, während die Eroberung und Okkupation der Mandschurei erfolgreich und systematisch fortgesetzt wurde.

Diese Ereignisse spielten sich in den Monaten August und September ab. Am 16. Oktober bereits wurde das folgende deutsch-englische Abkommen bekannt. Wegen der großen Bedeutung, welche dieses Abkommen mittelbar bald gewinnen sollte, möge sein Wortlaut folgen:

„Die an den Flüssen und an der Küste Chinas gelegenen Häfen sollen dem Handel und jeder sonst erlaubten wirtschaftlichen Tätigkeit für die Angehörigen aller Nationen frei und offen bleiben; die beiden

Regierungen wollen dies ihrerseits für alles chinesische Gebiet beobachten, wo sie einen Einfluß ausüben können. — Beide Regierungen wollen ihrerseits die schwebende Verwicklung nicht benutzen, um für sich irgendwelche territorialen Vorteile auf chinesischem Gebiete zu erlangen, und werden ihre Politik darauf richten, den Territorialbestand des Chinesischen Reiches unvermindert zu erhalten. — Sollte eine andere Macht die chinesischen Komplikationen benutzen, um unter irgendeiner Form solche territorialen Vorteile zu erlangen, so behalten beide Regierungen sich vor, über etwaige Schritte zur Sicherung ihrer eigenen Interessen in China sich vorher untereinander zu verständigen. — Die beiden Regierungen werden diese Übereinkunft den übrigen beteiligten Mächten, insbesondere Frankreich, Italien, Japan, Österreich-Ungarn, Rußland und den Vereinigten Staaten von Nordamerika mitteilen und sie einladen, den darin niedergelegten Grundsätzen beizutreten."

Dieses Abkommen ist unter dem Namen des Yangtseabkommens bekanntgeworden und war in jenem Augenblicke ein Ereignis von erheblicher Bedeutung. Diese Bedeutung lag zunächst darin, daß Deutschland und Großbritannien sich zur Aufrechterhaltung der Freiheit des Handels und jeder sonst erlaubten wirtschaftlichen Tätigkeit für alle Nationen gegenseitig verpflichteten, und zwar überall da, „wo sie einen Einfluß ausüben können". Das war also die „offene Tür". Jene Flüsse, mit deren Erwähnung das Abkommen beginnt, in erster Linie der Yangtse, sind für das Eindringen des Handels in das ungeheure chinesische Gebiet von einer gar nicht zu überschätzenden Bedeutung, und zwar nicht nur, weil sie an sich Straßen für den Handel nach innen bilden, sondern weil sie durch ausgedehnte fruchtbare Täler fließen, die ihrerseits wieder die Hauptadern des chinesischen Wirtschaftslebens darstellen. Die Interessen Großbritanniens im Yangtsetale waren von Anfang an groß gewesen, die deutschen Interessen ebendort befanden sich in schnellem Wachsen. Die erste Bestimmung des Abkommens lag also im deutschen Vorteile.

Die zweite Bestimmung des Abkommens enthält die gegenseitige Verpflichtung, keinerlei territoriale Vorteile in China unter Benutzung der Unruhen zu erlangen, also kein chinesisches Gebiet zu besetzen und zu nehmen. Viel weiter als diese gegenseitige Verpflichtung geht der Schluß des Satzes: daß die beiden Mächte ihre Politik darauf richten werden, den Gebietsbestand des Chinesischen Reiches unvermindert zu erhalten. Darin liegt die Perspektive eingeschlossen, daß Großbritannien und Deutschland sich verpflichtet sehen könnten, gemeinsam Front gegen solche Bestrebungen zu machen. Und diese Möglichkeit selbst betrachtet der Absatz 3 des Abkommens: wenn eine andere Macht die chinesischen Komplikationen zu Gebietserwerbungen benutzen sollte, so würden Eng-

land und Deutschland sich über etwaige Schritte verständigen. Nicht minder wichtig war der Schlußabsatz, daß dieses Abkommen allen beteiligten Mächten mitgeteilt wurde unter gleichzeitiger Aufforderung, den darin vertretenen Grundsätzen beizutreten. Nach nicht langer Zeit erfolgten entsprechende Zustimmungen von seiten aller Mächte. — —

In Deutschland war vielfach die Ansicht vertreten, dieses Abkommen möge an und für sich ganz gut sein, könne jedoch uns leicht Rußland entfremden. Denn welche andere Macht konnten England und Deutschland meinen, wenn sie auf territoriale Gebietserwerbungen unter Benutzung der chinesischen Komplikationen seitens einer Macht anspielten! Aller Augen waren damals nach China gerichtet, nach Peking, und vor allem nach der Mandschurei. Die Beschwerde der Pekinger Regierung gegen das russische Vorgehen in der Mandschurei wurde schon erwähnt, und wir haben gesehen, wie in der russischen Note eine Räumung der Mandschurei in Aussicht gestellt wurde: nach Herstellung dauernder Ordnung, nach Ergreifung unumgänglicher Schutzmaßnahmen für die Eisenbahnen und vorausgesetzt, daß die Handlungsweise anderer Mächte dem russischen Vorhaben, seine Truppen zurückzurufen, nicht entgegenstände. — Wie viele Wenns und Abers, wie viele Möglichkeiten und Hintertüren in diesen Sätzen lagen, darüber war man sich in der ganzen Welt klar, und am meisten Besorgnis erregte die Mandschureifrage damals in Großbritannien und in Japan. Auf Japan ging allem Anscheine nach die Andeutung der russischen Note von der „Handlungsweise anderer Mächte“.

Rußland allein schien in dem deutsch-englischen Abkommen eigentlich gemeint, als dieses den anderen beteiligten Mächten bekanntgegeben und zur Anerkennung vorgelegt wurde. Mit einer gewissen Spannung mag man die Stellungnahme der russischen Regierung abgewartet haben. Diese traf wenige Tage darauf ein, erkannte die ersten Punkte des Einvernehmens als für Rußland sympathisch an, weil beim Entstehen der gegenwärtigen chinesischen Verwickelungen gerade Rußland als erste Macht die Integrität Chinas proklamiert habe. „Was den dritten Punkt betrifft, der die Möglichkeit einer Verletzung des Grundprinzipes voraussieht, so kann die russische Regierung nur ihre Erklärung erneuern, daß eine derartige Verletzung (der Integrität Chinas) Rußland zwingen würde, die von ihm eingenommene Haltung je nach den Umständen zu ändern.“

Die russische Note dreht gewissermaßen den Spieß um, indem sie eine Verletzung der chinesischen Integrität durch Rußland als völlig außer der Möglichkeit liegend ansieht. Die russische Regierung behält sich aber freie Hand vor, und zwar selbständig, ohne Verpflichtungen oder Ver-

einbarungen anderen Mächten gegenüber, wenn die Integritätsverletzung durch eine andere Macht erfolgen sollte. — In diesen Wendungen lag also der sehr bedeutende Vorbehalt eingeschlossen, daß Rußland allein und ohne andere Mächte zu fragen darüber entscheiden werde, wann es die Integrität Chinas verletzt erachte, und wie es sich zu dieser Verletzung stellen werde.

Als nach dem Friedensvertrage von Peking und nach Beruhigung der Provinz Tschili die Mächte ihre Truppen aus China zurückzogen, behielt Rußland seine Streitkräfte in der Mandschurei und verstärkte sie sogar an verschiedenen Punkten. Man glaubte in St. Petersburg den Augenblick gekommen, um mit einem Schlage die Mächte vor eine vollendete Tatsache zu stellen und eine „Mandschureifrage" überhaupt nicht aufkommen zu lassen. Die russische Regierung versuchte, China zu einem Sondervertrage über die Mandschurei zu veranlassen. Der Wortlaut des Vertragsentwurfes ist nicht veröffentlicht worden, es soll sich aber um folgende Punkte gehandelt haben: Die russische Regierung ging von der Voraussetzung aus, daß während der verflossenen Aufstände in China die chinesische Regierung in allen übrigen Provinzen des Reiches mit allen Mächten zu tun gehabt habe, in der Mandschurei jedoch ausschließlich mit Rußland, wie die Mandschurei ja überhaupt im Chinesischen Reiche eine Sonderstellung einnähme. Rußland verlangte demgemäß von China die Aufsicht über die Verkehrswege, ferner die Landespolizei, die Verwaltung usw. Gleichzeitig wurde freilich die Fiktion aufrechterhalten, daß später einmal die Mandschurei von russischen Truppen geräumt werde; wann? — das ließ man in dieser russisch-chinesischen Zwiesprache ganz auf sich beruhen, und die Chinesen waren klug genug, zu wissen, was das bedeutete. Die chinesische Regierung hat, wahrscheinlich inoffiziell, den übrigen Mächten, in erster Linie Japan und England, Kenntnis vom russischen Ansinnen gegeben. In England erzeugten diese Nachrichten große Sorge und Erregung. Im Frühjahr 1901 wurde die Frage eines russisch-chinesischen Mandschureiabkommens im Unterhause erörtert und an die Regierung die Frage gestellt, ob Deutschland, Großbritannien und Japan Einspruch gegen die Ratifizierung des Abkommens erhoben hätten, da dieses Rußland einen beherrschenden Einfluß in der Mandschurei unter Ausschluß aller anderen Nationen gewähren würde. Der Vertreter der Regierung gab die Antwort: die Angelegenheit unterliege der ernstesten Aufmerksamkeit der Regierungen und sei Gegenstand diplomatischer Verhandlungen zwischen den Mächten.

Die kurze Zeitspanne, welche diese diplomatischen Verhandlungen einschloß, ist wahrscheinlich für die Richtung der deutschen Politik während der kommenden zehn Jahre und besonders für die deutsch-englischen

Beziehungen entscheidend geworden. Es handelt sich um die Frage und um die Entscheidung, ob das Deutsche Reich im Vereine mit Großbritannien und mit Japan gegen die russische Mandschureipolitik, im besonderen gegen den beabsichtigten Vertrag mit China protestieren wollte oder nicht. In England erwartete man mit Bestimmtheit, daß dies der Fall sein werde. Der Deutsche Reichskanzler nahm im Monat März des Jahres 1901 Gelegenheit, und zwar nicht auf besondere Anfrage, sondern in der Absicht einer Kundgebung „aus dem Fenster“ in folgender Weise die deutsche Stellung auszudrücken. Er sprach von gewissen Divergenzen zwischen den Mächten in China, von denen die einen hauptsächlich wirtschaftliche Interessen, die anderen hingegen mehr politische Ziele verfolgten. „Deshalb auch haben wir das deutsch-englische Abkommen abgeschlossen, dessen Tendenz ich damals dahin zusammenfassen konnte, einerseits die Integrität von China so lange als möglich aufrechtzuerhalten, anderseits uns in China nur so weit zu engagieren, als dieses für unseren Handel geboten ist. Auf die Mandschurei bezieht sich das deutsch-englische Abkommen nicht.“ Man habe bei den Verhandlungen mit England über das Abkommen den britischen Staatsmännern gegenüber keinen Zweifel gelassen, daß Deutschland dasselbe nicht auf die Mandschurei bezöge. Man habe dort keine nennenswerten Interessen. „Was aus der Mandschurei wird, — ja, meine Herren, ich wüßte wirklich nicht, was uns gleichgültiger sein könnte.“ Fürst Bülow deutete also das Abkommen derart, daß sich das deutsche Interesse in China nur auf die Teile erstrecke, wo man Einfluß habe, mithin nicht auf die Mandschurei. Anderseits hatte Rußland durch die wiederholt gegebene Versicherung, es werde eines Tages die Mandschurei wieder räumen, etwaigen Versuchen Englands den Boden entzogen, jedenfalls dem Wortlaute nach, den zweiten und dritten Teil des deutsch-englischen Abkommens auf Rußland anzuwenden: nämlich die Erhaltung des chinesischen Territorialbestandes, und in weiterer Folge die Erwägung gemeinsamer Maßnahmen gegen eine dritte Macht, welche „unter irgendeiner Form die chinesischen Komplikationen benutzen sollte, um territoriale Vorteile zu erlangen.“ —

Gegen die Auslegung des Deutschen Reichskanzlers ließ sich nichts einwenden, um so weniger, als nach seiner Angabe Deutschland bereits während der Verhandlungen mit England sich in diesem Sinne geäußert hatte. Lord Salisbury erklärte auf eine Anfrage im Unterhause, daß die Behauptung, Deutschland habe bei den Verhandlungen die Mandschurei ausgeschlossen, nicht den Tatsachen entspreche. Lord Lansdowne als Staatssekretär des Äußeren erklärte aber, eine Einschränkung bestehe nur in der damals gemachten Andeutung der deutschen Regierung, sie sähe die Mandschurei nicht als eins ihrer Einflußgebiete an, obgleich die beiden

einzigen dortigen Häfen bereits geöffnet seien. Hinsichtlich der chinesischen Gebietsintegrität habe Deutschland aber keine Einschränkungen gemacht. Beide Staatsmänner stellten sich somit scharf auf den Standpunkt, daß die deutsche Auslegung des Abkommens unrichtig sei. Sie verkannten oder wollten verkennen, daß es sich eben um eine Verletzung der Integrität des chinesischen Gebietes im Sinne des Abkommens nicht handelte, ja, auch nicht um einen Versuch dazu, da Rußland ja erklärt hatte, es werde die Mandschurei einmal wieder räumen. Im übrigen war der deutsche Standpunkt, daß die Mandschurei eine gewisse Sonderstellung zu China als Staatswesen einnehme.

Diese deutsche Stellungnahme zum Yangtseabkommen erregte in England tiefe Verstimmung. Sie ist einer der Hauptgründe dafür gewesen, daß dem Fürsten Bülow seitdem in England ein auffallender Haß, gepaart mit unentwegtem Mißtrauen, ohne Unterlaß entgegengebracht worden ist. Wir müssen dahingestellt sein lassen, es ist aber wahrscheinlich genug, ob die deutschen Staatsmänner schon bei Abschließung des Abkommens mit England über die russischen Mandschureiziele genau unterrichtet waren oder wußten, daß die russische Regierung an der Fiktion einer späteren Räumung der Mandschurei festhalten würde. So hielt die Redaktion des Abkommens Deutschland die Tür nach beiden Seiten offen und war an sich außerordentlich geschickt. Wie folgenschwer diese Entscheidung war, sollte sich bald zeigen. Zunächst freilich gelang es den vereinten englischen und japanischen Protesten und Vorstellungen, die russische Regierung zum Zurückziehen jenes Mandschureivertrages zu bewegen. Rußland vertagte die Frage stillschweigend; es fühlte sich im fernen Osten militärisch noch nicht bereit: man wollte die große Bahn erst fertig, Port Arthur als Flottenstützpunkt ausgestattet und eine stärkere Flotte in den ostasiatischen Gewässern haben.

Im Herbste desselben Jahres wohnte der Zar den deutschen Flottenmanövern in Danzig bei. Der russische Minister des Auswärtigen, Graf Lambsdorf, und Fürst Bülow befanden sich bei ihren Souveränen, und die Zusammenkunft verlief in besonders betonter Herzlichkeit, gewissermaßen als Besiegelung einer unausgesprochenen deutsch-russischen Entente in der ostasiatischen Politik. Die Rolle der deutschen Politik war auf Passivität, auf ein sogenanntes Desinteressement hinsichtlich der Mandschurei festgelegt worden. Das gab Rußland eine Rückendeckung von bedeutendem Werte. Niemand erkannte das schärfer als die britischen Staatsmänner, die begriffen, weshalb Fürst Bülow jenes Abkommen mit Vorliebe das Yangtseabkommen nannte. Wenige Tage nach jener Rede erklärte der Kanzler noch einmal, daß das Yangtseabkommen sich in keinem einzigen seiner drei Artikel auf die Mandschurei beziehe. Er fügte hinzu,

immer das Gesicht nach London gerichtet: er freue sich, mitteilen zu können, „daß ich vor zwei Stunden ein Telegramm unseres Botschafters in St. Petersburg erhalten habe, nach welchem der russische Herr Minister des Äußeren dem Grafen Alvensleben seine Genugtuung mit meinen neulichen Ausführungen über China ausgesprochen hat“.

Man sieht, wie diese betonten Wiederholungen, die der Kanzler immer wieder in seine Reden einstreute, den Zweck verfolgten, weder Rußland, noch England im Zweifel zu lassen. Es war die Politik der freien Hand, die hier einen sehr prägnanten Ausdruck fand, denn auch damals hatte Fürst Bülow die deutsche Politik keineswegs gebunden, er hätte in jedem Augenblicke seine Auffassung von dem russischen Vorgehen in der Mandschurei ändern und sich auf die Seite Englands stellen können.

## Entscheidungen und Scheidungen.

Enttäuschung und Verstimmung waren in Großbritannien die Folge der deutschen Desinteressementspolitik der Mandschurei gegenüber. Sie wurde verstärkt und verbittert durch die heftigen Vorwürfe, welche die öffentliche Meinung in Deutschland dauernd gegen die britische Kriegführung und Politik in Südafrika richtete. Die Leiden der Burenfrauen mit ihren Kindern in den Konzentrationslagern nebst anderen Härten und Grausamkeiten hatten Unwillen und Haß auf deutscher Seite auf einen hohen Grad gebracht und hielten ihn dauernd auf der Höhe. Die englische Empfindlichkeit wuchs ihrerseits. Man fühlte jenseits der Nordsee, daß diese Erbitterung und dieser Haß tief gingen und den größeren Teil des deutschen Volkes erfüllten. Die großen Opfer, welche der Krieg in jedem Sinne von der britischen Bevölkerung verlangt hatte, die Erinnerung an die schweren Krisen, die sie, besonders im ersten Teile des Krieges, hatte durchhalten müssen, dabei jetzt das Gefühl, endlich das Ziel erreicht, gesiegt und Südafrika dem britischen Einflusse unterworfen zu haben, — das alles brachte in Großbritannien eine Stimmung hervor, zu deren Träger sich zu machen gerade Chamberlain als Persönlichkeit und als Staatsmann prädestiniert erschien.

In Edinburgh hielt am 25. Oktober Chamberlain eine Rede über den Stand des Krieges, über die Friedensverhandlungen, die Bedingungen usw. Dann sagte er: Wenn die Zeit gekommen sei, werde die Regierung Präzedenzfälle für alles, was sie tun werde, in dem Vorgehen jener Nationen finden, welche die „britische Grausamkeit und Barbarei“ verurteilten. Sie werde aber nie an das heranreichen, was diese Nationen in Polen, im Kaukasus, in Bosnien, in Tonking und im Kriege 1870 taten.

Dieser Vergleich mit dem in ihm liegenden anmaßenden, abfälligen

und ungerechten Urteile erregte ungeheure Entrüstung in ganz Deutschland. Überall im Reiche wurden Protestversammlungen abgehalten, die Zeitungen waren voll von Protesten, kurz, die Stimmung, welche das deutsche Volk erfüllte, war so tief, bitter und allgemein, wie nie zuvor, noch hernach. Sie wandte sich in erster Linie gegen den Minister Chamberlain als den Beschimpfer des deutschen Heeres, als den Unterdrücker der Buren und — freilich unausgesprochen, aber um so tiefer empfunden — den Träger einer Politik, die den Hoffnungen und Träumen eines großen Teiles der deutschen Bevölkerung ein Ende gemacht hatte. Jener beispiellose Ausbruch aber hatte doch tiefere Ursachen als lediglich die Erbitterung gegen den einen Mann. In ihr floß jetzt mit einem Male alles über, was sich im Laufe des letzten Jahrzehntes an nationaler Verletztheit, an Gefühlen des Übervorteiltseins, an Erinnerungen wirklicher oder vermeintlicher politischer Mißerfolge angehäuft hatte. Die gewohnheitsmäßig bevormundende, — bald gönnerhaft, bald tadelnd den Deutschen gegenüber — in der englischen Presse beliebte Sprache, die Selbstverständlichkeit, mit welcher die öffentliche Meinung Großbritanniens das Deutsche Reich und Volk als dem englischen untergeordnet und im Vergleiche zu ihm als minderwertig ansah, waren immer empfunden und nie vergessen worden. Zu all dem kam das Gefühl der Ohnmacht. Die umfangreiche Literatur jener Jahre zeigt, man möchte beinahe sagen auf jeder Seite den Gedanken und die Hoffnung, eines Tages „mit England abzurechnen".

Es konnte nicht fehlen, daß diese Dinge in England einen starken Eindruck machten. Abgesehen von einigen Führern der parlamentarischen Opposition, die Chamberlain heftige Vorwürfe machten, ohne Not „ein großes befreundetes Volk" beleidigt zu haben, betrachtete das englische Volk die deutschen Kundgebungen vorwiegend mit mißfälligem, verächtlichem Erstaunen; man begann einzusehen, daß auf den vorhandenen Grundlagen eine englisch-deutsche Freundschaft derart, wie England sie wünschte, nicht möglich sei. Damals mag den führenden politischen Geistern Großbritanniens die Einsicht gekommen sein, daß England sein Bedürfnis nach festländischem Anschlusse beim Deutschen Reiche nicht befriedigen könne. Verständnis für die Wurzeln deutscher Stimmung bestand im englischen Volke nicht, wohl aber das schon tief gewurzelte Gefühl der Erbitterung und Eifersucht auf Deutschland als wirtschaftlichen Nebenbuhler.

Für die Leiter der Politik des Deutschen Reiches mußte die deutsche Volksstimmung mit ihren Äußerungen sehr unbequem sein, denn man hatte keinerlei Interesse, Großbritannien politisch Deutschland zu entfremden, soweit es nicht durch zwingende Interessen des Deutschen Reiches

geboten war. Das Programm war: so lange wie irgend möglich die Politik der freien Hand zwischen Rußland und England treiben unter Aufrechterhaltung freundlicher, tunlichst vertrauensvoller Beziehungen zu beiden. Der Yangtsevertrag hatte ein Mittel hierzu sein sollen, wäre es auch noch längere Zeit geblieben, wenn die russische Mandschureipolitik nicht die britische und japanische Politik alarmiert und Bülow zur Stellungnahme gezwungen hätte. Um so mehr mußte der deutschen Politik daran liegen, auf anderen Gebieten, wo es die deutschen Interessen nicht gefährden konnte, mit Großbritannien zusammenzugehen, und um so weniger erwünscht war eine hochgespannte Atmosphäre gegenseitig feindlicher Stimmung zwischen den beiden Nationen.

Die deutsche Reichsregierung konnte gleichwohl nicht umhin, in ihrem halbamtlichen Organe zu den Chamberlainschen Äußerungen Stellung zu nehmen, und Fürst Bülow sah sich veranlaßt, sich im Reichstage dazu zu äußern, nachdem der Abgeordnete Graf Stolberg, später Präsident des Deutschen Reichstages, den Gefühlen des deutschen Volkes in folgender Weise Ausdruck gegeben hatte:

„... Vom Auslande her hat man die schwersten und, wie ich glaube, die ungerechtesten Beschuldigungen gegen unsere Truppen erhoben. Dieselben bezogen sich zwar nicht auf das ostasiatische Korps, sondern sie griffen auf eine frühere Zeit zurück. Der Minister eines fremden Landes, mit dem wir in Frieden und Freundschaft leben, hat es für nützlich gehalten, gegen das Verhalten unserer Truppen in den Jahren 1870/71 die schwersten Beschuldigungen zu erheben. Im ganzen deutschen Volke, in allen Schichten und in allen Parteien desselben haben diese Beschuldigungen, die völlig unmotiviert waren, tiefste Entrüstung hervorgerufen. Daß diese Entrüstung gerade in Deutschland in dieser Weise zum Ausdrucke gekommen ist, ist ganz natürlich: denn in keinem Lande der Welt sind die Armee und das Volk so innig miteinander verbunden wie bei uns. Wenn wir die Armee als das deutsche Volk in Waffen bezeichnen, so ist das keine leere Redensart, sondern es entspricht den Tatsachen, und daraus folgt mit Notwendigkeit, daß, wer das deutsche Heer beleidigt, auch das deutsche Volk beleidigt."

Fürst Bülow sagte in seiner Erwiderung, daß an und für sich ein Minister wohl daran tue, das Ausland aus dem Spiele zu lassen, wenn er für nötig halte, seine eigene Politik zu rechtfertigen. Sähe er sich aber doch in der Lage, es tun zu müssen, so sei große Vorsicht geboten, denn sonst liefe er Gefahr, nicht nur mißverstanden zu werden, „sondern auch, ohne es zu wollen — wie ich im vorliegenden Falle annehmen will und annehmen muß, nach dem, was mir von der anderen Seite versichert wird —, fremde Gefühle zu verletzen. Das ist aber um so bedauerlicher, wenn es

einem Minister gegenüber einem Lande passiert, das mit dem seinigen stets gute und freundschaftliche Beziehungen unterhalten hat, deren ungetrübte Fortdauer gleichmäßig dem Interesse beider Teile entspricht... Das deutsche Heer steht aber viel zu hoch, und sein Wappenschild ist viel zu blank, als daß es durch schiefe Urteile berührt werden könnte. Von so etwas gilt, was Friedrich der Große einmal sagte, als man ihm davon sprach, daß jemand ihn und die preußische Armee angegriffen hätte: ‚Laßt den Mann gewähren', sagte der große König, ‚und regt euch nicht auf, er beißt auf Granit.'"

Chamberlain antwortete in einer späteren Rede, er habe nicht die Absicht, fremde Minister zu belehren, wolle aber auch irgendwelche Belehrungen aus deren Händen nicht annehmen. Die auswärtige Eingenommenheit gegen England werde unbedachter Redeweise des Kolonialsekretärs zugeschrieben. Er nehme aber nichts zurück, ändere nichts und habe nichts zu rechtfertigen. Kein englischer Minister habe je seinem Lande treu gedient und sich zugleich im Auslande der Beliebtheit erfreut. — Der erste Lord des Schatzes, Balfour, erklärte wenige Tage nach der Bülowschen Rede: seiner Ansicht nach könne man dem Mute und der Humanität der Armee irgendeiner Nation kein höheres Lob erteilen, als wenn man sage, daß sie dem Mute und der Humanität nahe komme oder sie erreiche, welche die englischen Soldaten in Südafrika bewiesen hätten!... Die Engländer lehnten es ab, Betrachtungen über die widerwärtige Flut von Schmähungen anzustellen, welche fortgesetzt von der Festlandpresse ausgegossen würden. Sie lehnten es ab, mit einem gewissen Widerwillen und einer gewissen Gleichgültigkeit. Auch er hege diesen Widerwillen, bleibe aber nicht gleichgültig, sondern halte es für eine sehr ernste Sache. England werde mißverstanden, und das sei auch für die, welche es mißverständen, kein Vorteil.

Es kann heute wohl keinem Zweifel unterliegen, daß die Vorwürfe des Mangels an Humanität, wie sie gegen die englische Kriegführung in Südafrika erhoben worden waren, über das Ziel hinausschossen. Das entsetzliche Elend in Südafrika, besonders der Burenfrauen mit ihren Kindern, ihr massenhaftes Darben und Sterben in den Konzentrationslagern waren furchtbare und grausame Tatsachen. Man ging aber zu weit, sie auf Inhumanität zu schieben, sondern sie waren mehr in der Schwierigkeit der südafrikanischen Verhältnisse zu suchen. Auch Mangel an Mut und Neigung zu persönlicher Grausamkeit konnte man den englischen Soldaten allgemein nicht vorwerfen. Daß die britische Presse und die britischen Minister ihre Kriegführung bis aufs letzte verteidigten und in übertriebener Weise verherrlichten, war ebenfalls von ihrem Standpunkte natürlich. Alles zusammen ergab aber, daß eine Brücke

zwischen den beiden Nationen nicht vorhanden war, weder für die Stimmung, noch für das Verständnis. Die politische Bedeutung dieser Tatsache war schwer zu überschätzen.

Die Erbitterung und das Mißtrauen gegen den Fürsten Bülow wuchsen im englischen Volke infolge seiner Rede noch mehr, und die Abneigung, welche man ihm in den Kreisen der britischen Regierung entgegenbrachte, dürfte sich verschärft haben.

Verschiedentlich ist behauptet worden, daß im Herbst und Winter des Jahres 1901 zwischen Großbritannien und Deutschland noch Verhandlungen über eine Annäherung stattgefunden hätten, Bündnisverhandlungen zwischen den beiden Mächten gepflogen worden seien. Die Verhandlungen hätten sich an einer Meinungsverschiedenheit über Erhöhung oder Nichterhöhung der chinesischen Zölle zerschlagen. Wenn sich ein strikter Gegenbeweis auch nicht führen läßt, so geht aus der ganzen Grundrichtung der amtlichen deutschen Politik während der Jahre 1898 bis 1902 annähernd unwiderleglich hervor, daß es dem Fürsten Bülow überaus fern lag, sich in bindende Beziehungen zum Britischen Reiche zu begeben, welche noch dazu, wie eben gesagt, nicht die erforderlichen Dauergarantien bieten konnten. Der Wortlaut und die Wendungen des Yangtseabkommens bilden einen sprechenden Beweis dafür, wie sehr man deutscherseits auf der Hut war, und wie sorgfältig man vermied, die deutsche Politik für irgendwelche Zukunftslagen zu binden. Fürst Bülow wollte unter keinen Umständen von der britischen Politik gegen Rußland ausgenutzt werden, und er betonte, wie wir gesehen haben, dieses sein Programm des „einerseits — anderseits" so oft und nachdrücklich, daß man nicht zweifeln kann, er habe eine englisch-russische Annäherung überhaupt für ausgeschlossen gehalten. Diese — folgenschwere und unrichtige — Annahme bildet die tiefere Grundlage der damaligen Bülowschen Politik. In Frankreich hörte man zu jener Zeit bereits die Ansicht aussprechen, daß es für Frankreich leichter sein werde, Rußland und England einander näher zu bringen, als es Deutschland falle, Österreich-Ungarn und Italien, seine beiden Bundesgenossen, in versöhnlicher Stimmung zusammenzuhalten.

Hätte Rußland vorderhand auf die Verwirklichung seines Mandschureiabkommens mit China verzichtet, so war keiner der Mächte zweifelhaft, daß die russische Politik nur pausiere, um bei erster sich bietender Gelegenheit wieder vorzurücken, sei es militärisch, sei es diplomatisch. Am meisten fühlten sich beunruhigt und bedroht, freilich aus sehr verschiedenen Ursachen, Großbritannien und Japan.

Vom Ausgange des Japanisch-Chinesischen Krieges an hatten Großbritannien und Japan stets zusammengestanden, zunächst gegen die drei

Festlandmächte Rußland, Deutschland, Frankreich; dann löste sich 1900 das Deutsche Reich scheinbar aus diesem Dreiverbande und begab sich durch den Yangtsevertrag gewissermaßen in eine Mittelstellung; Großbritannien versuchte, es ganz auf die Seite England-Japan hinüberzuziehen, aber der Versuch mißlang. Den Prüfstein und zugleich den Stein des Anstoßes bildete die Frage der Mandschurei, welche für England von höchster Bedeutung und für Japan eine Lebensfrage war. In der Auslegung des Yangtsevertrages hatte die japanische Regierung durch den Mund des Ministers des Auswärtigen erklärt: Die Erklärung des Grafen Bülow über die Auslegung dieses Abkommens berühre Japan nicht. Japan habe, als es dem Abkommen beitrat, die klare (englische) Deutung angenommen und gedenke an dieser Auslegung festzuhalten.

Schon im Jahre 1898, als Kiautschou von Deutschland und Port Arthur von Rußland gepachtet wurde, tauchte in der englischen Presse der Gedanke an ein Bündnis mit Japan auf. Später, so erzählte in seinen leider nur zu einem kleinen Bruchstücke veröffentlichten Denkwürdigkeiten der damalige japanische Botschafter in London, Graf Hayaschi, habe Chamberlain einmal gelegentlich eines Bankettes Hayaschis Vorgänger, Baron Kato, auf die Vorteile aufmerksam gemacht, welche ein englisch-japanischer Meinungsaustausch über die ostasiatische Politik haben könne. Nach Hayaschi haben diese Andeutungen, deren Datum er übrigens nicht nennt, zunächst keine ernsthaften Folgen gehabt. Immerhin aber zeigt eine Reihe von Symptomen, u. a. Lord Salisburys dringende Aufforderung an Japan im Jahre 1900: einzugreifen, England werde die Kosten tragen, — daß die beiden Mächte sich bewußt und einig waren, auf derselben Seite zu stehen. Japan war sich um die Jahrhundertwende darüber klar, daß es angesichts der in Ostasien bevorstehenden Komplikationen nicht alleinstehen könne. Es handelte sich um die Frage eines Bündnisses, entweder mit Großbritannien oder mit Rußland. Die Ansichten der japanischen Staatsmänner waren geteilt, wie auch Hayaschi erzählt, und man nahm im Frühjahr 1901 zugleich beiden Mächten gegenüber einen Anlauf. Nach den Hayaschischen Denkwürdigkeiten wäre es dabei freilich merkwürdig genug zugegangen, nämlich folgendermaßen:

Im März oder April 1901, so erzählt der Botschafter, kam der deutsche Geschäftsträger in London, Baron Eckardtstein, mehrmals zu ihm und sagte: nach seiner Privatansicht sei zur Erhaltung des Friedens in Ostasien nichts besser als ein Bündnis zwischen England, Japan und Deutschland. Er wisse, daß die führenden britischen Staatsmänner der gleichen Ansicht seien. „In Deutschland sei zwar das Volk sehr antienglisch gestimmt, die deutsche Regierung jedoch durchaus nicht. Im Gegenteile, zwei hochgestellte deutsche Persönlichkeiten seien für den Dreibund Eng-

land-Deutschland-Japan. Wenn Japan daher seinerseits die Sache eines Bündnisses anrege, so würde sich die Sache machen lassen."

Hayaschi habe der Plan eines solchen Bündnisses eingeleuchtet, es würde für Japan von großem Vorteile sein, eine Sondierung Englands könne nicht schaden, sondern nur nützen. Auf eine entsprechende Anfrage an die japanische Regierung habe diese geantwortet: sie könne noch keine bestimmte Meinung äußern, jedoch möge der Botschafter privatim sondieren. Hayaschi ging zum Sekretär des Auswärtigen, Lord Lansdowne, und fand bei ihm ebenfalls die Ansicht vor, daß ein Einverständnis der beiden Mächte im fernen Osten notwendig sei. „Beim Abschied sagte er mir noch, es sei nicht nötig, wenn ein Abkommen über China zwischen England und Japan zustande komme, dieses auf die beiden Mächte zu beschränken; es sei nichts dagegen einzuwenden, wenn eine dritte Macht sich daran beteiligte." Hayaschi schloß hieraus, daß die britische Regierung und der deutsche Geschäftsträger sich bereits verständigt hätten. Vorläufig wurde die Sache wieder vertagt, weil der Premierminister, Lord Salisbury, abwesend war. Inzwischen versuchte Hayaschi wieder, bei seiner Regierung Instruktionen für ein eventuelles Programm des Abkommens zu erhalten, bekam aber nur die allgemeine Weisung, sich über ein etwaiges deutsch-englisches Einverständnis zu unterrichten. Im Mai hatte der Botschafter Gelegenheit, Lord Salisbury und Lord Lansdowne zu sprechen. Er traf bei ihnen auf Zustimmung, und Lansdowne erklärte wiederum, es sei zweckmäßig, noch eine dritte Macht hinzuzuziehen. Am Tage darauf besuchte Baron Eckardtstein den japanischen Botschafter und sagte ihm, daß Lord Lansdowne ihm über die gestrige Unterredung Mitteilung gemacht hätte. Um dieselbe Zeit fand in Japan ein Kabinettswechsel statt. Marquis Ito trat zurück und Marquis Saionji trat an seine Stelle. Ito ging nach Europa, um mit Rußland Verhandlungen wegen eines eventuellen Einverständnisses anzuknüpfen, traf vorher mit Hayaschi zusammen und erfuhr von diesem, wie weit die Verhandlungen mit England schon gediehen waren. Die beiden Staatsmänner scheinen dann beschlossen zu haben, daß Ito doch nach Petersburg gehen solle, um durch die Besorgnis vor einem japanisch-russischen Abschlusse die britische Regierung schneller zu einer definitiven Entscheidung zu bringen. Diese Absicht gelang denn auch, wennschon ein solches Mittel kaum notwendig war, denn König Eduard hatte bereits vorher dem britischen Botschafter in Tokio, Sir Claude Macdonald, mitgeteilt, eine dauernde Verständigung mit Japan sei wünschenswert. Der britische Botschafter fügte hinzu, daß der deutsche Botschafter in Tokio ihm gesagt habe, die Möglichkeit bestehe, daß Japan ein Bündnis mit Rußland abschließen wolle. Als dann die Meinungsverschiedenheiten innerhalb des japanischen

Kabinetts endgültig beseitigt worden waren, wurde das englisch-japanische Bündnis abgeschlossen. — —

An der Richtigkeit der von Hayaschi gegebenen Angaben ist nicht zu zweifeln, zumal läßt sich kein vernünftiger Grund denken, weswegen er behauptet haben könnte, der deutsche Vertreter, Baron Eckardtstein, habe den Gedanken angeregt und an allen Vorbesprechungen teilgenommen, — wenn das der Wahrheit nicht entspräche. Baron Eckardtstein führte aber vertretungsweise die Londoner Botschaftsgeschäfte, nachdem Graf Hatzfeldt zurückgetreten war, und der neue Botschafter, Graf Wolff-Metternich, die Geschäfte noch nicht übernommen hatte. Hayaschi erzählt, daß bei der ersten Zusammenkunft Eckardtstein seine Anregung eines deutsch-japanisch-britischen Bündnisses als seine Privatansicht bezeichnete. Auch aus der Wiedergabe der späteren Unterredungen geht nicht ein einziges Mal hervor, daß Baron Eckardtstein im Namen der deutschen Regierung gesprochen hätte. Beachtet man das gebührend, so lösen sich die Fragen und Rätsel, welche man in der englischen und deutschen Presse nach Veröffentlichung des Hayaschischen Bruchstückes so eifrig erörterte, ziemlich einfach.

Hayaschi schreibt, Eckardtstein habe gesagt: zwei hochgestellte Persönlichkeiten seien sehr für einen Dreibund: England-Deutschland-Japan. Baron Hayaschi bezieht diese Anspielung ohne weiteres auf den deutschen Kaiser und den Grafen Bülow. Diese Schlußfolgerung ist zweifelsohne falsch.

Vergessen wir nicht, daß jene anfänglichen unverbindlichen Unterredungen in das Frühjahr 1901 fielen, damals, als Bülow seine Ausführungen über die Deutung des Yangtseabkommens und die Stellung des Deutschen Reiches zur Mandschurei machte, die in Großbritannien und in Japan so sehr mißfielen und beunruhigten. Am 15. März 1901 sagte Fürst Bülow: „Ich bin auch ein Freund bester Beziehungen zu England, aber nur im Rahmen unserer vollen Selbständigkeit, und deshalb betone ich mit großem Nachdruck, daß wir in China nur deutsche Interessen wahrnehmen und den Engländern überlassen, ihre Interessen dort selbst zu vertreten.“ In derselben Rede erklärte Bülow: es sei sehr begreiflich, daß in Anbetracht der langgestreckten russisch-chinesischen Grenze Rußland viele Truppen in der Mandschurei brauche und daß die russische Regierung mitgeteilt habe: sie lege hohes Gewicht auf ein freundschaftliches Zusammengehen mit Deutschland in Ostasien. — Daß um dieselbe Zeit Fürst Bülow den deutschen Geschäftsträger in London zu Besprechungen wegen eines deutsch-englisch-japanischen Bündnisses ermächtigt hätte, erscheint angesichts dieser Erklärungen und der skizzierten Politik des Deutschen Reiches völlig ausgeschlossen, denn ein solcher

Dreibund hätte die Front gegen Rußland gehabt. Übrig bleibt also nur die Erklärung, daß Baron Eckardtstein, vielleicht gestützt auf einige Persönlichkeiten in Berlin, die er für sehr einflußreich hielt, seine Privatpolitik in London getrieben hat, nachher an den verantwortlichen Stellen auf Ablehnung traf, und daß der neue deutsche Botschafter sich an japanisch-englischen Verhandlungen in London überhaupt gar nicht mehr beteiligt hat.

Mit als das Interessanteste an dieser Vorgeschichte des englisch-japanischen Bündnisses erscheint die Tatsache, daß auch damals noch die britischen Staatsmänner nicht abgeneigt gewesen sind, ja gewünscht haben, daß Deutschland sich am Bündnisse beteilige. So wichtig war ihnen, einen russisch-deutschen Gegensatz hervorzubringen und Rußland den Rückhalt des Deutschen Reiches für seine ostasiatische Politik zu rauben. Trotz der deutschen Volksstimmung, trotz der Bülowschen Auslegung des Yangtsevertrages hoffte man in London, daß die Vorteile eines deutsch-englisch-japanischen Dreibundes als groß genug erscheinen würden, um Fürst Bülow zu einem völligen Umschwunge und Frontwechsel seiner Politik zu bringen. Die Hoffnung verwirklichte sich nicht, und damit waren die Würfel gefallen.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß das Eingehen auf die englisch-japanischen Wünsche dem Deutschen Reiche zunächst Vorteile verheißen hätte, insbesondere auf überseeischem Gebiete. Deutschland hätte möglicherweise jene lange Periode gar nicht kennen gelernt, in der ihm auf Schritt und Tritt England entgegenstand, wo es sich um irgendwelche außerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches liegende Wünsche, Interessen und Bestrebungen handelte. Auch auf dem Festlande hätte diese Verbindung unter Umständen der deutschen Stellung nützen und die politische Gruppierung des Festlandes vielleicht von Grund aus ändern können. Auch auf dem Festlande aber hätte Deutschland sich dann unter britische Vormundschaft gestellt: Außerdem bestand das traditionelle, oft genug auch traditionell gerechtfertigte Bedenken gegen einen Bruch mit Rußland, daneben das mit jedem Jahre schwerer wiegende Bedenken gegen jede Bindung an England.

Der große Schritt war getan, der Grund zu einer starken Flotte gelegt und ihre zukünftige Entwicklung gesetzlich gesichert worden. Ihre Schaffung hatte Regierung und Volk für notwendig erachtet, nicht zum wenigsten im Gedanken, um eines Tages neben England „gleichberechtigt“ dastehen und Weltpolitik treiben zu können. Band man sich an England, so war ohne weiteres abzusehen, daß eines Tages England dem Freunde und Bundesgenossen bedeuten würde, es sei nicht freundschaftlich, eine starke Flotte zu bauen, die dem Freunde mit jedem Jahre unbequemer

werde, ihn zu erhöhten Bauanstrengungen und zu Dislokationen zwänge, die für anderweitige britische Interessen nachteilig seien. Daß es so oder ähnlich kommen würde, konnte man sich um 1900 an den Fingern abzählen. Kam es aber so weit, dann mußte Deutschland den Wünschen des Freundes und Bundesgenossen entweder Folge leisten oder sie ablehnen. Im ersten Falle war es aus mit dem Flottentraume und mit der Aussicht, auch in rein kontinentalen Angelegenheiten auf eigenen Füßen zu stehen, im zweiten Falle würde der Bruch erfolgen und Deutschland sich in erheblich ungünstigerer Lage befinden als nach der kurzen Zeit deutsch-britischer Freundschaft unter Caprivi, nachdem man es vorher mit Rußland verdorben hatte. So ungefähr stellte sich die Alternative. Das Kriterium war im Grunde also, wie hoch man den Wert einer wirklich starken deutschen Flotte anschlug, denn die russische Frage hätte sich vielleicht auch anders erledigen lassen. Wir wollen, ehe wir ein Urteil über jene große Entscheidung zu fällen versuchen, erst den Gang der Dinge während des ersten Jahrzehntes im neuen Jahrhundert verfolgen.

Am 2. Januar 1902 weilte Marquis Ito in London, und am 30. Januar wurde das englisch-japanische Bündnis unterzeichnet.

Die offiziösen Organe in St. Petersburg erklärten sogleich, Rußland habe den Abschluß des Abkommens mit größter Ruhe begrüßt. Die Grundsätze, welche die russische Politik seit Beginn der Unruhen in China leiteten, blieben unveränderlich. Rußland halte an der Unabhängigkeit und Integrität Chinas und Koreas fest; Rußland wünsche Aufrechterhaltung des Status quo und Beruhigung. In Anbetracht seines großen Bahnbaues im fernen Osten müsse es im Interesse Rußlands liegen, für Ruhe und Stetigkeit zu arbeiten. Insofern seien die im britisch-japanischen Abkommen betonten Absichten der beiden Mächte Rußland nur sympathisch. Daran würden auch Versuche der ausländischen Presse nichts ändern, welche der russischen Politik falsche Ziele unterzuschieben sich bemühten. Die starke Gereiztheit, die auch aus diesen maßvoll abgetönten Wendungen sprach, war in Rußland allgemein. Am 12. April, also ganz kurz nach dem englisch-japanischen Vertrage, veröffentlichte die russische Regierung ein zwischen ihr und der chinesischen Regierung abgeschlossenes Abkommen über die Mandschurei. Es war an Stelle desjenigen Abkommens getreten, welches im vergangenen Jahre durch englisch-japanischen Einspruch vereitelt worden war und ging dementsprechend in seinen Ansprüchen an russische Herrschaft in der Mandschurei lange nicht so weit. Vor allem erklärte Rußland, daß die chinesische Regierungsgewalt in der Mandschurei wieder Platz greifen könne, außerdem verpflichtete sich die russische Regierung, die Truppen allmählich aus der Mandschurei zurückzuziehen, falls keine Wirren ausbrechen und die Hand-

lungsweise anderer Mächte sie nicht daran hindern sollte. In Etappen von sechs Monaten sollten die verschiedenen Teile der Mandschurei derart geräumt werden, daß nach achtzehn Monaten von der Unterzeichnung des Vertrages an (8. April 1902), also am 8. Oktober 1903 die Mandschurei geräumt wäre.

Zugleich wurde bekanntgemacht, daß ein französisch-russischer Notenwechsel über Ostasien stattgefunden habe. Im französischen Parlamente wurde der Minister Delcassé gefragt, wieweit Frankreich sich im fernen Osten verpflichtet habe. Delcassé antwortete wiederholt, die Politik Frankreichs in China sei in keiner Weise eine andere geworden: die offene Tür, die Aufrechterhaltung des Status quo und des allgemeinen Friedens bildeten nach wie vor die Hauptgesichtspunkte der französischen Politik. Diese Gedanken hätten Frankreich und Rußland auch allen Mächten mitgeteilt. Mit dem englisch-japanischen Bündnisse erklärt sich Delcassé völlig einverstanden; das seien die alten Grundsätze Frankreichs. „Wir können über die im englisch-japanischen Vertrage ausgesprochenen Grundsätze nur unsere Genugtuung ausdrücken.“

Besonderes Interesse beanspruchte die Stellungnahme des Deutschen Reiches zum englisch-japanischen Bündnisvertrage. Fürst Bülow nahm im März 1902 Gelegenheit, darüber zu sprechen und kam bezeichnenderweise auf die Frage einer Teilnahme Deutschlands an den Vorverhandlungen in London zu sprechen: „Von einer solchen Mitwirkung deutscherseits bei den englisch-japanischen Verhandlungen ist mir nichts bekannt. Richtig ist nur, daß sowohl die englische wie auch die japanische Regierung uns Kenntnis gegeben hat von dem Inhalte des Abkommens nach seinem Abschlusse... Wir haben die Geburtsanzeige des Abkommens erhalten und sogleich erhalten, aber wir haben nicht bei dem Abkommen Pate gestanden, und mit der Vaterschaft hatten wir erst recht nichts zu tun.“

Man könnte aus manchen Nuancen dieser Wendungen des Kanzlers wohl den Schluß ziehen, daß ihm die Privatbemühungen des Barons v. Eckardtstein und vielleicht noch anderer Personen bekannt waren, und er deshalb Gelegenheit nahm, sie nachträglich auch öffentlich zu desavouieren. Lediglich um einigen englischen Zeitungen zu widersprechen, würde sich der Reichskanzler schwerlich mit so beziehungsvollem Nachdrucke ausgesprochen haben. Mit dem englisch-japanischen Abkommen erklärte Bülow sich einverstanden und sagte, man habe der englischen und japanischen Regierung auf ihre Anzeige geantwortet: daß durch dieses Abkommen das deutsch-englische Abkommen vom 16. Oktober 1900 und folglich deutsche Interessen nicht tangiert würden. Fürst Bülow fügte hinzu, das britisch-japanische Abkommen könne keine deutschen Interessen schädigen, denn, „soweit wir seinen Inhalt kennen“, stelle es sich nur die

Erhaltung des Status quo in Ostasien zur Aufgabe. Danach schien der Kanzler die Möglichkeit von Geheimartikeln anzudeuten.

So sah man die ostasiatische Politik der Mächte auf scheinbar feste Gleise geführt. Als geschichtliches Ereignis aber war zu verzeichnen, daß Großbritannien aus seiner Vereinzelung heraustrat, ein Bündnis abschloß, und zwar mit Japan, an dessen Bündnisfähigkeit bisher noch keine europäische Macht gedacht hatte. Japans politische und diplomatische Bedeutung gewann damit unmittelbar erheblich, auch ohne daß man sich damals über seine tatsächliche Kraft im klaren war.

Großbritannien befestigte sich damit im fernen Osten gegen Rußland und verbesserte allgemein sonst in der Welt seine Stellung ungemein.

„Zur Erhaltung des Friedens", so pflegt der Zweck aller Bündnisse und Abkommen von ihren Schließern bezeichnet zu werden. Dieses, das britisch-japanische Bündnis, konnte man, ohne seinen Urhebern unrecht zu tun, als ein Kriegsbündnis bezeichnen.

Die großen ostasiatischen Ziele der Politik Rußlands lagen schon seit Jahren klar zutage. Hätte nichts vorgelegen wie die südliche Abzweigung der sibirischen Bahn durch die Mandschurei nach Port Arthur, so würde das genügt haben, um zu erkennen, daß ein Konflikt zwischen Rußland einerseits, Großbritannien und Japan anderseits nur eine Frage der Zeit sein konnte. Außerden handelte es sich keineswegs nur um eine politische und wirtschaftliche Durchdringung der Mandschurei, der Halbinsel Kwantung und Koreas, sondern auch um die Seeherrschaft im Gelben Meere, in der Japanischen See und damit in der Meerenge von Korea, welche diese beiden Gewässer verbindet. Der russische Plan war klar: weiterer Ausbau des nördlichen Hafens Wladiwostok, schleunigste Ausgestaltung im großen Stile des 1898 gepachteten Port Arthur, Neuerwerbung eines oder mehrerer Häfen der Halbinsel Korea. Die ganze russische Flotte, soweit sie als modern und kampfkräftig betrachtet wurde, sollte dauernd in den ostasiatischen Gewässern liegen und, gestützt auf die beiden genannten Basen, die Lage beherrschen. Hier lag der zweite Konfliktspunkt zwischen Rußland und Großbritannien. Keine britische Regierung konnte zugeben, daß eine fremde Macht — und gar Rußland! — die Seeherrschaft in Gewässern von solcher Bedeutung erlangte und dauernd innehielt. Auch deshalb war es für Großbritannien ein harter Schlag, als man erkennen mußte, daß das Deutsche Reich andere Wege ging als die, auf welchen das Londoner Kabinett es zu sehen so heiß wünschte. Wäre es gelungen, Mißtrauen und tiefe Gegensätze zwischen das Deutsche Reich und Rußland zu bringen, so hätten gerade während dieser kritischen Periode die russischen Staatsmänner wahrscheinlich Bedenken getragen, die baltischen Küsten des Russischen Reiches von

Kriegsschiffen so völlig zu entblößen. Was aber in den baltischen Gewässern zurückgehalten wurde, das schwächte die ostasiatische Position Rußlands und erleichterte diejenige Japans und Großbritanniens. Das gleiche galt von der russischen Armee.

Nun könnte als Argument gegen die Auffassung: Großbritannien habe gewünscht, die russische Stellung in Ostasien vernichtet zu sehen, vielleicht angeführt werden, daß das Bündnis mit Japan lediglich strenge Neutralität auferlegte für den Fall, daß der andere es nur mit einem einzigen Gegner zu tun habe, Großbritannien also der japanischen Flotte von vornherein überließ, allein mit der russischen fertig zu werden. Darauf wäre das Folgende zu sagen: Natürlich haben die britischen Staatsmänner und Marinefachleute nicht voraussehen können, daß die japanische die russische Flotte vernichten würde. Sie haben aber gewußt, daß die japanische Flotte mehr leisten würde, als man gemeinhin annahm, und daß die russische Flotte nicht so imponierend war, wie sie aussah. Da aber die russische Flotte an Schiffszahl die japanische erheblich übertraf, so entstand dadurch scheinbar ein gewisser Ausgleich, und das Ergebnis der britischen Vorberechnungen dürfte gewesen sein, daß in einem Kampfe miteinander beide Flotten sehr bedeutend geschwächt hervorgehen würden. Das war auch das wünschenswerteste Ergebnis für England, viel wünschenswerter, als daß eine der beiden kämpfenden Flotten völlig vernichtet werden, die andere die ostasiatischen Gewässer beherrschen würde.

Wie Lord Salisbury in jener Zeit aussprach, hatten sich die englische und japanische Politik schon seit mehreren Jahren in engster Fühlung miteinander befunden, keiner Macht war es bekannter als gerade England, daß Japan seit dem Jahre 1896 unentwegt rüstete, um die Scharte von Schimonoseki auswetzen zu können. Ohne britische Unterstützung hätten, trotz der chinesischen Kriegsentschädigung, Japan die erforderlichen Geldmittel gefehlt. Rußland war von vornherein der Feind. Daß Korea vor allem das Ziel der japanischen Wünsche war, lag nicht nur an sich auf der Hand, sondern der Bündnisvertrag anerkannte ausdrücklich auch die politischen Interessen Japans auf dieser Halbinsel.

Rußland hatte nur äußerlich ziemlich klein beigegeben und in seinem Vertrage mit China die etappenweise Räumung der Mandschurei im Laufe der kommenden anderthalb Jahre versprochen. Die Entscheidung vertagte sich damit. Für Rußland war der Grund dieser Befristung wohl in erster Linie, daß man sich dann für den Krieg im fernen Osten bereit erachtete. Jetzt glaubte man weder zur See, noch auf dem Lande militärisch fertig zu sein. Dazu kam, daß die Bahn nach Port Arthur noch unvollendet war. In Würdigung des Ernstes der politischen Lage begann

Rußland auch tatsächlich mit der Räumung einiger Teile der Mandschurei und legte gleichzeitig Wert auf wiederholte Erklärungen, daß alle Staaten der Welt von dem russischen Bahnbau im fernen Osten Nutzen haben würden. Im August 1903 wurde die „Statthalterschaft des fernen Ostens" eingerichtet, der Generaladjutant Alexejew wurde der erste Statthalter in dem Gebiete, welches das russische Amur-Generalgouvernement und das Kwantunggebiet umfaßte. Die Stellung dieses Statthalters war eine überaus unabhängige und erstreckte sich sogar auf den diplomatischen Verkehr und auf den Oberbefehl über sämtliche russischen Streitkräfte des fernen Ostens zu Lande und zur See. Kurz darauf beantragte die russische Regierung bei der chinesischen einen Aufschub der Räumung der Mandschurei um sechzehn Monate über den vereinbarten Termin hinaus. Ein zweiter verhängnisvoller Schritt war die russische Anregung bei der koreanischen Regierung, einen Staatsvertrag über eine private Waldpachtung russischer Spekulanten am Jalu abzuschließen. Diese Pachtung datierte seit 1896 und sollte nominell nur zu Holzhandelszwecken dienen. Durch den Staatsvertrag wollte die russische Politik als solche an der Wurzel Koreas Fuß fassen. Im August 1903 legte ihrerseits die japanische Regierung der russischen einen Vertragsentwurf vor, der im großen und ganzen darauf hinauskam, Rußland von Korea fernzuhalten und die dortigen Interessen Japans anzuerkennen, während Japan diejenigen Rußlands in der Mandschurei anzuerkennen bereit war. Dabei sollten die Unabhängigkeit und die Integrität Chinas sowohl wie Koreas anerkannt werden. Die russische Regierung antwortete darauf mit der Ablehnung, sich auf die Souveränität und die territoriale Integrität Chinas zu verpflichten, weigerte sich, die Gleichberechtigung aller Nationen für den Handel in der Mandschurei anzuerkennen, und verlangte verschiedene Einschränkungen für die japanische Wirksamkeit in Korea. In dem Hin und Her des russischerseits nach Möglichkeit verschleppten Notenverkehrs verlangte Rußland schließlich von Japan die Erklärung, daß die Mandschurei und deren Küsten außerhalb der japanischen Sphäre lägen, ferner die Errichtung einer neutralen Zone zwischen dem mandschurischen und dem koreanischen Gebiete. Die japanische Regierung wiederholte das Verlangen an Rußland, ihre definitiven Vorschläge nochmals zu prüfen, und drängte ständig — ohne Erfolg — auf Beschleunigung des Notenwechsels. Am 28. Januar teilte der japanische Gesandte in Petersburg dem Grafen Lambsdorf mit, daß eine weitere Verzögerung der Antwort ernste Gefahren in sich schlösse. Der Minister erklärte, er werde sein möglichstes tun, um am 2. Februar 1904 die Antwort zu geben. Sie erfolgte nicht, und als der Minister sich außerstande bezeichnete, das Datum bestimmt anzugeben, erklärte am 5. Februar

die japanische Regierung, sie sehe die Lage als unhaltbar an und habe den Abbruch der Verhandlungen beschlossen. Am 8. Februar abends überfielen japanische Torpedoboote Teile der russischen Flotte auf der Reede von Port Arthur, nachdem am 7. schon japanische Truppen an der Südostspitze von Korea gelandet waren. —

Der Entscheidungskampf um die Vorherrschaft in Ostasien hatte begonnen. Sein Verlauf bedeutete für Japan eine Lebensfrage. Naturgemäß schoben die beiden Mächte in verschiedenen diplomatischen Runderlassen die eine der anderen Vertragsbruch, Illoyalität und alles mögliche andere zu. Das konnte weder an dem Verlaufe des Krieges, noch an der Haltung der übrigen Mächte etwas ändern. Sie erklärten sämtlich ihre Neutralität.

Wie Rußland die Stellung der Mächte damals auffaßte, ist in dem Generalstabswerke über den Krieg in charakteristischer Weise dargelegt worden:

„England als Verbündeter Japans war in jenen Tagen unser Hauptfeind. Durch Abschluß des Bündnisses mit Japan hatte es diesem sowohl moralische als auch materielle Unterstützung erwiesen, denn es bot ihm jenen Rückhalt, ohne dessen Vorhandensein sich die Japaner schwerlich zu ihrem verzweifelten und energischen Vorgehen entschlossen hätten." England habe verschiedentlich auch während des Krieges seine versprochene Neutralität beiseite gelassen. — Die Vereinigten Staaten seien zunächst durchaus auf seiten Japans gewesen, „erst im Laufe der Zeit begann die feindselige Stimmung Amerikas sich allmählich zu legen, und viele Amerikaner erkannten, daß die wirklichen Interessen der Vereinigten Staaten einen Sieg nicht der japanischen, sondern der russischen Waffen verlangten."

„In dem im fernen Osten begonnenen Kampf war der Rücken Rußlands, der sich in diesem Falle an die Westgrenze lehnte, gesichert. Deutschland und sein Monarch verblieben treu den Traditionen, die die Häuser Romanow und Hohenzollern von alters her verbanden. Kaiser Wilhelm erkannte den Heroismus der russischen Armee an und war selbst in Kleinigkeiten bemüht, sein Wohlwollen gegen Rußland und seine Vertreter zu beweisen. Da wir indessen befürchteten, daß unter dem Lärm des russisch-japanischen Kampfes auch in Europa selbst Verwicklungen entstehen möchten, so konnten wir uns lange nicht entschließen, an die Gefahrlosigkeit unserer europäischen Grenze zu glauben, weshalb wir in den ersten Monaten des Krieges von europäischen Truppen nur zwei Reservedivisionen zu verwenden wagten, von denen letztere für den Feldzug ungenügend vorbereitet waren."

„Frankreich habe versucht, bei wohlwollender Neutralität sich nützlich

zu erweisen, aber natürlich nicht viel ausrichten können, weil es sonst England gegen sich auf den Plan gerufen haben würde. „... Über gewisse Dienste hinaus konnte Frankreich nicht gehen; seine Beteiligung am Kampfe würde sofort England veranlaßt haben, kraft des englisch-japanischen Vertrages für seinen Verbündeten einzutreten; das aber hätte wieder einen allgemeinen Krieg hervorrufen können."

Von Bedeutung für die Beurteilung nicht nur der russischen Verhältnisse, sondern auch der deutschen Politik sind auch die folgenden Bemerkungen des Generalstabswerkes: „Aus dem Gesagten ist ersichtlich, daß in politischer Beziehung der Krieg nicht vorbereitet war. Wir hatten die Sympathien vieler Völker für uns, damit aber war auch die Sache abgetan. Die Beziehungen derjenigen Staaten zu uns, die für den bevorstehenden Kampf die größte Bedeutung hatten, waren entweder feindselig oder wenig geklärt. Als Folge hiervon ergab sich, daß wir kein festes Vertrauen weder bezüglich unseres Rückens in Europa, noch unserer rechten Flanke auf dem Kriegsschauplatze selbst hatten. Keinen einzigen Verbündeten für den Fall eines bewaffneten Zusammenstoßes mit Japan hatten wir uns verschafft, die Strategie erhielt keine Hilfe von der Politik." Letzteres sei wohl daher gekommen, weil die russische Politik geglaubt habe, immer wieder Japan beschwichtigen zu können, und selbst keinen Krieg gewollt habe. Das dürfte richtig sein, denn Rußland unterschätzte die Japaner wohl noch mehr als der übrige Teil Europas.

Die Bemerkungen, welche Deutschland betreffen, zeigen trotz der Anerkennung der Haltung des Deutschen Kaisers ein starkes Mißtrauen gegen die deutsche Politik. Der Generalstab sagt, man habe kein festes Vertrauen bezüglich unseres Rückens in Europa gehabt. Es wäre wunderbar, wenn die deutsche Politik diesem Bedürfnisse der russischen nicht entgegengekommen wäre. Immerhin läßt sich nicht darüber urteilen, denn es ist nicht bekannt, ob irgendwelche deutsch-russischen Verhandlungen stattgefunden haben. Hier sei nur ein Punkt kurz berührt, nämlich der Vorwurf, daß die deutsche Politik durch den Ausbruch des ostasiatischen Krieges überrascht worden sei. Dieser Vorwurf ist damals vom Fürsten Bülow als unbegründet zurückgewiesen worden. Auch heute wird das Urteil darüber gerechterweise schwerlich anders lauten können. Vielleicht hat England vorher genauere Kunde von den japanischen Plänen gehabt, im übrigen sind aber alle Mächte völlig überrascht worden, in erster Linie Rußland selbst. Am Tage des japanischen Überfalles bei Port Arthur noch waren die leitenden Staatsmänner in St. Petersburg davon überzeugt, daß der Friede erhalten würde. Die Vertreter der Mächte in Tokio, abgesehen wieder vielleicht von dem britischen, haben gleichfalls mit Bestimmtheit nichts über die Absichten Japans in

Erfahrung bringen können. Sie wußten zwar längst, daß Japan rüstete und daß es eine starke Kriegspartei gab; ob aber die japanische Regierung die Absicht hatte, zu einem bestimmten Zeitpunkte loszuschlagen, das vermutete niemand und konnte niemand vermuten. Man kannte Japan damals noch weniger als heute, dachte nicht an eine sorgfältig überlegte Überraschung wie die von Port Arthur und hatte wohl überhaupt ernstlich nicht für möglich gehalten, daß Japan beabsichtige, aus eigener Initiative auf das Ganze zu gehen.

Der Beginn des Russisch-Japanischen Krieges bezeichnet den Ausbruch der Krisis im fernen Osten, die sich seit dem Frieden von Schimonoseki 1895 vorbereitet hatte. Sie leitete nicht nur eine neue politische Ära in Ostasien ein, sondern wurde auch die Ursache für bedeutende und tiefgreifende Änderungen der europäischen Lage. Um die Linien der Entwicklung bis zum Kriege klar und ununterbrochen zu zeigen, hat dieses Kapitel vorgreifen müssen. Wir kehren jetzt zum Stande der Dinge in Europa um die Jahrhundertwende zurück.

# Dritter Abschnitt.

# Vor und nach Algeciras.

## 1903—1908.

### Die „glücklich vollendete Annäherung".

Die „Schmach von Faschoda" hatte dem französischen Minister Mr. Delcassé die Möglichkeit gegeben, auf kolonialem Gebiete mit England reinen Tisch zu machen und — neben den direkt damit verbundenen Zielen — politische Kräfte und Möglichkeiten frei zu bekommen, um sich energisch nach anderen Seiten zu wenden. Eine solche Seite war vor allem das Mittelmeer.

Durch den Handelsvertrag mit Italien war das Eis endgültig gebrochen worden, schon hatte der derzeitige italienische Minister des Auswärtigen von der „herzlichen Freundschaft und dem Verständnisse zwischen den beiden rassengleichen Völkern" gesprochen. Hier galt es, weiter zu arbeiten, zumal die Gelegenheit für Frankreich dauernd günstig war. Italien sah sich von Großbritannien wie von Frankreich umworben, sah gleichzeitig das deutsch-englische Verhältnis schlechter werden: die Folgerung war für die Entwicklung der Mittelmeerpolitik einfach. Beide Westmächte hatten, 1899 und 1902, Italien Tripolis gewissermaßen reserviert. Frankreich zeigte im besonderen andauernd edles Mitgefühl für das von den beiden anderen Dreibundmächten so stiefmütterlich behandelte Italien, welches gezwungen würde, eine unerträglich schwere Rüstung zu tragen und tatsächlich gar keinen Nutzen davon habe. In Wirklichkeit war die Sache so gewesen, daß Italien es allein dem Dreibunde zu verdanken hatte, wenn es in den zehn Jahren des Handelskrieges mit Frankreich wirtschaftlich nicht ruiniert worden war, sondern im Gegenteil gedieh. Diese Erkenntnis bildete während jener zehn Jahre auch für italienische Staatsmänner, die ihrer persönlichen Neigung nach dreibundfeindlich und franzosenfreundlich empfanden, einen Grund, nicht nur am Dreibunde festzuhalten, sondern ihm auch in den Abzweigungen des Hauptstammes der italienischen Politik treu zu bleiben. Nach Her-

stellung freundlicher Wirtschaftsbeziehungen mit Frankreich wurde dieses Band wesentlich schwächer und loser.

Dazu kam die geschickte Bearbeitung der italienischen Volksstimmung durch die Franzosen. Nicht nur daß man in der französischen Presse auf das sorgfältigste vermied, die Italiener zu kränken oder mißtrauisch zu machen, und daß man ebenso sorgfältig und gewandt ihnen zu schmeicheln wußte, sondern es gelang auch, auf die italienische Presse selbst einen ganz außerordentlichen Einfluß zu gewinnen. Der damals neue französische Botschafter in Rom, ein früherer Journalist, Mr. Barrère, konnte sich das Verdienst zuschreiben, gerade auf diesem Wege der Beeinflussung der öffentlichen Meinung große Erfolge erzielt zu haben. Barrère gelang es auch im Januar 1900, ein Grenzabkommen zwischen Assab und Obok, den italienischen bzw. französischen Besitzungen an der Küste des Roten Meeres, zustande zu bringen, nachdem Grenzstreitigkeiten hier seit dem Jahre 1891 stattgefunden hatten. 1898 hatte ein französisches Kanonenboot bei Raheita Matrosen gelandet, die die italienische Grenze überschritten. Der Zwischenfall, welcher schon in den Beginn der freundschaftlichen Periode der italienisch-französischen Beziehungen fiel, führte zur Wiederaufnahme der Verhandlungen, zum Abkommen und zur endgültigen Beseitigung auch dieser Reibungsfläche zwischen den beiden Mächten.

Am 8. April 1898 traf unter Führung des Herzogs von Genua ein italienisches Geschwader in Toulon ein und wurde dort vom Präsidenten Loubet begrüßt. Der Herzog schätzte sich in seiner Ansprache glücklich, auf Frankreich und seine Waffen zu Wasser und zu Lande zu toasten. Präsident Loubet dankte für diese Sympathie und erklärte sich tief gerührt durch den Freundschaftsbeweis, welchen Italien hiermit gegeben habe. Delcassé unterstrich kurz darauf im Parlament diesen Besuch als „unzweideutige Bekundung der herzlichen Beziehungen, die sich während der beiden letzten Jahre zwischen den beiden Nationen entwickelt" hätten. Um dieselbe Zeit spielte sich in Österreich-Ungarn ein Vorfall ab, welcher auf die Tätigkeit Delcassés ein interessantes Licht warf: Es wurde plötzlich bekannt, daß der Führer der ungarischen Unabhängigkeitspartei, v. Ugron, mit Delcassé zusammen eine Aktion gegen den Dreibund ins Werk zu setzen versucht hatte. Ugron bzw. ein in Paris lebender Vertreter von ihm war mit Delcassé in Beziehungen getreten, zunächst wegen der Gründung einer neuen ungarischen Partei, welche die „Freundschaft zu Rußland und Frankreich" politisch propagieren sollte mit dem Endziele eines französisch-russisch-österreichisch-ungarischen Bündnisses. Zu diesem Zwecke sollte zunächst eine Bank in Ungarn mit französischem Gelde gegründet werden. Es mag dahingestellt bleiben,

ob jener Plan — der durch sein öffentliches Bekanntwerden vereitelt wurde — sehr geschickt angelegt gewesen ist, aber sein Vorhandensein war bezeichnend für die Betriebsamkeit, mit der Delcassé die dreibundfeindlichen Bestrebungen in Österreich-Ungarn, besonders in Ungarn, im französischen Interesse auszunutzen versuchte.

Gegen den Dreibund wurde von seinen Gegnern mit Hochdruck gearbeitet. Die Erneuerung des Vertrages stand für das Jahr 1902 bevor, und in Frankreich glaubte man den Augenblick gekommen, ihn sprengen zu können. Man setzte besondere Hoffnungen auf die Folgen des Ministerwechsels in Italien, zumal der neue Minister des Auswärtigen, Herr Prinetti, Anfang der neunziger Jahre sich als Gegner der Dreibundpolitik erklärt hatte. Es war bezeichnend, daß man kurz nach dem italienischen Ministerwechsel in dem halbamtlichen deutschen Organe, der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, für nötig hielt, gegen die Legenden Front zu machen, welche über den Inhalt des Dreibundes von französischer Seite in Umlauf gebracht wurden. Das genannte Blatt stellte fest: Die Verbündeten Italiens hätten niemals Italien Bedingungen oder Wünsche wegen Verwendung der italienischen Armee auferlegt; der Dreibundvertrag lasse allen drei Mächten volle Freiheit in der Festsetzung ihrer Streitkräfte, sie könnten diese auch vermindern, wenn sie wollten; die Festsetzung der Streitkräfte sei eine innere Angelegenheit der betreffenden Staaten. Es sei also eine Legende, wenn behauptet werde, daß Italien Finanzschwierigkeiten aus Dreibundverpflichtungen erwachsen seien. Solche Verpflichtungen gäbe es eben nicht. — Das waren gerade diejenigen Argumente, mit denen die italienischen und französischen Dreibundfeinde arbeiteten: Italien werde durch die Dreibundverpflichtungen finanziell ruiniert, und der Dreibundvertrag verpflichte es, gegen das befreundete Frankreich zu marschieren. Ein italienisch-französisches Argument war es auch, welches der rabiat irredentistisch gesinnte italienische Deputierte Herr Barzilai im Sommer 1901 geltend machte: Der Dreibund habe Italien das „Gleichgewicht im Mittelländischen und Adriatischen Meere“ nicht verbürgen können, er habe auch nicht verhindert, daß Rußland und Österreich sich die Balkanhalbinsel „geteilt hätten“ und auf Verdrängung Italiens aus dem Oriente arbeiteten (das Mürzsteger Abkommen 1903). Damit wurde eine neue Seite der italienischen Politik in prägnanter Weise hervorgehoben: das „Gleichgewicht im Adriatischen Meere“ und Ansprüche Italiens auf die albanische Küste.

An anderer Stelle wurde ausgeführt, wie vor dem Berliner Kongresse Bismarck und Lord Derby Italien Albanien anboten, und wie durch eine fehlerhafte Politik die derzeitigen leitenden Staatsmänner

Italiens sowohl Albanien wie während des Berliner Kongresses auch Tunis verscherzten. Daß der Blick der Italiener sich später dann wieder auf Albanien richtete, hatte Gründe verschiedener Art:

Das Verhältnis zwischen Italien und Österreich-Ungarn war trotz aller deutschen Bestrebungen zu keiner Zeit gut gewesen. Auf beiden Seiten fehlte völlig das Vertrauen. Die italienische Irredenta, welche amtlich in Rom stets mißbilligt wurde, die zu ersticken man aber niemals auch nur versuchte, im Gedanken, man werde die Irredenta einmal gut brauchen können, — lenkte die Augen der Italiener stets auf die geographischen Verhältnisse und die Gebiete, welche in einem italienisch-österreichisch-ungarischen Kriege besonders in Betracht kommen würden. Auch in diesem Sinne war das italienische Argument an sich richtig: Österreich-Ungarn würde im Besitze der albanischen Küsten außerordentliche Vorteile Italien gegenüber besitzen. Dieses Argument traf aber nicht den Sinn der italienischen Sorgen und Bestrebungen, denn diese waren, wie die Vorgeschichte des großen Krieges einwandfrei bewiesen hat, aggressiver Natur. Das östliche Adriaufer und damit das Adriatische Meer selbst zu beherrschen, Österreich-Ungarn damit als Seemacht überhaupt auszuschalten, ist stets das letzte und höchste Ziel der italienischen Politik gewesen. Man sprach es nicht aus, man stellte es zurück, aber es war immer da. Am leichtesten bei einer Gelegenheit erreichbar erschien Albanien, im besonderen Südalbanien mit dem Hafen Valona. Das Interesse Italiens am Lande Albanien selbst ist ebenfalls ein starkes und tatsächlich immer gewesen, aber im Vergleiche zum Ziele der Adriabeherrschung war es sekundärer Natur.

Die italienische Orientpolitik hat im übrigen viel geschwankt. Nur Crispi hatte hier große Konzeptionen, die er auch eine Zeitlang mit einem gewissen Erfolge zu verwirklichen bestrebt war. Crispi wünschte in einem Briefe, der noch zu seinen Lebzeiten veröffentlicht wurde, einen Balkanbund mit Konstantinopel als Hauptstadt eben dieses Bundes. Der Sultan sollte nach Asien hinübergeschoben werden, die türkische Herrschaft aus Europa verschwinden. Auf diese Weise dachte er vielleicht weniger an eine albanische Frage an sich als: die Adriafrage für Italien ein für allemal aus der Welt zu schaffen. Wie sich die Zeiten geändert hatten, ging aus einer Rede des italienischen Deputierten Imbriani hervor, der im Jahre 1896 dem Dreibunde vorwarf, er hindere Italien daran, seine legitimen Aspirationen auf Albanien geltend zu machen. Im selben Jahre fand die Hochzeit des damaligen Thronfolgers, jetzigen Königs von Italien, mit einer Tochter des Fürsten von Montenegro statt. Welche Gründe und Motive auch sonst für diese Heirat maßgebend gewesen sind, — vom italienischen Volke, und zwar bis in die höchsten politischen

Kreise hinauf wurde sie mit weitgesteckten transadriatischen Zielen Italiens in Verbindung gebracht.

Eine starke Triebfeder für die Wünsche nach einer solchen Politik bildete die große Menge von Albanern auf italienischem Boden. Diese umfassen heute ungefähr 220 000 Seelen, sind schon lange in Italien ansässig und haben sich zum Teil mit der italienischen Bevölkerung vermischt. Hervorragende Italiener stammen ganz oder teilweise aus albanischem Blute; auch Italiens großem Staatsmanne Crispi wurde — mit Recht oder mit Unrecht — albanische Abkunft nachgesagt. Wenn nun auch, wie an anderer Stelle ausgeführt worden ist, Crispi keinen Wert auf Albanien gelegt hat, so ist doch die Tatsache unumstößlich und von erheblicher Bedeutung, daß eben jener albanische Einschlag der italienischen Bevölkerung in hohem Maße dazu beigetragen hat, daß sich das Interesse Italiens immer mehr auf Albanien lenkte.

Angesichts dieses Standes der Dinge erkannte Delcassé leicht, wo der Hebel anzusetzen sei. Die französische Regierung hatte 1899 Italien die erwähnten Zusicherungen für die politische Zukunft von Tripolis gegeben. Die italienischen Wünsche waren nirgends ein Geheimnis. 1902 wurde dieses Abkommen erweitert. Frankreich vergab damit etwas, was ihm nicht gehörte und auch nicht eigentlich in seinem Machtbereiche lag. Insofern erschien damals das Desinteressement Frankreichs billig. Anderseits war aber die französische Regierung wie später weit davon entfernt, ein italienisches Tripolis für wünschenswert zu halten. Tripolis grenzt an das französische Tunis, und dieses war schon damals mit Italienern angefüllt gegenüber einem verschwindenden Bruchteil von Franzosen. Eine italienische Nachbarkolonie mußte also für das französische Tunis eo ipso eine Gefahr bedeuten. So galt es, Italien von Tripolis abzulenken, immer unter der Versicherung, daß Frankreich sich freuen werde, wenn die italienische Flagge über Tripolis wehen würde. Mit großer Geschicklichkeit haben es damals Delcassé und Barrère verstanden, die „legitimen Aspirationen“ Italiens in Albanien und die irredentistischen Leidenschaften gegen Österreich zu entflammen, um so die Zusammenhänge des Dreibundes zu erschüttern. Die französische Presse jener Zeit war voll von Lobpreisungen und eingehenden Beschreibungen der zivilisatorischen Arbeit Italiens nicht nur in Albanien, sondern auch in Mazedonien. Die Italiener albanischen Blutes stellten offen das Programm auf: Albanien müsse durch Italien zivilisiert und befreit und dann als selbständige italienische Provinz organisiert werden. Der alte italienisch-österreichische Gegensatz verschaffte diesem Programme wachsende Volkstümlichkeit.

Um 1902 sollte, wie man wußte, der Dreibund erneuert werden,

und dazu setzte man von Frankreich aus im Sinne des Wortes alle Hebel in Bewegung, um Italien zu bewegen, seine Zugehörigkeit zum Dreibunde aufzugeben oder den Vertrag derart abzuändern, daß der Bund überhaupt seinen Charakter als solcher verloren hätte. In den italienischen Kammern fanden erregte Debatten statt, desgleichen wurden in der Presse Italiens die Fragen variiert: ob Italien mehr Lasten als Nutzen vom Dreibunde habe, ob das Bündnisverhältnis nicht die Freundschaft zu Frankreich schädigte, ob das friedliche Italien nicht durch den Dreibund in einen Krieg getrieben würde, ob schließlich die albanischen Interessen Italiens genügend sichergestellt wären.

Im März 1902 weilte der deutsche Reichskanzler Fürst Bülow in Venedig und traf dort mit dem italienischen Ministerpräsidenten Prinetti zusammen. Nach gleichzeitigen halbamtlichen Äußerungen der italienischen und österreichischen Presse hat die Erneuerung des Dreibundes damals den Gegenstand sehr ernster Unterhaltungen zwischen den Vertretern der beiden Staaten gebildet. Ende Juni wurde aus Berlin halbamtlich gemeldet, daß vom deutschen Reichskanzler, dem österreichischen und dem italienischen Botschafter in Berlin die Erneuerung des unveränderten Dreibundvertrages unterzeichnet worden sei. Daß die Erneuerung in unveränderter Form erfolgt war, hat Fürst Bülow 1903 im Reichstage ausdrücklich festgestellt. In derselben Rede erklärte er, daß dieses Mal die Erneuerung des Dreibundes nicht anstandslos und nicht ohne Schwierigkeiten zustande gekommen wäre; der Dreibund habe in Österreich und in Italien Gegner, dazu kämen die dreibundfeindlichen Strömungen außerhalb der Dreibundstaaten, „welche die Erneuerung des Dreibundes zu hintertreiben suchten". Fürst Bülow betrachtete diese Tatsache als so offenkundig, daß er den Reichstagsabgeordneten sagte, sie würden den Quertreibereien des vergangenen Frühjahrs und Vorsommers in Italien, Frankreich und England entnommen haben, daß „etwas los war". Ein Jahr vorher hatte Bülow in Bezugnahme auf die französisch-italienischen Mittelmeerabmachungen seine bekannte Wendung gebraucht in bezug auf Italien: „In einer glücklichen Ehe muß der Gatte auch nicht gleich einen roten Kopf kriegen, wenn seine Frau einmal mit einem anderen eine unschuldige Extratour tanzt. Die Hauptsache ist, daß sie ihm nicht durchgeht, und sie wird ihm nicht durchgehen, wenn sie es bei ihm am besten hat..." Fürst Bülow fügte die Bemerkung hinzu, daß „der Dreibund nicht mehr eine absolute Notwendigkeit" sei. Im Jahre darauf, nachdem der Vertrag erneuert worden war, erklärte er, daß jene Bemerkung nicht unwesentlich zur unveränderten Erneuerung des Dreibundes beigetragen habe.

Authentische Einzelheiten weiß man von den Schwierigkeiten na-

türlich nicht, welche damals überwunden werden mußten, aber es wird wohl richtig sein, wenn der österreichische Historiker Friedjung im Herbst 1913 schrieb: Italien habe vor der Dreibunderneuerung wesentliche Abänderungen verlangt, Bülow und Goluchowski hätten aber kategorisch erklärt: entweder unveränderte Erneuerung oder überhaupt keine Erneuerung. Darauf habe Italien denn die unveränderte Erneuerung vorgezogen. In italienischen Blättern freilich las man eine andere Sprache, und die halbamtliche „Tribuna" schrieb drei Monate vor der Erneuerung des Vertrages, unmittelbar nach der Zusammenkunft Bülow-Prinetti: der Reichskanzler habe sich „geneigter denn je gezeigt, unseren Wünschen nicht entgegen zu sein" und das Bündnis fortzusetzen, das für so viele Jahre für ganz Europa den Frieden garantiert habe. „Die direkten Ziele unserer Politik sind Aufrechterhaltung des Status quo im Mittelmeer und am Balkan, die Sicherheit, daß keine andere Macht Tripolis besetzen kann außer Italien, und daß sich keine Veränderung jenseits der Adria vollziehen kann ohne die Zustimmung Italiens." — Diese Bemerkung bezog sich auf Albanien und Mazedonien und auf ein Sonderabkommen mit Österreich-Ungarn. Fürst Bülow dementierte dagegen im folgenden Jahre die Andeutung der „Tribuna", als ob die Erneuerung des Dreibundes mit wirtschaftlichen Fragen verknüpft und „mit irgendwelchen zollpolitischen Zugeständnissen erkauft worden sei". — Das war von einem italienischen Abgeordneten behauptet worden.

Nach der Erneuerung des Dreibundes fanden in der italienischen Kammer wiederum lange Debatten über den Dreibund statt, und der neue Ministerpräsident di Rudini erklärte: Dank dem Dreibunde könne Italien darauf rechnen, daß selbst außerhalb Albaniens sich keine Kombination ohne sein Wissen und zu seinem Nachteile in den Balkanstaaten verwirklichen könne. Dagegen tat Rudini den vieldeutigen Ausspruch: man könne hinsichtlich Italiens zugeben, daß nach dem Einvernehmen mit Frankreich hinsichtlich des Mittelländischen Meeres diejenige Besorgnis an Bedeutung verloren habe, welche seinerzeit den Eintritt Italiens in den Dreibund bestimmte. — Dieser Satz zeigte die Größe des politischen Umschwunges während der letzten zehn Jahre. Damals war es die Furcht vor Frankreich und waren es die den französischen Interessen entgegengesetzten afrikanischen Aspirationen Italiens, welche das italienische Volk zum Dreibunde, und zwar mit aller Aufrichtigkeit, schwören ließen. Zur See im Mittelländischen Meere und an dessen Gestaden verbürgte die Flotte des dreibundfreundlichen Großbritanniens den Status quo gegen alle französischen Störungsversuche und Gefahren.

1902 waren de facto die englisch-französischen Zwistigkeiten bereits beigelegt, nur die feierliche Besiegelung fehlte noch. Frankreich und

Italien lebten ungefähr im Stande der Entente Cordiale miteinander, Großbritannien war nicht mehr dreibundfreundlich, sondern es hatte getan, was es konnte, um die Erneuerung des Bündnisvertrages durch Italien zu hintertreiben. Gewiß, dieses Hauptziel war nicht erreicht worden. Italien hatte, vor die schroffe Alternative unveränderter Erneuerung oder Aufgabe des Vertrages gestellt, die Erneuerung vorgezogen. Die italienischen Staatsmänner konnten sich, so wenig Sympathien sie zum Teil dem Dreibunde entgegenbrachten, doch nicht verhehlen, daß die Aufgabe eine Torheit sein würde, und zwar einmal wegen der tatsächlichen wirtschaftlichen Vorteile, die sich zwar nicht aus dem Dreibundvertrage selbst ergaben, wohl aber mittelbar aus den Beziehungen zu den beiden Mächten, mit denen der Vertrag bestand. Des ferneren waren die italienischen Staatsmänner klug genug, um zu würdigen, daß die internationale Stellung Italiens durch die Aufgabe des Dreibundes enorm verlieren, daß es in unmittelbarer Folge in die Vasallenschaft Frankreichs und Englands geraten würde. Im 1. Abschnitt sind die grundsätzlichen Dreibundbeziehungen Italiens und ihre Entwicklung ausführlich erörtert worden.

Man kann nicht bestreiten, daß die Erneuerung des Bündnisvertrages im Sommer 1902 einen Erfolg der deutschen Politik bildete. Auf der anderen Seite aber war ebensowenig zu bezweifeln, daß der Dreibund nicht mehr dasselbe wie früher war. Wäre um jene Zeit ein Krieg ausgebrochen, so würde man das wahrscheinlich in wenig vorteilhafter Weise erfahren haben. Auch bei größter Loyalität, die man damals ohne weiteres beim Könige von Italien voraussetzen mußte, wäre die italienische Regierung aller Wahrscheinlichkeit nach weder willens noch fähig gewesen, der franzosenfreundlichen Volksstimmung genügend Widerstand zu leisten, um die im Kriege Italien obliegenden Bündnisverpflichtungen dem Worte und dem Geiste nach auch nur annähernd zu erfüllen. Gewiß hatte Fürst Bülow formal recht, wenn er sagte: italienisch-französische Abmachungen hinsichtlich der Mittelmeerverhältnisse berührten die Verpflichtungen Italiens zum Dreibunde nicht, und ebensowenig die italienisch-französische Freundschaft, denn der Dreibund sei eine Versicherungsgesellschaft, keine Erwerbsgesellschaft, er wolle sich nur verteidigen, aber niemanden angreifen. Die Tatsache blieb aber bestehen, daß der Bundesgenosse des Deutschen Reiches nicht nur eng befreundet mit derjenigen Macht war, deren Angriff das Bündnis galt, sondern eben mit dieser Macht ein Abkommen geschlossen hatte, welches Italien ihr gegenüber zu Diensten verpflichtete, zu Diensten für Frankreichs marokkanische Politik. Ein verpflichtendes Abkommen solcher Art, und dabei die verbürgte Hoffnung, derart selbst einst einen großen Vorteil

zu erlangen, das mußte den Geist aus den italienischen Dreibundverpflichtungen ziemlich gründlich heraustreiben. Die rückbleibende Form genügte noch eben für vorsichtigen Friedensgebrauch, wenn man gegenüber den von Frankreich stets emsig geschürten Ausbrüchen der Österreichfeindlichkeit und den transadriatischen Plänen Italiens gegenüber die Augen zudrücken wollte.

Die Politik des Deutschen Reiches hatte nicht verhindert und — wie sie war — nicht verhindern können, daß es so weit kam. Fürst Bülow hat in mehrfacher Wiederholung betont, daß der Dreibund und das Deutsche Reich im besonderen an den Mittelmeerverhältnissen kein Interesse hätten. Sachlich betrachtet war diese Behauptung unrichtig. Wenn nicht am Mittelmeere selbst, so mußte die Politik des Deutschen Reiches doch an der Mittelmeermacht Italiens das allergrößte Interesse nehmen und an allem, was deren Politik betraf, ganz besonders aber auch an den Beziehungen Italiens zu Österreich-Ungarn. Ob und wie es möglich gewesen wäre, diese sicher überaus schwierige und im Rahmen der sonstigen Politik verwickelte Aufgabe zu lösen, muß dahingestellt bleiben. Die Feststellung genügt, daß sie nicht gelöst wurde, und daß eine der wesentlichen Ursachen dieses Mißerfolges in der Ohnmacht zur See aller Dreibundstaaten enthalten lag. Die Flotten Frankreichs und Englands zusammen beherrschten Mittelmeer, Atlantischen Ozean und Nordsee absolut. Außerdem glaubte man in Italien, daß Deutschland und Österreich-Ungarn auch im europäischen Landkriege unterliegen würden.

Der König von Italien besuchte kurz nach Erneuerung des Dreibundvertrages Berlin, ein Ereignis, das angesichts der häufigen Monarchenbesuche innerhalb des Dreibundes und besonders jetzt nach dem Abschluß ohne besondere Bedeutung war. Erheblicher war die Bedeutung der Reise des Königs und der Königin nach London, wo in den Tischreden König Victor Emanuels und König Eduards mit Nachdruck auf die „Freundschaft der beiden Nationen" hingewiesen wurde, eine Freundschaft übrigens, die tatsächlich keinen Augenblick unterbrochen gewesen war. Italien hatte in der griechischen Frage 1897 auf seiten der englischen Politik gestanden, es war 1900 dem deutsch-englischen Yangtsevertrag beigetreten und stand nachher in der Mandschureifrage auf der Seite Englands. Italien hatte nie aufgehört, in England den alten und mächtigen Garanten seiner Mittelmeerstellung — ein bei Gelegenheit stets wirksames Gegengewicht gegen die Festlandmächte — zu erblicken.

Ein Ereignis von hoher politischer Bedeutung aber war der Besuch König Victor Emanuels und der Königin in Frankreich im Herbst 1903. Der Präsident Loubet erklärte in seinem Trinkspruche: Frankreich sei

sich der Bedeutung dieses Besuches bewußt, er sei eine glänzende Kundgebung des engen Einvernehmens, und man könne gewiß sein, daß beide Länder hinfort mit gegenseitigem Vertrauen und mit demselben guten Willen ihrer nationalen Aufgabe nachgingen. Der König sagte u. a.: „Wie Sie, Herr Präsident, sehe ich in einem solchen Empfange etwas mehr als eine einfache Kundgebung dieser ausgesuchten Höflichkeiten, die eine der traditionellen Eigenschaften der edlen französischen Nation ist. Mit Recht sieht Frankreich meine Gegenwart als ein natürliches Ergebnis des zwischen unseren beiden Ländern glücklich vollendeten Werkes der Annäherung an."

„Glücklich vollendete Annäherung!" Diese Wendung war in der Tat nicht derart, daß sie die Staatsmänner der beiden andern Dreibundmächte kalt lassen konnte. Um das Ergebnis einer konsequenten Politik handelte es sich, nicht um eine „Extratour"; deutscherseits um eine Politik des laissez aller, laissez faire, die der Dreibund auf die Dauer nicht ertragen konnte. König Victor Emanuel hatte aber recht, denn das Werk der Annäherung zwischen Italien und Frankreich war tatsächlich vollendet, es stand auf dem festen Boden eines Abkommens, der Sympathie der beiden Nationen und verschwiegener Zukunftspläne. Jeder hoffte zu gewinnen, und alle jene anderen Faktoren und Momente der Sympathie und Bestechung wirkten mit zu innigerem Zusammenschlusse.

## König Eduards Anfänge — Reibungen.

Im Januar 1901 war Königin Viktoria von England gestorben, König Eduard VII. bestieg den Thron. Sein erster Besuch galt dem portugiesischen Hofe, und eben diesen ersten Besuch nahm der König zum Anlasse einer für die damals Wissenden hochpolitischen Erklärung. Er sagte: die beiden Länder möchten Seite an Seite weiter wandeln und durch Einmütigkeit der Handelspolitik gemeinsam beitragen „zur Ausdehnung des Handels in unseren beiden Ländern und in unseren Kolonien, deren unangetastete Aufrechterhaltung der Gegenstand meiner teuersten Wünsche und meiner Bestrebungen ist". Diese mit so großem Nachdruck gebrauchte Wendung konnte sich nur auf den englisch-deutschen Delagoavertrag von 1898 beziehen. König Eduards Worte brachten zum Ausdruck, daß er nicht den Eintritt einer Lage wünschte, die den Vertrag akut werden ließ. Seine Wendung mußte und sollte in Portugal wie in der ganzen Welt den Eindruck hervorrufen, als ob der König von England seinen Schild über die vom raubgierigen Deutschen Reiche bedrohten portugiesischen Kolonien hielte.

Unmittelbar darauf besuchte König Eduard den König von Italien und den Papst und ging darauf nach Frankreich. Am 2. Mai 1903 traf der König in Paris ein, unbekümmert um die starke antienglische Strömung, die in der Bevölkerung nicht nur, sondern in den weitesten politischen Kreisen Frankreichs bestand. König Eduard hatte die Franzosen richtig eingeschätzt; er stand ohne Zweifel durch P. Cambon in enger Verbindung mit Delcassé. Der König hinterließ den besten Eindruck in Frankreich. Vier Wochen darauf machte der Präsident Loubet in Begleitung Delcassés seinen Gegenbesuch in London. Die Reise der beiden Staatsmänner wurde von einem begeisterten Beifallschor der britischen Presse begleitet. Seit fünfzig Jahren betrete zum erstenmal wieder ein Staatsoberhaupt Frankreichs großbritannischen Boden, möchte dieser Besuch von wohltätigen Folgen für die beiden Länder sein! — Die Trinksprüche waren nicht weniger bemerkenswert und überraschend für die nicht eingeweihte politische Welt. König Eduard sagte, die Gesinnung Frankreichs ihm gegenüber habe sich als wahrhaft freundlich gezeigt; die beiden Länder, die so nahe aneinander lägen, müßten auch die besten Nachbarn sein. Loubet sprach von der Aufrechterhaltung der Beziehungen, die immer enger geknüpft werden müßten. Das Abschiedstelegramm König Eduards enthielt den Satz: „Es ist mein heißester Wunsch, daß die Annäherung zwischen unseren beiden Ländern von Dauer sein möge."

Im Herbste desselben Jahres unterzeichnete Lord Lansdowne, damals Staatssekretär des Auswärtigen, mit dem französischen Botschafter in London, Mr. Paul Cambon, einen Schiedsgerichtsvertrag hinsichtlich Streitigkeiten juristischer Art, die sich diplomatischer Erledigung entzögen. Das war an sich nicht viel, aber es war ein Anfang und wurde auch allerseits als solcher aufgefaßt. Der große Umschwung der britischen Politik war nicht nur eingeleitet, sondern grundsätzlich schon vollzogen worden. Darin lag ohne weiteres und zwingend die Abkehr von Deutschland und der Beginn des diplomatisch-politischen Kampfes gegen Deutschland enthalten. König Eduard hatte kurz nach Antritt seiner Regierung sich in sympathischer Weise über die Person des Deutschen Kaisers geäußert, aber keinen offiziellen Besuch in Berlin gemacht, ebensowenig wie in St. Petersburg.

In Wien traf einen Monat nach König Eduard Zar Nikolaus ein. Es wurden Trinksprüche von ganz besonderer Herzlichkeit gewechselt. Sie bezogen sich auf das Einvernehmen der beiden Mächte in der Regelung der mazedonischen Frage. Die beiden Minister, Graf Goluchowski und Graf Lambsdorff, hatten sich im Frühling desselben Jahres bei Wien getroffen und die Konvention miteinander abgeschlossen, welche unter dem Namen der Mürzsteger Konvention bekannt geworden ist. Sie legte

das Zusammengehen der beiden Mächte auf dem Balkan fest, wo die mazedonischen und albanischen Unruhen immer gefährlicher zu werden drohten, teils, weil die Türkei es an tatsächlichen Reformen fehlen ließ, teils, weil Bulgaren, Serben und Griechen alles taten, um die Aufstandsbewegung zu schüren. Die österreichisch-russische Aktion bezweckte Aufrechterhaltung des Status quo. Graf Goluchowski erklärte der Lage gemäß, Rußland und Österreich hätten sich von den übrigen Mächten ein Mandat zur Regelung der Balkanverhältnisse erwirkt, wodurch der „schwerfällige Apparat des europäischen Konzertes“ vermieden worden sei. Es handelte sich im wesentlichen darum, daß ein türkischer Generalinspektor für die Ausführung der Reformen in den Wilajets Saloniki, Kossowo und Monastir ernannt und dabei unter Kontrolle russischer und österreichischer Delegierter gestellt wurde. Daneben liefen Flottendemonstrationen Rußlands und Englands bei Saloniki und an der Küste des Schwarzen Meeres. Schließlich nahm die Pforte das Reformprogramm Österreich-Ungarns und Rußlands im Prinzip an.

Unter dem Gesichtspunkte der internationalen Politik lag die Bedeutung dieser Aktion hauptsächlich in der Tatsache, daß Rußland und Österreich-Ungarn, die alten Rivalen des Balkan, wieder wie 1897 im Einvernehmen miteinander arbeiteten. Die Ursache lag weniger in einer Übereinstimmung ihrer wirklichen Grundinteressen, auch nicht darin, daß beide Front gegen einen gemeinsamen Gegner gemacht hätten, wie 1897 gegen England, sondern die Ursache war einfach die, daß sie bei getrenntem und verschiedenem Vorgehen mit großer Wahrscheinlichkeit in einen Konflikt kommen mußten, der weder dem einen, noch dem anderen gelegen war. Für Rußland kam mit in erster Linie die Erwägung in Betracht, daß die vorhandenen und zu erwartenden Spannungen und Krisen im fernen Osten es zum mindesten als inopportun erscheinen ließen, auch im nahen Orient eine aktive und von Konfliktsmöglichkeiten umgebene Politik zu treiben.

Die Politik des Deutschen Reiches in den Orientangelegenheiten war die traditionelle. Fürst Bülow vertrat formell die Ansicht, daß das deutsche Interesse am Orient „nur indirekter Natur“ sei, daß man die Erhaltung des Status quo nach Möglichkeit unterstützen müsse. Das Deutsche Reich habe im Gegenteil ein besonderes Interesse daran, daß das Türkische Reich gestärkt werde. In diesem Sinne war die deutsche Diplomatie tätig, besonders auch, indem sie zu Konstantinopel zur Nachgiebigkeit gegenüber den Reformforderungen der beiden Mächte mahnte, die nur allzu berechtigt waren. Im Gegensatze zu der lebhaften und nicht immer geschickt sich vordrängenden Orientpolitik des Staatssekretärs Freiherrn v. Marschall befleißigte Fürst Bülow sich der Zurückhaltung. Sie war

um so mehr geboten, seitdem deutsche Unternehmungen wirtschaftlicher Natur und von großem Umfange in der Asiatischen Türkei mit vielem Eifer und erheblichem Aufwande betrieben wurden.

Während vorher trotz aller Meinungsverschiedenheiten und trotz der erregten Bevölkerungsstimmungen auf beiden Seiten der Nordsee die leitenden britischen Staatsmänner noch immer ein Zusammengehen mit Deutschland für wünschenswert und möglich gehalten hatten, besonders auf den Gebieten des englisch-russischen Gegensatzes, zeigten die Jahre 1902 und 1903 den Abschluß dieses Schwankens und eine entschiedene Abkehr von Deutschland. Die Bülowsche Deutung des Yangtseabkommens, seine während der letzten Jahre immer wiederholte Betonung, man würde zwar gern gelegentlich mit Großbritannien zusammengehen, aber nur auf dem Boden völliger Gleichberechtigung, Deutschland denke nicht daran, sich irgendwie zu binden oder andere Interessen als seine eigenen zu vertreten — diese und ähnliche Wendungen, die man in England vielleicht zuerst nicht ernst genommen hatte, wirkten schließlich um so gründlicher. Man erblickte in dieser deutschen Politik — die, wie wir erörtert haben, nur eine Politik der freien Hand sein sollte und an sich durchaus keine unfreundliche Beimischung gegen England enthielt — Böswilligkeit und Feindseligkeit deutscherseits.

Dazu kam das Gespenst der Flotte des Deutschen Reiches, welche auf dem Papier groß, in Wirklichkeit sehr klein war. Damals (1901/02) tat die britische Admiralität, als ob sie um der deutschen Flotte willen besondere Verbände für die Nordsee schaffen müsse. Es waren die Anfänge der späteren „Heimatflotte“. So gering dieser neue deutsche Nordseeflottenfaktor auch war, so unbequem wurde er in England empfunden, denn noch lag die Hauptmasse der englischen Flotte im Mittelländischen Meere, auf Malta gestützt, als Gegengewicht gegen den zu Toulon stationierten Kern der französischen Flotte, noch befand sich eine sehr starke britische Streitmacht dauernd in den ostasiatischen Gewässern. Im Sommer 1903 brachte die britische Regierung im Unterhause eine Vorlage ein, welche die Gelder für einen Flottenstützpunkt an der Nordsee bereitstellen sollte. Es war die im Firth of Forth gelegene Bucht von St. Margarets Hope, das heutige Rosyth. Die Admiralität führte als Begründung für die Wahl dieses Punktes aus, daß er die Nordsee beherrsche und durch seine geschützte Lage tief im Innern des schmalen Firth wie durch seine Entfernung von den gegenüberliegenden Küsten der Nordsee gegen feindliche Torpedobootsunternehmungen gesichert sei; mit anderen Worten, der neue Flottenstützpunkt kehrte, wörtlich und bildlich, seine Front gegen die deutschen Küsten.

Die verhältnismäßige Kleinheit der deutschen Schlachtschiffe zu

jener Zeit entsprang teils ungeklärten militärischen Anschauungen, teils hatte sie ihren triftigen Grund in den schmalen Mitteln, die der Marineverwaltung zur Durchführung des Flottengesetzes zur Verfügung gestellt worden waren, teils endlich in den geringen Abmessungen des Nordostseekanals sowie mancher Flußmündungen und Fahrwasser, deren Erweiterung mit gewaltigen Kosten verbunden sein mußte. Um sie und damit ihre Tragfähigkeit oder Wasserverdrängung möglichst nutzbringend für die Gefechtskraft auszunutzen, mußte man sich in der Bemessung der Kohlenvorräte beschränken. So naheliegend und einleuchtend diese Ursachen waren, so ließ sich die politische und militärische Presse in England nicht von der bewußt unwahren Behauptung abbringen: die Geringfügigkeit der Kohlenvorräte der deutschen Schiffe und ihre verhältnismäßig große Geschützzahl sei nur daraus zu erklären, daß die deutsche Flotte lediglich zum Zwecke gebaut werde, den kurzen Weg von den deutschen nach den englischen Küsten zurückzulegen. Dafür würde auch der geringe Kohlenvorrat reichen, während zum Überfall der englischen Flotte natürlich eine möglichst große Artilleriekraft notwendig sei. Dieses Argument ist den Engländern damals so in Fleisch und Blut übergegangen, daß man seiner Anwendung noch um das Jahr 1910 begegnen konnte, als die Kohlenvorräte vieler deutscher Schiffe die der gleichaltrigen englischen an Größe übertrafen.

Im Frühsommer 1902 wurde der Burenkrieg durch den Friedensvertrag von Vereeniging beendigt, einen Frieden, für dessen schleuniges Zustandekommen König Eduard VII. von seinem Regierungsantritte an aufs eifrigste hingearbeitet hatte. Bei aller Genugtuung über den endlich eingetretenen vollen Erfolg, bei allem Stolze darauf, daß zähe und unverzagte Ausdauer und Opfermut doch endlich zum Erfolge geführt hatten, war ein Gefühl von Unbehagen und Unsicherheit in der britischen Nation lebendig. Man hatte während des Krieges eigentliche Sympathien bei keiner anderen Nation gefunden. Daß die Regierungen sich neutral verhalten hatten, schob man in England auf ihre Uneinigkeit und auf das Übergewicht der britischen Flotte, welche tatsächlich ununterbrochen, auch während der unglücklichsten Augenblicke des Burenkrieges, die See beherrscht hatte. Chamberlain sagte mit Recht nach dem Friedensschlusse: „Die Lehre des Krieges ist die Lehre von unserer Stärke, der Welt kam diese Lehre wie eine Offenbarung.“ Chamberlain warb nun nicht mehr für Bündnisse und Ententen mit dem Deutschen Reiche oder mit den Vereinigten Staaten, sondern nahm mit aller Energie und Werbekraft die Agitation für den imperialistischen Zusammenschluß des Mutterlandes Großbritannien mit seinen Kolonien auf. Die Kolonien hätten das opferfreudige Gefühl der Zugehörigkeit zum Mutterlande

während dieses Krieges glänzend bewährt. Hier liege der Weg, den das Großbritische Reich zu gehen habe. Wenn dieses Ziel, ein organisiertes großbritisches Imperium, einmal verwirklicht sei, brauche das Britenreich keine Bündnisse mehr mit anderen Mächten. Dazu kam als Rückenstärkung das Bündnis mit Japan. Vor seiner damaligen Reise nach Südafrika sagte Chamberlain: „Ich gehe nach Südafrika mit dem ernsten Wunsche, alle Streitfragen zu vergessen, und mit dem einzigen Verlangen, das verwandte Volk zu einer großen afrikanischen Nation unter britischer Flagge zu vereinen.“ Im folgenden Jahre trat dieser bedeutende, energische und weitblickende Staatsmann aus dem Kabinette aus, um sich ganz seiner wirtschaftlichen Agitation für die imperialistische Tarifreform widmen zu können. 1902 war der greise Lord Salisbury zurückgetreten, sein Neffe Balfour Premierminister geworden. Er konnte sich nicht entschließen, den Boden der Chamberlainschen Zollpolitik zu betreten. Chamberlain trat aus dem Kabinette aus, um als Privatmann seine Agitation fortzusetzen.

Das Zusammengehen Englands mit dem Deutschen Reiche in der Venezuela-Angelegenheit (siehe Seite 209 ff.) hatte in den deutschfeindlichen Kreisen Großbritanniens scharfen Widerspruch, ja die heftigsten Ausbrüche der öffentlichen Meinung erregt. Der neue Premierminister Balfour rechtfertigte dieses Zusammengehen nicht, wie es früher in solchen Fällen geschehen war, mit den freundschaftlichen Beziehungen usw., sondern einfach mit der Zweckmäßigkeit: man habe doch nicht zugleich und am selben Ort zwei ganz verschiedene Blockaden unterhalten können. Eine Gefahr für Großbritannien, vom Deutschen Reiche in irgendwelche Streitigkeiten mit dritten Mächten hineingezogen zu werden, habe nicht vorgelegen. Ein anderer Regierungsvertreter äußerte, man hätte schon deshalb den deutschen Vorschlag zu gemeinsamem Vorgehen nicht zurückweisen können, weil sich sonst ein Konflikt zwischen den blockierenden Schiffen ergeben haben würde, oder aber man hätte die englischen Ansprüche an Venezuela hinter die deutschen zurückstellen müssen; das wäre sicher ein noch größerer Fehler gewesen. Die Opposition griff dagegen die britische Regierung heftig an wegen ihrer angeblich unbeständigen und schwankenden Politik dem Deutschen Reiche gegenüber. Die Regierung habe stets unter der Suggestion gestanden, daß das Deutsche Reich doch einmal Helfer gegen Rußland sein werde. Sir Edward Grey, der spätere langjährige Staatssekretär des Auswärtigen im liberalen Kabinette, trat damals — im Sommer 1903! — für eine Annäherung Großbritanniens an Rußland ein und führte in längerer Rede aus: das Zusammengehen Englands mit dem Deutschen Reiche in China sei ein Mißgriff gewesen. Großbritannien habe keinerlei Unterstützung von

Deutschland gehabt. — Man sah also wiederum die Wirkung, welche die Ausschaltung der Mandschurei aus dem Yangtsevertrage seitens der deutschen Politik gehabt hatte. Von besonderem Interesse ist aber, daß Sir Edward Grey sein Ziel einer englisch-russischen Annäherung weniger als ein halbes Jahrzehnt nachher als selbstleitender verantwortlicher Staatsmann verwirklichen konnte. Eben wie Delcassé im Augenblicke, wo die englandfeindlichen Wogen in Frankreich am höchsten gingen, mit dem Programme sein Amt antrat, „la bonne entente" mit Großbritannien herzustellen, so ließ Sir Edward Grey sich durch alle damals vorhandenen Interessengegensätze, Verstimmungen und Spannungen zwischen Großbritannien und dem Russischen Reiche im fernen Osten, in Mittelasien und im nahen Orient nicht beirren.

Regierungspartei und Oppositionspartei waren sich in den Jahren 1902 und 1903 darüber einig, daß die Periode der politischen Annäherungsversuche an das Deutsche Reich endgültig vorbei sei. Es war derselbe Sommer, als König Eduard und Präsident Loubet jene bedeutungsvollen Besuche austauschten, und König Eduard die Depesche an den Präsidenten absandte: er hoffe, daß die Annäherung zwischen den beiden Ländern von Dauer sein werde. Die auffallende Tatsache, daß die Parlamentsverhandlungen jenes Jahres die britisch-französische Annäherung so gut wie gar nicht erörterten, obgleich die Bedeutung jener beiden Reisen weltkundig war und allgemein besprochen wurde, lieferte einen sprechenden Beweis für die politische Reife der britischen Staatsmänner und Parlamente, welche die Anfänge der Annäherung nicht durch unzeitige Besprechungen gefährden, noch sie ohne Not an die große Glocke der internationalen Öffentlichkeit hängen wollten.

In die durch Wirtschaftseifersucht auf Deutschland ohnehin erregte und besorgte Stimmung und in die noch aus dem Burenkriege stammende Empfindlichkeit gegen Deutschland fiel der Ausbruch des deutsch-kanadischen Tarifstreites. Es handelte sich dabei um das Folgende:

Im Sommer 1898 war der Handelsvertrag, der seit den sechziger Jahren zwischen dem Deutschen und dem Britischen Reiche bestanden hatte, außer Kraft gesetzt worden, und zwar hatte die britische Regierung ihn gekündigt. Jener Vertrag beruhte u. a. auch auf der gegenseitigen Meistbegünstigung. Deutschland besaß die Meistbegünstigung in den britischen Kolonien, auch gegenüber dem Mutterlande. Nach Außerkrafttreten des Handelsvertrages fiel mithin auch für Großbritannien einschließlich seiner Kolonien jeder Rechtsanspruch auf solche Zollermäßigungen fort, welche Deutschland in seinen Tarifen anderen Staaten gewährte. Trotzdem, aus besonderem Entgegenkommen, ließ die deutsche Regierung sich herbei, durch ad hoc beschlossene gesetzliche Maßnahmen

Großbritannien und seinen Kolonien — außer Kanada — die niedrigeren Zollsätze des deutschen Konventionaltarifes zu gewähren. Nach den damaligen Äußerungen der deutschen Regierung war der Grund lediglich: den wirtschaftlichen Zwischenzustand nach dem Erlöschen des Handelsvertrages Großbritannien gegenüber freundschaftlich zu gestalten. Man ließ also einfach die Beziehungen so weiter bestehen, wie sie vor dem Erlöschen des Handelsvertrages bestanden hatten, in der selbstverständlichen Voraussetzung, daß auf der anderen Seite das gleiche Verfahren praktisch zur Anwendung gelange. Kanada allein setzte nach Ablauf des Handelsvertrages Vorzugszölle für das Mutterland Großbritannien fest, außerdem schloß es Deutschland von Vergünstigungen aus, die einigen französischen Einfuhrartikeln gewährt worden waren. Die deutsche Regierung traf daraufhin die selbstverständliche Bestimmung, daß jene Bevorzugungen, welche sie hinsichtlich der Tarife den großbritannischen Inseln und den übrigen britischen Kolonien gewährte, Kanada nicht zuteil werden sollten, und brachte für den Handel mit Kanada den allgemeinen Zolltarif (Generaltarif) in Anwendung, der ohne weiteres für alle Länder galt, mit denen besondere Vereinbarungen nicht vorlagen.

Dieser einfache Vorgang erregte in Großbritannien eine ungeheuere Erbitterung. Besonders Chamberlain benutzte die Gelegenheit für seine imperialistische Agitation und sagte, Kolonien und Mutterland bildeten ein Ganzes, er sei genötigt, festzustellen, daß Deutschland das einzige Land sei, welches in feindseligem Sinne von den Vorzugsbestimmungen Kanadas dem Mutterlande gegenüber Notiz genommen habe. „Deutschland allein hat gegen Kanada Strafmaßnahmen in der Höhe eines sehr beträchtlichen Zuschlagszolles verfügt.“ Dies war, wie eben gezeigt worden ist, eine Unwahrheit, denn auf Kanada war nur der Generaltarif zur Anwendung gekommen. — Kanada, so sagte Chamberlain, solle von Deutschland bestraft werden, und deshalb sei es an England, durch wirtschaftliche Repressalien Vergeltung für Kanada an Deutschland zu üben. Ebenso äußerten sich andere Minister, und Lord Lansdowne erklärte, die deutsche Regierung habe der britischen zu verstehen gegeben, daß sie ihr die Meistbegünstigung verweigern würde, wenn andere britische Kolonien das Beispiel Kanadas der Vorzugszölle an das Mutterland nachmachten. Deutschland habe ja sicher das Recht dazu, aber man müsse immerhin auf Vergeltungsmöglichkeiten sinnen. Kurz, man faßte die deutsche Verteidigungsmaßnahme ab irato auf. Der britische Handel kam in Betracht, das war es wohl in erster Linie. Deutschland, das man seit dreiviertel Jahrzehnt als den gefährlichsten, immer gefährlicher werdenden Konkurrenten ansah, war im Begriff, einen Schlag gegen den britischen Handel zu führen. Und da kam noch ein anderes ver-

schärfendes Moment dazwischen: man bildete sich ein, Deutschland wollte nicht nur den britischen Handel im allgemeinen treffen, sondern gerade den Handelsverkehr zwischen dem Mutterlande und seinen Kolonien. Das fand man um so empörender, als gerade damals der imperialistische Gedanke eines festen wirtschaftlichen und politischen Zusammenschlusses zwischen Mutterland und Kolonien auf den britischen Inseln in höchster Blüte stand, und seine Verwirklichung als die einzige Rettung und Möglichkeit die britische Weltstellung zu erhalten, angesehen wurde. Am ärgerlichsten war dabei aber wohl die Erkenntnis, die man freilich nirgends aussprach, daß das Deutsche Reich sich mit seiner Zollpolitik durchaus im Rechte befand.

Zwar erklärten jetzt die britischen Staatsmänner, das englische Mutterland und die Kolonien bildeten ein Ganzes, und die deutsche Zollmaßnahme bedeute eine verletzende Einmischung zwischen Mutterland und Kolonien. Dachte man aber diese Auffassung weiter durch, so ergab sich das Folgende: Dann war das Nächstliegende, Mutterland und Kolonien ohne Unterschied nach dem deutschen Generaltarife zu behandeln, mithin von der Meistbegünstigung auszuschließen. Die deutsche Regierung tat das nicht, sondern wendete den Generaltarif nur auf Kanada an, weil es Deutschland schlechter behandelte als andere Mächte. — Außerdem war der britische Standpunkt: Mutterland und Kolonien als wirtschaftliche Einheit zu betrachten, keineswegs konsequent vertreten worden; man hatte britischerseits vorher den entgegengesetzten eingenommen und von ihm aus den deutsch-englischen Handelsvertrag seinerzeit gekündigt, und wiederum war die entgegengesetzte Auffassung auf der internationalen Brüsseler Zuckerkonferenz betätigt worden. Dazu kam, daß Kanada plötzlich Zuschlagszölle auf die schon zollpflichtige deutsche Einfuhr ankündigte. Alles in allem, der deutsche Standpunkt war ebenso klar wie berechtigt; er diente nicht dem Angriffe, sondern der Verteidigung. Im Frühjahr 1903 verlautete außerdem noch, daß auch Südafrika englischen Waren Vorzugszölle gegenüber deutschen geben werde. Infolgedessen erklärte die deutsche Regierung, daß unter solchen Verhältnissen kaum durchführbar sein werde, deutscherseits dem englischen Mutterlande weiterhin die Meistbegünstigung zu gewähren. Vier Wochen später fand die erwähnte große Zolldebatte im englischen Unterhause statt, und Chamberlain sagte: „Es ist durchaus nötig, daß wir die Vollmacht haben, Zölle auf gewisse Artikel zu legen, um überall da Vergeltungsmaßregeln zu ergreifen, wo unsere Kolonien durch Repressalien fremder Mächte geschädigt werden.“ Das bisherige System des absoluten Freihandels sei unmöglich mehr aufrechtzuhalten, nicht nur infolge solcher Streitfälle wie des deutsch-kanadisch-englischen, sondern

vor allem auch allgemein angesichts der deutschen und amerikanischen Konkurrenz.

Lord Lansdowne, der Sekretär des Auswärtigen, aber schrieb der deutschen Regierung, daß das handelspolitische Verhältnis zwischen Deutschland und Großbritannien eine sehr ernste Wendung nehmen werde, wenn sie auf ihrem Standpunkt bliebe oder gar das britische Mutterland ebenso wie Kanada behandle. Die englische Regierung wolle die formale Berechtigung des deutschen Vorgehens nicht in Abrede stellen, es sei aber inkonsequent, wenn Deutschland auf der einen Seite die englischen Kolonien als selbständig behandle, auf der anderen das britische Mutterland für selbständige Maßnahmen der Kolonien bestrafen wolle.

Dieser Streit lieferte ein Beispiel, wie die Trennung von Politik und Wirtschaft nicht immer möglich ist, vor allem nicht bei einem Volke wie dem englischen, das an und für sich, in allen seinen Einrichtungen und in seiner ganzen Politik den Handel verkörpert. Sein Handel, wie jener britische Seeoffizier sagte, bildet für das britische Volk die Grundlage seines Lebens, seiner Politik und aller seiner Maßnahmen. Seine souveräne Unabhängigkeit und Selbstherrlichkeit wird die seebeherrschende Flotte verbürgen. Seit den Befreiungskriegen hatte Großbritannien mit seinem Handel und als Beherrscherin der Ozeane eine souveräne Stellung eingenommen, lange Jahrzehnte hindurch auch auf dem europäischen Festlande. Immer hatte es gegen den jeweilig mächtigsten Festlandstaat andere Helfer auf dem Festlande gefunden, mochte es sich nun um Rußland oder Frankreich handeln. Die überlegene Kunst und Energie Bismarcks hatten mit einer Großbritannien überraschenden Schnelligkeit plötzlich ein mächtiges Deutsches Reich in das Zentrum von Europa hineingesetzt, man hatte sich ihm gegenüber wohl oder übel freundschaftlich gestellt. Nach Bismarcks Abgang hatten die britischen Staatsmänner gehofft, sich das Deutsche Reich „als dummen und starken Kerl auf dem Festlande" dienstbar zu machen. Das war nur kurze Zeit gelungen. Dann kam die Zwischenperiode, wo man trotz aller Reibungen die Versuche, Deutschland zu gewinnen, fortsetzte. Diesem Versuche setzte das Jahr 1902 ein Ende. Zu allen Enttäuschungen und Ärgernissen politischer, zu allen Besorgnissen wirtschaftlicher Natur kam nun noch diese Zollstreitfrage.

Die deutsch-kanadisch-britische Angelegenheit veranschaulicht von einer neuen Seite die Schwierigkeiten, denen das Deutsche Reich bei jedem, auch dem kleinsten Schritte begegnete, den es über seine Landesgrenzen hinaus zu tun versuchte. Überall kannte und fürchtete man den Konkurrenten, die Fabel von deutschen Seebeherrschungs- und Welt-

eroberungsplänen kam dazu. Großbritannien war sich wohl bewußt, daß seine Position wirtschaftlich viel stärker war als die Deutschlands. Traf dies auch nur zum Teil auf die wirtschaftliche Leistung an sich zu, so galt es restlos, ja in größtem Maße für die finanzielle Aktionskraft und Widerstandskraft, für finanzielle und wirtschaftliche Hilfsquellen aller Art. Großbritannien hatte länger als zwei Menschenalter konkurrenzlos die Märkte beherrscht, London war der finanzielle Mittelpunkt der Erde. Nun kam ein Konkurrent, der sich als gefährlich zeigte, aber nicht annähernd so kapitalkräftig, so gefestigt und erfahren wie Großbritannien war. Deutschland wollte Märkte erobern oder sich wenigstens Platz auf ihnen schaffen, die der britische Handel bis jetzt ausschließlich besessen hatte. So glänzend der wirtschaftliche Aufschwung Deutschlands erschien, so war sich doch niemand im unklaren darüber, daß eben dieser Aufschwung den Kredit aufs äußerste in Anspruch nahm, das deutsche Geld gewissermaßen verschluckte, sobald es da war, und infolgedessen jede Störung, jede wirtschaftliche Krisis zu einem schlimmen, vielleicht bedrohlichen Ereignisse machte. Die einzige, freilich sehr wirksame Stütze für solche Fälle bildete der innere Markt, insbesondere die deutsche Landwirtschaft. In England hat man diesen gewaltigen Faktor deutscher Widerstandskraft lange Zeit weit unterschätzt. — Damals, in den Jahren 1902 und 1903, war es gerade die Schärfe jener wirtschaftlichen und finanziellen Anspannung in Deutschland, welche die Zollpolitik Kanadas als so unangenehm und die Aussicht, daß noch andere britische Kolonien ebenso handelten, als so bedrohlich erscheinen ließ. Wenn die britische Regierung mit derartiger Schärfe drohte, so war für sie natürlich die Nebenerwägung maßgebend, daß Deutschland ernste wirtschaftliche Gegenmaßnahmen nicht werde aushalten können, und daß man für den Fall politischer Verschärfung des wirtschaftlichen Streites eine ozeanbeherrschende Flotte besitze gegenüber der Quantité négligeable der deutschen Flotte. Man dachte wieder an den Ausspruch einer englischen Zeitschrift kurz nach Mitte der neunziger Jahre: früher hätten die Völker jahrzehntelang um den Besitz einer einzigen Stadt gekämpft, und heute sollte ein nach Milliarden zählender Handel kein zureichender Grund zu einem Kriege sein?

## Venezuela — Die Vereinigten Staaten.

Wie groß die englisch-deutsche Entfremdung geworden war, zeigte die venezolanische Angelegenheit. Diese wurde Anfang Dezember 1902 akut in Gestalt eines deutschen Ultimatums an Venezuela.

Es handelte sich zunächst um Reklamationen der deutschen Regierung, im besonderen um erhebliche Geldforderungen an die venezolanische

Regierung. Während verschiedener Revolutionen in den letzten Jahren waren zahlreiche Deutsche, die in Venezuela wohnten, durch Diebstahl, Raub, Erpressung und erzwungene Anleihen schwer geschädigt worden. Außerdem hatten deutsche Firmen und Banken erhebliche Ansprüche an die venezolanische Regierung aus Eisenbahn- und anderen öffentlichen Bauten. Die deutsche Reichsregierung lehnte ein Dekret der venezolanischen Regierung ab, das einen Teil der sämtlich vollbegründeten Ansprüche unberücksichtigt lassen, jeden diplomatischen Einspruch ausschließen und die Entschädigungen nur aus einer neu aufzunehmenden Anleihe einer „Revolutionsschuld" in Gestalt besonderer Scheine bezahlen wollte. Diese Scheine wären aller Voraussicht nach annähernd wertlos gewesen. Die deutsche Regierung versagte dem Dekrete also ihre Anerkennung, und ähnlich äußerten sich Großbritannien, die Vereinigten Staaten, Italien, Spanien und die Niederlande. Venezuela blieb aber intransigent und verweigerte eine Erledigung der ausländischen Reklamationen auf diplomatischem Wege überhaupt, man wollte sie lieber nach dort gewohnter Art „regeln". Wegen dieser völkerrechtswidrigen Stellungnahme, und um die Stellung der in Venezuela wohnenden Deutschen nicht vollkommen schutzlos werden zu lassen, erfolgte das deutsche Ultimatum. Es verlangte sofortige Zahlung der Reklamationen bis 1900 und eine sicherheitgebende Auskunft über die Regelung der übrigen deutschen Forderungen. Die Regierung von Venezuela, an deren Spitze der Präsident Castro sich gestellt hatte, ließ das Ultimatum unbeachtet.

Dieses Ultimatum war von Deutschland und Großbritannien vereint gestellt worden. Darin lag das Moment, welches von der englischen Bevölkerung mit äußerstem Mißfallen bemerkt und getadelt wurde. Was für deutsch-englische Verhandlungen diesem gemeinsamen Vorgehen vorausgegangen sind, ist der Öffentlichkeit nicht bekannt geworden. Immerhin kann man annehmen, daß die Initiative von der deutschen Regierung ausgegangen war. Man hat ihr daraus einen Vorwurf gemacht und gesagt, sie hätte auf eigene Hand, ohne sich an England zu kehren, ihre Maßnahmen treffen sollen, zumal anscheinend die britische Regierung gezögert habe, ehe sie sich anschloß. Anderseits läßt sich aber nicht bestreiten, daß ein isoliertes Vorgehen des Deutschen Reiches starke Bedenken gegen sich gehabt haben würde. Der Verlauf der Venezuelaangelegenheit bewies das auf indirektem Wege.

Politisch kam für die Beurteilung des ganzen Unternehmens auch die Stimmung der Nordamerikanischen Union in Betracht. Die übermäßige Empfindlichkeit, die Abneigung und Mißgunst der Vereinigten Staaten, insbesondere ihrer öffentlichen Meinung, hatte Deutschland oft an sich erfahren. Die Samoadifferenzen, die Ereignisse während des

Spanisch-Amerikanischen Krieges hatten ein Mißtrauen und eine Unfreundlichkeit der Stimmung dort erzeugt, welche in das Phantastische und Krankhafte gingen. Eine Besuchsreise des Prinzen Heinrich von Preußen nach den Vereinigten Staaten war im Februar und März 1902 unternommen worden, um die öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten von ihren Vorurteilen gegen Deutschland zu befreien. Die Reise war in ihrer Art gelungen, sie nahm einen sogenannten glänzenden Verlauf, und mit Freundschaftsversicherungen wurde nicht gespart. Der Präsident Roosevelt telegraphierte dem Prinzen Heinrich noch bei seiner Abreise: das tatsächlich Gute seines Besuches läge darin, daß er ein Gefühl der Freundschaft zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten gefördert habe. Auf seiner Reise von einer amerikanischen Stadt zur anderen war dem Prinzen mit denselben oder anderen Worten das gleiche gesagt worden. Der ausgezeichnete amerikanische Botschafter in Berlin, Mr. White, nahm Gelegenheit, noch einmal, wie schon vor Jahren, auf das nachdrücklichste zu versichern, die deutsche Neutralität während des Spanisch-Amerikanischen Krieges sei unanfechtbar, dabei nicht nur korrekt, sondern freundlich gewesen. „Es ist unwiderleglich bewiesen worden, daß der verehrte und allbeliebte Herrscher dieses Landes (des Deutschen Reiches) aufs entschiedenste sich weigerte, an irgendwelchen Schritten teilzunehmen, die als Einmischung in den Streit ausgelegt werden konnten, und daß er seine Weigerung in einer Weise zum Ausdrucke brachte, daß kein Zweifel darüber bestehen konnte, er respektiere die Motive und verstehe die Gefühle der amerikanischen Regierung."

Dieser letzte Satz des Botschafters bezog sich auf eine aufsehenerregende diplomatische Veröffentlichung im „Deutschen Reichsanzeiger" kurz vor der Abreise des Prinzen Heinrich von Deutschland. Das amtliche Organ sagte: man habe im englischen Parlamente verschiedentlich erörtert, wie die einzelnen Mächte sich während des Spanisch-Amerikanischen Krieges zur Frage einer Einmischung verhalten hätten. Zur Klärung dieser Frage würden hiermit die zwei amtlichen Schriftstücke veröffentlicht. Das eine von ihnen war eine Depesche des deutschen Botschafters v. Holleben zu Washington vom Frühjahr 1898: der dortige britische Botschafter habe in auffälliger Weise die Initiative zu einem Kollektivschritt der Mächte ergriffen, vermutlich als Folge einer Bitte der Königin-Regentin von Spanien bei der Königin von England. Der englische Botschafter regte bei dem diplomatischen Korps eine Kundgebung an, die erklären sollte, daß die Mächte eine bewaffnete Intervention der Vereinigten Staaten auf der Insel Kuba nicht für gerechtfertigt hielten. Der Präsident der Vereinigten Staaten habe ja selbst in seiner Botschaft gesagt, daß er die bewaffnete Intervention nur dann wolle,

14*

wenn die zivilisierte Welt auf seiten einer solchen stände. Man müsse, so meinte der britische Botschafter, in Washington den Präsidenten nunmehr dahin aufklären, und zwar in Form einer Kollektivnote, daß die zivilisierte Welt gegen die Intervention sei bzw. den Angriff nicht billige. Der deutsche Botschafter hatte zum Schlusse seines telegraphischen Berichtes geschrieben: „Ich persönlich stehe einer solchen Kundgebung ziemlich kühl gegenüber." Der Reichskanzler billigte dieses Urteil durch seine Unterschrift. Der Deutsche Kaiser aber hatte die Randbemerkung gemacht: „Ich halte die Kundgebung für gänzlich verfehlt, zwecklos und daher schädlich. Ich bin gegen diesen Schritt!"

Diese Veröffentlichung erregte ein um so größeres Aufsehen, als die Verdächtigung der deutschen Neutralität während jenes Krieges und nachher vor allem und unermüdlich von der Presse Großbritanniens gepflegt wurde. Bald darauf wurde der Gegenstand im britischen Unterhause zu Sprache gebracht. Der Unterstaatssekretär des Auswärtigen, Lord Cranborne, erklärte, daß jene Aktion in Washington auf rein persönliche Initiative des dortigen britischen Botschafters ins Werk gesetzt worden sei, und daß die Regierung sich zwei Tage darauf entschlossen habe, seiner Anregung nicht Folge zu geben. Von der Haltung der deutschen Regierung habe man damals keine Kenntnis gehabt. Auf die Frage eines Parlamentsmitgliedes, ob jene eben veröffentlichte deutsche Darstellung zutreffend sei, antwortete Cranborne nicht.

Es lag klar zutage, daß das Gewissen der britischen Regierung in der Angelegenheit nicht rein war. Vermutlich war während des Krieges ihre Absicht gewesen, seitens des britischen Botschafters in Washington jene Mißbilligungsaktion durch andere Mächte in Fluß zu bringen, sich selbst aber dann durch Mißbilligung der Aktion von ihr zurück und aus der Affäre herauszuziehen. Es liegt auf der Hand, daß jenes nachträgliche Aufdecken der Karten durch den „Deutschen Reichsanzeiger" auf Großbritannien verstimmend wirken mußte. Anderseits war verständlich und gerechtfertigt, daß die deutsche Regierung gerade jetzt, unmittelbar vor der Abreise des Prinzen Heinrich die Gelegenheit ergriff, um die in den Vereinigten Staaten allgemein geglaubte Legende von deutschen Interventionsabsichten zu zerstören.

Diese Episode und die der Prinzenreise mit allen ihren Liebenswürdigkeiten, Reden und Telegrammen lag nicht länger als dreiviertel Jahr zurück, als die venezolanische Aktion sich als notwendig erwies. Man wußte, daß England und die anderen Staaten ähnliche dringende und begründete Forderungen an Venezuela hatten wie das Deutsche Reich, man kannte das amerikanische Steckenpferd, die Monroedoktrin, und konnte sich mit leichter Mühe ausrechnen, daß eine einseitige deutsche

Flottenaktion an der venezolanischen Küste wieder ungeheuren Lärm jenseits des Ozeans verursachen würde. Zumal stand außer Zweifel, daß die britische Presse alles tun würde, um gerade bei einer solchen Gelegenheit das vielleicht eben leicht eingeschlummerte Mißtrauen der Bevölkerung der Vereinigten Staaten gegen Deutschland wieder zu wecken und zu schüren.

Unter diesen Gesichtspunkten dürfte deutscherseits damals ein Zusammengehen mit England als wünschenswert erschienen sein. Die amtliche britische Auffassung war eine rein geschäftliche. Die Gemeinsamkeit der Aktion verpflichtete die britische Regierung zu nichts, vergrößerte aber das Gewicht der britischen Ansprüche, während eine Weigerung, zusammen mit Deutschland vorzugehen, Großbritannien in die Hinterhand gebracht hätte, und das wäre in diesem Falle wohl nachteilig gewesen.

Im Gegensatze zu dieser nüchternen Auffassung der Regierung tobte die deutschfeindliche britische Presse darüber, daß man sich mit Deutschland zur „Vergewaltigung" eines amerikanischen Staates herbeiließe. Deutschland habe ganz andere Absichten dabei, die Schuldenbeitreibung in Venezuela sei nur ein Vorwand. Ziel der Bülowschen Politik wäre vor allem, England und die Vereinigten Staaten miteinander zu verfeinden, außerdem eine überseeische Eroberungspolitik in Mittel- oder Südamerika, sei es auf dem Festlande, sei es auf den vorgelagerten Inseln, ins Werk zu setzen. Die amerikanische Presse nahm diese Tonart sofort, nur noch mit gesteigerter Heftigkeit, auf. Ihr stand ohne weiteres fest, daß das Deutsche Reich in Venezuela oder in Columbien oder aber in Brasilien Fuß fassen wolle. Besonders viel Anklang fand aber die ursprünglich jedenfalls aus London stammende Behauptung: es handle sich um einen Flottenstützpunkt, den Deutschland im oder am Karaibischen Meere wolle. Alle alten Schlagworte von und über Weltpolitik, von den deutschen Ozeanbeherrschungsplänen erfüllten wieder die internationale Atmosphäre, und es hatte wenig Erfolg, als die deutsche Regierung im Dezember 1902 halbamtlich erklärte: das Deutsche Reich habe Venezuela gegenüber genau die gleichen Absichten wie Großbritannien und Italien, und „daß die Absichten unserer Regierung keine über den unmittelbaren Zweck hinausgehenden Ansprüche einschließen und von allen abenteuerlichen Hintergedanken frei waren und sind".

Am Tage darauf wurde die Blockade gemeinsam von Großbritannien und dem Deutschen Reiche über einige venezolanische Häfen verhängt. Das deutsche Kanonenboot „Panther" wurde, nachdem die Blockade vier Wochen gedauert hatte, durch venezolanische Küstenwerke beschossen, kam zeitweise in eine militärisch unangenehme Lage und zerstörte dafür

im Verein mit dem deutschen Kreuzer „Vineta“ ein Küstenfort. Vorher hatten englische und deutsche Streitkräfte gemeinsam die venezolanischen Kriegsschiffe fortgenommen. Deutsche und englische Landungskorps wurde zu La Guayra an Land gesetzt und befreiten dort gefangene deutsche und englische Staatsangehörige. Deutsche und englische Kriegsschiffe beschossen zusammen die Forts von La Guayra und von Puerto Cabello. Um Mitte Dezember schloß sich auch Italien der deutschen und der britischen Aktion an. Kurz darauf wurde aus der Handelsblockade eine militärische Blockade. Im Februar gab dann Venezuela nach, und die deutschen Ansprüche wurden anerkannt, ebenso die der beiden anderen Mächte, während über einzelne Punkte eine international gemischte Kommission tagte, auch ein Vertrag zwischen Venezuela und den Mächten zustande kam. Der Kaiser von Rußland wurde gebeten, einige Einzelfragen als Schiedsrichter zur Erledigung zu bringen.

Für die politische Geschichte des Deutschen Reiches sind die Einzelheiten jener Forderungen an Venezuela und ihre Erledigung ohne wesentliches Interesse. Überhaupt bildeten der Streitfall und die Aktion an sich keineswegs ein politisches Ereignis von Bedeutung. Man hat damals hier und da in der deutschen Öffentlichkeit gedacht, das Deutsche Reich werde vielleicht eine Gelegenheit finden und benutzen, um einen transatlantischen Fußpunkt zu erwerben. In Deutschland war man vielfach enttäuscht über den Ausgang der Aktion, der in keinem richtigen Verhältnisse zu dem großen in Bewegung gesetzten Apparate gestanden hätte. Der Apparat war ohne Zweifel groß, und die deutschen Forderungen an Venezuela waren im Verhältnis zu diesem Apparate nicht so bedeutend, sie beliefen sich im ganzen auf ungefähr zwölf Millionen Mark. Was die Kosten der Blockade betraf, so waren sie aber auch gering, weil man nur solche Schiffe dazu genommen hatte, die bereits in den ostamerikanischen Gewässern weilten. Es war nicht nur dem Deutschen Reiche, sondern auch den anderen genannten Mächten nicht möglich gewesen, trotz jahrelanger Versuche und Druckmittel auch nur Bereitwilligkeit bei der venezolanischen Regierung zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen hervorzurufen. Im Gegenteil nahmen unerhörte Willkürmaßnahmen gegen die in Venezuela lebenden Ausländer immer mehr zu, und so wurde die Sache eine Frage ihres Ansehens und damit ihrer Existenz in Venezuela, mithin eine Frage des Ansehens des Deutschen Reiches. Diese Auffassung hatte auch die britische Regierung, welche sonst, und zwar traditionell, durchaus nicht geneigt ist, Privatforderungen britischer Staatsangehöriger mit Kanonen zu vertreten und durchzusetzen. So zeigte sich ein energisches Vorgehen als geboten.

Von ungleich größerer Bedeutung waren die politischen Begleit-

erscheinungen der Venezuelaangelegenheit. Sie zeigten unverhüllte Feindseligkeit der britischen Bevölkerung, die es schon als eine Beleidigung ansah, auf irgendeinem Gebiete und zu irgendeinem Zwecke Seite an Seite mit Deutschland zu stehen. Es zeigte sich auch, wie weit die Stimmung der Vereinigten Staaten schon durch die britischen Verhetzungen beeinflußt worden war. Vergessen war der Enthusiasmus über die Reise des Prinzen Heinrich, spurlos vorübergegangen war die Veröffentlichung jener dokumentarischen Beweise für die deutsche Loyalität und für die britische Illoyalität während des Spanischen Krieges. Kein Gerede von deutschen Eroberungsabsichten jenseits des Atlantischen Ozeans war zu grotesk, als daß es nicht von den Amerikanern geglaubt worden wäre, wohingegen die klaren Darlegungen des Gegenteils auf deutscher Seite von der öffentlichen Meinung der Vereinigten Staaten ignoriert oder für raffinierte Heuchelei gehalten wurden. In Columbien und Brasilien, in Paraguay und in Australien, überall erschienen Presseäußerungen von irgendwelchen „Wissenden", die irgendeinen deutschen Eroberungsplan als sicher vorhanden erklärten und ihn in allen seinen Einzelheiten zu beschreiben wußten. In Deutschland gingen die amerikanischen Pressevertreter umher, interviewten deutsche Politiker und Fachleute darüber, welche Küstenpunkte des amerikanischen Kontinentes, welche Inseln der dortigen Küstengewässer dem Deutschen Reiche besonders wünschenswert erschienen, und machten listig-ungläubige Gesichter, wenn ihnen versichert wurde, daß solche Absichten nicht beständen. Die amtlichen Beziehungen zwischen den Regierungen der beiden Mächte waren dabei normale. Im Sommer 1903 erschien ein amerikanisches Geschwader zum Besuche im Kieler Hafen als Erwiderung der Prinzenreise des vergangenen Winters.

Auf der anderen Seite verbargen aber während der Venezuelaaffäre auch die Regierungskreise in Washington nicht ihr Mißbehagen darüber, daß europäische Mächte die Häfen eines amerikanischen Staates blockierten, Küstenforts zerstörten und teilweise Truppen landeten. Für dieses Mißbehagen war wohl weniger die Furcht der Grund, Deutschland wolle die Gelegenheit benutzen, um festen Fuß zu fassen, als vielmehr das Gefühl: die Autorität der Vereinigten Staaten gegenüber den anderen Staaten des amerikanischen Kontinentes werde durch solches Eingreifen dritter Mächte geschädigt und in Frage gestellt. Deutschland und England kamen diesen Gefühlen entgegen. Für die Durchführung eines Teiles des deutsch-englisch-venezolanischen Abkommens konnte der Gesandte der Vereinigten Staaten in Caracas, Mr. Bowen, als Bevollmächtigter Venezuelas fungieren. Mr. Bowen entledigte sich dieser seiner Obliegenheiten mit großem Selbstgefühl und mit wenig Beachtung der

üblichen Formen. Das heute noch gebräuchliche Wort der „Hemdsärmeldiplomatie" führt sich auf sein damaliges Walten als Bevollmächtigter Venezuelas zurück. Nebenbei bemerkt, wurde durch die Tätigkeit Mr. Bowens wieder eine nicht ungerechtfertigte Mißstimmung in Deutschland erzeugt.

Man konnte sich in Deutschland nicht verhehlen, daß die öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten nicht nur mit Mißtrauen gegen die deutsche Politik erfüllt war, sondern ihr ohne weiteres die abenteuerlichsten und unsinnigsten Pläne zutraute, ganz einerlei, wer sie nun erfunden hatte. Darin lag eine große Gefahr enthalten, denn wenn auch ein Krieg zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten ein in sich ebenso widersinniger Gedanke war wie jene deutschen Eroberungspläne in Brasilien und in Mittelamerika, so durfte man sich doch nicht darüber unklar sein, daß schlechte Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten schweren Nachteil mit sich bringen konnten. Die öffentliche Meinung dort ist nicht nur von großer Macht, sondern wird, sobald sie sich mit gehöriger Stärke und Ausdauer äußert, für die Regierung maßgebend. War nun die öffentliche Meinung durch englische, französische und polnische Pressearbeit mit tiefem Mißtrauen gegen Deutschland erfüllt worden, so konnte die deutsche Politik diesen politischen Faktor nicht ignorieren, ohne ihn freilich überschätzen zu dürfen. Die so oft gedankenlos gebrauchte Wendung, daß zwei Mächte einander nicht verständen, traf hier zu, wenn schon hauptsächlich nur einseitig, nämlich auf die Amerikaner. Ihnen war das Wesen des Deutschen, hauptsächlich aber der deutschen Politik, durchweg unverständlich, sie vermochten nicht, sich zu einer sachlichen Untersuchung und Beurteilung der komplizierten Verhältnisse des Deutschen Reiches und seiner politischen Lage aufzuschwingen. Dazu kam, daß ihnen von England aus in einer ihrem Verständnisse angemessenen Weise und, was sehr wichtig war, in ihrer eigenen Sprache fortwährend die Perfidität der deutschen Politik und Absichten behauptet und durch geschickte Lügen bewiesen wurde.

Angesichts der Stimmung in England konnte man deutscherseits auf eine Verbesserung der deutsch-britischen Beziehungen in absehbarer Zeit kaum rechnen, zumal auch die sachlichen Gegensätze sich verschärften. Es lag also auf der Hand, daß es ein Vorteil für die schwierige deutsche Position sein würde, wenn das Verhältnis mit den Vereinigten Staaten sich besserte. Der notwendige Anfang war, daß den verhetzenden englischen Einflüssen ein Gegengewicht geschaffen würde. Dazu sind die verschiedensten Mittel versucht und eine Reihe von Wegen verfolgt worden. Man befleißigte sich deutscherseits schon von der Jahrhundertwende an einer ganz besonderen Liebenswürdigkeit den Vereinigten Staaten gegen-

über, und zwar bei jeder denkbaren Gelegenheit. Der neue deutsche Botschafter in Washington, Freiherr Speck v. Sternburg, war mit einer Amerikanerin verheiratet; er suchte sich in vielleicht manchmal übertriebener Weise dem amerikanischen demokratischen Tone und den dortigen degagierten Formen anzupassen. Diese Art und Weise mißfiel in Deutschland stark, man erblickte darin einen Mangel an Würde, wie sie der Vertreter des Deutschen Reiches hätte beobachten müssen. Es mag sein, daß Speck v. Sternburg nach dieser Seite hin zu weit gegangen ist, aber dem steht die nicht zu bestreitende Tatsache gegenüber, daß er vieles getan und manches erreicht hat, um die Beziehungen zwischen den beiden Mächten zu bessern. Das ist, besonders nach seinem Tode, ziemlich einwandfrei bekannt geworden. Ein tatsächlich guter Gedanke war der des Deutschen Kaisers: die sogenannten Austauschprofessoren; weniger erfreulich war die um jene Zeit beginnende Schwärmerei für alles Amerikanische in Deutschland, die sich, wie leider meist bei uns, in geschmackloser Nachahmung und im Bestreben, sich zu „amerikanisieren“, betätigte.

Als dann in den folgenden Jahren die deutsch-amerikanischen Beziehungen tatsächlich bessere wurden, und als das Mißtrauen hinsichtlich angeblicher Eroberungsziele deutscher Weltpolitik scheinbar etwas zu weichen begann, da — etwa um Mitte des ersten Jahrzehntes des neuen Jahrhunderts — schlugen die deutschen Gedanken und Hoffnungen in das entgegengesetzte Extrem um. Ein sehr großer Teil der öffentlichen Meinung in Deutschland wollte in den Vereinigten Staaten einen künftigen Helfer und Bundesgenossen für einen Krieg zwischen Deutschland und Großbritannien erblicken. Man träumte von einem Zusammenwirken der beiden Flotten und glaubte, daß zum mindesten die deutsche Handelsflotte während eines solchen Krieges unter die Flagge der Vereinigten Staaten gestellt und so vor Vernichtung durch die englischen Kreuzer bewahrt werden würde. Tatsächlich ist an derartige Möglichkeiten im Ernste nie zu denken gewesen und auch an den amtlichen Stellen der beiden Mächte sicherlich nicht gedacht worden. Militärisch, politisch, wirtschaftlich und rechtlich war der Gedanke von vornherein eine Utopie.

Es lag in der Tatsache der starken und schnellen Entwicklung der deutschen Exportindustrie und des deutschen Handels, daß man zeitweise auf eine höhere Einschätzung amerikanischen Wesens und deutsch-amerikanischer Beziehungen verfiel, als dem wohlverstandenen deutschen Interesse entsprach. Daher kamen viele Übertreibungen, die, unpolitisch gemeint, doch wieder den politischen Erfolg hatten, daß die Vereinigten Staaten vielfach glaubten, sie befänden sich ausschließlich in der Rolle des Gebenden, Deutschland in der des Empfangenden. Die weitere Folge dieser mißverständlichen Auffassung mußte sein, daß sie im Verhalten Deutsch-

land gegenüber hervortrat, dort eine entsprechende Reaktion hervorrief und die Stimmungen zeitweilig sich wieder trübten. Durch dieses Hin und Her hat es längere Zeit in Anspruch genommen, bis ein gewisses — freilich immer noch labiles — Gleichgewicht in der gegenseitigen Einschätzung eintrat.

Daß diese ausländischen Einflüsse nicht um der Bosheit an sich willen erfolgten, braucht nicht festgestellt und nicht begründet zu werden. Das reale Interesse speziell Großbritanniens daran, intimere deutsch-amerikanische Beziehungen zu verhindern, lag auf der Hand. Die britische Politik hatte seit Mitte des vorigen Jahrhunderts kein Opfer gescheut, um sich den Vereinigten Staaten angenehm zu machen. Sie hatte sich in Meinungsverschiedenheiten, auch wenn die Rechtsfrage außerordentlich zweifelhaft war, stets unterworfen, sie hatte ausnahmslos nachgegeben, wo zu befürchten stand, daß sonst eine antienglische Mißstimmung des angelsächsischen Vetters jenseits des Atlantischen Ozeanes die Folge sein könnte. Wie unbeschränkt Großbritannien im Laufe der letzten hundert Jahre wirtschaftlich und politisch Europa beherrscht hatte, wie arrogant die britische Politik häufig genug aufgetreten war, — so vorsichtig, ja so unterwürfig benahm sie sich in allen Fragen, welche mit den Vereinigten Staaten direkt oder indirekt zusammenhingen. Das war nicht Furcht vor der amerikanischen Flotte, noch auch in erster Linie das Gespenst einer militärischen Invasion Kanadas durch die Armee der Vereinigten Staaten. Es war vielmehr die Furcht vor den ungeheuren, beinahe unbegrenzten wirtschaftlichen Mitteln und Fähigkeiten der Vereinigten Staaten, in Gestalt ihres Reichtums an Geld, an Bodenprodukten aller und jeder Art, des Vorhandenseins der verschiedensten Klimate, kurz, einer wirtschaftlichen Selbständigkeit und Entwicklungsmöglichkeit ohnegleichen. Die Vereinigten Staaten wären für Großbritannien unangreifbar, und wenn letzteres zehnmal die amerikanische Flotte vernichtet hätte. Unter jeder Zwistigkeit, einerlei welcher Art, leidet Großbritannien unverhältnismäßig mehr als die Vereinigten Staaten. Die ungeheuren wirtschaftlichen und finanziellen Interessen Großbritanniens nicht nur in den Vereinigten Staaten, sondern auch auf dem südamerikanischen Kontinente würden schon bei gegenseitiger dauernder Mißstimmung schwer geschädigt und beeinträchtigt werden. Verbänden sich gar die Vereinigten Staaten mit einer europäischen Großmacht in irgendeiner Gestalt gegen Großbritannien, so würden die Folgen für das letztere unabsehbar und von britischer Seite unabwendbar sein. Aus diesen und noch anderen Gründen war es also ein naheliegendes Interesse für die Engländer, eine deutsch-amerikanische Annäherung zu verhindern und der in dieser Beziehung so leichtgläubigen Bevölkerung der Vereinigten

Staaten mit den perfiden und weitgehenden Plänen der deutschen Weltpolitik die Haut schaudern zu machen.

Das Deutsche Reich und die Vereinigten Staaten waren die gefährlichen Konkurrenten Großbritanniens auf dem Gebiete der Industrie und des überseeischen Handels. Was konnte es also Schlimmeres und Unheilvolleres geben, als daß diese beiden Mächte sich politisch einander näherten! Man mußte im Gegenteil sie auseinanderhalten und mit einer von ihnen zusammengehen. Daß diese eine nicht Deutschland, sondern die Vereinigten Staaten sein müsse, das stand jedem Engländer nunmehr fest. In den Vereinigten Staaten erblickte man einen wirtschaftlichen Nebenbuhler, aber einen solchen, dem weder politisch, noch wirtschaftlich, noch militärisch beizukommen war, mit dem in unfreundliche Beziehungen zu geraten mithin keinen Nutzen haben könnte. Außerdem, und dieses Moment wiegt und wog sehr viel schwerer als häufig angenommen worden ist: der Engländer und der Nordamerikaner sprechen dieselbe Sprache, sie sind durch Tausende von Traditionen und durch Bande aller Art miteinander verknüpft.

Die Rolle der Deutsch-Amerikaner wurde in der Zeit jener Mißverständnisse zwischen dem Deutschen Reiche und den Vereinigten Staaten viel erörtert. Man war in Deutschland früher geneigt, in diesem sogenannten deutsch-amerikanischen Elemente eine große Macht zu erblicken, die sich in international entscheidenden Augenblicken hauptsächlich für die Zukunft mehr und mehr als im deutschen Sinne wirksam erweisen werde. Das deutsche Element ist in den Vereinigten Staaten bekanntlich sehr zahlreich und stark vertreten. Man hat von seiten angelsächsischer Amerikaner immer die allergünstigsten Urteile über den Einfluß dieses deutschen Elementes gehört. Niemals aber konnte festgestellt werden, daß dieses deutsch-amerikanische Element Einfluß im Sinne einer deutschfreundlichen Politik der Vereinigten Staaten gehabt und ausgeübt habe. Das ist nach Lage der Verhältnisse in den Vereinigten Staaten und nach Maßgabe der Eigentümlichkeiten des Deutschen im Auslande nicht verwunderlich. Es wäre töricht, den dortigen Deutschen und Halbdeutschen einen Vorwurf daraus zu machen, daß sie sind, wie sie sind. Abgesehen von den zahlreichen anderen Faktoren haben die sogenannten Deutsch-Amerikaner durchweg gezeigt, daß ihnen Augenmaß und Gesichtspunkt für die Interessen des Deutschen Reiches verloren gegangen sind, wenn anders sie solche je besessen hatten; gibt es doch Deutsche genug im Deutschen Reiche, deren politischer Instinkt und Urteilskraft ebensowenig entwickelt sind.

Den allein richtigen Standpunkt zu dieser Frage hat einmal der Deutsche Kaiser in zwei Worten ausgesprochen, und zwar einer Ab-

ordnung von amerikanischen Deutschen gegenüber. Kaiser Wilhelm sagte: er kenne wohl Deutsche und er kenne wohl Amerikaner, aber Deutsch-Amerikaner kenne er nicht! — Man mag noch so viele, scheinbar naheliegende Gegengründe beibringen: politisch bleibt diese Auffassung die einzig haltbare, die einzige, mit der ein gerader Weg zu gehen ist. Nie darf ein deutscher Staatsmann, nie eine öffentliche Meinung im Deutschen Reiche das deutsch geborne und von gebornen Deutschen abstammende Element in den Vereinigten Staaten als politischen Faktor in Rechnung stellen. Sollte es sich einmal ohne oder wider Erwarten im Sinne der Interessen des Deutschen Reiches als wirksam zeigen: um so besser. Auch vor 1914 in den Zeiten schwerer Verstimmung, in den Jahren der Mißverständnisse ist es dem deutschen und halbdeutschen Elemente nie gelungen, sich geltend zu machen. Seine Führer vermochten nicht einmal die springenden Punkte zu finden, dagegen verkannten sie nicht minder als die Stockamerikaner die Triebfedern und Ziele der deutschen Politik vielfach vollkommen. Wie weit ihre Führer den harten politischen Wirklichkeiten entfremdet sind, unter deren Druck das Deutsche Reich lebt, dafür gaben sie noch im Jahre 1912 einen schlagenden Beweis. Als der damalige Präsident der Vereinigten Staaten, Mr. Taft, seine Schiedsgerichtsverträge mit den Großmächten zu verwirklichen versuchte und glaubte, auch solche Meinungsverschiedenheiten und Streitigkeiten schiedsgerichtlich erledigen zu können, welche Fragen der Ehre und der vitalen Interessen der Länder betreffen, da setzten die Deutschen in den Vereinigten Staaten einen großen Apparat in Bewegung, um einen derartigen amerikanisch-deutschen Schiedsgerichtsvertrag zustande zu bringen. Eine Abordnung ging nach Berlin zur Einweihung des Steubendenkmals, und diese Gelegenheit wurde benutzt, um bei der leitenden deutschen Behörde für den Schiedsvertrag tätig zu sein. An Versammlungskundgebungen, Zeitungsartikeln und Depeschen war kein Mangel. Man war in jenen gewiß wohlmeinenden Kreisen der ernsthaften Überzeugung, daß durch Unterzeichnung eines utopischen Schiedsvertrages eine enge deutsch-amerikanische Freundschaft geschaffen und durch diese ein unzerbrechlicher Weltfriede begründet werden könne. Nun, jene Taftsche Seifenblase ist längst zerplatzt.

Alles in allem kann kein nüchterner Politiker umhin, sich das Wort des Deutschen Kaisers zur Richtschnur zu nehmen: daß er wohl Deutsche und wohl Amerikaner kenne, aber keine Deutsch-Amerikaner.

## Die Entente Cordiale — Marokko — Hull — Kiel.

Im Frühjahr 1904 wurde ein am 8. April des gleichen Jahres unterzeichnetes Abkommen zwischen Frankreich und Großbritannien veröffent-

licht, das nachher unter dem Namen des Marokkoabkommens bekannt und historisch geworden ist. Tatsächlich bezog es sich auch in der Hauptsache auf Marokko und Ägypten und regelte außerdem eine Anzahl kolonialer Fragen, die zwischen beiden Mächten noch schwebten. Diese Vereinbarung war im Sommer 1903 begründet und vorbereitet worden, als Loubet und Delcassé den Pariser Besuch König Eduards in London erwiderten. Der Botschafter der französischen Republik in London, Mr. Paul Cambon, hat, wie überhaupt an der französisch-englischen Annäherung, hervorragenden Anteil am Zustandekommen der Vereinbarung gehabt: in Frankreich ist er als der politische Inspirator Delcassés bezeichnet worden. Man ist sich damals über die Hauptpunkte einig geworden und hat die Einzelheiten innerhalb des nächsten halben Jahres ausgearbeitet und untereinander ausgemacht. Angesichts der Bedeutung und der Folgen dieses Abkommens möge der Inhalt seines wichtigsten Teiles folgen:

Die britische Regierung erklärt, daß sie nicht die Absicht hat, den politischen Zustand Ägyptens zu ändern.

Die Regierung der französischen Republik erklärt ihrerseits, daß sie die Aktion Englands in diesem Lande nicht hindern wird, weder dadurch, daß sie einen Termin für das Ende der britischen Okkupation Ägyptens verlange, oder auf irgendeine andere Weise. Die französische Regierung gibt ferner ihre Zustimmung zu dem Entwurfe eines Dekretes des Khediven, das dem Abkommen angehängt ist und die für nötig gehaltenen Garantien enthält, um die Papierinhaber der ägyptischen Staatsschuld sicherzustellen, aber unter der Bedingung, daß nach dem Inkrafttreten des Dekretes keine Änderung mehr eingeführt werden kann ohne Zustimmung der Unterzeichnungsmächte der Londoner Konvention von 1885. (Dazu gehört auch das Deutsche Reich.)

Man ist übereingekommen, daß die Generaldirektion der ägyptischen Altertümer nach wie vor einem französischen Gelehrten anvertraut bleibe. Die französischen Schulen in Ägypten werden sich derselben Freiheit erfreuen wie bisher.

Die französische Regierung erklärt, daß sie nicht die Absicht hat, den politischen Zustand Marokkos zu ändern.

Ihrerseits anerkennt die britische Regierung, daß es Frankreichs Sache ist — zumal in seiner Eigenschaft als Grenzmacht Marokkos auf einer langen Strecke —, über die Ruhe dieses Landes zu wachen, ihm seinen Beistand für alle administrativen, wirtschaftlichen, finanziellen und militärischen Reformen zu leihen, deren es bedarf.

Die britische Regierung erklärt, daß sie der diesen Zwecken dienenden französischen Aktion keine Hindernisse in den Weg legen wird unter dem

Vorbehalte, daß diese Aktion diejenigen Rechte intakt läßt, welche Großbritannien kraft der Verträge, der Abkommen und Bräuche in Marokko genießt, unter Einschluß der Küstenschiffahrt zwischen den marokkanischen Häfen, zu der die englischen Schiffe seit 1901 berechtigt sind. — Ihrerseits wird die britische Regierung die Rechte achten, welche Frankreich kraft der bestehenden Rechte, Verträge, Abkommen und Bräuche in Ägypten genießt, einschließlich des Rechtes der Küstenschiffahrt.

Beide Mächte bekennen sich gleichermaßen zum Grundsatze der Handelsfreiheit in Ägypten wie in Marokko. Sie erklären, daß sie keine Ungleichheit dulden werden, weder in der Festsetzung der Zollrechte, noch bei anderen Abgaben, noch in der Festsetzung der Eisenbahntarife.

Diese gegenseitige Verpflichtung gilt zunächst für dreißig Jahre.

Die britische Regierung erklärt, daß sie ihren Einfluß aufbieten wird dahin, daß die augenblicklich in ägyptischen Diensten befindlichen französischen Beamten nicht in ungünstigere Verhältnisse versetzt werden als die der entsprechenden englischen Beamten. — Frankreich verpflichtet sich zum gleichen in Marokko.

Zur Sicherung der freien Passage des Suezkanales erklärt die britische Regierung, daß sie an den Festsetzungen des Vertrages vom 29. Oktober 1888 festhält (es folgen Einzelbestimmungen).

Um die freie Passage der Meerenge von Gibraltar zu sichern, kommen die beiden Regierungen überein, nicht zuzulassen, daß irgendwelche Befestigungen oder strategischen Werke dort errichtet werden: in dem Bereiche der marokkanischen Küste, welcher zwischen Melilla und den Gebirgszügen liegt, welche das rechte Ufer des Sebuflusses beherrschen. Immerhin gilt das nicht für die Küstenpunkte, welche von Spanien an der marokkanischen Mittelmeerküste besetzt sind.

Die beiden Regierungen, beseelt von aufrichtig freundschaftlichen Gefühlen für Spanien, wie sie sind, wenden ihre besondere Aufmerksamkeit den Interessen zu, welche sich für Spanien aus seiner geographischen Lage und seinem Gebietsbesitze an der marokkanischen Mittelmeerküste ergeben. In dieser Hinsicht wird die französische Regierung sich mit der spanischen Regierung verständigen. — Das Ergebnis dieser Verständigung zwischen Frankreich und Spanien wird der britischen Regierung mitgeteilt werden.

Die beiden Regierungen kommen überein, sich gegenseitig den Beistand ihrer Diplomatie zu leihen: für die Durchführung der Bestimmungen dieser Erklärung hinsichtlich Ägyptens und Marokkos. —

Am 7. Oktober wurde das am Tage vorher unterzeichnete französisch-spanische Abkommen veröffentlicht, und zwar in Gestalt der folgenden Erklärung:

Die französische und die spanische Regierung sind übereingekommen, den Bereich der Rechte und die Garantie der Interessen festzulegen, welche sich für Frankreich aus seinen algerischen Besitzungen, für Spanien aus seinem Besitze an der marokkanischen Küste ergeben. Die spanische Regierung hat sich demgemäß der französisch-englischen Erklärung vom 8. April 1904 hinsichtlich Marokkos und Ägyptens angeschlossen, die ihr durch die französische Regierung bekanntgegeben worden war. Die französische und die spanische Regierung erklären, daß sie nach wie vor unerschütterlich an der Integrität des Marokkanischen Reiches unter der Souveränität des Sultans festhalten. —

Die französisch-englischen Abkommen vom 8. April 1904 setzten an sich die unmittelbar nach Faschoda begonnene Politik des reinen Tisches in allen älteren und neueren kolonialen Streitfragen fort. Das gilt von den Abmachungen gleichen Datums über Neufundland, Senegambien, Madagaskar, Siam und die neuen Hebriden.

Anders stand es mit dem Abkommen über Marokko und Ägypten. In diesen beiden Ländern sagten sich die Mächte gegenseitig Gewährung der freien Hand „à outrance“ zu und erklärten gleichzeitig, daß sie „nicht beabsichtigten, den politischen Zustand“ Ägyptens bzw. Marokkos zu ändern. In Ägypten herrschte de facto Großbritannien schon längst, und niemand bezweifelte mehr, daß es darin bleiben werde. Frankreich versprach in dem Abkommen, daß es sich der englischen Ägyptenpolitik nicht widersetzen, insbesondere nicht mehr wie früher, bei jeder Gelegenheit die Räumung Ägyptens von Großbritannien verlangen werde. Die ägyptische Schuldenkasse blieb bestehen. England verpflichtete sich lediglich, den französischen Schulen dieselbe Freiheit wie bisher und einem französischen Gelehrten die Leitung der Altertümer zu lassen.

Hinsichtlich Marokkos erklärte Frankreich, daß es nicht die Absicht habe, den politischen Zustand zu ändern. Diese von den beiden Mächten gebrauchte Wendung konnte, genauer betrachtet, keine Verpflichtung bedeuten, sondern eben nur die Feststellung eines augenblicklichen Fehlens der Absicht, wobei natürlich vollkommen offen blieb, daß gelegentlich trotz der „fehlenden Absicht“ die in solchen Fällen immer zur Verfügung stehenden „Umstände“ zur Änderung des politischen Zustandes veranlaßten. Die Wendung „politischer Zustand“ war überlegt unbestimmt.

Frankreich befand sich zu Marokko in einer ganz anderen Stellung wie Großbritannien zu Ägypten. Die Engländer herrschten hier schon längst, in jedem Sinne des Wortes und waren de facto auch international als Herren anerkannt. Mit den Franzosen stand es umgekehrt: sie wollten alles, aber sie besaßen nichts — als die Grenznachbarschaft durch Algerien.

Um so eigentümlicher mußte der Widerspruch zwischen den Wen-

dungen des Abkommens erscheinen, daß einerseits Frankreich das Fehlen einer Absicht, den politischen Zustand Marokkos zu ändern, erklärte, während anderseits schon im nächsten Satze Großbritannien Frankreich als der Nachbarmacht Marokkos das Recht zuerkennt, „über die Ruhe dieses Landes zu wachen und ihm seinen Beistand für alle administrativen, wirtschaftlichen, geldlichen und militärischen Reformen zu leihen". Eine Macht, welche über die Ruhe eines schwachen, stets von inneren Streitigkeiten erfüllten Nachbarlandes wacht, kann das ohne seine Beherrschung und ohne Eingriffe in den „politischen Zustand" nicht durchführen. Dieselbe Voraussetzung ist für jene „Beistand"leistung maßgebend. Der folgende Satz des Abkommens vollends erklärt, daß Großbritannien dem Vorgehen, der „Aktion" Frankreichs in Marokko keine Hindernisse in den Weg legen will unter der Voraussetzung, daß die britischen Rechte in Marokko geachtet würden. Beide Mächte betonen dann ihr Bekenntnis zur Freiheit des Handels in Ägypten und Marokko, reservieren sich aber nachher wiederum Konzessionen von Straßen, Eisenbahnen, Häfen usw. und limitieren zeitlich sogar die Gleichheit und Freiheit des Handels.

Bei der Vieldeutigkeit und Unbestimmtheit der in dem Abkommen gebrauchten Wendungen fielen die Widersprüche damals vielleicht nicht so sehr in die Augen. Sie konnten gleichwohl bei näherer Prüfung niemandem entgehen. Ein grundlegender Unterschied zwischen Verhältnissen Marokkos und Ägyptens war der, daß Marokko weder den Franzosen gehörte, noch von ihnen okkupiert war, sondern daß die Unabhängigkeit des Sultans und die Integrität des Gebietes, auch von Frankreich, oft betont und international festgelegt worden war. Dieser Unterschied zeigt sich auch auffallend in den beiden Artikeln, welche die Freiheit des Suezkanales und die der Meerenge von Gibraltar nebeneinander stellten. Die britische Regierung erklärt sich für das Inkrafttreten des Suezkanalvertrages von 1888 und damit für die Garantie freier Durchfahrt. Die Enge von Gibraltar ist keine künstliche Wasserstraße, sondern eine natürliche Meerenge wie der Ärmelkanal, deren eines Ufer durch die spanische Küste und das englische Gibraltar begrenzt wird, das andere durch die marokkanische Küste. Wenn im Abkommen Großbritannien sich verbürgen ließ, daß auf einer gewissen Strecke der marokkanischen Küste keine Befestigungen errichtet werden dürften, so ging daraus hervor, daß auch in diesem öffentlichen Vertrage Großbritannien die französische Erklärung: man habe nicht die Absicht, den politischen Zustand Marokkos zu ändern, nicht ernst nahm. Artikel 9 des Abkommens enthielt die folgenschwere Übereinkunft der beiden Mächte, sich in der Durchführung der Bestimmungen des Abkommens diplomatische Unterstützung zu gewähren.

Gleichzeitig mit diesem öffentlichen Abkommen hatten die beiden Mächte ein geheimes Abkommen abgeschlossen, das erst im November 1911 veröffentlicht worden ist.

Artikel 1 dieses Abkommens bestimmte, daß die gegenseitigen Verpflichtungen des öffentlichen Abkommens unberührt blieben, wenn die beiden Mächte sich durch die Gewalt der Umstände veranlaßt sehen sollten, ihre Politik hinsichtlich Ägyptens oder Marokkos zu ändern. Dies wurde folgendermaßen spezialisiert:

Artikel 2 sichert Großbritannien die freundliche Bereitwilligkeit Frankreichs zu: falls die britische Regierung Reformen in Ägypten für wünschenswert halten sollte, welche das gesetzgeberische System in Ägypten denjenigen anderer zivilisierter Länder annähern sollten. — Es handelte sich in erster Linie um eine eventuelle Aufhebung der Kapitulationen in Ägypten. Die britische Regierung sagt die gleiche Bereitwilligkeit für ähnliche Verhältnisse in Marokko zu, setzt hier also schon ein französisches Protektorat über Marokko voraus.

Artikel 3 erörtert die Möglichkeit, daß der Sultan von Marokko keine Autorität mehr in seinem Lande habe. Für diesen Fall kommen die beiden Regierungen überein, daß das Hinterland von Melilla, Ceuta und anderen Presidios in den spanischen Einflußkreis fallen, die Verwaltung der Küste von Melilla bis zum Sebuflusse Spanien anvertraut werden solle. Spanien müsse sich verpflichten, die Artikel 4 und 8 des öffentlichen Abkommens formell anzuerkennen und jene seiner Autorität unterstellten oder in seinen Einflußkreis aufgenommenen Gebiete weder ganz, noch teilweise in andere Hände gelangen zu lassen.

Artikel 4 bestimmt, daß im Falle der Ablehnung Spaniens das englisch-französische Abkommen gleichwohl sofort in Kraft treten solle.

Dieses geheime Abkommen ergänzte also das öffentliche in einer Weise, daß die in diesem gemachten Andeutungen, als ob Frankreich auch nur daran dächte, den „politischen Zustand" in Marokko bestehen zu lassen, annulliert wurden. Auch hier tritt wieder der Unterschied zwischen den Verhältnissen Ägyptens und denen Marokkos hervor: Ägypten wurde damals schon seit geraumer Zeit durch Großbritannien tatsächlich regiert. Daß die Kapitulationen früher oder später einmal aufgehoben werden würden, war nur eine Frage der Zeit, wie sie auch heute noch eine solche ist. Auf die Regierung Marokkos hatte Frankreich damals aber keinen maßgebenden Einfluß. Das Land und der Sultan waren tatsächlich noch unabhängig und selbständig. Erklärte sich Großbritannien also zu entsprechenden Gegendiensten in Marokko bereit, so setzte es damit eine vorherige Eroberung Marokkos durch Frankreich voraus. Die folgenden Geheimartikel bezweckten, Frankreich zu verhindern, sich der

marokkanischen Küste zu bemächtigen. Gleichermaßen sorgte die britische Politik durch eine Verpflichtung Spaniens vor, daß dieses sein marokkanisches Küstengebiet nicht etwa an Frankreich oder gar an Deutschland in irgendeiner Form veräußerte.

Im Grunde bedeutete also das geheime Abkommen die Vollmacht für Frankreich, sich, im scharfen Gegensatze zu allen bisherigen Verträgen, Marokkos zu bemächtigen, mit Ausnahme des nördlichen Küstenstückes, welches Großbritannien nicht in der Hand einer anderen Seemacht wissen wollte. Berührt wurde dieser Punkt ja auch schon in dem öffentlichen Abkommen. Die aus ihm ersichtlichen Garantien erschienen Lord Rosebery aber so ungenügend, daß er in einer Versammlung im Sommer 1904 ausrief: „Möge die Macht, welche Gibraltar besitzt, niemals Grund zum Bedauern darüber haben, daß sie Marokko einer großen Militärmacht überantwortet hat." Im damaligen britischen Taumel französischer Freundschaft erregte diese Kritik lebhafte Entrüstung auf beiden Seiten des Ärmelkanals.

Das öffentliche französisch-spanische Abkommen enthielt lediglich die formale Zustimmung Spaniens zum öffentlichen französisch-englischen Abkommen hinsichtlich Marokkos und Ägyptens, außerdem die ausdrückliche Erklärung Spaniens und Frankreichs: festzuhalten nach wie vor an der Integrität des Marokkanischen Reiches unter der Souveränität des Sultans.

Am gleichen Tage war aber auch zwischen diesen beiden Mächten ein geheimes Abkommen geschlossen worden, das in scharfem Gegensatze zu dem öffentlichen Abkommen die Teilung Marokkos zwischen Spanien und Frankreich festsetzte und des näheren erörterte. Artikel 2 dieses Abkommens legte unter genauer Anführung der Grenzen das Gebiet der spanischen Einflußsphäre fest, „welches Spanien kraft seiner Besitzungen an der maurischen Küste des Mittelmeeres zufällt". In diesem Gebiete erhält Spanien dasselbe Recht des Handelns („Action"), wie Frankreich sich von England in dem Abkommen über Ägypten und Marokko hat garantieren lassen. Der Artikel fährt dann fort: „Im Hinblicke gleichwohl auf bestehende Schwierigkeiten und auf das Interesse beider Teile, sie zu überwinden, erklärt Spanien, daß es dieses Recht des Handelns nicht ausüben will, ohne die Zustimmung Frankreichs während der ersten Periode des Inkraftseins dieses Abkommens, einer Periode, welche nicht länger als fünfzehn Jahre, von der Unterzeichnung des Abkommens gerechnet, dauern soll."

Der folgende Artikel gibt dann die Ergänzung: „Im Falle, daß die Fortdauer des politischen Status in Marokko und der scherifischen Regierung unmöglich werden sollte, oder wenn infolge der Schwäche dieser

Regierung und ihrer dauernden Unfähigkeit, Gesetz und Ordnung aufrecht zu erhalten, oder infolge irgend-(!)einer anderen Ursache, deren Vorhandensein von beiden Teilen anerkannt wird, der Status quo nicht länger aufrecht erhalten werden kann, so mag Spanien frei sein Recht der Aktion in dem betreffenden Gebiete ausüben. Für diesen Fall des Ausübens verpflichtet sich Spanien, unter keinen Umständen die Hilfe einer fremden Macht anzurufen. Wenn militärische Aktionen notwendig sind, soll die andere vertragschließende Macht unmittelbar in Kenntnis gesetzt werden." Im übrigen erörtert das Abkommen alle denkbaren Einzelheiten und verpflichtet die beiden Mächte, alle öffentlichen Arbeiten in Marokko und alle wirtschaftlichen Unternehmungen nur französischen und spanischen Unternehmern zu übergeben.

Dieses Abkommen wurde der englischen Regierung amtlich mitgeteilt, und die Note wies besonders darauf hin, daß es vollinhaltlich geheim zu halten sei. Lord Lansdowne antwortete darauf: „Ich brauche nicht zu sagen, daß der vertrauliche Charakter der Konvention zwischen dem Präsidenten der französischen Republik und dem Könige von Spanien betreffend die französischen und die spanischen Interessen in Marokko von uns in vollem Maße anerkannt und gebührende Beachtung finden wird."

Diese vier Abkommen und der letzterwähnte französisch-englische Notenwechsel bilden also ein „Ganzes", allerdings in eigentümlicher Weise. Das öffentliche und das geheime Abkommen zwischen Frankreich und England ergänzen einander zum Teil, teils widersprechen sie einander. Sie sind ein Muster diplomatischer contradicto in adjecto. Das öffentliche und das geheime französisch-spanische Abkommen widersprechen einander von A bis Z. Das öffentliche Abkommen sollte nur täuschen, außerdem keinen Verdacht der Tatsache aufkommen lassen, daß Frankreich und Spanien sich über eine Teilung Marokkos geeinigt hätten. Der französisch-englische Notenwechsel dagegen gab Großbritannien einerseits die Sicherheit, über alles, was von Frankreich und Spanien geschehen sollte, auf dem laufenden zu bleiben, anderseits bestätigte er diesen beiden Mächten, daß die britische Regierung mit der beabsichtigten Teilung und der Art ihrer Ausführung einverstanden war.

Ehe wir auf die politischen Ereignisse, die folgten, eingehen, ist die Beantwortung der Fragen nötig: 1. wie geartet war die internationale Stellung Marokkos bis dahin, 2. welches war die bisherige Stellung Deutschlands zu Marokko?

Für die internationale Stellung Marokkos war die Konvention von Madrid vom Jahre 1880 maßgebend. Sie bildete das Ergebnis der ersten internationalen Marokkokonferenz.

Die Madrider Konvention enthielt als Hauptpunkt den Artikel (18): „Marokko erkennt allen auf der Konferenz von Madrid vertretenen Mächten das Recht der meistbegünstigten Nation zu!“

Bis dahin, auch das ist für die Entwicklung der Marokkofrage wichtig, war das Recht der Meistbegünstigung auf Großbritannien und Frankreich beschränkt gewesen. Im übrigen beschäftigte sich diese Konvention mit der Regelung des Konsularwesens in Marokko und dem der sogenannten Schutzbefohlenen, dem Eigentumserwerbe in Marokko von Ausländern usw. Das Deutsche Reich arbeitete auf der Konferenz in engem Einvernehmen mit Großbritannien, und es waren hauptsächlich diese beiden Mächte, welche die Ausdehnung der Meistbegünstigung, also die gleiche Handelsfreiheit für alle, durchsetzten. In der Madrider Konvention wurden der Sultan von Marokko und seine Regierung als eine tatsächlich unabhängige Macht betrachtet und behandelt.

Nähere Beziehungen Frankreichs zum marokkanischen Reiche ergaben sich ohne weiteres aus der Lage Marokkos. Durch Algerien war Frankreich auf einer langen Landgrenze unmittelbar Nachbar des marokkanischen Gebietes geworden. Südlich von Marokko lag das französische Senegambien, nach Mittelafrika zu schloß sich die Wüste Sahara an. Es konnte nicht fehlen, daß die seit Jules Ferry in den achtziger und später unter Hanotaux in den neunziger Jahren immer großzügiger arbeitende Kolonialpolitik Frankreichs in ihrem Verlaufe von selbst den Gedanken wachrief, durch Einverleibung Marokkos in das afrikanische Kolonialreich Frankreichs dieses zu einem gewaltigen zusammenhängenden Gebiete zu machen. Solange Bismarck am Ruder war, ermutigte er bekanntlich Frankreich zu jeder kolonialen Unternehmung. Er hatte den Franzosen 1881 gestattet, Tunis zu nehmen; leicht und schnell war dieses Gebiet, wenn auch nicht der Form nach, so doch de facto in Frankreichs Besitz übergegangen. Mit Marokko lag die Sache anders: Hier hatte man ein großes unerforschtes, teils sehr gebirgiges Land, eine wilde und kriegerische Bevölkerung und einen Sultan, der mit seiner Regierung es gut verstand, diejenigen europäischen Mächte, die er für seine Gegner hielt, gegeneinander auszuspielen. Dazu kam, daß in den achtziger und neunziger Jahren Großbritannien seine Aufmerksamkeit auf Marokko gerichtet zu haben schien. Außerdem hatte Frankreich durch andere afrikanische Kolonialfragen und daraus entstehende Reibungen mit Großbritannien zuviel zu tun, um sich mit voller Kraft gegen Marokko wenden zu können. Algerische Grenzkämpfe an einer übrigens niemals festgelegten Grenze wurden dagegen fleißig benutzt, um diese Grenze immer mehr in das marokkanische Gebiet hineinzuschieben. Alles in allem: Marokkos Bedeutung und das Endziel: seine Eingliederung in den fran-

zösischen Kolonialbesitz waren den französischen Kolonialpolitikern wohl klar, aber man rechnete vorläufig nicht mit einer Verwirklichung. Jedenfalls: gegen England Marokko zu gewinnen, stand außer Betracht. Man begnügte sich, den französischen Einfluß in Fez jeweilig nach Möglichkeit zur Geltung zu bringen, das Land wurde nach allen Richtungen durchforscht, und nach bewährter Methode wurden Einfälle marokkanischer Grenzstämme nach Algier hinein arrangiert, denen dann Strafexpeditionen folgten und für weitere Grenzverschiebungen sorgten. Nachdem Delcassé ans Ruder gekommen war, benutzte er den Burenkrieg, um die auf marokkanischem Gebiete liegenden Oasen von Tuat, Aigli und Susfana dem algerischen Gebiete anzugliedern.

Damals wurde ein französischer Staatsangehöriger in Marokko ermordet, und Delcassé bediente sich dieser Gelegenheit, um eine drohende Note an den Sultan zu richten. Die marokkanischen Riffpiraten hatten einen französischen Kaufmann ermordet, und ein Brief des Sultans fiel den Franzosen in die Hände, in dem dieser den Tuatstämmen anempfahl, den Franzosen Grenzschwierigkeiten zu machen. Ob jener Brief echt war, und wie er zustande gekommen ist, steht dahin, jedenfalls wurde der Sultan auf die Drohungen des französischen Gesandten hin von Schrecken ergriffen, gelobte Nachgiebigkeit und die Entsendung eines Sondergesandten nach Paris. Die Annexion der genannten Oasen war die Folge. Frankreich schloß durch jenen Gesandten eine Art Abkommen mit Marokko, in dem es auf der einen Seite die Achtung der Integrität Marokkos verbürgte. Auf der anderen Seite wurde die Nachbarschaft der beiden Länder als Grundlage für ihre Beziehungen bezeichnet. Durch den französischen Gesandten aber ließ Delcassé dem Sultan sagen, daß Frankreich für Marokko der beste und sicherste, für die marokkanische Integrität am meisten besorgte Freund, aber auch der furchtbarste aller für Marokko denkbaren Feinde sein könne. In diesen Wendungen lag die Idee eines französischen Protektorates schon enthalten.

Im Hochsommer 1903, so kann man annehmen, war das Marokkoabkommen mit England bereits seinem materiellen Inhalte nach vereinbart. Vorher allerdings hatte Delcassé einen Versuch gemacht, ohne Großbritanniens Mitwirkung zu einer Teilung Marokkos mit Spanien zu gelangen. Man erzählt, daß auch Deutschland hätte daran beteiligt werden sollen, ja, daß die französische Regierung bereit gewesen wäre, dem Deutschen Reiche einen Teil des atlantischen Marokko zu überlassen. Da nie etwas Authentisches hierüber bekannt geworden ist, so kann keine Stellung dazu genommen werden. Die Möglichkeit ist nicht ausgeschlossen, aber eine ernste Wahrscheinlichkeit besteht kaum. Sie liegt weder im Rahmen der Delcasséschen Gesamtpolitik, noch der des Deutschen Reiches,

insbesondere Bülows. Tatsache sind aber die Verhandlungen Frankreichs mit Spanien in den Jahren 1901 und 1902. Trotz der Geheimhaltung wurden die Verhandlungen der britischen Regierung bekannt, sie legte sich bei Spanien ins Mittel. Das Kabinett Sagasta trat zurück, das neue Kabinett Silvela brach die Verhandlungen ab. Spanien hatte die Überzeugung gewonnen, daß es ohne und gegen Großbritannien kein Marokkoabkommen mit Frankreich abschließen könne. Delcassé war also, wollte er seine Marokkopolitik weiter durchsetzen, auf Zusammengehen mit Großbritannien angewiesen. Es bot sich als Gegenwert Ägypten, und nun konnte auch Spanien ohne Furcht, Großbritannien zu mißfallen, auf neuer Basis die Verhandlungen mit Frankreich wieder aufnehmen.

Das Deutsche Reich trat im Jahre 1873 in Beziehungen zu Marokko: ein deutscher Geschäftsträger wurde für Marokko vorgesehen. 1889 besuchte eine marokkanische Sondergesandtschaft Berlin, und im Jahre darauf, 1890, wurde ein Handelsvertrag zwischen der marokkanischen und der deutschen Regierung abgeschlossen. Damals, in der Caprivischen Periode unbedingten Anschlusses an Großbritannien in allen kolonialen Fragen, setzte die deutsche Regierung die Unterzeichnungsmächte der Madrider Konvention von dem Inhalte dieses Vertrages vor seiner Ratifizierung in Kenntnis und teilte ihnen gleichzeitig mit, daß eine Ratifizierung nur dann erfolgen würde, wenn sie nichts dagegen einzuwenden hätten. Dieses war nicht der Fall, und so wurde der Vertrag ratifiziert. In Marokko selbst betätigte sich das Deutsche Reich überhaupt nur in engem Einvernehmen mit Großbritannien, ob es sich um Expeditionen von Forschern oder um Unterstützung wirtschaftlicher Agenten handelte. Durch dieses Zusammenarbeiten entstand in Frankreich zeitweise der Glaube, Großbritannien und Deutschland beabsichtigten, Marokko unter sich zu teilen. Tatsächlich ist das wohl von der deutschen Regierung ebensowenig beabsichtigt gewesen wie eine Teilung Marokkos zwischen Deutschland, Frankreich und Spanien. Schon früh in den neunziger Jahren gab es freilich Strömungen in Deutschland, die mit steigendem Nachdrucke auf den Wert Marokkos für das Deutsche Reich hinwiesen. Deutsche Forscher waren erfüllt von den Zukunftsmöglichkeiten, welche das Land mit seinen Küsten und Häfen nach jeder Richtung hin bieten könne. Von Gerhard Rohlfs bis Theobald Fischer herrschte Einstimmigkeit über die glänzenden wirtschaftlichen Aussichten Marokkos. Daß die deutsche Regierung aber, sei es unter Bismarck, unter Caprivi oder unter Hohenlohe, jemals ernstlich an einen Landerwerb gedacht habe, kann man als ausgeschlossen bezeichnen. Auch dem Fürsten Bülow hat eine derartige Politik von Anfang an ferngelegen. Ebenso wie im fernen Osten, so stand Bülow hier auf dem Standpunkt: keine Gebietserweiterung, keine Eroberungspolitik, dagegen Auf-

rechterhaltung des Prinzipes der offenen Tür. Der deutsche Botschafter in Paris, Fürst Radolin, erklärte 1901 von seiten seiner Regierung, daß diese ein unabhängiges Marokko wolle mit völliger Handelsgleichheit. Sollten die Ereignisse eine Beeinträchtigung der marokkanischen Unabhängigkeit notwendig machen, so verlange Deutschland befragt und beteiligt zu werden. Ob, wie behauptet, Chamberlain in der Zeit seiner Entente-Angebote an Deutschland der deutschen Regierung eine Teilung Marokkos unter Zuziehung Spaniens, aber ohne Frankreich, vorgeschlagen hat, und wenn — unter welchen Bedingungen, bleibe dahin gestellt; auf alle Fälle wäre das Angebot ohne Wert gewesen.

1902 erklärte Fürst Bülow einem Pariser Journalisten das Folgende: „Die Marokkofragen berühren Deutschland weniger, weil unsere Interessen dort noch geringer sind als in China und, offen gesagt, ich zähle die marokkanische Frage nicht zu denjenigen, welche die Aufmerksamkeit der deutschen Diplomatie in unmittelbarer Weise auf sich ziehen. Wir freuen uns, daß Frankreich und Italien, die im Mittelmeer große und ernste Interessen haben, sich hierüber verständigt haben. Wir verfolgen im Mittelmeer keine aktive Politik.“ Deutschland verlange dagegen die ehrliche und dauerhafte Aufrechterhaltung des Status quo und der offenen Tür. „Wir verlangen nichts anderes, und das ist das Interesse, welches wir zu verteidigen haben, wenn es bedroht sein sollte. Wie ich soeben sagte, ist die Situation in ihrer Gesamtheit eine sehr günstige, und wir wünschen, daß der politische Horizont auch in Zukunft keine schwarzen Punkte aufweisen möge.“

Mitteilungen eines Staatsmannes, die an einen Journalisten gerichtet, somit für die Öffentlichkeit bestimmt sind, haben selbstverständlich nicht den Wert eines Dokumentes. Ebensowenig kann bezweifelt werden, daß sie unter Umständen auch angewandt werden, um eine der Meinungsäußerung entgegengesetzte Politik zu verschleiern. In diesem Falle jedoch findet man die öffentliche Stellungnahme des Fürsten Bülow nicht nur in vollem Einklange mit der Haltung, welche die deutsche Politik Marokko gegenüber vorher stets eingenommen hatte, sondern auch mit derjenigen, welche Bülow als Staatssekretär und als Reichskanzler in häufigster Wiederholung und bei jeder Gelegenheit immer wieder als seinen Grundsatz und seine Richtlinie hingestellt und auch nach Kräften betätigt hat: keine Eroberungen, kein Gebietserwerb, anstatt dessen offene Tür. Im Deutschen Reichstage äußerte Bülow sich unmittelbar nach Veröffentlichung des französisch-britischen Abkommens vom 8. April 1904:

Er könne zwar natürlich nicht alles sagen, aber Deutschland habe keinen Grund anzunehmen, daß das Abkommen eine Spitze gegen irgendeine andere Macht enthalte. „Was vorzuliegen scheint, ist der Versuch,

eine Reihe von Differenzpunkten, die zwischen England und Frankreich bestanden, auf dem Wege gütlicher Verständigung aus der Welt zu räumen." Dagegen könne man vom deutschen Standpunkte nichts einzuwenden haben. Ein gespanntes englisch-französisches Verhältnis wünsche Deutschland nicht, weil es den Weltfrieden wünsche. Im Mittelmeere und in Marokko sei Deutschland im wesentlichen wirtschaftlich interessiert und habe ein erhebliches Interesse an Ruhe und Ordnung in Marokko. „Unsere merkantilen Interessen in Marokko müssen und werden wir schützen. Wir haben keinen Grund zu befürchten, daß diese unsere Interessen in Marokko von irgendeiner Macht mißachtet oder verletzt werden könnten."

Wer diese Sätze und Wendungen aufmerksam durchliest, wird zunächst den Eindruck einer gewissen Zurückhaltung in der Beurteilung der Bedeutung des Abkommens empfinden. Die Wendungen: „was vorzuliegen scheint", ferner: „Man habe keine Ursache anzunehmen, das Abkommen enthalte eine Spitze gegen eine andere Macht" — lassen darauf schließen. Es mag dahingestellt sein, ob der Reichskanzler diese unbestimmten, auch als Vorbehalt zu verstehenden Wendungen gebraucht hat, weil das Abkommen ihm von der französischen Regierung nicht amtlich mitgeteilt worden war, oder weil er vermutete, daß neben dem veröffentlichten Abkommen noch geheime Abmachungen beständen. Die Eventualitäten, welche er in dieser Beziehung öffentlich zu betonen für angezeigt hielt, legt er in die Sätze, welche Ruhe und Ordnung in Marokko als ein „erhebliches Interesse" Deutschlands bezeichneten, und daß man unsere merkantilen Interessen in Marokko schützen „müsse" und „werde". Der letzte Satz wiederum: „Wir haben keinen Grund usw. . . ." konnte vielleicht von Wissenden damals als eine leise Warnung ausgelegt werden.

Soweit war alles konsequent und entsprach den tatsächlichen Richtlinien der Bülowschen Politik. Die Wendung des Kanzlers, wir hätten kein Interesse an einem gespannten englisch-französischen Verhältnisse, schon im Interesse des Weltfriedens nicht, erregte damals vielfach Widerspruch; auch im Reichstage wurde dem Kanzler vorgeworfen, das englisch-französische Abkommen bedeute eine Niederlage der deutschen Politik. Der größte Teil der nationalen Presse war sich darüber einig, daß gerade die Beseitigung von Differenzpunkten zwischen Großbritannien und Frankreich, ganz abgesehen von Marokko selbst, die europäische Stellung des Deutschen Reiches schädige und schwäche. Wenn Fürst Bülow sich gegen diese und andere Vorwürfe meist mit dem Argumente verteidigte, es sei durchaus nicht erforderlich für die deutschen Interessen: Zwietracht zwischen anderen Mächten zu stiften oder bestehende Zwiespalte offen zu halten, so war nur natürlich, daß er das Gegenteil öffentlich unter

keinen Umständen zugeben konnte, und zwar weder vom Standpunkte des deutschen Interesses, noch von seinem persönlichen. Hätte er gesagt: „Wir konnten diese Annäherung zwischen den beiden Westmächten bedauerlicherweise nicht verhindern“, so hätte er damit in Deutschland niemandem gedient, und nach außen wäre eine solche Bemerkung so lange eine Unmöglichkeit gewesen, wie das Deutsche Reich beabsichtigte, mit Großbritannien und Frankreich in Frieden zu leben.

* * *

Hätte Fürst Bülow aber damals im Reichstage die Wahrheit sagen können, oder wäre man imstande gewesen, sie einwandfrei zu erkennen, so würde sich vermutlich gezeigt haben, daß es keine Ungeschicklichkeit, kein Mangel an Energie und rein diplomatischer Umsicht gewesen war seitens des Leiters der deutschen Politik und seiner Organe, sondern daß es sich um eine Konsequenz der Bülowschen Politik überhaupt handelte.

Wir haben gesehen, mit welcher Ausdauer und Unermüdlichkeit trotz aller Differenzen in Gegenwart und Vergangenheit, trotz der tiefsten Verstimmungen zwischen Volk und Volk und verschiedentlich auch zwischen den leitenden Männern, Großbritannien immer wieder versucht hatte, die Politik des Deutschen Reiches für solche Wege zu gewinnen, die beide zusammen beschreiten könnten. Die ständige Antwort Bülows in Wort und Tat war gewesen: Deutschland geht gelegentlich gern mit Großbritannien zusammen, natürlich nur da, wo seine eigenen Interessen die Hauptrolle spielen, natürlich auch nur unter der Bedingung vollster Gleichberechtigung und dabei unter restloser Wahrung der freien Hand nach anderen Seiten. Im britischen Parlamente warf man während jener Jahre der Regierung verschiedentlich vor, sie werbe in würdeloser Weise um deutsche Freundschaft und ein deutsches Bündnis und hole sich dafür kühle öffentliche Abweisungen vom deutschen Kanzler. Wir haben uns vorher bemüht, darzulegen, aus welchen Gründen und Anlässen diese Periode englischer Werbungen ihr Ende nahm. Vielleicht war die Bülowsche Stellungnahme der Mandschurei gegenüber nur der „letzte Tropfen“, aber darauf kommt es schließlich in diesem Zusammenhange nicht an. Von entscheidender Bedeutung für die Beurteilung der damaligen deutschen Politik und ihrer im vollen Sinne des Begriffes grundlegenden Folgen ist aber die Tatsache, daß die entschiedene Annäherung Englands an Frankreich im selben Augenblicke erfolgte, wie die Abkehr von Deutschland. Für Großbritannien waren diejenigen Punkte, welche das Marokkoabkommen erledigte, weder dringlicher, noch vitaler Natur. Hätte sich ferner der jenseits der Nordsee gewünschte englisch-deutsche

Zusammenschluß damals vollzogen, so würde zweifelsohne — unbeschadet vielleicht irgendwelcher kolonialen Regelungen wie schon früher — die Entente Cordiale zwischen Frankreich und Großbritannien nicht eingetreten sein. Zu einer Entente Cordiale mit dem Deutschen Reiche bedurfte Großbritannien keiner mit Frankreich. Es gab genug Differenzpunkte zwischen den beiden Mächten, die Großbritannien dann mit Deutschland zusammen zu seinen und Deutschlands Gunsten mit Sicherheit und Leichtigkeit hätte durchdrücken können. Großbritannien braucht aber notwendig eine der großen Festlandmächte, und als die britischen Staatsmänner sahen, daß Deutschland im Gegenteil auf die Freundschaft Rußlands entscheidenden Wert legte, da vervielfachte sich jene Notwendigkeit für Großbritannien.

Eine Erneuerung des russisch-deutsch-französischen Einverständnisses im fernen Osten von 1895, jetzt 1904, im Zeichen des Russisch-Japanischen Krieges, also unter denkbar erschwerenden Umständen, war für die britische Politik ein unbedingt zu verhinderndes Ereignis. Die einzige Möglichkeit, es zu verhindern, war, Frankreich an Großbritannien zu binden. Der weitere Grund kam hinzu, daß man in England nachgerade nicht mehr zweifeln konnte, das Deutsche Reich werde mit der Zeit zur See ein von Jahr zu Jahr mehr beachtenswerter Gegner werden. Auch unter diesem Gesichtspunkte war es von höchstem Interesse für Großbritannien, sich maritim durch eine enge Freundschaft mit Frankreich im Mittelländischen Meer und am atlantischen Ausgange des Ärmelkanales entlasten zu können. Ob es König Eduard gewesen ist, dessen persönliche Einsicht und Neigung für diese Wendung maßgebend wurde, ist nicht bekannt, aber sicher, daß er ihr persönlich die Bahn gebrochen hat. Bei Delcassé kam er, wie wir wissen, nicht nur einem Wunsche, sondern dem Bedürfnis seiner Lebensarbeit entgegen. Aus allen diesen Gründen erklärte sich auch die Schnelligkeit, mit der sich die Ereignisse folgten: Anfang Juni 1903 König Eduard in Paris, Anfang Juli 1903 Loubet und Delcassé in London, unmittelbar nachher Veröffentlichung des Schiedsvertrages, und ein halbes Jahr später schon die Veröffentlichung des umfangreichen Abkommens über Ägypten, Marokko, Neufundland, die neuen Hebriden, Senegambien und Siam, weiter die geheimen Verträge, über deren politische Bedeutung und internationale Tragweite sich niemand auf beiden Seiten im unklaren war.

Eingesetzt hat diese neue Politik Englands anscheinend beinahe unmittelbar nach der Thronbesteigung König Eduards. Kurz, alles deutet daraufhin, daß dieser Monarch das Programm in großen Zügen schon fertig mit auf den Thron brachte, vielleicht zum Teil in der instinktiven Erkenntnis, daß mit dem zu Lande stationären, zur See zurückkehrenden

Machtfaktor Frankreich auf die Dauer bequemer zu leben sei als mit dem nach jeder Richtung wachsenden Machtfaktor Deutschland. Ihn hoffte man aber durch vereinte Kräfte einzuschüchtern. Auch soll König Eduard wie mehrere englische Staatsmänner und ein großer Teil der öffentlichen Meinung Großbritanniens dem deutschen Kanzler besondere Abneigung entgegengebracht haben.

Das englisch-französische Abkommen wurde in der Presse beider Länder mit großer Freude bewillkommnet, vielfach trat gleichzeitig die Spitze gegen Deutschland hervor. In den Parlamenten der beiden Ententemächte äußerte man sich dagegen zurückhaltend. In der französischen Kammer fanden sich damals sogar Stimmen, welche die Regierung heftig anklagten, weil sie Ägypten preisgegeben habe, und Mr. Deschanel erklärte: Frankreich habe alles der Idee einer Eroberung Marokkos geopfert. England mache das bei weitem bessere Geschäft. Der Deputierte Delafosse war weitsichtiger, er sagte: „Die Herrschaft Englands in Ägypten ist längst eine vollzogene Tatsache. Für die Preisgabe unserer unfruchtbaren theoretischen Rechte in Ägypten haben wir uns ersprießliche und tatsächliche Rechte in Marokko gesichert. Marokko ist uns hundertmal wertvoller, als Ägypten je war, auch weil es uns gegebenenfalls Kontingente militärischer Streitkräfte zu liefern vermag, wie wir sie für unsere Kolonien in Afrika brauchen. Das Ideal der Diplomatie wäre: ein Dreibund zwischen Frankreich, England und Rußland.“ Eine für jene Zeit wirklich bemerkenswerte politische Erkenntnis eines Politikers, der gleichwohl der damaligen Regierung und Delcassé selbst politisch sehr fern stand! Auffallend war, daß Delcassé damals, also schon im November 1904, offen in der Kammer erklärte: das Ziel der französischen Regierung, als sie das Abkommen abschloß, sei gewesen, das Übergewicht Frankreichs in Marokko herzustellen. Frankreich habe in Marokko die Hände frei. Das Abkommen werde Frankreichs Stellung in der Welt stärken. Das Abkommen wurde von Kammer und Senat angenommen. Die Äußerung Delcassés richtete sich mittelbar gegen Deutschland, denn ein Übergewicht Frankreichs in Marokko in der ganzen dehnbaren Bedeutung dieses Begriffes lief dem Inhalte des Madrider Vertrages und auch des deutsch-marokkanischen Handelsabkommens zuwider.

In der spanischen Kammer nahm der frühere Minister, Graf Romanones, die Erörterung des Abkommens mit Frankreich zur Gelegenheit der Feststellung, daß Spanien von 1890 bis 1895 dem Dreibunde angehörte, aber zu jenem Termine seine Zugehörigkeit gekündigt habe. Über den Vertrag war man sehr erfreut und erklärte, daß Frankreich in Marokko überall den Fortschritt, die Menschenliebe und Humanität verbreite. Der Ministerpräsident erwähnte noch jenen, von Spanien nicht ratifi-

zierten Marokkovertrag vom Jahre 1902 und meinte, damals habe die Vorsehung Spanien vor einer furchtbaren Gefahr bewahrt.

In Großbritannien äußerte man sich, wie stets in solchen Fällen, mit Zurückhaltung über das Abkommen. Der Minister des Auswärtigen, Lord Lansdowne, sprach von der Genugtuung, die man darüber empfinden müsse, daß zwei große Nationen versöhnlich ihre Ansprüche untereinander regelten, und hoffte, daß das auch in Zukunft geschehen möge. Der Premierminister Balfour meinte, man könne gleichwohl auch mit Deutschland in Frieden und Freundschaft leben. Vor allem aber sei nun endlich die ewige Drohung eines englisch-französischen Krieges beseitigt. Als Tauschgeschäft allein dürfte das Abkommen nicht betrachtet werden. Er glaube, daß die Geschichte es einst billigen werde, und daß diese wichtige Urkunde als der Beginn einer neuen glücklichen Zeit in den internationalen Beziehungen Großbritanniens werde betrachtet werden. — Bei aller Zurückhaltung des Ausdrucks fühlt man aus diesen Worten Lord Balfours den großen Gesichtspunkt heraus: Großbritannien ist mit seiner Kontinentalpolitik aus der Periode der Unbestimmtheit und des Tastens herausgelangt. Die Entscheidung ist gefallen!

Die Frage, welche sich mit der neuen Kombination aufwerfen mußte: Wie wird die Stellung Rußlands, des Bundesgenossen Frankreichs beeinflußt werden, nachdem Frankreich und Großbritannien enge Freundschaft geschlossen haben? — diese Frage blieb vorläufig offen, denn Rußland führte Krieg mit dem Bundesgenossen Großbritanniens!

* * *

Zu Lande wie zur See hatte der Krieg im fernen Osten einen ausnahmslos unglücklichen Verlauf für die russischen Waffen genommen. Sämtliche Großmächte hatten ihre Neutralität erklärt, China wurde auf Betrieb der Mächte und unter tätiger Anteilnahme des Deutschen Reiches neutralisiert. Beiläufig bemerkt, ermangelte man in England nicht, ebensowenig wie auf seiten der deutschen Sozialdemokratie, dem Fürsten Bülow diese Beteiligung als eine Parteinahme für Rußland, also als einen Mangel an Neutralität, auszulegen. In Wirklichkeit war die Neutralisierung Chinas etwas Selbstverständliches, besonders vom Standpunkte derjenigen Mächte, die wirtschaftliche Interessen in China besaßen. Sie konnten nicht wünschen, daß auch außerhalb der Mandschurei der chinesische Boden zum Kampfplatz werde. Natürlich war es für Rußland eine Erleichterung, daß die vom Beginne des Krieges an auf Kriegsfuß stehende Armee des chinesischen Generals Ma in der Mongolei damit ausgeschaltet wurde. Sie hatte eine schwere Drohung für die rechte russische Flanke gebildet.

Fürst Bülow äußerte sich auf sozialdemokratische Angriffe hin folgendermaßen: „Man hat uns einen Vorwurf daraus gemacht, daß wir uns für die Neutralisierung von China interessiert haben. Unsere Haltung ging aber auch in dieser Beziehung aus klaren und einwandfreien Motiven hervor.“ Die Neutralisierung sei ein Mittel zur Lokalisierung des Krieges, ferner zur Beruhigung des chinesischen Hofes und zum Vorbeugen einer erneuten fremdenfeindlichen Bewegung. Außerdem, so sagte der Kanzler, sei gerade das Eintreten Deutschlands für die Neutralisierung der offenkundigste Beweis dafür, daß Deutschland nicht daran denke, sich ein Stück China anzueignen. Japan sei freiwillig dem Beschlusse der Mächte, China zu neutralisieren, beigetreten, also ein weiterer Beweis dafür, daß die Neutralisierung Chinas kein Mangel an Neutralität seitens der Mächte war.

Hierzu wäre wohl noch zu bemerken, daß die Neutralisierung Chinas für Japan doch den Fortfall einer wichtigen Chance bedeutete, während sie, wie gesagt, für Rußland vorteilhaft war. Man kann aber vielleicht annehmen, daß die Bereitwilligkeit Japans auf englische Einwirkung erfolgt ist. England mußte ebenso wie das Deutsche Reich höchstes Interesse daran haben, daß in China die Ruhe nicht gestört würde. Im Grunde genommen schloß neben anderen Überlegungen der deutsch-englische Yangtsevertrag, jedenfalls seinem Sinne nach, die Verpflichtung ein, für Großbritannien wie für Deutschland, durch Neutralisation die Integrität des Chinesischen Reiches sicherzustellen. Fürst Bülow nahm noch einmal, Ende November 1904, Gelegenheit, einem englischen Interviewer gegenüber nachdrücklich zu betonen, daß die Neutralisierung Chinas Deutschland in erster Linie zu verdanken sei. Welche Dinge hier hinter den Kulissen gespielt haben, entzieht sich der Kenntnis. England wird zur Frage der Neutralisierung Chinas mit einem heiteren und einem nassen Auge gestanden haben, denn so erwünscht sie ihm in bezug auf die britischen Chinainteressen sein mußte, so wenig konnte man verkennen, daß die russische Stellung in Asien dadurch gestärkt wurde. Wäre der japanische Siegeslauf zu Wasser und zu Lande weniger glänzend gewesen, so würde die Haltung der britischen Politik wohl eine andere gewesen sein.

Im Jahre 1904, hauptsächlich während seiner ersten Hälfte, war die allgemeine Meinung im Durchschnitt, daß die russischen Waffen, wie schon oft in früheren Kriegen Rußlands, nach einer Reihe von Rückschlägen schließlich doch siegreich bleiben würden. Sogar zur See konnte man trotz der russischen Verluste und trotz der offenbaren Unbereitschaft der russischen Schiffe und der Unfähigkeit von Führern und Besatzungen immer noch für möglich halten, daß ein Wendepunkt einträte. Die Zahl der japanischen Kriegsschiffe war nur gering, jeder Verlust, den Japans Flotte erlitt, fiel deshalb doppelt ins Gewicht. Dazu rüstete Rußland

seine zahlenmäßig starke Baltische Flotte aus. Gut geleitet und rücksichtslos eingesetzt, konnte diese Streitmacht einen Umschwung zur See herbeiführen. Auch in Japan und England war man dieser Ansicht. Die Baltische Flotte war erst im Herbst 1904 seebereit und verließ am 16. Oktober unter dem Befehl des Vizeadmirals Rojestwenski den Hafen von Libau, um nunmehr durch die dänischen Gewässer die Nordsee und den Ozean zu erreichen. Es ist möglich, daß die russische Regierung gewünscht hat, Deutschland möge gestatten, daß die Flotte den Nordostseekanal passiere. Jedenfalls wurde diese Frage in der Presse erörtert mit dem Ergebnisse, daß der Nordostseekanal eine rein deutsche Verkehrsstraße sei, seine Benutzung durch Streitkräfte einer kriegführenden Macht also eine Verletzung der deutschen Neutralität bedeuten würde.

Schon bevor die baltische Flotte in See gegangen war, tauchten zunächst in der russischen Presse vage Gerüchte auf, daß der Baltischen Flotte schon in den europäischen Gewässern Gefahr drohe. Allgemein dachte man an unterseeische Minen, und die Flotte bediente sich deshalb bereits in der Ostsee und in den dänischen Gewässern aller Vorsichtsmaßregeln gegen Minengefahr. Dazu kam, daß die Offiziere und die Mannschaften der Baltischen Flotte nicht genügend ausgebildet, zum mindesten aber des praktischen Seedienstes entwöhnt waren, und so mag auch die Nervosität eine ziemlich hohe gewesen sein. Russische Kriegsschiffe hielten einen Geestemünder Fischdampfer für ein feindliches Schiff und beschossen ihn, ohne ihn allerdings zu verletzen. Die Sache wurde in Kürze beigelegt. Als dann die russische Flotte am 24. Oktober nachts die Dogger Bank, nicht weit von dem englischen Hafen Hull, passierte, geriet sie in die Nähe einer englischen Fischerflotte. Man glaubte angreifende Torpedoboote zu sehen, leuchtete mit den Scheinwerfern und schoß mit den Geschützen. Das Ergebnis war die Verletzung einiger Fischerfahrzeuge und Verlust von Menschenleben. Dieser sogenannte Huller Zwischenfall hatte eine ungeheure Erregung in Großbritannien zur Folge. Ein großer Teil der britischen Presse rief nach Krieg und, ähnlich wie nach dem Krüger-Telegramm, wurden in den britischen Häfen auch kriegerische Vorbereitungen getroffen. Die Erbitterung war um so größer, als die russische Flotte, ohne sich irgendwie um die beschossenen Fischerboote zu kümmern, ihren Weg fortsetzte, der zunächst nach dem spanischen Hafen von Vigo führte.

Auf eine Depesche mit dem Ausdrucke „tiefen Bedauerns“ des Zaren an König Eduard erklärte der Minister Brodrick: Das Bedauern des Kaisers von Rußland und das Versprechen, Entschädigung zu leisten, könnten allein nicht genügen, um das Vorgehen der Russen zu sühnen. Die ganze Welt müsse wünschen, daß England Sicherheit dafür erhalte, daß ähnliche

Vorfälle nicht wieder vorkämen. Die britische Regierung ließ in Petersburg dringende Vorstellungen erheben. Der russische Minister des Auswärtigen erklärte, man habe noch keinen Bericht vom russischen Admiral, anscheinend handle es sich um ein bedauerliches Mißverständnis. Friedlich und nichtssagend erledigt wurde der Zwischenfall dann durch ein internationales ad hoc gebildetes Schiedsgericht, das — auf französische Vermittlung — von Rußland vorgeschlagen und von England angenommen wurde. Hohe Seeoffiziere und Juristen setzten es zusammen; die russische, die britische, die französische Marine sowie die der Vereinigten Staaten stellten die Mitglieder. Durch Übereinkommen zwischen diesen Mitgliedern wurde noch ein fünftes Mitglied ernannt, und zwar ein österreichischer Admiral. Bezeichnend für die damalige Stellung des Deutschen Reiches war das Fehlen eines deutschen Seeoffiziers als Mitglied der Kommission. Eine Beteiligung des Deutschen Reiches wäre an sich selbstverständlich gewesen und hätte sehr viel näher gelegen als die Hinzuziehung der Vereinigten Staaten und Österreich-Ungarns.

Durch die Annahme einer schiedsgerichtlichen Erledigung auf internationaler Grundlage war der Situation die Gefahr genommen worden, und die Angelegenheit selbst wurde damit auf ein Nebengeleise geschoben. Immerhin sind die Dinge eine kurze Zeitlang damals gefahrdrohend gewesen, und es ist vielleicht nur der Kaltblütigkeit König Eduards zu verdanken, wenn der Zustand der englischen Stimmung sich nicht durch die Explosion eines großen Krieges entlud. Der König wollte die Brücken für späteres Zusammengehen mit Rußland nicht abbrechen.

Überaus auffällig war gerade damals die zur höchsten Feindseligkeit gegen Deutschland gereizte Stimmung der öffentlichen Meinung in England. Es ist behauptet worden, daß die deutsche Flotte Befehl hatte, sich bereit zu halten, daß englische Streitkräfte, insbesondere Unterseeboote, nächtelang nicht weit von Helgoland patrouilliert hätten, um die ausfahrende deutsche Flotte anzugreifen. Wie weit die Dinge tatsächlich gediehen waren, wie nahe man vor dem Ausbruche eines Krieges gestanden hat, ist nicht bekannt geworden, und es wird erst einer späteren Periode vorbehalten sein, die Einzelheiten zuverlässig kennen zu lernen. Dem Deutschen mußte sich angesichts der Kriegsgerüchte und der englischen Stimmung vor allem die Frage aufdrängen, inwiefern gerade Deutschland in diese rein englisch-russische Angelegenheit der Beschießung englischer Fischdampfer durch russische Kriegsschiffe hätte verwickelt gewesen sein können. Auf diese Frage gibt es wohl nur die Antwort: daß man nämlich in weiten Kreisen Englands an das Bestehen eines deutsch-russischen Geheimvertrages glaubte. Die britische Presse war voll von derartigen Andeutungen, ja, von Behauptungen, daß es der Fall sei. Die britischen Blätter be-

haupteten weiter, daß die Baltische Flotte Rußlands durch deutsche Warnungen absichtlich nervös gemacht worden sei. Tatsächlich hat der deutsche Reichskanzler sich im November des Jahres 1904, also wenige Wochen nach dem Huller Zwischenfalle, mehrere Male öffentlich zu diesen englischen Auffassungen geäußert, und zwar englischen Journalisten und Literaten gegenüber. Seine Äußerungen zeigen, wie ernst die Lage war und was für Momente hineinspielten. Der Kanzler erklärte u. a., daß die russische Regierung schon im August die deutsche darauf aufmerksam gemacht habe: nach ihr zugegangenen Nachrichten — also durch geheime Agenten — müsse sie Angriffe auf ihre Flotte vom deutschen Gebiete aus befürchten. Die deutsche Regierung habe auf diese russischen Mitteilungen hin sich als neutrale Macht verpflichtet gehalten, Maßnahmen zur Verhinderung eines solchen Angriffes zu treffen. Die deutschen See- und Hafenbehörden seien angewiesen worden, die Augen aufzuhalten. In Dänemark sei dasselbe geschehen. Man wird annehmen können, daß die deutschen Überwachungsmaßregeln sich ganz besonders auch auf den Nordostseekanal erstreckt haben, und es liegt nahe genug, daß angesichts der allgemeinen Spannung der Lage, möglicherweise auch infolge geheimer Nachrichten die deutsche Flotte sich in einem gewissen Bereitschaftszustande befunden hat. Daß diese Maßnahmen von der englischen Presse als gegen England gerichtet bezeichnet wurden, ist an sich gleichwohl unerklärlich, zumal die deutsche Flotte von 1904 wahrlich nicht geeignet war, als Angriffswerkzeug gegen die britische zu dienen. Genug, die inneren Zusammenhänge bleiben dunkel, und wir müssen uns zur Kennzeichnung der damaligen Lage mit der Feststellung begnügen, daß die Feindseligkeit der britischen Stimmung gegen Deutschland einen noch nicht dagewesenen Höhepunkt erreichte, was ziemlich viel sagen wollte. Als die Baltische Flotte Rußlands die Nordsee verlassen hatte, erschien in der Zeitschrift „The Army and Navy Gazette" ein Aufsehen erregender Artikel, dessen intellektuelle Urheberschaft der britischen Admiralität zugeschrieben wurde. Dieser Artikel setzte auseinander, daß der Moment gekommen scheine, mit der deutschen Flotte ein Ende zu machen. Die russische Flotte sei, möglicherweise auf Nimmerwiedersehen, aus den nordeuropäischen Gewässern verschwunden, die Kriegsflotte Deutschlands stehe völlig allein. Jetzt oder nie sei die Gelegenheit für England gekommen, die mit jedem Jahre drohender anwachsende deutsche Flotte ein für allemal zu beseitigen. Niemand könne wissen, ob spätere Jahre wieder eine solche Gelegenheit bieten würden. Die gleiche Tonart wurde von einer Reihe verbreiteter und einflußreicher britischer Organe angeschlagen. Gerade die Tatsache der Gleichzeitigkeit jener Vorschläge in einem Augenblicke hoher internationaler Spannung mußte zu denken geben.

Der Herbst 1904 wurde für die Entwicklung der englisch-deutschen Beziehungen überhaupt bemerkenswert als der Beginn einer neuen Phase: damals zuerst begann man, öffentlich Deutschland als den Feind zu bezeichnen, als den Feind, der darauf ausgehe, durch Steigerung seiner Seerüstung und durch Konspirationen mit anderen Mächten, vornehmlich mit Rußland, Mittel zur Untergrabung der britischen Weltstellung zu gewinnen. Ein unbegrenztes, phantastisches Mißtrauen der britischen Bevölkerung begleitete jede Handlung oder Unterlassung der deutschen Politik. Die Gebundenheit Rußlands durch seinen ostasiatischen Krieg war englischerseits zur — freilich schon vor dem Kriege begonnenen — Tibetexpedition des Majors Younghusband benutzt worden. Schließlich kam ein Abkommen zwischen Großbritannien und der chinesischen Regierung über Tibet zustande. In England wurde durch die „Times" und andere Blätter behauptet, daß man deutscherseits versucht habe, in Peking gegen das Zustandekommen dieses Vertrages zu intrigieren. Der deutsche Reichskanzler stellte hierauf öffentlich fest, die deutsche Intrige hätte nur darin bestanden, daß der deutsche Gesandte in Peking beim dortigen Auswärtigen Amte anfragte, ob der in einer Pekinger Zeitschrift veröffentlichte Wortlaut des britisch-chinesischen Tibetvertrages authentisch sei oder nicht. Der Gesandte habe gleichzeitig bemerkt, daß das Deutsche Reich an jenem Abkommen kein Interesse nehme. Die britische Presse ignorierte diese Erklärungen des Kanzlers, auch als er die Behauptung einer deutschen Intrige im Reichstage als eine Lüge bezeichnete, und fuhr fort, Deutschland als diejenige Macht zu bezeichnen, welche sich Großbritannien überall feindselig und böswillig entgegenzustellen versuche. Als weiteres sehr wirksames Hetzmittel gegen Deutschland diente zur gleichen Zeit die Behauptung: Deutschland versuche Zwietracht zu säen zwischen Großbritannien und Frankreich. Man ging dabei von dem Interesse aus, welches Deutschland an einer Sprengung jenes Verhältnisses haben würde. Tatsächlich gab es wohl keinen ungünstigeren Moment zu Sprengversuchen dieser Art als gerade das Jahr 1904, wo das britisch-französische Verhältnis eben zu hoher gegenseitiger Befriedigung eingegangen worden war. Hatte die deutsche Politik das Zustandekommen der Entente Cordiale nicht hindern können, so wäre es eine doch etwas unwahrscheinliche Torheit gewesen, ihre Sprengung unmittelbar nachher für möglich zu halten, und gar angesichts des vollzogenen grundsätzlichen Frontwechsels der großbritannischen Politik.

Im Sommer 1904 war König Eduard zu den Segelregatten der Kieler Woche nach Kiel gekommen. Zwischen ihm und dem Deutschen Kaiser wurden mehrere freundliche Ansprachen gewechselt, in denen der König besonders betonte, er sei lediglich zu Sportzwecken nach Kiel ge-

kommen. Kaiser Wilhelm wies auf das Wachsen der deutschen Flotte hin, als den „Ausdruck der wiedererstarkenden Seegeltung des durch den verewigten großen Kaiser neugeschaffenen Deutschen Reiches". Die Flotte diene lediglich der Erhaltung des Friedens und sei zum Schutze des deutschen Handels und seiner Gebiete bestimmt. König Eduard sagte u. a.: „Euerer Majestät anerkennende Erwähnung meines unablässigen Strebens zur Erhaltung des Friedens hat mich tief gerührt, und ich bin beglückt in der Gewißheit, daß Eure Majestät das gleiche Ziel im Auge haben. Möchten unsere beiden Flaggen bis in die fernsten Zeiten ebenso wie heute übereinander wehen zur Aufrechterhaltung des Friedens und der Wohlfahrt nicht allein unserer Länder, sondern auch aller anderen Nationen."

Diese Reden zeigten drastisch, daß der König bestrebt war, ernsten und hochpolitisch aufzufassenden Erörterungen zu entgehen. An der Aufrichtigkeit der Versicherung seiner Friedensliebe war übrigens damals ebensowenig wie später zu zweifeln.

Dem Kieler Besuche folgte auf dem Fuße ein Schiedsabkommen zwischen dem Deutschen Reiche und Großbritannien, des stereotypen Inhaltes, daß Streitfragen, die einerseits nicht auf diplomatischem Wege hätten erledigt werden können, die anderseits „nicht die vitalen Interessen, die Unabhängigkeit oder die Ehre der beiden vertragschließenden Staaten berühren und nicht die Interessen dritter Mächte angehen", — an den ständigen Schiedsgerichtshof im Haag überwiesen werden sollten. Dieses Abkommen und der Besuch des Königs in Kiel fanden in England kaum Beachtung. Die Wogen deutsch-feindlicher Hetze schlugen hoch über beiden zusammen.

Ein weiteres, sehr bedeutendes Moment der englischen Stimmung und Verstimmung, ein Moment, das sich in erster Linie auch auf die britische Regierung bezog, war der Bau der Bagdadbahn. Die Entwicklungsgeschichte dieses Projektes wird später zusammenhängend dargestellt. Hier braucht nur gesagt zu werden, daß im wesentlichen die Befürchtung für die englische Regierung maßgebend war: Deutschland wolle und könne durch den Bau dieser Bahn bis an den Persischen Golf vordringen, diesen beherrschen und Großbritannien in Indien bedrohen. Dazu kam die Besorgnis, daß die deutsche Politik darauf ausgehe, mittels dieser Bahn und anderer Konzessionen den deutschen Einfluß in der Türkei politisch, wirtschaftlich und letzten Endes militärisch zum alleinherrschenden zu machen auf Kosten Großbritanniens. Auch für Ägypten und für die arabischen Zukunftspläne Englands fürchtete man.

## Der britische Flottenfrontwechsel — Die Bedeutung der Dreadnoughtpolitik.

Die deutsche Flotte war inzwischen planmäßig gefördert worden, zunächst nach dem Gesetze von 1898, und von 1901 an nach dem Gesetze von 1900. Jedes Jahr wurden zwei Schlachtschiffe und ein Panzerkreuzer auf Stapel gelegt, die freilich qualitativ sich mit gleichaltrigen britischen Schiffen nicht messen konnten. Jedes Jahr wurde der Bau von zwei kleinen Kreuzern und einer Torpedobootsdivision begonnen. Ebenso planmäßig erhöhte man den Offizier- und Mannschaftenbestand der Marine, und die Werften wurden mit allen ihren Einrichtungen erweitert. Man konnte sich in Großbritannien um 1904 nicht mehr darüber im unklaren sein, daß das deutsche Flottenprogramm von 1900 pünktlich durchgeführt werden würde, zumal in der Bauausführung niemals Verzögerungen eintraten. Dazu kam, daß der Deutsche Reichstag von Jahr zu Jahr höheres Verständnis für die Notwendigkeit einer starken deutschen Flotte nicht nur, sondern auch für die großen Vorteile der gesetzlichen Festlegung ihrer Stärke und ihres Bauprogrammes zeigte.

In England beobachtete man diese Entwicklung mit Unzufriedenheit, und in den Parlamentsverhandlungen des Frühjahrs 1904 tauchte wieder einmal der Gedanke auf, ob man nicht mit den Regierungen der Großmächte in Verbindung treten und über eine Verringerung der Flottenprogramme mit ihnen beraten wolle; dieser Antrag wurde von einem Mitgliede der damaligen liberalen Opposition gestellt. Der Kriegssekretär Mr. Arnold Forster erklärte, man habe den kontinentalen Regierungen bereits „in denkbar öffentlichster Weise" einen derartigen Vorschlag gemacht, und zwar habe dieses Lord Goschen als erster Lord der Admiralität getan. „Und ich wiederhole jetzt in formellster Weise, daß die britische Regierung bereit ist, die Vorschläge jeder fremden Macht über eine Verringerung der Rüstungen zur See in Erwägung zu ziehen. Unsere Macht zur See ist eine Notwendigkeit, es gibt aber kein einziges europäisches Land, das nicht hinsichtlich der Gefahr eines Angriffes von England aus seine Flotte abschaffen könnte; aber England selbst könnte in dem Augenblicke, wo sein Übergewicht zur See dahin ist, einer Invasion ausgesetzt sein."

Der frühere Unterstaatssekretär des Auswärtigen und sehr angesehene Sir Charles Dilke wies damals auf Deutschland hin und sagte: man vergrößere dort die Flotte mit einer außergewöhnlichen Schnelligkeit und richte sich damit offensichtlich gegen England. Und der Premierminister Balfour erklärte, daß die Lage Deutschlands zur See so sehr viel günstiger sei als die Englands, weil die deutsche Flotte nicht die auswärtigen Ver-

pflichtungen der englischen habe, sondern immer in nur zwei Häfen konzentriert bleiben könne.

Über die schnell wachsende Flotte der Vereinigten Staaten zu sprechen, beschränkte man englischerseits in jenen Jahren auf das Notwendigste, in der Furcht, dort Verstimmung zu erregen, dagegen war man bestrebt, durch Preßbeeinflussung in den Vereinigten Staaten die Ansicht großzuziehen, daß Deutschland eine seinen geringen Bedürfnissen absolut nicht entsprechende Flotte baue, um eines Tages England anzugreifen, den Frieden der Welt frivol zu stören und schließlich auch die Vereinigten Staaten zu gefährden. Durch die deutsche Bautätigkeit würden alle Mächte gezwungen, mitzugehen, damit in steigende Unkosten gestürzt, unter gleichzeitiger Spannung der politischen Beziehungen allerseits. Bei dem großen Mißtrauen, welches, wie wir sahen, in den Vereinigten Staaten ohnehin gegen Deutschland bestand, fielen diese und ähnliche Andeutungen auf fruchtbaren Boden.

Der Premierminister Mr. Balfour und Mr. Chamberlain — der seit 1903 aus dem Kabinette ausgetreten war — benutzten auch diese Gelegenheit, um den imperialistischen Gedanken zu fördern. Ende 1904 empfing Balfour eine Abordnung des vor einigen Jahren gebildeten Imperial Federation Defence Committee und erklärte ihr, es sei zur See ein früher ungeahnter Wechsel von großer Bedeutung eingetreten. Das Land müsse mit ganz neuen Kombinationen rechnen, und die Lage sei voll von Gefahren für die Einheit nicht nur, sondern sogar für die Unabhängigkeit der einzelnen Teile des britischen Kolonialreiches. Die wachsende Größe dieser Gefahren mache es immer nötiger, daß die Kolonien einen größeren Anteil an der gemeinsamen Last für die Verteidigung des Reiches übernähmen; ihr Anteil sei bis jetzt noch viel zu klein.

Im Dezember des Jahres 1904 machte die britische Admiralität den Plan einer Neuorganisation der Flotte bekannt, welcher mit dem Jahre 1905 in Kraft treten sollte. Die Denkschrift, welche der erste Lord der Admiralität, Lord Selborne, dem Organisationsplane mitgab, enthielt die folgenden Sätze, welche den Beginn der neuen Epoche zur See drastisch bezeichnen:

„In der Entwicklung der modernen Flotte ist nicht nur hinsichtlich des Flottenmaterials, sondern auch der strategischen Verhältnisse ein neuer Abschnitt erreicht. Auf der westlichen Halbkugel sind die Vereinigten Staaten im Begriffe, sich eine große und starke Flotte zu schaffen, deren Größe nur durch die Geldmittel beschränkt wird, die die Vereinigten Staaten für sie aufwenden wollen. Auf der östlichen Halbkugel ist die kleinere, aber moderne japanische Flotte der Probe eines Krieges unterworfen worden und hat sich ihr gewachsen gezeigt. Die französische Marine

steht bis jetzt noch allen anderen voran. Eine neue deutsche Flotte von sehr leistungsfähigem Charakter ist geschaffen worden; sie ist in der glücklichen Lage, sich fast ganz in den Heimatgewässern konzentrieren zu können."

Bis damals waren die britischen Geschwader folgendermaßen verteilt und bemessen worden: Die Heimatflotte, gestützt auf die Station Portland, umfaßte: acht ältere (nur ganz lose organisierte) Linienschiffe, vier große Kreuzer und leichte Fahrzeuge; die Kanalflotte (Irische Station Berehaven) sechs Schlachtschiffe und fünf große Kreuzer; das Kreuzergeschwader (Station Portland) fünf große und zwei kleine Kreuzer. Im Mittelländischen Meere (Stationen Malta und Gibraltar): zwölf Schlachtschiffe, fünf große und acht kleine Kreuzer; in Ostasien fünf Linienschiffe, sieben große und elf kleine Kreuzer. Mit kleineren Kreuzerkontingenten waren außerdem besetzt: die nordamerikanische Station, die südatlantische, die pazifische, die westafrikanische, die indische und die australische.

Der Schwerpunkt dieser Verteilung lag durchaus im Mittelländischen Meere, dem schon lange bestehenden Grundsatze der britischen Admiralität entsprechend, daß die Streitkräfte des Mittelmeeres den dort befindlichen französischen stets und in jeder Richtung überlegen zu sein hätten, nicht nur der Zahl der Schiffe, sondern auch Stärke nach. Deshalb legte man die neuesten und stärksten Linienschiffe in das Mittelländische Meer. Die Kanalflotte war als Gegengewicht gegen französische Seestreitkräfte im Nordatlantischen Ozean gedacht, und das Kreuzergeschwader für eine Verwendung je nach Gelegenheit, seiner für damalige Verhältnisse hohen Beweglichkeit entsprechend. Die Heimatflotte setzte sich, wie gesagt, durchweg aus älteren Schiffen zusammen, und die 1904 dort versammelten acht Linienschiffe konnten als eine auf der Höhe stehende Kampfeinheit kaum angesprochen werden.

Die neue Organisation verwandelte das Bild vollkommen. Im Mittelländischen Meere ließ man nur acht ältere Linienschiffe und vier Kreuzer, die fünf Linienschiffe des fernen Ostens wurden vorläufig noch dort gelassen, aber ihre Rückberufung gleichzeitig in Aussicht genommen; sie erfolgte auch nach Erneuerung und Erweiterung des englisch-japanischen Bündnisses und nachdem durch die Schlacht von Tsuschima im Sommer 1905 die russische Flotte im fernen Osten vernichtet worden war. Anstatt der bisherigen, militärisch nicht hochwertigen Heimatflotte wurde eine neue „Kanalflotte" gebildet. Man bemaß deren Stärke zunächst auf zwölf Linienschiffe — ganz kurz darauf stieg sie auf fünfzehn —, dazu kamen ein Kreuzergeschwader von sechs Panzerkreuzern und eine große Anzahl von leichten Kreuzern und Torpedofahrzeugen. Demgegenüber bestand die deutsche Hochseeschlachtflotte im Sommer 1905 aus dreizehn

Schlachtschiffen, von denen freilich der größere Teil nicht auf der Höhe der Zeit war, aus zwei Panzerkreuzern, die ebenfalls den im Kriege ihnen zu stellenden Anforderungen nicht entsprachen, und aus sechs kleinen Kreuzern. Die Überlegenheit allein der englischen Kanalflotte war somit eine zweifellose. Außer ihr wurde noch ein zweites mächtiges und ebenso ständig kriegsbereites Flottenkontingent geschaffen, nämlich die neugebildete „Atlantische Flotte". Diese setzte sich aus den stärksten und schnellsten Schiffen der Flotte zusammen, nämlich den neuen Vertretern der „King Edward"-Klasse; sie waren im Frühjahr 1905 noch nicht alle fertig, nahmen aber schnell nacheinander ihren Platz in der „Atlantischen Flotte" ein. Dazu kam das II. Kreuzergeschwader, ebenfalls aus sechs Panzerkreuzern bestehend. Die „Atlantische Flotte" konnte bei ihrer Mittelstellung zu Gibraltar im gleichen Zeitraume weniger Tage, sei es bis Malta oder im Ärmelkanale auftreten; außerdem war sie für irgendwie denkbare Verwicklungen auch in der Lage, schnell den Atlantischen Ozean zu durchqueren.

Ein besonders wichtiger Teil der neuen Organisation war neben dieser aktiven und stets kriegsbereiten Flotte die Bildung einer organisierten Reserveflotte. Früher hatte man wohl eine Anzahl von Reserveschiffen auf den Werften gehabt, die bei Ausbruch eines Krieges mit möglichster Beschleunigung instandgesetzt und bemannt worden waren, das waren aber nur einzelne Schiffe ohne organisatorischen Zusammenhang, die auch in Friedenszeiten völlig unbemannt waren. Anstatt dieser wurde nunmehr in den drei britischen Häfen Devonport, Portsmouth und Chatham-Sheerneß eine „Flotte im Dienst in Reserve" gebildet; sie war in kriegsmäßige Verbände gegliedert und in einem hohen Stand dauernder Bereitschaft.

Der Schwerpunkt der Flotte Großbritanniens war aus dem Mittelmeer fortgerückt und in die Nordsee verlegt worden. Es ist keine Übertreibung, diese Verlegung zu den epochemachenden Ereignissen der politischen Geschichte Europas zu rechnen. Die Verlegung des Schwerpunktes, die Schwächung der Mittelmeerflotte, die Stärkung der Kanalflotte bedeuteten zugleich einen Frontwechsel, dessen Bedeutung man nur im Rahmen aller geschilderten politischen Verhältnisse der vorhergegangenen Jahre würdigen kann. Im Jahre 1904 wurde der neue Organisationsplan ausgearbeitet, im selben Jahre 1904 das Abkommen zwischen Frankreich und Großbritannien geschlossen und die Entente Cordiale besiegelt. Man würde viel zu weit gehen mit der Behauptung, daß die Entente Cordiale für Großbritannien nur deshalb Bedürfnis geworden sei, weil es stärkere Flottenkontingente für seine heimatlichen Küsten frei zu bekommen wünschte. Wir haben gesehen, daß eine Reihe von

politischen Ursachen und Momenten diese Annäherung überhaupt für die britische Politik nicht nur wünschenswert, sondern notwendig erscheinen ließen. Daß der rein maritime Gesichtspunkt aber eine der Hauptursachen bildete, ist nicht zu bezweifeln. Nicht, daß es gerade gedrängt hätte, aber als alte maritime und marinepolitische Praktiker wußten die britischen Autoritäten, daß eine so umfangreiche und durchgreifende Neuorganisation einer so gewaltigen Flotte sich nicht von heute auf morgen durchführen läßt, und daß die Geschwaderverbände in sich wie in Verbindung mit ihren neuen Stützpunkten und Reparaturwerkstätten gewissermaßen sich erst einleben mußten, ehe sie den Höhepunkt ihrer Leistungsfähigkeit erreichen konnten. Die britische Admiralität und Regierung waren sich darüber klar, wie wir sahen, daß das Anwachsen des neuen, des deutschen Flottenfaktors in der Nordsee andauern werde. Darüber konnte kein Zweifel bestehen, nachdem man hatte feststellen müssen, daß Deutschland sein Flottengesetz durchführte. Unter diesem Gesichtspunkte mußte und muß noch heute jene britische Neuorganisation beurteilt werden. Sie war keine Maßnahme ab irato, keine Folge einer politischen Konstellation, sondern sie bezeichnete eine grundsätzliche und grundlegende Neuorientierung der gesamten britischen Marinepolitik in harmonischer Verflechtung mit der neuen britischen Festlandspolitik. Dieser Neuorientierung der Marinepolitik mußte die Neuordnung der Grundlage jeder Marinepolitik: der Flotte, folgen.

Als in den ersten Tagen des Jahres 1900 die neue deutsche Flottenvorlage herausgegeben war, las man in ihrer Begründung die Sätze:

„... Es ist nicht unbedingt erforderlich, daß die deutsche Schlachtflotte ebenso stark ist, wie die der größten Seemacht; denn eine große Seemacht wird im allgemeinen nicht in der Lage sein, ihre sämtlichen Streitkräfte gegen uns zu konzentrieren. Selbst wenn es ihr aber auch gelingt, uns mit größerer Übermacht entgegenzutreten, so würde doch die Niederkämpfung einer starken deutschen Flotte den Gegner so erheblich schwächen, daß dann trotz des etwa errungenen Sieges die eigene Machtstellung zunächst nicht mehr durch eine ausreichende Flotte gesichert wäre. Da der Schiffsbestand der deutschen Marine auch nach Durchführung der geplanten Vermehrung noch mehr oder minder gegen den Schiffsbestand anderer Großmächte zurückstehen wird, so muß ein Ausgleich in der Ausbildung des Personals und in der taktischen Schulung im größeren Verbande gesucht werden.“ —

Die Organisation der deutschen Flotte, also der Rahmen, in den sie allmählich hineinwuchs, war auf den Gedanken „taktischer Schulung im größeren Verbande“ zugeschnitten und teils aus ihm erwachsen. Dieser Gedanke war in den Übungen, man möchte sagen in den Vorübungen

der deutschen Flotte schon Anfang der neunziger Jahre praktisch hervorgetreten und konnte die Priorität unter allen Flotten der Welt für sich beanspruchen. Es war mithin kein Wunder, wenn auf ihn einerseits, auf die Möglichkeit anderseits, die deutsche Flotte dauernd in den heimischen Häfen konzentriert zu halten, besonderes Gewicht gelegt wurde, und man in diesen beiden Momenten die Möglichkeit erblickte, die Übermacht anderer Flotten auszugleichen: die französische Flotte befand sich zur einen Hälfte im Mittelländischen Meere, zur anderen an der atlantischen Küste Frankreichs, während beträchtliche Kontingente in Ostasien lagen. Die russische Flotte verteilte sich in normalen Zeiten auf das Baltische Meer, das Schwarze Meer und Ostasien, die Flotte Großbritanniens hatte ihren Schwerpunkt im Mittelländischen Meere und war beinahe an allen wichtigen Punkten des Erdballes mehr oder minder in Anspruch genommen. So konnte man in Deutschland um 1900 damit rechnen, daß keiner der denkbaren Gegner in der Lage sein würde, in einem Kriege annähernd seine gesamte Streitkraft gegen die deutsche Nordseeflotte zu konzentrieren. Diese Berechnung erhielt einen starken und unerwarteten Stoß durch den Ausgleich der englisch-französischen Meinungsverschiedenheiten und die Schließung einer engen politischen Freundschaft, welche von tiefer, ungekünstelter Zustimmung der beiden Nationen getragen wurde.

Die Größe und Bedeutung des Umschwunges, der sich in den Jahren 1902 bis 1905 vollzog, ist enorm: 1902 englisch-französische Spannung im Mittelmeer, beginnende englisch-deutsche Spannung, starke englisch-russische Spannung. 1904 englisch-französische Freundschaft, englisch-japanisches Bündnis, Verschwinden der russischen Flotte aus den europäischen Gewässern. Mit Ausnahme — aber auch nur bis 1905 — der Linienschiffsdivision im fernen Osten war die gesamte Schlachtflotte Großbritanniens gegen Deutschland frei geworden. Das galt auch vom Mittelmeergeschwader. Der Zusammenhang zwischen der Seemacht an sich, ihrer Organisation und Dislokation, ist kaum jemals so drastisch und auch so imponierend in die Erscheinung getreten wie in jener Neuorganisation der britischen Flotte um die Jahreswende 1904/05; sie wurde dann von Jahr zu Jahr mächtiger entwickelt.

War hier die wirkende Grundursache in dem Wachsen der deutschen Flotte und in der Sicherheit der Durchführung des deutschen Flottengesetzes zu erblicken, so galt das gleiche für eine zweite Neuerung, nämlich den Grundsatz der unmittelbaren Schlagfertigkeit und Verwendungsbereitschaft möglichst aller gefechtsbrauchbaren Schiffe. Bevor eine nennenswerte deutsche Flotte vorhanden war, stand es bei den großen Marinen, wie England und Frankreich, um die Schlagfertigkeit der je-

weilig nicht im Dienst befindlichen Schiffe und Geschwader nicht glänzend. Der Gedanke einer organisierten Reserveflotte, die stets mit Stammbesatzungen bemannt, von Zeit zu Zeit Übungen machte, also niemals zum toten Werftmaterial würde, war eigentlich deutschen Ursprunges und neu. 1904 nahm die britische Admiralität diesen Gedanken auf und verwirklichte ihn unmittelbar in großem Maßstabe, während er in Deutschland, seinem eigentlichen Mutterlande, aus Mangel an Schiffsmaterial und Personal noch auf dem Papier geblieben war.

Die neue Parole der britischen Admiralität: stete Schlagfertigkeit und Verwendungsbereitschaft des ganzen kampfkräftigen Materiales der Flotte! war also nicht nur deutschen Ursprunges, sondern auch eine Folge der baulichen und organisatorischen Marinepolitik des Deutschen Reiches. Bis zum Jahre 1904 hatte die britische Kräfteverteilung zur See der deutschen Flotte nur als einer nebensächlichen Größe Rechnung getragen. Von da an wurde sie der Hauptgegner, der maritime Faktor, auf den die gesamte britische Marinepolitik zugeschnitten wurde.

Diese große geschichtliche und politische Bedeutung der Neuordnung und Neuverteilung der englischen Flotte wurde in Großbritannien weit klarer erkannt als in der deutschen Bevölkerung. Man schob sie hier meist mehr auf englische Stimmungen und Feindseligkeiten. Man befand sich in Deutschland außerdem in begründeten schweren Besorgnissen, daß der deutsche Flottenbau seinen Zweck und sein Ziel überhaupt nicht würde erreichen können. Die britische Admiralität ließ sich nämlich nicht mit dem erfolgreichen Bestreben genug sein, der deutschen Flotte stets eine erdrückende Übermacht unmittelbar gegenüberstellen zu können, sondern faßte den Entschluß, die qualitative Übermacht von Schiff zu Schiff derart zu erhöhen, daß die deutsche Flotte auch bei erheblicher Schiffszahl eine minderwertige Waffe würde und bliebe.

Die für die Durchführung des deutschen Flottengesetzes jährlich ausgeworfenen Mittel waren verhältnismäßig gering. Um die nötige Schiffszahl herauszubekommen, beschränkte man die Schiffsgrößen aufs äußerste. Größe und Kampfwert des Schiffes ist aber durchweg gleichzusetzen. Die britische Admiralität begriff sofort die Möglichkeit, die sich ihr hier zu eröffnen schien. Von Jahr zu Jahr wurden die englischen Schlachtschiffe größer und mächtiger, der Stärkeunterschied zwischen ihnen und den gleichalterigen deutschen bedeutender. Als dann im Jahre 1905 das „letzte Wort des Kriegsschiffbaues“, die berühmte „Dreadnought“, auf Stapel gelegt wurde, da sah die deutsche Marineverwaltung ein, daß es so nicht mehr weitergehen konnte. Für das Jahr 1905/06 war von vornherein schon, nämlich seit dem Jahre 1900, eine Flottenvorlage in Aussicht genommen worden. Damals hatte der Deutsche Reichstag eine

Anzahl großer und kleiner Kreuzer von der Gesetzesvorlage 1900 gestrichen, und der Staatssekretär des Reichs-Marine-Amts erklärt, er könne zwar auf diese Schiffe nicht verzichten, wohl aber ihren Baubeginn bis zum Jahre 1906 vertagen. Dieser Termin war nun herangekommen. Im Herbst des Jahres wurde die Forderung eingebracht zugleich mit einer Vermehrung der Torpedobootsflotte und mit dem Beginn des Baues von Unterseebooten. Ungleich größer aber als die Bedeutung dieser gewiß wichtigen Neuforderungen war die Tragweite der Forderung der Marineverwaltung, daß in Zukunft alle neu zu bauenden Schiffe denen gleichalteriger Klassen anderer Nationen ebenbürtig zu sein hätten.

Nicht nur die deutsche Marineverwaltung, sondern das ganze deutsche Volk stand damals — im Sinne des Wortes — am Scheidewege. Es handelte sich um nichts Geringeres als um die Frage, ob Deutschland auf eine von vornherein zur qualitativen Minderwertigkeit verurteilte Flotte sich beschränken oder bei gewaltig vermehrten und steigenden Kosten eine Flotte aufbauen wollte, die zwar, dem ursprünglichen Plane des Flottengesetzes entsprechend, immer beträchtlich kleiner bleiben mußte als die englische, deren Schiffsmaterial aber dem aller anderen Flotten, auch der englischen gleichwertig sein würde. Akademisch betrachtet, erscheint diese Frage sehr einfach. In der Praxis war sie es nicht, und zwar aus Gründen verschiedener Natur. Zunächst steigerten sich die Kosten um ein volles Drittel für jedes große Panzerschiff und sollten während der dann folgenden Jahre in schnellem Tempo weiterwachsen. Innerhalb des Jahrzehntes von 1904 bis 1914 haben sich die Kosten pro Schiff ungefähr verdoppelt. Die Vergrößerung der Schiffe brachte eine neue und starke Erweiterung beinahe aller für große Schiffe in Betracht kommenden Hafen- und Werfteinrichtungen mit sich; der Nordostseekanal mußte mit Kosten von mehreren hundert Millionen Mark erweitert, vertieft und mit neuen Brücken und Schleusen versehen werden, ein Unternehmen, das erst um 1914/15 abgeschlossen wurde. Dazu kam, daß die deutsche Schiffsbautechnik und die Artillerieindustrie auf eine so plötzliche gewaltige Steigerung der Leistung nicht eingerichtet waren. Abgesehen von den großen Kosten konnte sich auch ein Bedenken aufwerfen, ob die neue Riesenaufgabe rein technisch glatt würde bewältigt werden können, ob nicht endlose Verzögerungen und mißglückte Schiffe die Folge sein würden. Am schwersten wog die politische Überlegung:

Man mußte sich in Deutschland sagen, daß der völlige Umschwung in der europäischen Machtgruppierung auf Großbritannien zurückzuführen war und — neben dem gewaltigen wirtschaftlichen Erstarken und der Bevölkerungsvermehrung Deutschlands — die Richtung der deutschen Politik zur hauptsächlichen, wenn nicht zur allgemeinen Grundursache

hatte. Das Wesentliche und Treibende der deutschen Politik seit Ende der neunziger Jahre gipfelte aber in der Schaffung einer starken deutschen Flotte und Starkerhaltung der Armee. Zu Lande wollte man sich nach Möglichkeit an Rußland anlehnen, um hier von Sorgen frei zu sein. Zur See sollte die Mißstimmung Englands mit allen ihren tatsächlichen Folgen in den Kauf genommen und durchgehalten werden. Man mag sich das alles schon vorher im großen und ganzen überlegt haben, aber um das Jahr 1905, besonders auch während des stürmischen Sommers eben dieses Jahres, lag die Frage wohl nahe, ob es wirklich im Interesse des Deutschen Reiches sei, diesen Kurs weiter zu steuern, auf die Gefahr mit jedem Jahre wachsender Schwierigkeiten für die auswärtige Politik. Und dahinter stand wieder die Frage, ob man wirklich dahin gelangen werde, durch den Flottenbau diejenigen Ergebnisse zu erreichen, welche allein ihn rechtfertigen konnten?

Die Entscheidung ist bekannt. Der Staatssekretär des Reichs-Marine-Amtes brachte im Herbst 1905 die neue Vorlage ein, sie wurde mit großer Mehrheit im Reichstage bewilligt. Damals begannen auch Versuche mit Unterseebooten. Bis 1905 hatte der Stand der Technik nicht gestattet, seegehende Unterseeboote herzustellen. Sobald die Möglichkeit nun sich bot, griff die deutsche Marineverwaltung schnell entschlossen zu und überflügelte in kurzem alle anderen Marinen auf dem Gebiete des Unterseebootswesens. Ob die „Dreadnoughtbau" bewilligenden Abgeordneten sich damals der vollen Tragweite ihrer Stimmabgabe, besonders in politischer Beziehung, bewußt waren, mag dahingestellt bleiben. Hätte man in Deutschland jenen „Dreadnought"-schritt Großbritannien nicht nachgetan oder nicht sofort, oder hätte man, der Kostenerhöhung pro Schiff entsprechend, die Sollstärke der deutschen Schiffszahl eingeschränkt, so würde möglicherweise wieder ein Umschwung der Politik Großbritanniens zu Deutschland hin eingetreten sein. Die Sorge wäre dann beseitigt gewesen, welche im Grunde schon damals beinahe alle Handlungen und Unterlassungen der britischen Politik beherrschte: die Sorge wegen der deutschen Flotte. Die so oft erörterten „guten Beziehungen" wären also leicht zu erreichen gewesen, und Deutschland hätte sich ungezählte Millionen Mark erspart. Die Wege unserer auswärtigen Politik hätten sich geebnet, aber — das war der entscheidende Punkt — unter britischer Vormundschaft in allen seeischen, überseeischen und konsequenterweise auch in den festländischen Fragen. Für immer wäre das große Ziel aufgegeben worden, eine Flotte von solcher Stärke zu schaffen, daß auch die größte Seemacht Bedenken tragen müsse, sich in einen Krieg mit uns einzulassen, aus Besorgnis für Gefährdung ihrer eigenen Weltstellung. Es wäre ein deutsches Faschoda gewesen, nur mit dem Unter-

schiede, daß Deutschland es spontan auf sich genommen hätte, und zwar für immer. Jene Politik der freien Hand, welche Bülow so häufig proklamierte und tatsächlich anstrebte, war im Grunde eine — wie die Engländer sagen „Would-be-Politik“. Wir waren nicht fähig, sie in Wirklichkeit zu treiben, weil gerade dem mächtigsten und überall sich in den Weg stellenden Wettbewerber gegenüber das Rückgrat jeder Politik der freien Hand fehlte, nämlich ein entsprechendes Maß von Wehrkraft zur See und die erforderlichen Bündnisse auf dem Festlande. Anderseits muß ein deutscher Staatsmann sich fragen, ob die Freundschaft, welche die deutsche Politik der russischen in so hohem Maße gerade damals erwies und auch vorher erwiesen hatte, genügend Früchte tragen würde, um die Übernahme der großen Schwierigkeiten und auch Gefahren zu rechtfertigen, welche als Kehrseite dieser Politik erwachsen waren und zweifellos auch fernerhin erwachsen würden.

Wir wissen nicht, inwieweit von den leitenden Männern in Deutschland derartige Überlegungen gepflogen worden sind. Das Ergebnis war jedenfalls, daß man den großen Schritt tat, im vollen Bewußtsein, daß man der auswärtigen Politik und Diplomatie des Deutschen Reiches damit einen Kalvarienberg auftürme, der nolens volens erstiegen werden müsse. Auf die nationale Mehrheit der deutschen Bevölkerung hatten die Vorgänge der letzten Jahre, besonders die nachher zu schildernden des Jahres 1905, nur den Eindruck gemacht, daß man, ohne nach rechts und nach links zu sehen, rüsten und durch die Periode der Schwierigkeiten und Gefahren hindurch müsse. Die englischen Drohungen erzielten nicht den von England gewünschten Erfolg, sondern den entgegengesetzten.

An solchen Drohungen fehlte es allerdings nicht, sie wurden von Jahr zu Jahr häufiger und zugleich auch deutlicher.

Anfang Februar 1905 hielt der Zivillord der britischen Admiralität, Mr. Arthur Lee, eine öffentliche Rede. Er wies auf Zweck und Wert der neuen britischen Flottenorganisation hin und verband damit die Redewendung, England müsse weniger anderen Mächten gegenüber besorgt sein, als vielmehr mit um so größerer Besorgnis nach der Nordsee blicken. Darauf seien ebensowohl die Flottenverschiebungen zurückzuführen wie der überaus hohe Grad von Schlagfertigkeit der neuorganisierten Flotte. Alle Reserveschiffe seien in wenigen Stunden zum Auslaufen bereit, „fast so schnell, wie wir eine Eisenbahnlokomotive unter Dampf setzen können. Wir glauben an das alte Wort: Dreimal gesegnet derjenige, der den ersten Schlag führt! — und ich hoffe, daß im Falle einer Gefahr die britische Flotte in der Lage sein wird, den ersten Schlag und einen recht wuchtigen dazu zu führen, noch ehe die andere Macht gewahr wird, daß der Krieg erklärt ist.“ Nach einer anderen Darstellung sollte er ge-

sagt haben: Im Falle eines Krieges werde die britische Flotte früher an den deutschen Küsten sein als die Nachricht vom Beginne der Feindseligkeiten in den deutschen Zeitungen.

Die Äußerung konnte um so weniger ignoriert werden, als es ein Lord der Admiralität war, der sie tat. Auch der unbefangenste Hörer oder Leser konnte ihren Sinn nicht anders auffassen, als daß die englische Flotte nunmehr organisiert worden sei, um mit blitzartiger Schnelligkeit und in überwältigender Stärke die deutsche Flotte und Küstenverteidigung zu überrennen, ehe diese und ehe Deutschland überhaupt auf den Gedanken gekommen sei, daß ein Krieg zwischen den beiden Mächten Tatsache geworden sei. Die Parallele des japanischen Überfalles bei Port Arthur (Februar 1904) lag nahe genug. Der Unterschied war nur der, daß der von Mr. Lee präkonisierte Überfall in vielfältig größerem Maßstabe angekündigt wurde. Die Rede erregte ungeheures Aufsehen in Deutschland, und Lee gab nachträglich eine erheblich abgeschwächte, auch dem Sinne nach anders lautende Darstellung seiner Rede, die aber in Deutschland ebensowenig Glauben fand wie die erklärenden und abschwächenden Erörterungen in Presse und Parlament Großbritanniens. In der englischen Presse freilich war man vielfach auch mit der starken Lesart der Leeschen Rede vollkommen einverstanden. Ein großes Blatt schrieb: „Die deutsche Flotte ist absolut zwecklos, wenn sie nicht für den Angriff auf England geschaffen wird. Sie ist überhaupt da für den Angriff auf England ... Die deutsche Marine ist zu dem Zwecke geschaffen, loszuschlagen, wenn England nicht darauf vorbereitet ist ... Die deutsche Marine ist eine Drohung oder ein Spielzeug. Sie ist aber kein Spielzeug. Der Preis für Englands Freundschaft müßte das Aufhören der Kriegsrüstung auf seiten Deutschlands sein. Wenn die deutsche Flotte im Oktober zerstört worden wäre (also nach dem Huller Zwischenfalle), so würden wir in Europa für sechzig Jahre Frieden gehabt haben."

Solche Tonart war in jenen Jahren sehr häufig zu hören; es braucht nicht besonders gesagt zu werden, daß sie von Deutschland aus Erwiderung fand, gewiß auch oft übertrieben nach Form und Inhalt. Immerhin muß man, unparteiisch rückblickend, sagen, daß das erste Unrecht nicht auf der deutschen Seite lag, sondern auf der englischen. Der Gedanke war für einen auch nur einigermaßen sachlichen und nüchternen Beurteiler grotesk, daß die allmählich entstehende deutsche Flotte dazu bestimmt sei, England anzugreifen. Daß dem britischen Volke das Entstehen dieser Flotte unbequem war, ist durchaus begreiflich, denn die Tatsache mußte ihm mit der Zeit steigende Lasten auflegen, auch die Politik Großbritanniens komplizieren. Außerdem sagte man sich, wenn auch meist nicht sehr laut, daß eine auch nur mittelstarke deutsche Flotte ein

ganz anderes Kampfwerkzeug sein werde als eine französische und russische. Nach Faschoda war Großbritannien wieder die unbestrittene Gebieterin der europäischen Küsten und Meere geworden, und gerade in diesem so lange erstrebten Augenblicke wuchs die deutsche Flotte empor. Man konnte den Ärger begreifen, aber man begriff in Deutschland nicht, daß das Naturrecht eines unabhängigen Staates, sich eine Flotte zu bauen, auf der anderen Seite der Nordsee nicht anerkannt wurde. — Zugrunde lag überdies die allgemeine britische Handelseifersucht, und der Zorn auf den deutschen Flottenbau war für die Inspiratoren der antideutschen Agitation nur ein verlogener Vorwand.

Es ist so oft und viel in Deutschland darüber gesprochen und geschrieben worden, ob die britische Regierung in jenen Jahren (1904/05) die Absicht gehabt hat, Deutschland anzugreifen. Will man diese Frage erörtern, so ist nicht möglich, von einem Gesamtbegriff „Großbritannien" zu sprechen. Die Regierung, das Kabinett, hat den Gedanken ernstlich erwogen, und zwar wiederholt, ist aber nicht zu einem festen, einigen Entschlusse gekommen, denn sonst hätte man ja nur vom Vorsatz zur Tat schreiten brauchen. Anderseits kann es kaum einem Zweifel unterliegen, daß in der Admiralität Kräfte tätig waren, die ernstlich an einen Präventivkrieg gegen Deutschland dachten. Man ging einfach von der Überlegung aus, daß die deutsche Flotte den britischen Interessen in jedem Sinne entgegenstände, mit jedem Jahre größer und stärker werde. Deshalb sei es gegeben, die deutsche Flotte zu vernichten, solange man es noch ohne Risiko und großen Kraftaufwand könne. Dem ersten Seelord, Sir John Fisher, der jahrelang die treibende Kraft der Admiralität gewesen ist, wurde der Ausspruch nachgesagt: er hoffe lange genug zu leben, um die Vernichtung der deutschen Flotte zu sehen. Ob wahr oder nicht: dieses Wort kennzeichnete die damalige Richtung in der Admiralität, im Seeoffizierkorps und einem Teile des Kabinettes. Die politischen Leiter — gar nicht zu reden von Lord Salisbury — Balfour und nach ihm das liberale Kabinett Campbell-Bannerman mit ihren auswärtigen Ministern Lord Lansdowne und Sir Edward Grey dürften damals kaum einen Krieg erstrebt haben, anderseits scheuten sie ihn nicht und hielten ihn, wie wir sehen werden, in gewissen, von ihnen provozierten Lagen für wünschenswert. Die Admiralität und das Seeoffizierkorps standen mit ihrer Kriegslust keineswegs allein, sie hatten im Volke, in Presse und Parlament, in den maritimen und imperialistischen Vereinen, nicht zum wenigsten auch in den Kreisen des Handels und der Industrie sehr starken Rückhalt. Selbst da, wo man nicht durch Haß und Verstimmung geblendet war, und wo man an phantastische deutsche Angriffspläne nicht glaubte, machte man sich die Frage rechnerisch klar: es sei besser, gleich einen leichten

Krieg zu führen als später einen schweren, oder aber: als gutwillig die britische Suprematie durch Deutschland einschränken zu lassen.

So war die Lage tatsächlich eine dem Frieden gefährliche. Irgendein englisch-deutscher Zwischenfall innerhalb jener kritischen Periode würde möglicherweise eine Kriegsstimmung in England erzeugt haben, welcher Widerstand zu leisten König und Kabinett für bedenklich und aussichtslos erachtet hätten. Die Politik König Eduards ging vorläufig auf Vermeidung eines Krieges aus und suchte andere Mittel zu finden, um die „deutsche Gefahr" unschädlich zu machen. Die Entente Cordiale und die „Dreadnought" waren die ersten Schritte.

Das Deutsche Reich, mit seiner Politik auf allen Seiten zurückweichend, um den Frieden zu erhalten, in die Defensive gedrängt, rüstete weiter. Der Gedanke, daß man hindurch wolle, daß Durchhalten dagegen am Ende nützen müsse, setzte sich mit jedem Jahre mehr durch.

## Tanger.

Es erregte allgemeines Aufsehen, als im März des Jahres 1905 Fürst Bülow auf Kritiken im Reichstage hin erklärte, er könne sehr wohl verstehen, wenn man dem „in und um Marokko" Aufmerksamkeit widme: „Ich erachte es als eine Pflicht der deutschen Regierung, dafür zu sorgen, daß auch in Zukunft unsere wirtschaftlichen Interessen in Marokko nicht geschädigt werden. Der gegenwärtige Augenblick ist aber für weitere Erklärungen nicht geeignet. Ich behalte mir solche für später vor." — —

Wenn man mit diesen Worten diejenigen verglich, welche der Reichskanzler im Jahre vorher auf das englisch-französische Abkommen angewendet hatte, so lag auf der Hand, daß seitdem Ereignisse eingetreten sein mußten, die seine Beurteilung des Abkommens verändert hatten. Die öffentliche Meinung in Deutschland wollte diese Ursachen durchweg in dem Drängen nationaler deutscher Kreise auf eine aktive deutsche Marokkopolitik mit dem Endziele einer deutschen Fußfassung dort erblicken. Diese Auffassung widerlegte der Kanzler freilich schon durch den obigen Satz: Er erachte es für Pflicht, dafür zu sorgen, daß auch in Zukunft unsere wirtschaftlichen Interessen nicht geschädigt würden, mit anderen Worten: Erhaltung eines Zustandes in Marokko, der die Bestimmungen der Madrider Konvention gewährleiste.

Wenige Tage darauf wurde die Welt durch die Tangerfahrt Kaiser Wilhelms in Erstaunen versetzt. Was konnte den Fürsten Bülow zu einem derart bedeutenden politischen Akte veranlaßt haben?

Seite 220 ff. sind die öffentlichen und die geheimen Abkommen zwischen England und Frankreich, Spanien und Frankreich und der eng-

lisch-französische Notenwechsel über das geheime spanisch-französische Abkommen besprochen worden. Es ist nicht bekannt, ob Fürst Bülow in den ersten Monaten nach der Veröffentlichung des Abkommens über den Inhalt der geheimen Bestimmungen unterrichtet war, aber ohne Zweifel mußte der Widerspruch in dem veröffentlichten Abkommen zu denken geben, der einerseits Frankreichs Absicht, den politischen Zustand Marokkos nicht zu ändern, betonte, während Frankreich sich anderseits von England Vollmacht geben und sich diplomatische Unterstützung für alles gewährleisten ließ, was die französische Politik in Marokko tun oder lassen wollte. Dieser Widerspruch war nicht aus der Welt zu schaffen. Im Laufe des Jahres 1904 schon tauchten von Paris aus Gerüchte von Geheimklauseln auf, welche neben den veröffentlichten Abkommen beständen. Als im Oktober 1904 das für die Öffentlichkeit bestimmte französisch-spanische Abkommen bekanntgemacht wurde, verbreitete das Reutersche Bureau die folgende Depesche: „Jede Einzelheit der Verhandlungen ist der britischen Regierung bekanntgegeben worden, und die Bestimmungen des neuen Vertrages werden mit Genugtuung von den Regierungen zu London, Paris und Madrid betrachtet. Der Vertrag enthält eine Anzahl geheimer Klauseln, die nicht veröffentlicht werden."

Ungefähr um dieselbe Zeit hatte der damalige Führer der französischen „Kolonialen", Mr. Etienne, eine Unterredung mit einem Vertreter des „Temps", aus welcher hervorging, daß er Kenntnis von dem Inhalt der geheimen Bestimmungen besaß. Ob ihm diese bekanntgegeben worden waren, oder ob er sie durch Indiskretion erfahren hatte, steht dahin. Tatsache ist jedenfalls, daß der französisch-spanische Geheimvertrag nur sehr wenigen französischen Ministern bekanntgegeben worden war. Fragt man, woraus jene Veröffentlichung des Reuterschen Bureaus zu erklären sei, so mag sie sich auf den Wunsch der britischen Regierung zurückgeführt haben, keinen Zweifel über die Beteiligung Großbritanniens an den spanisch-französischen Verhandlungen zu lassen, da, wie vorher erwähnt worden ist, einige Jahre vorher der Versuch Delcassés, sich mit Spanien ohne Großbritannien zu verständigen, dank der Wachsamkeit der britischen Regierung mißlungen war.

Diese Auffassung mußte gerade in Deutschland entscheidend werden, weil die französische Regierung der deutschen keinerlei amtliche Mitteilung von ihrem Abkommen mit England gemacht hatte. Von englischer Seite wurde der deutschen Regierung nur eine Mitteilung über denjenigen Teil des Abkommens gemacht, der sich auf das Dekret des Khedive von Ägypten bezog. So erklärte jedenfalls im April 1905 der Unterstaatssekretär des Auswärtigen, Earl Percy, im Parlament.

Anfang des Jahres 1905 bereitete Frankreich eine Sondergesandt-

schaft an den Sultan von Marokko vor. Am 21. Februar traf der französische Gesandte zu Tanger, Saint René Taillandier, in Fes ein und machte dem Sultan eine Reihe von Vorschlägen im Namen der französischen Regierung. Er wies auf die Anarchie und die Unruhen in Marokko hin und erklärte, Frankreich wolle ihm zu neuem Ansehen und Marokko zu einer neuen Ära des Friedens und der Arbeit verhelfen. Freiheit und Integrität des Landes garantiere ihm Frankreich. Zur Durchführung dieser Absicht sei eine Reihe von Reformen notwendig. Unter ihnen nannte der Gesandte: Neuorganisierung des marokkanischen Heeres unter französischer Leitung, Anlegung öffentlicher Bauten, Reformen der Verwaltung, Rechtspflege, der Straßen und Wege, der Grenzen, der Polizei und der Zolleinrichtungen, schließlich die Gründung einer Staatsbank mit französischem Gelde und unter französischer Leitung. Diese Vorschläge bedeuteten nichts anderes als ein französisches Protektorat. Die Redewendungen von Unabhängigkeit und Integrität, von Freiheit und Gleichheit des Handels usw. konnten nur als verschleiernde Phrasen gelten. Diese Vorschläge widersprachen ebenfalls dem Wortlaute des veröffentlichten französisch-englischen Abkommens: Frankreich wolle den politischen Zustand nicht ändern usw.

Wenige Tage vorher hatte der deutsche Gesandtschaftssekretär zu Tanger dem dortigen französischen Gesandtschaftssekretär mitgeteilt: Fürst Bülow habe ihn wissen lassen, daß die Kaiserliche Regierung nichts vom Inhalte des Marokkoabkommens wisse und sich hinsichtlich dieser Frage in keiner Weise gebunden sähe. — Das war ein letzter Wink nach Paris, einen diplomatischen Konflikt mit dem Deutschen Reiche durch amtliche Mitteilung und gegenseitigen Meinungsaustausch über das Abkommen und seine Folgen zu vermeiden. Der Wink wurde unbeachtet gelassen, und so wirkte die völlige Ignorierung des Deutschen Reiches als eine beabsichtigte Rücksichtslosigkeit nicht nur, sondern als Bekundung des Willens der französischen Regierung, über die vertraglich (Madrider Konvention) garantierten Interessen des Deutschen Reiches in Marokko hinwegzugehen.

Unter diesen Umständen glaubte der Reichskanzler Fürst Bülow, daß die Interessen des Deutschen Reiches ebensowenig wie dessen Würde ein weiteres untätiges Zusehen gestatteten, und so wurde eine Besuchsreise des Deutschen Kaisers an Bord des Dampfers „Hamburg“ und begleitet vom Panzerkreuzer „Friedrich Karl“ auf einen Besuch von Tanger ausgedehnt. Am 27. März traf Kaiser Wilhelm in Lissabon zum Besuche des Königs von Portugal ein. Am Mittag des 30. März verließ er die Reede von Lissabon und ankerte am 31. März auf der Reede von Tanger, wo zwei französische Kreuzer lagen. Am 21. März hatte die halbamtliche

„Norddeutsche Allgemeine Zeitung", offenbar in Vorbereitung der Kaiserreise, ausgeführt, daß der Deutsche Kaiser bereits im vorigen Jahre zu Vigo dem Könige von Spanien ausdrücklich erklärt habe, das Deutsche Reich wolle keinerlei territoriale Vorteile irgendwelcher Art in Marokko, sondern nur die Fortdauer der wirtschaftlichen Gleichberechtigung. „Bis heute", schrieb das Blatt, „haben wir keinen Anlaß zu vermuten, daß der Sultan von Marokko Verpflichtungen einzugehen beabsichtigt, die seine Unabhängigkeit beschränken und ihn künftighin verhindern würden, allen handeltreibenden Völkern auf seinem Gebiete die gleiche Behandlung zuteil werden zu lassen." Dieser Satz bezog sich auf die Vorschläge, die der französische Gesandte Saint René Taillandier eben vorher dem Sultan von Marokko in Fes gemacht hatte. Man darf dieses für die Beurteilung der folgenden Vorgänge nicht vergessen. Es handelte sich nicht um ein allgemeines und „grundsätzliches" Auftrumpfen, nicht allein um die Ignorierung des Deutschen Reiches durch Delcassé, sondern der — nicht nur äußerliche — Anlaß wurde eben durch die französischen „Reformvorschläge" an den Sultan gebildet.

Der Kaiser wurde in Tanger vom Onkel des Sultans empfangen und in einer Ansprache freudig begrüßt. Der Kaiser erklärte, er habe hohes Interesse an dem Wohlergehen und dem Gedeihen des Marokkanischen Reiches. Er besuche den Sultan als unabhängigen Herrscher und hoffe, daß unter der Herrschaft des Sultans ein freies Marokko dem friedlichen Wettbewerbe aller Nationen, ohne Monopole und Ausschließung, geöffnet werden würde. Einer Abordnung der deutschen Kolonie sagte der Kaiser u. a.: Deutschland habe große Handelsinteressen in Marokko, und dieser Handel nehme einen erfreulichen Aufschwung. Der Kaiser werde sich angelegen sein lassen, den Handel zu fördern, das sei aber nur unter der Voraussetzung der Gleichberechtigung aller Mächte möglich, ferner unter der Souveränität des Sultans und der Unabhängigkeit des Landes. Sein Besuch bilde die Anerkennung dieser Unabhängigkeit.

Der Onkel des Sultans Scheikh Abd el Malek las in der deutschen Gesandtschaft dem Kaiser ein Schreiben des Sultans vor, das den Wunsch enthielt und betonte, die marokkanisch-deutsche Freundschaft in jeder Weise zu erweitern und zu kräftigen. Der Kaiser erwiderte und betonte dieselben Gesichtspunkte wie vorher, sagte außerdem: Sein Besuch in Tanger bezwecke darzutun, daß die deutschen Interessen in Marokko geschützt und gewahrt werden sollten. Über die besten Mittel, das zu erreichen, werde er sich mit dem Sultan ins Einvernehmen setzen. Der Kaiser betrachte den Sultan als freien, unabhängigen Herrscher.

Auf der Rückfahrt von Tanger lief die Kaiserflottille Gibraltar an, wurde vom britischen Gouverneur empfangen. Kaiser Wilhelm nahm

Gelegenheit, einen Trinkspruch auf König Eduard auszubringen. In England erregte dieser Besuch großen Ärger. Die „Times“ erklärten: es sei nach der Tangerkundgebung des Kaisers taktlos und unklug gewesen, die englische Seefestung Gibraltar anzulaufen. Es sei unter solchen Umständen nicht verwunderlich gewesen, daß die Königin von England wenige Stunden vor der Ankunft des Kaisers Gibraltar verlassen habe.

Über den Zweck der Kaiserreise nach Tanger konnte für niemanden Zweifel obwalten. Weder Deutsche noch Ausländer vermochten vernünftigerweise zu glauben, daß der Tangerbesuch die Ouvertüre zu einer Annexionspolitik sein solle. Nicht allein der Kaiser ließ in seinen Ansprachen keinen Zweifel darüber, sondern seit Jahren hatte der Reichskanzler, hatte die halbamtliche und inspirierte Presse in lückenloser Konsequenz immer die gleichen Grundsätze betont. Im Reichstag äußerte sich am 29. März 1905 der Reichskanzler wiederum in den gleichen Wendungen:

„Seine Majestät der Kaiser hatte gerade vor Jahresfrist Seiner Majestät dem Könige von Spanien erklärt, Deutschland erstrebe in Marokko keine territorialen Vorteile. Nach dieser bestimmten Erklärung ist es aussichtslos, dem Besuche Seiner Majestät in Tanger irgendwelche selbstsüchtigen, gegen die Integrität oder die Unabhängigkeit von Marokko gerichteten Absichten unterzuschieben. Ein berechtigtes Motiv zur Beunruhigung kann also aus diesem Besuche niemand herleiten, der selbst keine aggressiven Zwecke verfolgt.“ Der Kanzler weist dann auf das Vorhandensein der deutschen Interessen wirtschaftlicher Natur hin und auf das erhebliche Interesse an der Erhaltung der offenen Tür. In der Tendenz der deutschen Politik habe sich nichts geändert. „Wer ein Fait nouveau sucht, wird es nicht in der deutschen Politik finden. Sofern aber versucht wird, die völkerrechtliche Stellung von Marokko zu ändern, oder bei der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes die offene Tür zu kontrollieren, müssen wir auch in höherem Grade als früher darauf achten, daß unsere wirtschaftlichen Interessen in Marokko ungefährdet bleiben. Wir setzen uns deswegen zunächst mit dem Sultan von Marokko in Verbindung.“

Auch diese Ausführungen ließen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig, und das Recht Deutschlands, sich auf diesen Boden zu stellen, war außer Frage. Die Tangerreise des Deutschen Kaisers hat mithin ebensowenig wie die Krüger-Depesche eine sogenannte „impulsive Handlung“ des Herrschers gebildet, sondern sie war ihm vom Reichskanzler geraten worden, wie es heißt, sogar mit großer Dringlichkeit und wiederholt. Die Person des Deutschen Kaisers war also mit einer beispiellosen Ausdrücklichkeit im Dienste der amtlichen Politik des Reiches eingesetzt worden,

ein Ereignis, das, an sich schon höchst bedeutend, gerade in der Spannung jener Zeit ungeheures Aufsehen in der ganzen politischen Welt erregte.

Als nächste Folge des Kaiserbesuches wurde schon in den ersten Tagen des April ein deutsch-marokkanisches Abkommen über die Küstenschifffahrt in den marokkanischen Gewässern abgeschlossen.

In Frankreich erregte dieses Auftreten der deutschen Politik teils Wut und lärmende Erbitterung, teils lebhafte Unruhe. Am Tage des Kaiserlichen Tangerbesuches verteidigte Delcassé in einer langen Rede seine Marokkopolitik und wies hauptsächlich hin auf die Notwendigkeit und Pflichten Frankreichs als Grenznachbar Marokkos (in Algier) und behauptete, daß der Text des französisch-englischen Abkommens keinerlei Mißverständnis zulasse. Die Unabhängigkeit und Integrität Marokkos wären durchaus vereinbar mit Eingriffen und Sondermaßnahmen Frankreichs. „Ich habe niemals ein Hehl daraus gemacht, daß es sich um eine große und delikate Aufgabe handelt, daß Zwischenfälle kommen würden, um ihre Durchführung zu durchkreuzen; ist das nicht aber das Verhängnis eines jeden großen Unternehmens?" Durch Widerstände in Fes dürfe man sich nicht irremachen lassen. Wiederholt betonte der Minister, die Lage sei nicht beunruhigend, man müsse durchhalten. Delcassé erklärte ferner auf Anfragen, er habe dem deutschen Botschafter Mitteilungen über das Abkommen gemacht und später ihm und dem französischen Botschafter in Berlin mitteilen lassen, daß er bereit wäre, Mißverständnisse zu zerstreuen und seine bisherigen Mitteilungen zu vervollständigen. Diesen und ähnlichen Behauptungen gegenüber erklärte die halbamtliche deutsche Presse, Delcassé habe sich dem deutschen Botschafter Fürsten Radolin gegenüber nur „im Rahmen allgemeiner und unverbindlicher Betrachtungen geäußert". Da eine amtliche Mitteilung fehlte, so konnten die deutschen Regierungsvertreter in Berlin und Paris den Gegenstand amtlich auch nicht erörtern.

In der französischen Kammer hatte Delcassé jedoch jene Mitteilung gemacht, und Fürst Bülow erließ daraufhin kurz vor Mitte April ein Schreiben an verschiedene deutsche Auslandsvertretungen, des Inhaltes: es sei falsch, daß das französisch-englische Marokkoabkommen der deutschen Regierung schriftlich oder mündlich zur Kenntnis gebracht worden sei. Delcassé habe dem deutschen Botschafter gegenüber nur allgemeine Andeutungen über unhaltbare Zustände in Marokko, Notwendigkeit energischer Maßnahmen und ähnliches gemacht. Auf diese Note hin besuchte Delcassé den deutschen Botschafter und gab diesem zu, daß ihre damalige Unterhaltung keinen amtlichen Charakter gehabt habe. Delcassé habe geglaubt, es sei nicht nötig, das Abkommen nach Berlin hin amtlich mit-

zuteilen, da es nicht in Paris, sondern in London geschlossen worden sei. Den im Herbst 1904 zu Paris geschlossenen französisch-spanischen Vertrag habe er schon vor der Veröffentlichung durch den französischen Gesandten in Berlin, Mr. Bihourd, dem deutschen Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Freiherrn von Richthofen, mitteilen lassen. Dieses Abkommen sei aus dem englisch-französischen hervorgegangen, und deshalb habe er, Delcassé, geglaubt, hiermit alles Nötige getan zu haben. Nachdem der deutsche Botschafter Fürst Radolin den Inhalt dieser Unterhaltung nach Berlin mitgeteilt hatte, erließ der Reichskanzler das folgende Schreiben nach Paris:

„Daß ein diplomatisches Aktenstück von solcher Tragweite wie das Marokkoabkommen nicht auf Grund mündlicher Wiedergabe beurteilt werden kann, bedarf keines Beweises. Für Eröffnungen von solcher Wichtigkeit ist die schriftliche Form die durch den diplomatischen Gebrauch konsekrierte. Die formelle und materielle Unzulänglichkeit der im Laufe des vorigen Jahres von Herrn Delcassé durch Eure Durchlaucht und durch Herrn Bihourd hierher übermittelten Andeutungen und Fingerzeige ist eine Tatsache, über die keiner der beiden Teile sich nachträglich hinwegsetzen kann. Ob bei diesen Andeutungen ein Wink mehr oder weniger gegeben wurde, ist ein unerheblicher Umstand" usw. usw.

Inzwischen waren auch Berichte des deutschen Gesandten in Tanger, Grafen Tattenbach, über die Vorschläge und das Vorgehen des französischen Gesandten beim Sultan von Marokko eingelaufen. Diese Berichte ließen nicht nur die Absicht außer Zweifel, Marokko zu „tunifizieren", sondern ebensowenig, daß Delcassé sofort und mit Gewalt durch jene oben angedeuteten Reformen Marokko zur Anerkennung der französischen Vorschläge und damit der französischen Oberherrschaft zwingen wollte. Der französische Gesandte hatte sich auf ein „Mandat Europas für Frankreich" berufen. Der Sultan fragte den deutschen Konsul in Fes, wie es damit stände, und dieser erklärte sachgemäß, daß Deutschland ein solches Mandat nicht erteilt habe. Nicht lange nachher erklärte Delcassé im Senate: Marokko habe die Ratschläge Frankreichs erbeten und erklärt, sie befolgen zu wollen. Der Sultan äußerte sich dem deutschen Konsul gegenüber, das seien „reine Unwahrheiten", die marokkanische Regierung habe auch im Prinzip die französischen Reformvorschläge nicht angenommen und er, der Sultan, habe nur die Ankunft des deutschen Gesandten abgewartet, um sich mit ihm zu besprechen. Graf Tattenbach berichtete, daß der französische Gesandte in Fes im Auftrage Delcassés erklärt hätte: die französische Regierung würde es als eine Beeinträchtigung ihrer Interessen ansehen, wenn die französischen Reformvorschläge den Signatarmächten der Madrider Konvention zur Dis-

kussion gestellt würden. Frankreich allein habe das Recht, in Marokko zu intervenieren. Die marokkanische Regierung müsse sich fügen, da sie selbst nicht imstande sei, Ruhe und Ordnung in ihrem Lande zu schaffen.

Der deutsche Reichskanzler schrieb am 22. Mai an den Botschafter Fürsten Radolin, daß diese Meldungen nicht geeignet seien, den Eindruck von dem stürmischen Charakter der Delcasséschen Marokkopolitik zu ändern. Der französische Gesandte Saint René Taillandier wolle ohne weiteres die Hand auf Marokko legen und dem Sultan den Verkehr mit den übrigen Unterzeichnungsmächten des Madrider Vertrages verbieten. Er, Bülow, glaube nicht, daß der französische Ministerpräsident Rouvier dieser Ansicht sei. — Rouvier hatte im April bereits eine versöhnlich klingende Sprache geführt, u. a. erklärt: „Deutschland verlangt von uns, daß wir seine Interessen respektieren; wir verlangen nichts Besseres."

In diese Erörterungen und Berichte hinein spielten nun die wichtigen Ereignisse, die man nach der Haltung der einschlägigen Presse in Deutschland und in Frankreich, außerdem nach den sogenannten Delcasséschen Enthüllungen für im großen und ganzen authentisch halten muß:

Um Mitte Mai des Jahres 1905 brachte der deutsche Botschafter Graf Wolff-Metternich das Folgende in Erfahrung und berichtete entsprechend nach Berlin: In der Zeit zwischen dem Frühjahr 1904 und der Tangerreise des Deutschen Kaisers habe die britische Diplomatie dreimal in Paris anfragen lassen, ob ein englisch-französischer Bündnisvertrag willkommen wäre. Delcassé hätte lange nicht darauf geantwortet, jedoch durch den französischen Botschafter in London, Mr. Paul Cambon, die Verhandlungen wieder aufnehmen lassen, nachdem die französisch-deutschen Beziehungen erheblich schlechter geworden waren. Der britische Staatssekretär des Auswärtigen habe mündlich an Frankreich für den Kriegsfall eine tatsächliche Unterstützung zugesagt, mit dem Bemerken, daß, sobald der Kriegsfall einträte, die schriftliche Festlegung dieser Verpflichtung erfolgen werde. Fürst Bülow habe sich hierauf an die italienische Regierung mit der Anfrage gewendet, daß Deutschland zu wissen wünsche, welche Ziele die französisch-englische Koalition verfolge. — Fürst Bülow hat später in Abrede gestellt, daß er für seine Anfrage über die Ziele der Entente sich Italiens als Zwischenglied bedient habe. — Die italienische Regierung machte dem französischen Botschafter in Rom, Mr. Barrère, Mitteilung. Der französische Ministerpräsident Mr. Rouvier erkannte die Nähe der Kriegsgefahr und zugleich, daß — wollte Frankreich den Krieg nicht — sofortiges Handeln nötig sei. Am 6. Juni 1905 versammelte Rouvier den Ministerrat, um den deutschen Vorschlag, eine internationale Konferenz über die Marokkofrage zu berufen,

zu beraten. Delcassé erklärte sich gegen die Konferenz und entwickelte sein Programm: man müsse unter allen Umständen durchhalten, von England habe er entsprechende Zusicherungen. Er zeigte eine Depesche des italienischen Ministers des Auswärtigen, Herrn Tittoni, vor: „Deutschland wird nie wagen, Sie anzugreifen, wenn Sie mit England verbündet sind.“ — Nach französischen Berichten hatte sich dann der Ministerpräsident Rouvier an den Kriegsminister und an den Marineminister mit der Frage gewandt, ob sie bereit wären. Der Kriegsminister Mr. Berteaux habe die Hände emporgehoben und ausgerufen: „Wir sind in keiner Hinsicht bereit“, und der Marineminister habe sich ähnlich geäußert. Hierauf sei über die Frage der Konferenz (siehe unten) abgestimmt worden, und alle außer Delcassé seien dafür gewesen. Delcassé habe unmittelbar demissioniert. Über jene Ministersitzung ist eine ganze Anzahl von Versionen im Umlaufe, die, an sich nicht ohne Interesse, doch zu wenig Beziehungen zu den großen Zusammenhängen haben, als daß es nötig wäre, auf sie einzugehen.

Jenes Versprechen englischer Hilfeleistung gelangte schon einige Wochen nach Delcassés Rücktritt in die Öffentlichkeit, und zwar durch eine Unterredung Delcassés mit einem Vertreter des Pariser „Gaulois“. Diesem gab der stark verbitterte Delcassé eine grundsätzliche Kennzeichnung seiner Politik: die Interessen Frankreichs lägen auf englischer Seite. Der englische Beistand in gewissen Fällen hätte für Frankreich den Wert, „daß Deutschland in die Unmöglichkeit versetzt würde, uns den Krieg zu erklären. Was vermöchte im Falle eines Krieges, in dem England mit uns ginge, die deutsche Flotte? ... Das Einvernehmen Frankreichs und Englands und die Vereinigung der Flotten dieser beiden Länder schaffen ein so furchtbares Kriegswerkzeug, daß weder Deutschland, noch sonst eine Macht ihre Vernichtung zur See würde riskieren wollen.“ Außerdem bedeute die Entente mit England eine Besserung der englisch-russischen Beziehungen.

Der „Matin“ erzählte im Oktober des gleichen Jahres (1905) das Folgende: „Der Minister Delcassé erklärte im Ministerrate, daß er von englischer Seite die vorläufig mündliche Zusage besitze, Frankreich in einem Kriege gegen ein angreifendes Deutschland durch Beschlagnahme des Kaiser-Wilhelm-Kanals und Besetzung von Schleswig-Holstein mit 100000 Mann beizustehen. Dieses Versprechen sei später mit dem Anerbieten schriftlicher Fixierung wiederholt worden. Im Ministerrate hätte der Ministerpräsident Rouvier schließlich gesagt: Delcassé habe eine zu scharfe antideutsche Politik getrieben, er habe Spanien von Deutschland losgerissen, England für Frankreich gewonnen, Italien Deutschland abtrünnig gemacht. Delcassé habe diese Rede unterbrochen und

gesagt, er habe die französischen Interessen wahrgenommen und sei nicht der Ansicht gewesen, daß er auch zur Wahrung der deutschen Interessen verpflichtet wäre.

Wenige Tage nach dieser begreifliches Aufsehen erregenden Veröffentlichung, zu welcher in der Presse Stellung zu nehmen Delcassé sich weigerte, erklärte der sozialistische Abgeordnete Mr. Jaurès, er habe schon während des Höhepunktes der deutsch-französischen Krisis aus französischer Quelle alles das erfahren, was Delcassé von der englischen Hilfeleistung gesagt hätte, nämlich: daß Großbritannien sich schriftlich zum Beistand verpflichten wolle, daß es nicht nur die Mitwirkung seiner Flotte, sondern auch die Landung von 100 000 Engländern an der schleswig-holsteinischen Küste bindend versprochen habe.

Drei Tage nach den ersten „Delcasséschen Enthüllungen" erschien im französischen Kriegshafen Brest ein englisches Geschwader; die üblichen Einladungen und Verbrüderungen fanden statt. Der englische Geschwaderchef Vizeadmiral May sprach die Hoffnung aus, die Entente Cordiale möge noch fester werden, und der britische Botschafter in Paris Sir F. Bertie, gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Bande aufrichtiger Freundschaft unauflöslich werden möchten. Drei Wochen später erwiderte ein französisches Geschwader den Besuch, und hier erschien König Eduard von England selbst, um den französischen Offizieren seine Wünsche für das Einvernehmen zwischen den beiden Mächten auszudrücken.

In diesen beiden Geschwaderbesuchen war tatsächlich wieder die englische Initiative enthalten: der Versicherung des englischen Beistandes für alle Fälle und eine deutliche Drohung an die deutsche Adresse.

Die britische Regierung erklärte halbamtlich, sie könne die Enthüllungen eines Preßorgans, wie die Behauptung von einem englischen Anerbieten an Frankreich, im Kriegsfall bewaffnete Unterstützung gegen Deutschland zu leisten, weder ableugnen, noch bestätigen. Die Regierung bedaure die Mitteilungen Delcassés an den „Matin" ebenso wie alle derartigen Indiskretionen. Das Reutersche Bureau erklärte dagegen, daß die Frage eines Beistandsangebotes an Frankreich nie bestanden habe, Frankreich habe nie Beistand verlangt, England nie solchen angeboten. Im Juni soll der Staatssekretär des Äußeren, Lord Lansdowne, dem deutschen Botschafter in London, Grafen Wolff-Metternich, erklärt haben, daß ein englisch-französisches Schutz- und Trutzbündnis niemals Gegenstand der Erwägungen gewesen sei. Diese englischen Erklärungen fielen neben den zahlreichen Beweisen des Gegenteiles nicht ins Gewicht. Es konnte vielleicht nicht bestritten werden, daß Lord Lansdowne eine dem Wortlaute nach den Tatsachen entsprechende Erklärung abgegeben habe, aber Worte, Begriffe sind zahlreich und dehnbar. Das subjek-

tive Recht der diplomatischen Auslegung kann man sogar unbegrenzt nennen.

Der Sultan von Marokko ließ eben vor dem Rücktritte Delcassés die französische Regierung wissen, daß er die Reformvorschläge Frankreichs nicht annehmen könne, und forderte — auf deutsche Anregung — die Signatarmächte der Madrider Konvention zur Beschickung einer Konferenz auf. Zu dieser Zeit befand sich der deutsche Reichskanzler bereits in direktem Meinungsaustausche mit Mr. Rouvier. Die deutsche Regierung nahm den Konferenzvorschlag des Sultans sofort amtlich auf, und in einem Rundschreiben legte Fürst Bülow dar, daß die in Marokko nötigen Reformen nur unter Anlehnung an die Madrider Signatarmächte erfolgen könnten. Deshalb müsse der Meistbegünstigungsartikel 17 dieser Konvention maßgebend bleiben: daß also keine Macht als bevorzugt in Marokko behandelt werden dürfe. Sollte die Konferenz an der Weigerung einzelner Signatarmächte scheitern, so würde der bisherige Vertragszustand unverändert aufrecht bleiben. Ein Gewährenlassen der französischen Aktion in Marokko bedeute für die Signatarmächte das Preisgeben ihrer Rechte aus dem Madrider Vertrage, ein Einspruch gegen diese Aktion bedeute eine Verteidigung des bestehenden Rechtszustandes.

Anfang Juli erfolgte ein Erklärungsaustausch zwischen Rouvier und dem deutschen Botschafter über die zu beschickende Konferenz, welcher von französischer Seite folgendermaßen lautet:

„Die Regierung der Republik ist durch die Besprechungen, die zwischen den Vertretern der beiden Länder in Paris wie in Berlin stattgefunden haben, zu der Überzeugung gelangt, daß die Kaiserliche Regierung auf der von dem Sultan von Marokko vorgeschlagenen Konferenz keine Ziele verfolgen wird, die die berechtigten Interessen Frankreichs in diesem Lande in Frage stellen oder im Widerspruche stehen mit den Rechten Frankreichs, die sich aus seinen Verträgen oder Abkommen ergeben und sich im Einklange mit folgenden Grundsätzen befinden: Souveränität und Unabhängigkeit des Sultans, Integrität seines Reiches, wirtschaftliche Freiheit ohne jede Ungleichheit, Nützlichkeit polizeilicher und finanzieller Reformen, deren Einführung für kurze Zeit auf Grund internationaler Vereinbarung geregelt werden soll; ferner: Anerkennung der Lage, die für Frankreich in Marokko geschaffen wird durch lang ausgedehnte Grenzberührung zwischen Algerien und dem Scherifischen Reiche, durch die sich hieraus für die beiden Nachbarländer ergebenden eigenartigen Beziehungen, sowie durch das hieraus für Frankreich folgende besondere Interesse daran, daß im Scherifischen Reiche Ordnung herrsche. — Infolgedessen läßt die französische Regierung ihre ursprünglichen Einwendungen gegen die Konferenz fallen und nimmt die Einladung an."

Der deutsche Botschafter antwortete beinahe gleichlautend, und beide erließen dann eine gemeinsame Erklärung, daß die deutsche und die französische Regierung unmittelbar nach Zusammentritt der Konferenz ihre Gesandten aus Fes nach Tanger zurückberufen würden (um parteiische Einflußnahmen während dieser Zeit auszuschließen). Ferner wollten beide Regierungen gemeinsam durch ihre Vertreter dem Sultan zur Hand gehen, um das Konferenzprogramm aufzustellen.

Die Krisis und Spannung zwischen den beiden Regierungen war also vorläufig gelöst, und die Lösung datierte wohl schon kurz vor dem Rücktritte Delcassés, wenngleich sie definitiv erst mit dem Rücktritte dieses Staatsmannes Platz griff.

## Die beiden Konferenzen: Algeciras und Haag.

Die spätere Entwicklung und der endliche Abschluß der Marokkoangelegenheit machen es notwendig, daß der Beurteiler der politischen Geschichte jener Zeit über die politischen Motive, ob diese nun zu Handlungen oder zu Unterlassungen führten, klar sei. Für uns steht die Politik des Deutschen Reiches an erster Stelle. Daraus ergibt sich die Frage: Wie war diese im großen und ganzen gerichtet?

Die europäische Lage war in den Jahren 1904 und 1905 eine ganz andere wie noch kurz vorher. Seit dem Februar 1904 kämpften Rußland und Japan im fernen Osten, und das Schwergewicht der russischen Macht in Europa war sehr wesentlich leichter geworden und wäre in einem großen europäischen Kriege nur wenig, wenn überhaupt, in Betracht gekommen. Der französisch-russische Zweibund war mithin bis zu einem hohen Grade außer Funktion und Wirkungsmöglichkeit gesetzt worden. Der Zweifrontenkrieg für das Deutsche Reich war aus einer greifbaren Möglichkeit zu einem wesenlosen Gespenste geworden, Frankreich stand zu Lande annähernd allein, während Rußland das größte Interesse hatte und wohl auch diplomatisch gezeigt hat: das Deutsche Reich in einer freundschaftlichen loyalen Neutralität zu halten und dem östlichen Nachbar während seines von Anfang an unglücklich verlaufenden Kampfes in Ostasien Sicherheit an seiner europäischen Flanke zu geben. Das Deutsche Reich hat diese Loyalität unverbrüchlich betätigt, Österreich-Ungarn tat das gleiche. Für beide europäischen Zentralmächte ist dieses Verhalten vom sittlichen Standpunkte rühmlich, vom politischen wahrscheinlich wenig klug gewesen.

Das Verhalten Frankreichs während des Russisch-Japanischen Krieges erregte in Rußland vielfach Mißstimmung. Man erkannte zwar an, daß Frankreich und seine Politik nicht im Widerspruche zu Großbritanniens Willen arbeiten könne, am allerwenigsten über See, aber ein Gefühl der

Enttäuschung griff nichtsdestoweniger in Rußland Platz, als man sah, daß der französische Bundesgenosse nicht nur, weder zu Lande noch zu Wasser, Hilfe gewährte, sondern sich auf Englands Befehl sogar weigern mußte, Schiffen des ausreisenden baltischen Geschwaders Asyl und Proviantunterstützung an der südostasiatischen Küste zu gewähren. Im weiteren Verlaufe des Krieges freilich sind diese russischen Mißstimmungen wohl aufgehoben worden durch das erfolgreiche Arbeiten der französischen Diplomatie, um eine britisch-russische Annäherung zu fördern und so die spätere Tripelentente, den Dreiverband, vorzubereiten. Im September 1905 konnte der belgische Gesandte zu Berlin bereits seiner Regierung berichten, daß man in den Kreisen der Londoner Hochfinanz den Gedanken, eine russische Anleihe in England aufzulegen, nicht mehr von der Hand weise. Wir kommen auf die englisch-russische Annäherung weiter unten ausführlich zurück. Hier seien die Anfänge nur angedeutet und die Tatsache, daß seit dem französisch-britischen Marokkoabkommen die französischen Staatsmänner auch dieses alte Ziel ihrer Diplomatie, eine französisch-britisch-russische Vereinigung, geschickt und energisch förderten. Das allmählich erfolgreiche Fortschreiten dieser Bemühungen änderte aber nichts an der Tatsache, daß während der Jahre 1904 und 1905 Rußland einen europäischen Machtfaktor kaum darstellte, am allerwenigsten im Falle eines Krieges, wo nicht mehr Worte und Nimbus zählen, sondern nur wirkliche Macht. Es wirft sich immer wieder die Frage auf, durch welche Erwägungen die Politik Delcassés unter diesen Umständen bestimmt wurde, als er, ohne gezwungen zu sein, jede amtliche Mitteilung des Marokkoabkommens an die deutsche Regierung und auch sonst jede Fühlungnahme in dieser Beziehung unterließ und damit die deutsche Regierung brüskierte. Hätte es sich lediglich um den Verstoß gegen die Form gehandelt, so wäre die Delcassésche Politik noch erklärlicher. Da er aber die Tunifizierung Marokkos bereits im Februar 1905 energisch in Angriff nehmen ließ, so mußte er schon vorher, als er hierzu entschlossen war, annehmen, daß die deutsche Regierung früher oder später Einspruch erheben würde. In der Tat wäre es für ihn wahrscheinlich vorteilhafter gewesen, nicht nur die internationalen Formen nicht zu verletzen, sondern im Gegenteil die deutsche Diplomatie bei guter Laune zu halten, anstatt durch gewollte Rücksichtslosigkeit das Moment der Verletzung der nationalen Gefühle und der Würde des Deutschen Reiches unnötigerweise in die Lage hineinzubringen und sie damit zu komplizieren.

Die Delcassésche Marokkopolitik von damals fußte auf zwei Haupterwägungen: dem Vertrauen auf Großbritanniens unbedingte Hilfsbereitschaft und Macht und auf der Annahme, das Deutsche Reich werde sich durch Großbritannien einschüchtern lassen. Von der deutschen Diplo-

matie und deren Trägern hatte Delcassé nur geringe Meinung, und er glaubte, ebenso wie man in England dachte: die deutsche Politik werde eine unbedingt friedliche sein. Wenn man sie vor den Kopf stieße, würde sie vielleicht aufbegehren, aber schließlich nachgeben. Mit der Möglichkeit eines Krieges dürfte aber auch Delcassé gerechnet haben. Diese Rechnung zeigte ihm die folgende Lage: Rußlands europäische Aktionskraft war so gering, daß sie kaum mitzählte. Auf der anderen Seite war man in Frankreich und Großbritannien überzeugt, daß Österreich-Ungarn durch seine inneren Streitigkeiten völlig zerrüttet wäre und im Falle eines Krieges nicht aktionsfähig sein werde. In Paris und London glaubte man, Italiens vollkommen sicher zu sein, und hat wohl angenommen, die italienische Politik werde zunächst neutral bleiben und dann in das englisch-französische Lager übergehen. Nach den Erfahrungen des Jahres 1914/15 kann man kaum zweifelhaft sein, daß es so gekommen wäre, wenn ernstliche Waffenerfolge gegen Deutschland erfochten worden wären. Wie wir sahen, war ein Jahr vorher der Dreibund nur mit Mühe und gegen den Widerstand einer starken Strömung in Italien erneuert worden. Das italienisch-französisch-englische Tripolisabkommen war kurz vorher abgeschlossen worden, das französisch-britische Marokkoabkommen, 1904, hatte dann einen tiefen Eindruck in Italien gemacht. Für die Psychologie der damaligen Beziehungen zwischen der französischen und italienischen Regierung ist das erwähnte Telegramm Tittonis bezeichnend genug: „Deutschland wird nie wagen, Sie anzugreifen, wenn Sie mit England verbündet sind.“ — Das war der Kern der Delcasséschen Rechnung. Demgegenüber kam für ihn selbst die Tatsache nicht in Betracht, daß Frankreich weder zu Lande noch zur See militärisch bereit war. Möglicherweise hat er auch Deutschland für nicht bereit gehalten.

Die deutsche Flotte war damals eine unbeachtliche Größe. Der deutsche Seehandel mit allem, was dazu gehört, hätte, nach einer von Fürst Bülow berichteten Redewendung, vor der englischen Flotte gelegen wie Butter vor dem Messer. Anderseits hatte eine energische deutsche Flottenbaupolitik begonnen, ein großes wirtschaftliches Gedeihen erfüllte und belebte ganz Deutschland. Wer heute jene Lage beurteilt, wird das Folgende feststellen müssen: Der deutsche Seehandel mit den Kolonien und überseeischen Interessen wäre zweifellos der großbritannischen Flotte ohne Mühe zum Opfer gefallen, die deutschen Küsten wären einer unmittelbaren Blockade schwerlich entgangen. Die deutsche Geldwirtschaft war damals schwerlich so gut gerüstet für einen großen Krieg gewesen wie zehn Jahre später, die deutsche Industrie und Landwirtschaft die letztere besonders infolge der vorhergegangenen fehlerhaften Wirtschaftspolitik — waren ebenfalls lange nicht so leistungsfähig wie zehn Jahre

später. Auf der anderen Seite hätte sich wie gesagt Rußland nicht imstande gesehen, seinen französischen Bundesgenossen wesentlich zu unterstützen, Frankreich war militärisch nicht bereit. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß ein damals geführter deutsch-französischer Krieg mit schneller und völliger Niederwerfung Frankreichs geendet haben würde. Für Österreich-Ungarn würde der Bündnisfall wegen des Ausfalls Rußlands als Angreifer wahrscheinlich nicht gegeben gewesen sein, der Balkan wäre ruhig, Rumänien den Dreibundmächten befreundet geblieben, und so würden, trotz der Abschneidung überseeischer Zufuhr, Nahrungsmittelsorgen für die deutsche Bevölkerung nicht Platz gegriffen haben. Alles in allem: das Deutsche Reich hätte die Gelegenheit sowohl wie die Möglichkeit gehabt, Frankreich zu zerschmettern, um den Preis des Verlustes der deutschen Handelsflotte, wahrscheinlich auch der Kriegsflotte, der deutschen Kolonien und des deutschen Überseehandels. Wie sehr man sich in Frankreich während der Delcassés Rücktritt folgenden Zeit, besonders auch der nächsten Zeit nach Algeciras, dieser Tatsachen bewußt war, geht aus verschiedenen französischen Überlegungen damals über die Frage hervor, ob es in einem kommenden englisch-deutschen Kriege für Frankreich richtiger sei, teilzunehmen oder neutral zu bleiben. In der deutschen Presse erschienen daraufhin taktisch-politisch recht unkluge Ausführungen, die darin gipfelten: Deutschland werde sich in einem Kriege mit England auch an einem neutralen Frankreich schadlos halten, es gewissermaßen als Geisel benutzen.

Was England betrifft, so gab es damals eine Strömung, welche, wie wir gesehen haben, zu einem Vorbeugungskriege gegen Deutschland drängte, man wollte die deutsche Flotte vernichten, solange es mit verhältnismäßig leichter Mühe möglich sei, Helgoland wegnehmen und Deutschland als Seehandelsmacht und als Kolonialmacht aus der Welt schaffen. Es ist außer Frage, daß ein deutsch-französischer Krieg Großbritannien sofort auf dem Plane gefunden haben würde. Denn damals hatte Großbritannien nicht, wie 1914, die freilich auch damals irrige Überzeugung: Deutschland würde zu Lande geschlagen werden. 1904 und 1905 wußte man in London gut genug, daß die im Einfrontenkriege gesammelt verwendeten deutschen Armeen Frankreich überrennen würden. Geschah das, so mußte das Deutsche Reich von selbst die vorherrschende Macht auf dem europäischen Festlande werden, Frankreich würde wahrscheinlich aus der Reihe der Großmächte für immer ausgeschaltet sein, mit dem Zweibunde war es endgültig aus, und Deutschland konnte, wenn es wollte, sich später mit ganzer Kraft gegen Rußland wenden, um auch dieses einzeln zu bekämpfen und niederzuwerfen. Ein solcher Gang der Dinge, das erkannte man in London, würde der großbritannischen Politik

ihr überlieferungsmäßiges Verfahren: Vereinigung möglichst aller europäischen Festlandmächte gegen die stärkste Festlandmacht, — unmöglich gemacht haben. Aus allen diesen Gründen griff man im Jahre 1905 fest zu und zeigte sich in der Tat als vollkommen solidarisch mit Frankreich. Nichts fürchteten die Londoner Staatsmänner von Anfang an mehr, als daß Deutschland und Frankreich zu einer friedlich-freundlichen Einigung kommen könnten. Der Augenblick, in dem diese Furcht vielleicht als begründet erscheinen konnte, war eine kurze Zeitperiode nach dem Sturze Delcassés. Der Anlaß seines Rücktrittes war, wie im vorigen Kapitel ausgeführt wurde, die Stellungnahme zum deutschen Vorschlage: die marokkanischen Streitfragen durch eine internationale Konferenz zu regeln. Der französische Ministerrat hatte den Vorschlag unter der mitgeteilten Begründung angenommen, während Delcassé, wie auch Fürst Bülow in seinem Werke „Deutsche Politik" schreibt, einer solchen Zustimmung den Krieg vorziehen wollte, da er der Unterstützung Großbritanniens sicher und überzeugt war, Deutschland werde sich entweder bis zum Nachgeben einschüchtern lassen oder durch den von Großbritannien geführten Seekrieg so leiden, daß es den Landkrieg nicht mit Nachdruck führen könne.

Als Delcassé zurückgetreten und damit die Zustimmung Frankreichs zur Konferenz entschieden war, machte die britische Politik eine ihrer charakteristischen Schwenkungen: während man bis dahin in London alles getan hatte, um das Zustandekommen einer internationalen Marokkokonferenz zu hindern, beeilte man sich jetzt, hinter Frankreich zu treten und zu erklären, die französische Regierung und Frankreich würden bedingungslose britische Unterstützung finden, ob die französische Regierung sich weigern würde, auf den Konferenzvorschlag einzugehen, oder ob sie ihre Zustimmung erteilen werde. Die „Times" schrieb in jener Periode: es sei zu wünschen, daß Herr Rouvier die Entente Cordiale fortsetzen werde, welche mehr geworden sei als eine Politik der beiden Regierungen, nämlich ein wirklicher Bund der beiden Völker. Entsprechend war die Stellungnahme der großbritannischen Presse gegen Deutschland. Sie war voll Wut und Gehässigkeit und erfüllte planmäßig die öffentliche Meinung mit Mißtrauen durch Hinweise auf die in den Anfängen liegenden deutschen Flottenpläne, die angeblichen Absichten des Deutschen Reiches, später Großbritannien anzugreifen, ferner Frankreich zu vernichten, Holland, Belgien und Dänemark zu annektieren. Als der Kaiser im Sommer 1905 mit dem Zaren zusammengekommen war, auch in Kopenhagen geweilt hatte, erregte das bitteren Unwillen in England. Man sah daraus, wie tief schon damals der Gedanke: Deutschland müsse ganz isoliert und dann auf jede Weise zur Unterwerfung gezwungen werden, in Großbritannien Wurzel gefaßt hatte. Während tatsächlich die deutsche Politik

gerade England gegenüber mit äußerster Sorgfalt korrekt war und jeden Anstoß vermied, scheute die großbritannische Regierung sich nicht, während des Eingeborenen-Aufstandes in Deutsch-Südwest-Afrika die Eingeborenen als kriegführende Partei im völkerrechtlichen Sinne anzuerkennen und die Durchfuhr von Lebensmitteln und Kriegsmaterial durch die britische Kapkolonie zur Versorgung der deutschen Truppen zu verbieten. Der Vorgang war ein unerhörter, und daß seinerzeit nichts aus ihm gemacht wurde, beweist nur die große Beflissenheit des Fürsten Bülow, ernste Reibereien mit England zu vermeiden.

In Deutschland hat man nach Beendigung der Algecirasko nferenz vielfach die Ansicht vertreten: es sei richtiger gewesen, wenn die deutsche Regierung nach dem Rücktritte Delcassés sich direkt mit Frankreich über Marokko verständigt hätte. Fürst Bülow hat zu diesem Punkte mehrere Male Stellung genommen und gesagt: Deutschland habe sein Recht der Mitentscheidung über die Zukunft Marokkos auf die Madrider Konvention, insbesondere den darin enthaltenen Artikel der Meistbegünstigung, gegründet. Deshalb würde die deutsche Politik diesen ihren unanfechtbaren Rechtsboden in dem Augenblicke verlassen haben, wo sie mit Frankreich allein sich über Marokko verständigt hätte. Rein formal ließ und läßt sich hiergegen nichts einwenden, aber eine sachlich-politisch haltbare Begründung der deutschen Stellungnahme ist es nicht, da die Unanfechtbarkeit des formalen Rechtsbodens damals, wie überhaupt meist in der praktischen Politik, keineswegs in erster Linie von Belang war. Später hat auch Fürst Bülow diese, seinerzeit im Reichstage gegebene Begründung nicht als ausreichend angesehen. In seinem genannten Werke, das man im wesentlichen als eine Verteidigung und Rechtfertigung seiner Politik ansehen darf, meint er zu der Frage einer damaligen Sonderverständigung mit Frankreich: es könne dahingestellt bleiben, ob Frankreich überhaupt geneigt gewesen wäre, uns einen annehmbaren Preis zu zahlen. „Jedenfalls durften wir schon mit Rücksicht auf unsere Stellung in der Türkei und zum Islam diesen Weg nicht einschlagen.“ Bülow erinnert an die Worte Kaiser Wilhelms 1898 zu Damaskus: „Mögen die dreihundert Millionen Mohammedaner, welche auf der Erde verstreut leben, dessen versichert sein, daß zu allen Zeiten der Deutsche Kaiser ihr Freund sein wird.“ — Der damalige deutsche Botschafter zu Konstantinopel, Freiherr v. Marschall, hatte dem Fürsten Bülow im Marokkojahre gesagt: „Wenn wir Marokko trotz Damaskus und Tanger preisgeben, so verlieren wir mit einem Schlage unsere Stellung in der Türkei und mit ihr die Vorteile und Zukunftsaussichten, die wir uns durch jahrelange Arbeit mühsam erworben haben.“

Der Grund des deutschen Botschafters ist in der Tat beachtenswert

und mußte es damals für den Fürsten Bülow sein. Die Frage aber bleibt, ob bei einer deutsch-französischen Sonderverständigung deutscherseits nicht so viel hätte erreicht werden können, daß eine nachteilige Wirkung auf die Stimmung des Islams, insbesondere auf die Türkei, vermieden wurde. Wählte Bülow trotzdem die Konferenz, so mußte er sicher sein und den begründeten Willen haben, ein derartiges Ergebnis auch der Konferenz durchzusetzen, daß keine schädliche Wirkung auf die Stimmung in der Türkei Deutschland gegenüber eintrat. Dieses ist nicht erreicht worden, und so bleibt auch heute für den rückschauenden Beurteiler die Frage bestehen, ob es nicht richtiger gewesen wäre, auf einer Sonderverständigung mit Frankreich zu beharren oder im Falle ihrer Undurchführbarkeit Krieg gegen Frankreich zu führen. Man hätte diesen Krieg dann nicht „um Marokkos willen“ geführt, sondern um einer antideutschen Koalitionsbildung in Europa vorzubeugen und den Krieg unter beispiellos günstigen Umständen auf dem Festlande zur Entscheidung zu bringen. Die Zerstörung deutscher Werte auf der See und über der See hätte man ebenso verschmerzen müssen, wie es in und nach dem Kriege von 1914/16 geschehen muß, und zwar unter Festlandverhältnissen, welche für Deutschland viel ungünstiger waren als zehn Jahre früher. Das einzige Moment, welches gegen einen Krieg damals angeführt werden konnte, war das Nichtvorhandensein unbedingter Notwendigkeit für Deutschland, ihn zu führen. Vielleicht haben die Leiter des Deutschen Reiches unter anderem gedacht, daß ein solcher Krieg das deutsche Volk nicht ganz geeint finden würde. Solche Bedenklichkeiten hätten sich wohl überwinden lassen. In erster Linie hat aber wohl die unbedingte Friedensliebe der deutschen Politik gestanden. Es ist bemerkenswert — ein recht nachdenkliches Kapitel —, daß eine so beispiellos günstige europäische Situation damals von Deutschland nicht ausgenutzt wurde, um einen Krieg zu führen, der die deutsche Stellung in Europa unter verhältnismäßig geringen Opfern für sehr lange Zeit von allen Festlanddrohungen befreit haben würde.

Im Sommer und Herbst 1905 trat die feste Geschlossenheit des englisch-französischen Verhältnisses und die erbitterte Entschlossenheit des englischen Hasses gegen Deutschland steigend hervor. Kurz nach dem Sturze Delcassés noch hatte Fürst Bülow in einer Unterredung gesagt: „Ich war glücklich, festzustellen, daß die Anschauungen des Herrn Rouvier bezüglich der zu beobachtenden Grundsätze in Übereinstimmung mit den meinigen standen. Ich hoffe, daß derselbe Einklang sich auch auf der Konferenz kundgeben wird. Ich bin der Ansicht, daß diese Konferenz, weit davon entfernt, uns zu entzweien, dazu beitragen soll, uns zu nähern. Für diese Annäherung ist allerdings eine Bedingung notwendig: man muß sich im französischen Publikum darüber klar werden, daß jede Politik,

die Deutschland zu isolieren trachtete, der Vergangenheit angehört, daß diese Bahn heute für immer aufgegeben ist." — Man kann es beinahe für wahrscheinlich halten, daß Fürst Bülow unmittelbar nach Delcassés Rücktritt an derartige Möglichkeiten glaubte. In der deutschen Presse trat damals mehrfach die Auffassung hervor: der Augenblick sei gekommen, mit Frankreich in ein intimes Verhältnis zu gelangen und so die französisch-britische Entente Cordiale zu sprengen. Der Verfasser dieser Schrift hat damals die entgegengesetzte Ansicht vertreten, und zwar unter dem im großen und ganzen wohl als richtig erwiesenen Gesichtspunkte, daß erstens der alte französische Haß und zweitens der Gedanke: Deutschland wolle Frankreich etwas nehmen, Großbritannien wolle ihm vieles geben, die Wagschale der französischen Gunst von vornherein nach der englischen Seite sich senken ließ. Unter der stützenden und aufstachelnden Wirkung der englischen Politik, vor allem des Königs Eduard selbst, begann man in Frankreich die Stärke der eigenen Position zu erkennen und gleichzeitig die Schwäche der deutschen: falls Deutschland entschlossen war, keinen Krieg zu führen. Die Festigkeit dieses Entschlusses ist den französischen Staatsmännern wahrscheinlich im Laufe des Hochsommers 1905 einwandfrei zur Kenntnis gelangt. Die Haltung nicht nur Großbritanniens, sondern auch Spaniens, Italiens, der Vereinigten Staaten und Rußlands bewiesen Frankreich mit einwandfreier Klarheit, daß es unter Führung Großbritanniens beinahe alle wesentlich in Betracht kommenden Mächte für die kommende Marokkokonferenz auf seiner Seite haben werde. Der deutschen Regierung konnte diese Entwicklung nicht verborgen bleiben, und je mehr das Jahr 1905 sich seinem Ende zuneigte, desto unbehaglicher wurde, vom deutschen Standpunkte gesehen, die kommende Konferenz. Man war sich nicht mehr im Zweifel darüber, daß man sich beinahe allein einer großen Mächtegruppe unter Englands Führung gegenübersehen werde und daß die großbritannische Regierung die Konferenz zum Scheitern bringen wolle, falls sie ihre bzw. Frankreichs Wünsche hinsichtlich Marokkos auf dem Wege der Verhandlung nicht durchsetzen könnte.

Am 16. Dezember 1905 verlas der Ministerpräsident Rouvier in der Deputiertenkammer eine Erklärung, welche die folgenden Gesichtspunkte hervorhob: Deutschland habe nicht für ausreichend erachtet, vom französisch-großbritannischen Marokkoabkommen in Kenntnis gesetzt zu werden, sondern sei der Ansicht, daß seine Interessen eine direkte Beteiligung an den Vorgängen verlangten, und sei mit Nachdruck für die Einberufung einer Konferenz gewesen. Die Konferenz sei für Frankreich unter der Bedingung annehmbar, daß die „besondere Art unserer Rechte" und die Wichtigkeit der französischen Eigeninteressen gebührend berücksichtigt

würde. „Das Protokoll vom 8. Juli stellt fest, daß das Regime an der algerischen Grenze der ausschließlichen Zuständigkeit Frankreichs und Marokkos verbleibt. Unser Recht auf Marokko besteht darin, daß Frankreich in Nordafrika eine muselmanische Macht ist, daß wir unsere Autorität gegenüber sechs Millionen Eingeborner aufrechterhalten müssen, die durch Grausamkeit der Rasse den im Nachbarstaate um sich greifenden Aufreizungen zugänglich sind. Wir sind daher zum Verlangen berechtigt, daß in Marokko eine Macht bestehe, die Gehorsam durchsetzen kann und die ihr Ansehen nicht dazu gebrauchen wird, um unsere Kolonie (Algerien) zu bedrohen und zu beunruhigen ... Das Ergebnis der französisch-deutschen Unterhandlungen ist, daß unsere Rechte, wenn nicht alle anerkannt, so doch alle vorbehalten sind." Die gleiche Erklärung leugnete die unbestreitbare Tatsache, daß der französische Gesandte in Fes sich seinerzeit auf ein europäisches Mandat Frankreichs in Marokko berufen habe.

Die Erklärung Rouviers vom 16. Dezember atmet selbstbewußten Ton und eine Festigkeit, welche den Umschwung der Stimmung in Frankreich seit der Periode unmittelbar nach Delcassés Rücktritt deutlich hervortreten ließ. In der deutsch-französischen Konferenzerklärung vom 8. Juli schon war die Betonung der französischen Sonderstellung Frankreichs in Marokko anerkannt worden, zwar nur in großen Umrissen. In der Erklärung vom 16. Dezember unterstrich Rouvier diesen Punkt mit einem Nachdrucke, welcher keinen Zweifel darüber ließ, daß man sich mit England und den genannten anderen Mächten einig wußte. Außer einer allgemeinen Erwähnung der Souveränität des Sultans von Marokko, der Integrität seines Gebietes und der allgemeinen Handelsfreiheit ohne Ungleichheit enthielt die Erklärung keinerlei Vorbehalte, deren Erörterung sich auf der Konferenz ausgeschlossen hätte. Das von Deutschland genehmigte Konferenzprogramm bildete im Grunde eine Verneinung der Hauptpunkte der Ergebnisse der Madrider Konferenz vom Jahre 1881. Anderseits wußte man zu Paris, daß England entschlossen war, auch dieses Programm umzuwerfen, sobald ein ernstes Bestehen Deutschlands auf Punkten, die Frankreich unangenehm sein könnten, sich zeigen sollte.

Großbritannien stand damals im Kabinettswechsel: die liberale Partei hatte im Wahlkampfe gesiegt, und mit dem Beginn des neuen Jahres setzte sie aus ihren führenden Mitgliedern das Kabinett zusammen. Der späterhin so viel genannte Sir Edward Grey wurde Staatssekretär des Auswärtigen Amtes. Sein Programm hatte er schon früher, am 20. Oktober des gleichen Jahres, in einer öffentlichen Rede folgendermaßen dargelegt: „Die drei Hauptpunkte unserer auswärtigen Politik sind: die Freundschaft mit den Vereinigten Staaten, das Bündnis mit Japan und das Abkommen mit Frankreich ... Es ist jedoch wünschenswert,

daß Rußland seine Stellung im Rate Europas wiedererhalte. Ich kann Rußland nicht erwähnen, ohne auf Deutschland Bezug zu nehmen: es muß die Bedingung jeder Verbesserung der Beziehungen zwischen Deutschland und uns sein, daß die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich ebenfalls gerechte und gute sind."

Das bedeutete: Großbritannien geht durch dick und dünn mit Frankreich, und wenn Deutschland Wert auf erträgliche Beziehungen mit Großbritannien legt, so hat es sich zu unterwerfen, denn auch Rußland, die Vereinigten Staaten und Japan sind auf der Seite Frankreichs und Großbritanniens! — Sir Edward Grey hat sein Programm bis zum Ausbruche des von ihm mit an erster Stelle organisierten Krieges 1914 unentwegt und mit großer Geschicklichkeit verfolgt und durchgeführt. Er setzte mit diesem Programm die Politik des im Winter 1905 abtretenden unionistischen Kabinettes lediglich fort, denn auch dieses hatte kurz nach der Thronbesteigung König Eduards den neuen Kurs eingeschlagen und jene Politik befolgt, deren Angelpunkt die von vornherein antideutsche Entente Cordiale mit Frankreich war. Im November 1905 hielt Lansdowne eine in der Form gemäßigte Rede, in welcher er, ohne den Namen zu nennen, Deutschland als den allgemeinen Störenfried und Deutschlands Politik als besonders übelwollend gegen Großbritannien erkennen ließ. Lord Lansdowne sagte: Großbritannien sähe sich in seiner Politik bisweilen dadurch behindert, daß es in allen Teilen der Welt auf Rivalitäten stoße, die für niemand anders von Vorteil sein könnten als für einen listigen Potentaten, der verstehe, sie auszunutzen; diese unverschämte Anspielung sollte dem Deutschen Kaiser gelten. Der bisherige Premierminister Balfour sagte eben damals: eine Kriegsgefahr bestehe nur unter der Voraussetzung, daß gewisse Völker oder ihre Oberhäupter den Krieg dadurch hervorriefen, daß sie, um ihre nationalen Expansionspläne zu verwirklichen, die Rechte ihrer Nachbarn mit Füßen träten.

Balfour wie Lansdowne hatten mit diesen echt englischen Wendungen das Deutsche Reich und im besonderen die Marokkoangelegenheit und die Stellung Großbritanniens dazu bezeichnet. Der eine sagte, daß Kaiser Wilhelm Englands Politik behindere, indem er Rivalitäten hervorrufe, der andere sprach von der deutschen Expansionslust auf Kosten der Rechte des Nachbarn. Das Verlangen der deutschen Regierung, daß Frankreich und England über Deutschlands Würde und Deutschlands Interessen nicht stillschweigend hinwegschreiten dürften, galt den Briten als ein Mit-Füßen-Treten der Rechte Frankreichs und als Durchkreuzen der großbritannischen Politik. Dazu kamen noch andere deutsch-britische Meinungsverschiedenheiten über Handelsfragen auf den Marschallinseln und Karolineninseln. Die großbritannische Regierung beschwerte sich auch über die angebliche

18*

deutsche Absicht, sich ein wirtschaftliches Monopol im Bereiche der chinesischen Provinz Schantung zu schaffen. Von solchen Bestrebungen war, beiläufig bemerkt, nicht die Rede, aber es kam den Engländern darauf an, in China wie in Japan Stimmung gegen Deutschland und die deutschen Kaufleute zu machen.

Anfang Januar 1906 hielt der neue Staatssekretär, Sir Edward Grey, eine Rede, in der die Stelle vorkam: „England wird sein möglichstes tun, um seine Beziehungen zu Deutschland zu verbessern, aber diese Annäherung bleibt immer von einem guten Einverständnis zwischen Deutschland und Frankreich abhängig“; mit anderen Worten: England verlangt vom Deutschen Reiche, daß es sich mit Frankreich gut stelle, also den Franzosen in all ihren Wünschen zu Willen sei. Zugleich bildete diese Wendung Greys eine Antwort auf jene damals einsetzenden vielfach gutgemeinten, aber tatsächlich verfehlten sogenannten Verständigungsbemühungen zwischen Deutschland, Frankreich und Großbritannien. Ungefähr seit dem Jahre 1904 war es zu einer Art Mode geworden, daß Angehörige der deutschen Finanz, des Handels, der Presse, der Kommunalbeamtenschaft, der Künstler- und Gelehrtenwelt entweder entsprechende englische Kreise einluden oder zum Besuche nach England gingen, um so die „Verständigung“ zwischen den beiden Völkern zu fördern, Verstimmungen und Mißverständnisse auszuscheiden. In England hatten sich zum selben Zwecke einige unbedeutende Organisationen gebildet. In Deutschland förderte die Regierung diese sogenannten Verständigungsbestrebungen mit einer Beflissenheit, die einerseits ihren Zweck nicht erreichte, anderseits als Schwäche ausgelegt werden konnte. Der Grundgedanke der Bestrebungen ging aus dem Mangel an Verständnis für die eigentlichen Triebfedern und Ursachen des englisch-deutschen Gegensatzes hervor.

Wie der belgische Geschäftsträger zu London in Januar 1906 seiner Regierung berichtete, sagte Sir Edward Grey damals zu wiederholten Malen den verschiedenen in London beglaubigten Botschaftern, daß Großbritannien Frankreich gegenüber bezüglich Marokkos Verpflichtungen eingegangen sei, denen es bis zum Äußersten nachkommen werde, selbst im Falle eines deutsch-französischen Krieges und auf alle Gefahr hin. — Während die Konferenz tagte, tat man großbritannischerseits alles, um den Franzosen Deutschland gegenüber den Rücken zu stärken und ihnen jeden Zweifel an der englischen Zuverlässigkeit zu nehmen. Das bezweckte ebenfalls ein plötzlicher Besuch König Eduards von England in Paris während der ersten Märztage. Der König wohnte in der Botschaft und lud dorthin außer dem Präsidenten der Republik auch Delcassé ein. Der König wollte damit den Franzosen, dem Deutschen Reiche und der ganzen Welt zeigen, daß er die schroff gegen Deutschland gerichtete Politik Del-

cassés für richtig gehalten hatte und auch damals, dreiviertel Jahre nach dem Rücktritte Delcassés, für die gegebene Politik Frankreichs hielt. Man bezeichnete diesen Schritt König Eduards als eine „Antwort" auf die Reise Kaiser Wilhelms nach Tanger. Der tatsächliche Unterschied freilich war groß genug, denn Kaiser Wilhelm machte jene Reise, um zu betonen, daß Deutschland für die Unabhängigkeit des Sultans von Marokko und für die offene Tür in Marokko für alle Nationen einträte, während König Eduards Besuch die Forderung französischer Alleinherrschaft über Marokko in rücksichtslosem Gegensatz gegen Deutschland als Programm verkündete. König Eduard von England begann damals überhaupt in auffälliger und brüsker Weise zu zeigen, daß ihm nicht daran läge, den antideutschen Charakter seiner Politik noch auch seinen persönlichen Gegensatz gegen den Deutschen Kaiser zu verbergen. Als im Hochsommer 1905 der König in Marienbad angekommen war, wurde eine Depesche seines ständigen Privatsekretärs und Begleiters, Lord Knollys, veröffentlicht, welche die Nachricht dementieren sollte, es stehe ein Besuch König Eduards bei seinem kaiserlichen Neffen bevor. Die Depesche lautete: König Eduard habe auf seinem Wege nach Marienbad weder eine Unterredung mit dem Deutschen Kaiser gewünscht, noch beabsichtige er eine solche! — Das sollte nicht nur eine grobe Unhöflichkeit bedeuten, sondern vor allem auch eine politische Demonstration, den Franzosen zur Beruhigung: der König von England denke nicht daran, in einer Periode deutsch-französischer Spannung sich auf eine Unterredung mit dem Deutschen Kaiser einzulassen.

Auf die persönliche Initiative des Königs war es zurückzuführen, daß in der zweiten Augusthälfte 1905 die englische Kanalflotte zu Übungen nach dem deutschen Teile der Ostsee entsandt wurde. Der Zweck dieser eigentümlichen Maßnahme — seit dem Krimkriege hatte Großbritannien keine Flotte nach der Ostsee geschickt — war im Zusammenhange der Marokkokrisis und der angedeuteten großbritannischen Politik einerseits Frankreich, anderseits Deutschland gegenüber klar: den Deutschen sollte die englische Flottenübermacht vor Augen geführt werden, es sollte ihnen gezeigt werden, daß Frankreich Großbritanniens Riesenflotte an seiner Seite haben werde und deshalb jeder auch nur politische deutsche Widerstand umsonst sei. Nicht lange vorher war der Deutsche Kaiser, wie erwähnt, zu Schiff von einer Zusammenkunft mit dem Zaren gekommen und hatte auch Kopenhagen besucht, ein deutsches Geschwader hatte in Kopenhagen gelegen. Auch diesen Mächten wie den skandinavischen sollte der englische Flottenbesuch in der Ostsee zeigen, daß die großbritannische Meeresbeherrschung überall da unbedingt vorhanden sei, wo Großbritanniens Flotte erscheine. Rußland insbesondere wurde damit der Wink gegeben: es habe zwar seit dem Kriege mit Japan keine Flotte mehr, aber England werde

den „Schutz der Ostsee“ im Falle eines deutsch-russischen Konfliktes übernehmen. Die deutsch-russischen Beziehungen waren gerade damals besser wegen der Haltung Deutschlands während des ostasiatischen Krieges, aber die großbritannische Politik wußte, daß sie über die Mittel verfügte, um auch auf diesem Gebiete eine andere Wendung der Dinge herbeizuführen. Als äußerer Anlaß für die Flottenreise nach der Ostsee wurde von der britischen Presse die Fiktion genommen: das Deutsche Reich beabsichtige jetzt, nach Verschwinden der russischen Flotte aus der Ostsee, diese zu einem geschlossenen Gewässer — einem „Mare clausum“ — für die baltischen und skandinavischen Uferstaaten zu machen. England könne sich das nicht gefallen lassen, denn die Ostsee sei ein offenes Meer und gehöre allen seefahrenden Mächten gleichermaßen. Ein englisch beeinflußter Teil der dänischen Presse hatte schon vorher das Signal zu dieser in sich unsinnigen Agitation gegeben: die immer stärker werdende deutsche Flotte maße sich die Herrschaft in der Ostsee an. Das dürfe Großbritannien nicht dulden. Die dänische Agitation war teils in England bestellte Arbeit, teils von altem Deutschenhasse eingegeben. In Wirklichkeit war die Suggestion des Mare clausum nur Manöver, und zweifellos hat weder ein englischer Seeoffizier noch ein englischer Staatsmann je ernsthaft daran geglaubt. Der Gedanke eines Mare clausum war in sich unsinnig, weil er dem Wesen der modernen Kriegführung widersprach. Verhältnisse, wie sie im Schwarzen Meere herrschten, konnten am allerwenigsten auf die Ostsee übertragen werden, zumal deren Zugänge, die Belte und der Sund, in dänischer Hand liegen. Genug, die britische Flotte machte ihre Fahrt nach der Ostsee und besuchte eine Anzahl deutscher Häfen dort. Die deutsche Regierung tat alles, um den Empfang der englischen Offiziere und Seeleute zu organisieren, es wurden einige jener unvermeidbaren überschwenglichen deutschen Reden gehalten, aber das deutsche Volk blieb kühl: man begann allmählich zu begreifen. Der britische Flottenführer, Admiral Wilson, richtete ein eben höfliches Telegramm an den Deutschen Kaiser und erhielt als Antwort eine Depesche, die gerade wegen ihrer kühlen Kürze allgemeine Freude in Deutschland erregte.

Während die Anwesenheit der englischen Flotte in den Ostseehäfen nur ein, wenn auch bemerkenswertes Stimmungsbild des Verhältnisses zwischen den beiden Nationen bot, so zeitigte die Rückfahrt der Flotte und ihr Besuch jütländischer Häfen einen auch rein politisch wichtigen Vorgang:

Die sogenannten Delcasséschen Enthüllungen hatten der Welt verkündet, daß Großbritannien den Franzosen versprochen habe, ihnen im Falle einer Verwicklung mit Deutschland 100 000 Mann Truppen zu Hilfe zu schicken, welche an der jütländischen Küste landen sollten. Jene

Auslassungen Delcassés wurden damals — bedauerlicherweise auch von deutscher Seite — besprochen, als ob sie nicht auf Wahrheit beruhten. In der Tat hat die britische Regierung, und zwar auf Initiative des Königs, jenes Versprechen gegeben. Ob England damals schon praktisch in der Lage gewesen wäre, kann dahingestellt bleiben, jedenfalls wissen wir aber, wie noch gezeigt werden wird, daß seitdem ein wesentlicher Teil der großbritannischen Kriegsvorbereitungen darauf gerichtet war, ein möglichst starkes Expeditionskorps zum Gebrauche auf dem europäischen Festlande zu schaffen und alle Mittel einer schnellen Organisierung der Expedition für den Ernstfall herzustellen.

Die in Betracht kommenden dänischen Häfen wären die Aalbaekerbucht an der Ostküste Nordjütlands und der Hafen von Esbjerg an der jütischen Westküste, unmittelbar nördlich der deutschen Grenze gewesen. Von dort, so war der Gedanke, sollte das britische Expeditionskorps nach seiner Landung in das deutsche Nordschleswig und von da nach Süden vorstoßen. Daß die britische Kanalflotte kurz nach den Delcasséschen Enthüllungen und mitten in einer Periode europäischer Kriegsspannung nicht nur jene beiden jütischen Häfen besuchte, sondern sogar Landungsübungen dort vornahm, war eine Demonstration von außerordentlicher Unverfrorenheit sowohl dem Deutschen Reiche wie Dänemark gegenüber, welch letzteres, wie man schon damals voraussehen konnte, in einem europäischen Kriege eine sehr schwierige Stellung haben würde. Den Dänen wurde es auch zuviel. Gelegentlich eines Festessens, das für die englischen Offiziere in Esbjerg veranstaltet wurde, hielt der dänische Kommandeur Bluhme als amtlicher Vertreter der dänischen Regierung eine Rede, die allgemeines Aufsehen erregte. Bluhme wies auf die Beschießung Kopenhagens und auf die Wegnahme der dänischen Flotte durch Großbritannien hin. Anderseits sprach er von der Angliederung Schleswig-Holsteins an Preußen. Das einst große und mächtige Dänemark sei klein und schwach geworden. Deswegen sei es entschlossen, unabhängig zu bleiben und müsse sich demzufolge „streng neutral halten und nie daran denken, sich in Meinungsverschiedenheiten der europäischen Großmächte zu mischen". — Diese dänische Stellungnahme entsprang rein realpolitischen Erwägungen, keineswegs Sympathien für Deutschland. Solche waren nicht vorhanden, wohl dagegen bestanden sie Großbritannien gegenüber. Als die Admirale des englischen Geschwaders nach Kopenhagen eingeladen, vom König von Dänemark empfangen wurden, schrieb der in Dänemark angesehene Schriftsteller Brandes in einer der größten Kopenhagener Zeitungen: Dänemark würde am besten tun, sich ganz unter englischen Schutz zu stellen. Ähnlich hat sich die dänische Stimmung auch in der Folgezeit gehalten. Dieser Stimmung aber standen die Ergebnisse sachlicher Be-

urteilung der Lage und der Machtfaktoren gegenüber. Diese drängten die verantwortlichen Politiker in Dänemark zur Neutralität. Man glaubte, daß der große europäische Krieg früher oder später kommen werde, und begriff mit nüchternem Blicke die Schwierigkeit der Lage Dänemarks.

Am 17. Januar 1906 trat endlich die Marokkokonferenz zusammen, und zwar zu Algeciras, der damit berühmt gewordenen kleinen Küstenstadt Spaniens unter den Kanonen des britischen Gibraltar. Vertreten waren dieselben Mächte, welche seinerzeit die Madrider Konferenz 1881 beschickt hatten: das Deutsche Reich, Rußland, Großbritannien, Österreich-Ungarn, Frankreich, Italien, die Vereinigten Staaten, Portugal, Schweden, Spanien, die Niederlande und Belgien. Den Vorsitz führte der spanische Minister des Auswärtigen, der Herzog von Almodovar, also ein Mann, dem die französisch-spanischen und die englisch-französischen Geheimverträge ebenso bekannt waren wie die aus ihnen erwachsenden politischen Zukunftsabsichten der drei Länder hinsichtlich Marokkos. Der Herzog von Almodovar war mithin von vornherein Partei und mit seiner Regierung entschlossener Gegner der von Deutschland vertretenen Politik. Er stand ganz auf dem Boden der Geheimverträge, nicht auf dem des Konferenzprogrammes. Schon in diesem Umstande zeigt sich, daß die Konferenz von seiten der überwiegenden Mehrheit der an ihr teilnehmenden Mächte wenn nicht als Farce, so doch als ein mit allen Mitteln zu überwindendes Hindernis angesehen wurde: man wollte sie zur Farce machen. In seiner Eröffnungsrede betonte der Spanier nichtsdestoweniger feierlich „den dreifachen Grundsatz der Souveränität des Sultans, der Integrität seiner Staaten und der Gleichheit der Behandlung in kommerzieller Beziehung“. Als Ziel der Konferenz gab er die Notwendigkeit an, „gegenseitige Achtung der gegenseitigen Interessen und den aufrichtigen Wunsch, die gegenseitigen Interessen in Einklang zu bringen mit den Grundsätzen der Souveränität des Sultans und der Integrität seines Reiches“. Der Inhalt der Geheimverträge lautete, wie wir gesehen haben, genau gegenteilig, nämlich auf Vernichtung der Souveränität des Sultans, auf Verletzung der Integrität des marokkanischen Gebietes und dessen Teilung unter Frankreich und Spanien. Die Vernichtung der Handelsfreiheit war ohne weiteres darin eingeschlossen. Auch heute ist noch nicht bekannt, ob und wieweit die deutsche Regierung damals über Vorhandensein und Inhalt der Geheimverträge zwischen Großbritannien und Frankreich einerseits, Frankreich, Großbritannien und Spanien anderseits unterrichtet gewesen sei. Sollte das der Fall gewesen sein, so würde auch für das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn die Beschickung der Algecieraskonferenz und die während ihrer Dauer gepflogenen Verhandlungen eine Farce, ein Schauspiel gebildet haben,

mit dem einzigen Zwecke — wie die Chinesen sagen —, das Gesicht zu wahren. Das ist aber nicht wahrscheinlich. Die deutsche Regierung konnte sich schon seit dem Herbste 1905 nicht im Zweifel darüber sein, daß ihre Stellung auf der Konferenz eine sehr schwierige sein würde, und seit Fürst Bülow den Konferenzgedanken angeregt und seine Annahme in Frankreich durchgesetzt hatte, waren, wie ausgeführt worden ist, die Aussichten für Erreichung derjenigen Zwecke, welche Bülow durch die internationale Konferenz zu erreichen hoffte, auf ein Minimum zusammengeschwunden. Trotzdem ging Deutschland auf die Konferenz und erschwerte sich seine Stellung dort noch mehr durch den festen Entschluß, es unter keinen Umständen zum Kriege kommen zu lassen. Fragt man unter Berücksichtigung dieser und ihnen naheliegender Überlegungen noch einmal, ob dem Fürsten Bülow die Geheimverträge bekannt gewesen seien, so möchte man es als unwahrscheinlich bezeichnen, während die Möglichkeit auch für das Gegenteil besteht.

Die Konferenz begann, nahm ihren Verlauf, und nach einer Verhandlungsdauer von zweieinhalb Monaten unterzeichneten die Vertreter der Mächte ein umfangreiches Aktenstück, die Algecirasakte, deren Text mit den Worten: „Im Namen des allmächtigen Gottes" begann und eine lange Reihe von Bestimmungen enthielt, welche zu nichtachten und zu umgehen Frankreich und Spanien unter voller Billigung Großbritanniens fest entschlossen waren. Das politische Zwischenspiel Marokko ist längst zu Ende, und der Inhalt der Algecirasakte ist ohne wesentliches Interesse. Die deutschen Vertreter versuchten, den bekannten Standpunkt des Deutschen Reiches zur Geltung zu bringen, um Garantien für die Souveränität des Sultans, die Integrität seines Gebietes und die völlige Gleichheit des Handels in und mit Marokko festzulegen. Es gelang ihnen nicht. Deutschland sah sich auf der Konferenz bei jeder Frage, welche eine deutsch-französische Meinungsverschiedenheit bedingte, einer geschlossenen Mehrheit gegenüber, die sich unter Großbritanniens Führung um Frankreich gruppierte. Diese Mehrheit war entschlossen, die Konferenz scheitern zu lassen, sobald in einem wichtigen Punkte die deutsche Regierung unnachgiebig auf ihrem Verlangen und Standpunkt geblieben wäre. Scheitern der Konferenz würde für Deutschland aller Wahrscheinlichkeit nach den Krieg bedeutet haben. Frankreich hätte voraussichtlich dann gesagt, es werde nunmehr seine Interessen in Marokko allein schützen, und hätte dementsprechende weitere Schritte zur Tunifizierung Marokkos getan. Das würde das Deutsche Reich vor die Kriegsfrage gestellt haben, und zwar unter den Verhältnissen, wie sie oben skizziert worden sind. Die großbritannische Regierung wäre anscheinend mit dem Scheitern der Konferenz und den daraus erwachsenden Folgen sehr einverstanden ge-

wesen. Die deutsche Regierung wollte es nicht dazu kommen lassen, weil sie den Frieden zu erhalten wünschte. Die zwingende Folge war, daß Deutschlands Rolle auf der Konferenz sich nicht nur schwierig gestaltete, sondern von vornherein zur Erfolglosigkeit verurteilt war.

Die hauptsächlichen Meinungsverschiedenheiten während der Verhandlungen entstanden über die Schaffung einer marokkanischen Staatsbank und die Organisation einer internationalen politischen Polizei in Marokko. Deutschland wollte diese Polizeiorganisation auf eine tatsächlich internationale Grundlage stellen: entweder sollte der Sultan berechtigt sein, sich die Offiziere dieser Truppe ganz frei unter den Mächten zu wählen, oder er sollte verpflichtet sein, sie nur aus den Mächten zweiten Ranges zu nehmen. Der erste deutsche Delegierte, Herr v. Radowitz, der damalige deutsche Botschafter in Madrid, erklärte mit ebensoviel Recht wie Nachdruck: in der Lösung der Polizeifrage seien außer der Unabhängigkeit und Integrität Marokkos auch die Handelsfreiheit ohne Ungleichheit mit Notwendigkeit enthalten. Da Frankreich und Spanien Unabhängigkeit, Integrität und Handelsfreiheit baldmöglichst zu vernichten entschlossen waren, so vertraten sie den Standpunkt, daß lediglich sie die Polizeiorganisationen in den marokkanischen Häfen durchzuführen und in der Hand zu halten hätten. Alle Mächte, ausgenommen die marokkanische Regierung und Österreich-Ungarn, teilten den französisch-spanischen Standpunkt und bekämpften den deutschen oder standen ihm gleichgültig gegenüber. Als die Spannung gefährlich zu werden drohte, brachte der österreichisch-ungarische Delegierte, Graf Welsersheimb, einen Vermittlungsvorschlag ein, welcher der deutschen Regierung eine Rückzugsbrücke bildete und bilden sollte. Dieser Vorschlag besagte: Der Sultan sollte den Oberbefehl über die Polizeitruppen führen; er solle französische Offiziere mit der Organisation der Polizeitruppen in drei Häfen und spanische Offiziere in drei Häfen betrauen; in Casablanca sollten französische und spanische Offiziere zusammenarbeiten. Ein Generalinspektor sollte über allem stehen, ihn hatte die Schweiz dem Sultan nach dessen persönlicher Auswahl zu stellen. Damit war der Zweck der deutschen Vorschläge: Marokko unter eine wirklich internationale Aufsicht zu stellen, von vornherein gescheitert. Mit der marokkanischen Bank ging es ähnlich. Wenn die Algecirasakte dabei feierlich die bekannten Grundsätze der Souveränität, Integrität und Handelsfreiheit anerkannte, so konnte das Frankreich und Spanien jetzt nicht mehr hinderlich sein, nachdem es gelungen war, die deutschen Absichten zu vereiteln: daß internationale tatsächliche Garantien für Erhaltung der Souveränität des Sultans, der Integrität des marokkanischen Gebietes und des Handels ohne Ungleichheit geschaffen würden. Die einzige Möglichkeit für Deutschland, der Tunifizierung

Marokkos noch Einhalt zu tun, wäre entschlossener Appell an das Schwert gewesen.

Kurz nach Beendigung der Konferenz äußerte sich Fürst Bülow im Reichstage folgendermaßen: „Es gab Wochen, wo der Gedanke an kriegerische Verwicklungen sich der Gemüter bemächtigte. Wie kam das? Waren Lebensinteressen des deutschen Volkes bedroht, so daß die Leitung unserer auswärtigen Politik daran denken konnte, die Machtfrage aufzuwerfen? Sollten wir, wollten wir um Marokko Krieg führen? Nein, meine Herren, um Marokko nicht. Wir haben in Marokko keine direkten politischen Interessen, wir haben dort auch keine politischen Aspirationen." Deutschland habe erreicht, was es erreichen wollte, nämlich die offene Tür in Marokko und die Sicherheit der wirtschaftlichen Interessen. Auf dem Papier der Algecirasakte, aber nur da, war das der Fall. Aber schon damals stand für jeden nüchternen Beurteiler völlig außer Frage, daß jene schönen Grundsätze auf dem Papier bleiben, sich auf das Papier beschränken und für Frankreich wie Spanien lediglich als Schirm und Kulisse dienen würden, um ihre Ziele in Marokko unter Mißachtung der tatsächlichen Forderungen der Algecirasakte anzubahnen. Was Delcassé gewollt hatte, war durch die deutsche Politik nicht vereitelt, sondern hinsichtlich seiner Durchführung nur zeitlich hinausgeschoben worden, ja, die Konferenz von Algeciras mit den sie begleitenden politischen Umständen hatte der Delcasséschen Politik und ihrem Marokkoziele eine festere Grundlage in Frankreich und in Europa gegeben, als sie vorher besaß.

Jetzt, nachdem durch den großen Krieg ein tiefer Einschnitt gemacht und eine Periode ganz neuer Entwicklungen vorbereitet worden ist, kann ohne Schaden gesagt werden, daß das Ergebnis der Konferenz von Algeciras einen schweren politischen Mißerfolg des Deutschen Reiches bedeutete und von weittragenden Folgen gewesen ist. Der diplomatische deutsche Erfolg, welchen der Rücktritt Delcassés bedeutete, war kurzzeitig und wurde durch Algeciras restlos zum Verschwinden gebracht, ja, verkehrte sich in das Gegenteil. Es ging nicht nur, wie Fürst Bülow sagte, „um Marokko", sondern um weit mehr. Der dringende Wunsch, den Frieden zu erhalten, und der Glaube, es werde möglich sein, ihn noch lange zu erhalten, veranlaßte die deutsche Regierung, den Fehler von Algeciras zu begehen: eine politische Streitfrage aufzuwerfen, ohne den Willen, sie unter allen Umständen „durchzubiegen", die Möglichkeit einer wirklichen internationalen Erledigung anzunehmen, wo man von vornherein einer haßerfüllten Mehrheit von Großmächten gegenüberstand. Fürst Bülow, der damalige Kanzler und Träger jener Politik, hat sich in seinem genannten Buche zurückhaltend, aber immerhin mit Genugtuung über die Ergebnisse der Konferenz von Algeciras ausgelassen: nicht alles Erwünschte, aber das

Wesentliche sei erreicht worden. Der Versuch, uns von einer großen internationalen Entscheidung auszuschließen, sei durchkreuzt worden. Den letzten Satz kann man als richtig zugeben, den ersten nicht. Gerade das Wesentliche war nicht erreicht worden. Das Wesentliche der Marokkofrage für Deutschland waren die drei bekannten Punkte: Souveränität des Sultans, Integrität des marokkanischen Gebietes und Freiheit des Handels ohne jede Ungleichheit, also die offene Tür. Die Verhandlungen der Konferenz zeigten klar, daß Frankreich, unterstützt von England, Rußland und den genannten anderen Mächten, in allen den Punkten unbeugsamen Widerstand leistete, wo Deutschland internationale Regelungen forderte, welche die Unabhängigkeit des Sultans usw. usw. tatsächlich garantieren konnten. Gab die deutsche Politik hier nach, wie sie es tat, so ist wohl, ebensowenig wie einem großen Teile der damaligen deutschen Öffentlichkeit, so auch den deutschen Staatsmännern und Diplomaten schon vor Schluß der Konferenz zweifelhaft gewesen, daß die Verhandlungen und der Abschluß zu Algeciras für Frankreich, wie gesagt, eine Kulisse wurden und für die deutsche Politik die dürftige Verschleierung des Mißerfolges. Damit soll keineswegs geleugnet werden, daß die Behandlung der Frage für Deutschland von vornherein eine sehr schwierige war und eine erfolgreiche Behandlung sich ausschließen mußte, wollte man es unter keinen Umständen zum Kriege kommen lassen. Das war der Fall und die zwingende Folge, daß die Träger der deutschen Politik niemals eine Frage aufkommen und sich verschärfen ließen, welche an sich zur nationalen Frage werden konnte. Aus diesem Grunde gab man zu Algeciras eine Position nach der anderen auf. Delcassé war abgetreten, aber Delcassés Geist herrschte in den Verhandlungen von Algeciras und siegte.

Zur politischen Psychologie jener Periode dient die Tatsache, daß nach dem Sturze Delcassés vielfach in politischen Kreisen Deutschlands die Auffassung herrschte, nun sei die Entente Cordiale gesprengt worden und einer deutsch-französischen Einigung mit einem sich daraus ergebenden Bündnisse der Weg geebnet worden. Manche Anzeichen lassen darauf schließen, daß auch dem Fürsten Bülow derartige Erwägungen nicht ganz fern gelegen haben. Der Gedanke war offenbar, daß Frankreich sich wegen der Schwächung Rußlands beinahe isoliert und hoffnungslos schwach fühlen sollte. Diese Rechnung trug zwei Fehler in sich: sie ließ den alten unversöhnlichen französischen Haß und Rachedurst außer acht und verkannte außerdem die innere Grundlage und den eigentlichen Zweck der Entente Cordiale. Diese Grundlage und dieser Zweck lagen nicht in Marokko und dessen Zukunft, sondern in der europäischen Politik der Großmächte. Großbritannien, insbesondere König Eduard und seine Minister, unterstützt von beinahe der gesamten Presse, beider politischen Parteien,

hatten erkannt, daß Großbritannien für seinen Einfluß auf die Festlandangelegenheiten und als verfügbares Gegengewicht gegen die immer größer werdende Macht des Deutschen Reiches und Volkes einer bündnisartigen Vereinigung mit Frankreich bedürfe. Diesem Grunde und diesem Zwecke wurden, wie immer in solchen Fällen, von der großbritannischen Politik unbedenklich alle Opfer gebracht. Man erfüllte Frankreichs Wünsche hinsichtlich Marokkos für die Gegenwart und unterzog sich den bindendsten Verpflichtungen für die Zukunft. König Eduard, die Minister und die Presse ließen keine Gelegenheit unbenutzt, um Haß und Rücksichtslosigkeit gegen Deutschland öffentlich zu zeigen und anderseits auszusprechen, daß das mächtige Großbritannien die Freundschaft Frankreichs allem anderen vorzöge. Das einzige, was die britische Politik verlangte und was König Eduard verschiedentlich geltend gemacht hat, war: Stärkung der französischen Wehrkraft zu Wasser und zu Lande. Daß die französische Regierung und das französische Volk diese ihnen so aussichtsreich erscheinende Beziehung einer erzwungenen und allen Überlieferungen ins Gesicht schlagenden Verbindung mit dem Deutschen Reiche vorzogen, war, vom französischen Standpunkte gesehen, damals selbstverständlich und muß es auch für den rückschauenden Beurteiler sein.

Zwischen Tanger und Algeciras ist in Großbritannien ernstlich daran gedacht worden, im Sinne jener Rede des Zivillords der Admiralität, Arthur Lee, den ersten Schlag zu tun, d. h. die deutsche Flotte, die deutschen Küsten und Häfen zu überfallen. Weshalb nichts aus diesem Plane geworden ist, steht nicht fest. Wahrscheinlich war die nötige Übereinstimmung unter den leitenden Männern nicht vorhanden. König Eduard hat seinem Wesen nach, und wie seine gesamte Politik zeigte, stets weniger Neigung zu gewaltsamen Lösungen als für eine unblutige, durch die Drohung mit dem Kriege wirkende Politik der Umklammerung Deutschlands gehabt; wenn er anderseits sicher auch nicht gezögert hätte, gegebenenfalls das Signal zum Kampfe zu geben.

Mit der Konferenz von Algeciras hatte die großbritannische Politik mehrere große Erfolge erreicht: sie hatte Frankreich von der Zuverlässigkeit des neuen großbritannischen Freundes restlos überzeugt, die großbritannischen Staatsmänner hatten einen beinahe unbegrenzten Einfluß auf die Politik Frankreichs, auch auf dessen Rüstungspolitik gewonnen. Ferner hatte die Konferenz Großbritannien Gelegenheit gegeben, seinen beherrschenden Einfluß auf die Haltung beinahe aller europäischen Mächte zu zeigen und der Welt des Islams vor Augen zu führen, daß Großbritanniens Wille und Macht stärker sei als derjenige Deutschlands. In London hatte man die bekannten Worte Kaiser Wilhelms zu Damaskus im Jahre 1898 nicht vergessen: „Mögen die dreihundert Millionen Mohām-

medaner, welche auf der Erde verstreut leben, dessen versichert sein, daß zu allen Zeiten der Deutsche Kaiser ihr Freund sein wird." — Das Ergebnis von Algeciras bedeutete für Großbritannien einen wirksamen Gegenschlag, denn sowohl der Sultan von Marokko wie die politisch erfahrenen Türken und anderen Mohammedaner wußten, was von dem Papier von Algeciras zu halten war, und Großbritannien wie Frankreich wußten dazu, daß die nächsten Jahre die Wertlosigkeit des Papiers von Algeciras und damit die deutsche Niederlage in steigender Nachdrücklichkeit der Welt zeigen und damit das deutsche Ansehen im Orient, ja dem ganzen Islam gegenüber erschüttern würden. Wenn Freiherr v. Marschall, der deutsche Botschafter zu Konstantinopel, dem Fürsten Bülow damals erklärte, man dürfe um der islamitischen Welt willen Marokko nicht preisgeben, so hatte er recht. Deshalb war die Tangerfahrt erfolgt. Sie erhöhte das deutsche Ansehen sehr und rief in den Kreisen des Islams Begeisterung und Vertrauen für Deutschland hervor. Um so schädlicher war Algeciras und mußte es werden, zumal der Orient auch sah, daß der Bundesgenosse Deutschlands, Italien, ostentativ zu den Gegnern Deutschlands hielt, weil Frankreich und Großbritannien der italienischen Regierung die bekannten Versprechungen hinsichtlich Tripolitaniens, eines dem türkischen Sultan unterstehenden mohammedanischen Landes, gemacht haben. Der andere Bundesgenosse des Deutschen Reiches, Österreich-Ungarn, hatte zu uns gestanden, hauptsächlich durch den Bau jener Rückzugsbrücke in der Polizeifrage. Als der österreichisch-ungarische Minister des Auswärtigen, Graf Goluchowski, später interpelliert wurde, weshalb Österreich-Ungarn in der außerhalb der Bündnisverträge liegenden Marokkofrage dem Deutschen Reiche sekundiert und damit nachteilig auf seine Beziehungen zu anderen Mächten eingewirkt habe, antwortete Goluchowski: Österreich-Ungarns Haltung sei keine parteiische, sondern eine unparteiische neutrale gewesen. Diese Erklärung entsprach den Tatsachen und kennzeichnete schärfer als vieles andere die Vereinsamung des Deutschen Reiches zu Algeciras. Diese Vereinsamung war um so bemerkenswerter, als die deutsche Politik mit ihrem ursprünglichen Marokkoprogramm, der offenen Tür, der Unabhängigkeit des Sultans und der Integrität des marokkanischen Gebietes, die tatsächlichen wirtschaftlichen Interessen eigentlich aller handeltreibenden Mächte, abgesehen von Frankreich und Spanien, welche mehr wollten, vertrat. Keine einzige der kleinen und mittleren Mächte aber hat sich damals auf Deutschlands Seite gestellt, keine einzige wagte gegen die britisch-französisch-spanische Verbindung, zu welcher de facto auch Rußland noch hinzukam, eine abweichende Stellung einzunehmen.

Alles in allem ging das Ansehen des Deutschen Reiches gemindert

aus der Konferenz von Algeciras hervor. Man hatte ihm rücksichtslos die marokkanische Tür zugeschlagen. Ein von legitimster Grundlage ausgehender Versuch, dem deutschen Handel das marokkanische Gebiet offenzuhalten, war fehlgegangen, gleichzeitig war Deutschland vor der neuen Mächtekombination zurückgewichen. Diese neue antideutsche europäische Mächtekombination war mit Algeciras aus ihrer bisherigen Zurückhaltung herausgetreten und stand mit Beginn des Jahres 1906 fest, geschlossen und drohend da. Europa war in zwei Lager geteilt: Großbritannien als Führer und Vorkämpfer gegen das Deutsche Reich.

Mit der Jahreswende 1905/06 trat, nachdem vorher allgemeine Wahlen stattgefunden hatten, in Großbritannien ein liberales Kabinett an die Stelle des bisherigen unionistischen. Premierminister wurde Campbell-Bannerman, Minister des Auswärtigen Sir Edward Grey. Dieser letztere war bisher die Autorität für auswärtige Politik der parlamentarischen Opposition des Unterhauses. Grey kam, wie auch aus seiner oben angeführten Äußerung ersichtlich ist, mit dem bestimmten politischen Gedanken ins Amt, durch eine großbritannisch-russische Annäherung die Tripelentente, Großbritannien-Rußland-Frankreich, herzustellen. Ein zweiter, mehrfach stark von ihm betonter politischer Grundsatz war: freundschaftliche Beziehungen zu Deutschland seien wünschenswert, aber nur unter der Bedingung, daß ein gutes Einverständnis zwischen Deutschland und Frankreich bestehe. Mit diesen Leitgedanken konnte Grey die auswärtige Politik seines Vorgängers, Lord Lansdowne, geradlinig fortsetzen, insbesondere die Entente Cordiale in allen ihren Einzelheiten und mit allen ihren möglichen Konsequenzen billigen.

Die deutsche Regierung und ein großer Teil der deutschen Öffentlichkeit begrüßten den Kabinettswechsel mit Befriedigung, um nicht zu sagen: mit Erleichterung, zumal war man der Ansicht, der neue Premierminister Campbell-Bannerman sei aufrichtig und vertrauenswürdig. Man hoffte zu Berlin, die feindselige Spannung, der Feldzug der Verleumdung und die haßerfüllte Angriffsmethode der großbritannischen Politik Deutschland gegenüber werde aufhören und an ihre Stelle Empfänglichkeit und vielleicht sogar Bemühungen für ein freundschaftliches Verhältnis zwischen den beiden Regierungen und Ländern treten. Man war der Ansicht, daß das Kabinett Balfour seine Politik zu stark von den deutschfeindlichen Kreisen, hauptsächlich der großbritannischen Presse, habe beeinflussen lassen. Diese deutschen Annahmen und Hoffnungen sollten sich nicht verwirklichen. Sie beruhten von vornherein auf Verkennung der eigentlich maßgebenden Menschen und Faktoren in der auswärtigen Politik Großbritanniens. Die große Wendung und Entscheidung, wie sie durch die Entente Cordiale und die daraus gezogenen

Folgen sich ergeben hatte, bedeutete eine in der Geschichte Großbritanniens, ja in der Europas, epochemachende Wendung. Sie konnte nicht durch einen Kabinetts- oder Ministerwechsel aus der Welt geschafft werden. Wurde sie aber nicht aus der Welt geschafft, so mußte sie weiter wirken auf der ihr vorgezeichneten Bahn, ganz einerlei, ob der eine oder andere großbritannische Minister vielleicht etwas minder entschlossen war oder minder scharf und feindselig über Deutschland dachte. Campbell-Bannerman war kein großer Staatsmann und trug in manchem seiner Züge eine gewisse liberale Unbestimmtheit. Dabei war er aber gewissermaßen a priori erfüllt von dem Gefühle unbedingten Rechtes Großbritanniens zur Herrschaft über alle anderen Völker. Konnte diese unter freundschaftlichen versöhnlichen Formen ausgeübt werden, so war ihm das lieber. Die öffentliche Meinung in Großbritannien, die übrigen maßgebenden Kabinettsmitglieder und vor allem König Eduard teilten die Vorliebe des Premierministers für einen freundschaftlichen Verkehrston mit Deutschland keineswegs, und die Folge war, daß Campbell-Bannerman in den kurzen Jahren seiner Amtsführung (1906—1908) politisch nur eine bescheidene Rolle spielen konnte, soweit es die auswärtige Politik betraf. König Eduard, sein ständiger Unterstaatssekretär Lord Hardinge, Sir Edward Grey usw. wußten ihren Kurs und steuerten ihn mit ebensoviel Überlegung wie Festigkeit. In einem nicht unerheblichen Teile der großbritannischen Öffentlichkeit dagegen hatte die Schärfe der deutsch-britischen Marokkospannung einige Besorgnisse erregt, und die oben erwähnten Vereinigungen, Besuche und Reisen zu einem besseren gegenseitigen Verstehen der beiden Länder waren eine Folge der Besorgnis, die Verstimmung könne unheilbar werden und dann bei nächstem gegebenen Anlasse zum Kriege führen. Diese auf beiden Seiten ehrlich gemeinten Bemühungen litten ebenso wie die optimistischen Hoffnungen der amtlichen Stellen zu Berlin auf das neue Londoner Kabinett an dem Fehlen der Erkenntnis, daß seit 1904 das Deutsche Reich genau im selben Sinne „der Feind“ Großbritanniens war, wie im Laufe der verflossenen Jahrhunderte hintereinander Spanien, die Niederlande, Frankreich und Rußland. Die Geschichte Großbritanniens lehrt, daß die britische Politik von dem Augenblicke an, wo ein solcher Feind bezeichnet worden ist, geduldig, zäh und entschlossen mit allen Mitteln und auf allen Wegen alles tut, um diesen Feind mit Hilfe von Festlandmächten wenn möglich einzuschränken und zu demütigen, sonst zu vernichten. Das wirtschaftliche Wachstum des Deutschen Reiches und Volkes, seine auf dem Festlande selbsttätig immer größer werdende Stellung durch Bevölkerungsvermehrung und Reichtum, sein Seehandel, seine Industrie, kurz alle jene bekannten Faktoren und dazu die Versuche, dem Deutschen Reiche mit der Zeit

eine Flotte zu schaffen, — das genügte, um das Deutsche Reich zum Todfeinde Großbritanniens zu machen. Inwieweit die leitenden deutschen Staatsmänner in die Tiefe dieser Wahrheit und geschichtlichen Stellungnahme Großbritanniens damals eingedrungen sind, läßt sich einwandfrei nicht feststellen, aber man kann annehmen, daß Fürst Bülow ihnen nicht ganz ferngeblieben ist. In seinen erwähnten Denkwürdigkeiten vertritt er u. a. den Standpunkt (Beginn des Jahres 1914): seitdem die deutsche Verteidigungsstärke zur See genüge, könnten die deutsch-englischen Beziehungen aufrichtig und vorbehaltslos freundliche und freundschaftliche sein. — Der ehemalige Kanzler irrte sich leider erheblich in der Stärkebemessung der deutschen Wehrkraft zur See: sie war lange nicht ausreichend. Anderseits hatte Fürst Bülow recht, wenn er sagte, daß die auswärtige Politik des Deutschen Reiches während der Anfangsjahre des Flottenbaues unter anormalen Verhältnissen arbeiten mußte, weil sie bis zu einem gewissen Grade im Dienste der deutschen Rüstungsfragen gestanden habe. Damals, so führt Bülow an einer anderen Stelle aus, „hatten wir eine Gefahrzone erster Ordnung in unserer auswärtigen Politik zu durchschreiten, denn wir sollten uns eine ausreichende Seemacht und eine wirksame Vertretung unserer Seeinteressen schaffen, ohne noch zur See genügende Verteidigungsstärke zu besitzen. Unbeschädigt und ohne Einbuße an Würde und Prestige ist Deutschland aus dieser kritischen Periode hervorgegangen." — Diese Kennzeichnung der Situation ist richtig, und die Kennzeichnung des Ergebnisses dieser Politik, die tatsächlich außerordentlich schwierig war, würde richtig sein, wenn die Marokkoepisode mit Algeciras nicht zu verzeichnen wäre. Sie muß aber verzeichnet werden und hat eine Bedeutung ersten Ranges.

Das Jahr 1905 und ein Teil des Jahres 1906 ließ die wirkliche internationale Lage des Deutschen Reiches in Europa noch nicht in voller Schärfe hervortreten, weil die deutsch-russischen Beziehungen damals gut waren. Die Haltung der deutschen Politik mit ihrer nicht nur loyalen, sondern wohlwollenden Neutralität Rußland gegenüber während seines ostasiatischen Krieges hatte den Beziehungen zwischen den beiden Herrschern eine erhöhte Wärme gegeben. Die Beziehungen zwischen den beiden Regierungen waren während des Krieges naturgemäß sehr gut gewesen, denn die deutsche Politik gab, und die russische nahm, ohne etwas zu geben. Eine Begegnung zwischen dem Deutschen Kaiser und dem Zaren bei der Insel Björkö trug freundschaftlichen Charakter und erhöhte in Deutschland die Hoffnung, das Deutsche Reich werde in seinem östlichen Nachbarn einen gewissen Rückhalt in Zukunft haben. Diese Hoffnung erschien um so begründeter, als wie gesagt Frankreich durch seine Haltung während des ostasiatischen Krieges vielfach in Rußland verstimmt hatte.

Während der Konferenz von Algeciras freilich trat die russische Politik auf das entschiedenste, ja bisweilen in gewollt schroffer Weise auf die Seite der Entente Cordiale.

Während man sich in Deutschland mit der damals üblichen Oberflächlichkeit der Befriedigung über das Ende der Marokkoaffäre, die eingetretene europäische „Entspannung“ und dem Vertrauen auf künftige russische Freundschaft hingab, vor allem aber sich freute, daß Handel und Wandel ungestört weitergehen konnten, waren die leitenden Männer in Großbritannien emsig beschäftigt, die Vorbedingungen für die spätere Einkreisung des Deutschen Reiches zu schaffen. In diesem Zusammenhange muß auch die Erweiterung des britisch-japanischen Bündnisses vom 12. August 1905 genannt werden. Sein Inhalt war kurz der folgende: Verlängerung des 1902 geschlossenen Bündnisses auf zehn weitere Jahre. Gegenseitige Verpflichtung zur Waffenhilfe gegen Angriff, Verbürgung des Status quo im fernen Osten und Indiens, sowie aller territorialen Rechte und Sonderinteressen; gemeinsames Vorgehen, gemeinsamer Friedensschluß, Militär- und Flottenkonvention.

Von diesem Vertrage wurde zunächst beinahe allseitig angenommen, daß er sich gegen Rußland richte. Auch in St. Petersburg hat man dieses getan und damit eine Wirkung eintreten lassen, welche man in London keineswegs beabsichtigte. Infolgedessen betonte die britische Regierung den russischen Staatsmännern gegenüber, es sei keineswegs eine Spitze gegen Rußland in dem Abkommen enthalten, falls Rußland keine offensiven Absichten im fernen Osten habe, denn der russisch-japanische Vertrag sei ein reiner Verteidigungsvertrag. Das war bezüglich Rußlands richtig. Großbritannien und Japan brauchten Rußland im fernen Osten nicht mehr zu fürchten, denn die russische Flotte war vernichtet, die russischen Armeen aus Kwantung und aus der südlichen Mandschurei verdrängt, Korea war Japan sicher. Dazu kam die Revolution in Rußland, kurz, eine Wiederholung der alten ostasiatischen Angriffspolitik war für absehbare Zeit ausgeschlossen. Man konnte im Gegenteil beinahe sagen, daß dieses ausgesprochene Defensivbündnis für Rußland eine gewisse Garantie bot, daß Japan sich bis auf weiteres mit dem Errungenen begnügen und der Status quo Ostasiens über die durch den Krieg neugezeichneten Linien hinaus nicht verändert werden würde. Rußland hatte im Kriege Port Arthur und Dalni verloren, das Kiautschougebiet befand sich noch in deutschen Händen und machte wirtschaftlich stetig Fortschritte. Die deutsche Pachtung war für Japan stets ein Dorn im Auge gewesen, und seit der antideutschen Schwenkung der großbritannischen Politik sowie nach dem Verschwinden Rußlands aus Ostasien zögerte man zu London nicht, auch auf diesem Gebiete von langer Hand gegen Deutschland vorzuarbeiten. Es ist unbekannt,

ob der britisch-japanische Vertrag geheime Klauseln gehabt hat, aber der Krieg 1914 hat den Beweis geliefert, wie der Bündnisvertrag der japanischen Regierung als vorbereiteter Vorwand gedient hat, dem Deutschen Reiche Kiautschou zu nehmen. Im Jahre 1905 sollte der Vertrag möglicherweise auch als Hindernis für Deutschland dienen, sein Gebiet über Kiautschou hinaus in Ostasien zu erweitern; eine Absicht, die übrigens, wenn überhaupt, nur für den Fall gehegt worden sein kann, daß das Chinesische Reich zerfallen und aufgeteilt werden würde. Im übrigen ist die ostasiatische Politik des Deutschen Reiches ebenso wie die deutsche Politik jener Jahre überhaupt stets mit äußerster Vorsicht zu Werke gegangen, hat große Pläne niemals praktisch ins Auge gefaßt und hat an weitere Ausdehnung weder in Ostasien noch in anderen Weltteilen und Gegenden gedacht.

Für Großbritannien bedeutete die Verbreiterung des Bündnisses mit Japan im Vereine mit dessen zeitlicher Verlängerung eine Sicherung der britischen Position im fernen Osten und gleichzeitig eine Bindung Japans. Diese mußte um so wirksamer sein, als Japan durch großbritannisches Geld gebunden und für die schwere Zeit nach dem Kriege auf dieses angewiesen war. Anderseits war die Erbitterung in Japan dadurch gegen Deutschland wieder geschürt worden, daß der amerikanische Präsident Roosevelt und die großbritannische Regierung auf den Deutschen Kaiser als denjenigen hinwiesen, der in erster Linie dazu beigetragen habe, daß im Herbst 1905 die Mächte versuchten, den ostasiatischen Krieg zu beenden und die Verhandlungen dadurch zu beschleunigen, daß Japan keine Kriegsentschädigung von Rußland erhielt.

In Europa benutzten König Eduard und die in Betracht kommenden Minister schon im Jahre 1905 die marokkanische Spannung, um zwischen Frankreich und Großbritannien die Grundlagen zu einer Militär- und Marinekonvention zu legen. Der erwähnte und durch die Enthüllungen Delcassés zunächst in die Öffentlichkeit gebrachte Plan, 100 000 Mann großbritannischer Truppen für den Kriegsfall an der schleswig-holsteinischen oder der jütländischen Küste zu landen, soll ursprünglich ein eigenmächtig von König Eduard gemachtes Angebot und Versprechen gewesen sein. Seine Autorität und sein Ansehen in Großbritannien waren damals so groß, daß er sich derartiges wohl leisten konnte in der Gewißheit, daß das Parlament und das Kabinett eintretendenfalls ohne Zweifel ihre Zustimmung geben würden. Ohne Zweifel haben sich auch die militärischen und maritimen Autoritäten mit den Einzelheiten zu befassen begonnen. Die Erörterungen führten schon im Frühjahr 1906 zur Hineinbeziehung Belgiens. Die kurz nach Beginn des Krieges 1914/15 vorgefundenen Dokumente liefern gerade für dieses geschichtlich wichtige und politisch interessante Kapitel unanfechtbares Material:

Mitte Januar 1906 erschien der großbritannische Militärattaché Barnardiston bei dem belgischen Generalstabschef General Ducarne und wies auf die Gefahr eines baldigen Kriegsausbruches hin. Das ist, beiläufig bemerkt, ein neuer Beweis dafür, daß die großbritannische Regierung entschlossen war, jeden ernsthaften Widerstand der deutschen Politik während der Konferenz zu Algeciras zur Entfesselung eines europäischen Krieges gegen Deutschland zu benutzen. Der großbritannische Attaché erklärte dazu, man habe für den Fall, daß Belgien angegriffen würde, die Landung von 100 000 Mann großbritannischer Truppen vorgesehen, und zwar sollten diese in der Gegend von Dünkirchen und Calais landen. Antwerpen werde man später als Verpflegungsbasis benutzen, nachdem die Nordsee von deutschen Kriegsschiffen gesäubert worden sei. Diese Besprechungen wurden in der Folge auf alle militärischen und technischen Einzelheiten ausgedehnt. Im Herbste des gleichen Jahres 1906 trafen der großbritannische und der belgische Generalstabschef im Manöver zusammen, und der Brite versicherte dem Belgier, daß die Reorganisation der britischen Armee nicht nur die Landung von 150 000 Mann anstatt 100 000 ermögliche, sondern daß die Festlandaktion des Heeres in kürzerer Zeit gewährleistet sein werde, als man vorher angenommen habe. — Vorgreifend sei an dieser Stelle schon bemerkt, daß aus einem aufgefundenen belgischen Schriftstücke vom Jahre 1912, nach der letzten Marokkokrisis, der derzeitige britische Militärattaché auf eine belgische Einwendung erklärt hat, man würde auch ohne Belgiens Zustimmung „auf jeden Fall" gelandet und durch Belgien marschiert sein.

Der in der Spannungszeit improvisierte Plan einer Landung an der schleswig-holsteinischen oder jütländischen Küste war also fallen gelassen worden zugunsten einer Landung in der Gegend von Calais, gefolgt von beschleunigtem Marsche nach Belgien im Vereine mit französischen Truppen. Diese sollten dann unter Mitreißung der belgischen Armee von Nordwesten aus in deutsches Gebiet nach dem Rheinlande angriffsweise vorstoßen. Die Einzelheiten dieser Abmachungen und diejenigen der Fragen belgischer Neutralität können in diesem Rahmen nicht erörtert werden, sondern bleiben einer speziellen *Vorgeschichte des Krieges* 1914/15 vorbehalten. Hier kommt es nur auf die Feststellung der Tatsachen an, daß vom Beginn des Jahres 1906 an, wenn nicht formal, so doch de facto eine großbritannisch-französisch-belgische Militärkonvention bestand. Sie ist seitdem durch fortgesetzte Besprechungen der maßgebenden militärischen und politischen Persönlichkeiten auf dem laufenden gehalten und immer sorgfältiger ausgestaltet worden.

Belgien gravitierte damals schon politisch ganz nach der französischen Seite hin, und die politische Leitung ebenso wie die größere Menge der

Bevölkerung ließ sich widerstandslos von Großbritannien und Frankreich mit Furcht und Mißtrauen gegen Deutschland erfüllen. Die englische und französische Presse ließ nicht nach, den Belgiern zu predigen, daß Deutschland nur auf den Augenblick warte, um Belgien zu annektieren, und im Falle des ebenso sicher bevorstehenden deutschen Angriffskrieges gegen Frankreich würden deutsche Armeen zweifellos die belgische Neutralität verletzen. So ließ das zur Neutralität durch internationale Verträge verpflichtete Belgien sich zur Verletzung dieser seiner Pflichten veranlassen, indem es mit den beiden Westmächten die Militärkonventionen abschloß und sie nach allen Seiten sorgfältig geheimhielt. Für Großbritannien und Frankreich und ihre gemeinsamen Zukunftspläne im Hinblick auf das Deutsche Reich war diese Gewinnung Belgiens ein großer Erfolg. Ob es damals in Belgien an den leitenden Stellen Staatsmänner gab, welche dieser Bindung durch England und Frankreich entgegen waren, ist nicht bekannt, aber möglich, nach einigen Äußerungen des belgischen Gesandten zu Berlin, Baron Greindl, zu schließen. Außer Zweifel steht dagegen, daß nach den skizzierten Vorgängen weder das belgische Heer, noch die Bevölkerung, noch die Regierung der Versuchung Widerstand geleistet haben würden, sich von den britischen und französischen Truppen zum Angriffe auf das deutsche Gebiet fortreißen zu lassen. Wieweit man an den leitenden deutschen Stellen über diese Lage der Dinge unterrichtet gewesen ist, steht dahin. Über die belgischen Abmachungen mit Frankreich und Großbritannien wird man schwerlich Genaues gewußt haben, dagegen über die Intimität des Verhältnisses und anderseits über die belgische Abneigung gegen Deutschland nicht im Zweifel gewesen sein.

Um dieselbe Zeit hat Großbritannien Versuche gemacht, die Regierung der Niederlande zu ähnlichen Abmachungen zu bewegen. Auch die Neutralität Hollands wollte Großbritannien durch Landung von Truppen großmütig gegen die von ihm behaupteten deutschen Einfallsabsichten schützen. Wie aus den Brüsseler Dokumenten hervorgeht, war es die Absicht des britischen Generalstabes, nach Landung der Truppen an der französischen Küste in Antwerpen eine Verpflegungsbasis herzurichten und zu unterhalten, mit anderen Worten, alles, was zu diesem Zwecke an Proviant, Material usw. notwendig war, auf Schiffen durch die Nordsee und die Schelde hinauf nach Antwerpen zu befördern. Da die Scheldemündung aber holländisches Territorialgewässer war, so hätte hierzu erst die Genehmigung Hollands gegeben werden, mithin Holland aus seiner Neutralität heraustreten müssen, oder aber Großbritannien hätte durch Erzwingung der Durchfahrt seinerseits die Neutralität der Niederlande verletzen müssen. 1906 fanden die großbritannischen Bemühungen den Niederlanden gegenüber kein Entgegenkommen. Wir haben vorher gesehen, wie

auch Dänemark gelegentlich des britischen Flottenbesuches 1905 durch den Mund des Kommandeurs Bluhme erklärte, es wolle in korrekter Neutralität nach allen Seiten hin seine Unabhängigkeit wahren.

Um so erfolgreicher hatte die großbritannische Politik auf der skandinavischen Halbinsel gearbeitet. Die alten norwegischen Eifersüchteleien gegen Schweden und die damit verbundenen Wünsche, sich von Schweden zu trennen und ein selbständiges Norwegen zu bilden, fanden eifrige Unterstützung von britischer Seite. Nach altbewährten englischen Methoden wurde die norwegische Presse beeinflußt und beherrscht und so allmählich eine Stimmung erzeugt, die es im Jahre 1905 zur tatsächlichen Trennung von Schweden kommen ließ. Ein dänischer Prinz, der eine großbritannische Prinzessin zur Gattin hatte, gelangte auf den norwegischen Thron. Damit hatte König Eduard aus einem einheitlich in deutschfreundlichem Sinne geleiteten Skandinavien zwei Staaten gemacht, von denen der eine, Schweden, erheblich geschwächt war, der andere, Norwegen, mit seiner langen atlantischen und Nordseeküste ganz unter großbritannischem Einflusse stand. Die britische Presse unterließ keine Gelegenheit, das norwegische Mißtrauen gegen Deutschland zu schüren und nahm zum Anlasse hierzu insonderheit die Besuche Kaiser Wilhelms und die häufigen Aufenthalte deutscher Geschwader in norwegischen Gewässern und Häfen. Die Deutschen, so erzählte man den Norwegern, wollten in einem europäischen Kriege norwegische Häfen besetzen und benutzen, und die Besuche in Friedenszeiten sollten dazu dienen, solche Häfen und Stützpunkte auszukundschaften.

Bei alledem stand im Jahre 1906 das deutsch-britische Verhältnis äußerlich im Zeichen der Entspannung. Im August des gleichen Jahres traf König Eduard von England mit Kaiser Wilhelm zu Homburg zusammen, und wie immer derartige Zusammenkünfte, verlief auch diese befriedigend, denn man läßt solche nicht stattfinden, sofern nicht die Sicherheit befriedigenden Verlaufes unbedingt besteht. Es war eine Zusammenkunft, kein Besuch des Königs. Einen solchen hat König Eduard erst drei Jahre später gemacht. Immerhin bedeutete diese Zusammenkunft die Wiederaufnahme persönlicher Beziehungen zwischen den beiden Monarchen. Auch die britische Regierung als solche schien damals nach ihren Erfolgen von Algeciras und angesichts des immer allgemeiner werdenden Umschwunges in Europa zugunsten Großbritanniens der Meinung, man könne es nun mit Vorteil dem Deutschen Reiche gegenüber auch einmal mit Zuckerbrot versuchen. Grey soll sich zu einer Besserung der Beziehungen bereit erklärt haben, freilich unter der Bedingung, daß Deutschland den Franzosen in Marokko keine Schwierigkeiten in den Weg lege. Damals tauchte zuerst der später in Deutschland so bekannt gewordene Lord Haldane als Freundschafts- und Verständigungsstifter auf. Im Jahre

1906 war er Kriegsminister und stellte sich die Aufgabe einer gründlichen Reorganisation der britischen Armee. Haldane gehörte zu denjenigen Personen des großbritannischen Kabinettes, welche über Inhalt und Zweck der großbritannisch-französisch-belgischen Besprechungen und Konventionen nicht nur unterrichtet, sondern an erster Stelle an ihnen beteiligt waren. Er betrachtete insbesondere als seine Aufgabe, eine Organisation zu schaffen, die für den Kriegsfall in kürzester Zeit gestattete, eine möglichst große Expeditionsarmee nach dem Festlande hinüberzuwerfen. Um diese in Anbetracht der eigentümlichen großbritannischen Verhältnisse schwierige Aufgabe leichter lösen zu können, erwirkte Haldane sich bei der deutschen Regierung die Erlaubnis, das deutsche Militärwesen in Berlin mit Hilfe der Behörden gründlich zu studieren. Die Erlaubnis wurde harmlos und wahrscheinlich erfreut ob dieses englischen Annäherungsbeweises gegeben, und so hatte der großbritannische Kriegsminister eine ausländischen Kriegsministern wohl selten zu Gebote stehende Gelegenheit, die deutschen Militäreinrichtungen gründlich an der Quelle kennenzulernen. Das war für Großbritannien und seinen Bundesgenossen Frankreich, da sie beide Deutschland als zukünftigen Gegner ansahen, von hoher Wichtigkeit. Außerdem konnte Haldane aus seinem Studium des deutschen Militärwesens wertvolle Erfahrungen und Ergebnisse gewinnen, um die britische Expeditionsarmee zu organisieren, welche im nächsten Kriege gegen deutsche Truppen zu kämpfen bestimmt war. Erkenntlich zeigte sich Haldane nach seiner Rückkehr auf großbritannischen Boden durch Reden, in denen er erklärte, die Beziehungen zum Deutschen Reiche hätten sich gebessert. In Deutschland herrschte, wie stets bei solchen Gelegenheiten, leichtfertig vertrauensvolle und hoffnungsvolle Stimmung. Man glaubte ernsthaft, es handle sich um Mißverständnisse zwischen den beiden Ländern, die mit Ruhe und gutem Willen geklärt werden könnten, außerdem um böswillige Kriegshetzerei vereinzelter oder durch die Industrie beeinflußter Chauvinisten auf beiden Seiten. Der großbritannische Kriegsminister, Campbell-Bannerman, begann im Jahre 1906 die Frage anzuregen, ob es nicht angezeigt sei, auf einer zu berufenden internationalen Friedenskonferenz über die Frage einer Einschränkung der Rüstungen zu sprechen. Die Vorgeschichte dieser Konferenz ging auf das Jahr 1898 bzw. die erste Haager Konferenz zurück.

Damals ging die Anregung zu einer internationalen Friedenskonferenz vom russischen Zaren Nikolaus II. aus. In dem Rundschreiben, das durch den Minister Grafen Muraview an die Mächte gelangte, wurde eine internationale Konferenz vorgeschlagen, „um die wirksamsten Mittel zu suchen, um allen Völkern die Wohltaten wahren und dauernden Friedens zu sichern und vor allem der fortschreitenden Entwicklung der gegenwärtigen

Rüstungen ein Ziel zu setzen". — Welche eigentlichen Gründe den Zaren und seine Ratgeber zu dieser Kundgebung bewogen haben, mag dahingestellt bleiben, auf alle Fälle waren sie nicht so idealistischer Natur, wie sie von pazifistischer Seite hingestellt zu werden pflegen, anderseits auch ohne die realpolitische Bedeutung, welche von manchen behauptet wurde. Daß die Berufung der Konferenz bzw. das zarische Rundschreiben in der Faschodaaffäre und in den russisch-englischen Schwierigkeiten in Asien einen beschwichtigenden Einfluß auf Großbritannien gehabt haben sollte, ist ausgeschlossen. — Das Rundschreiben wurde sympathisch und grundsätzlich zustimmend von den Mächten beantwortet, jedoch standen sie beinahe alle den Vorschlägen selbst skeptisch gegenüber. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" äußerte halbamtlich starke Zweifel an der Aufrichtigkeit Frankreichs schon hinsichtlich des Wunsches, den Frieden zu erhalten, da die gesamte Pariser Presse übereinstimmend die Ansicht aussprach: nur durch Revision des Frankfurter Friedens könnten die Wege zu einer wirklichen Verständigung geebnet werden. Das deutsche Regierungsblatt erklärte, daß angesichts einer solchen französischen Auffassung von vornherein jede Möglichkeit einer Verwirklichung des Abrüstungsgedankens in weite Ferne gerückt sei, denn die Unantastbarkeit des nationalen Bestandes des Deutschen Reiches auf Grund des Frankfurter Friedens sei der Standpunkt, von dem allein Deutschland sich an Erörterungen über Herabsetzung der Rüstungen beteiligen könne. — Beiläufig bemerkt war jene einmütige französische Stellungnahme wiederum ein Beweis, daß Frankreich alle anderen politischen Fragen, wie Verstimmungen mit England usw., zurückstellte, sobald die Frage der Revanche oder ihres Aufgebens auch nur am Horizonte erschien.

Nach der ersten Haager Friedenskonferenz wurde von den Pazifizisten aller Länder die Agitation für internationale Verhandlungen solcher Art fortgesetzt. Im besonderen machte sich die interparlamentarische Konferenz, welche jedes Jahr in einer anderen Stadt zu tagen pflegt, die Friedens- und Schiedsgerichtspropaganda zur Aufgabe. 1904 wurde die interparlamentarische Konferenz in den Vereinigten Staaten zu St. Louis abgehalten. Bei dieser Gelegenheit wandte sie sich an den Präsidenten der Vereinigten Staaten, Mr. Roosevelt, mit der Bitte, sobald wie möglich den Zusammentritt einer zweiten Friedenskonferenz zu veranlassen. Der damalige Staatssekretär des Auswärtigen der Vereinigten Staaten, Mr. Hay, wandte sich daraufhin an die sämtlichen Unterzeichner der Haager Akte von 1899 mit der Aufforderung, sobald wie möglich eine neue Konferenz zu beschicken. Die Aufforderung fand die obligate mehr oder minder matte Zustimmung. Die russische Regierung sprach den Wunsch einer Vertagung der Konferenz bis nach Beendigung des Russisch-Japa-

nischen Krieges aus. Dieser fand durch den Frieden von Portsmouth August 1905 seinen Abschluß, und nun erklärte auch die russische Regierung sich bereit, nahm außerdem die Äußerlichkeiten der Veranstaltung ebenso in die Hand wie vor der ersten Haager Konferenz. Im Frühjahr 1906 sandte die Petersburger Regierung den Entwurf eines Programmes für die abzuhaltende zweite Haager Konferenz an die Mächte. Dieses Programm erstreckte sich namentlich auf eine Anzahl von Problemen rechtlicher Natur, zumal des Seekrieges. Außerdem wies der russische Programmentwurf als Aufgabe für die Konferenz auf: Vervollkommnung der Bestimmungen, welche nach dem Beschlusse der ersten Konferenz zur Beilegung internationaler Streitfälle auf schiedsgerichtlichem Wege dienen sollten. Als Neuheit für das Programm der Konferenz kam die Absicht Großbritanniens hinzu, die Frage einer Einschränkung der Seerüstungen der Mächte auf der Konferenz zu behandeln. Dieses hatte die folgenden Gründe: In einem vorigen Kapitel wurde auf die militärische Bedeutung des Überganges zu der sogenannten Dreadnoughtpolitik hingewiesen. Großbritannien war damit vorangegangen und hatte damit ein ungewöhnlich hohes Maß an Kraftüberlegenheit seiner Flotte, den anderen Seemächten gegenüber, gewonnen. Der Name Dreadnought bedeutete in der Folge nicht nur den Namen für ein einziges Schiff, sondern wurde die Bezeichnung für eine große Kategorie, ja für eine neue Epoche des Baues großer Kampfschiffe. Das militärisch und technisch Epochemachende an dem Typ lag vor allem in der Artilleriebestückung: während vorher die Bestückung der englischen und der anderen Schlachtschiffe sich aus vier schweren Geschützen und einer Anzahl sogenannter halbschwerer, mittlerer und leichter Kaliber zusammensetzte, erhielt die Dreadnought zehn schwere Geschütze, also das Zweieinhalbfache des bisher üblichen Maßes, keine mittlere Artillerie und nur eine Anzahl ganz leichter Geschütze. Die Geschwindigkeit des neuen Schiffes war ungewöhnlich hoch. Seine Größe, gemessen wie immer in den Kriegsflotten nach der Wasserverdrängung, übertraf infolge der gewaltigen Anforderungen der Artillerie und Geschwindigkeit an Raum und Gewicht die aller bisher gebauten Schlachtschiffe in Großbritannien nicht unbeträchtlich, diejenigen anderer Marinen aber um ein sehr bedeutendes Maß. Ähnlich stand es mit den neuen sogenannten Dreadnoughtkreuzern (Schlachtkreuzern). Diese neuen Schiffsklassen verkörperten durch ihre Artillerie und überlegene Geschwindigkeit die Voraussetzung zu jenem Programme des früheren Admiralitätsbeamten Mr. Lee: die britischen Kriegsschiffe müssen früher an der Küste des Gegners sein als die Nachricht vom Beginn der Feindseligkeiten in den Zeitungen des gegnerischen Landes. Sie verkörperten das Prinzip des Angriffes, des überraschenden, vernichtenden „ersten Schlages“.

Die übrigen Seemächte sahen sich, wie an anderer Stelle ausgeführt wurde, nicht in der Lage, ohne weiteres und sofort „Dreadnoughts“ zu bauen. So mag die britische Regierung tatsächlich eine Zeitlang geglaubt haben, England habe mit der „Dreadnought“ das „letzte Wort“ gesprochen: zur gewaltigen zahlenmäßigen Überlegenheit der britischen Flotte an Vordreadnoughtschiffen kam nunmehr die enorme qualitative Überlegenheit dieser ganz neuen Klasse hinzu. Die Vertreter des liberalen Kabinettes in England glaubten deshalb den Augenblick gekommen, die Flottenlasten vermindern und gleichzeitig die neue große Überlegenheit der britischen Flotte den anderen gegenüber voll und dauernd aufrechterhalten zu können. Diese Preisaufgabe wollte man auf dem Wege einer „internationalen Verständigung“ und Festlegung lösen.

Im Laufe des Jahres 1906 wurde in der britischen Presse und im Parlamente die Frage der Rüstungseinschränkungen lebhaft erörtert. Die Vertreter der Regierung, an der Spitze Campbell-Bannerman, sprachen sich mit Bestimmtheit und Eifer für eine solche Anregung aus. Ende Mai 1906 äußerte sich der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amte, Lord Fitzmaurice, im Oberhause:

Er verkannte nicht die Schwierigkeit, „einen einheitlichen Maßstab für die Herabsetzung der Rüstungen zu erzielen und einen Gerichtshof zu finden, der zu entscheiden hätte, ob dieser einheitliche Grundsatz von allen in Betracht kommenden Mächten richtig angewendet werde“. Gleichwohl hielt die britische Regierung diese einheitliche Regelung für möglich und notwendig. Ihre Vertreter führten an, daß Großbritannien sein derzeitiges Jahresbauprogramm erheblich herabgesetzt und damit die Aufrichtigkeit seines Willens und Vorhabens bewiesen habe. Lord Fitzmaurice wies in seiner geschichtlich interessanten Rede auch auf deutsche Stimmen hin, die geäußert hätten, gerade Deutschland müsse wegen seiner geographischen Lage, seiner Nachbarn usw. hinsichtlich seiner Rüstungsbedürfnisse mit anderem Maße gemessen werden als Großbritannien, besonders auch im Hinblick auf die geschichtliche Vergangenheit Deutschlands. Dazu sagte Lord Fitzmaurice: „Wir können, indem wir diese Schwierigkeiten anerkennen und versuchen, die Lage der anderen Nationen zu verstehen, Einspruch erheben gegen jede weitere Vermehrung der Flottenrüstungen durch irgendeine europäische Macht unter dem irrtümlichen Eindrucke, daß wir versuchten, Vorbereitungen zu einem großen Schlage zur See oder zu einem Angriffsakte zu treffen. Wir haben das Recht zu protestieren, weil von England kein Angriffsakt geplant wird, auch keine solche Handlung vom englischen Volke geduldet werden würde. Ich hege die Zuversicht, daß die heutige Verhandlung als eine Einladung an die anderen Länder auf-

gefaßt werden möge: unserer Aufforderung zugunsten einer Herabsetzung der Rüstungen zu entsprechen!"

Der britische Standpunkt war da klar zum Ausdrucke gekommen:

Weil die britische Regierung Glauben bei den anderen Nationen für ihre Versicherung verlangte, sie werde niemanden angreifen, konnte sie nach ihrer Ansicht Protest dagegen erheben, daß andere Nationen — gemeint war immer Deutschland — ihre Seerüstungen mit der Begründung vermehrten, sich gegen die Möglichkeit eines britischen Angriffes zu sichern. — Die Anspielung des Unterstaatssekretärs auf den „großen Schlag" sollte eine Desavouierung des vormaligen Zivillords der Admiralität, Mr. Lee, bedeuten. Überhaupt war die ganze Rede im Grunde nichts als eine Beschwörung Deutschlands: von seinen Rüstungen abzulassen. Zum ersten Male wurde damals im Frühsommer 1906 jenes einzigartige Ansinnen an eine fremde unbesiegte Großmacht mit der ebenso einzigartigen Begründung gestellt: ihre Seerüstungen einzuschränken, weil England nicht beabsichtige, sie anzugreifen! Die britische Flotte war ungefähr um das Dreifache stärker als die deutsche. Man kannte aber das deutsche Bauprogramm und konnte ohne Prophetengabe berechnen, daß England von Jahr zu Jahr größere Opfer für die Flotte werde bringen müssen, wenn die deutsche Marine, die der Vereinigten Staaten, die Japans und die Frankreichs ihre Rüstungen fortsetzten. Deshalb war es, von dem Standpunkte der britischen Staatsmänner aus gesehen, am wünschenswertesten, den damaligen Stand der britischen Überlegenheit zur See, in erster Linie der Nordseewacht Deutschland gegenüber, ohne größere, wenn möglich mit geringeren Flottenkosten aufrechtzuerhalten. Den Weg hierzu erblickte Mr. Campbell-Bannerman in einer internationalen Festlegung.

In Deutschland war man sich wohl immer darüber klar gewesen, daß die deutsche Flottenbaupolitik nicht von freudiger Zustimmung Großbritanniens begleitet werden würde. Diese deutsche Marinepolitik, verkörpert durch das Flottengesetz von 1900, hatte sich das Ziel gesetzt, die deutsche Flotte aus einer unbeachtlichen Größe zu einem Machtfaktor zu machen. Sie sollte so stark werden, daß auch die größte Seemacht einen Kampf mit ihr als ein bedenkliches Risiko anzusehen genötigt wäre. Die großbritannische Geschichte zeigt ausnahmslos die gleiche Erscheinung, daß Großbritannien jede neu erstehende, auf gesunder Grundlage erwachsende Seemacht mit Ärger und Unruhe und die entsprechende Marinepolitik des betreffenden Landes mit Mißtrauen und steigendem Hasse begleitet. Die deutsche Flotte war so klein, die großbritannische ihr um so viel überlegen, daß die britische Regierung und Presse einer tief angelegten und ebenso dauernd wie raffiniert betriebenen Propaganda bedurfte, um den Durchschnitt der großbritannischen Bevölkerung von der sinnlosen Behauptung zu überzeugen:

das Deutsche Reich baue seine Flotte, um Großbritannien anzugreifen. Diese Agitation, von der später noch zu reden sein wird, hat bei denen, die sie erfanden und betrieben, niemals auf aufrichtigem Glauben an solche deutschen Pläne beruht. Man wollte aber die eigene Bevölkerung und außerdem die kleineren Staaten Europas daran glauben machen. Die Legende vom angriffslustigen Deutschland sollte auch nach dieser Seite hin aufrechterhalten und ergänzt werden. Dabei war keinem Fachmann, keinem Politiker, ja keinem unparteiischen Beurteiler überhaupt auch nur einen Augenblick unklar, daß das Deutsche Reich niemals die mindeste Aussicht habe, auch bei stärkster Anspannung des Flottenbaues Großbritannien angreifen zu können. Ebenso klar lag anderseits auf der Hand, daß Deutschland mit der Lage seiner Häfen und Küsten, mit seinem großen Überseehandel und seinen Kolonien einem englischen Angriffe annähernd schutzlos gegenüberstand.

Aus diesen Gründen und in Erinnerung ebensowohl an die Delcasséschen Enthüllungen, wie an die entschlossen deutschgegnerische britische Politik der letzten Jahre erregte die englische Zumutung einer Einschränkung der Seerüstungen großes Befremden in Deutschland. Schon die Zumutung der großbritannischen Regierung hatte etwas von einem Druck an sich, mochte noch so oft gerade dieser Charakter von der britischen Regierung in Abrede gestellt werden und mochte auch noch so oft Mr. Campbell-Bannerman bieder und wohlwollend erklären: Großbritannien wünsche lediglich Frieden und Freundschaft überall, Erleichterung der Rüstungslasten und auf diese Weise erhöhte Sicherung des Weltfriedens. In Deutschland erkannte man in weiten Kreisen der Bevölkerung, daß das englische Manöver nur darauf abzielte, die Ohnmacht der deutschen Flotte dauernd festzulegen, und in der internationalen Konferenz das geeignete Mittel zur Erreichung dieses Zweckes zu erblicken glaubte. Die englische Anregung einer Erörterung der Rüstungsfrage auf der Konferenz ließ in Deutschland das Bild der Mächtegruppierung zu Algeciras erstehen und den begründeten Verdacht, Großbritannien wolle diese latent dauernd vorhandene Gruppierung benutzen, um das Deutsche Reich nunmehr im Haag zu majorisieren, wie vorher zu Algeciras. Anderseits stand von vornherein fest und war naturgemäß auch zu London genau bekannt, daß das Deutsche Reich sich in den Lebensfragen der Rüstung keinen internationalen Beschlüssen unterwerfen werde. Für diesen Fall der Ablehnung solcher Abrüstungsanträge, vielleicht überhaupt des Scheiterns der Konferenz würde das allgemeine Odium auf das Deutsche Reich und dessen Politik von Großbritannien und Genossen fallen. Man hätte gesagt, daß alle anderen Mächte bereit gewesen seien, dem Weltfrieden den Dienst einer Rüstungseinschränkung mindestens zur See zu leisten, —

nur Deutschland nicht. Daraus gehe einwandfrei hervor, daß Deutschland kriegerische und angriffsweise Absichten mit seinen Rüstungen verfolge — zumal es ja gar keiner Flotte bedürfe —, also der eigentliche Friedensbedroher Europas sei. Ein solches Odium zu vermeiden, mußte immerhin versucht werden.

Die deutsche Volksmeinung war, kurz ausgedrückt, ungefähr die folgende: Nachdem eine Verbindung von Mächten erfolgreich versucht hat, unter Englands Führung Deutschland diplomatisch und politisch zu überwältigen, will jetzt dieselbe Mächtegruppe versuchen, uns das Rückgrat unserer Lebenskraft als Nation, nämlich die Wehrkraft, zu schwächen. Eine starke Beunruhigung ging durch das deutsche Volk, erhöht durch das Gesamtbild der internationalen Lage, insbesondere die immer augenfälliger beginnende Verständigung zwischen Großbritannien und Rußland.

Umgekehrt war man in Großbritannien sehr verdrießlich und enttäuscht über das Ergebnis der Neuwahlen für den Deutschen Reichstag. Im Dezember 1906 war der Reichstag im Zeichen einer kolonialen Frage aufgelöst worden. In Großbritannien nicht nur, sondern auch in Frankreich und in anderen Staaten war die Auffassung verbreitet: die sozialdemokratische Partei werde enorm vermehrt in den Reichstag einziehen und damit eine parlamentarische Mehrheit entstehen, welche sich erfolgreich weigern würde, die Ausgaben für Heer, Flotte und Kolonien in der bisherigen Höhe, oder gar noch steigend, zu bewilligen. Man glaubte, es habe sich im deutschen Volke eine derartige Opposition hiergegen und gleichzeitig ein solcher Widerspruch gegen die Tätigkeit des Deutschen Kaisers gebildet, daß, möglicherweise unter Trennung des deutschen Südens vom Norden, eine allgemeine Schwächung und Zersplitterung des Deutschen Reiches und Volkes eintreten werde. Die großbritannischen Hoffnungen in dieser Hinsicht waren um so größer, weil man sich sagte, eine derartig negierende Mehrheit im Reichstage, welche ohnehin die Trägerin internationalisierender und pazifistischer Elemente sei, würde mit besonderer Bereitwilligkeit auf Anregungen zur Rüstungseinschränkung zur See eingehen. — Die Wahlen von 1906/07 machten bekanntlich allen diesen Hoffnungen ein Ende. Der neue Reichstag stand, geschlossener und verständnisvoller denn je gerade in der Rüstungsfrage da, zeigte außerdem im Vereine mit annähernd der gesamten Presse klares Verständnis für die Natur der neuen englischen Intrige.

Mitte Juli 1907 sollte die zweite Friedenskonferenz im Haag eröffnet werden. Ende April nahm der Reichskanzler Gelegenheit, die Rüstungsfrage in dieser Verbindung vor dem Reichstage zu behandeln:

Fürst Bülow führte aus, daß der Gedanke eines Stillstandes oder einer Verminderung der Rüstungen noch keine bestimmte Form im Pro-

gramm für die Haager Konferenz gewonnen hätte. Auch ein bestimmter Vorschlag sei noch nicht gemacht worden, nur hätten sich die britische Regierung, ferner die spanische und die der Vereinigten Staaten vorbehalten, diese Frage im Haag zur Erörterung zu bringen. Man sei sich schon auf der ersten Haager Konferenz darüber einig geworden, daß die Regierungen die Frage einer Einschränkung der Rüstungen zu prüfen hätten. Dessenungeachtet seien inzwischen greifbare Vorschläge nicht gemacht worden. „Solange aber nicht einmal eine sichere Hoffnung auf eine befriedigende Lösung dieser Frage und auf die Möglichkeit ihrer praktischen Durchführung besteht, vermag ich mir auch von einer Erörterung auf einer Konferenz nichts zu versprechen. Es liegt im Gegenteil die Gefahr vor, daß durch die Berührung jener widerstreitenden Interessen eine zweckwidrige Wirkung einträte. Ich kann nicht bestreiten, daß schon die Aussicht auf eine Behandlung dieser Frage auf der Konferenz keine beruhigende Wirkung auf die internationale Lage ausgeübt hat.“ Der Reichskanzler erörterte die Frage: ob es nicht, „um kriegerischen Schein zu vermeiden“, richtiger gewesen sei, sich an der Diskussion im Haag wenigstens zu beteiligen; er glaube aber, daß man auf diese Weise keinen besseren Schutz gegen ungerechte Verdächtigungen unserer Friedensliebe und keine aufrichtigere Anerkennung der deutschen Schutz- und Wehrbedürfnisse erreicht haben würde. „Dazu haben wir schon viel zu tendenziöse Verdächtigungen unserer friedlichen Absichten erlebt.“ Es sei dem Kanzler richtiger, klüger und auch würdiger erschienen, offen zu sagen: „An einer, nach unserer Überzeugung, wenn nicht bedenklichen, so doch unpraktischen Diskussion können wir uns nicht beteiligen.“

Der Reichstag stimmte dem Standpunkte des Kanzlers einschließlich des äußersten Flügels der bürgerlichen Linken ungeteilt zu. Überhaupt waren sich Regierung und Volksmeinung, abgesehen von der Sozialdemokratie, einig. Es handelte sich nicht um Flottenfanatismus, um Militarismus und Chauvinismus, sondern um das bestimmte und drängende Gefühl: Deutschland müsse die großen Lücken seiner Wehrkraft unbeirrt und unbedingt ausfüllen. Man erblickte in jedem Eingehen auf den englischen Vorschlag eine nationale Capitis diminutio, das Aufgeben der nationalen Selbständigkeit und derjenigen Freiheit der Entschlüsse, welche das Kennzeichen einer unabhängigen, unbesiegten Großmacht bildet. Man täuschte sich nicht darüber, daß das britische Ansinnen das Ende des deutschen Strebens nach Seegeltung und die Errichtung einer internationalen, britisch geleiteten Bevormundung der deutschen Rüstungspolitik bedeuten sollte. Man konnte sich trotz der bieder-versöhnlichen Sprechweise des britischen Premierministers der Erkenntnis nicht entschlagen, daß die großbritannische Politik der letzten Jahre in Europa und an allen Punkten der

Erde ihre Spitze gegen Deutschland richtete und daß König Eduard mit diesen seinen geschickten und ausdauernden Bestrebungen der Stimmung des weitüberwiegenden Teiles der großbritannischen Bevölkerung entsprach. Gewiß, in Deutschland waren sich verhältnismäßig nur enge Kreise über diese Tatsache wirklich klar, nur wenige erkannten das wirkliche Wesen des britisch-deutschen Gegensatzes und die eigentlichen Wurzeln des englischen Hasses. Deshalb glaubte man meist an Mißverständnisse und bildete sich treuherzig, wie der Vogel Strauß, ein, man brauche nur die Gefahr nicht zu sehen, damit sie nicht vorhanden sei. In der Rüstungsfrage und den Haager Anregungen Großbritanniens jedoch erblickte man auch in den versöhnungstrunkenen deutschen Kreisen den Versuch, den vom Reichstage bewilligten Flottenplan zu verstümmeln und ihm gewissermaßen das Rückgrat zu brechen.

Herr Campbell-Bannerman erklärte gekränkt — acht Tage nach der Bülowschen Rede —, er wisse wohl, daß England in den bösen Verdacht geraten sei, Deutschland durch Aufwerfen der Abrüstungsfrage in Verlegenheit bringen zu wollen. Dieser Verdacht sei aber ganz unbegründet. England habe nichts weiter versucht, als was andere Regierungen in maritim weniger günstiger Position auch versucht hätten. Mit diesen Eideshelfern meinte der Premierminister Spanien und die Vereinigten Staaten. Daß für ein Land wie Spanien jede allgemeine Verringerung der Seerüstungen nur erwünscht sein konnte, lag auf der Hand — denn Spanien besaß keine Flotte. Die Vereinigten Staaten von Amerika aber würden trotz ihrer beträchtlichen Flotte auf einer Konferenz sich immer vorteilhaft haben stellen können, unter Betonung ihrer riesigen Küstenausdehnung und ihrer Lage an zwei Ozeanen. Gerade die Küstenausdehnung und die Insularität der Lage hatte man englischerseits zur Grundlage der Rüstungsverständigungen machen wollen, um das kontinentale, nur eine geringe Küstenausdehnung aufweisende Deutsche Reich maritim besonders stark einschränken zu können.

Die Haager Konferenz trat Mitte Juli 1907 zusammen, das Deutsche Reich wurde durch den früheren Staatssekretär des Auswärtigen Amtes und derzeitigen Botschafter in Konstantinopel, Freiherrn v. Marschall, vertreten. Den Vorsitz führte wie auf der ersten Konferenz der Vertreter Rußlands, dieses Mal der russische Botschafter zu Paris, Nelidow. Die Weigerung des Deutschen Reiches, an einer Erörterung der Frage der Rüstungseinschränkung auf internationaler Grundlage teilzunehmen, hatte den Erfolg, eine solche Erörterung überhaupt zu vereiteln. Man fürchtete, daß sonst die Konferenz auseinandergehen oder es zum offenen Streite kommen werde. Die Sache erledigte sich schließlich in der Form, daß der britische Vertreter Sir Edward Fry auf einer Plenarsitzung einen Vortrag über

den Gegenstand hielt und der Konferenz eine Entschließung unterbreitete, die folgenden Wortlaut hatte: „Die zweite Friedenskonferenz bestätigt den auf der Konferenz von 1899 in Ansehung der Beschränkung der Militärlasten angenommenen Beschluß und erklärt im Hinblick darauf, daß die Militärlasten seit jenem Jahre in fast allen Ländern erheblich gewachsen sind, es für höchst wünschenswert, daß die Regierungen das ernste Studium dieser Frage wieder aufnehmen."

Die „Entschließung" war, wie man sieht, inhaltlos und nur bestimmt, das Gesicht der britischen Regierung einigermaßen zu wahren. Eine Erörterung in der Plenarsitzung oder in Teilsitzungen fand nicht statt.

Die Friedenskonferenz gab dem Deutschen Reiche durch seinen Vertreter Gelegenheit, in der Frage internationaler Schiedsgerichtsbarkeit führend vorzugehen. Es handelte sich um die Frage, ob die 1899 vereinbarten und inzwischen erprobten Schiedsgerichtsabkommen zwischen einzelnen Staaten erweitert werden sollten zu einem für alle Staaten verbindlichen Weltschiedsgerichtsvertrage. Bezeichnenderweise wurde ein dahingehender Vorschlag unter „Führung" Portugals, „unterstützt" von Großbritannien, den Vereinigten Staaten, Schweden und Serbien, der Konferenz vorgelegt. Dieser Weltschiedsgerichtsvertrag sollte Streitigkeiten begreifen, welche direkt diplomatisch nicht beigelegt werden konnten, auch die wesentlichen Interessen, die Unabhängigkeit der streitenden Parteien und die Interessen dritter Mächte nicht berührten.

Der Vertreter des Deutschen Reiches, Freiherr v. Marschall, lehnte den Antrag ab, mit der allgemeinen Begründung, daß ein Nutzen eines solchen Weltvertrages durch die bisher bestehenden Schiedsabkommen zwischen je zwei Staaten praktisch nicht erwiesen sei. Die deutsche Ansicht wurde auch durch eine Reihe anderer Mächte geteilt und ein positives Ergebnis nicht erzielt. Dagegen befürwortete der deutsche Vertreter zusammen mit den Vereinigten Staaten die Errichtung eines ständigen Schiedshofes im Haag und bezeichnete eine solche sogar als die eigentlich hauptsächliche Aufgabe der Konferenz. Auch hier kam es zu keinem Ergebnisse, weil über die Besetzung der Richterstellen keine Übereinstimmung erzielt werden konnte. Dagegen verhielt die Konferenz sich zustimmend zu einem amerikanischen Antrage, der sich gegen Gewaltanwendung bei Eintreibung von Schulden fremder Staaten durch Waffengewalt wendete. Dieser Antrag hatte ein Abkommen zur Folge, welches nach dem Namen des argentinischen Ministers Drago später als Dragodoktrin bekannt geworden ist. Das sei in diesem Zusammenhange beiläufig erwähnt, weil jener Antrag gewissermaßen eine Folge der geschilderten deutsch-englischen Venezuela-Unternehmung bildete. Auf den Beschluß der Konferenz, einen ständigen internationalen Prisenhof im Haag zu errichten, wird später zurückzukommen sein.

Die zweite Haager Konferenz bezeichnet in der skizzierten Hauptfrage einen Erfolg des Deutschen Reiches. Die Ablehnung der Besprechung des englischen Antrages über Rüstungseinschränkungen machte die englischen Absichten zunichte. Es hat damals auch deutsche Staatsmänner gegeben, welche meinten, es sei richtiger gewesen, wenn Deutschland sich ruhig auf eine internationale Besprechung über Rüstungseinschränkung eingelassen hätte; richtiger als eine Ablehnung von vornherein, welche die deutsche Politik mit dem Odium: im „Wettrüsten“ zu führen und letzten Endes einen Krieg zu wollen, belasten würde. Der Erfolg hat der Politik des Fürsten Bülow rechtgegeben. Das „Odium“ hat dem Deutschen Reiche nicht geschadet, vielmehr damals sein Ansehen gehoben, während eine Besprechung der Rüstungseinschränkungsfragen das Deutsche Reich leicht in eine ähnliche Lage wie bei Algeciras hätte bringen können.

Diese und sich daraus noch ergebende Möglichkeiten beurteilte Fürst Bülow durchaus richtig. Er wußte ebenfalls, daß Großbritannien das Manöver nur gemacht hatte, um das Deutsche Reich tunlichst in eine Zwangslage zu bringen. Will man aber auch von einer solchen Absicht absehen, so war das Bestreben großbritannischer Friedensfreunde für Deutschland immer gefährlich, denn Deutschland mußte erstarken, um leben zu können, während seine Nebenbuhler und Gegner das Gegenteil wünschten. Jede internationale Konferenz wurde von selbst ein konzentrischer Angriff beinahe aller Mächte auf das Deutsche Reich und seine Bestrebungen. Dieses „Leitmotiv“ trat während der Konferenz auch in anderen Fragen verschiedentlich hervor, besonders auch hinsichtlich der Verwendung von Kriegswaffen, welche anderen Mächten, zumal Großbritannien, unerwünscht erschienen; so die Verwendung von unterseeischen Minen usw. Die deutsche Politik und ihre Vertretung im Haag hat geschickt und energisch verstanden, alles abzuwenden und zu vereiteln, was dem Deutschen Reiche in Frieden und Krieg schädlich hätte werden können. In allen tatsächlich wichtigsten Programmpunkten hat damals die deutsche Regierung ihren Willen durchgesetzt, vielfach gegen starke Opposition. Es zeigte sich im Haag wie stets im Leben der Menschen und der Nationen, daß fester einheitlicher Wille den Erfolg in sich trägt.

## Das russisch-britische Abkommen und andere Abkommen.

Wir haben gesehen, wie das Deutsche Reich während dem Russisch-Japanischen Kriege eine Loyalität und freundschaftliche Neutralität dem russischen Nachbarn gegenüber beobachtete, wie sie wohlwollender nicht gedacht werden konnte. Das nach dem Kriege erschienene russische Generalstabswerk hebt nicht nur diese Tatsache hervor, sondern auch die weitere,

daß Rußland sich einer solchen deutschen Haltung vorher nicht versehen hatte. Diese deutsche zuverlässige Uneigennützigkeit gab Rußland an seinen europäischen Grenzen nicht nur eine unbedingte Sicherheit und Rückendeckung, sondern wurde auch der Grund, daß weder das Deutsche Reich noch Österreich-Ungarn die russische Notlage ausnutzten, auch nicht auf der Balkanhalbinsel und im Orient. Man konnte und kann das nach wie vor als überaus anständig und als loyal bezeichnen, aber gute Politik war es schwerlich. In der Besprechung der Marokkokrisis haben wir gesehen, daß die Politik des Deutschen Reiches aus dem alles beherrschenden Wunsche: den Frieden zu erhalten, heraus die Gelegenheit zur Schwächung Rußlands und seine Ohnmacht nicht benutzte, um mit Frankreich ein für allemal abzurechnen. Nach Osten hin bestand zum mindesten die Möglichkeit, die dortigen deutschen Grenzen, deren Ungunst der Krieg 1914/15 unvergeßlich gemacht hat, zu verbessern, Rußland mit Güte oder Gewalt zu zwingen, eine solche Grenzverbesserung zuzugeben. Ferner bestand, wie angedeutet, die Möglichkeit, vereint mit Österreich-Ungarn eine energische positive Orientpolitik zu treiben. Auf der Balkanhalbinsel wären damals alle Widerstände gering gewesen, und mit der Türkei hätte man über die wichtigsten Abschlüsse und Verbindungen einig werden können. Mit Rußland schließlich konnte man zu einer vorteilhaften Einigung über den großen deutschen Plan der Bagdadbahn gelangen. Die Politik des Deutschen Reiches hat nichts dieser Art erreicht noch versucht.

In vorhergehenden Abschnitten ist dargelegt worden, wie der Reichskanzler Fürst Hohenlohe und sein Nachfolger stetig und emsig bemüht gewesen waren, die unter Caprivi erfolgte Entfremdung zwischen dem Deutschen Reiche und Rußland wieder zu beseitigen. Eingetreten war jene Entfremdung durch die schroffe Wendung des deutschen Kurses unter Caprivi nach Großbritannien hin; bezeichnet durch den Anfangsakt: die Nichterneuerung des Bismarckschen Rückversicherungsvertrages. In Ostasien fanden sich die deutsche und die russische Politik wieder zueinander und arbeiteten seit dem Ende des Japanisch-Chinesischen Krieges dort bald in ausgesprochenem, bald in unausgesprochenem Gegensatze zur britischen Politik, außerdem zur japanischen und um den Preis des Verlustes japanischer Freundschaft und japanischen Vertrauens. In London hoffte man damals und Jahre nachher noch, Deutschland gerade für die ostasiatischen Fragen auf die britische Seite hinüberzuziehen, um für Großbritanniens Ostasienziele einen Helfer auf dem europäischen Festlande zu gewinnen, außerdem aus Gründen der allgemeinen Politik einen russisch-deutschen Gegensatz wieder zu erzeugen. Geschildert wurde, wie diese großbritannischen Bemühungen an dem konsequenten Bestreben des Fürsten Bülow scheiterten, einerseits Großbritannien gegenüber politisch unabhängig zu blei-

ben, ferner jeden Gegensatz zu Rußland zu vermeiden. Die russische Expansionspolitik im fernen Osten und der damit sich immer mehr verschärfende britisch-russische Gegensatz zwang den Fürsten Bülow, sich in der Mandschureifrage klar zu äußern und Stellung zu nehmen. Das war auch die Entscheidung über die Gestaltung der großbritannisch-deutschen Beziehungen. Die Entente Cordiale mit Frankreich wurde nach kurzer aktiver Vorbereitung mit außerordentlicher Schnelligkeit zur Tatsache. Zugleich aber setzte in der englischen Politik und Presse eine Bewegung ein, die, von kaltem Hasse gegen Deutschland getragen, auf eine Annäherung an Rußland hinarbeitete. Das hinderte die amtliche Politik Großbritanniens freilich nicht, die Konsequenz aus dem Bündnisse mit Japan zu ziehen und ziehen zu lassen: den Ausbruch des Russisch-Japanischen Krieges im Februar 1904. Als anderthalb Jahre später, im Herbst 1905, der Russisch-Japanische Krieg entschieden und zu Ende war, befand sich auch schon die russisch-britische Annäherung in vollem Gange. In Berlin freilich glaubte man damals noch nicht daran, ja, hielt die Annäherung für ausgeschlossen. Man meinte: eine Entente zwischen England und Rußland entbehre der notwendigen positiven Grundlagen, stehe außerdem im Widerspruche zu dem erweiterten russisch-japanischen Bündnisse — wir haben dieses oben erörtert — und entspreche schließlich nicht der damaligen russischen Politik. Außerdem hat man damals deutscherseits allem Anscheine nach im Vertrauen gelebt: die deutsche Haltung während des Russisch-Japanischen Krieges habe ein festes Band gegenseitigen Vertrauens und zuverlässiger Freundschaft, etwa im Sinne der alten preußisch-russischen Beziehungen geschaffen. Im Sommer 1905 kam Kaiser Wilhelm mit dem Zaren zusammen und die Unruhe der britischen Presse zeigte — damals vor der Algecieraskonferenz —, wie unerwünscht ein wirkliches russisch-deutsches Einvernehmen gewesen sein würde. Die Beunruhigung in London war nicht nötig gewesen, das zeigte u. a. die schroffe und feindliche Haltung der russischen Vertreter zu Algeciras im vollen Gegensatze zu den deutschen Wünschen und fest an der Seite Frankreichs wie Großbritanniens. Schon im Herbst 1905 aber schreibt der Berliner Gesandte Belgiens seiner Regierung: „Der Ton, auf den der Pressefeldzug in England im allgemeinen gestimmt ist, läßt erkennen, daß die Annäherung an Rußland nicht zum Zwecke einer Entspannung gewünscht wird, sondern aus deutschfeindlichen Beweggründen. Leider dürfte auch der König von England diese Ansicht teilen." — Es ist seit Jahren in Deutschland eine allgemein bekannte Wahrheit, daß diese Charakteristik der englischen Politik den Tatsachen entsprach. In Deutschland glaubte man damals nicht daran und wiegte sich in der Hoffnung auf eine Belohnung seiner guten Dienste während des Krieges und auf deutsch-russische Interessengemeinschaft. Algeciras scheint aller-

dings die deutschen Staatsmänner zweifelhaft gemacht zu haben, und ein Jahr später, am 30. April 1907, sprach Fürst Bülow schon öffentlich im Reichstage über die russisch-englischen Verhandlungen und sagte: man sähe ihrem Abschlusse, „gestützt auf Zusicherungen, die uns von beiden Seiten spontan gegeben worden sind, ohne Unruhe entgegen". Er, der Reichskanzler, nähme die Annäherung als das, was sie sei, nämlich als den Versuch, auf einem uns ziemlich fernliegenden Gebiete alte Streitfragen zu begleichen. „Ich nehme hier aber auch als die Bekräftigung eine Ansicht, ... nämlich, daß wir den Gegensatz zwischen Walfisch und Elefanten nicht als unveränderlichen Faktor in unsere politische Rechnung einstellen können. Es gibt überhaupt keinen Gegensatz zwischen zwei Mächten, den Deutschland dauernd als eine Gelegenheit für sich und als eine Ungelegenheit für andere ausnutzen könnte... Von Feindschaften anderer untereinander können wir überhaupt nicht leben."

Kurz vorher war ein russisches Geschwader zum Besuche in Portsmouth gewesen und dort mit einem Gepränge und demonstrativem Enthusiasmus empfangen worden, wie es nur bei politisch sehr bedeutungsvollen Besuchen solcher Art zu geschehen pflegt. Bekanntlich ist die Bedeutung solcher Besuche überaus verschieden und, jedenfalls, was den deutsch-englischen Geschwaderverkehr anlangt, gleich Null gewesen. — König Eduard ließ russische Offiziere und Mannschaften nach London einladen und dort feiern, und die britische Presse erklärte: die notwendige Folge der englisch-französischen Entente Cordiale sei eine englisch-russische Annäherung. Am 31. August 1907 wurde das englisch-russische Abkommen zu Petersburg unterzeichnet. Sein Inhalt war kurz der folgende:

Die beiden Mächte wollen jeden Anlaß zu Mißverständnissen in bezug auf Fragen beseitigen, die ihre Interessen auf dem asiatischen Festlande berühren. Sie verpflichten sich, die Unabhängigkeit und die Integrität Persiens zu achten und die Ruhe dort zu erhalten, ebenso wie die Handelsfreiheit. Auch verpflichten sie sich, keine politischen oder wirtschaftlichen Konzessionen in gewissen Teilen Persiens nachzusuchen. Persien wird in drei Zonen eingeteilt. Die nördliche Zone bildet das russische Interessengebiet, Mittelpersien ist die neutrale Zone, Südpersien die britische. Rußland anerkennt die Sonderstellung Großbritanniens im Persischen Golfe. Hinsichtlich Afghanistans desinteressiert sich Rußland, während England erklärt, den politischen Zustand Afghanistans nicht ändern zu wollen, Herrscher und Volk nicht gegen Rußland zu hetzen, keinen Teil von Afghanistan zu besetzen und sich nicht in dessen innere Angelegenheiten zu mischen. — Auch über Tibet einigte man sich.

Die Einzelheiten dieses Abkommens sind im Rahmen der großen Zusammenhänge minder wichtig, obgleich nicht unerwähnt bleiben darf, daß

durch die Einteilung Persiens in die drei Zonen, wie übrigens immer in solchen Fällen, die feierlich betonte Unabhängigkeit des Landes und die „Handelsfreiheit ohne Ungleichheit" eo ipso beseitigt wurden. Für die Aussichten des deutschen Handels in Persien war dieses ein vernichtender Schlag. Die Anerkennung der „britischen Sonderstellung im Persischen Golfe" gab der großbritannischen Politik die Zustimmung der russischen, sich am Persischen Golfe frei gegen die deutschen Bagdadbahnpläne zu betätigen; darauf wird noch zurückzukommen sein.

Die englisch-russischen Reibungen an ihren geographischen und Einflußgrenzen in Persien und in Mittelasien bestanden seit Jahrzehnten, man braucht nur den Namen Afghanistan zu nennen. Mehr als einmal waren diese Reibungen und Drohungen zu akuter Kriegsgefahr geworden, herbeigeführt — abgesehen von Nebenerscheinungen — durch die russische Tendenz, mittels Bahnbauten und Militärposten immer weiter in der Richtung auf Indien vorzudrängen. Die Bedrohung Indiens hatte bis zum Russisch-Japanischen Kriege von Zeit zu Zeit immer wieder einen Gegenstand ernster Unruhe in London gebildet. Man erblickte tatsächlich eine russische Gefahr für den indischen Besitz. In Persien hatte das russische Vordringen von Norden her die Reibungen mit Großbritannien besonders verbittert und zu einer ernsten Gefahrenquelle gemacht, kurz, die ganze gewaltige Zone vom Persischen Golfe bis Mittelasien einschließlich war für Großbritannien ein Gebiet der Beunruhigung und damit der Schwächung gewesen.

Durch den unglücklichen Krieg mit Japan war die russische Ausdehnungskraft und damit der Wille, sie auszuüben, gelähmt, beinahe erloschen. Zu den Niederlagen kam die Revolution im Innern. Die politischen Verhältnisse im Zarenreiche hatten im Laufe des Krieges begonnen, sich unter heftigen Krisen umzubilden. Die Schwächung Rußlands durch diese gleichzeitig äußere und innere Beanspruchung war schon während dem letzten Teile des Krieges so groß und wurde von den britischen Staatsmännern so klar erkannt, daß sie in den Friedensverhandlungen zu Portsmouth zusammen mit den Vereinigten Staaten eine weitere finanzielle Schwächung Rußlands durch Zahlung einer Kriegsentschädigung an Japan erfolgreich verhinderten: Rußland sollte nicht zu schwach, Japan nicht zu stark werden. Die russische Regierung empfand diesen Dienst der beiden angelsächsischen Mächte naturgemäß mit großer Genugtuung.

Die Erweiterung des britisch-japanischen Bündnisses (oben besprochen) sicherte für Großbritannien im Vereine mit Japan den Status quo in ganz Ostasien und enthielt gegen Rußland nichts Feindseliges unter der nunmehr begründeten Voraussetzung, daß Rußlands Ziele im fernen Osten für absehbare Zeit defensiver Natur blieben.

König Eduard und seine Berater, welche alle von vornherein nicht nur politisch, sondern auch persönlich einem freundlichen Verhältnisse zu Rußland alle Sympathie entgegenbrachten — König Eduard hatte sich als Prinz von Wales schon seit vielen Jahren angelegen sein lassen, seine Beziehungen zum russischen Hofe teils direkt, teils über Kopenhagen intim zu halten —, sahen den Augenblick gekommen. Die russische Gefahr für England war durch die Schlachten in der Mandschurei und durch die Seeschlacht bei Tsuschima zum Verschwinden gebracht worden, nun hieß es für die großbritannische Realpolitik: den geschlagenen Gegner durch Entgegenkommen und Freundschaft sich verbinden. Ein mächtiger und wirksamer Helfer zu diesem Ziele war schon seit Jahren die französische Politik und Diplomatie gewesen. Frankreichs Interesse, ein intimes Verhältnis zwischen dem neuen Freunde, Großbritannien, und Rußland, dem alten Verbündeten, herzustellen, lag auf der Hand. Einmal war für die französische Politik die bisherige Stellung zwischen dem verbündeten Rußland und dem befreundeten Großbritannien, welche in scharfem politischen Gegensatze zueinander standen, schwierig und peinlich, bisweilen eine politisch diplomatische Zwickmühle gewesen. Frankreich hatte zwischen Bündnispflichten und Ententepflichten, zwischen dem Wunsche, das eine Verhältnis intimer zu machen, das andere nicht erkalten zu lassen, einen Eiertanz bewerkstelligen müssen, den auf die Dauer erfolgreich durchzuführen, ausgeschlossen war. Zu dieser Erwägung kam die zweite: für Frankreichs Festlandsstellung, für seine gesamte Politik zu Wasser und zu Lande, vor allem für seine Revancheziele bedeutete es einen unermeßlichen Vorteil, wenn der alte britisch-russische Gegensatz verschwand oder zum mindesten dauerhaft überbrückt wurde. Hier traf sich das französische Ziel mit dem großbritannischen. Dieses Ziel war seit 1903 die Isolierung Deutschlands. Jede Maßnahme, jede Unterlassung der Politik König Eduards und seiner Regierung wurde unter diesem Gesichtspunkte gesehen, beurteilt und verwirklicht. Er beherrschte in der Tat die Politik Großbritanniens seit dem Jahre 1903. Daraus ergab sich ohne weiteres, daß die Leiter der großbritannischen Politik, ehe noch der ostasiatische Krieg zu Ende war, alles taten, um zu verhindern, daß eine engere deutsch-russische Annäherung einträte. Die entsagungsvoll freundschaftliche und loyale Politik des Deutschen Reiches, welche auch darauf verzichtet hatte, Rußland in der Stunde der Not zu binden, stand offenbar im Zeichen einer künftigen engen deutsch-russischen Freundschaft. Deutsche Staatsmänner haben sich begreiflicherweise über diese ihre Pläne und Hoffnungen später niemals ausgelassen, denn die Pläne und Hoffnungen waren eben gescheitert. Es ist aber kaum zu bezweifeln, daß man hoffte, nach 1905 an Rußland eine Stütze gegen Großbritannien und Frankreich zu erhalten.

Das hätte mit Sicherheit eine Schwächung des russisch-französischen Zweibundes bedeutet, vielleicht die Umgestaltung der europäischen Machtgruppierungen überhaupt. Man mag in Berlin um so mehr mit einer solchen Möglichkeit gerechnet haben, als in politischen und militärischen Kreisen Rußlands während der zweiten Hälfte des ostasiatischen Krieges Unzufriedenheit wegen Frankreichs lauer Bundesgenossenhilfe bestanden hat.

Alles in allem: ein deutsch-russischer Zweibund, vielleicht nach Art der früheren Rückversicherung, folglich unbeschadet des Dreibundes, brauchte nicht nur in Europa nichts zu scheuen, sondern wäre eine beherrschende Macht geworden. Das Problem für die deutsche Politik und Diplomatie würde darin gelegen haben, im Orient die Möglichkeit eines deutsch-russisch-österreichisch-ungarischen Zusammengehens zu schaffen... Das wäre sicher schwer gewesen, aber angesichts der damaligen Ungeklärtheit der Verhältnisse konnte man sich berechtigt halten, die Lösung des Problems jedenfalls für eine gewisse Reihe von Jahren als möglich zu betrachten und zu behandeln. Die deutsche Politik scheint geglaubt zu haben, diese Dinge würden sich mit einer gewissen Folgerichtigkeit von selbst entwickeln, und wird weitere Gründe für ihre Zuversicht aus dem Glauben abgeleitet haben, Rußland sei nicht mehr gefährlich wie früher, deswegen bestehe auch nicht mehr die Gefahr, daß ein enges Zusammengehen die Unabhängigkeit der deutschen Politik und damit des Deutschen Reiches in Frage stelle. Um so größer werde Rußlands Nutzen, um so nützlicher würde ein solches Zusammengehen für das Deutsche Reich sein.

In der Tat konnten auch nüchterne Beurteiler sich gegen Ende des Russisch-Japanischen Krieges dem Eindrucke kaum entziehen, daß die durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse für eine geschickt und entschlossen arbeitende, dabei sich ihres Zieles bewußte deutsche Politik reiche Aussichten boten, um die Stellung des Deutschen Reiches in Europa zu sichern und zu vergrößern. Desto tiefer war in Deutschland die Enttäuschung, zunächst über die Haltung der russischen Regierung und ihrer Vertreter zu Algeciras und dann über die immer offensichtlicher werdende britisch-russische Annäherung, welche durch die angeführten Worte des Fürsten Bülow am 30. April 1907 eine trübe Bestätigung erhielten. Die durch den britisch-russischen Zusammenschluß geschaffene europäische Lage bedeutete den Beginn einer neuen Epoche der europäischen Geschichte: den Zusammenschluß Großbritanniens mit den beiden europäischen Festlandmächten gegen das Deutsche Reich, zum Zwecke, das Deutsche Reich zu isolieren, und aus der Tatsache dieser Isolierung von Fall zu Fall die politischen und, wenn nötig, auch die kriegerischen Konsequenzen zu ziehen. Als Fürst Bülow im November 1907 noch einmal auf die englisch-russischen Abmachungen zurückkam, sagte er zum Schlusse seiner Ausführungen: „Ich

glaube, die Rolle des ruhigen Beobachters ist derjenigen des Propheten vorzuziehen ... Ich denke, wir sind alle der Ansicht, die beste Politik bleibt: auf dem Posten zu sein, wachsam zu sein und furchtlos." In diesen Worten lag das resignierte Bekenntnis, daß man der politischen Entwicklung, die unter Englands Führung seit vier Jahren eingeleitet worden war, um Deutschland zu isolieren, machtlos gegenüberstand. Der ungeheure Umschwung nicht nur der Stellung des Deutschen Reiches in Europa, sondern auch der Geltung der deutschen Diplomatie seit den Tagen des Bismarckschen Rückversicherungsvertrages konnte nicht deutlicher beleuchtet werden als durch solche Worte des Fürsten Bülow. Es ist müßig zu fragen und zu untersuchen, ob die Politik des Deutschen Reiches damals über Mittel verfügt hätte, um die Vereinigung Rußlands und Großbritanniens zu hindern. Tatsache bleibt, daß solche Mittel der deutschen Politik subjektiv nicht zur Verfügung standen und sie sich deshalb nach den Worten des Fürsten Bülow auf die vieldeutige Rolle angewiesen sah: „auf dem Posten zu sein, wachsam zu sein und furchtlos."

Es war nur natürlich und selbstverständlich, daß, nachdem das Unglück geschehen war, der leitende deutsche Staatsmann und die einschlägige Presse die Veränderung der Lage nach außen hin gleichgültig nahmen. Man konnte auch nicht vom Fürsten Bülow verlangen, daß er vor den Reichstag träte und dort etwa sagte: man habe das Mögliche getan, um den Lauf der Dinge zu hindern, aber leider ohne Erfolg. Vielleicht sind auch manche Vorwürfe, die damals in der deutschen Öffentlichkeit gerade dem Fürsten Bülow gemacht worden sind, unbegründet gewesen, und auf alle Fälle kann nicht bestritten werden, daß die Lage des Deutschen Reiches politisch in der Tat eine schwierige war. Diese wachsende Schwierigkeit lag aber, das muß immer wieder hervorgehoben werden, nicht zum wenigsten in der durch Algeciras gefestigten Überzeugung der anderen Mächte: das Deutsche Reich werde unter keinen Umständen Krieg führen und bei jeder Streitfrage alles vermeiden, sie zu einer ausgesprochenen Frage nationaler Ehre zu machen. Die in der Wurzel fehlerhafte deutsche Marokkopolitik und ihr Ausgang zu Algeciras hatte den gegnerischen Mächten jene Überzeugung gegeben, und darunter litten nicht nur die deutschen Bestrebungen in politischer und in wirtschaftlicher Hinsicht, sondern die Ringbildung der europäischen Mächte gegen das Deutsche Reich wurde damit begünstigt. In Frankreich entstand die Redewendung: das Deutsche Reich könne wohl bellen aber nicht beißen, man brauche nur fest aufzutreten, Ernst und Entschlossenheit zu zeigen, um alles von Deutschland zu erreichen, was man wolle. Der politische Pessimismus, welcher in jenen Jahren sich mehr und mehr der deutschen Bevölkerung bemächtigte, war mithin nicht ohne zureichenden Grund. Das Vertrauen auf die mili-

tärische Stärke des Deutschen Reiches gewährte gerade dafür keinen Trost, daß es der deutschen Politik unmöglich war, die antideutsche Ringbildung zu verhindern. Man fragte sich außerdem, wie es denn nur möglich gewesen sei, daß Rußland sich, anstatt mit dem bewährten Freunde Deutschland zusammenzuhalten, dem traditionellen Gegner aller russischen Bestrebungen angeschlossen habe.

Großbritannien hatte, ohne einen Mann und ohne ein Schiff zu riskieren, einen Krieg gegen Rußland gewonnen. Japan hatte ihn ausgefochten. Der Krieg war im russischen Volke von Anfang bis zu Ende nicht populär gewesen, und daher kam es, zum Teil wenigstens, daß eigentlich nicht, wie es sonst zu erwarten gewesen wäre, tiefe Erbitterung in Rußland gegen Großbritannien vorhanden war. Ja selbst gegen Japan bestand eine solche Erbitterung nach dem Kriege nur in sehr kleinen russischen Kreisen. Mit der Expansionspolitik im fernen Osten war es für Rußland vorläufig zu Ende. In eben diesen Expansionsbestrebungen hatten in erster Linie die Gegensätze zu Großbritannien sich begründet. Nun kam die großbritannische Politik, machte Rußland durch das Abkommen von 1907 große Zugeständnisse in Mittelasien, hauptsächlich aber in Persien und — was freilich nicht im Abkommen geschrieben stand — bot dem Russischen Reiche eine gemeinsame Balkan- und Orientpolitik an. Was die asiatischen Grenzabkommen anlangte, so konnte es den Leitern des Russischen Reiches damals nur erwünscht sein, daß jene Reibungsflächen mit Großbritannien bis auf weiteres verschwänden. Das Abkommen über Persien endlich bedeutete einen sehr erheblichen Verzicht Großbritanniens zu Rußlands Gunsten, denn man überließ das vorher scharf umstrittene dicht bevölkerte und städtereiche Nordpersien an Rußland und befreite Rußland damit gleichzeitig von wirtschaftlichem Wettbewerbe dritter Mächte eben in Nordpersien. Das Abkommen war mithin für Rußland nicht nur im allgemeinen vorteilhaft, sondern bot sofortige greifbare und abschätzbare Vorteile. Das ließ sich nicht bestreiten. Genau umgekehrt war es auf der großbritannischen Seite: als man im Unterhause Sir Edward Grey gegenüber in scharf tadelnder Kritik hervorhob, Großbritannien habe in dem Abkommen mit Rußland schlechte Geschäfte gemacht, erklärte Grey: das wäre, im einzelnen betrachtet, vielleicht möglich, aber seiner Ansicht nach sei die Hauptsache, daß die alten englisch-russischen Reibungen ein für allemal aus der Welt geschafft worden seien, und er glaube sich des Beifalls des Hauses darin sicher, daß die vertrauensvolle Freundschaft des großen russischen Reiches, damit die Übereinstimmung in den mittelasiatischen und in der persischen Frage und darin eingeschlossen die Sicherheit Indiens ungleich mehr wert seien, als vielleicht kleine wirtschaftliche Nachteile und Zugeständnisse in den Grenzverträgen. Diese Zugeständ-

nisse habe man eben gemacht, um die russische Freundschaft zu gewinnen. — Mit andern Worten war das Abkommen von 1907 und seine Grundlage für die großbritannische Politik keine lokale Interessenfrage im Sinne des Wortes, sondern in erster Linie ein Mittel zum großen Endzwecke der Isolierung des Deutschen Reiches, deren Zweck wieder war, sei es durch Einschüchterung, sei es durch einen großen Koalitionskrieg, Deutschland nach dem Willen Englands zu zwingen und zu erniedrigen. Die politisch denkende Mehrheit des großbritannischen Volkes hat sich denn auch im Laufe der folgenden sieben Jahre, abgesehen von gelegentlicher Kritik der angedeuteten Art, den Standpunkt Greys zu eigen gemacht: ein enges und sicheres Verhältnis mit Rußland bedeutete einen so ungeheuren Vorteil für Großbritannien, hauptsächlich in dessen antideutscher Politik, daß einzelne wirtschaftliche und lokale Nachteile des Abkommens von 1907 nicht in Betracht kämen.

Neben den Vorteilen hinsichtlich der Abgrenzungen in Mittelasien und Persien bot Großbritannien dem neuen russischen Freunde eine neue und in russischen Augen überaus fruchtbare Aussicht: die Aussicht auf eine tatkräftige Orientpolitik in Verbindung und im Einverständnisse mit Großbritanniens Politik. Das war etwas ganz Neues. Bisher waren Rußland und Großbritannien gerade im Orient, geschichtlich überliefert, Gegner gewesen, politisch wie wirtschaftlich. Wenn damals 1906/07 eine derartige Schwenkung der großbritannischen Orientmethoden und Orientziele eintrat, so hatte das seine schwerwiegenden Gründe. Diese Gründe lagen nicht auf dem Gebiete eines selbstlosen Entgegenkommens Rußland gegenüber, waren vielmehr zu suchen in der deutschen Orientpolitik und in der Stellung Österreich-Ungarns auf der Balkanhalbinsel.

Die deutsche Orientpolitik war im Vereine mit der österreichisch-ungarischen seit vielen Jahren die einzige in Europa, welche mit voller Aufrichtigkeit eine Stärkung der Türkei anzustreben versuchte, eine Stärkung in jeder Beziehung, wirtschaftlich, politisch und militärisch. Die Erkenntnis dieser Aufrichtigkeit und ihrer Zuverlässigkeit hatten den Sultan Abdul Hamid veranlaßt, einer deutschen Gesellschaft die Konzession für den Bau der sogenannten Bagdadbahn zu geben. Die Geschichte dieser Bahn wird weiter unten besprochen werden. Großbritannien hatte sich nach kurzen Schwankungen der Vollendung des deutschen Bahnbaues ablehnend und ihn bekämpfend gegenübergestellt und brachte alle denkbaren Mittel in Anwendung, um ihn und überhaupt die wirtschaftliche Ausdehnung Deutschlands und seines Handels im Orient zu verhindern. In London erkannte man mit gewohntem Scharfblicke, daß die europäischen Zentralmächte, besonders das Deutsche Reich und die Türkei, sich gegenseitig immer mehr aufeinander angewiesen sahen. Schon

damals war der Weg Berlin—Konstantinopel die Richtung, um der Einkreisung Deutschlands durch die Mächte unter Führung Großbritanniens erfolgreich zu begegnen, eine Bresche in sie zu schlagen. Die britischen Staatsmänner, Kaufleute und Bankleute erkannten von weither die ungeheuren Aussichten, welche eine enge deutsch-türkische Verbindung für beide Mächte auf die Dauer bedeuten mußte. Einfluß und Macht Deutschlands im Orient hielt man für eine nicht minder große Gefahr wie eine wirkliche Stärkung der Türkei. Bereits damals bearbeitete Großbritannien mit der üblichen Konsequenz die arabischen Stämme, um eine spätere Abtrennung Arabiens von der Türkei zu erlangen und sich damit den Landweg nach Indien zu bahnen und zu sichern. Schon damals sah man Erstarkung der Türkei unter gleichzeitigem Ausbau eines türkischen Eisenbahnnetzes als eine schwere Gefahr für Ägypten an. Nicht weit dahinter lauerte die Angst um Indien. Wenige Jahre vorher hatte Lord Curzon, der Vizekönig von Indien, in Reden und Schriften den Gedanken ausgeführt, daß nicht nur Tibet und Beludschistan, sondern auch Südpersien, der Persische Golf, Arabien, der Indische Ozean und Ostafrika das für den Schutz Indiens notwendige Glacis bildeten.

Man sagte sich in Großbritannien ferner, daß durch eine fortschreitend lebendige Ausgestaltung des deutsch-türkischen Verhältnisses mit seinen Beziehungen auch die Balkanstaaten politisch ein anderes Aussehen erhalten würden als bisher. Von Rumänien wußte man, daß es in engen Beziehungen zu Österreich-Ungarn und dem Deutschen Reiche stand. Wie sich die Dinge mit den anderen Balkanstaaten entwickelten, blieb dahingestellt, aber man war in London der Ansicht, daß diese Entwicklung den britischen Interessen abträglich sein müßte, da der Einfluß der europäischen Zentralmächte auf der Balkanhalbinsel wirtschaftlich ebensowohl wie politisch wachsen werde. Das war zu verhindern, und zwar mit allen Mitteln. In Frankreich teilte man die englische Ansicht und arbeitete gegen Deutschland nicht nur in Konstantinopel, sondern hauptsächlich auch in Rom, wo auf die Gefährlichkeit angeblicher österreichischer Ausdehnungspläne auf dem Balkan hingewiesen wurde. Die österreichisch-ungarische Politik hat, wie hier vorgreifend bemerkt sein mag, seit 1878 an Gebietsausdehnungen auf der Balkanhalbinsel niemals gedacht. Daß sie dagegen hoffte und anstrebte, auch mit dem Handel Österreich-Ungarns die Balkanhalbinsel und den Orient zu durchdringen, war selbstverständlich. Österreich-Ungarn hatte sich durch die Mürzsteger Vereinbarungen 1903 mit Rußland über die Balkanpolitik der beiden Mächte geeinigt. Man war übereingekommen, den Status quo aufrechtzuerhalten und ohne Übereinstimmung mit der anderen Macht nichts zu tun, was den Status quo auf der Balkanhalbinsel beeinträchtigen könnte. Rußland wollte damals Ruhe

im nahen Orient haben, weil es seine Kraft für die große, weitausgreifende Politik im fernen Osten brauchte. Darauf beruhte im letzten Grunde jenes russisch-österreichische Einvernehmen, und eben an diesem Punkte setzte die großbritannische Politik ein, als Rußland im fernen Osten geschlagen worden war. Der Zar und die Petersburger Regierung erhielten von London aus Mitteilungen und Winke, daß Rußland nunmehr seine Kräfte brauchen möge, um seine Stellung in der Türkei und auf der Balkanhalbinsel zu stärken, Großbritannien werde ihm nicht im Wege sein. Die britische Politik hatte schon 1905 in diesem Sinne auf der Balkanhalbinsel mit Erfolg zu arbeiten versucht; wir kommen hierauf in anderem Zusammenhange noch zurück. An dieser Stelle soll nur hervorgehoben werden, daß der Orient und die Balkanhalbinsel in gewissem Sinne den politischen Angelpunkt für die britisch-russische Verständigung gebildet haben. Sieht man jenen Vorgang im großen, so zeigt sich, daß es der großbritannischen Staatskunst mit einer vorbildlichen Zielsicherheit und Geschicklichkeit gelungen war, Rußland als Gegner im fernen Osten durch eine dritte Macht, Japan, beseitigen zu lassen, um dasselbe Rußland im nahen Osten als Helfer und als Werkzeug der großbritannischen, gegen Deutschland gerichteten Politik wieder zu erwecken und sich zu verbinden. Die weitere Konsequenz für Großbritanniens Politik war nunmehr die Stärkung Rußlands nach innen und nach außen. Dieses erkannten nicht nur König Eduard und Sir E. Grey, nicht nur Herr Campbell-Bannerman, sondern die gesamte großbritannische Presse mit Ausnahme doktrinärer Sozialistenorgane.

Das war die große Bedeutung des großbritannisch-russischen Abkommens vom Jahre 1907. Sie räumte, abgesehen allein vom Dreibunde, mit der von Bismarck geschaffenen europäischen Gruppierung auf. Die unmittelbare Folge bildete ein weiteres Sinken des deutschen Ansehens und ein entsprechendes Steigen des großbritannischen Nimbus. Alle Welt wußte und hatte mit angesehen, wie Großbritanniens Politik und Diplomatie weitschauend und geschickt von den verschiedensten Seiten mit allen denkbaren Mitteln auf die Isolierung und Einkreisung des Deutschen Reiches hinarbeitete und wie die deutsche Politik außerstande war, diesen Bemühungen erfolgreich zu begegnen und schließlich durch den Mund des Deutschen Reichskanzlers offen diese Machtlosigkeit zugab.

König Eduard und die Staatsmänner der großbritannischen Regierung begnügten sich nicht mit dem französischen und russischen Einvernehmen, sondern begriffen ebenso klar die große Wichtigkeit der mittleren und kleinen europäischen Staaten für ihre gegen Deutschland gerichtete Politik. Zur selben Zeit, als das englisch-russische Abkommen wennschon noch nicht unterzeichnet, so doch beschlossene Sache war, wie auch das Ein-

vernehmen zwischen den beiden Mächten bereits bestand, unternahm König Eduard eine Reise nach dem Mittelländischen Meere und besuchte am 8. April, dem Jahrestage des englisch-französischen Abkommens über Marokko, König Alfons von Spanien zu Carthagena. Den unmittelbaren Anlaß zu diesem Besuche mag der Wunsch des Königs Eduards, der vom Unterstaatssekretär Hardinge begleitet wurde, gebildet haben, spanisches Mißtrauen der französischen Marokkopolitik gegenüber zu beseitigen. Das Vorgehen Frankreichs in Marokko hatte Beunruhigung und Mißtrauen erregt. Bei der Autorität, die König Eduard in Spanien, besonders auch dem mit einer Engländerin verheirateten Könige gegenüber genoß, war es ihm leicht, die spanischen Besorgnisse zu zerstreuen. Der Hauptzweck des englischen Besuches aber war nicht die Erörterung marokkanischer Sonderfragen, sondern vielmehr: Spanien noch fester an Großbritannien anzuschließen als bisher. Eben damals wurde zwischen den beiden Ländern eine Vereinbarung geschlossen, welche Großbritannien den Auftrag erteilte, die Grundlagen für den Aufbau einer neuen spanischen Flotte zu schaffen. Dazu nahm Spanien eine Anleihe in Großbritannien auf, großbritannische Seeoffiziere und Ingenieure wurden nach den spanischen Häfen- und Küstenbefestigungen entsandt, um dort die Arbeiten zu organisieren und zu leiten. Wie immer in solchen Fällen, war das Geschäft Großbritanniens ein doppeltes, denn die spanischen Kriegsschiffe, Geschütze, Hafeneinrichtungen usw. wurden von großbritannischen Firmen hergestellt. So flossen nicht nur die Zinsen der Anleihe in britische Taschen, sondern auch nahm der größte Teil des Leihbetrages seinen Weg in die gleichen geräumigen Taschen wieder zurück.

Spanien hatte seit den Marokkovereinbarungen mit Frankreich, wie zu erwarten war, seinen Platz eng an der Seite der Entente Cordiale beibehalten. Wie gesagt, hatte aber das französische Vordringen in Marokko 1907 Mißtrauen in Madrid erregt, und vielleicht — Beweise haben wir hierfür freilich nicht — dachten spanische Staatsmänner daran, sich an Deutschland einen gewissen Rückhalt gerade gelegentlich französischer Übergriffe jener Art zu schaffen. Solche übrigens nahe genug liegenden Neigungen der spanischen Politik haben sich später, besonders nach dem Tode König Eduards, deutlich gezeigt. Sehr möglich ist also gewesen, daß man in London davon bereits 1907 Wind bekam und der königliche Besuch ihnen ebenso schnell den Garaus machte.

Kurz nach der Zusammenkunft von Carthagena veröffentlichten die drei Regierungen ein englisch-spanisch-französisches Abkommen in Gestalt sogenannter identischer Noten, die Spanien mit Frankreich und Großbritannien austauschte. Der Inhalt war kurz der folgende: Die drei Mächte verpflichteten sich zur Aufrechterhaltung des territorialen Status quo

und der Rechte jeder von ihnen im Mittelländischen Meere und der Teile des Atlantischen Ozeanes, welche die Küsten und Inseln Europas und Afrikas bespülen. Sollten neue Umstände und Verhältnisse eintreten, die geeignet wären, eine Änderung des Status quo nötig zu machen, so wollten die drei Regierungen miteinander in Verbindung treten, um sich erforderlichen Falles über die — gemeinsam zu ergreifenden — Maßnahmen zu einigen.

Der Anstoß zu diesem Abkommen wird von Großbritannien ausgegangen sein, denn es mußte der britischen Politik als wichtig und nötig erscheinen, daß zwischen Frankreich und Spanien nicht nur kein Bruch erfolgte, sondern bei den Spaniern auch ein Gefühl der Sicherheit hinsichtlich Marokkos geschaffen wurde. Durch dieses Abkommen erschien Großbritannien in Madrid als der Garant der spanischen Vertragsrechte und Vertragsansprüche in Marokko. Anderseits hatte Großbritannien damit eine Gewähr mehr dafür, daß zwischen Frankreich und Spanien keine geheimen Abkommen geschlossen wurden, welche vielleicht die marokkanische, dem britischen Gibraltar gegenüberliegende Nordküste betroffen hätten.

Alles in allem schuf dieses Mittelmeerabkommen also einen noch festeren Zusammenhalt zwischen den drei Mächten als bisher und befestigte die Gemeinsamkeit des politischen Bodens, auf dem sie miteinander standen. In Deutschland wirkte auch dieses Abkommen teils erregend, teils niederdrückend. Man sah in ihm, und mit Recht, eine konsequente und erfolgreiche Fortsetzung der großbritannischen Einkreisungspolitik und eine neue Einbuße der europäischen Position des Deutschen Reiches. Die öffentliche Meinung in Deutschland ging freilich fehl in der Auffassung, daß die Beteiligung Spaniens an dem Abkommen für Deutschland einen Schaden bedeute. Spanien war — wie sein damals der Öffentlichkeit freilich unbekanntes Geheimabkommen mit Frankreich über Marokko vom Jahre 1904 und der ebenfalls geheime Notenwechsel mit England später zeigte — seit drei Jahren fest mit diesen beiden Mächten verbunden, auch daher schon seit Jahr und Tag dem Deutschen Reiche politisch entfremdet. Ein positiv nachweisbarer Schaden war also in dem neuen Abkommen für das Deutsche Reich nicht unmittelbar vorhanden. Anderseits konnte, wie gesagt, über die Tendenz dieser Ententebildung kein Zweifel bestehen: England wollte und erreichte, daß die Mittelmeerstaaten unter britischer Kontrolle zusammengefaßt wurden und zusammenhielten. Darin mußte ohne weiteres eine Stärkung der großbritannischen Position und Politik liegen, denn die Möglichkeit von Reibungen, mit denen man auf diesem Gebiete hätte kämpfen müssen, fiel fort, es wurden aus früheren Reibungsflächen Rückendeckungen und somit Erhöhungen großbritannischer Aktionskraft nach der allein für sie in Betracht kommenden Richtung: gegen das Deutsche Reich.

Von Carthagena begab sich der König von England nach den Küsten Italiens und traf zu Gaeta mit König Viktor Emanuel zusammen. Hier war ein neues Abkommen nicht nötig, denn es bestand, wie gezeigt worden ist, das britisch-französisch-italienische Abkommen über Mittelmeerangelegenheiten, im besonderen über die italienischen Ansprüche auf Tripolis. Die Zusammenkunft der beiden Könige bedeutete unter diesen Umständen die freundschaftlich demonstrative Bekräftigung der zwischen den beiden Ländern bestehenden engen und bindenden Beziehungen. Der Eindruck dieser Begegnung unmittelbar nach dem Mittelmeerabkommen und während einer Periode scharfer Spannung zwischen dem Deutschen Reiche und Großbritannien ließ die Haltung des dritten Dreibundmitgliedes wieder in scharfes Licht treten. Auch die stillschweigende Erneuerung des Dreibundes im Juli 1907 konnte über dieses Gefühl nicht hinwegtäuschen und ebensowenig waren dazu imstande die Unterhaltungen italienischer und österreichisch-ungarischer Staatsmänner über Balkanfragen, Unterhaltungen, welche von gegenseitigem Mißtrauen getragen, die wachsende transadriatische Spannung nicht zu verschleiern vermochten.

So war das Mittelmeer mit seinen Uferstaaten vollständig unter den „englischen Hut" gebracht worden. Um Griechenland brauchte man sich nicht zu sorgen, denn seine Abhängigkeit von den Westmächten und dementsprechend seine Botmäßigkeit war vollständig. Außerdem kam Griechenland für marokkanische oder andere afrikanische Fragen nicht in Betracht. Überschätzte man also vielleicht damals in der öffentlichen Meinung Deutschlands die unmittelbare Bedeutung des britisch-spanisch-französischen Mittelmeerabkommens, so war es doch ein richtiger Instinkt, dieses als ein neues Mittel der britischen Einkreisung Deutschlands zu erkennen. König Eduard von England war der Vater des Abkommens gewesen und wurde von dem französischen Botschafter zu Madrid, Jules Cambon, geschickt unterstützt, demselben Staatsmanne, der seit Beginn des Jahres 1907 bis zum Kriege 1914 den Botschafterposten zu Berlin bekleidet hat.

Im Schatten dieser allgemeinen Übereinstimmung Großbritanniens, der Mittelmeeruferstaaten und Rußlands glaubten die Leiter der französischen Politik nunmehr energisch in Marokko vorgehen zu können. Im Frühjahr 1907 beschloß die französische Regierung die nicht weit von der algerischen Grenze gelegene marokkanische Stadt Udschda zu besetzen, weil dort ein französischer Arzt ermordet worden war. Der französische Minister des Auswärtigen, Pichon, erklärte: man nähme damit nur ein Pfand und werde die Stadt räumen, sobald die marokkanische Regierung Genugtuung und Sühne gegeben habe. Der Minister erklärte weiter: Frankreichs Sonderstellung in Marokko sei mißachtet worden. Er verlas eine Liste von Beschwerden gegen Marokko, von Fällen, wo französische Staatsange-

hörige getötet, beraubt oder gefangen worden wären, während die marokkanische Regierung die marokkanisch-französischen Abkommen von 1901 und 1902 mißachtet habe. Frankreich, so sagte Pichon, müsse sofort die Polizei organisieren, und fügte die Wendung hinzu: „Unsere Politik ist frei von jedem Gedanken an Eroberungen oder Eingriffen in fremdes Gebiet." Dieses war eine ebenso grobe wie bewußte Unwahrheit, und zwar in doppelter Richtung: Die Politik der Französischen Republik stand auf dem Boden jener geheimen französisch-englisch-spanischen Abmachungen von 1904, welche sowohl Eingriffe wie Eroberungen in Marokko festgelegt hatten. Ferner standen Pichons Worte auch im Widerspruche zu dem französischen Vorgehen in Marokko während dem seit der Algecieraskonferenz verflossenen Jahre. In dieser Zeit hatte eine französische Gesellschaft, trotz des Einspruches des „souveränen" Sultans, Systeme drahtloser Telegraphie in Marokko eingerichtet, den Grundsatz der offenen Tür und der Gleichheit des Handels in schroffer Weise mißachtet, und in den Fragen des marokkanischen Polizei- und Bankwesens — auch Spanien gegenüber — unbedingte Führerschaft für sich in Anspruch genommen. Nun wurde jener französische Arzt ermordet, und zwar wegen seines Auftretens gegen die Eingeborenen, also durch eigene Schuld. In Frankreich drehte man die Sache um und behauptete, die Deutschen hätten die marokkanische Bevölkerung zum Morde aufgereizt, eine Behauptung, welche den Tatsachen ins Gesicht schlug, aber von der englischen Presse mit erbitterter Heftigkeit aufgenommen wurde. Die französischen Truppen besetzten die Stadt Udschda und verletzten so ein Jahr nach der Algeciraskonferenz die Algecirasakte und damit die Integrität des marokkanischen Gebietes auf das gröblichste.

Wenige Monate nachher, Anfang August, wurden in der Hafenstadt Casablanca fünf französische und drei italienische Hafenarbeiter, die alle im Dienste einer französischen Firma standen, ermordet. Ein französischer Kreuzer erschien vor Casablanca, man versuchte zunächst zu landen, die Landung fand Widerstand, und daraufhin bombardierte der Kreuzer die Stadt und legte sie zum großen Teil in Trümmer. Ein spanisches Kanonenboot beteiligte sich. Nach der Beschießung wurden zunächst 6000 Franzosen gelandet nebst geringen spanischen Truppen. Die französische Regierungspresse schrieb zu diesem Vorgehen, daß es dem Geiste und dem Buchstaben der Algecirasakte entspräche und eine Pflicht europäischer Solidarität sei. Die beiden von Europa mit dem Polizeimandate ausgerüsteten Mächte Frankreich und Spanien seien verpflichtet, energisch in Marokko einzuschreiten, wo sich Fremdenfeindlichkeit zeige. Die Besetzung von Casablanca und Umgegend solle nur eine zeitweilige sein. Die deutsche Regierung erklärte sich auch mit diesem Vorgehen einverstanden. Im November 1907 erklärte Fürst Bülow, daß die Ereignisse in Casablanca vielleicht nicht ein-

getreten wären, wenn die in der Algecirasakte vorgesehene Polizeitruppe vorher bereits in Arbeit gewesen wäre. „Wie die Verhältnisse lagen, blieb der französischen Regierung wohl nichts anderes übrig, als zur Selbsthilfe zu schreiten.“ Fürst Bülow sagte weiter, man habe deutscherseits dieser Aktion keine Hindernisse in den Weg gelegt, das sei ebenso selbstverständlich wie die Tatsache, daß die Verantwortlichkeit für sie lediglich den beiden beteiligten Mächten Frankreich und Spanien zufalle; die Aktion gehöre nicht in den Rahmen der Algecirasakte.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ sprach sich ähnlich aus.

Damit nahm eine nicht endende Reihe von „Zwischenfällen“ und Aktionen in Marokko ihren Anfang. Es ist nicht Sache dieser Schrift, die Einzelheiten jener Entwicklung zu schildern. Sie haben mit der deutschen Politik schließlich nur wenig mehr zu tun gehabt, denn deren Stellung war de facto festgelegt, teils freiwillig, teils durch den Vertrag von Algeciras.

Das Deutsche Reich hatte weder im Falle Udschda noch im Falle Casablanca Einspruch gegen das französische Vorgehen, als im Gegensatze zur Algecirasakte stehend, erhoben und sprach damit selbst der Akte sowohl wie der deutschen Marokkopolitik das Urteil. Das war, nach dem deutschen Standpunkte, wie er im vorigen Abschnitt ausführlich dargelegt worden ist, nicht weiter verwunderlich, zeigte aber anderseits, daß der deutsche Reichskanzler, Fürst Bülow, selbst die Algecirasakte nur als eine Äußerlichkeit, im besten Falle als ein Provisorium ansah. Sonst hätte Bülow in beiden genannten Fällen protestieren müssen. Er tat das nicht, sondern begnügte sich mit den Erklärungen Pichons, man werde Udschda wieder räumen und sei zur Beschießung von Casablanca gezwungen worden, dächte an keine Eroberungen und stehe treu auf dem Boden der Algecirasakte. Der Minister Pichon hatte die Psychologie der deutschen Marokkopolitik richtig erkannt. Er begriff, daß es in Berlin nur darauf ankam, das Ansehen des Reiches zu wahren und sich keine offenen Achtungsverletzungen gefallen zu lassen, daß aber ein als verantwortlich empfundenes Interesse der deutschen Regierung an einer wirklichen Beachtung der Algecirasakte nicht bestand. Pichon war klug genug, um die richtigen Konsequenzen aus dieser seiner Wahrnehmung zu ziehen, und hütete sich, in den Fehler seines Vorgängers Delcassé zu verfallen, der ohne Not das Deutsche Reich brüskierte und die deutsche Regierung zwang, sich zur Wehr zu setzen. Schon die Algeciraskonferenz hatte den französischen Staatsmännern gezeigt, wie man Deutschland gegenüber verfahren müsse. Pichon bildete diese seine Methode in einer, vom französischen Standpunkte gesehen, sehr praktischen Weise aus: er unterließ keine Gelegenheit, bald feierlich, bald verbindlich und liebenswürdig zu betonen und zu versichern, wie ernst Frankreich die Ver-

pflichtungen nähme, die ihm aus der Algecirasakte erwachsen wären, daß man an Gebietserweiterungen in Marokko, an Beeinträchtigung der Unabhängigkeit des Sultans oder der Handelsfreiheit nicht im entferntesten denke, natürlich aber nicht wisse, wozu Frankreich durch unvorhergesehene Ereignisse gezwungen werden könne. Solche Versicherungen hinderten weder den Minister noch die französischen Beamten in Marokko, noch die dortigen militärischen Befehlshaber und ihre Truppen, das Gegenteil von dem zu tun, was durch den Mund des Ministers oder Ministerpräsidenten feierlich versprochen wurde. Erhob dann die deutsche Regierung, sei es direkt, sei es durch den Mund ihres Pariser Botschafters, wie wohl in den Fällen von Udschda und Casablanca, Vorstellungen oder tat Fragen, so versicherten Herr Pichon und seine Organe: selbstverständlich denke man an keine Verletzung der Algecirasakte, wolle auch die Stadt Udschda wieder räumen, aber Frankreichs Sonderstellung als algerische Nachbarmacht Marokkos sei nun doch einmal international anerkannt worden, und schließlich sei es doch nicht zu verlangen, daß man sich die Ermordung französischer Staatsangehöriger ruhig gefallen lasse. Davon stehe in der Algecirasakte nichts ... Die deutsche Regierung ließ das hingehen, ebenso den ganz unerhörten Vorfall von Casablanca, und Fürst Bülow selbst sanktionierte damals den Begriff von Handlungen, die „außerhalb des Rahmens der Akte von Algeciras“ fielen. Damit und überhaupt mit der Duldung dieser beiden ersten flagranten Fälle hatte die deutsche Marokkopolitik sich auf eine schiefe Ebene begeben und es wäre ihr danach in der Folge, selbst wenn sie ernstlicher gewollt hätte als sie wollte, schwer geworden, auf dieser schiefen Ebene haltzumachen.

Die französische Politik arbeitete in Marokko nach den bewährten und bekannten Methoden, wie sie die alten großen Kolonialmächte stets angewendet haben, um ein Gebiet allmählich zu unterwerfen. Frankreich hatte zu Algeciras sich eine Sonderstellung als Nachbarmacht Marokkos beglaubigen lassen, und die Lösung der sogenannten Polizeifrage lag ebenfalls in Frankreichs Händen, da Spanien sich französischen Wünschen wie Übergriffen fügen mußte. Annähernd jedes Vorgehen in Marokko, dessen die Franzosen damals bedurften, konnten sie entweder mit der Stellung als Nachbarmacht oder mit Erfordernissen der Polizeiorganisation rechtfertigen. Dazu kam, daß durch die lebhafte und willkürliche Tätigkeit der Franzosen in Marokko die marokkanischen Stämme und Stadtbewohner steigend gereizt wurden und sich durch ihren wohlbegründeten Haß immer häufiger zu Gewalttätigkeiten hinreißen ließen, die allerdings beinahe ausnahmslos im Grunde berechtigte Selbstverteidigung darstellten. Daraus ergaben sich dann wieder Akte französischer Selbsthilfe. Die deutsche Regierung sah diese als berechtigt und ebenso als außerhalb des Rahmens der Algeciras-

akte stehend an. So kam es, daß schon im Jahre 1907, ein Jahr nach Abschluß der Algecieraskonferenz, die Akte für Frankreich den Wert einer Kulisse glänzend erwiesen hatte, während die deutsche Regierung sich gefallen lassen zu müssen glaubte, was in Marokko geschah. Der einzige Weg, aus diesem Circulus vitiosus hinauszugelangen, wäre für das Deutsche Reich gewesen, energischen Einspruch zu erheben und diesen Einspruch auf alle Konsequenzen hin zu vertreten. Das widersprach aber, wie wir in der Behandlung der Marokkofrage von Anfang an gesehen haben, der Richtschnur, welche die Leiter der deutschen Politik sich gezogen hatten. Man hat anscheinend in Berlin gehofft, die Algecirasakte werde wenigstens einige Jahre lang Frankreich veranlassen, die Bestimmungen innezuhalten. Man hat ferner wohl gedacht: auf dem Boden der Akte von Algeciras würde ein deutsch-französischer Ausgleich und eine tatsächliche europäische Entspannung erfolgen können; ferner würden die übrigen Mächte, große und kleine, begreifen, daß das Deutsche Reich ihrer aller wirtschaftliche Interessen vertreten und gesichert habe, als es die internationale Garantie für die Erhaltung der offenen Tür in Marokko erreichte. Das Gegenteil von alledem trat ein: die Spannung nahm nicht ab, die englische Hetze gegen Deutschland wurde in immer größerem Maßstabe und immer skrupelloser in den Mitteln betrieben. Frankreich war ferner denn je vom Wunsche nach guten Beziehungen zu Deutschland, und die übrigen Mächte hatten teils kein Interesse an den marokkanischen Dingen, teils waren sie, wie Italien und Spanien, durch Entschädigungen abgefunden. In Frankreich war nach dem Siege von Algeciras und im Gefühle der Sicherheit und Stärke nach Schließung der Militärkonvention mit Großbritannien, sowie im Zeichen der britisch-russischen Verständigung die Zuversicht und damit der offene Haß gegen Deutschland schon so sehr gestiegen, daß die französische Presse folgenden Vorschlag im Einverständnis mit der Regierung zu machen wagte: Wenn das Deutsche Reich Wert auf ein Abkommen mit Frankreich lege, so sei das nur auf der Grundlage möglich: von seiten Frankreichs Zugeständnisse für die Bagdadbahn, von deutscher Seite Zustimmung zu der durch den Vertrag von 1904 festgelegten Marokkopolitik. Die deutsche halboffiziöse Presse lehnte dies Anerbieten milde ab und betonte im besonderen: die Bagdadbahn sei eine türkische Angelegenheit, schließlich denke man in Deutschland nicht daran, die Sonderstellung Frankreichs in Marokko in Abrede zu stellen. Es entzieht sich dem Beweise, ob die deutsche Politik von damals nicht sah oder nicht sehen wollte, was diese französischen Methoden bezweckten. Man war bei der Entente Cordiale fest überzeugt, Deutschland werde keinen Krieg führen, und wandte deshalb alle Mittel des Druckes und des Reizens oder der Umgehung und Erschleichung an, um die deutsche

Regierung zu veranlassen, daß sie alle französischen Übertretungen der Algecirasakte dulde.

Die Ausbreitung der französischen Truppenstellungen in Marokko vollzog sich, wie der spätere Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, von Kiderlen-Waechter, sagte, nach Art des Öltropfens auf der Wasserfläche, der zunächst unmerklich, dann ungreifbar eine immer größere Fläche bedeckt. Bald drangen die französischen Truppen über Casablanca hinaus in das Innere des Landes vor, eroberten das Schaujagebiet und erweiterten ihren Bereich fortgesetzt. Gegen Ende des Jahres 1907 standen weit über 10000 Mann französische Truppen in Marokko. Für die Kosten ihrer Unterhaltung und der Kriegführung überhaupt betrachtete die französische Regierung den marokkanischen Staat als ersatzpflichtig und in diesem Sinne die besetzten marokkanischen Gebiete als Hypothek. Man wußte selbstverständlich in Frankreich — und mußte es auch in Berlin wissen —, daß Marokko niemals imstande sein würde, diese „Hypotheken" wieder abzulösen, ebensowenig die ihm aufgezwungenen Anleihen zu bezahlen oder auch nur zu verzinsen.

Im gleichen Jahre 1907 erhob sich gegen den Sultan von Marokko Abdul Asis sein Bruder Mulai Hafid. Es gelang ihm — wie vorgreifend in diesem Zusammenhange bemerkt sein mag —, im Sommer 1908 die Regierungstruppen zu besiegen, Abdul Asis aus seiner Hauptstadt Fes zu vertreiben und vom überwiegenden Teile des Landes seine Anerkennung als Herr und Sultan zu erlangen. Die Franzosen hatten versäumt, Mulai Hafid mit seinem Heere rechtzeitig zu vernichten und standen nun der vollendeten Tatsache gegenüber. Deshalb regte die deutsche Regierung an, man möge Mulai Hafid als Sultan anerkennen, weil er die Macht in Händen hatte und seine Anerkennung als einzige Möglichkeit erschien, wieder Ruhe im Lande eintreten zu lassen. In Großbritannien und Frankreich erblickte man in Mulai Hafid zunächst einen „deutschen Prätendenten" und stellte sich entsprechend abgeneigt und mißgünstig. In der Tat hatte die deutsche Regierung nicht an derartige Pläne gedacht, sondern wollte nur Ruhe im Lande, obgleich damals gerade Gelegenheit war, wenn man wollte, die Marokkofrage noch einmal aufzurollen und in anderer Weise als bisher zur Lösung zu bringen. Aus den angedeuteten Gründen wurde die Gelegenheit nicht benutzt.

Mulai Hafid wurde schließlich von Frankreich anerkannt mit der Maßgabe, daß er sich auf den Boden der Algecirasakte stelle und die Verpflichtungen Abdul Asis' gegen Frankreich übernähme: für die Ausgaben zu haften, welche Frankreich durch seine Truppenexpeditionen nach und in Marokko gehabt habe. Auch dieses erkannte die deutsche Regierung an, und ihre Meinung: Frankreich möge möglichste Rücksicht auf die marok-

kanischen Finanzen nehmen, wurde selbstverständlich von der französischen Regierung bereitwillig, aber ohne den Schatten einer Absicht, entsprechend zu handeln, angenommen. Es konnte nicht fehlen, daß Mulai Hafid schnell in gleiche Abhängigkeit von Frankreich geriet wie sein Bruder; denn anders ist es noch nie dem Herrscher eines halbwilden Landes gegangen, nachdem er mit einer großen Kriegs- und Geldmacht, wie Frankreich, in Berührung gekommen war.

Zwischen Frankreich und Spanien zeigten sich hinsichtlich Marokkos häufige Differenzen, natürlich ohne daß die französische Regierung sich dadurch auch nur im mindesten hätte beeinflussen lassen. Frankreich war entschlossen und zielbewußt, des englischen und russischen Beistandes sicher, und ebenso sicher in seiner Beurteilung des inneren Wesens der deutschen Marokkopolitik. In Berlin empfand man die Marokkoangelegenheit steigend als eine Last und die Algecirasakte ebenfalls insofern, als sie jedenfalls äußerlich und formal nicht gestattete, Frankreich vollkommen frei in Marokko gewähren zu lassen, wie es wollte. Das ging um so weniger an, als die wirtschaftlichen Bestrebungen, Errungenschaften und Konzessionen energischer Deutscher, genannt seien die Gebrüder Mannesmann, nicht gut außer Betracht gelassen werden konnten. Gerade diese wirtschaftlichen Bestrebungen und Errungenschaften, im Vereine mit dem zunehmenden Interesse in Deutschland an dem fruchtbaren und zukunftsreichen Lande Marokko ließen die marokkanische Frage von 1907 an zu einer wachsenden Volkstümlichkeit gelangen, welche sie früher in der Tat nicht gehabt hatte. Damit wuchsen die Schwierigkeiten der deutschen Regierung, welcher angesichts ihres bekannten Programmes bequemer gewesen wäre, wenn ein Interesse deutscher Unternehmer und der deutschen Bevölkerung an Marokko und dessen Zukunft nicht existiert hätte. In Frankreich erregten die wirtschaftlichen Fortschritte der Deutschen in Marokko steigende Erbitterung, zumal eine gewisse Solidarität zwischen den deutschen und den spanischen Wirtschaftsbestrebungen in Marokko sich immer deutlicher bemerkbar machte: die spanischen Geschäftsleute versuchten sich an die deutschen anzulehnen, weil sie fürchteten, sonst von Frankreich völlig an die Wand gedrückt zu werden. Auch von diesem Gesichtspunkte gesehen, war die französisch-britisch-spanische Vereinbarung von 1907 für Frankreich wichtig, da sie ihm die Sicherheit gab, die spanische Regierung werde nicht wagen, sich durch die Interessen privater Geschäftsleute zu einem näheren Einvernehmen mit Deutschland bringen zu lassen. In Wirklichkeit kam es nicht zur Beantwortung dieser Frage, weil die deutsche Regierung, auch wenn Spanien geneigt gewesen wäre, sicherlich nicht die Hand dazu geboten haben würde. Die deutsche Regierung hätte am liebsten überhaupt nichts mehr von den marokkanischen Angelegenheiten gehört, denn sie

konnte sich schwerlich darüber im unklaren sein, daß durch die äußerliche Entwertung nach außen auch die Wertlosigkeit der Algecirasakte und damit der Politik, die nach Algeciras geführt hatte, offenbar werden würde.

In Frankreich war die Stimmung begreiflicherweise steigend zuversichtlich und kampflustig. In den Kammern wurde offen über die Lage bei Eintritt künftiger Konflikte gesprochen. Mr. Clémenceau, damals Ministerpräsident, wurde 1907 im Parlamente gefragt, ob Frankreich von Großbritannien einen gewährleisteten Beistand zu erwarten hätte. Clémenceau antwortete unter allgemeiner Heiterkeit: „Ich weiß es nicht, aber ich glaube es nicht." — Der Ministerpräsident gehörte zu den Wenigen, die ganz genau orientiert waren, und so mußte seine Antwort als Ironie auf die amtliche Diskretion angesehen werden, was auch in ganz Europa geschah.

Während so das politische Feld in Südeuropa durch die Entente Cordiale beherrscht wurde, und Spanien wie Italien und Griechenland sich unter ihrer Leitung zusammengefunden hatten, tat die gleiche Entente Cordiale ihr Mögliches, um die neutralen Mächte Nordeuropas mit Mißtrauen gegen das Deutsche Reich zu erfüllen.

Die erwähnten Vorgänge aus dem Krisenjahre 1905 hinterließen ihre Spuren und rückten allen diesen Mächten die Frage nahe, wie sie sich in einem europäischen Kriege zu verhalten haben würden. Wie wir gesehen haben, war Belgien der Entente Cordiale Großbritannien und Frankreich bereits sicher. Anders stand es mit den Niederlanden. Auch hier freilich war durch die englischen und französischen Bemühungen ein starkes Mißtrauen gegen Deutschland entstanden. Nicht nur schenkte man den alten Ausstreuungen von deutschen Ausdehnungs- und Annexionsabsichten Glauben, sondern man fürchtete, daß im Falle eines europäischen Krieges Deutschland die holländische Neutralität verletzen werde. In den Niederlanden lief das Gerücht um: Kaiser Wilhelm habe in den Zeiten der Marokkospannung von 1904/05 der Königin Wilhelmina geschrieben: Wenn die Niederlande nicht sofort die Verteidigung ihrer Flußmündungen und Küsten auf die Höhe und in Bereitschaft brächten, so würde er sich zu seinem Bedauern genötigt sehen, die Regierung der Niederlande vor ein Ultimatum zu stellen. Diese Geschichte, welche von holländischen Diplomaten erzählt sein sollte, wurde in der britischen, französischen und belgischen Presse mit alarmierenden Kommentaren ausgenutzt, erregte großes europäisches Aufsehen und hat jahrelang nachher ihr Wesen getrieben auch in der niederländischen Kammer. Sie ist jedesmal von dem betreffenden Regierungsvertreter in bündiger und erschöpfender Form in das Gebiet der Fabel verwiesen worden. Hätte die Geschichte aber selbst einen Kern von Wahrheit enthalten, so würde man dem

Deutschen Kaiser oder der deutschen Regierung schwerlich einen Vorwurf haben machen können, denn jenes angebliche Verlangen hinsichtlich der niederländischen Küstenbefestigungen hätte lediglich auf der Befürchtung beruht, daß großbritannische Kriegsschiffe oder Proviant- und Truppentransporte in die Schelde einliefen, oder aber daß Landungen einer britischen Expeditionsarmee an den Küsten oder auf Külsteninseln der Niederlande versucht würden. In diesem Falle hätte Deutschland aus Gründen der eigenen Sicherheit vorgehen müssen, falls die Niederlande nicht allein der Eindringlinge Herr werden konnten. Eine vorherige Warnung wäre mithin in der Tat naheliegend, außerdem ein Zeichen von Freundschaft und Vertrauen, keineswegs der gegenteiligen Gesinnung gewesen, überdies durch die tatsächlichen Verhältnisse durchaus gerechtfertigt. Anderseits lag nahe genug, daß bei der urteilslosen Menge der ohnehin zum Mißtrauen geneigten Niederländer die Geschichte böses Blut stiftete. Eine andere Frage freilich wäre gewesen, ob eine deutsche Aufforderung jener Art an die Niederlande in zwölfter Stunde vor dem Ausbruche eines Krieges einen praktischen Zweck gehabt hätte, d. h. ob es den Niederlanden möglich gewesen wäre, innerhalb so kurzer Zeit ihre Befestigungen in die nötige Verfassung zu setzen. Das konnte man wohl bezweifeln, und darin wiederum liegt eine gewisse Wahrscheinlichkeit dafür, daß jene Geschichte, zum mindesten in der verbreiteten Form, nicht wahr gewesen ist. Im übrigen war damals wie später die niederländische Regierung ebensowohl wie das ganze Volk der Holländer von dem Willen einer wahrhaft aufrichtigen Neutralität durchdrungen. Man war gleich weit davon entfernt, auf die deutsche Seite zu treten wie auf die französische oder die englische. Man war lediglich entschlossen, im Falle der Notwendigkeit die eigene Neutralität mit allen Mitteln zu verteidigen. Es lag aber nahe genug, daß die Ausstreuungen der Gegner Deutschlands einerseits, die gewaltige Stärke Deutschlands anderseits ein Gefühl wenn nicht der Angst so doch der Unruhe und Unbehaglichkeit erwachsen und weiterbestehen machten, beständig geschürt durch englische und französische Hetzarbeit, welche bezweckte, die Niederlande in das Lager der Entente Cordiale zu ziehen, womöglich ein Abkommen oder Bündnis zwischen den Niederlanden und Belgien zustande zu bringen.

Das Deutsche Reich, dessen Regierung sich dieser gefährlichen Treibereien und ihrer möglichen politischen Wirkungen wohl bewußt war, regte im Jahre 1907 ein Abkommen an, das im Frühling 1908 zur Unterzeichnung gelangte. Die Unterzeichnerstaaten waren: das Deutsche Reich, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, die Niederlande und Schweden. Der Inhalt war im großen der folgende:

Unter den Versicherungen guter Nachbarschaft und Freundschaft

erklärten die Unterzeichnermächte, daß sie fest entschlossen seien, wechselseitig die souveränen Rechte intakt zu halten und zu achten, welche jede von ihnen über ihre bezüglichen Gebiete in jenen Gegenden, also auch an den Küsten und auf den Inseln, besäße. Für den Fall der Bedrohung des Status quo nach Ansicht einer der Unterzeichnermächte durch irgendwelche Ereignisse wollte man miteinander in Verbindung treten, um in gemeinsamer Übereinstimmung Maßnahmen für die Erhaltung des Status quo zu treffen. — In einem Anhange des Abkommens wird dasselbe dahin präzisiert: der Grundsatz der Erhaltung des Status quo bezieht sich lediglich auf die zurzeit vorhandenen Gebietsteile der Vertragsmächte, welche an die Nordsee grenzen. Dagegen kann dieses Abkommen nicht angerufen werden, wenn eine der Vertragsmächte auf Grund ihrer Souveränität frei über ihre Besitzungen verfügt.

Das bedeutete mit anderen Worten, daß das Abkommen sich nicht auf den Kolonialbesitz der Mächte bezog und ebensowenig auf ihr Gebiet, sofern es nicht an die Küsten grenzte. Es handelte sich mithin nicht um einen allgemeinen und vollständigen Garantievertrag hinsichtlich der Integrität und Unabhängigkeit des Gebietes, sondern lediglich um Küsten und Inseln. Das Veräußerungsrecht oder das Recht der Abtretung von Gebieten kraft der eigenen Souveränität wurde selbstverständlich durch das Abkommen nicht berührt.

Dieses sogenannte Nordseeabkommen, welches zu Berlin unterzeichnet wurde, ging aus dem deutschen Wunsche hervor, die kleineren Nordseestaaten, insbesondere die Niederlande und Dänemark, mit Vertrauen zum Deutschen Reiche zu erfüllen, ihnen einen offenbaren und bindenden Beweis freiwilligen Wohlwollens und Entgegenkommens zu liefern. Norwegen findet sich unter den Unterzeichnermächten aus dem einfachen Grunde nicht, weil es gleich nach seiner Konstituierung als Königreich Neutralitätsverträge mit den Mächten eingegangen war. Bezeichnend war die Teilnehmerschaft Frankreichs, welches keine eigene Nordseeküste hat, am Abkommen. Es hieß, das Deutsche Reich hätte auf Beteiligung Frankreichs keinen Wert gelegt, die großbritannische Regierung hätte aber erklärt, sie sei ohne Hinzuziehung Frankreichs für das Abkommen nicht zu haben. Ohne die Teilnahme Großbritanniens aber hätte das Abkommen keinen Sinn gehabt, da die Garantie der holländischen und dänischen Küsten, bzw. ihrer Integrität sich nicht zum wenigsten auch auf britische Landungen usw. im Kriegsfalle bezog. Die Wahrung der „souveränen Rechte" deutete gerade diesen Fall an. Der Zweck des Abkommens ergibt sich schon aus dieser Überlegung genugsam, und anderseits war begreiflich, daß deshalb Großbritannien und Frankreich wenig entzückt von dem Gedanken des Abkommens waren, sich ihm aber nicht entziehen konnten,

ohne Mißtrauen bei Holland und Dänemark hervorzurufen. Eine andere Frage war freilich, ob in einem großen Kriege gerade Großbritannien ein solches Abkommen achten würde, wenn es politisch und militärisch vorteilhaft erschiene, es nicht zu achten. Diese Überlegung hat sich die deutsche Regierung ebenso zweifellos gemacht, wie die Hollands, Dänemarks und Schwedens. Immerhin war das Abkommen ein Beweis uneigennützigen deutschen Wohlwollens und ein Wink an die kleineren Nordseemächte, ihre Augen auf die großbritannischen Pläne zu lenken. Wie der Krieg 1914/15 gezeigt hat, haben die Niederlande ebenso wie Dänemark sich nicht auf das Abkommen verlassen, sondern auf ihre Rüstungen.

Am selben Tage wie das Nordseeabkommen, wurde ein zweiter Vertrag zu St. Petersburg unterzeichnet, das sogenannte Ostseeabkommen, und zwar von den Vertretern der Mächte: Rußland, Deutschland, Dänemark und Schweden. Der Wortlaut ist beinahe der gleiche wie der des Nordseeabkommens, mit dem hauptsächlichen Unterschiede, daß das Ostseeabkommen nicht stillschweigend, sondern ausdrücklich neben den Küsten auch die Inseln einschließt. Der reiche schwedische und dänische Inselbesitz gab den Anlaß dazu, insbesondere die schwedischen Besorgnisse vor russischen Ausdehnungs- und Eroberungsabsichten nach der skandinavischen Ozeanküste hinüber. Deshalb nahm man in Schweden das Abkommen mit Genugtuung auf und erblickte in ihm ein Verdienst und einen Dienst des befreundeten Deutschen Reiches. In Großbritannien dagegen war man verstimmt, nicht an diesem Abkommen beteiligt zu sein, und benutzte die Gelegenheit, um in Dänemark wieder die alte Agitation aufzunehmen: das Deutsche Reich wolle aus der Ostsee ein geschlossenes Gewässer machen. Da im gleichen Jahre 1907 das großbritannisch-russische Abkommen unterzeichnet wurde und die Annäherung zwischen den beiden Mächten bereits 1906 abgemachte Sache war, so konnte die britische „Entrüstung" über die angeblichen deutschen Pläne „die Ostsee zu schließen" nicht aufrichtig sein. Man wollte nur den Anschein einer solchen erwecken, um Dänemark mißtrauisch zu machen. Möglicherweise war auch Kränkung der Eigenliebe darüber vorhanden, daß das alle Meere beherrschende Großbritannien an einem europäische Gewässer betreffenden Abkommen nicht beteiligt war.

Alles in allem waren diese beiden Abkommen ohne sonderliche Bedeutung, denn sie änderten weder an der politischen Lage und an den Stimmungen etwas Wesentliches, noch hätten sie im Ernstfalle die mindeste Wirkung ausgeübt.

Auch außerhalb Europas wurden in jener Zeit erwähnenswerte Abkommen geschlossen.

Im fernen Osten hatten Rußland und Japan hintereinander zwei Verträge geschlossen und damit einen der Zwecke der Erweiterung des großbritannisch-japanischen Abkommens erfüllt: Ruhe in Ostasien zu schaffen, auch die Wahrscheinlichkeit eines russischen Vergeltungskrieges gegen Japan auszuschalten. Durch die russisch-japanischen Verträge befestigte sich anderseits, ganz wie die Londoner Politik angestrebt hatte, das russisch-britische Einvernehmen.

Im Sommer 1907 folgte ein Abkommen zwischen Japan und Frankreich. Die großbritannische Politik hatte auch bei diesem Abkommen Gevatter gestanden, um sich Frankreich allgemein und besonders im fernen Osten zu verbinden, sowie um eine Kontrolle über die japanisch-französischen Beziehungen zu gewinnen. Dazu kam eine französisch-japanische Vorgeschichte des Abkommens: Während des Russisch-Japanischen Krieges war eine geheime japanische Denkschrift aus der Feder eines hervorragenden Militärs in die Öffentlichkeit gelangt. Sie behandelte den Plan einer Eroberung von Französisch-Indochina und erörterte sie bis in die kleinsten militärischen Einzelheiten, bezeichnete sie auch als das nächste Ziel der japanischen Politik. In Frankreich war man sich bewußt, daß Japan bei Vorhandensein des erforderlichen Willens unter allen Umständen imstande war, Indochina zu nehmen und zu behalten, ohne daß Frankreich die mindeste Möglichkeit gehabt hätte, die Japaner daran zu hindern. So war man dem britischen Freunde sehr dankbar, als er der französischen Republik zum Abkommen verhalf. Der französische Minister des Auswärtigen, Pichon, erklärte in der Kammer: „Japan widerlegt auf diese Weise ein für allemal diejenigen, welche es beschuldigt haben, ehrgeizige Eroberungspläne zu hegen, und es bekräftigt seinen Willen, den Status quo zu achten."

Der Inhalt des Abkommens begriff den Eintritt in Unterhandlungen wegen eines Handelsvertrages, außerdem die folgende Vereinbarung: Die beiden Mächte stimmen überein in der Achtung der Unabhängigkeit und Integrität Chinas, im Grundsatze der Gleichheit und Freiheit des Handels dort für die Staatsangehörigen aller Nationen. Sie verpflichten sich zu gegenseitiger Unterstützung, zur Aufrechterhaltung dieses Zustandes, zumal in denjenigen Gebieten, welche ihren eigenen Hoheitsgebieten benachbart sind. Insbesondere sichern sich die beiden Mächte gegenseitig die Behandlung als meistbegünstigte Nation den japanischen Untertanen in Französisch-Indochina und den Untertanen und Schutzbefohlenen von Französisch-Indochina in Japan und in japanischen Hoheitsgebieten zu.

Sieht man von den Spezialzwecken und dem eigentlichen Inhalte dieses Abkommens ab und betrachtet man es nur als politisches Ereignis

im ganzen, so bedeutete es ein weiteres Symptom für die fortschreitende Isolierung des Deutschen Reiches in Europa wie in Ostasien. Weitblickend, das Ganze überschauend, wie immer, hatten Großbritanniens Staatsmänner als wichtig erkannt, daß in einem großen europäischen Kriege, wo der Dreiverband gegen Deutschland stände, Japan keinerlei Interesse haben dürfe, sich gegen England oder dessen Verbündete und Freunde zu wenden, noch auch ihnen ihre ostasiatischen Besitzungen zu neiden und sich deren bei gebotener Gelegenheit zu bemächtigen. Es ist kaum zu bezweifeln, daß Großbritannien und Japan miteinander damals bereits über das Schicksal des deutschen Kiautschou für den Kriegsfall vollkommen einig geworden sind.

Eine Ergänzung der Versuche des Deutschen Reiches, wenigstens in Europa das Mißtrauen seiner kleineren Nachbarn zu beschwichtigen, bildete der Anfang 1907 mit Dänemark geschlossene sogenannte Optantenvertrag. Er wurde geschlossen durch das Deutsche Reich, vertreten durch Preußen auf Antrag des Reiches, weil er unmittelbar betrachtet eine innerpolitische Angelegenheit Preußens bildete, mittelbar dagegen eine solche der auswärtigen Politik des Deutschen Reiches. Ob und inwieweit neben dem Wunsche, die deutsch-dänischen Beziehungen zu bessern, noch andere Gründe maßgebend gewesen sind, mag dahingestellt bleiben.

Der Optantenvertrag verlieh den „im preußischen Staatsgebiete" — tatsächlich in Nordschleswig allein — wohnhaften staatenlosen Optantenkindern auf ihren Antrag die preußische Staatsangehörigkeit, und zwar nicht nur den Nachkommen ersten Grades, sondern auch deren Nachkommen. Die politische Vorgeschichte war die folgende:

Im Frieden 1864 wurde den Bewohnern der von Dänemark an Preußen und Österreich-Ungarn abgetrennten Gebiete gestattet, unter gewissen Umständen für Dänemark zu optieren und infolgedessen dänische Staatsbürger zu bleiben. Da nun die Staatsangehörigkeitsgesetze und -bestimmungen in Dänemark und Preußen verschieden waren, so ergab sich, daß die Kinder jener Optanten weder von Dänemark noch von Preußen als Staatsbürger anerkannt wurden. Die Optantenkinder konnten durch den Vertrag von 1907 nunmehr das preußische Staatsbürgerrecht erlangen, und es zeigte sich in späteren Jahren, daß der preußische Staat um Tausende von Wählerstimmen zugenommen hatte, Wählerstimmen aber, die ausschließlich der „dänischen" Partei zugute kamen. Ein bekannter nordschleswigscher Politiker und Führer der sogenannten dänischen Partei, H. P. Hansen, hat viel dazu getan, um unter der Maske der Versöhnlichkeit die preußische Regierung zu dem Optantenvertrage zu bewegen. Wenn dieser Wunsch der Nordschleswiger und ihrer Brüder im Dänischen Reiche

erfüllt wäre, so hieß es, dann würde die dänische und antideutsche Agitation in Nordschleswig von selber aufhören. Außerdem enthielt der Optantenvertrag eine Wendung, welche die Anerkennung der Grenzen zwischen Preußen und Dänemark durch die dänische Regierung einschloß: eine Anerkennung, die bisher in solcher Form noch nicht gegeben worden war. Die reichsländische Bevölkerung und die dänisch gesinnten Nordschleswiger standen auf dem Boden jenes nicht nur durch die Tatsachen längst überholten Artikels des Prager Friedens, welcher besagte: der Kaiser von Österreich überträgt auf den König von Preußen alle seine im Wiener Frieden erworbenen Rechte auf die Herzogtümer Holstein und Schleswig mit der Maßgabe, daß die nördlichen Distrikte von Schleswig, wenn deren Bevölkerung durch freie Abstimmung den Wunsch zu erkennen geben sollte, mit Dänemark vereinigt zu werden, an Dänemark abgetreten werden sollten. — De facto stand freilich schon seit Jahrzehnten fest, daß jene, wie es heißt, Napoleon III. als intellektuellem Urheber zuzuschreibenden Bestimmungen des Artikels 5 niemals tatsächliche Folge erhalten würden. Die dänische Regierung hat niemals an etwas anderes gedacht. Immerhin erkannte sie, wie gesagt, in der Einleitung des Vertrages von 1907 zum erstenmal ausdrücklich die dänisch-preußische Grenze nicht nur als vorhanden, sondern als rechtsgültig an. Im übrigen war Artikel 5 des Prager Friedens durch einen Vertrag zwischen Preußen und Österreich vom 11. Oktober 1878 ausdrücklich außer Gültigkeit gesetzt worden.

Wie 1907 halbamtlich erklärt wurde, beseitigte der Optantenvertrag einen wunden Punkt der deutsch-dänischen Beziehungen, und man hoffte, daß die in den Grenzgebieten bestehenden Spannungen nunmehr überhaupt behoben wären, glaubte auch, daß die deutschfeindliche Agitation in Nordschleswig keinen Rückhalt mehr im Königreiche Dänemark hätte. Daß diese Erwartungen getäuscht worden sind, kann schon hier bemerkt werden. Die seit dem Optantenvertrage verflossenen Jahre zeigten, daß das Dänentum in Nordschleswig von Jahr zu Jahr stärker und zuversichtlicher wurde und aus der Verteidigung zum Angriffe überging.

Unter den dänisch gesinnten Nordschleswigern und ebenso in den unversöhnlich gesinnten Kreisen im Königreich Dänemark nahm man die deutsche Versöhnlichkeit für Schwäche und für Furcht im Hinblick auf die Haltung Dänemarks in einem zukünftigen Kriege. Auf beiden Seiten der Grenze stieg die dänische Zuversicht und ebenso das Mißtrauen gegen das Deutsche Reich. Der von Vertretern der deutschen Reichsregierung betonte Hauptzweck des Vertrages: durch dieses bedeutende Zugeständnis eine freundlichere Atmosphäre zwischen Dänen und Deutschen zu schaffen, war mißlungen.

So bot das politische Europa der damaligen Jahre das Bild einer Sammlung der Mehrheit der europäischen Mächte gegen das Deutsche Reich unter großbritannischer Führung. London war der politische und diplomatische Kraftmittelpunkt, und König Eduard mit den leitenden Staatsmännern befand sich in unaufhörlicher ebenso eifriger wie umsichtiger Arbeit, um aus dem 1904 geschaffenen Kerne: der Entente Cordiale, eine umfassende, gegen das Deutsche Reich gerichtete Koalition zu machen. Das Deutsche Reich aber mußte die Erfahrung machen, daß, je nachgiebiger und versöhnlicher es sich nach allen Seiten zeigte, desto schneller der Prozeß seiner Isolierung fortschritt.

# Vierter Abschnitt.

# Marokko und Balkan als Angelpunkte der Einkreisung.

## 1908—1914.

### Orientpolitik und Bosnische Krisis.

Die alte politische und wirtschaftliche Wahrheit, daß nur kräftige und zielbewußte Regsamkeit, einerlei, ob sie Schwierigkeiten schafft oder nicht, Erfolg und Ansehen bringt, hatte das Deutsche Reich im Orient erfahren. Eine aktive Orientpolitik bildete einen der großen Gedanken, welche mit dem Regierungsantritte Kaiser Wilhelms II. in das Leben des Deutschen Reiches eintraten. Dieser Gedanke und das dauernde Streben, ihn innerhalb der jeweiligen Grenzen der praktischen Möglichkeit zu verwirklichen, hat nicht ebenso aber doch ähnlich wie der Gedanke einer starken deutschen Seemacht von 1888 bis 1914 eine der Hauptrichtlinien der deutschen Wirtschaft und Politik gebildet. Gewiß war an sich dieser Gedanke nicht neu, und bedeutende Geister wie Friedrich List, Moltke, Leopold v. Ranke u. a. haben vor langer Zeit auf die wirtschaftspolitische Wichtigkeit des Orients hingewiesen. Schon für jeden aufmerksamen Betrachter der Landkarte mußte sich aufdrängen, daß für das in Mitteleuropa eingeschlossene Deutsche Reich hier der einzige wirtschaftliche Auslaß und große unermeßliche Perspektiven sich boten. Hierhin lag eine Möglichkeit ausgreifender Weltpolitik und Weltwirtschaft, wenn man sie richtig anfaßte. Das Deutsche Reich grenzt weder, wie Rußland, zu Lande an die Türkei, noch besaß es eine gesicherte Seeverbindung nach den türkischen Häfen wie Großbritannien und Frankreich. Dazwischen lag Österreich-Ungarn und zwischen Österreich-Ungarn und der europäischen Türkei lagen, wenn damals auch geographisch noch nicht vollständig, wohl aber ihren Bestrebungen nach, die Balkanstaaten. Aus der politischen Geographie ging mithin ohne weiteres hervor, daß eine erfolgreiche deutsche Orientpolitik um so erfolgreicher sein mußte, je intimer das deutsch-österreichisch-ungarische Verhältnis war, außerdem daß beide Mächte Interesse an der Erhaltung des bestehenden Zustandes

auf dem Balkan hatten, jedenfalls eine Veränderung desselben nach irgendeiner Seite hin verhindern oder zugunsten ihrer Bestrebungen zu beeinflussen versuchen mußten.

Was bedeutete jenes viel gebrauchte und oft so wenig verstandene Wort einer aktiven deutschen Orientpolitik. Welches konnten die deutschen Ziele in dieser Richtung sein?

Geschichtlich betrachtet, ist die Grundlage dieser deutschen Bestrebungen von Anfang an rein wirtschaftlicher Natur gewesen. Im ersten Abschnitt dieser Schrift ist erzählt worden, wie im Jahre 1888 Bismarck dem mißtrauischen Zaren Alexander III. auf seine Frage „und Konstantinopel", versicherte: die damals vorbereitete Reise des Kaisers nach Konstantinopel bezwecke keine Änderung des Status quo im Orient. Amtlich wurde damals ausdrücklich die Erhaltung der Türkei proklamiert. Jenes russische Mißtrauen war ebenso charakteristisch, wie die Antwort Bismarcks der Wahrheit entsprach. Der Zar Alexander argwöhnte, es werde sich mit der neuen deutschen Richtung auch ein neues störendes Element zwischen Rußland und das geschichtlich überlieferte Ziel seiner Wünsche und Bestrebungen: Konstantinopel, stellen. Die folgenden Jahrzehnte haben, wie wir heute wissen, diesem wachen Mißtrauen recht gegeben, aber freilich in einem anderen Sinne, als der Zar es meinte. Hätte Bismarck Alexander III. gesagt, es werde Deutschlands Bestreben sein, das Türkische Reich zu stärken und für die Erhaltung seiner Unabhängigkeit zu wirken, so würde Alexander es wahrscheinlich nicht geglaubt, sondern die Antwort für eine ganz besonders raffinierte Ausflucht gehalten haben.

Bismarck hat das Türkische Reich früher, wenn nicht mit Gleichgültigkeit, so doch gewissermaßen als Corpus vile behandelt. Ihm lag nicht an seiner Erhaltung; jedenfalls war der Gedanke, die Türkei zu erhalten, für ihn nicht ohne weiteres mit wichtigen Fragen der deutschen Zukunft verknüpft. Auch in seinen „Gedanken und Erinnerungen" hat der große Staatsmann den Standpunkt vertreten, daß Deutschland unter Umständen für vorteilhaft halten könnte, Konstantinopel, also alles, was zum Kern des Türkischen Reiches gehört, an Rußland zu geben und dem Sultan etwa eine Rolle zuzuweisen, wie die ehemaligen Herrscher von Algier, Tunis, Ägypten und Marokko sie unter ihrer englischen oder französischen Oberherrschaft zu spielen hatten. Der Zweck eines solchen deutschen Zugeständnisses würde gewesen sein, mit Rußland in neue gefestigte Beziehungen zu gelangen, anderseits den Gegensatz zwischen Rußland und Großbritannien zu einem unversöhnlichen zu machen und Frankreich politisch wie wirtschaftlich vom Orient aus bedrängt werden zu lassen. In diesem Bismarckschen Gedanken lag eine gewaltige europäische wie weltpolitische Umwälzung eingeschlossen, begründet auf dem Bestreben eines engen

deutsch-russischen Zusammengehens und damit einer Beherrschung Europas durch Deutschland und Rußland nebeneinander.

Die deutsche Politik ist seit 1888 den entgegengesetzten Weg gegangen. Sie erblickte nicht nur in der Erhaltung des Türkischen Reiches ein wesentliches Element für die deutsche Zukunft, sondern setzte sich zum Ziel, über die Erhaltung hinaus die Stärkung der Türkei anzustreben. Darin lag das neue Element: eine europäische Großmacht ging ohne Hintergedanken aufrichtig auf Stärkung des Türkischen Reiches im Inneren und nach außen hin aus. Das Motiv, bzw. der Zweck dieses Bestrebens lag auf zwei Gebieten: das Deutsche Reich wollte sich in der Türkei und im Orient überhaupt einen neuen Absatzmarkt für seine Industrie und eben damit ein wachsendes Tätigkeitsfeld für seine Finanz und seinen Handel schaffen. Je leistungsfähiger ein solcher Markt ist, je aufnahmefähiger und kaufkräftiger, desto wertvoller wird er für den Verkäufer. Die Kaufkraft einer Bevölkerung hängt von ihrem wirtschaftlichen und politischen Wohlergehen ab, und dieses wiederum von den gesamten Verhältnissen im Reiche oder im Staate. Innere Unruhen, Eingriffe von außen, Aussaugung und Zerstückelung liefen diesen wirtschaftspolitischen Zielen des Deutschen Reiches zuwider. Daraus entstand von vornherein ein innerer Gegensatz zwischen der Orientpolitik des Deutschen Reiches und derjenigen der anderen europäischen Großmächte mit Ausnahme Österreich-Ungarns. Von diesen Großmächten verfolgte Rußland, seinem jeweiligen Können oder Nichtkönnen angemessen, die Schwächung und Vernichtung des Türkischen Reiches. Großbritannien, damals der Gegner Rußlands, war bestrebt, seinen Einfluß in Konstantinopel zum herrschenden zu machen, politisch wie wirtschaftlich, und gleichzeitig das Türkische Reich auf dem Balkan wie in Arabien usw. zu schwächen, dabei den russischen Einfluß auszuschalten. Im Verlaufe dieser Schrift ist gezeigt worden, wie während der neunziger Jahre und bis zum Russisch-Japanischen Kriege die europäischen Festlandmächte wiederholt in Orientfragen gegen Großbritannien zusammenstanden, mit Ausnahme von Italien. Kurz, es war, wenn auch mit Variationen und bei manchem Wechsel der Rollen, das beinahe hundert Jahre alte Schauspiel der einander politisch und wirtschaftlich bekämpfenden Großmächte, die eben durch ihre Gegensätze und Eifersucht die Vernichtung der Türkei verhinderten, weil jede fürchtete, sie werde den anderen gegenüber nicht genügend auf ihre Kosten kommen. Der türkische Sultan Abdul Hamid kannte die Bestrebungen der Großmächte genau und war ein Meister auf dem Schachbrett der europäischen Politik und Diplomatie. Unter den schwierigsten und, man kann wohl auch sagen, den faulsten inneren Verhältnissen in seinem Reiche, unter schwerstem Drucke von allen Seiten, verstand er es immer, die Großmächte

ebenso wie die Balkanstaaten gegeneinander auszuspielen und dadurch ein — freilich sehr labiles — Gleichgewicht zur Erhaltung seines Reiches von Fall zu Fall herbeizuführen.

Abdul Hamid, so mißtrauisch er war, erkannte den gänzlich verschiedenen abweichenden Charakter der neuen deutschen Orientpolitik im Gegensatz zu derjenigen Rußlands, Großbritanniens und Frankreichs. Er begriff ohne weiteres, daß das Deutsche Reich weder Konstantinopel, noch Arabien, noch andere Punkte und Gebiete, die der Türkei gehörten, für sich haben wolle, und daß dem Deutschen Reiche mit Schwächung und Zersetzung des Türkischen Reiches nicht gedient sein würde, im Gegenteil. Der Sultan machte so in seinem begründeten und vielseitigen Mißtrauen gegen die Politik der Mächte eine Ausnahme gegenüber der deutschen Politik und vor allem persönlich dem Deutschen Kaiser gegenüber. Kaiser Wilhelm hat mit psychologisch richtigem Blicke auch auf dieses persönliche Moment besonders Wert gelegt und den Sultan vom Anfang bis zum Abschluß seiner Regierung als einen ihm gleichgeordneten souveränen Herrscher behandelt, ihm Vertrauen und Freundschaft entgegengebracht. Abdul Hamid hat dieses Vertrauen und diese freundschaftliche Gesinnung in gleicher Weise gelohnt und zurückgegeben, gleichzeitig in der Erkenntnis, daß die deutschen Pläne das Wohl des Türkischen Reichs und Volkes fördern würden. Dabei war, und zwar auf deutscher wie auf türkischer Seite, nicht nur das wirtschaftliche Moment maßgebend, sondern auch das machtpolitische: je stärker die Türkei wurde, desto mehr Widerstand konnte sie den Vernichtungsbestrebungen anderer Mächte entgegensetzen, desto eher konnte sie eine selbständige wirkliche Politik treiben und aus ihrem derzeitigen Zustande, ein Objekt der Mächte zu sein, hinausgelangen. Dabei war Abdul Hamid sich bewußt, daß es dem Deutschen Reiche nicht möglich sein werde, unter allen Umständen und Verhältnissen gegen die anderen Großmächte als Vertreter türkischer Interessen und als Schützer des Türkischen Reiches aufzutreten. Die Lage des Deutschen Reiches komplizierte sich politisch durch die neuen Beziehungen zur Türkei noch mehr, als es schon der Fall war. Als Grundsatz der jeweiligen deutschen Reichskanzler für die neue Orientpolitik kann man durchschnittlich bezeichnen: an keiner internationalen Aktion teilzunehmen, welche sich gegen die Türkei richtete. Zwistigkeiten der Türkei mit einer oder mehreren Mächten durch freundschaftliche Vermittlung beizulegen oder zu mildern, jede Maßnahme zugunsten der Türkei zu vertreten und zu fördern. Ob diese Grundsätze stets geschickt und energisch betätigt worden seien, das ist eine Frage, welche nur im Rahmen einer eingehenden Sonderbetrachtung der deutschen Orientpolitik beantwortet werden konnte.

Der Grundgedanke der neuen deutschen Orientpolitik trotz allen

Mängeln und Schwächen in seiner Durchführung war groß und auf lange Sicht. Sein Symbol war der Plan der vielgenannten Bagdadbahn, einer Bahnverbindung zwischen Konstantinopel und dem Persischen Golf durch Kleinasien und Mesopotamien hindurch. Die Voraussetzung für Erfolg und Wirkungen der Ausführung dieses Planes war, von deutscher Seite betrachtet, die Freiheit und Sicherheit der Verbindung Berlin—Wien—Konstantinopel, also die freie Bahn durch die Balkanhalbinsel. Diese Frage wurde durch die Balkankriege von 1912/13 akut.

Der Gedanke einer Landverbindung zwischen dem östlichen Mittelmeere und dem Persischen Golf tauchte bereits im ersten Drittel des vergangenen Jahrhunderts auf, nämlich in Gestalt des Planes einer großen Heerstraße. Nach Erfindung der Eisenbahn erschien er in dieser neuen Form und verschwand seitdem nicht mehr, kam auch nicht mehr zur Ruhe. In den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts versuchte ein englischer Unternehmer die Erlaubnis zum Bau einer Eisenbahn auf einer Strecke zu erhalten, die von dem kleinasiatischen Hafen Alexandrette nach Bagdad gehen sollte. Aus dem Plane wurde aber ebensowenig etwas, wie aus späteren Projekten, die entweder Teile oder die ganze Strecke betrafen. Durchweg beruhten diese Pläne auf dem Gedanken: das Innere der asiatischen Türkei durch eine Bahn dem großbritannischen Handel zu erschließen und dem großbritannischen Einflusse dienstbar zu machen, welche in einen von England beherrschten Hafen des Mittelländischen Meeres mündete. Der Hafen von Alexandrette z. B. wird von der England gehörigen Insel Cypern beherrscht. Hier schon lag ein grundsätzlicher Unterschied zwischen den deutschen und den großbritannischen Bahnplänen: die großbritannischen wollten den Anfangspunkt der Bahn an das Mittelmeer legen, der deutsche Plan ließ die Bahn von Konstantinopel, der Hauptstadt des Reiches, ausgehen. Eine solche Bahn mußte zum Rückgrate des Reiches werden, jede andere auf seine Schwächung und Zersplitterung arbeiten. Das war der eine Grund, weshalb Abdul Hamid, abgesehen von der schwierigen Finanzierungsfrage, alle Bahnpläne abgelehnt hatte. Ihm war klar, daß eine von England gebaute Bagdadbahn, einerlei, ob sie von Alexandrette oder von Konstantinopel ausging, den Verlust der Integrität der Türkei und der Souveränität des Sultans nach sich ziehen müsse. Solche Besorgnisse konnte Abdul Hamid hinsichtlich Deutschlands auch bei einer unfreundschaftlichen deutschen Politik schon deshalb nicht hegen, weil das Deutsche Reich weder zu Lande an die Türkei grenzte, wie Rußland, noch zur See die Herrschaft besaß, also einem unbedingt überlegenen Widerstande der anderen großen Land- und Seemächte begegnet wäre. In dieser tatsächlichen und unabänderlichen Lage der Verhältnisse bestand mithin eine unbedingte Garantie dafür, daß die Aus-

führung der deutschen Pläne der Türkei niemals zum Schaden gereichen konnte.

Schon im Herbste 1888 erhielt eine deutsche Gesellschaft die Konzession zum Bau einer Bahnstrecke in Kleinasien. Diese Strecke und ihre Bewilligung bildet den Anfang der Bagdadbahn, Konzessionen für weitere Teilstrecken folgten in den Jahren 1893 und 1903 (bei vorläufigen Abmachungen 1889 und 1902). Vorgreifend bemerkt sei, daß 1908 und 1911 neue Abmachungen folgten und seit 1911 bis zum großen Kriege mit Unterbrechungen fortwährend international verhandelt wurde.

War es Großbritannien, Rußland und Frankreich schon sehr unerwünscht und ärgerlich, daß Deutschland als neuer erfolgreicher Bewerber um türkische Eisenbahnkonzessionen auftrat, so erregte das Vertrauen des Sultans zum Deutschen Reiche steigende Besorgnis in London, Petersburg und Paris. Man versuchte durch die bestehende internationale Kontrolle der türkischen Finanzverhältnisse allen deutschen Plänen entgegenzuwirken. Den Bagdadbahnplan hielten die anderen Großmächte, ähnlich übrigens wie das große deutsche Flottengesetz, für ein papiernes Programm, welches zwar großartig aussähe, aber eben auf dem Papier bleiben werde. So betrachtete Großbritannien während der neunziger Jahre die Bagdadbahnpläne von oben herab. Je weiter aber der Bahnbau vorschritt, desto mißtrauischer und widerstrebender wurde man in London. Bei Rußland war von Anfang an Widerstreben gegen Stärkung der Türkei durch ein Eisenbahnnetz vorhanden gewesen, denn man war jeder Stärkung des Türkischen Reiches grundsätzlich abgeneigt. Am unangenehmsten waren den Russen die Pläne Abdul Hamids, im Norden von Kleinasien, in Türkisch Armenien und Kurdistan Eisenbahnen zu bauen, welche nicht etwa unter russischer oder französischer Kontrolle gestanden hätten. Abdul Hamids Absichten aber gingen in den neunziger Jahren gerade darauf hinaus, den Norden Kleinasiens durch Eisenbahnen an sein Reich fester anzuschließen und russischen Angriffen gegenüber die Möglichkeit des Aufmarsches türkischer Truppen zu erhalten, ferner den von Rußland ebenso wie von England stets geschürten Aufständen in Armenien schnell erfolgreich begegnen zu können. Nach den anfänglichen, von Abdul Hamid leitend beeinflußten Plänen sollte die kleinasiatische und in ihrem Anschlusse die Bagdadbahn erheblich weiter nördlich geführt werden, als es nachher geschehen ist. Rußland verhinderte es und verpflichtete die türkische Regierung vertraglich: ohne Rußlands ausdrückliche Zustimmung keinerlei Bahnen in Nordkleinasien zu bauen, jedenfalls nicht einer ausländischen Gesellschaft den Bau zu übertragen oder zu gestatten. Die Folge war, daß die Bagdadbahn später anstatt im Nordosten bei Angora, im Südwesten bei Konia sich an die kleinasiatische Bahn anschloß. Damit war

zwar Rußland vorläufig beruhigt, aber England und Frankreich waren um so unzufriedener.

Zu den politischen Schwierigkeiten, die sich dem deutschen Unternehmen entgegensetzten, kamen fortwährend die geldlichen und verflochten sich mit ihnen. Die deutschen Eisenbahnunternehmungen in der Türkei, welche mit der Zeit alle in dem großen Bagdadbahnunternehmen zusammengefaßt wurden, bildeten ein Privatunternehmen der Deutschen Bank. Bei der außerordentlichen Größe und Weitsichtigkeit der Sache war selbstverständlich, daß das Unternehmen entsprechende Vertretung und Stützung von der deutschen wie von der türkischen Regierung erhalten mußte. Für die deutsche Regierung, wie für jede andere war das eine selbstverständliche Sache. Kein Staat würde anders verfahren haben. England, Rußland und Frankreich bedienten sich, um Schwierigkeiten zu machen, des Mittels, die Deutsche Bank mit der deutschen Regierung zu identifizieren. Dazu kam ungünstig und erschwerend, daß in Deutschland selbst vielfach das Ziel und die Bedeutung des Bahnplanes teils in unrichtig und maßlos übertriebener Weise in die Welt hinausgerufen wurde. Man sprach schon um die Jahrhundertwende öffentlich mit einem, den Ereignissen weit vorgreifenden Triumphe von der Bahn, welche Indien bedrohen und einen türkischen Einfall nach Ägypten hin ermöglichen werde. Am Persischen Golf werde ein deutscher Kriegshafen entstehen und in Mesopotamien würde die „überschüssige" deutsche Bevölkerung angesiedelt werden. In dieser Richtung sind damals bei uns große Fehler begangen worden, welche zu begehen keineswegs notwendig war. Je stiller die Bagdadbahn gebaut wurde, desto besser. Das grundlose Gerede von deutschen Siedlungen in Mesopotamien und gar Kleinasien war überdies geeignet, bei den Türken starkes und tatsächlich ganz ungerechtfertigtes Mißtrauen gegen die deutschen Absichten zu säen. Daß es anderseits möglich sein werde, nach Ausgestaltung des Bahnnetzes die Türkei zu einer gefährlichen Bedrohung Ägyptens und Indiens zu machen, war gewiß richtig, aber so etwas durfte man nicht sagen, solange Großbritannien noch Mittel besaß, um den Bahnbau zu hindern und zu verzögern. In den neunziger Jahren und bis über die Jahrhundertwende hinaus war überhaupt sehr zweifelhaft, ob es gelingen werde, die Bahn mit deutschen Mitteln zu bauen. Einmal war die geldliche Belastung eine ungeheure und ferner hinderten die anderen Großmächte den Weiterbau der Bahn dadurch, daß sie der Türkei die Zollerhöhungen weigerten, welche notwendig waren, damit sie die notwendigen Kilometergarantien leisten konnte. Schon in den neunziger Jahren hatte die deutsche Gesellschaft sich deshalb bemüht, ausländisches Kapital heranzuziehen, dabei aber die Führung in der Hand zu behalten. Die Bemühungen blieben ohne Erfolg, und Eng-

land widersetzte sich den Zollerhöhungen unter dem Vorwande: die britische Politik werde nicht die Hand bieten zu solchen, den Handel nach der Türkei belastenden Maßnahmen, um ein Eisenbahnwerk zu fördern, welches politisch und wirtschaftlich gegen Rußland gerichtet sei.

1903 wurde, wie früher erwähnt, ein neues Abkommen der Bankgesellschaft mit der türkischen Regierung getroffen, unter Neugründung der „Kaiserlich Ottomanischen Bagdadbahngesellschaft". Sie erhielt die Konzession auch von Bagdad bis Basra, womit die ganze Strecke von Konia bis Basra sichergestellt war. Beiläufig sei bemerkt, daß über diesen, für die praktische Durchführung und Inangriffnahme maßgebenden Teilkonzessionen immer der große Plan und Grundgedanke einer Bahn bis zum Persischen Golf stand; Basra liegt nicht unmittelbar am Golf, sondern am Beginn des Schatt-el-Arab.

Noch einmal versuchte die deutsche Gesellschaft jetzt, 1903, die großbritannische Regierung und damit auch das großbritannische Kapital zu gewinnen. Man ging deutscherseits so weit, daß man der englischen und französischen Finanz Beteiligung auf gleicher Höhe mit der deutschen anbot unter gleichzeitiger Beteiligung der Pforte und der Anatolischen Eisenbahn-Gesellschaft mit je zehn Prozent. Als Gegenwert verlangte man Zustimmung zur türkischen Zollerhöhung, sofern es für den Weiterbau nötig war. Ferner verlangte man Zustimmung, daß die Bahn bis Koweit am Persischen Golf laufe und Koweit befestigt werde. Schließlich sollte die Bahn nach ihrer Fertigstellung für die indische Post benutzt werden.

Die großbritannische Regierung, deren Staatssekretär des Auswärtigen Lord Lansdowne war, verhielt sich zunächst diesem Anerbieten gegenüber dem Anscheine nach entgegenkommend. Auch englische Geschäftsleute haben noch Jahre später behauptet, Lord Lansdowne sei dem Plan unter den vorgeschlagenen Verhältnissen günstig gesinnt gewesen. Genug, die britische Regierung lehnte ab unter einem gleichzeitigen Empörungssturme eines großen Teils der britischen Presse: ein Zusammengehen Großbritanniens mit Deutschland wie in der Venezuela-Angelegenheit würde schmachvoll sein und sei ausgeschlossen. Großbritannien dürfe sich an dem Bagdadbahnplane unter keinen Umständen beteiligen, denn seine Durchführung gefährde Indien und Ägypten und auch die britischen Beziehungen zu Rußland. Damals, eben vor dem Russisch-Japanischen Kriege, mochte diese Berufung sonderbar erscheinen. Im Lichte der späteren Entwicklung ist aber anzunehmen, daß in der Tat der in englischen und russischen Kreisen damals schon propagierte Gedanke eines Zusammengehens der beiden Länder zur Einwirkung auf die britische Regierung erfolgreich ins Feld geführt wurde. Mit dem leidenschaftslosen

englischen Geschäftsblick wurde erkannt, daß man Rußland im fernen Osten schlagen und vernichten lassen müsse, dafür aber im nahen Osten um so besser brauchen könne. Wie immer in solchen großen Fragen, so kam auch hier eine Anzahl von Interessen und Gesichtspunkten zusammen, welche den deutschen Vorschlag scheitern ließen. Über allem stand die wachsende Deutschfeindlichkeit aller politischen Kreise Großbritanniens (siehe die Venezuela-Angelegenheit). Dazu kam die unbestimmte Besorgnis für Indien und Ägypten, wahrscheinlich auch im besonderen der Gedanke an einen befestigten türkischen Hafen Koweit. In Koweit war schon einige Jahre vorher der derzeitige Vizekönig von Indien, Lord Curzon, gewesen. Er hatte mit den Scheiks von Koweit und Mohammera in der üblichen englischen Weise „Freundschaft" und ein Abkommen geschlossen. Die beiden Scheiks, hauptsächlich der von Koweit, hatten sich schon längst wegen der zerrütteten Verhältnisse im Türkischen Reiche und im besonderen wegen des Mangels an Verbindungen mit dem Zentrum des Reiches weitgehender Selbständigkeit erfreut. Die britische Regierung und Lord Curzon förderten das Unabhängigkeitsbewußtsein der Scheiks, erkannten ihre Auffassungen an und erreichten damit von ihnen die verehrungsvolle Freundschaft solcher halbwilden Potentaten, die nicht wissen, daß sie so gerade in die Abhängigkeit gelangen müssen. In dieser Verbindung erscheint noch bedeutungsvoller, daß, einige Jahre später, im Abkommen mit Rußland Großbritannien sich seine Vorzugsstellung im Persischen Golf garantieren ließ. Immerhin lag 1903 die Frage eines befestigten Koweit in sehr weiter Ferne, näher der allgemeinere Gedanke, daß, je weiter der Bau der Bahn vorschritt, desto fester alle türkischen Länder, die sie durchquerte, an das Zentrum des Reiches angeschlossen wurden, daß in gleichem Maße die türkische Regierung in die Lage kam, mit einer bisher unerhörten Schnelligkeit Truppen in die Gebiete aufständischer Bevölkerungen, unbotmäßiger Scheiks usw., zu werfen. Eine solche Stärkung der türkischen Zentralgewalt wünschte Großbritannien ebensowenig wie Rußland und Frankreich: hier liefen ihre Interessen in ganz gleicher Richtung. Wenn nun Lord Lansdowne, ob aus eigenem Antriebe oder nicht, damals jede britische Beteiligung am Bahnunternehmen ablehnte und sich von der antideutschen Welle tragen ließ oder sie leitete, so stand dahinter immerhin die feste Überzeugung, es werde gelingen, den Bau der Bagdadbahn zunächst unendlich zu verzögern und schließlich ihn überhaupt zu Falle zu bringen. Wäre die britische Entscheidung anders ausgefallen, so hätte das zwar einen schnellen und glatten Fortgang des Unternehmens bedeutet, es aber mit der Zeit zu einem internationalen gemacht, mit allen wirtschaftlichen wie politischen Folgen eines solchen. Die Weigerung Großbritanniens ist deshalb ein Glück für

die deutsche Sache geworden. Französisches Kapital war anderseits stark an dem Bagdadbahnunternehmen beteiligt. Die Werte wurden aber nicht an der Pariser Börse zugelassen, entsprechend dem Grundsatze der französischen Regierung seit dem Kriege 1870/71, daß auf dem Pariser Geldmarkte deutsche Werte nicht gehandelt werden dürften. Im Falle des Bagdadbahnunternehmens glaubte man wahrscheinlich durch diese Zurückhaltung entweder die Vollendung des Unternehmens beliebig hinzuzögern oder aber zu erzwingen, daß die deutsche Gesellschaft, um es in absehbarer Zeit vollenden zu können, die Leitung völlig aus der Hand gäbe und es ganz internationalisieren ließe. Wäre das geschehen, so würde die Führung von selbst in die Hände Englands, Frankreichs und Rußlands übergegangen sein. Das Bahnunternehmen wäre anstatt ein Mittel zur Stärkung und Hebung der Türkei ein Werkzeug geworden, um sie gänzlich in die Hände ihrer Feinde zu bringen und ihre Zergliederung in Einflußsphären vorzubereiten, die Möglichkeiten deutscher Orientbetätigung aber zu vernichten.

So standen die Dinge zur Zeit des Russisch-Japanischen Krieges und der Marokkokrisis. Im Lichte dieser Zusammenhänge wird die oben berichtete Äußerung des Freiherrn v. Marschall vor der Tangerreise des Deutschen Kaisers erst recht verständlich: wenn man Marokko aufgäbe, so würde jene Rede des Deutschen Kaisers zu Damaskus im Jahre 1898 gewissermaßen desavouiert: „Mögen die dreihundert Millionen Mohammedaner, welche auf der Erde verstreut leben, dessen versichert sein, daß zu allen Zeiten der Deutsche Kaiser ihr Freund sein wird.“ Es braucht kaum mehr ausdrücklich gesagt zu werden, daß den Mächten der Tripelentente viel daran liegen mußte, Deutschland, die deutsche Macht und die Festigkeit des deutschen Willens gegenüber der Welt des Islam zu diskreditieren. Die Ergebnisse der Konferenz von Algeciras und die unmittelbar nachher beginnende Willkürpolitik Frankreichs in Marokko haben zeitweilig in der Tat den Türken und den Mohammedanern des Orients überhaupt viel von ihrem Glauben an die Macht und an die Zuverlässigkeit des Deutschen Reiches genommen.

Der Weg Deutschlands nach dem Orient wörtlich wie bildlich ging über die Balkanhalbinsel. Die dortigen Verhältnisse und Fragen in unauflöslicher Verbindung mit den Fragen des Orients bedeuteten zugleich europäische Fragen kritischer und gefährlicher Art, denn jeder Versuch zu einer Änderung der Grenzen, der zwischenstaatlichen Beziehungen, des Maßes an Einfluß warf im Nu das künstliche mehr vorgespiegelte als wirkliche „Gleichgewicht“ um und stellte annähernd alle europäischen Mächte vor die Kriegsfrage.

Der Verbündete des Deutschen Reiches, Österreich-Ungarn, war durch

den Berliner Kongreß 1878 anerkannte Balkanmacht geworden, denn damals erhielt die Monarchie die beiden sogenannten Okkupationsgebiete Bosnien und die Herzegowina, das Recht militärischer Garnisonen und des Straßenbaues im Sandschak Nowibasar. Weder im Sinne der Erwerbung von Bosnien und der Herzegowina hatte es gelegen, damit eine Politik der Gebietsausdehnung auf der Balkanhalbinsel anzubahnen, noch ist dieses später der Fall gewesen. Die österreichisch-ungarische Politik wollte lediglich diesen ihren Erwerb erhalten, sichern und im Innern ausbauen. Sie strebte ferner danach, fruchtbare Handelsbeziehungen mit den Balkanstaaten und der Türkei zu unterhalten. Auch am Adriatischen Meere hat Österreich-Ungarn eine Politik der räumlichen Ausdehnung nicht gewollt und nicht versucht. In dem bis zum ersten Balkankriege (1912) zum europäischen Besitze der Türkei gehörigen Albanien wurde ebenfalls unter wirtschaftlichem Gesichtspunkte versucht, freundschaftlich mit der Bevölkerung zu leben, erleichtert durch die Tatsache, daß die römisch-katholischen Stämme der Albaner von selbst in gewissen Beziehungen zur österreichisch-ungarischen Geistlichkeit standen. Der südliche Teil Albaniens bildete seit langer Zeit den Gegenstand italienischen Begehrens, und die italienische Tätigkeit wirtschaftlicher und zivilisatorischer Durchdringung wurde steigend und methodisch gefördert. Der Unterschied war, daß Italiens Augenmerk letzten Endes immer darauf gerichtet gewesen ist, an der albanischen Küste der Adria Fuß zu fassen, damit die Adria zu beherrschen und Österreich-Ungarn vom Meere abzudrängen, also eine Politik der Expansion auf Kosten Österreich-Ungarns. Österreich-Ungarn seinerseits dachte an keine politischen Pläne auf Kosten Italiens, sondern nur an die Festigung seines Besitzstandes, verbunden mit der allen Mächten gleichermaßen angelegenen wirtschaftlichen Ausdehnung auf der Balkanhalbinsel.

Die Verhältnisse in Österreich-Ungarn hatten während der geschilderten Jahrzehnte beinahe ununterbrochen im Zeichen des Kampfes der Nationalitäten im Innern gestanden. Besonders gegen Ende der neunziger Jahre erreichten diese Streitigkeiten einen bedenklichen Höhepunkt. Die Kraft des Staates wurde gelähmt und eine eigentliche auswärtige Politik, welche über das Bestreben, mit allen Mächten in möglichst gutem Einvernehmen zu leben, hinausging, gab es nicht. Die Finanzlage war dauernd ungünstig und nur unter größten Schwierigkeiten gelang es, das Heer auf achtbarer Höhe zu halten, während die Seemacht in den allerengsten Grenzen blieb, obgleich das Bedürfnis nach einer starken Flotte angesichts der steigenden Seeinteressen und der Stärke der italienischen Flotte unleugbar war.

Streitigkeiten, Unlust und Mutlosigkeit gaben dem öffentlichen Leben in Österreich-Ungarn sein Gepräge. In den undeutschen Teilen der

Bevölkerung bildete sich eine steigende Abneigung gegen das Bündnisverhältnis mit dem Deutschen Reiche heraus, und die russischen, französischen, englischen Einflüsse unterließen keine Gelegenheit, diese Abneigung und damit die Uneinigkeit weiter zu fördern. Die Folge dieser Verhältnisse war, daß man in Europa die österreichisch-ungarische Monarchie als dem Untergange geweiht ansah, jedenfalls glaubte, sie werde in einem europäischen Kriege ohne weiteres zerfallen.

Das russische Streben nach der Herrschaft auf der Balkanhalbinsel war durch die Ergebnisse des mißglückten Türkenkrieges und des an sie sich anschließenden Berliner Kongresses nicht berührt worden. Die bulgarische Krisis der achtziger Jahre hatte nicht nur gezeigt, daß Rußland ein nicht unter seiner Vormundschaft stehendes Bulgarien nicht wollte, sondern auch, daß jede derartige Frage, sobald sie akut wurde, den russisch-österreichischen Konflikt in unmittelbare Nähe bringen mußte. Das Ergebnis dieser Balkanfragen war es damals, welches den Fürsten Bismarck zwang, wider Willen zwischen Rußland und Österreich-Ungarn zu optieren, ferner das Bündnis mit der Doppelmonarchie zu schließen und seinen Abschluß von der Tribüne des Reichstages der Welt zu verkünden, damit der Friede Europas erhalten bliebe. Ebendaher rührte auch die Politik des Fürsten Bismarck, die Balkanangelegenheiten nach Möglichkeit abzuschieben, sie als gleichgültig zu behandeln und durch die Betonung dieser Gleichgültigkeit auch den österreichisch-ungarischen Staatsmännern nahezulegen, sich in der Balkanpolitik zurückzuhalten. Die Balkanpolitik der Doppelmonarchie ist nicht immer zielbewußt gewesen, besonders nicht im Hinblick auf die Beziehungen zu Bulgarien und zu Serbien. Es mutet heute sonderbar an, daß in dem bulgarisch-serbischen Kriege Österreich-Ungarn es war, welches — während Rußland keinen Finger für Serbien rührte — nach der Schlacht von Sliwnitza eingriff und Serbien rettete, dasselbe Serbien, für dessen Vergrößerung Österreich-Ungarn auf dem Berliner Kongresse tatkräftig und erfolgreich eingetreten war. Den Zweck seiner Rettung Serbiens hatte Österreich-Ungarn nicht erreicht, denn König Milan von Serbien, der im Gegensatz zur panslawistischen, nach der russischen Seite hinstrebenden Richtung seines Landes Stütze und Anschluß bei Österreich-Ungarn gesucht und gefunden hatte, mußte nach der Schlacht von Sliwnitza abdanken. Auf den Thron gelangte sein minderjähriger, geistig und moralisch minderwertiger Sohn Alexander. Mit ihm konnten die russischen Einflüsse bald fertig werden. Seine Heirat mit Draga Maschin erschütterte seine Stellung dem Volke gegenüber endgültig, die Ermordung folgte, und der alte Kandidat Rußlands, Peter Karageorgewitsch bestieg den Thron Serbiens. Diese Thronbesteigung bildete den eigentlichen Wendepunkt und den Beginn der Entwicklung Ser-

biens, welche schließlich zum Kriege geführt hat. Denn von da an gewann jene Politik in Serbien die Oberhand, welche später unter dem Namen der großserbischen Bestrebungen bekannt geworden ist. Ein Serbe, der vielgenannte Pasitsch, hatte schon unter König Milan einen Balkanbund unter der Fahne der nationalen Idee, also: „den Balkan den Balkanvölkern", zu vertreten gesucht, jedoch vergebens, denn König Milan erblickte prophetisch darin den Untergang Serbiens. Als Peter Karageorgewitsch den Thron bestiegen hatte, vermählte sich die großserbische Idee mit der des Balkanbundes, und über allem schwebte der allslawistische Gedanke. Dieser hatte sich aber inzwischen verwandelt. Während der Allslawismus früher vom kirchlich-religiösen Regiment der russischen Orthodoxie ausgegangen war, war er jetzt nationalistisch geworden und nannte sich Neoslawismus. Befreiung der Balkanvölker, Zusammenschluß der Nationalitäten und der slawischen Rasse im großen Verbande war das neue Ziel. In Serbien, dem Ursprungslande, erregte die neue Idee wilde Begeisterung, und bald galt Österreich-Ungarn als der Feind. Die in Bosnien wohnenden Serben und die des ungarischen Banates mußten „befreit" werden und ebenso die des Sandschaks Nowibasar. Der serbische Ehrgeiz ging aber noch weit hierüber hinaus und verwurzelte sich in der Vorstellung, das serbische Reich müsse in der Größe wieder hergestellt werden, welche es einst unter Stefan Duschan gehabt hätte.

Das Programm, welches König Peter damals von seinen Ministern bzw. Rußland vorgeschrieben wurde, bildete die politische Kriegserklärung an Österreich-Ungarn, nämlich: Propaganda in Bosnien unter der serbischen Bevölkerung, sich an Serbien anzuschließen und Stiftung von Unzufriedenheit unter der mohammedanischen Bevölkerung Bosniens und der Herzegowina. Die dortige österreichisch-ungarische Verwaltung sollte durch die Propaganda diskreditiert werden. Wirtschaftlich lautete das Programm auf Befreiung von wirtschaftlichen Beziehungen zu Österreich-Ungarn und Belebung solcher mit Rußland, Frankreich, England und Italien, ferner Förderung des Balkanbundes durch Verständigung mit Bulgarien über Reformen in Mazedonien. Ähnliche Arbeit wie in Bosnien sollte in Kroatien unter den dort wohnenden Serben und Serbenfreunden betrieben werden. In damaliger Zeit ist Serbien in Deutschland wenig beachtet worden, und man hat nicht ernst genommen, was dort vor sich ging. Das Regierungsprogramm aber, welches König Peter im Jahre 1903 zur Richtschnur nahm, läßt die Entwicklung der serbischen Verhältnisse bis zur Katastrophe 1914 als vollkommen geradlinig und konsequent erscheinen.

Auch Bulgarien trat zeitweise in das Zeichen des Neoslawismus, und die hauptsächlich von Petersburg aus geleitete Propaganda wurde

mit besonderem Fleiß unter den slawischen Völkern der österreichisch-ungarischen Monarchie betrieben: im ganzen ein ungeheurer Apparat, um Österreich-Ungarn innerlich zu zersetzen, dann im geeigneten Augenblick in Stücke zu schlagen, die Balkanvölker gegen die Türkei zu hetzen und die allslawische Mutter Rußland über alles herrschen zu lassen. Serbien war der Hauptträger des „neoslawischen Gedankens“ geworden, blieb es und wurde damit der Sturmbock Rußlands gegen Österreich-Ungarn. Denn der „neoslawische Gedanke“ bildete letzten Endes nur den Deckmantel für den russischen Drang nach Ausdehnung auf dem Wege der Eroberung und Unterdrückung.

Wie an anderer Stelle geschildert worden ist, hielt sich die russische Politik auf der Balkanhalbinsel und im Orient stark zurück, solange die Hauptanstrengung nach dem fernen Osten hin gerichtet wurde. Treibereien, wie die geschilderten auf dem Balkan, konnten mit den reichlichen russischen Mitteln bequem unterhalten werden, ohne daß Rußlands Politik sich damit irgend festlegte oder kompromittierte. Im Gegenteil hatte die russische Regierung mit der österreichisch-ungarischen seit 1897 ein Einvernehmen über den Balkanzustand geschlossen; dieses wurde 1903 zum Mürzsteger Abkommen verdichtet. Der Inhalt dieser Vereinbarung ist früher skizziert worden. Ihr Zweck war, die Sicherung des Status quo der Balkanhalbinsel und gemeinsame Erledigung etwaiger Streitfragen durch die beiden Mächte. Die russischen Staatsmänner haben diesen Zustand von Anfang an nicht als einen endgültigen betrachtet. Einer von ihnen äußerte sich dahin, man habe, solange Rußland im fernen Osten beschäftigt sei, die Balkanhalbinsel unter eine Glasglocke gestellt, damit dort nichts verändert werde, bevor Rußland sich wieder einer aktiven Orientpolitik zuwenden könnte.

Die Balkan- und Orientpolitik Großbritanniens stand offiziell im Zeichen des Nichtsicheinmischens. Tatsächlich jedoch wurde eine umfangreiche und intensive Agentenarbeit auf dem Balkan getrieben, unter reichlicher Verwendung englischen Geldes. In England haßte man den klugen Sultan Abdul Hamid, weil er nicht unter englischen Einfluß gelangen wollte, weil er die ägyptische Frage nicht als gelöst ansah und hauptsächlich, weil er enge Beziehungen mit dem Deutschen Reiche für erstrebenswert hielt. England brauchte als Waffe gegen ihn und sein Regiment die Fragen und „Reformen“ in Mazedonien, Armenien, Albanien, Arabien usw. Die englische Presse entrüstete sich bald hier, bald dort über „Greuel“, welche durch die Wühlarbeit britischer Agenten in Gestalt von Aufständen hervorgerufen worden waren. Das sogenannte Balkankomitee unter dem Vorsitz der Brüder Buxton war lediglich für diese Zwecke geschaffen worden und arbeitete mit größten Mitteln und der Humanitätsphrase. Zweck

dieser Arbeit und der britischen Politik war, Schwächung, womöglich Auflösung des Türkischen Reiches, indem man fortwährend Unruhen erzeugte und Reformen verlangte, die, wie in London wohl bekannt war, angesichts der türkischen Zustände nicht durchzuführen waren. Die Stellung Frankreichs zur Türkei war eine verhältnismäßig freundliche, jedenfalls bis zum Russisch-Japanischen Kriege, wegen der sehr großen geldlichen Interessen und der noch größeren Konzessionswünsche Frankreichs in der Türkei. Daraus ergab sich das Bestreben, sich mit der Pforte gut zu stellen und dem wachsenden deutschen Wettbewerb nach Möglichkeit die Spitze zu bieten. Großbritanniens Ziele waren anderer Art: sie gingen auf Auflösung des Türkischen Reiches und Abtrennung Arabiens unter großbritannischem Zepter. Die britische Flotte sollte dann die türkischen Gewässer einschließlich der Meerengen beherrschen.

Das Mürzsteger Abkommen lief den Wünschen in London zuwider, und König Eduard VII. begann bereits 1903 anläßlich eines Besuches in Wien seinen Einfluß auf englische Beteiligung an den Balkanfragen, also auf englische Einmischung, geltend zu machen. Die geschickte, zielsichere Arbeit hatte Erfolg. Im Jahre 1905 war es nicht nur der englischen, sondern auch der französischen Politik gelungen, ihren Einfluß in das damals aufgestellte Reformprogramm für die türkischen, insbesondere für die mazedonischen Zustände einzuführen. Die mazedonische Finanzkontrolle mit allem, was daran hing, wurde den sechs Großmächten in die Hände gelegt, damit, wie die britischen Vertreter sich ausdrückten, auch die anderen Mächte das Recht hätten, sich zur Geltung zu bringen. Der Sultan verweigerte die Annahme des Reformprogrammes, von dem er erkannte, daß es gegen den Bestand seines Reiches gerichtet war. Die Folge war eine internationale Flottendemonstration, zugleich die Beschlagnahme der Zölle und der Postanstalten. Der Sultan gab dem Druck nach, nachdem er erreicht hatte, daß in der internationalen Finanzkommission auch ein türkischer Beamter zugelassen wurde. Das Deutsche Reich hatte sich an dieser Druckaktion nicht beteiligt, getreu seinem Grundsatz, auch nicht den Schein einer unfreundlichen Haltung der Türkei gegenüber auf sich zu laden.

Der Umschwung der Balkanverhältnisse war groß und grundsätzlich. An die Stelle des bisherigen russisch-österreichischen Einvernehmens auf der Balkanhalbinsel war ein internationaler Rat unter Führung Großbritanniens getreten. Die britische Politik sprach das gewichtigste Wort bei der Gestaltung der sogenannten Reformprogramme, welche die Stellung der Türkei in Europa mit der Zeit unhaltbar machen sollte. Für Deutschland wie für Österreich-Ungarn war diese Wendung höchst unerwünscht, aber ihre Politik wußte kein Mittel dagegen. Mit dem Jahre

1905 stand also die damals im vollen Werden begriffene Tripelentente vereint auf dem Balkan und vereint der Türkei feindlich und lauernd gegenüber.

Im Hochsommer 1905 war König Eduard wieder in Wien, um Kaiser Franz Joseph und die verantwortlichen Staatsmänner der Doppelmonarchie für seine Balkanpolitik zu gewinnen. Die Mürzsteger Konvention war weggefegt, und das neue „europäische Konzert“ diente Großbritannien, um die Finanzkontrolle der Türkei im Einverständnisse mit seinen Freunden zu handhaben. Großbritannien verweigerte der Türkei z. B. die Erhöhung ihrer Einfuhrzölle, bis es Konzessionen erhalten hatte. Überall empfand die Türkei den englischen Druck und die englische Feindseligkeit, und Deutschland sah den englischen Einfluß stärker und erfolgreicher denn je gegen die Möglichkeit des Baues der Bagdadbahn arbeiten.

Im Jahre 1906 war, wie früher dargelegt worden ist, die britisch-russische Einigkeit de facto bereits vorhanden, und man darf annehmen, daß Rußland damals für seine Balkanpolitik, wie für seine Absichten auf Armenien freie Hand von Großbritannien erhalten hat. Rußland, Frankreich und Großbritannien standen ebenso geschlossen gegen den Weiterbau der Bagdadbahn und jedes Wachsen des deutschen Einflusses in der Türkei, wie sie geschlossen standen für Förderung der großserbischen und überhaupt der neoslawischen Bestrebungen, außerdem der jungtürkischen Propaganda, welche bereits seit langen Jahren auf Sturz des Sultans Abdul Hamid ausging und ihn vorbereitete. Die beiden alten Antagonisten, Großbritannien und Rußland, fanden sich in gemeinsamem Hasse gegen das Deutsche Reich und in gemeinsamer Besorgnis vor den Erfolgen deutscher Wirtschaftstüchtigkeit im Orient zusammen. Sie erkannten, daß auch in diesem Sinne die Balkanhalbinsel Verbindung und Weg zwischen Zentraleuropa und dem Orient bildete. Das Motto auch dieser Politik war Isolierung Deutschlands, die Frage vorläufig noch, ob Österreich-Ungarn durch Drohung und Lockung vom deutschen Bundesgenossen loszureißen oder zusammen mit ihm als dem früher oder später zu vernichtenden Feind selbst zu zertrümmern sei.

Der seit 1906 die auswärtige Politik Österreich-Ungarns leitende Minister, Freiherr v. Aehrenthal, hatte nicht vermocht, die ungünstige Wendung infolge des Dazwischentretens der britischen Diplomatie zu verhindern. Um so mehr war er der Auffassung, daß es für Österreich-Ungarn höchste Zeit sei, in seiner auswärtigen Politik Kraft und Willen zu zeigen und durch eine energische Aktion zu bekunden, daß Österreich-Ungarn nicht beabsichtige, als Balkanmacht abzudanken. Im Januar 1908 verkündete Aehrenthal in den Delegationen: Österreich-Ungarn habe

den Entschluß gefaßt, eine Eisenbahn durch den Sandschak Nowibasar zu bauen und so die bereits vorhandene bosnische Eisenbahn von Uwatsch bis Mitrowitza zu verlängern. Nach Ausfüllung dieser Lücke würde eine direkte Bahnverbindung von Wien über Graz—Agram—Sarajewo—Mitrowitza und Üsküb nach Saloniki vorhanden sein. Freiherr v. Aehrenthal berief sich in seinen Ausführungen auf das Recht, welches Österreich-Ungarn hierzu nach Artikel 25 des Berliner Vertrages (1878) zustand. Dieses Recht Österreich-Ungarns war ausdrücklich und unbestreitbar. Deshalb hatte der österreichisch-ungarische Minister auch die anderen Mächte nicht erst gefragt, sondern alle Vorbereitungen getroffen, schon bevor er in den Delegationen seinen Plan verkündete: unmittelbar nachher wurde die Zustimmung des Sultans formell zum Bahnbau erteilt.

Die Veröffentlichung dieses Planes fiel wie eine Bombe in die Balkan- und Orientpolitik aller der anderen Mächte hinein, welche 1914 unsere Gegner geworden sind. Ihre Politik wollte Österreich und Deutschland vom Balkan abschließen, und der Bahnbauplan des Freiherrn v. Aehrenthal bezweckte das Gegenteil, nämlich die wirtschaftliche Verbindung mit Saloniki.

Unter Vortritt Großbritanniens erhob sich ein ungeheurer Lärm gespielter Entrüstung. Das vertragliche Recht konnte man Österreich-Ungarn leider nicht bestreiten, wenn auch ein Teil der britischen Presse meinte: der Berliner Vertrag gestatte zwar das Recht zum Straßenbau im Sandschak Nowibasar, aber nicht zum Eisenbahnbau; man sieht, mit was für Argumenten gearbeitet wurde. Sir Edward Grey und die russische Regierung erklärten aber entrüstet, daß der Bahnplan die Mürzsteger Konvention verletze und ebenso deren „internationale Ausgestaltung", denn Österreich-Ungarn strebe mit dem Bahnbau eine wirtschaftliche Sonderstellung in der Türkei an, habe sogar Sonderverhandlungen mit dem Sultan angeknüpft. Das widerspräche dem Geiste uneigennützigen internationalen Zusammenwirkens. Daneben gaben diese Mächte der Auffassung Ausdruck, daß der Bahnplan durch die Balkanhalbinsel nach Saloniki zwar wirtschaftspolitisch aussehe, aber nur die Vorstufe zum machtpolitischen Vorstoße in der gleichen Richtung bilde. Diese Andeutung galt mehr dem Deutschen Reiche als Österreich-Ungarn. In Großbritannien, Rußland, Frankreich und in den Balkanstaaten hieß es: die Balkanhalbinsel nicht nur, sondern der gesamte Orient sollten nunmehr mit Einwilligung der Türkei unter die germanische Hegemonie gebracht werden. Großbritannien behauptete schließlich auch, daß sein Seehandel in der Levante nach Kleinasien und Mesopotamien durch die Bahn Wien—Saloniki leiden würde. Italien erblickte in der Bahn eine Bedrohung seines adriatischen Handels nach der Balkanhalbinsel und nach der Levante. In Serbien, Montenegro und Rußland aber war man voll Wut über einen

solchen Ausbau der österreichischen Stellung auf der Balkanhalbinsel. Die Bahn ging durch den Sandschak Nowibasar und südlich von ihm gelegene Teile der europäischen Türkei, in denen auch Serben wohnten, der also zum künftigen Großserbien gehören sollte. Der Sandschak Nowibasar war nach Bosnien, Montenegro und der Küste wichtig. Sollte dort in Zukunft österreichischer Einfluß verewigt werden, so war der großserbische Traum ausgeträumt. Ungünstiger stand es dann auch mit der Hoffnung auf den Zerfall Österreich-Ungarns, den man sich als nahe bevorstehend dachte. Auch hierfür war schon ein Programm vorhanden, und zwar ein solches Petersburger Ursprunges: die nach außen ohnmächtige Doppelmonarchie werde zerrissen durch den Hader der Nationalitäten, deren jede ein besonderes Zentrum bilde und bilden wolle. Die Slawen Österreich-Ungarns — so hieß es — wünschten nichts sehnlicher als die Vereinigung mit ihren Brüdern im Süden. 1906 schrieb die in Paris erscheinende „Revue Slave“: sämtliche Slawen in Mitteleuropa und auf der Balkanhalbinsel müßten nach einem großen Zollvereine mit Rußland, den Madjaren, Rumänen und Griechen streben. Alle diese Völker hätten davon viel größeren Nutzen als von dem Zollverein mit Deutschland ... „Rußlands erneuerte Kraft wird unerschütterlich sein, sobald das ganze slawische Element geeint unter seinem moralischen Schutze ein entschiedener Gegner aller dieser Brutalitätspolitik wird.“ —

Die Mächte einigten sich unter britischer Führung auf ein Gegenbahnprojekt, welches von einem Punkt der adriatischen Küste nach der Donau führen sollte. Bis zum Jahre 1911 ist darüber verhandelt worden unter prinzipieller Zustimmung der Türkei, aber ohne praktisches Ergebnis.

In Österreich-Ungarn erregte dieser „europäische“ Sturm tiefes Erstaunen, und man fühlte sich besonders durch die unerwartet schroffe Haltung Großbritanniens verletzt. Zum erstenmal vielleicht begann man in Wien die eigentlichen Triebfedern und Richtungen der großbritannischen Politik zu ahnen und zu begreifen, daß es dieser nicht auf Recht oder Unrecht, sondern auf Herrschaft und Gewalt ankam. Der Schlag wurde gegen Österreich-Ungarn geführt. Treffen sollte er Deutschland mit, letzten Endes hauptsächlich.

Am 19. Juli 1908 besuchte König Eduard von England den russischen Zaren zu Reval; der Unterstaatssekretär Sir Ch. Hardinge und der Minister Iswolski waren zugegen. Diese Zusammenkunft sollte äußerlich das britisch-russische Einvernehmen krönen. Ihre Bedeutung war aber eine größere. Wenige Tage vorher hatte Sir Edward Grey erklärt: man beabsichtige keinen Vertrag oder noch ein Abkommen mit der russischen Regierung zu schließen. Der Besuch sei schon längst geplant worden, habe aber erst jetzt zur Ausführung gelangen können. Gleichwohl träfe zu, daß er ein

politisches Ergebnis haben werde. — Die Trinksprüche in Reval waren vorsichtig und korrekt gehalten, aber ausdrücklich wiesen sie hin auf die tatsächliche politische Tragweite der russisch-englischen Übereinstimmung, wenn auch die Abmachungen einen begrenzten Charakter hätten. König Eduard sprach von der befriedigenden Regelung einiger wichtiger Zukunftsfragen in freundschaftlicher Weise. Sein Unterstaatssekretär Hardinge und der russische Minister Iswolski veröffentlichten eine amtliche Mitteilung: die beiden Minister hätten sich aufs neue von dem gegenseitigen Wunsche Rußlands und Großbritanniens überzeugen können, mit allen Mächten die besten Beziehungen aufrecht zu erhalten und keine von ihnen über ihre Ziele zu beunruhigen, sei es hinsichtlich der Spezialabkommen oder der allgemeinen Politik der beiden Mächte. Beides könne nur zur Aufrechterhaltung des Friedens beitragen.

Das waren teils allgemeine Phrasen, teils allerdings eine etwas verdächtige Verteidigung des Wesens der britisch-russischen Übereinstimmung; Verteidigung ohne vorhergegangenen Angriff ist an sich verdächtig nach dem französischen Sprichwort, daß, wer sich entschuldigt, sich anklagt. Diese damals schon vorhandene Auffassung ist später als richtig bestätigt worden, denn man erfuhr einwandfrei, daß in jenen Tagen von Reval die beiden Monarchen bzw. Hardinge und Iswolski sich darüber einig geworden sind, im Vereine mit Frankreich und den Balkanstaaten den Vernichtungskrieg gegen Deutschland und Österreich-Ungarn zu führen, sobald Rußland seine Armee reorganisiert haben würde. Die russischen Fachleute haben damals einen Zeitraum von sechs bis acht Jahren dafür angegeben, also als Termin die Jahre 1914—1916. Wie es britische Gewohnheit war, wurden keine schriftlichen Abmachungen getroffen. Sie waren nicht nötig, denn man wußte auf beiden Seiten, daß man die gleichen Ziele hatte und den gleichen Gegner vernichten wollte. Der Zeitpunkt für solch weittragende Abmachungen gerade damals war richtig gewählt, denn der Kreis der Mächte durch die britischen Ententen und Vereinbarungen war geschlossen, nachdem die britische Politik auch in der europäischen Balkanpolitik die Führung gewonnen und folgerichtig die bisherige russisch-österreichische Balkanentente gesprengt hatte.

Die Stellung Deutschlands zum Aehrenthalschen Sandschakbahnprojekt war nach dem Gesagten von vornherein gegeben. Bülow erklärte im Reichstag: man habe dieses Projekt mit Sympathie begrüßt, da unser Bundesgenosse nur von einem Rechte Gebrauch mache, anderseits diese Vermehrung der Verkehrswege ein wirksames Mittel bilde, „um den Stand der Kultur in jenen Gebieten zu heben und damit auch die wilden konfessionellen und Stammesleidenschaften zu zügeln ... Aus dem Grundsatz der Aufrechterhaltung des Status quo ergibt sich ferner, daß unsere

Bestrebungen gerichtet sind: einerseits auf die Erhaltung der Einigkeit unter den Mächten, anderseits auf die Zustimmung der Pforte zu den vorgeschlagenen Reformen. Man kann von uns keinen Enthusiasmus für Maßnahmen erwarten, die wir nicht für wirksam oder die wir gar für gefährlich halten. Zu den letzteren rechnen wir Neuerungen, die die Landeshoheit des Sultans gefährden und dadurch die Türkei und ihre mohammedanische Bevölkerung zum äußersten Widerstand reizen würden."

Diese Wendungen, besonders die letzten beiden Sätze, bezeichneten die ablehnende Stellung Bülows gegenüber dem Ziele der englisch-russischen Zusammenarbeit auf dem Balkan: Mazedonien vom Türkischen Reiche zu lösen und so das Signal zur Zertrümmerung der europäischen Türkei zu geben. Der Standpunkt des deutschen Reichskanzlers blieb auch jetzt noch: Deutschland müsse in allen politischen Orientfragen sich nach Möglichkeit zurückhalten. Im November 1907 noch hatte Bülow gesagt: „Die Frage der mazedonischen Reformen gehört zu dem Komplex von Fragen, in denen wir den Ententemächten in den Verhandlungen mit der Pforte den Vortritt lassen." Im März 1908 war die Sprache des Kanzlers schärfer, enthielt aber trotzdem keine Andeutung, für die Türkei und gegen die Großmächte Stellung zu nehmen. König Eduard und seine Ratgeber rechneten mit dieser deutschen Zurückhaltung und hofften „tätig", daß sie türkische Mißstimmung gegen Deutschland zur Folge haben würde.

König Eduard von England hatte seit Beginn seiner Regierung großen Wert darauf gelegt, seine persönlichen Beziehungen zu Kaiser Franz Joseph freundschaftlich und eng zu gestalten. Seit 1907 soll er versucht haben, Österreich-Ungarn von seinem deutschen Bundesgenossen zu lösen, außerdem Kaiser Franz Joseph zu Einwirkungen auf den Deutschen Kaiser zu veranlassen, dieser möge den deutschen Flottenbau einschränken. Kaiser Franz Joseph habe derartige Zumutungen von sich gewiesen. In diesen Gerüchten wird, wie meist in ähnlichen Fällen, ein Kern von Wahrheit stecken. Es kommt aber weniger darauf an, wieviel Wahres daran gewesen ist. Hätte Deutschland in dieser Richtung nachgegeben, so würde das deutsch-britische Verhältnis nicht besser, sondern nur die deutsche Stellung der großen Einkreisungsentente gegenüber eine schwächere geworden sein. Gab Kaiser Franz Joseph sich zur Übermittlung eines solchen Auftrages nicht her, so handelte er nur klug, im Interesse der deutsch-österreichischen Beziehungen und damit im Interesse der Doppelmonarchie.

Was die großbritannischen Versuche betrifft, Österreich-Ungarn auf die Seite der Tripelentente zu bringen, so beziehen sich diese mit auf einen Aufteilungsplan des Türkischen Reiches, der von Lord Curzon aus-

gegangen sein soll. Danach hätte Großbritannien die asiatische Türkei von der europäischen abtrennen und ein Kalifat in Mekka errichten wollen. An dieser Teilung hätte Österreich-Ungarn beteiligt werden sollen, während Deutschland leer ausging. Der Plan hätte die Vernichtung der Türkei bedeutet und eine ebenso überragende wie erdrückende Stellung Rußlands auf der Balkanhalbinsel und im nahen Orient. Österreich-Ungarn hätte einen größeren Fehler, als auf ähnliche Vorschläge einzugehen, nicht machen können, denn über kurz oder lang wäre der des deutschen Rückhaltes entbehrenden Doppelmonarchie das Schicksal der Türkei bereitet worden. Es ist falsch, wenn hier und da angenommen ist, Österreich-Ungarn habe damals eine unpraktische Gefühlspolitik getrieben, wie z. B. in der Schrift „Wie wir zu Bosnien kamen" (Dr. A. Fournier) im Hinblick auf die letzte Begegnung zwischen König Eduard und Kaiser Franz Joseph gesagt wird. Damals nach Reval hätte in Wien gerechtes Mißtrauen anläßlich der russisch-englischen Balkanentente bestanden, und das Verhältnis der beiden Regierungen sei gespannt gewesen. „Vielleicht hätte es Österreichs Kaiser bessern können, wenn er damals sein freundschaftliches Verhältnis zum Deutschen Reiche etwas weniger bestimmt betont hätte, als es seiner Bundespflicht entsprach." — Das ist realpolitisch ein starker Irrtum, denn ein auf solche Weise gebessertes österreichisch-britisches Verhältnis würde schon bald die schwersten Rückschläge für Österreich-Ungarn gezeitigt haben. Wie wenig sentimental die österreichisch-ungarische Politik dachte, ging übrigens aus den vielbemerkten Äußerungen des Freiherrn v. Aehrenthal zu Anfang des Jahres 1908 hervor. Damals wies er auf die Grenzen der österreichischen Bundespflichten hin. Das eigentliche Wesen des deutsch-österreichischen Bündnisses liege in dem für beide Mächte gleichermaßen vorhandenen Interesse, daß jede von ihnen eine Großmacht bleibe. Für gewisse deutsche Sonderinteressen jedoch habe das Bündnis keine Geltung. „Wenn Deutschland z. B. im Baltischen Meere oder in der Nordsee ein spezielles Interesse hätte und dort Verwicklungen entstehen würden, so würden dadurch unsere Verpflichtungen nicht berührt." — Ähnlich war der Standpunkt Österreichs zu den verschiedenen Spannungen und Krisen in der Marokkoangelegenheit.

Wie Fürst Bülow in seinen zitierten Worten angedeutet und wie die deutsche Regierung überhaupt vermutet hatte, wurden die von den Mächten unter Englands Führung der Türkei angeblich zur Reform der Zustände in Mazedonien gemachten Vorschläge zum Signal für schwere Unruhen. Die jungtürkische Bewegung trat plötzlich Mitte Juli 1908 führend in den Vordergrund, beseitigte die absolute Gewalt des Sultans und setzte die Verfassung vom Jahre 1876 wieder in Kraft, welche Abdul Hamid nach dem Russisch-Türkischen Kriege hatte einschlafen lassen.

Die sogenannte jungtürkische Bewegung im Osmanischen Reiche datierte bereits seit längerer Zeit. Ihr Ziel war von Anfang an: Beseitigung des Absolutismus des Sultans, Inkraftsetzung einer Verfassung, Einführung moderner europäischer Einrichtungen überhaupt im innerstaatlichen Leben des Türkischen Reiches, Gleichberechtigung aller im Türkischen Reiche vereinigten Nationalitäten und Religionsbekenntnisse. Alle diese verschiedenen und vielfach einander bekämpfenden Elemente und Strömungen sollten unter der Fahne des nationaltürkischen Staatsgedankens gesammelt werden. Die jungtürkische Bewegung hatte ihre Propaganda immer mit Heimlichkeit und Vorsicht ausüben müssen, denn Abdul Hamid war mit Todesurteilen und Strafen nicht sparsam. Im Ausland, zumal in Paris und London, auch in Brüssel lagen die Agitationsmittelpunkte der Jungtürken, die auch ihre Bildung und Erziehung durchweg in Frankreich und England, zu einem kleineren Teile in Deutschland zu vollenden pflegten. Die Bewegung hatte von Anfang an einen starken jüdischen Einschlag — daher auch später der Sitz des Komitees in Saloniki —, der sie mit den Mittelpunkten des europäischen Kapitals in Verbindung brachte und in Fühlung erhielt. Die jungtürkische Bewegung wurde in Frankreich und Großbritannien eifrig und kräftig unterstützt, denn man betrachtete sie dort als das Mittel, um Abdul Hamid zu beseitigen und die freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem Türkischen Reiche und den beiden europäischen Zentralmächten, im besonderen dem Deutschen Reiche, zu zerstören. Das Sandschakbahnprojekt des Freiherrn v. Aehrenthal war nicht nur ein Schlag ins Gesicht der großserbischen Idee, sondern, wie wir sahen, auch ein großes Ärgernis für Großbritannien, Frankreich und Rußland. So ergibt sich für den Beurteiler ein einfacher Zusammenhang zwischen diesen Vorgängen und den Revaler Abmachungen. Diese fanden nur wenige Monate nach Veröffentlichung des Sandschakbahnprojektes statt, und zwar unter völliger Umgehung und Ausschaltung Österreich-Ungarns, welches als einzige Balkangroßmacht ebenso tief wie legitim an der Gestaltung der Balkanverhältnisse und nicht zum wenigsten an denen in der Türkei interessiert war. Diese Ausschaltung bedeutete schon an sich die politische Kriegserklärung Rußlands und Großbritanniens an die Doppelmonarchie und damit an ihren Verbündeten.

Auch den Türken sagte das Revaler Programm, daß an Stelle des russisch-österreichischen Mürzsteger Abkommens nunmehr ein russisch-englischer Operationsplan getreten war und bestimmt sein sollte, der europäischen Türkei den Todesstoß zu geben. Bisher hatte Abdul Hamid und hatten die türkischen Staatsmänner ihre Politik auf der Grundlage der widerstreitenden russisch-englischen Interessen mit Erfolg für die Erhaltung des Türkischen Reiches ausüben können. Nun waren sich diese beiden

alten Gegner mit Frankreich und den Balkanstaaten hinter sich über ihre Türkeipolitik einig geworden. Diese Einigung faßte man in der Türkei als Lebensgefahr für ihren Bestand auf, da das mazedonische Reformprojekt die Integrität der europäischen Türkei aufs tiefste berührt und den Anfang von ihrem Ende gebildet haben würde. Tiefe Beunruhigung ging durch die Türkei, und wenige Wochen darauf hatte das jungtürkische Komitee die Gewalt in Händen. Das liberale Programm des Komitees, welches trotz Sultan und Regierung und trotz eigener Namenlosigkeit regierte, wirkte zunächst volkstümlich. Der oberste Programmpunkt war: ungeschmälerter Bestand des Türkischen Reiches, alle Nationalitäten und Bekenntnisse sollten gleiche Rechte haben, mit durchgreifenden Reformen sollte sofort begonnen werden. Dem Revaler Programm, welches diese Reformen für Mazedonien dem Türkischen Reiche in Gestalt internationaler Kontrolle aufzwingen wollte, war damit bis auf weiteres der Boden entzogen. Seine Durchführung wurde zurückgestellt, um, wie Sir E. Grey sagte, dem neuen jungtürkischen Regime Zeit zu geben. Es ist nach den geschilderten inneren Zusammenhängen wohl verständlich, wenn Grey im Unterhause sagte: „Wir begrüßen für den Augenblick die neugeschaffene Lage ... unsere Ziele in Mazedonien sind niemals politische gewesen.“ Im Verlaufe derselben Rede betonte Grey, daß er an eine Politik der Isolierung des Deutschen Reiches nicht im entferntesten denke. Dabei glaubte er und glaubte die ganze Tripelentente hoffnungsfreudig, daß man durch die Entfachung der jungtürkischen Bewegung einen weiteren entscheidenden Schritt zur Isolierung Deutschlands getan habe, zur Isolierung nämlich vom Orient. Man hoffte mit Bestimmtheit, daß durch die Ausschaltung Abdul Hamids, auf dessen zwei Augen die deutsch-türkische Freundschaft gestanden habe, nunmehr dieser selbst ein Ende gemacht worden sei und damit auch den wirtschaftlichen Konzessionen an Deutschland und den deutsch-türkischen Bahnbauten. Wären die britisch-russischen Pläne gelungen, so würde damit in schroffem Widerspruche zu den Worten Greys dem Deutschen Reiche wirtschaftlich wie politisch ein schwerer Schlag zugefügt worden sein.

In Konstantinopel und überhaupt in den Städten der europäischen Türkei herrschte, wie gewöhnlich bei solchen Umwälzungen, zunächst nach Einführung des jungtürkischen Regimes ungeheure Begeisterung. Man sah nur Befreiung, Morgenröte und anderes Schöne. Als Merkwürdiges kam hinzu, daß die Balkanvertreter des Neoslawismus und eines Balkanbundes die jungtürkische Bewegung zum Anlasse nahmen, um die beiden im Grunde so verschiedenen Bewegungen politisch zu verschmelzen. Die großserbische Propaganda flammte mit nie vorher dagewesener Heftigkeit auf, und von Petersburg aus wurde wieder die Parole: der Balkan den

Balkanvölkern, natürlich unter russischer Vormundschaft, verkündet; der germanische Einfluß sollte vom Balkan vertilgt werden.

Da wurde am 5. Oktober 1908 das folgende Schreiben des Kaisers Franz Joseph an den Freiherrn v. Aehrenthal veröffentlicht:

„Durchdrungen von der unerschütterlichen Überzeugung, daß die hohen kulturellen und politischen Zwecke, um derentwillen die österreichisch-ungarische Monarchie die Besetzung und Verwaltung Bosniens und der Herzegowina übernommen hat, und die mit schweren Opfern erzielten Erfolge der bisherigen Verwaltung nur durch die Gewährung von ihren Bedürfnissen entsprechenden verfassungsmäßigen Einrichtungen dauernd gesichert werden können, für deren Erlassung aber die Schaffung einer klaren unzweideutigen Rechtsstellung beider Länder eine unerläßliche Voraussetzung bildet, erstrecke ich die Rechte meiner Souveränität auf Bosnien und die Herzegowina und setze gleichzeitig die für mein Haus geltende Erbfolgeordnung auch für diese Länder in Wirksamkeit. Zur Kundgebung der friedlichen Absichten, die mich bei dieser unabweislichen Verfügung geleitet haben, ordne ich gleichzeitig die Räumung des Sandschaks Nowibasar von den dahin verlegten Truppen meiner Armee an.“

Mit andern Worten: Die bis dahin laut Artikel 25 des Berliner Vertrages von Österreich-Ungarn nur besetzten und verwalteten „Okkupationsgebiete“ Bosnien und die Herzegowina wurden nunmehr im Sinne des Begriffes annektiert, staatsrechtlich den übrigen Gebieten der Doppelmonarchie angegliedert. Wenn der derzeitige österreichisch-ungarische Bevollmächtigte, Graf Julius Andrassy, während des Berliner Kongresses gewollt hätte, so würde damals dem Schritte nichts im Wege gestanden haben, welchen Kaiser Franz Joseph am 5. Oktober 1908 tat und bekanntgab. Diesen Schritt zu tun lag aber nicht in den Absichten Andrassys, und es blieb bei dem Rechte der Besetzung und Verwaltung für unbegrenzte Zeit. Freilich hatte Andrassy noch vor Schluß des Berliner Kongresses sich zu einem Zugeständnisse an die türkische Regierung bewegen lassen, indem er den türkischen Bevollmächtigten durch ein geheimes Abkommen sich verpflichtete: die Okkupation Bosniens und der Herzegowina sei nur eine zeitweilige und ändere nichts an den Souveränitätsrechten des Sultans. Die türkischen Bevollmächtigten erklärten, sie brauchten diese Akte nur zu ihrer persönlichen Deckung dem Sultan gegenüber, sie werde im übrigen stets geheim gehalten werden. Sonst könnten sie aber die Berliner Kongreßakte nicht unterzeichnen. Andrassy gab nach und hat damit der Türkei immerhin eine Waffe für den Fall österreichisch-ungarischer Annexionswünsche in die Hand gelegt. Als dann nach Unterzeichnung der Berliner Kongreßakte noch ein entsprechender Sondervertrag zwischen Österreich-Ungarn und der Türkei zustande kam, blieb aber die Klausel vom proviso-

rischen Charakter der Okkupation fort. Ferner kam vor der letzten Sitzung des Berliner Kongresses zwischen Österreich-Ungarn und Rußland eine Sonderabmachung zustande, des Inhaltes: Wenn infolge etwaiger aus der türkischen Verwaltung des Sandschaks Nowibasar entstehender Mißhelligkeiten Österreich-Ungarn gezwungen sein könnte, dieses Gebiet endgültig zu besetzen, wie Bosnien und die Herzegowina, so werde die russische Regierung keinerlei Einwendungen erheben. Ähnliche Versicherungen Großbritanniens lagen schon vor dem Kongresse vor. —

Dreißig Jahre lang hatte Österreich-Ungarn diese Gebiete besetzt gehalten und verwaltet, Ordnung war geschaffen worden, und die Bevölkerung gedieh. Die Länder waren durch den Umfang dieser zivilisatorischen Arbeit auch innerlich Eigentum der Doppelmonarchie geworden. Sie zu annektieren, soll in Wien schon früher erwogen worden sein, jedoch hatten die österreichisch-ungarischen Staatsmänner sich zum Entschlusse nicht durchringen können. Die türkische Revolution und ihre Begleiterscheinungen zwangen zu schnellem, entschlossenem Vorgehen, ehe die serbisch-slawische Bewegung in unnatürlicher Vereinigung mit der jungtürkischen die Okkupationsgebiete in Brand setzte. Eine jungtürkische Gefahr war deshalb vorhanden, weil nicht nur Mohammedaner in den Okkupationsgebieten wohnten, auch türkische Krongüter sich dort befanden, sondern jenes Geheimabkommen mit dem Grafen Andrassy unter dem neuen Feldgeschrei der Integrität des Türkischen Reiches zur Rückforderung der Okkupationsgebiete an die Türkei führen konnte. Die Annexion durch die österreichisch-ungarische Monarchie schnitt die großserbischen wie die türkischen Wünsche in bosnischer Richtung kurz ab und stellte beide Bewegungen vor eine vollendete Tatsache.

Freiherr v. Aehrenthal hatte von seinem Schritte vorher niemanden benachrichtigt, auch nicht die Türkei. König Eduard von England hatte noch am 13. August in Wien geweilt, aber auch ihm hatte man von den Plänen nichts gesagt, obgleich sie vollkommen bereit zur Ausführung waren. Freiherr v. Aehrenthal war keineswegs unvorbereitet zur Annexion geschritten. Er hatte dem deutschen Staatssekretär des Auswärtigen, Freiherrn v. Schoen, und dem italienischen Minister des Auswärtigen, Herrn Tittoni, seine Absicht der Annexion eröffnet, ohne bei ihnen einem Widerspruche zu begegnen. Über den Zeitpunkt, wann er sie beabsichtigte, hatte er jedoch nichts verlauten lassen und ist anscheinend von den beiden Staatsmännern auch nicht danach gefragt worden. Drei Wochen vor der Annexion hatte Aehrenthal zu Buchlau eine Begegnung mit dem russischen Minister des Auswärtigen, Herrn Iswolski. Mit diesem soll auch schon im Herbst 1907 über die Sache gesprochen worden sein, und zwar hätte Iswolski damals von Österreich-Ungarn als Kompensation verlangt, daß man für die Öffnung der Darda-

nellen und des Bosporus für russische Kriegsschiffe einträte. Im Sommer 1908 soll Iswolski noch einmal im gleichen Sinne an Aehrenthal geschrieben haben, und bei ihrer Zusammenkunft im September wurden sie sich wiederum einig, bis auf den angeblichen Vorbehalt Iswolskis: eine internationale Konferenz müsse eine derartige Annexion sanktionieren. Auf alle Fälle hat der russische Minister wiederholt, abgesehen von den erwähnten früheren Zusicherungen der russischen Regierung, seine Zustimmung zum Aehrenthalschen Plane gegeben. Allerdings glaubte er wohl nicht, daß Kaiser Franz Joseph und seine Minister den Entschluß jetzt finden würden! In einer späteren gereizten Polemik nach der Annexion verstummten Iswolski und seine Presse sofort, als Aehrenthal drohte, er werde das Buchlauer Protokoll veröffentlichen.

Die Annexionserklärung sagt in ihrem Schlußsatze: der Sandschak Nowibasar werde gleichzeitig der Türkei zurückgegeben. Diese Rückgabe erfolgte freiwillig aus eigener Initiative, nicht, wie italienischerseits später behauptet worden ist, auf italienischen Druck und als Bedingung italienischer Zustimmung zur Annexion. Mit dem Verzicht auf den Sandschak und seiner Rückgabe an die Türkei verfolgte die österreichisch-ungarische Politik mehrere Zwecke: sie war eine beweiskräftige Kundgebung, daß Österreich-Ungarn nicht die ihm nachgesagten Absichten nach Gebietserweiterung auf der Balkanhalbinsel hege, daß das Projekt einer österreichischen Sandschakbahn aufgegeben werde, obgleich Österreich-Ungarn vertraglich zu beidem berechtigt war: zu zeitlich unbegrenzter Besetzung des Sandschak und zum Bau der Sandschakbahn. Erweitert und vertieft wurde dieser Zweck der Rückgabe durch den Hinblick auf die Türkei, man hatte die Annexion, um Verschleppungen und einem Hereinreden dritter Mächte vorzubeugen, vollzogen, ohne der Türkei eine vorherige Anzeige zu machen. Gleichzeitig mit der Annexion gab man der Pforte den Sandschak Nowibasar wieder frei zurück, obgleich sie keinerlei Recht darauf hatte. Man hoffte offenbar, durch diese Morgengabe die junge Türkei zu gewinnen und ihr über die Annexion auch ihren eigenen Landsleuten gegenüber hinwegzuhelfen. Diese Berechnung war an sich nicht unrichtig, denn in Wirklichkeit erhielt die Türkei damit einen unvorhergesehenen Zuwachs, während Österreich-Ungarn durch die Annexion sich um keinen Quadratkilometer vergrößerte, sondern nur einen tatsächlich längst bestehenden Zustand in staatsrechtlich endgültige Formen überführte. Ob das Aufgeben des Sandschaks Nowibasar im Hinblick auf Serbien richtig gewesen ist, muß zum mindesten dahingestellt bleiben. Besonders gelegentlich des Balkankrieges 1912 warf sich diese Frage auf.

Die Verkündigung der Annexion erregte einen europäischen Sturm, dessen Zentrum in London lag. Die großbritannische Presse wütete mit

der ihr stets zur Verfügung stehenden sittlichen Entrüstung gegen das vertragsbrüchige Österreich-Ungarn. Der Londoner Botschafter Österreich-Ungarns, der vorher in sehr freundschaftlichen Beziehungen zum Könige gestanden hatte, wurde gesucht unhöflich behandelt, als er zwei Tage vor der Veröffentlichung an König Eduard ein die Anzeige der Annexion enthaltendes Schreiben seines Kaisers überbrachte. Er erklärte: „Man hat mich fortgejagt.“ Die Überraschung war in London ebenso vollkommen wie in Paris. Man vermochte dort natürlich nicht zu leugnen, daß der tatsächlich bestehende Zustand auf der Balkanhalbinsel durch die Annexion nicht geändert werde. In London und St. Petersburg griff man deshalb den formalen Standpunkt auf und erklärte: Österreich-Ungarn habe einseitig und eigenmächtig den Berliner Vertrag abgeändert, den Artikel 25 verletzt. Solche Änderungen dürften aber nur durch alle Unterzeichnermächte vollzogen werden. Deshalb müsse die sofortige Berufung eines europäischen Kongresses oder einer Konferenz erfolgen und diese habe über die Berechtigung der österreichischen Entschlüsse und Wünsche zu befinden. Wohin solle es mit der politischen Sittlichkeit in der Welt kommen, wenn zur Gewohnheit werde, internationale Verträge eigenmächtig zu ändern, sobald die eine oder andere Macht keine Lust mehr habe, daran festzuhalten.

Die türkische Regierung erhob Protest gegen die Annexion und organisierte einen umfassenden Boykott österreichischer Waren auf türkischem Gebiete. Die russische Regierung und Presse hielten sich zunächst gemäßigt, nahmen dann aber eine immer schroffere Haltung an angesichts der vorwärts drängenden englischen „Entrüstung“ und angesichts der heimlich von Petersburg aus geschürten wütenden Erregung der Serben. Das serbische Volk sah seine großserbischen Zukunftsträume durch die Annexion Bosniens und der Herzegowina wieder in unendliche Fernen gerückt, und nicht minder hart fand es sich durch die Rückgabe des Sandschaks Nowibasar an das Türkische Reich betroffen. Dazu kam, daß am Annexionstage Fürst Ferdinand von Bulgarien sich zum Zaren der Bulgaren ausrufen ließ und Bulgarien für unabhängig vom Türkischen Reiche erklärte. Damit wuchs die Stellung Bulgariens in einer für Serbien besonders peinlichen Weise, da man mit Wahrscheinlichkeit annehmen konnte, daß die bulgarische Unabhängigkeitserklärung und die österreichisch-ungarische Annexion nicht ohne vorheriges Einverständnis zwischen König Ferdinand und dem Kaiser Franz Joseph stattgefunden habe.

Der Schlag, welcher die serbischen Hoffnungen traf, traf zugleich die Petersburger Pläne ebenso wie die Londoner. Die entschlossene Annexion hatte den Prozeß serbischer Revolutionierung in den Okkupationsgebieten unterbrochen und ihr für die Zukunft zum mindesten ein Hindernis ent-

gegengesetzt. Die Rückgabe des Sandschaks Nowibasar an die Türkei hatte den Serben auch diese Brücke ihrer Ausdehnungswünsche genommen. Die serbische Nation tobte, schrie nach Krieg, rüstete und machte im festen Vertrauen mobil: Rußland und die anderen Ententemächte würden es nicht im Stiche lassen, sondern zum mindesten mit gezogenem Schwerte hinter Serbien und seinen Ansprüchen stehen.

Die russische Regierung war damals den Anforderungen einer großen europäischen Krisis nicht gewachsen und nach keiner Richtung hin in der Lage, ihren Standpunkt bis in die äußersten Konsequenzen zu vertreten, also Krieg führen zu können. Die Armee war nicht bereit, und alle inneren Zustände waren derart, daß Zar und Regierung an einen großen Krieg nicht denken konnten; eine Tatsache, die den europäischen Zentralmächten natürlich ebenso bekannt war wie Großbritannien und Rußland. Der Minister des Äußeren, Herr Iswolski, erklärte schon bald im Verlaufe der Spannung, Rußland werde um der bosnischen Sache willen einen Krieg nicht führen. Damit war die Krisis sachlich entschieden, sofern Österreich-Ungarn und das Deutsche Reich entschlossen waren. Das letztere hatte über seine Stellung in der bosnischen Frage keinerlei Zweifel gelassen. Zwei Tage nach der Veröffentlichung der Annexion richtete der Reichskanzler, Fürst Bülow, die folgende Weisung an den deutschen Botschafter zu Wien und ließ an anderen diplomatischen Stellen dieselbe Sprache führen: „Ich lege besonderen Wert darauf, daß man in Wien hinsichtlich der Annexionsfrage volle Sicherheit über unsere zuverlässige Haltung habe. Es sei dies für uns ein Erfordernis selbstverständlicher Loyalität." — Nach Beendigung der Krisis in seiner Rede vom 29. März 1909 im Deutschen Reichstage führte Bülow zur Rechtfertigung dieser Stellungnahme den folgenden Satz aus der Bismarckschen Rede vom 6. Februar 1888 an: „Ein Staat wie Österreich-Ungarn wird dadurch, daß man ihn im Stiche läßt, entfremdet und wird geneigt werden, dem die Hand zu bieten, der seinerseits der Gegner eines unzuverlässigen Freundes gewesen ist." — Es gab damals in Deutschland Vertreter auch anderer Ansichten, welche fanden, daß das Deutsche Reich keinen Anlaß gehabt habe, bis in alle Konsequenzen hinein sich hinter Österreich-Ungarns Balkanpolitik zu stellen. Dazu kam, daß der Vollzug der Annexion der Okkupationsgebiete formal vertragswidrig war, zumal im Jahre 1871 auf der Londoner Konferenz (Meerengenfragen) alle Großmächte erklärt hatten, internationale Verträge oder Teile von solchen könnten nicht einseitig, sondern nur in Übereinstimmung aller Vertragsunterzeichner aufgehoben oder abgeändert werden. An dem formalen österreichischen Verstoße gegen die internationalen Abmachungen konnte an und für sich die Tatsache nichts ändern, daß der territoriale Status quo auf dem Balkan durch die Annexion nicht geändert wurde,

auch das tatsächliche Recht auf seiten Österreich-Ungarns war. Die Verpflichtungen des Deutschen Reiches aus dem deutsch-österreichischen Bündnisse wurden nicht berührt, denn dieses bezog sich lediglich auf einen Angriff gegen Österreich-Ungarn von russischer Seite. Die deutschen Kreise, welche damals meinten, eine solche Stellungnahme Deutschlands wäre ein sehr gefährlicher Präzedenzfall und entspräche nicht der Auffassung des Fürsten Bismarck vom Bündnisse, hatten an und für sich in gewissem Sinne recht. Es war klar vorauszusehen, daß jede neue Balkankrise dieselbe Lage und dieselbe Frage wieder aufwerfen und akut machen müsse. Die deutsche Stellungnahme schuf gewissermaßen eine deutsche Verantwortlichkeit und Bindung durch die österreichisch-ungarische Balkan- und Orientpolitik, für etwas also, was sich der Kontrolle des Deutschen Reiches entzog. Die einzige Möglichkeit, diesen Zustand wieder gesund zu machen, lag in einer völligen Gemeinsamkeit der Balkan- und Orientpolitik der beiden Mächte, jedenfalls insofern, als Österreich-Ungarn in Zukunft keine Schritte aktiver Orientpolitik täte, ohne der deutschen Zustimmung restlos gewiß zu sein.

1908 lagen die Dinge, unter diesem Gesichtspunkte betrachtet, insofern annehmbar, als die Annexion in der Tat eine dringend notwendige Maßnahme bildete, um den durch internationalen Vertrag gewährleisteten Gebietsstand Österreich-Ungarns zu schützen. Darin überhaupt bestand die Gunst und auch Überlegenheit der politischen und diplomatischen Position Österreich-Ungarns in der Krisis.

Unter den Mächten der Entente war zunächst, so kann man jedenfalls nach ihrem Benehmen schließen, die Auffassung maßgebend, das Deutsche Reich werde wohl bereit sein, seinem Bundesgenossen jede diplomatische Unterstützung zuteil werden zu lassen, es aber auf die Kriegsfrage nicht ankommen lassen. Man dachte an die deutsche Marokkopolitik und daran, daß während der verflossenen Jahre die Politik des Deutschen Reiches der Erhaltung des Friedens schließlich alles andere untergeordnet habe. So versuchte man unter englischer Führung durch ungeheures Geschrei und Geblüffe auf die beiden Mittelmächte zu wirken, in der Gewißheit, daß das Spiel gewonnen sein würde, sobald eine der beiden Mittelmächte oder beide sich einschüchtern ließen. Mit welcher Nichtachtung die Balkanpolitik der Ententemächte seit 1905 über Österreich-Ungarn in den Fragen des Balkans und des Orients hinweggegangen war, haben wir gesehen. Man glaubte beinahe allgemein — in noch höherem Grade als 1914 —, daß die Doppelmonarchie nicht imstande sei, überhaupt Krieg zu führen, sondern durch Schwäche und innere Zerrüttung gleich nach Kriegsbeginn zusammenbrechen werde. Besonders in Serbien war man überzeugt hiervon. Wir möchten annehmen, daß damals nicht nur Ermutigung von Peters-

burg nach Belgrad floß, sondern auch das Umgekehrte der Fall gewesen ist. In Serbien glaubte man, daß es nur darauf ankäme, Österreich-Ungarn in einen Krieg zu verwickeln. Dann würde Rußland nicht ruhig bleiben wollen, Deutschland aber keine Lust haben, sich in den Krieg hineinziehen zu lassen; Österreich-Ungarn würde daraufhin nachgeben und sich das Todesurteil sprechen. Serbien würde dann den Vorteil davon haben und im Schutze Rußlands die große slawische Sache auf dem Balkan mächtig fördern.

Die „Kompensation", welche Serbien verlangte, wurde zuletzt als Mindestmaß auf einen Landstreifen, einen „Korridor", beschränkt, der das serbische Gebiet mit dem Adriatischen Meere verbinden sollte. Die Annexion der Okkupationsgebiete und die Rückgabe des Sandschaks Nowibasar an die Türkei nahmen den Serben sonst für immer die Hoffnung, das Gebiet ihres von allen Seiten durch andere Länder umgrenzten Reiches bis ans Meer auszudehnen. Die Gewährung eines solchen Korridors konnte aus manchen später zu erörternden Gründen nicht erfolgen, außerdem gab die bosnische Annexion Serbien keinerlei Recht und Anspruch auf Kompensationen irgendwelcher Art. Auch von England kräftig und heimlich ermutigt, wurde die serbische Haltung aber derart herausfordernd, daß eine starke Partei in Österreich-Ungarn darauf drängte: die Würde der Doppelmonarchie verlange, daß man mit Serbien kurzen Prozeß mache, ihm ein Ultimatum stelle, abzurüsten, gegebenenfalls in serbisches Gebiet einzurücken. Militärische Grenzmaßnahmen waren gleich getroffen worden.

Auch der Bundesgenosse Italien hatte sich nach der Annexion sehr entrüstet gebärdet, nachdem nur wenige Tage vorher die Herren Tittoni und Iswolski zu Desio zusammengekommen waren und sich über ihre Balkanziele in „voller Übereinstimmung" gefunden hatten. In der Tat hat Italien in den Balkanfragen seit 1908 nur selten und kurze Zeit auf seiten seiner Bundesgenossen gestanden. Nach Ausspruch der Annexion verlangte die öffentliche Meinung Italiens stürmisch „Kompensationen" und überschlug sich in Äußerungen des Hasses und der Wut gegen Österreich-Ungarn. Die italienische Regierung mußte aber auch öffentlich den Standpunkt einnehmen, daß der Dreibundvertrag Italien keine Handhabe gäbe, denn das Recht auf Kompensationen würde nur vorhanden sein, wenn Österreich-Ungarn neue Erweiterungen seines Gebietes auf der Balkanhalbinsel vorgenommen hätte. Schließlich erkannte man italienischerseits auch an: die Rückgabe des Sandschaks Nowibasar bilde einen Beleg für Österreichs Entschlossenheit, keine Politik der Gebietserweiterung zu treiben. Schließlich verzichtete Baron Aehrenthal auch auf den Artikel des Berliner Vertrages, welcher Österreich-Ungarn das Recht der Seepolizei an der montenegrinischen Küste usw. gab, also auf ein Recht am Adriatischen Meere,

dem Gegenstand steigender Eifersucht Italiens in Verbindung mit der Tatsache, daß eine montenegrinische Prinzessin auf dem italienischen Throne saß.

In Frankreich wünschte man keinen Krieg. Einesteils mögen die türkischen Interessen der Pariser Hochfinanz mitgewirkt haben, anderseits wußte man genauer als irgend jemand, daß der russische Bundesgenosse einen Krieg damals nicht führen konnte. Diese Überzeugung ging so weit, daß gegen Ende des Jahres 1908 das die Ansichten der französischen Regierung wiedergebende Blatt „Le Temps" feierliche Warnungen an England richtete, man möge in London nicht zum Kriege treiben. Einen schlagenderen und unanfechtbareren Beweis für den wahren Sitz der kriegserregenden Kräfte damals konnte es nicht geben. Interessant ist, gerade an dieser Stelle zu erwähnen, daß vor der Bosnischen Krisis im Jahre 1908 von England aus durch die Presse versucht wurde, Frankreich sowohl wie Rußland den Gedanken nahezulegen, die Tripelentente zu einem Dreibunde durch feste Bündnisverträge umzugestalten. Die französische Presse antwortete darauf in deutlicher Ablehnung: an derartiges sei erst zu denken, wenn Großbritannien eine genügend starke und schlagbereite Landmacht zur Verwendung auf dem Kontinent bereit habe. Die Ergebnisse der Anstrengungen Lord Haldanes seit 1906, eine solche Landmacht zu schaffen, genügten den Franzosen damals noch nicht. Auch in Rußland winkte man ab. Keine der beiden Festlandmächte wünschte einen Krieg, welcher, wie damals, ihnen schwerstes Risiko gebracht hätte, nicht aber dem Britischen Reiche, welches unter verhältnismäßig geringen Kosten und Verlusten Deutschland seines Handels und seiner Kolonien usw. hätte berauben können. Das ist offenbar aber der britische Gedanke in jenen Jahren gewesen im Verein mit der Überzeugung, daß Österreich-Ungarn sofort zusammenbrechen werde. Großbritannien konnte dann auch, so dachte man, durch ein Geschwader vor Konstantinopel die „türkische Frage" im Sinne der britischen Politik zur Erledigung bringen. Noch risikoloser wäre natürlich gewesen, wenn das Deutsche Reich über eine rein diplomatische Stützung Österreich-Ungarns nicht hinausgegangen wäre, das letztere also einer Kriegsdrohung gegenüber im Stiche gelassen hätte. Dann war die Balkanfrage und die Orientalische eo ipso im britischen Sinne erledigt und wahrscheinlich der deutsch-österreichische Zweibund gesprengt. Wie gesagt, ließ Fürst Bülow aber von vornherein keinen Zweifel über den deutschen Standpunkt und dessen Festigkeit. Dadurch wurde die Krisis zur Lösung gebracht, und zwar zur friedlichen und im Sinne der Politik der Mittelmächte.

Die internationale Spannung dauerte in verschiedener Stärke vom Oktober 1908 bis zum März 1909. Nachdem England und Rußland

gesehen hatten, daß ihr anfänglicher Plan, durch Brüskierung ihre Wünsche durchzusetzen, nicht in Erfüllung ging, einigten sich die Mächte der Tripelentente unter Zuziehung Italiens, der Türkei — welche gegen die Annexion protestiert hatte — und des Kompensationen für getäuschte Hoffnungen fordernden Serbiens auf den großbritannischen Standpunkt: die bestehenden und gültigen Beschlüsse eines internationalen Kongresses könnten nur durch einen Kongreß, zur Not durch eine Konferenz aufgehoben oder geändert werden. Folglich müsse auch jetzt eine Konferenz berufen werden. Baron Aehrenthal wies den Konferenzvorschlag nicht von vornherein und völlig von der Hand, machte aber zur Bedingung einer Beteiligung Österreich-Ungarns an der Konferenz, daß die Annexion und die sonstigen Schritte und Maßnahmen der Doppelmonarchie auf dieser Konferenz nicht zur Erörterung gestellt würden und ebensowenig die Kompensationsforderungen Serbiens. Um diese Punkte drehten sich im wesentlichen während des Winters 1908/09 die diplomatischen Meinungsverschiedenheiten.

Internationale Konferenzen solcher Art sind gefährliche Veranstaltungen, schon die Algecieraskonferenz und die englischen Wünsche für die Haager Konferenz bildeten warnende Beispiele. Für Österreich-Ungarn und damit auch für Deutschland lag 1908 die Frage noch viel schwerer. In einer Lebensfrage — und die Bosnische Frage war für Österreich-Ungarn eine Lebensfrage —, ja auch überhaupt in einer Streitfrage, zu der sie bereits entschiedene Stellung genommen hat, kann eine auf ihre Würde und ihr Ansehen bedachte Großmacht nicht international über die Berechtigung ihrer Entschlüsse und Maßnahmen diskutieren und entscheiden lassen. So bleiben zwei Wege: die Konferenz wird zur leeren Form, indem die betreffende Macht vorher bindende Zusicherungen von allen Mächten einzeln erhält, daß man auf der Konferenz den neuen Stand der Dinge lediglich feststellen und sanktionieren wird, oder aber an Stelle der Konferenz treten Einzelverständigungen zwischen den verschiedenen Mächten. Der Gedanke einer rein formalen, lediglich registrierenden Konferenz wurde auch während der Bosnischen Krisis erwogen. Eine solche wäre wahrscheinlich aber praktisch nicht durchführbar gewesen, weil das Türkische Reich und Serbien von vornherein gerade angesichts einer Konferenz nicht entfernt daran gedacht hätten, den neuen Stand der Dinge anzuerkennen, weil ferner Bulgarien als nunmehr unabhängige Macht Teilnahme an der Konferenz beansprucht hätte und die Türkei sich solcher Teilnahme ohne Zweifel widersetzt haben würde.

Die deutsche Politik vertrat den Standpunkt praktischer Zweckmäßigkeit: eine Konferenz brauche man zwar nicht grundsätzlich zu verwerfen, sie müsse aber sorgfältig genug vorbereitet sein, um Beunruhigung und

Gefahr auszuschließen. Da diese Vorbedingungen angesichts der Lage der Dinge nicht geschaffen werden konnten, so darf man annehmen, daß Fürst Bülow im Grunde von Anfang an gegen eine Konferenz gewesen ist.

Angesichts der deutsch-österreichisch-ungarischen Ruhe und Festigkeit, ja, man kann sagen, daß dieses Mal auch Zielbewußtsein vorhanden war, schwand den anderen Mächten von Monat zu Monat gründlicher die Illusion, daß man durch Druck etwas erreichen könne. Baron Aehrenthal, unterstützt von der deutschen Diplomatie, gelangte nach langen Unterhandlungen schließlich, Ende Februar 1909, mit dem Türkischen Reiche zu einem Sonderabkommen, das den neuen Stand der Dinge anerkannte: Österreich-Ungarn bot der Türkei eine Geldentschädigung von 42 Millionen Mark. Baron Aehrenthal hatte damit zwar seinen anfänglichen Standpunkt, daß die Türkei durch die Annexion nichts verloren, jedenfalls durch die Rückgabe des Sandschaks Nowibasar genügend entschädigt sei, verlassen. In Österreich ist diese Inkonsequenz vielfach als Fehler ausgelegt worden. Wir müssen uns in diesem Zusammenhange versagen, näher auf die Frage einzugehen.

Nun war noch Serbien übrig. Großbritannien und Rußland hatten ihr großes Spiel bereits aufgegeben, jedenfalls äußerlich, und so vereinigten sich Anfang März 1909 die russische, die britische, die französische und die italienische Regierung, um auf Serbien einzuwirken, es möge auf seine Kompensationsforderungen verzichten. Die serbische Regierung tat demgegenüber den geschickten und möglicherweise ihr suggerierten Schritt, daß sie erklärte: sie lege ihre Angelegenheit in die Hände der Großmächte. Ihnen schob die serbische Regierung mithin die diplomatische Niederlage zu. Damit stieg die Erregung auf beiden Seiten wieder, die Kriegsvorbereitungen wurden fortgesetzt.

Da griff Fürst Bülow entscheidend ein. Alle genannten Mächte hatten anerkannt und erklärt, daß die serbische Antwort unbefriedigend sei. Einer neuen Antwort wich Serbien aus, indem die dortige Regierung erklärte, die Mächte hätten ja selbst ihre Zustimmung zur Annexion nicht gegeben. Nun war jene letzte Einwirkung der Mächte auf Serbien unter Führung der russischen Regierung erfolgt. Diese Sachlage benutzte Fürst Bülow, um der russischen Regierung freundschaftlich zur Erwägung zu stellen: ob es nicht richtig sei, Serbien seinen genannten letzten Vorwand derart zu entziehen, daß die Großmächte einzeln der österreichisch-ungarischen Regierung ihre Zustimmung zur Annexion aussprächen. Durch diese sehr geschickte Wendung wurde sozusagen das Eis gebrochen. Die russische Regierung konnte in einem Eingehen auf den Bülowschen Vorschlag kein der russischen Würde widersprechendes Nachgeben erblicken, weil sie eben selbst vorher Serbien gegenüber vorstellig geworden war, um dieses von

seinen Forderungen abzubringen. Aus eigener Initiative dagegen hätte die russische Regierung den von Bülow angeregten Schritt nicht tun können und ebensowenig eine der anderen Ententemächte, da diese sich bisher alle gegen Österreich gestellt hatten. Diese unscheinbare Anregung der Berliner Regierung beseitigte ebenfalls die von Serbien noch immer drohende Kriegsgefahr. Daneben kann nicht zweifelhaft sein, daß der deutsche Kanzler durch den Petersburger Botschafter der russischen Regierung nochmals hat andeuten lassen, das Deutsche Reich sei bis in die letzten Konsequenzen hinein fest entschlossen, auch militärisch bereit. Bis zuletzt rechneten die Serben: man würde nur loszuschlagen brauchen, um die Unterstützung Rußlands und damit den großen europäischen Krieg zu erhalten. Anderseits bestand für Rußland die unangenehme Aussicht, entweder, ohne kriegsbereit zu sein, sich in diesen großen Krieg hineinzubegeben oder Serbien im Stiche zu lassen und so eine schwere Einbuße an Ansehen auf dem Balkan und dem ganzen Slawentum gegenüber zu erleiden. Auch aus dieser Verlegenheit half nunmehr der Bülowsche Vorschlag den Russen, jedenfalls diplomatisch, heraus. Iswolski ging auf ihn ein, die übrigen Kabinette folgten: Die Bosnische Frage war erledigt.

Am 25. März telegraphierte Freiherr v. Aehrenthal an den österreichisch-ungarischen Botschafter in Berlin, Baron v. Szögyenyi-Marich: „Ich ersuche Eure Exzellenz, dem Herrn Reichskanzler meine dankbare Befriedigung über das Resultat des von Graf Pourtalès (dem deutschen Botschafter in Petersburg) unternommenen Schrittes, von welchem ich mir eine günstige Rückwirkung auf die ganze Situation erwarte, zum Ausdruck zu bringen.“ Am 26. März lief die Zustimmung Iswolskis ein, und in einer Depesche an den österreichisch-ungarischen Botschafter zu London spricht Baron Aehrenthal, der im übrigen sehr sparsam mit derartigen Wendungen war, noch einmal von der „erfreulichen Zustimmung Herrn Iswolskis“. Nach ihrem Eintreffen bedürfe es „wohl nur eines bestimmten Rates der von England geführten Mächte in Belgrad, um den Frieden zu sichern“, und daß „ich daher mit Vertrauen der weiteren Entwicklung der Dinge entgegensehe“. — Dieses Vertrauen wurde nicht getäuscht, Serbien erkannte nunmehr den neuen Stand der Dinge vorbehaltlos an und führte seine Armee auf den Friedensstand zurück.

* * *

Wir haben heute einen genügenden Abstand von der Bosnischen Krisis, um sie als Ganzes politisch einigermaßen richtig beurteilen zu können. Wie die dann folgenden Jahre vor dem großen Kriege zeigen, ist die Balkanhalbinsel und auf ihr als politischer Brennpunkt Serbien seit 1908 mit geringen Unterbrechungen Gefahrherd und Kriegsursache gewesen. Die

Erscheinung trat von dem Augenblick an ein, als Großbritannien sich nicht nur als mitentscheidende Macht in die Balkanfragen hineinzudrängen wußte, sondern führend und richtunggebend dort wurde. Diese Politik und ihr Ziel war ursächlich bedingt durch die britisch-russische Versöhnung einerseits, durch die deutsch-türkische Freundschaft und die deutsche Orientpolitik anderseits. Österreich-Ungarn mit seiner geographischen Lage, mit seinen Balkaninteressen und Balkanschwierigkeiten sollte das Mittel zum Zweck bilden: Seine Vernichtung war beschlossen worden, als die Absprengung vom Bündnisse mit Deutschland nicht gelang. Die großbritannische Führerschaft dieser weit angelegten politischen Operationen lag klar auf der Hand, die Bosnische Krisis bildet ein Stück der großbritannischen Einkreisungspolitik.

Durch die Beilegung der eigentlichen Krisis war der diplomatische Erfolg unbedingt auf der deutsch-österreichisch-ungarischen Seite. Die beiden verbündeten Mächte hatten nicht nachgegeben und dadurch die Anerkennung dessen erreicht, was Österreich-Ungarn mit der Annexion bewirkt hatte. Der durch die Tatsache ihrer Festigkeit und bestätigten Zielbewußtheit erreichte Achtungserfolg der beiden Mächte war ebenso wertvoll, denn das Deutsche Reich hatte einen solchen mindestens ebenso nötig wie Österreich-Ungarn. Die Schlüsse aber, welche man in Deutschland durchweg aus dem Verlaufe der Krisis zog, waren unrichtig. Wenn man meinte, und wenn auch Fürst Bülow in seiner mehrfach angezogenen Schrift zu Anfang des Jahres 1914 schrieb, das luftige Gebilde der Einkreisung sei an den handfesten Tatsachen der Festlandspolitik zerbrochen, so traf das in dieser Allgemeinheit nicht zu, wohl aber wurde diese Theorie seitdem zu einer nicht ungefährlichen deutschen Selbsttäuschung. Die Selbsttäuschung beruhte in erster Linie auf der Verkennung der Tatsache, daß Rußland damals, drei Jahre nach der Beendigung des Russisch-Japanischen Krieges, und kaum aus den Stürmen der Revolution herausgelangt, weit von der Kriegsbereitschaft entfernt war. Das wußten alle Beteiligten, und es war kein Wunder nach den Vorgängen. Wissen müssen hätte man aber damals, daß der Tiefpunkt russischer Ohnmacht und Unbereitschaft bereits überwunden war und beides sich in verhältnismäßig raschem Ansteigen befand, ja, daß mit aller Kraft von Rußland und Frankreich gearbeitet wurde, um die militärische Kraft und Angriffsbereitschaft zu erhöhen. Deshalb war die allgemeine Schlußfolgerung schädlich und irreführend, daß die Tripelentente mit ihren Anhängern dauernd zur Unfähigkeit verdammt sei, gegen die beiden Mittelmächte Krieg zu führen. Mißlungen war der Tripelentente unter Großbritanniens Führung in der Hauptsache nur die Spekulation auf deutsche Schwäche und Unentschlossenheit und infolgedessen entstehende Uneinigkeit zwischen den bei-

den verbündeten Mittelmächten. Großbritannien hatte die Erfahrung gemacht, daß der Augenblick zur Demütigung Deutschlands durch gemeinsamen Druck oder Krieg erst zu erhoffen wäre, wenn Rußland auf die nötige Höhe militärischer Macht gelangt sein würde. Schon vor der Balkankrise war das zu Reval bekanntlich mit Überlegung besprochen worden, und die russischen Autoritäten hatten sechs bis acht Jahre, also die Jahre 1914 bis 1916 als Termin angegeben. So betrachtet, stellt sich die von Großbritannien inszenierte Bosnische Krisis als eine Art Generalprobe der Tripelentente dar, die zeigen sollte und zeigte, wie weit man gehen könne.

Ein großer Erfolg von damals wohl meist übersehener Tragweite war für Großbritannien die Tatsache, daß man die russische Front vom fernen Osten weg nach dem Balkan und nahen Orient gedreht hatte und daß das gesamte russische Streben in gesteigerter Leidenschaftlichkeit sich auf die Beherrschung der Balkanhalbinsel, auf die Vernichtung des Türkischen Reiches und auf den Besitz von Konstantinopel konzentrierte. Der ferne Osten war im russischen Volk nie populär gewesen, ebensowenig wie der Krieg gegen Japan. Man war froh, als alles zu Ende war. Im nahen Osten und auf der Balkanhalbinsel jedoch vereinigten sich die historischen Bestrebungen und Zielpunkte: machtpolitisch, religionspolitisch, wirtschaftlich und rassenhaft. Alle diese Ziele lagen sichtbar vor der russischen Tür. Hindernisse bedeuteten nur Österreich-Ungarn und das Deutsche Reich. Das Wort Skobelews, der Weg nach Konstantinopel gehe durch das Brandenburger Tor, gewann nach dem ostasiatischen Kriege eine neue und viel greifbarere Bedeutung, weil im Gegensatz zur ganzen russischen Geschichte Großbritannien jetzt nicht mehr Gegner Rußlands im Orient, sondern Bundesgenosse geworden war, geeint durch den gemeinsamen Haß gegen das Deutsche Reich. Das war kein sentimentaler Haß, sondern ein solcher, hervorgegangen aus der tatsächlichen Überzeugung, daß ein mächtiges Deutsches Reich den wirtschaftlichen und politischen Zielen Großbritanniens ebenso wie denen Rußlands ein unüberwindliches Hindernis entgegenstellte. Die deutsche Orientpolitik und deren bisherige Ergebnisse bildeten den Boden, auf dem Großbritannien und Rußland einander, aber, wie betont werden muß, unter großbritannischer Führung und auf großbritannische Veranlassung hin gefunden hatten.

Die diplomatische Niederlage Rußlands in der Bosnischen Krisis von 1908 leistete den großbritannischen Endzielen einen Vorspann von unübertrefflichem Werte. Ganz Rußland vom Bauern und Kleinbürger bis zu den leitenden Staatsmännern und der Hofpartei schäumte vor Haß und Rachedurst gegen Österreich-Ungarn und das Deutsche Reich, und mehr als je zuvor einte sich das ganze Volk im Gedanken, durch erhöhte Anstrengungen eines Tages in die Lage zu kommen, die Scharte von 1908

auszuwetzen. Daß der russisch-englische Zusammenschluß durch diese Erbitterung an Festigkeit gewann und gewissermaßen seine Weihe erhielt, bedarf nur der Erwähnung. Dieser Erfolg durch die Niederlage selbst ist für Großbritannien von höchster Bedeutung gewesen.

Auf der Balkanhalbinsel saß seit der Bosnischen Krisis, gewissermaßen als Außenposten der russischen Politik, das rachedurstige Serbien. Ebenso wie die Serben die Macht und die innere Kraft der österreichisch-ungarischen Monarchie unterschätzten, so hatten auch die europäischen Mittelmächte eine unrichtige Auffassung von dem serbischen Reiche und Volke. Wie spätere Ereignisse und hauptsächlich die des großen Krieges gezeigt haben, ist Serbien mit Unrecht so wenig ernst genommen worden, zumal man auch nach der Krisis den serbischen Staat österreichischerseits gewissermaßen als unbeachtliche Größe behandelte und damit einen wahrscheinlich nicht folgenlosen Fehler beging. Das Türkische Reich war mit dem Gewinn des Sandschaks Nowibasar aus der Krisis hervorgegangen und hatte damit etwas erreicht, was man zuvor nicht einmal geträumt hatte. Gleichwohl war es den englischen und französischen Treibereien gelungen, Stimmung gegen Deutschland und Österreich-Ungarn zu machen, nicht nur wegen ihrer Haltung in der Angelegenheit der Annexion, sondern hauptsächlich weil man den Türken sagte, das Deutsche Reich, im besonderen der Deutsche Kaiser, sei als Freund Abdul Hamids ein Anhänger fortschrittfeindlicher Reaktion im Türkischen Reiche und ein Feind des jungtürkischen Regimes. Daß diesen Bemühungen nur vorübergehender Erfolg beschieden wurde, begründete sich zumal darin, daß die deutschen Vertreter in Konstantinopel ruhig und geschickt arbeiteten und auch die Jungtürken später die Tatsache begriffen, daß einzig das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn keine verkappten, sondern wirkliche Freunde waren. Das Revaler Programm der Ententemächte konnte wohl zeitweilig, aber nicht auf die Dauer vergessen werden. Eine der großen Erfahrungen der Bosnischen Krisis für das Deutsche Reich und seine Politik war die, daß seine Orientverbindung und deren Ziele von Großbritannien wie von Rußland als eine Bedrohung ihrer vitalen Interessen angesehen und dementsprechend entschlossen und geschlossen bekämpft werden würden. Der Umschwung, ja die vollkommene Verschiebung der Grundlagen der deutschen Politik und Wirtschaft des Deutschen Reiches seit 1890 war enorm, viel größer, als man sich damals in Deutschland eingestand und als man gemeinhin begriff. Die Schwierigkeiten wuchsen besonders deshalb, weil Großbritannien wie Rußland aus der Balkanhalbinsel anstatt einer Verbindungsbrücke von den Mittelmächten nach dem Orient eine Barre für sie zu machen bestrebt waren.

Die Revaler Zusammenkunft im Juli 1908 war von den leitenden

deutschen Kreisen gleich sehr ernst genommen worden. Fürst Bülow hat sich dem Anschein nach mehrere Male vom russischen Minister Iswolski versichern lassen, „daß keine, weder offene noch geheime russisch-englische Abmachungen bestünden, die sich gegen deutsche Interessen richten könnten". Diese Versicherung war ebenso nichtssagend wie unwahr, wird auch beim Fürsten Bülow schwerlich Glauben gefunden haben. Es handelte sich nur um eine Form. Daß er aber an Iswolski die Frage stellte, und zwar wiederholt, bewies die Bedeutung, welche man in Berlin mit Recht der Sache beimaß.

Unmittelbar nach der Revaler Zusammenkunft wurde in der Presse von einer Rede des Deutschen Kaisers berichtet, die er auf dem Truppenübungsplatze zu Döberitz unter Hinweis auf die Möglichkeit einer nahen Kriegsgefahr gehalten habe. Die Rede wurde halbamtlich in Abrede gestellt, jedoch in Wendungen, die zeigten, daß man die Lage tatsächlich für ernst hielt und daß die Fragen des nahen Orients ihren Angelpunkt bildeten. Das halbamtliche Blatt warnte eindringlich gerade die deutsche Presse vor Legendenbildung, da das Deutsche Reich dauernd das Ziel von Verleumdungen bilde, die von allen Seiten gegen seine Politik gerichtet würden. Wiederum wenige Tage später kam der Deutsche Kaiser zu Segelregatten nach Hamburg; er wurde dort von der Menge in ungewöhnlich erregter Stimmung und mit der „Wacht am Rhein" empfangen. In einer Ansprache darauf sagte der Kaiser: „Als ich mich fragte, wo der Grund für den Ausbruch der Begeisterung läge, da erschallte spontan, dann immer mächtiger anschwellend, unser altes deutsches Sturmlied. Nun wußte ich genug. Meine Herren, ich danke Ihnen dafür, ich habe Sie verstanden. Es war der Druck der Freundeshand einem Manne, der entschlossen seinen Weg geht und der weiß, daß er jemanden hinter sich hat, der ihn versteht und der ihm helfen will." —

Aus diesen Äußerungen des Kaisers und aus denen des Reichskanzlers geht hervor, daß man eine europäische Krisis infolge Revals im Anzuge sah und die aggressive Tendenz der von König Eduard organisierten Einkreisung wohl fühlte. Daraus ergibt sich weiter, daß die bosnische Annexion der Tripelentente mit ihren Vasallen nur einen Anlaß, gleichsam ein Ventil bedeutete.

Das Verhältnis des Deutschen Reiches und Österreich-Ungarns war, unbeschadet des alten Bündnisvertrages und über ihn hinaus, auf eine neue gemeinsame Grundlage gelangt, nicht durch die Bosnische Krisis, sondern diese hatte nur gezeigt, daß dem so war. Man konnte, und vielleicht mit subjektivem Rechte, diese Tatsache bedauern und als besorglich ansehen, aber sie war kein Ding an sich, sondern eine notwendige Folge der deutschen Orientpolitik. Wollte das Deutsche Reich diese, so mußte es nach

dem A auch B sagen. Daneben stand selbstverständlich die Überlegung im Vordergrunde, daß das Deutsche Reich an der Erhaltung Österreich-Ungarns als Großmacht tief interessiert war. Das Deutsche Reich trat 1908 nicht eigentlich für ein österreichisches Bosnien ein, sondern für die Großmachtstellung Österreich-Ungarns. Rein politisch betrachtet, wäre demgegenüber als anderer Weg nur die Preisgabe Österreich-Ungarns geblieben und damit fraglos der Verlust des Bundesgenossen. Eine solche Politik wäre nur diskutierbar gewesen bei gleichzeitiger Schaffung eines neuen Bundesverhältnisses zwischen dem Deutschen Reiche und einer anderen Großmacht. Das stand damals aber für die leitenden Männer in Deutschland außer Betracht, und über Möglichkeiten soll hier nicht gesprochen werden.

Das österreichisch-ungarische Selbstvertrauen hatte sich durch die Bosnische Krisis stark gehoben, und das Ansehen der Doppelmonarchie war gewachsen. Sie hatte seit langer Zeit wieder die Befähigung zu einer kräftigen außenpolitischen Aktion dargetan und gleichzeitig Gelegenheit gehabt, das Funktionieren der Mobilmachung des Heeres zu zeigen. Graf Aehrenthal übertrieb dieses Selbstbewußtsein auch dem Deutschen Reiche gegenüber, gefolgt von einem großen Teile der Presse. Er wünschte mit England und Rußland wieder in gute Beziehungen zu gelangen, außerdem vertrug sein Ehrgeiz nicht, daß die Öffentlichkeit Europas die Bedeutung des deutschen Beistandes so hoch anschlug. Graf Aehrenthal betonte deshalb wiederholt die Selbständigkeit der Entschlüsse und der Handlungen der Doppelmonarchie und seine Unzugänglichkeit gegenüber reichsdeutschen Beeinflussungsversuchen. Diese Dinge erregten vorübergehende Mißstimmungen zwischen den beiden Bundesgenossen, blieben jedoch ohne Folgen und verschwanden in den nächsten Jahren.

Für das Deutsche Reich und Volk war jede Zunahme der Stärke, Geschlossenheit und des Selbstbewußtseins Österreich-Ungarns ein klar erkannter und gewünschter Gewinn.

Die Französische Republik hatte sich, wie erwähnt wurde, in der Bosnischen Krisis zurückgehalten und für die Erhaltung des Friedens gearbeitet. Frankreich konnte aus den erwähnten Gründen keinen Krieg brauchen, hatte außerdem allen Anlaß, kostenlos seine Stellung und Aussichten in Marokko wesentlich zu verbessern. Im Herbst 1908 war es zu einem deutsch-französischen Zwischenfalle in Marokko, und zwar zu Casablanca, gekommen. Deutsche, russische und ein österreichischer Deserteur der Fremdenlegion hatten versucht, auf Dampfern, die im Hafen lagen, zu entkommen. Ein deutscher Konsulatsbeamter, ein Konsulatssoldat und noch ein Deutscher versuchten, den Deserteuren zu helfen. Französische Soldaten und ein Offizier griffen ein, es kam zu Tätlichkeiten, und der Fall erschien zunächst

als nicht unbedeutend. In der öffentlichen Meinung der beiden Mächte entstand große Erregung, und Frankreich nahm, die Regierung an der Spitze, die heroische Pose des zu Unrecht Bedrohten, aber zum Kampfe Bereiten an. Drohungen lagen der deutschen Regierung wohl von vornherein sehr fern, aber es läßt sich nicht leugnen, daß sie zunächst fest auftrat und dann eine nachgiebige Haltung einnahm. Die Untersuchungen ergaben, daß der deutsche Beamte in der Begünstigung der Deserteure über seine Befugnisse hinausgegangen war, während anderseits französische Tätlichkeiten gegen den Beamten festgestellt wurden. Man übertrug die Sache dem Haager Schiedsgerichte, welches im Mai 1909 ein mehr zuungunsten der deutschen Sache neigendes Urteil fällte. Der Fall von Casablanca war an sich unbedeutend, wurde aber, wie gesagt, nicht sehr geschickt behandelt, besonders insofern, als man den Franzosen Gelegenheit zum Glauben gab, die deutsche Regierung habe erst gedroht und einschüchtern wollen und sei dann zurückgewichen. Das damalige Kabinett Clémenceau betonte einmal über das andere, Frankreich habe keine Furcht, sondern sei zum Kriege bereit. König Eduard von England teilte der französischen Regierung mit: Großbritannien sei zum Kriege an Frankreichs Seite entschlossen wie 1905.

Der deutschen Regierung war der Zwischenfall von Casablanca auch aus einem andern Grunde höchst unerwünscht gewesen: sie trug sich bereits im Sommer 1908 mit dem Gedanken, die deutsch-französische Reibungsfläche in Marokko zu beseitigen und dadurch bessere Allgemeinbeziehungen zwischen den beiden Mächten zu schaffen. Man glaubte, dieses werde sicher zu erreichen sein, wenn die deutsche Regierung ausdrücklich ihre politische Desinteressierung an und in Marokko erkläre. Auf der anderen Seite hoffte man auf wirtschaftlichem Gebiete mit Frankreich einträchtig zusammen arbeiten zu können und so die Möglichkeit einer fruchtbareren wirtschaftlichen Arbeit in Marokko zu erhalten als bisher. Die Bosnische Krisis verstärkte den deutschen Wunsch nach einer deutsch-französischen Verständigung. Nur unterbrochen durch die Casablancasache, wurden Verhandlungen eingeleitet und unter führender Mitwirkung des späteren Staatssekretärs v. Kiderlen-Waechter zum Abschluß gebracht. Das Ergebnis der Verhandlungen bildete die folgende Vereinbarung, welche am 9. Februar 1909 unterzeichnet wurde:

„Die Regierung der Französischen Republik und die deutsche Reichsregierung haben, von dem gleichen Bestreben bewegt, die Ausführung der Akte von Algeciras zu erleichtern, vereinbart, die Tragweite, die sie ihren Bestimmungen beilegen, näher zu bestimmen, in der Absicht, für die Zukunft jede Ursache eines Mißverständnisses zwischen ihnen zu vermeiden. Infolgedessen erklären die Regierung der Französischen Republik in voller Hingabe an die Integrität und die Unabhängigkeit des Scherifischen Reiches

und in dem Entschlusse, dort die wirtschaftliche Gleichheit zu erhalten und infolgedessen die kaufmännischen und industriellen Interessen Deutschlands dort nicht zu beeinträchtigen, und die deutsche Reichsregierung, da sie in Marokko nur wirtschaftliche Interessen verfolgt und anderweit anerkennt, daß die besonderen politischen Interessen Frankreichs dort auch mit der Festigung der Ordnung und des Friedens im Inneren verbunden sind und diese Interessen nicht zu beeinträchtigen entschlossen ist: daß sie keinerlei Maßregeln verfolgen oder fördern werden, die geeignet wären, zu ihren Gunsten oder zugunsten irgendeiner anderen Macht ein wirtschaftliches Vorzugsrecht zu schaffen, und daß sie trachten werden, ihre Staatsangehörigen in den Geschäften, deren Ausführung ihnen übertragen werden könnte, zu gemeinschaftlichem Vorgehen zu verbinden." — —

Die allgemeine politische Bedeutung dieses Abkommens mitten in der Bosnischen Krisis war nicht in Abrede zu stellen, denn das Zustandekommen der Vereinbarung in einem solchen Augenblicke lieferte einen öffentlichen Beweis für die Friedlichkeit der Atmosphäre zwischen Frankreich und dem Deutschen Reiche. Der Wunsch der französischen Regierung, daß der Frieden erhalten werde, wurde gleichfalls betont. Ein offiziöses deutsches Organ schrieb zu dem Abkommen:

„Das Hauptverdienst wird das negative sein, Marokko als politische Streitfrage aus den deutsch-französischen Beziehungen auszuschalten. Unter Gesichtspunkten der europäischen Politik aber ist es immerhin erfreulich, daß in einer Zeit, wo die Großmächte mit Balkansorgen beschäftigt sind, zwischen Berlin und Paris ein so wesentlicher Schritt zur Beseitigung des marokkanischen Interessenstreites geschehen konnte. Kurz nach dem Eintreffen des englischen Königspaares in Berlin ist das Abkommen Deutschlands mit Frankreich unterzeichnet worden. Die zeitliche Annäherung beider Ereignisse kann als zufällig betrachtet werden, sie weist aber darauf hin, daß in unserem Verhältnis zu den Westmächten gegenwärtig eine fühlbare Abspannung eingetreten ist." — Das war wohl annähernd die allgemeine Auffassung damals in Deutschland, aber auch die einzige, die das Abkommen deutscherseits rechtfertigen konnte, denn daß diese Vereinbarung einen weiteren großen Schritt zurück Deutschlands hinsichtlich Marokkos bedeutete, lag auf der Hand. Die Vereinbarung vollzog die auf solchem Gebiete praktisch unmögliche Trennung des politischen und des wirtschaftlichen Interesses und gab Marokko somit auch wirtschaftlich in französische Hand. Man hat damals in Berlin bemerkenswerterweise die tatsächliche Hoffnung gehegt, Frankreich würde sich in Marokko politisch loyal verhalten und zu einem wirtschaftlichen Zusammenwirken gemeinsam mit Deutschland durch private Unternehmer und Unternehmungen bereit sein. Die französische Regierung und ihr Botschafter zu Berlin, Herr Cambon,

haben nicht ermangelt, diesen Glauben zu stärken, zunächst, um die Vereinbarung zustandekommen zu lassen, nachher, um Zeit zu gewinnen. Häufige Kabinettswechsel seit 1909 erleichterten der französischen Regierung dieses für sie fruchtbare dilatorische Verfahren.

Die Veröffentlichung des deutsch-französischen Marokkoabkommens traf zeitlich annähernd zusammen mit einem Besuche König Eduards von England in Berlin. Es war der erste Besuch, den der König im Laufe seiner damals schon acht Jahre dauernden Regierung dem Deutschen Kaiser machte. König Eduard hatte diese selbstverständliche Pflicht der Höflichkeit an beinahe allen europäischen Höfen mit passender Pünktlichkeit erfüllt. Um so größer war der Mangel an Höflichkeit dem Deutschen Kaiser und dem Deutschen Reiche gegenüber gewesen. Der Besuch verlief in der üblichen Weise, der König erklärte in seinen Tischreden: die Erhaltung des Friedens sei immer das Ziel seiner Bemühungen gewesen. Er sagte das, nachdem seine Politik und die von ihm geleitete des britischen Kabinettes acht Jahre lang alles getan hatte, um den großen Koalitionskrieg gegen das Deutsche Reich vorzubereiten, und durch die Bosnische Krisis Europa an den Rand des Krieges gebracht hatte. Einige Wochen nach dem Besuche sprach der Deutsche Reichskanzler von diesem als von einem in jeder Hinsicht glücklichen Begebnisse. Er pries die Worte aufrichtiger Friedensliebe und Freundschaft, die der König in Berlin gesprochen habe, und sagte: „Es gibt ja kaum zwei Länder, die für ihre nationale Arbeit so aufeinander angewiesen sind wie Deutschland und England.“ Der Reichskanzler erörterte ausführlich die Größe und Art der beiderseitigen Handelsbeziehungen, kurz, es hatte beinahe den Anschein, als ob Fürst Bülow glaubte, es werde nunmehr eine neue und bessere Zeit für die großbritannisch-deutschen Beziehungen anbrechen. Ob der Kanzler es wirklich geglaubt hat, steht dahin, möglicherweise hatten seine damaligen Ausführungen mehr den Charakter eines Wunsches als den einer gläubigen Hoffnung. Der größte Teil der deutschen Bevölkerung freilich gab sich in weiten Kreisen wieder dem alten gedankenlosen Optimismus hin, und die gewohnte Beweisführung wurde wiederholt: es gäbe ja keinen wirklichen Konfliktsgrund zwischen den beiden Ländern, sie seien vielmehr aufeinander angewiesen und jedes sei der beste Kunde des anderen, es handle sich lediglich um Mißverständnisse und unverantwortliche Hetzereien von „Chauvinisten und Panzerplattenpatrioten“ auf beiden Seiten. Man war weit von der Wahrheit entfernt, daß die automatisch wachsende Stellung Deutschlands auf dem Festlande und seine erstaunlich zunehmende Bedeutung als seefahrender und ausführender Industriestaat gerade den Konfliktsgrund bildeten, um dessentwillen England im letzten Grunde alle seine großen Kriege geführt hat.

Der Besuch des Königs von England war in der Tat ohne jede Bedeutung, und die Unterhaltungen des Fürsten Bülow mit dem Begleiter des Königs, Sir Charles Hardinge, gingen über allgemeine Bedeutungslosigkeiten nicht hinaus. Es war ein großer Irrtum, daß man damals und auch noch nachher in Deutschland die Ansicht hegte, der König habe sich durch den Verlauf der Bosnischen Krisis belehren lassen, daß seine Einkreisung ein Fehlschlag sei, und wolle jetzt aufrichtig Entspannung und ein freundschaftliches Verhältnis mit Deutschland. Der Besuch des Königs und die äußerlich freundliche Atmosphäre führten sich vielmehr wohl auf den Gedanken zurück, wie die Franzosen sagen: „Zurückzutreten, um besser zu springen."

In den leitenden Kreisen Großbritanniens wie in der dortigen Bevölkerung war während und nach der Bosnischen Krisis von Entspannung nichts zu merken, im Gegenteil waren Presse und Parlament mehr denn je voll von Äußerungen der Verleumdung und des Hasses gegen das Deutsche Reich und Volk, vor allem gegen den Deutschen Kaiser. In den schon mehrfach erwähnten Berichten belgischer Gesandter jener Zeit tut der Gesandte zu Berlin, Baron Greindl, Ende März 1909 die wahre und unparteiische Äußerung:

„Die Verfassung der Gemüter in England erinnert an die in Frankreich während der Jahre 1866 bis 1870. Damals hielten sich die Franzosen für berechtigt, Deutschland an der Wiederherstellung seiner Einheit zu hindern, weil sie darin eine Bedrohung der Vorherrschaft sahen, die Frankreich bis dahin auf dem Festlande ausgeübt hatte. Ebenso betrachtet man heute in London die Weigerung Deutschlands, sich vertraglich dazu zu verpflichten, von der Gnade Englands abhängig zu bleiben, als einen unfreundlichen Akt und als eine Bedrohung des Friedens."

Man konnte und kann sich nicht treffender ausdrücken. Der Gesandte bezog dieses Urteil auf eine Äußerung Sir E. Greys über die deutsche Flottenpolitik.

Zu Beginn des Jahres 1909 nämlich stand Großbritannien und im weiteren Verlaufe standen auch die britischen Kolonien im Zeichen einer „Flottenpanik". Man entdeckte plötzlich, daß Großbritanniens Flotte in unverantwortlicher Weise vernachlässigt worden sei, besonders aber, daß die deutsche Marineverwaltung ihr Flottenprogramm heimlich viel weiter gefördert habe, als man in Deutschland öffentlich bekannt gäbe und zugestände. In wenigen Jahren werde die deutsche Dreadnoughtflotte ebenso stark sein wie die britische und diese dann schnell überflügeln. Höchste Gefahr sei somit im Verzuge. Die Oppositionspartei unter Führung Balfours und anderer in Verbindung mit einer großen Anzahl von inaktiven Admiralen und imperialistischen Politikern beschuldigten das Kabinett

auf das heftigste: es sei auf dem besten Wege, die Sicherheit des Landes preiszugeben. Wie stets in solchen Fragen, gab das Kabinett mit seiner Partei nicht nur die Berechtigung der Besorgnis zu, sondern versuchte zu überbieten. Der erste Lord der Admiralität erklärte, daß Deutschland im Frühjahre 1912 über siebzehn Dreadnoughts verfügen werde, obgleich er wußte — an der Hand des öffentlichen deutschen Flottenplanes und des Marineetats, — daß es nur dreizehn sein würden. Die Oppositionspartei überbot dieses wiederum und erklärte, Deutschland werde im Frühjahr 1912 nicht nur siebzehn, sondern einundzwanzig Dreadnoughts fertig haben. Der Deutsche Reichskanzler und der Staatssekretär des Reichsmarineamtes gaben daraufhin im Reichstage ungesäumt Erklärungen dahin ab, daß von einer Beschleunigung der Durchführung des deutschen Flottengesetzes nicht die Rede sei, daß nicht einundzwanzig und nicht siebzehn, sondern nur dreizehn deutsche Großkampfschiffe im Jahre 1912, und zwar nicht im Frühjahr, sondern im Herbst fertig sein würden. Unerhörterweise nahm die großbritannische Regierung von dieser ihr unbequemen Erklärung keinerlei Notiz, sondern ließ die „Panik" ihren Fortgang nehmen. In Deutschland war die Folge, daß die deutsche Flottenvorlage des Winters 1907/08 ohne Debatte und in noch nicht dagewesener Einmütigkeit vom Reichstage bewilligt wurde. Ihre Einbringung war bereits im Herbst 1907 erfolgt, und sie betraf die Herabsetzung der Altersgrenze für Ersatzpflicht der Linienschiffe von 25 auf 20 Jahre. Diese Herabsetzung war schon längst notwendig gewesen, weil der schnelle Fluß der Technik die Schiffe im Verlauf von zwanzig Jahren veralten läßt. Man folgte mit dieser Maßnahme nur dem bestehenden Gebrauche der alten großen Seemächte, und die Folge war, daß drei große Schiffe früher ersatzpflichtig wurden und ihr Baubeginn in die Jahre 1908, 1909 und 1910 fiel.

In England hatte die sogenannte Panik als nächstes den Erfolg, daß acht große Schlachtschiffe — ein nie dagewesenes Bauprogramm — für das Jahr 1909 bewilligt wurden. Schon zu Ende des Vorjahres hatte der britische Premierminister Asquith als grundsätzlichen Standpunkt der britischen Marinepolitik aufgestellt, daß die Flotte zehn Prozent Kraftüberschuß über eine Koalition der beiden nächststärksten Flotten haben müsse. Im Frühjahr 1909 drängte die öffentliche Meinung immer mehr, man solle ein für allemal doppelt so stark zur See sein wie Deutschland. Dabei betrug im Jahre 1909 die großbritannische Kampfflotte an Stärke mehr als das Dreifache der deutschen. Auch daraus ging die bewußte Unwahrhaftigkeit jener „Panik" hervor. Wie üblich, kam im britischen Parlament übrigens auch in der deutschen Presse die Rede auf das beliebte Gebiet der Rüstungseinschränkungen. Fürst Bülow gab dazu im Reichstage die Erklärung ab: es hätten wohl unverbindliche Gespräche zwischen maß-

gebenden deutschen und englischen Persönlichkeiten über diesen Gegenstand stattgefunden, „niemals aber ist ein englischer Vorschlag gemacht worden, der als Basis für amtliche Verhandlungen hätte dienen können". Nichtsdestoweniger fuhr man in der britischen Öffentlichkeit zu behaupten fort, unter stillschweigender Billigung der Regierung, daß tatsächlich britische Vorschläge gemacht, aber von Deutschland zurückgewiesen worden wären. Welche Dimensionen jene auf Unwahrheit beruhende britische Agitation annahm, die mit der „deutschen Gefahr" getrieben wurde, offenbarte sich drastisch auch darin, daß die selbstregierenden britischen Kolonien in aufrichtige Angst und Empörung wegen der schrecklichen Gefahr versetzt wurden, welche Großbritannien von Deutschland drohe. Die britische Kolonialpresse und die Parlamentsdebatten in den Kolonien waren voll von sittlichem Zorn über die deutschen Angriffsabsichten, über dieses frivole Eroberertum, das nur aus Eifersucht und Raubsucht den Frieden der Welt stören wolle. Australien und Neuseeland schritten zur Tat und stellten dem schwer bedrohten Mutterland das Geld für zwei große Panzerschiffe zur Verfügung. Auch in den Vereinigten Staaten von Amerika, sogar in einem Teile der deutsch gedruckten Presse, wurden laute Entrüstungsrufe ausgestoßen. Mit wenigen Ausnahmen ergriff man Partei für den angelsächsischen Vetter. Dieser benutzte, praktisch wie er ist, dabei fortwährend laute Angstrufe ausstoßend, die Gelegenheit, um die Kolonien fester an sich zu schließen und nicht nur zu einmaligen, sondern zu dauernden Opfern für die Flotte zu bewegen, auch dankbar und wehmütig an die Vereinigten Staaten von Amerika zu appellieren. Noch im Jahre 1910 hielten amerikanische Seeoffiziere, die an Bord eines Geschwaders britische Häfen besuchten (in Gegenwart des Botschafters), begeisterte blutrünstige Reden: Amerika werde den letzten Dollar opfern, um dem bedrohten alten Mutterlande in einem Kriege gegen Deutschland zur Seite zu stehen. Die Regierung in Washington mißbilligte zwar die Äußerungen, aber diese blieben nichtsdestoweniger ein beachtenswertes Stimmungssymptom. Neben den Anerbietungen und Verpflichtungen seitens britischer Kolonien war eine Reihe gewaltiger Flottenbudgets die Folge der britischen „Panik" von 1909.

Sir Edward Grey aber erklärte im Unterhause, man könne Deutschland zwar keinen Vorwurf daraus machen, daß es seine Seerüstungen nicht einschränken wolle, aber er bedaure lebhaft die deutsche Ablehnung der englischen Vorschläge. — Tatsächliche Vorschläge, die eine Grundlage für Veränderungen hätten geben können, waren aber, wie gesagt, von der britischen Regierung gar nicht gemacht worden. Grey sagte mithin eine Unwahrheit, um, wie stets, den Eindruck zu erwecken, als ob das Deutsche Reich zum Angriff gegen Großbritannien rüste, sich jedenfalls ein Werk-

zeug zur Störung des Friedens baue und von keinem freundschaftlichen Vorschlage etwas wissen wolle. Die deutsche Politik ihrerseits war damals noch von der Überzeugung geleitet, daß schweigendes und unentwegtes Durchhalten in der Flottenbaupolitik das einzig richtige Verfahren Großbritannien gegenüber sei.

Hand in Hand mit dieser verlogenen und verhetzenden Tätigkeit ging die Propaganda des alten Feldmarschalls Lord Roberts für sofortige Schaffung eines großen, stehenden Heeres auf der Grundlage der allgemeinen Dienstpflicht. Lord Roberts hatte seit 1906 ununterbrochen gepredigt: die großbritannischen Inseln seien gegen Invasion nicht gesichert und auch die stärkste Flotte könne ihnen die erforderliche Sicherheit nicht geben; dazu sei vielmehr nur ein großes Landheer imstande. Der Feldmarschall meinte nicht, was er sagte, und wenn er von Invasion sprach, so dachte er nicht an eine deutsche Invasion auf britischem Boden, sondern an eine britische Invasion durch belgisches oder holländisches Gebiet nach Deutschland. Die Agitation, welche die Massen mitreißen wollte, bediente sich selbstverständlich des unwahren Vorwandes, und auch die urteilslosen Kolonialbevölkerungen wie die der Vereinigten Staaten waren überzeugt, daß die Werbetätigkeit von Roberts und seinen Anhängern lediglich der Befürchtung für die Sicherheit der großbritannischen Inseln entspränge.

Vom Jahre 1908 an wurde die Armeeagitation auf eine neue Grundlage gestellt und unter Schlagworten betrieben, welche der Wahrheit wenigstens näher kamen. Eine Anzahl einflußreicher Persönlichkeiten und Blätter begann im Tone ernster Besorgnis und mit allen Mitteln für den Gedanken Stimmung zu machen: Großbritannien müsse für den Fall eines europäischen Krieges über ein großes und schlagfertiges Heer verfügen, das jederzeit schnell auf das europäische Festland übergesetzt werden könne, um Frankreich zu retten. Frankreich allein würde dem Ansturme der deutschen Armeen nicht gewachsen sein. Die deutschen Truppen würden Holland und Belgien überfluten, deren Häfen in Besitz nehmen und Frankreich zertrümmern. Dieses alles seien aber Lebensfragen erster Ordnung für Großbritannien, und deshalb müsse man das Ziel erreichen, mindestens eine Viertelmillion fertiger Truppen zur Verwendung auf dem Festlande zur Verfügung zu haben. Hier muß daran erinnert werden, daß gerade im Jahre 1908 die großbritannische Presse auf Inspiration der Regierung ein Bündnis mit Frankreich und auch mit Rußland empfohlen und dafür in den französischen und russischen Zeitungen die Antwort erhalten hatte: ein Bündnis wäre jetzt ein schlechtes Geschäft, weil Großbritannien keine nennenswerten Streitkräfte für Festlandsverwendung aufgestellt habe. Gleichviel aber, ob man damals wirklich ein Bündnis mit Frankreich gewünscht hat oder nicht, so war auf alle Fälle der bestimmende

Eindruck, daß Frankreich sich, nachdem im übrigen der Augenblick gekommen sei, in den großen Krieg nur bei der Sicherheit starker Landhilfe Großbritanniens hineinziehen lassen werde. Lord Haldane und die anderen Autoritäten wollten zwar nicht, wie Lord Roberts und seine Anhänger, die Einführung der allgemeinen Dienstpflicht, aber sie waren eifrig und zielbewußt mit der Neuorganisation des Heeres beschäftigt. Die Kenntnisse und Erfahrungen, die Haldane sich mit amtlich-deutscher Genehmigung in Deutschland verschafft hatte, trugen Frucht.

In ironischem Gegensatz zu diesen wilden und dabei raffinierten Hetzereien standen internationale Besprechungen, welche von Ende 1908 bis Anfang 1909 zu London stattfanden: die Londoner Seerechtskonferenz. Zur Erklärung ihres Ursprunges muß auf die Haager Konferenz von 1907 zurückgegriffen werden. Damals hatte man auch über Rechte der Neutralen und Pflichten der kriegführenden Mächte im Seekriege gesprochen und war sich schließlich auf einen deutschen Vorschlag hin grundsätzlich über die Errichtung eines internationalen Prisengerichtshofes einig geworden. Im übrigen hatten sich, wie beiläufig bemerkt sei, sehr starke Meinungsverschiedenheiten zwischen den deutschen und den britischen Delegierten gezeigt, u. a. in der Erörterung über die Zulässigkeit der Anwendung von unterseeischen Minen unter verschiedenen Verhältnissen. Die Minenwaffe war durch die Erfahrungen des Russisch-Japanischen Krieges 1904/05 zu einer vorher ungeahnten Bedeutung gestiegen. Eine ausgiebige Verwendung von Minen seitens der deutschen Seekriegführung in einem Kriege mit Großbritannien war schon damals für die britischen Autoritäten ein unangenehmer Gedanke, und man versuchte auf der Haager Konferenz — im „Interesse der Neutralen und der Humanität" —, da nichts anderes mehr fruchten wollte, möglichste Beschränkung des Minengebrauches zu erreichen. Die deutschen Vertreter aber ließen sich durch Phrasen nicht einwickeln und machten keine Zugeständnisse wesentlicher Natur. Der festen und geschickten Haltung der deutschen Vertreter auf der Haager Konferenz von 1907 ist es sehr wesentlich zuzuschreiben, daß jetzt im großen Kriege Deutschland von Anfang an seinen Minenkrieg wirksam führen konnte, ohne im mindesten gegen irgendeine völkerrechtliche Bestimmung zu verstoßen. In der Tat hat sich dieser Punkt durch den allein untrüglichen Prüfstein des Krieges als mit am wichtigsten von allen Ergebnissen der Haager Konferenz gezeigt. Damals hielt man allerdings die auf deutschen Antrag von der Haager Konferenz beschlossene Einrichtung eines internationalen Prisenhofes im Haag für etwas ungemein Bedeutendes und Weittragendes. Dieser Prisenhof sollte als Appellinstanz über den nationalen Prisengerichten im Seekriege von Neutralen angerufen werden, die sich durch die kriegführenden Parteien und deren Prisenhöfe beunrechtet oder nicht

genügend vertreten glaubten. So wurde die internationale Appellinstanz beschlossen und gleichzeitig ein Plan über die Art aufgestellt, wie der internationale Prisenhof zu wirken habe, wieviel Richter jeder der — übrigens unzähligen — auf der Haager Konferenz vertretenen Staaten für den Prisenhof stellen dürfe. Nach den Erfahrungen des großen Krieges braucht man nicht unzufrieden zu sein, daß, wie vorgreifend bemerkt sei, der internationale Prisenhof nicht Wirklichkeit geworden ist. Ganz abgesehen davon, daß im Kriege England ihn nicht als Autorität anerkannt haben würde, hätte sich, gerade in Beziehung auf Deutschland, bei jeder Entscheidung des Prisenhofes jene alte Majorität von der Konferenz zu Algeciras nur wiederholt; in weiterer Folge hätte der ganze Apparat versagen müssen. Damals jedoch nahm man diese Dinge sehr ernst und freute sich — ganz besonders die Pazifisten — der hergestellten internationalen Gerichtsbarkeit. Man erkannte aber an, daß eine Gerichtsbarkeit als Grundlage und um überhaupt ausgeübt werden zu können, eines Rechtes bedürfe. Um diesem Mangel abzuhelfen, lud die Londoner Regierung am Ende eines bereits seit 1907 gepflogenen Meinungsaustausches die Hauptseemächte 1908 ein, zu Ende jenes Jahres eine Konferenz zu London zu beschicken. Dort sollte ein internationales Kriegsrecht vereinbart werden. Das Ergebnis der Londoner Konferenz war die seit dem Kriege so häufig genannte und besprochene Londoner Deklaration.

Der Grundgedanke der Londoner Besprechungen ebenso wie des internationalen Prisenhofes war ausgesprochenermaßen: der Schutz der Neutralen und ihrer Schiffahrt im Seekriege durch internationale Garantie. In monatelangen Verhandlungen wurde man sich über eine große Anzahl von Bestimmungen einig, so über Begriff und Handhabung von Bannware, über Blockade, über Flaggenwechsel usw. usw. In anderen Punkten, so in erster Linie über die Umwandlung von Handelsschiffen in Kriegsschiffe und umgekehrt, konnte eine Einigkeit nicht erzielt werden. Die Londoner Deklaration umfaßt über 60 Artikel und wäre in der Tat zu ihrem allergrößten Teile geeignet gewesen, eine brauchbare und gerechte Grundlage für die Führung des Seekrieges, zumal insofern er sich gegen den Seehandel richtet oder ihn berührt, zu bilden. Auf der Londoner Konferenz glaubten sogar die britischen Vertreter sich dem Gewichte der Gründe der Gerechtigkeit und der Billigkeit der Sache nicht immer ausdrücklich entziehen zu dürfen, um so weniger, als die großbritannische Regierung selbst es gewesen war, welche die Konferenz angeregt und die Einladungen an die führenden Seemächte hatte ergehen lassen.

Sobald das Ergebnis der Konferenz, also die Deklaration, öffentlich bekannt und begriffen worden war, begann in Großbritannien eine bittere, leidenschaftliche Kritik an ihr. Man erklärte sie für ein „in Deutschland

gemachtes Seegesetz" und vereinigte die Kritik mit der allgemeinen deutschfeindlichen Hetze jener Jahre. Das paßte außerdem gut zur gleichzeitigen „Panik".

In den früheren großen Seekriegen ist die Praxis des sogenannten Seekriegsrechtes immer britisch gewesen. Das Recht folgte sozusagen der Flagge der allbeherrschenden, die Suprematie auf den Ozeanen haltenden großbritannischen Flotte. Die erste wesentliche internationale Vereinbarung auf diesem Gebiete war die Pariser Deklaration nach dem Krimkriege im Jahre 1856. Ihre bekannteste Bestimmung ist das Verbot der Kaperei. In den folgenden Jahrzehnten haben große Seekriege, an denen Großbritannien kriegführend beteiligt gewesen wäre, nicht stattgefunden. Großbritannien hatte in den Seekriegen anderer Nationen also nur das Interesse des Neutralen und brachte dieses stets mit dem ganzen ungeheuren Gewichte seiner Flotte zur Geltung. Zur Pariser Deklaration muß bemerkt werden, daß die damalige Bereitwilligkeit Großbritanniens zu einer derartigen internationalen Bindung und Festlegung aus einer besonderen Lage der Dinge hervorging und damals dem britischen Interesse vorteilhaft war.

Gegen Ende des vergangenen Jahrhunderts wurden die Marinen zweiten Ranges, wie geschildert worden ist, bedeutend gestärkt und bildeten sich zu Machtfaktoren heran, wie nie zuvor. Die Schiffahrt, der Handel und die überseeischen Bedürfnisse der Staaten und Länder begannen enorm zu wachsen, und damit wuchs auch ihre Abhängigkeit von den überseeischen Beziehungen. Da jeder Seekrieg an sich eine Störung der Betriebssicherheit im überseeischen Verkehre bildet, so lag auf der Hand, daß durch das gleichzeitige Wachsen der Mittel des Seekrieges, der Mittel des Verkehrs und der wirtschaftlichen Bedürfnisse der Völker auch ihre Störung im Seekriege für die neutralen Mächte viel größer und empfindlicher werden mußte. Daraus erwuchs als Folge die Notwendigkeit für die Neutralen, im Seekriege einen Schutz für ihre Interessen den Kriegführenden gegenüber zu finden. Im Frieden wußte kein Staat mit Bestimmtheit, ob er im nächsten Kriege zu den Neutralen oder den Kriegführenden gehören würde, anderseits wußten die Festlandstaaten, daß, wenn sie als kriegführend im Seekriege beteiligt wären, ein gesicherter Handel der Neutralen ebenso von Nutzen sein würde, wie er einen berechtigten Anspruch der Neutralen bildete. Alle diese Fragen sind im Kriege 1914/15 akut geworden und in ihrer ganzen großen Bedeutung wirksam gewesen. Das Gebiet ist so umfangreich und vielseitig, daß ein näheres Eingehen hier nicht möglich ist, sondern für eine politische Sondergeschichte des Krieges verschoben werden muß. Als eine auch für die Zukunft bemerkenswerte Tatsache jedenfalls ist festzustellen, daß auf den steigenden Wunsch nach

einer internationalen Regelung vom Gesichtspunkte des neutralen Interesses die großbritannische Regierung nach London einlud.

Deutschland mit seiner großen und wachsenden Schiffahrt hatte, wie gesagt, alles Interesse an einer weitgehenden Berücksichtigung des neutralen Seehandels im Seekriege und hegte die Auffassung, daß ihm eine solche unter allen Verhältnissen nützlich sein werde. England hat dagegen immer der Auffassung gelebt, daß international rechtliche Satzungen und Gebräuche nur dann annehmbar seien, wenn England als kriegführende Macht seinen vollen Vorteil dabei fände, mit dem Hintergedanken, daß es als neutrale Macht seine Wünsche auch ohne und gegen internationale Rechtssatzungen mit dem Gewichte seiner Flotte immer durchdrücken könne. Von der zweiten Hälfte des ersten Jahrzehntes des neuen Jahrhunderts an betrachtete man in England allgemein einen Krieg mit dem Deutschen Reiche als sicher früher oder später bevorstehend, und so wurden die Verhandlungen der Londoner Konferenz von der großbritannischen Bevölkerung als ein vorbereitender deutsch-englischer Kampf angesehen und das Ergebnis als Entwurf zu einer internationalen Rechtsgrundlage zugeschnitten auf einen deutsch-englischen Krieg. Tatsächlich war das auch der Fall, wenn man, wie es nachher Ereignis geworden ist, annehmen wollte, daß der kommende deutsch-englische Krieg ein Krieg Deutschlands gegen die große europäische Koalition sein werde. An und für sich und sachlich ließen sich die Standpunkte auf der Londoner Konferenz richtiger als die des Inselinteresses auf der einen, des Festlandinteresses auf der anderen Seite bezeichnen. Die französischen und russischen Delegierten standen neben den österreichischen und italienischen häufig genug mit den deutschen Delegierten zusammen. Das sachliche Interesse führte sie auf den gleichen Boden. In England maß man diesen Meinungsverschiedenheiten mit den Freunden wohl im Gedanken an den großen Unterschied zwischen Papier und Wirklichkeit keine wesentliche Bedeutung bei, sprach auch nicht von ihnen. Dagegen konnte sich die englische Öffentlichkeit nicht genug daran tun, die Feindseligkeit Deutschlands und die deutschen Ränke hervorzuheben und in den Vordergrund der Erörterung zu stellen: es sei Deutschland gelungen, auf der Konferenz Großbritannien zu übertölpeln und es um seine seit Jahrhunderten innegehabten und geübten Rechte des Seekrieges zu betrügen. Dieser Sturm von Wut und von Vorwürfen gegen die eigene Regierung und deren Vertreter auf der Konferenz wuchs auch in den folgenden Jahren noch und verfolgte den praktischen Zweck, eine Ratifizierung der Londoner Deklaration zu verhindern. Durch eine solche tritt bekanntlich erst die internationale Gültigkeit solcher Vereinbarungen ein. Man bediente sich dazu des folgenden Mittels: Sollte die Londoner Deklaration in Kraft treten und mit ihr der internationale Prisenhof, so

mußte zu den in England vorhandenen Prisengesetzen eine Ergänzung eingebracht und von den gesetzgebenden Körperschaften bewilligt werden. Erst dann war die Grundlage in Großbritannien für die neuen Rechtsbestimmungen der Deklaration geschaffen. Im Oberhaus nun lehnte man die Ergänzung zum Prisengesetze ab, wodurch bis auf weiteres die Ratifizierung der Deklaration unmöglich wurde. Die parlamentarische Entwicklung der nächsten Jahre mit ihren Krisen und Kämpfen ließ dann die Frage zurücktreten. Die Opposition hatte gesiegt, und die Regierung, welche die Londoner Konferenz veranstaltet hatte, war befriedigt, daß das Ergebnis: die Deklaration, zunichte geworden war.

In jenen Oberhausdebatten des Frühjahrs 1911 sprachen sich britische Staatsmänner und Admirale im übrigen sehr rückhaltlos über die Deklaration aus. Man meinte: wenn sie ratifiziert werden sollte, so würde das kein Unglück sein, denn bei Ausbruch eines großen Seekrieges würde die Deklaration, ob ratifiziert oder nicht, mit Beginn der Feindseligkeiten in Fetzen gerissen ins Meer fliegen. In einem Kampfe um die Existenz könne Großbritannien sich unter keinen Umständen an internationale Satzungen usw. kehren, sondern müsse lediglich das tun, was militärische Zweckmäßigkeit gestattete oder geböte. Die Ereignisse des Krieges 1914/16 haben bestätigt, daß jene Äußerungen keineswegs, wie man damals vielfach in Deutschland sich einredete, „chauvinistische Auslassungen unverantwortlicher Persönlichkeiten“ seien. Die großbritannische Regierung hat tatsächlich im Kriege genau das getan und tun lassen, was im Oberhause als selbstverständlicher Grundsatz hingestellt wurde. Das britische Volk fand sich einmütig im Willen, auch nicht den Schein einer Rechtsverpflichtung für die Seekriegführung auf sich zu nehmen, weil es überzeugt war, der nächste Seekrieg werde gegen das Deutsche Reich ausgefochten werden, und es werde dann gelten, den deutschen Seehandel zu vernichten und das deutsche Volk zu ersticken. Wie hier in der ersten Ausgabe vor dem Kriege geschrieben wurde: „Diese Grundsätze, vor allem das naive Gefühl ihrer Selbstverständlichkeit, liegen viel tiefer als alle auf augenblicklichen politischen Konstellationen und Interessen beruhenden gelegentlichen Annäherungen zwischen den beiden Mächten.“ — Die hervorragendsten Vertreter und Vertretungen des britischen Handels forderten von der Regierung, daß die Londoner Deklaration unter keinen Umständen ratifiziert werden dürfe, auf keinen Fall dürfe man der britischen Kriegsflotte durch internationale Verträge im Kriege die Hände binden. Handelskammern, Reedereivereinigungen, vereinigte Vertreter des Schiffbaues und der Industrie, — alle identifizierten das nationale, das militärische und das geschäftliche Interesse. In Deutschland umgekehrt waren es gerade diese Kreise, welche in offenbarer Unklarheit über ihr wirkliches Interesse im

Kriege und die ihnen drohenden Gefahren die sogenannte Besserung der deutsch-englischen Beziehungen, wie „Verständigung“, in die erste Linie stellten und die Ansicht zum Ausdruck brachten, daß sich nach einer Besserung hier alles andere von selbst ergeben würde. Das war eine bedauerliche Unkenntnis der englischen Geschichte, der Gebräuche des Seekrieges, ihrer Wirkung auf den Handel und vor allem der wahren Art der englischen Anschauung wie des englischen Charakters.

Diese zahlreichen, auf grober Verkennung beruhenden Hoffnungen und guten Wünsche wurden die Väter ebenso vieler politischer Gedanken, und diese Gedanken waren nicht gut.

## Potsdam — Agadir — Tripolis. 1909—1912.

Im Sommer des Jahres 1909 trat Herr v. Bethmann Hollweg als Reichskanzler an die Stelle des Fürsten Bülow. In der Geschichte der auswärtigen Politik des Deutschen Reiches beginnt hiermit ein Umschwung und eine neue Periode. Während die Bülowsche Politik im Zeichen des Gedankens und des Bestrebens stand, eine Politik der freien Hand zu treiben und sich nach keiner Seite hin zu binden oder in Abhängigkeit zu bringen, dabei dem großen ursprünglichen Leitgedanken des Deutschen Kaisers folgend, mit tunlicher Energie dem Deutschen Reiche eine starke Kriegsflotte zu schaffen, vertrat Herr v. Bethmann Hollweg den politischen Gedanken, daß das Ziel der deutschen Politik in erster Linie sein müsse, sich die Neutralität Großbritanniens für einen Festlandskrieg versichern zu lassen. Fürst Bülow erfreute sich außerordentlichen Mißtrauens, ja eines tiefen Hasses in Großbritannien. Man erblickte in ihm einen Mann, der nicht geneigt sei, etwas im deutschen Sinne *Wesentliches* aufzugeben, um das Wohlwollen Englands zu erlangen. Fürst Bülow hat im Reichstage während seiner Amtsführung wieder und wieder programmatisch betont, man könne sich mit England wohl in dieser oder jener Frage verständigen, und das bedeute an und für sich schon viel, das Deutsche Reich sei aber in keiner Weise mehr auf England angewiesen, wie England auf das Deutsche Reich. Die Stellungnahme ferner des Fürsten Bülow zu den englischen Rüstungseinschränkungsabsichten für 1907 auf der Haager Konferenz wurde in Großbritannien erneut übel empfunden, und der diplomatische Sieg des Deutschen Kanzlers in der Bosnischen Krisis war selbstverständlich nicht geeignet, das großbritannische Wohlwollen gegen den Kanzler zu erhöhen. Die englische Presse hat wiederholt erklärt, Fürst Bülow sei nicht vertrauenswürdig. Der Reichskanzler Fürst Bülow hat die Geschicke des Deutschen Reiches in einer schwierigen und gefährlichen Periode verantwortlich geleitet. In den früheren Abschnitten ist mit abweichendem Urteile über seine poli-

tischen Handlungen und Unterlassungen nicht zurückgehalten worden. Betont zu werden verdient aber, und das wird auch die Geschichte später als ein charakteristisches Merkmal der Bülowschen Amtsführung verzeichnen, daß der Fürst Reichskanzler von dem Wesen der englischen Politik und ihren Zielen eine verhältnismäßig klare und unbeirrbare Erkenntnis gehabt und nach Kräften betätigt hat. Die moralisch entrüstete Abneigung, die man in England Bülow entgegenbrachte, kann als eine schlagende Bestätigung hierfür angesehen werden. Es ist wahr, daß während der Bülowschen Amtsführung sowohl die britisch-französische als auch die britisch-russische Vereinigung und damit der Dreiverband zustande gekommen ist. Wie man aber auch jene Entwicklung beurteilen mag, so ist nicht zu verkennen, daß wenigstens als Grundsatz Bülows die Unabhängigkeit der deutschen Politik nach allen Seiten in den Grenzen des praktisch Möglichen und gestützt in letzter Linie auf die eigene Kraft, durchstand. Fürst Bülow vertrat den Gedanken, daß die — nach seiner Auffassung bestehende — Unmöglichkeit, die Isolierung des Deutschen Reiches zu verhindern, keinen Grund bilden dürfe, um auf Grund von Konzessionen hinsichtlich der Wehrkraft Anschluß an andere Mächte zu suchen und damit die Unabhängigkeit der eigenen Politik in Frage zu stellen. Fürst Bülow erblickte im Gegenteil in der Stärkung der Wehrkraft zur See des Deutschen Reiches eine notwendige Voraussetzung für die spätere Möglichkeit einer unabhängigen und dabei ausgreifenden Politik unter selbstverständlichem Aufderhöhehalten der deutschen Landmacht.

Als Staatssekretär des Auswärtigen wurde dem neuen Reichskanzler Herrn v. Bethmann Hollweg Herr v. Kiderlen-Waechter beigegeben. Auch er brachte die Voraussetzungen für einen neuen, dem wohlverstandenen deutschen Lebensinteresse entgegenlaufenden Kurs mit. Kiderlen-Waechter teilte nicht die Ansicht von der Notwendigkeit einer starken deutschen Flotte, vielmehr war er der Auffassung, daß eine solche und besonders ihr Bau nicht friedenerhaltend, sondern friedenstörend, zum mindesten friedengefährdend wirke. Kiderlen-Waechter war in Unkenntnis über das Wesen der Seemacht und ebenso über Inhalt und Zweck der bestehenden deutschen Flottenpläne. Er mißbilligte diese aber und versuchte, ihnen nach Möglichkeit entgegenzuarbeiten. Er war in Anschauungen und Überlieferungen aufgewachsen, welche eine Flotte für unnötig hielten. Eine „gute Anstandsflotte", insofern sie keinen englischen Unwillen erregte, wollte er gelten lassen, mehr nicht. Zum Ziel seiner Tätigkeit setzte er sich Annäherung an Rußland, Annäherung an England, möglichst schnelle Ausschaltung der deutsch-französischen Reibungsflächen, kräftige Förderung der deutschen Orientpolitik.

Wie der deutsche Reichskanzler kurz nach seinem Amtsantritt über die fortgesetzten englischen Versuche, Deutschland zu einer Beschränkung seiner

Seerüstungen zu veranlassen, dachte, äußerte er zunächst im Dezember 1910 im Deutschen Reichstage: die großbritannische Regierung habe wiederholt dem Gedanken Ausdruck gegeben, eine vertragsmäßige Festlegung der Flottenstärken der einzelnen Mächte würde zu einer wesentlichen Beruhigung in den internationalen Beziehungen beitragen. Diesen Gedanken habe England auf der Haager Konferenz und auch nachher wiederholt angeregt, „ohne jedoch Anträge zu stellen, die für uns den Anlaß zu einer positiven Annahme oder zu einer positiven Ablehnung hätten geben können. Auch wir begegnen uns mit England in dem Wunsche, Rivalitäten in Beziehung auf Rüstungen zu vermeiden, haben aber in den ab und zu stattgehabten unverbindlichen, von gegenseitigem freundschaftlichen Geiste getragenen Pourparlers stets den Gedanken vorangestellt, daß eine offene und vertrauensvolle Aussprache und darauf folgende Verständigung über die beiderseitigen wirtschaftlichen und politischen Interessen das sicherste Mittel zur Beseitigung jeglichen Mißtrauens wegen des gegenseitigen Kräfteverhältnisses zu Wasser und zu Lande sei". Schon die Fortdauer eines zwanglosen und vertrauensvollen Gedankenaustausches über alle mit diesen Dingen zusammenhängenden Fragen sei eine Garantie für die freundschaftliche Absicht auf beiden Seiten und dürfte allmählich aber sicher zur Beseitigung des Mißtrauens führen, „das nicht bei den Regierungen, wohl aber in der öffentlichen Meinung sich leider vielfach geltend macht". Das Wesentliche an dieser Darlegung war politisch und bleibt geschichtlich, daß der Reichskanzler die Ansicht aussprach und hegte, eine vertrauensvolle Aussprache, ein von Vertrauen getragener Gedankenaustausch mit der großbritannischen Regierung bilde überhaupt eine praktische Möglichkeit. Der Reichskanzler war von vertrauenswürdigen Absichten der großbritannischen Regierung überzeugt und glaubte ebenso an deren Aufrichtigkeit wie an die Zuverlässigkeit britischer Absichten, das gegenseitige Mißtrauen zu beseitigen. Jenes Mißtrauen wurde, wie wir gesehen haben, gerade von der selbst nicht vertrauenswürdigen britischen Regierung gesät und geschürt, welche sich anderseits das Vertrauen des deutschen Kanzlers mit besonderer Genugtuung gefallen ließ und es geschickt auszunutzen verstand. Unter vielen anderen bildet für die Vertrauensunwürdigkeit einen besonders schlagenden Beweis, daß die britische Regierung während der sogenannten Panik im Frühjahr 1909 bewußt falsche Angaben über den Stand der deutschen Flotte brachte und trotz der sofortigen amtlichen Korrektur durch den Fürsten Bülow und den Staatssekretär des Reichsmarineamtes die falschen Angaben auch damals noch nicht zurückgenommen hatte, als Herr v. Bethmann Hollweg 1910 seinem Vertrauen Ausdruck gab. Der Nachfolger des Fürsten Bülow glaubte offenbar, sein Vorgänger habe England gegenüber eine

unrichtige Politik getrieben, und man müsse diese jetzt auf die Basis gegenseitigen Vertrauens stellen.

Nachdem Fürst Bülow zurückgetreten war, wandte sich die Wut der großbritannischen Presse, welche gerade in solchen Fragen nie ohne Einverständnis mit der Politik der jeweiligen Regierung handelt, mit Erbitterung ausschließlich gegen den deutschen Staatssekretär des Reichsmarineamtes, Admiral v. Tirpitz. Dieser sei ein unheilvoller Mann, ein Feind Englands und nunmehr das einzige Hindernis einer aufrichtigen deutsch-englischen Verständigung. — Das erfolgreiche Fortschreiten der Tirpitzschen Baupolitik und die in England bekannte Tatsache, daß der Staatssekretär der Durchführung des Flottenprogramms größte Bedeutung beimaß, ließ in England die Hoffnung aufkommen, man könne jetzt vielleicht das Verschwinden des unbequemen Mannes von seinem Platze erreichen, wenn man ihn als das Hindernis einer aufrichtigen deutsch-englischen Verständigung hinstellte. Der friedliche Verlauf der Bosnischen Krisis ist, wie in England später zugestanden wurde, durch den damaligen Stand des deutschen Flottenbaues tatsächlich bis zu einem gewissen Grade beeinflußt worden, er hatte friedenerhaltend gewirkt.

Die politische Entwicklung der kommenden Jahre mußte durch den deutschen Kurswechsel ganz in das Zeichen der Frage der deutsch-englischen Beziehungen treten, und zwar deutscherseits auf unrichtigen Voraussetzungen als Grundlage.

* * *

Das Jahr 1909 stand politisch noch ganz unter dem Eindrucke der verflossenen Bosnischen Krisis, deren offizielles Ende in den April fiel. Beinahe unmittelbar daran knüpfte sich eine Reihe von Fürstenreisen und Fürstenbegegnungen. Der deutsche Kronprinz besuchte König Karl von Rumänien zu seinem 70. Geburtstage, offenbar als Anerkennung der politischen Haltung Rumäniens auch während der Bosnischen Krisis. Die Beziehungen Rumäniens zum Dreibunde waren nicht nur sehr enge, sondern es bestanden auch geheime Verträge, welche anscheinend jedoch nur dem Könige und dem jeweilig leitenden Staatsmanne bekannt gewesen sind. In jener Zeit entsprachen die tatsächlichen Beziehungen, besonders zwischen Deutschland und Rumänien, auch der vertraglichen Bindung. Das deutsche Kaiserpaar traf im Frühsommer mit dem Könige von Italien zusammen und besuchte später auf der Rückreise von Korfu Kaiser Franz Joseph. Der Deutsche Kaiser hatte eine Zusammenkunft mit dem russischen Zaren in Begleitung der beiderseitigen Minister. Diese Zusammenkünfte waren ohne wesentliche Bedeutung, wenn auch die mit dem Zaren dokumentieren sollte, daß aus der Bosnischen Krisis keine Verstimmung zurückgeblieben

sei. Von erheblicher Bedeutung waren dagegen zwei russische Besuche zu London. Der eine wurde von einer großen Anzahl Dumaabgeordneter ausgeführt, der zweite vom Zaren, nachdem dieser vorher in Cherbourg den französischen Präsidenten begrüßt hatte. König Eduard empfing auch die Dumaabgeordneten und stärkte damit das Ansehen der Duma. Die beiden Monarchen wünschten einander im Schatten einer großen englischen Flottenparade ferneres Gedeihen der herzlichen Beziehungen.

Der Deutsche Kaiser nahm an den österreichischen Manövern teil, und der Erzherzog-Thronfolger mit seiner Gemahlin machte einen Besuch in Berlin. Kurz, das Jahr 1909 bezeichnete eine beinahe allgemeine Betonung der bestehenden politischen Beziehungen, Freundschaften und Vereinbarungen. Das deutsch-russische Verhältnis schien sich zu bessern. Um so deutlicher betonte ein Besuch des Zaren in Italien zu Racconigi im Oktober 1909 die tiefe russisch-österreichische Verstimmung. Der Zar und Viktor Emanuel waren von ihren Ministern begleitet, eine Tatsache, welche die Zusammenkunft von vornherein zu einem bedeutenderen Ereignisse stempelte. Gewollt auffallend bei der Reise selbst war, daß der Zar einen ungeheuren Umweg machte, um unterwegs kein österreichisches Gebiet betreten zu müssen. Man hatte russischerseits, wenn auch nur scheinbar, mit Deutschland das Kriegsbeil begraben. Mit Österreich-Ungarn lag die Sache anders, um so mehr, als nach Schluß der Bosnischen Krisis eine bittere öffentliche Auseinandersetzung der russischen und der österreichisch-ungarischen Diplomatie, im Grunde zwischen Iswolski und Aehrenthal, stattgefunden hatte. Der Zar und der König von Italien und ihre Minister haben sich in Racconigi besonders mit südöstlichen Fragen beschäftigt und ihre völlige Übereinstimmung über die Balkanangelegenheit feststellen können. Als möglich erscheint, daß der Bundesgenosse Deutschlands und Österreich-Ungarns damals schon in das Vertrauen Rußlands und damit des Dreiverbandes gezogen wurde, daß man Italien den Inhalt der in Reval vereinbarten Beschlüsse mitteilte und für den Fall eines europäischen Krieges bei entsprechendem italienischen Verhalten Beute in Aussicht stellte. Außerdem wurde man sich in Racconigi darüber einig, daß gegen eine Besetzung von Tripolis durch Italien auch russischerseits nichts einzuwenden sei. Der in diesem Falle zu erwartende Krieg mit der Türkei sollte, wenn möglich dazu benutzt werden, um die Türkei auch auf dem europäischen Festlande zu schwächen. Daß Italien bei dieser Gelegenheit versuchen werde, sich in Albanien festzusetzen, dürfte ebenfalls in Racconigi besprochen worden sein. Genug, diese Zusammenkunft ist ein wichtiges Ereignis von politischer Bedeutung gewesen und hat die Knüpfung eines neuen Bandes zwischen Italien und dem Dreiverbande bedeutet. Auf der anderen Seite war die unter solchen Umständen ausgeführte Reise des Zaren um österrei-

chisches Gebiet herum in das Land von Österreichs Bundesgenossen ein ebenfalls sprechender Beweis für die zum mindesten kühle Gesinnung Italiens diesem seinem Bundesgenossen gegenüber.

Immerhin hielten die leitenden russischen Kreise, nachdem so die neue Lage scharf betont worden war, für zweckmäßig, im Laufe der folgenden Monate eine äußerliche Besserung der Beziehungen zu Österreich-Ungarn eintreten zu lassen. Es ist anzunehmen, daß dabei das Deutsche Reich mit besonderem Eifer zu vermitteln, zu versöhnen und zu glätten bemüht gewesen ist. Im Frühjahr 1910 wurde von Petersburg aus veröffentlicht, daß die russische und die österreichisch-ungarische Regierung zu voller Übereinstimmung hinsichtlich der Balkanangelegenheiten gelangt seien: in Gestalt der Aufrechterhaltung des Status quo, der Förderung des Wohles der Balkanstaaten und der neuen Entwicklung in der Türkei. — Dieses Programm war an und für sich nichtssagend, außerdem derart vieldeutig angesichts der bekannten russischen Ziele, daß sich als tatsächlich eben nur der Wunsch ergab, äußerlich ein leidlich beruhigtes Verhältnis herzustellen. Heute sind die Motive dieser Haltung ziemlich klar erkennbar: Rußland war für den kommenden großen Konflikt auf Jahre hinaus noch nicht genügend gerüstet, man hatte gesehen, daß ohne Vorhandensein einer solchen Rüstung die Mittelmächte nicht durch Bluff hatten eingeschüchtert werden können. Es hatte also keinen praktisch vertretbaren Zweck, in der Zwischenzeit weiter eine Politik der Gereiztheit und einer solchen, die Krisen hervorrief, zu treiben. Deshalb war man auch mit Iswolski unzufrieden, dessen Empfindlichkeit und Rachsucht ob seiner diplomatischen Niederlage einen zu persönlichen Charakter gegen den Freiherrn v. Aehrenthal angenommen hatte, als daß dies mit dem großen Plane der russischen Politik: in Ruhe rüsten und warten! — in Einklang zu bringen gewesen wäre. Iswolski ging als Botschafter nach Paris und bildete dort fortan eine stark treibende Kraft in der Förderung aller deutschfeindlichen Bestrebungen einerseits, aller Bestrebungen zur Befestigung der Beziehungen zwischen Rußland, Frankreich und Großbritannien anderseits.

Zar Nikolaus hat in der Tat damals wohl den Wunsch gehabt, wieder freundschaftliche Beziehungen von Aufrichtigkeit zwischen seinem und dem deutschen Kaiserhause herzustellen. Dieser persönliche Wunsch begegnete sich mit den angedeuteten Plänen der russischen Regierung. Diese glaubte außerdem zweckmäßig den beiden Ententegenossen, Frankreich und Großbritannien, nahezulegen, daß Rußland in der Bosnischen Krisis nicht genügende Unterstützung gefunden habe, daß es von ihnen durchaus nicht abhängig sei und nötigenfalls „auch anders könne“. Zu diesen Erwägungen trat die weitere, daß es vorteilhaft wäre, mit dem Deutschen Reiche über die Verhältnisse in Nordpersien zu einem Einverständnisse zu gelangen,

denn dort begann der berechtigte wirtschaftliche Wettbewerb deutscher Kaufleute und Unternehmer, Reibungen hervorzurufen.

Aus diesen und vielleicht noch anderen Gründen erfolgte gegen Ende 1910 eine Zusammenkunft des Zaren, begleitet von Herrn Ssasonow, seinem neuen Minister des Auswärtigen, mit Kaiser Wilhelm in Potsdam. Durch Besprechungen Kiderlen-Waechters mit Ssasonow wurde in der Hauptsache das Folgende vereinbart: Deutschland anerkannte besondere politische Interessen Rußlands in Persien und verpflichtete sich, nördlich einer gewissen Linie nicht um Erlaubnis zur Anlage von Eisenbahnen, Straßen, Schiffahrts- und Telegraphenlinien bei der persischen Regierung nachzusuchen. Beide Mächte kamen überein, daß der Handel aller Nationen in Persien gleichberechtigt sein solle. Rußland erklärte, ein Eisenbahnnetz in Persien ausbauen zu wollen, darin eine Linie so, daß deren Verbindung mit der Bagdadbahn durch eine Querverbindung hergestellt werden könne. Den späteren Verkehr zwischen der Bagdadlinie und den persischen Bahnen versprach jede der beiden Mächte zu fördern. Die für Deutschland wichtigste Vereinbarung war die Versicherung der russischen Regierung, sie werde den Bau der Bagdadbahn nicht hemmen. Damit war etwas Tatsächliches und Bedeutendes gewonnen. Rußland würde nicht mehr auf die Türkei im alten Sinne drücken, noch auch gemeinsame Sache mit Großbritannien und Frankreich zur Hinderung und Verzögerung der deutschen Bagdadbahnpläne machen. In dieser Vereinbarung lag für Deutschland überhaupt der Kern des Abkommens, in Verbindung mit dem ebenfalls von Rußland bewilligten Anschlusse des Bagdadbahnsystemes an das persische. Dieses freilich war noch nicht vorhanden, und seine Ausführung lag in weiter Ferne. Es ließ sich dabei nicht verkennen, daß Deutschland seine Interessen in Persien und allen Einfluß auf Persien mit dieser Vereinbarung aufgab, aber Herr v. Kiderlen-Waechter war der Ansicht, daß die Wegräumung von Hindernissen für die Bagdadbahn von größerer Wichtigkeit sei und sich ohne derartige Konzessionen nicht erreichen lasse.

Man maß damals außerdem den Potsdamer Vereinbarungen eine hohe allgemeinpolitische Bedeutung bei. Der deutsche Reichskanzler formulierte diese am 10. Dezember 1910 im Reichstage dahin: „Als Resultat der letzten Entrevue möchte ich bezeichnen, daß von neuem festgestellt wurde, daß sich beide Regierungen in keinerlei Kombination einlassen, die eine aggressive Spitze gegen den anderen Teil haben könnte. In diesem Sinne haben wir insbesondere Gelegenheit gehabt zu konstatieren, daß Deutschland und Rußland ein gleichmäßiges Interesse an Aufrechterhaltung des Status quo am Balkan und überhaupt im nahen Orient haben und daher keinerlei Politik unterstützen werden — von welcher Seite sie auch kommen könnte —, welche auf Störung jenes Status quo gerichtet wäre.“

Die Potsdamer Unterredungen hätten „da und dort scheinbare Mißverständnisse beseitigt und das alte vertrauensvolle Verhältnis zwischen uns und Rußland bestätigt und bekräftigt“. Diese Äußerungen erregten in Europa größtes Aufsehen, um so mehr, als das russische Regierungsorgan „Rossija“ erklärte: nicht alles, was in Potsdam vereinbart worden sei, habe Ausdruck in dem Abkommen gefunden. Nachdem die erste Überraschung und Erregung sich gelegt hatte und nach heftigen Angriffen in der russischen, britischen und französischen Presse auf die Politik Ssasonows wurde von russischer Seite die allgemeinpolitische Bedeutung der Potsdamer Vereinbarungen als immer geringer dargestellt und hervorgehoben, daß die russische Regierung nach wie vor ihren Bündnissen und Freundschaften treu bliebe. In Deutschland und auch in der englischen Presse war ausgesprochen worden, daß zwischen dem Deutschen Reiche und Rußland anscheinend ein Abkommen geschlossen worden sei wie der alte russische Rückversicherungsvertrag Bismarcks. Wäre diese Auffassung zutreffend gewesen, so würde in der Tat das europäische Mächtesystem eine völlige innere Änderung erfahren haben und die Erregung in Frankreich, in England und in Rußland selbst wäre begreiflich genug gewesen. Tatsächlich beruhigte sich diese Erregung aber bald, und die französischen Zeitungen wußten zu erzählen, daß der im diplomatischen Umgange noch nicht sehr erfahrene Ssasonow sich durch das in unauffälliger Form gemachte deutsche Angebot eines solchen Rückversicherungsvertrages in Potsdam zunächst habe übertölpeln lassen. Nach seiner Rückkehr nach Petersburg habe die russische Regierung dann die hinterlistige deutsche Absicht erkannt, die Sache als eine harmlose Redewendung behandelt und auf das unschädliche Gleis allgemeiner Freundschaftlichkeitsversicherungen abgeschoben. In Deutschland mochte man an eine solche Deutung nicht glauben und hoffte noch längere Zeit nachher auf amtliche Veröffentlichung eines tatsächlichen großen Ergebnisses oder aber auf den Beweis vom allgemeinen Werte des Potsdamer Abkommens durch politische Tatsachen. Weder das eine noch das andere erfolgte. In der Tat ist die angedeutete französische Auffassung der Wahrheit ziemlich nahegekommen, ohne sich allerdings mit ihr zu decken. Die Staatsmänner haben sich in Potsdam über die gegenseitigen Beziehungen der beiden Mächte unterhalten, sogenannte Mißverständnisse aufgeklärt, und dann ist anscheinend von deutscher Seite der Vorschlag an Ssasonow gemacht worden, man möge sich gegenseitig darüber einigen: „daß beide Regierungen sich in keine Kombination einlassen dürften, die eine aggressive Spitze gegen den anderen Teil haben könnte“. Ssasonow hat sich damit einverstanden erklärt. Als aber nachher die deutsche Regierung bzw. ihr Petersburger Botschafter der russischen Regierung nahelegte, neben den Abmachungen über Persien usw. auch diese allgemein-

politische Übereinkunft schriftlich zu formulieren, weigerte sich Ssasonow, und die Antwort der russischen Regierung lautete: eine schriftliche Fixierung sei nicht beabsichtigt, auch nicht nötig, da das Wort des Zaren genüge. Im amtlichen Berlin rief diese Wendung eine starke Enttäuschung hervor, denn man hatte sich dort nach den Potsdamer Unterhaltungen in der Tat eine neue Ära der deutsch-russischen Beziehungen versprochen. Auch der sonst sehr nüchterne Kiderlen-Waechter war unmittelbar nach den Besprechungen der Überzeugung, daß wirklich etwas Ähnliches wie der alte Rückversicherungsvertrag zustande gekommen sei. Wie schon die allernächsten Jahre erwiesen, war das eine erhebliche Täuschung gewesen, und Rußland dachte nicht daran, von der großen Linie seiner Politik, im besonderen seiner Orientpolitik, abzuweichen.

Vom Potsdamer Abkommen hatte die russische Regierung den weiteren Vorteil, daß Großbritannien und Frankreich beflissener denn je wurden, sich die russische Freundschaft zu erhalten. Für die deutsche Politik bedeutete das Abkommen insoweit eine Neuheit, als das Deutsche Reich sich amtlich zum ersten Male mit den anderen Großmächten in den Vordergrund der Balkanpolitik begab. Die alte deutsche Formel: allen Balkanfragen gegenüber in der „Hinterhand" zu bleiben, sich in Balkan- und Orientdingen nur als indirekt interessiert zu bezeichnen, war mit dem Augenblick öffentlich verworfen worden, als im Potsdamer Abkommen das Deutsche Reich zusammen mit Rußland die Erhaltung des Status quo im Orient als seine Politik bezeichnete. Dieses Herausrücken aus der „Hinterhand" lag, wie nach allem Gesagten nicht mehr begründet zu werden braucht, in der notwendigen Weiterentwicklung der deutschen Orientpolitik. Wollte man diese, so mußte die Zurückhaltung einmal aufgegeben werden. Gleichwohl war der Augenblick, in dem Deutschland ausdrücklich als direkt interessierte Balkan- und Orientmacht auftrat, von Bedeutung, und besonders, daß dieses im Augenblicke erfolgte, als die russische Regierung erklärte, den Bagdadbahnbau nicht mehr hemmen zu wollen: Die deutsche Orientpolitik arbeitete nun auch in Balkandingen nicht mehr allein durch das Medium Österreich-Ungarns und seiner Interessen, sondern auch direkt.

Während der Zeit dieses scheinbaren Einlenkens und Schwenkens der russischen Politik nach der deutschen Seite hin wuchs der russische Haß gegen Österreich-Ungarn und gegen das Deutsche Reich, gegen alles Deutsche immer allgemeiner zu bitterem Fanatismus. Dieser Haß wurde volkstümlich und heilige Nationalsache. Bosnien wurde nicht vergessen: die Zeit werde kommen, wo Rußland seine Rache an Deutschland und Österreich-Ungarn für die Demütigung und den Prestigeverlust von 1908 nehmen werde.

Im Mai 1910 starb König Eduard von England; — ein Ereignis von europäischer Bedeutung. König Eduard hatte es im Laufe seiner kurzen Regierung verstanden, die europäische und teilweise auch die außereuropäische Mächtegruppierung völlig zu verändern. Seiner persönlichen Staatskunst und Fähigkeit, geschickt, zielbewußt und unmerklich zu führen, war es gelungen, das weltgeschichtliche Ereignis der Entente Cordiale zu verwirklichen und kurz nachher das ebenfalls politisch epochemachende Ereignis der britisch-russischen Annäherung mit folgendem festen Einverständnis. Eduard von England arbeitete ebenso ausdauernd wie erfolgreich bis zu seinem Tode an der weiteren Ausgestaltung und Festigung der Ententemauer, die er um das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn gezogen hatte. Daß diese Entente, oder welche Namen dafür gebraucht wurden, kein hohles, kraftloses Blendwerk war, wie man in Deutschland gern behauptete, haben die folgenden Jahre und hat hauptsächlich der große Krieg gezeigt. Man muß vom sozusagen technischen Standpunkte dem Zielbewußtsein, der Sorgsamkeit und Geschicklichkeit dieser verknüpfenden und verwebenden, dabei völlig aggressiven Staatsmannsarbeit alle Anerkennung zollen. Ganz Europa beinahe wurde seit 1903 fest und unmerklich — jeder glaubte, daß es in seinem eigenen Vorteile liege — vor den englischen Wagen, im besonderen vor den der Eduardischen Politik, gespannt, immer mit dem aggressiven Ziele, das Deutsche Reich zu isolieren und ihm bei jeder Streitfrage erfolgreich die Alternative stellen zu können: Unterwerfung oder Krieg. Man hat zu Lebzeiten des Königs und später darüber gestritten, ob er den „Krieg gewollt“ habe oder nicht. Gewiß hat Eduard und haben seine Staatsmänner nicht als einziges Ziel ihrer Politik und unter allen Umständen Krieg gegen das Deutsche Reich angesehen, aber sie waren überlegt entschlossen, keine europäische Gelegenheit zum Kriege vorübergehen zu lassen. Im Jahre 1905/06 hat ein Krieg unter englischer Führung mehrere Male unmittelbar vor der Tür gestanden, in der Angelegenheit der Deserteure von Casablanca war Großbritannien ebenfalls entschlossen zum Kriege, falls Deutschland nicht nachgäbe, in der Bosnischen Krisis hetzte Großbritannien geradezu zum Kriege. Eine Lage wie 1914 kam nur deshalb nicht zustande, weil Rußland nicht bereit war und Frankreich ebenfalls nicht wollte. Friedliebend kann man König Eduard und seine Politik mithin nicht nennen, wenn er auch den Frieden stets im Munde geführt hat. Die Tatsache besteht, daß trotz dieser angeblichen Friedensliebe gerade seit dem Regierungsantritte König Eduards Europa von einer schweren Krisis nach der anderen heimgesucht worden ist, und daß die Ententen Großbritanniens den bekannten dauernd gefährlich gespannten Zustand in Europa unvermeidlich machten. Auf der anderen Seite war Eduard VII. nüchtern genug, um sich zu sagen, daß es billiger sei, durch

Einschüchterung, Druck und Drohung zu siegen als durch Krieg. Er war der Überzeugung, daß Deutschland, wenn man nur mit genügendem Ernste drohe und drücke, schließlich immer nachgeben werde, um einen großen Krieg zu vermeiden. Und so wurde dieses Mittel wiederholt mit Vorteil angewandt. In der Bosnischen Krisis versagte es aus den bekannten Gründen.

König Eduard war von Abneigung gegen den Deutschen Kaiser erfüllt und ließ sich dadurch wiederholt zu groben Unhöflichkeiten hinreißen. Er liebte das Deutsche und die Deutschen überhaupt nicht, besaß aber sachlichen Scharfblick genug, um die deutsche Tüchtigkeit als Ursache immer gefährlicher werdenden Wettbewerbes auf dem Weltmarkte zu erkennen und zu werten. Hier dürfte der eigentliche Kernpunkt seiner antideutschen Politik zu finden sein. Eduard VII. war viel zu nüchtern, um Besorgnis vor dem Wachsen der deutschen Flotte und vor deutschen Invasionsabsichten zu empfinden. Der deutsche Flottenbau war ihm aber ein Dorn im Auge, weil dieser nach englischer Auffassung England zu immer größeren Flottenausgaben zwang und damit die geldliche Belastung größer wurde. Auch die Tatsache, daß der deutsche Flottenbau anderen Seemächten zweiten Ranges Mut gab, ihre Kräfte zur See zu vermehren, mußte auf die Dauer dem britischen Steuerzahler zur Last fallen.

Die wachsende Macht und Wucht des deutschen Volkes und Reiches, wie sie schon automatisch aus seinem wirtschaftlichen Gedeihen mit dessen Folgen und aus der starken Bevölkerungsvermehrung hervorging, erfüllte Eduard VII. mit der Überzeugung: hier habe Großbritannien einmal wieder einen großen Festlandfeind vor sich, welcher ebenso wie früher Spanien, Holland, Frankreich zerschmettert, zum mindesten unschädlich gemacht werden müsse; wie immer in jenen Fällen mit Hilfe aller übrigen europäischen Festlandmächte in britischen Diensten. Und mit dieser Anschauung fand König Eduard beinahe ungeteilten und verständnisvollen Beifall im großbritannischen Volke. Es ist ganz unrichtig, wollte man von einer persönlichen Politik des Königs sprechen, die er gewissermaßen über den Kopf des Volkes hinweg und im Gegensatz zu dessen eigentlichem Empfinden getrieben hätte. Ein König von England, der nicht von der Zustimmung so gut wie aller politisch denkenden Briten begleitet und getragen wurde, hätte keine zwei Monate lang eine verfassungswidrige persönliche Leitung und Betreibung der auswärtigen Politik Großbritanniens durchführen können. König Eduard ließ man es durchgehen, und einzelne Widersprüche wurden weder von ihm noch von anderen beachtet. Einen Unterschied in der Beurteilung Deutschlands und der sogenannten deutschen Gefahr gab es zwischen den beiden großen Parteien Großbritanniens im Grunde nicht. Sie beide waren mit Eduards VII. Politik einverstanden und froh und stolz auf deren schnelle und große Erfolge. Eduard stand

persönlich und mit seiner Politik auf dem Boden des britischen Volksempfindens und auf dem Boden einer mehrhundertjährigen politischen Überlieferung. Der Kabinettswechsel, und das ist besonders beweiskräftig hierfür, hatte nicht den geringsten Einfluß auf die auswärtige Politik. König Eduard trieb sie genau auf der gleichen Linie mit Balfour und Lansdowne wie mit Campbell-Bannerman und Grey. Und wenn die Namen der Minister anders gelautet hätten, so würde die Richtung ebenfalls die gleiche geblieben sein und nicht minder die Mittel. Deshalb ist es auch irrtümlich, wenn von Eduard VII. und seinen Schülern oder seinen Erben gesprochen wird. Die Ursachen und Zusammenhänge liegen alle viel tiefer.

Der Tod des Königs wurde in Deutschland, wo man vielfach diese Zusammenhänge nicht erkannte oder sich scheute, sie energisch erkennen zu wollen, als der Anfang einer neuen Ära der Entspannung und Versöhnung, der Verständigung angesehen. Jedenfalls hoffte man, diese Anschauung hegen zu können. Eifriger denn je arbeiteten die Verständigungskomitees und Amateure ähnlicher Art, und zum hundertsten Male hörte man die alten Redewendungen austauschen: die beiden Völker und Staaten seien einander die besten Kunden, sie seien aufeinander angewiesen, ernsthafte Kriegsgründe beständen nicht, sondern nur Mißverständnisse und ähnliches. Die Rüstungseinschränkungsfrage wurde in der britischen Presse unaufhörlich weiter behandelt. Der Reichskanzler nahm hierzu Ende März 1911 im Reichstage Stellung, indem er eine internationale Abrüstung als praktisch-politische Utopie bezeichnete und ablehnte, dagegen erklärte: die deutsche Regierung halte für möglich, in einen Nachrichtenaustausch mit Großbritannien über die beiderseitigen Kriegsschiffbauten einzutreten; dadurch könne einer Panik und kampfartigem Wettrüsten vorgebeugt werden. Er brachte mithin der großbritannischen Regierung auch auf diesem Gebiete Vertrauen entgegen und maß ihr Vertrauenswürdigkeit bei, denn ein solcher Austausch kann nur zweckvoll und anderseits unschädlich sein, wenn beide Mächte Vertrauen zueinander haben und beide vertrauenswürdig sind. In Wirklichkeit lag nach wie vor die Sache so, daß die großbritannische Regierung und Bevölkerung es als ihr gottgewolltes Recht betrachteten, Deutschland zur See ohnmächtig zu halten, und deshalb wider besseres Wissen „Paniken“ inszenierten und den Deutschen Pläne unterschoben, die ihnen fernlagen, die auch nicht durchführbar gewesen wären, wenn man sie wirklich gewollt hätte.

Wie die oft genannten Berichte der belgischen Gesandten in jener Zeit und wie amtliche deutsche Veröffentlichungen während des Krieges erkennen lassen, hielten die deutschen Staatsmänner im In- und Auslande König Eduard für den eigentlich und allein treibenden Geist der deutschfeindlichen und friedengefährdenden Politik Großbritanniens und gingen

deshalb mit um so mehr Vertrauen der vermeintlich neuen Ära entgegen. Wie diese in Wirklichkeit beschaffen war, zeigte im Sommer 1911 die Entwicklung der Ereignisse in Marokko.

Dort war, wie angedeutet wurde, der von deutscher Seite erwartete Erfolg des Abkommens vom Februar 1909 nicht eingetreten. Die gewünschte wirtschaftliche Zusammenarbeit in Marokko und auch in Mittelafrika wurde französischerseits abgelehnt. Sie scheiterte teils am Mangel guten Willens, teils an der Fülle feindseligen Übelwollens in Frankreich. Regierung und Presse erklärten im Widerspruche zu den Tatsachen: Deutschland verlange von Frankreich, daß die beiden Mächte Marokko wirtschaftlich monopolisierten. Das würde die Algecirasakte verletzen, denn durch eine solche Monopolisierung würde der Handel der anderen Mächte, vor allem Englands und Spaniens, geschädigt und die angeblich von Deutschland vertretene Freiheit des Handels ohne Ungleichheit vernichtet. So habe Frankreich das Februarabkommen nicht gemeint. Häufige Kabinettswechsel erleichterten der französischen Regierung, die deutschen Vorschläge zu verschleppen, damit die deutschen Interessen zu schädigen und alle Anfänge einer Einigung unmöglich zu machen. Dagegen griffen die Franzosen gleich energisch zu, um sich die großen Vorteile des Februarabkommens 1909 zu sichern. Man trat nunmehr offen die Algecirasakte mit Füßen, insoweit sie sich auf die Unabhängigkeit des Landes und Souveränität des Sultans bezog. Die übrigen Mächte, Großbritannien an der Spitze, ließen Frankreich wohlwollend gewähren, nur Spanien empfand Unbehagen, sah sich aber isoliert.

Im Frühjahr 1910 war es Frankreich gelungen, dem Sultan Mulai Hafid eine große Anleihe aufzuzwingen. Er erhielt 80 Millionen Franken und verpflichtete sich, die französischen Feldzüge in Marokko innerhalb 75 Jahren zu bezahlen. Die französische Rechnung für die bisherigen Eroberungszüge belief sich auf weitere 70 Millionen Franken. Als Garantie mußte der Sultan seine sämtlichen Einnahmen verpfänden; sie wurden unter französische Kontrolle gestellt. Damit war der entscheidende Schritt getan, nämlich die Souveränität und Unabhängigkeit des Sultans und des Landes, ferner die Handelsfreiheit definitiv vernichtet, nachdem die Integrität des Gebietes schon im Jahre nach Abschluß der Algecirasakte durch die französische Besetzung verletzt worden war. Auch dem Abkommen von 1909 widersprach selbstverständlich dieses Vorgehen. Der deutsche Staatssekretär v. Kiderlen-Waechter war noch im Winter 1910/11 angesichts dieser Entwicklung der Auffassung: die deutsche Politik habe während der letzten Jahre — vor seinem Amtsantritte — so viele französische Aktionen, die im Widerspruche zur Algecirasakte standen, gebilligt oder ohne Widerspruch sich vollziehen lassen und dadurch Vorgänge geschaffen, daß

man jetzt nicht mehr ohne weiteres eingreifen könne. Man müsse so lange warten, bis die Franzosen durch ihr weiteres Vorgehen eine neue Lage schafften.

Diese neue Lage bahnte sich seit dem Frühjahr 1911 an. Seitdem der Sultan Mulai Hafid ganz in der französischen Hand war und keinen Widerstand mehr versuchte, wurde, wie stets in solchen Fällen, aus der früheren übelwollenden französischen Härte Wohlwollen und Nachsicht. Der Sultan benutzte seinerseits die französische Freundschaft zu Willkürakten marokkanischen Stämmen gegenüber. Als diese dann ihrerseits reagierten, griff Frankreich den Vorwand auf und erklärte die Hauptstadt Marokkos, Fez, insbesondere die dortlebenden Europäer, für schwer bedroht und gefährdet. Mulai Hafid bat, französischen Instruktionen folgend, um Hilfe, und die französische Regierung tat den europäischen Mächten kund, sie sei nunmehr verantwortlich und verpflichtet, die Souveränität des anerkannten Sultans Mulai Hafid und das Leben der Europäer in Fez zu schützen. Eine bedeutende Truppenmacht unter Führung des Generals Moinier marschierte auf Fez, und die Stadt wurde am 21. Mai ohne Widerstand genommen. Es stellte sich heraus, was von deutscher und marokkanischer Seite schon vorher aus Marokko mitgeteilt worden war, daß in keinem Augenblick eine Gefährdung der Europäer in Fez bestanden hatte. Der Zug nach Fez mußte in der Tat eine neue Lage in Marokko schaffen, denn er war etwas ganz anderes als die früher von Deutschland geduldeten Ausbreitungen im Schaujagebiete und nahe der algerischen Grenze, sondern er bildete einen Stoß ins Herz des Landes, nämlich in dessen Hauptstadt.

Die deutsche Regierung erhob keinen Einspruch gegen die Unternehmung auf Fez, brachte aber halbamtlich zum Ausdruck, daß die Einnahme der Hauptstadt durch französische Truppen im Widerspruche zur Algecirasakte stehe und mit ihrem Eintreten den übrigen Unterzeichnermächten der Algecirasakte ihre Handlungsfreiheit wiedergegeben werden würde. Der Staatssekretär v. Kiderlen-Waechter sagte in jener Periode dem französischen Botschafter Cambon als seine Ansicht: Frankreich würde, einmal in Fez angelangt, nicht wieder herausgehen, was Cambon natürlich wider besseres Wissen lebhaft bestritt. Der Staatssekretär ließ die Dinge dann ihren Gang gehen, entschlossen, die Gelegenheit zu benutzen, um die ganze Marokkoangelegenheit für Deutschland jetzt ein für allemal zur Erledigung zu bringen.

Am 1. Juli 1911 ankerte das deutsche Kanonenboot „Panther" auf der Reede des marokkanischen Hafens Agadir, nachdem dortige deutsche Firmen die Reichsregierung um Schutz gebeten hatten. Kurz darauf wurde der „Panther" durch den kleinen Kreuzer „Berlin" ersetzt.

An die Unterzeichnermächte der Algecirasakte erging gleichzeitig die

folgende Note: „Deutsche Firmen, die im Süden Marokkos, und besonders in Agadir und Umgegend tätig sind, sind über eine gewisse Gärung unter den dortigen Stämmen beunruhigt, die durch die letzten Ereignisse in anderen Teilen des Landes hervorgerufen zu sein scheinen. Auf ihre Bitte hat die Regierung beschlossen, ein Kriegsschiff nach dem Hafen von Agadir zu entsenden, um nötigenfalls den deutschen Untertanen und Schutzgenossen, wie auch den beträchtlichen deutschen Interessen in jenen Gegenden Hilfe und Schutz zu gewähren. Sobald Ruhe und Ordnung in Marokko wiedergekehrt sein werden, soll das mit dieser Aufgabe des Schutzes betraute Schiff den Hafen von Agadir wieder verlassen."

Die Kölnische Zeitung erhielt zugleich die folgende halbamtliche Depesche aus Berlin: „Anderweitigen Meldungen gegenüber ist zu bemerken, daß die Ausschiffung von Mannschaften in Agadir zunächst nicht beabsichtigt ist und nur dann in Frage kommt, wenn sich die Notwendigkeit einer solchen Maßregel zum Schutze von Leben und Eigentum der Deutschen herausstellen würde. Ebensowenig ist die Besetzung des Hinterlandes von Agadir geplant. Es handelt sich bei diesem Schritte der deutschen Regierung um Vorsichtsmaßregeln, nicht um einen Akt der Besitzergreifung."

Die Note und das halbamtliche Zeitungstelegramm hoben sofort den springenden Punkt hervor, daß die Kriegsschiffsentsendung nach Agadir keinen Akt deutscher Besitzergreifung marokkanischen Gebietes bedeuten oder einleiten solle. Auch heute steht außer Zweifel, daß die deutsche Regierung und im besonderen Kiderlen-Waechter an derartige Pläne von Anfang an nicht gedacht hat. Wie angedeutet, war es seit langem der Wunsch und die Politik Kiderlen-Waechters, die Marokkofrage für Deutschland aus der Welt zu schaffen. Der Staatssekretär war der Ansicht, daß die deutsche Marokkopolitik rettungslos verfahren sei. Man müsse sie bei dem ersten schicklichen Anlasse liquidieren. Kiderlen-Waechter stimmte nicht mit der Marokkopolitik des Fürsten Bülow überein, hielt eine erfolgreiche Durchführung derselben für unmöglich und hatte sie durch das Februarabkommen von 1909 eigentlich schon umgeworfen, denn Bülow hatte besonders auf das Recht Deutschlands gehalten — ohne freilich energisch von diesem Rechte Gebrauch zu machen —, auch politisch in die marokkanischen Verhältnisse hineinzureden, falls Frankreich oder eine andere Unterzeichnermacht die Algecirasakte verletzen sollte. Kiderlen-Waechter beschränkte freiwillig die deutschen Marokkoansprüche auf das wirtschaftliche Gebiet. Auch das bedeutete eine Verkennung der Verhältnisse und der französischen Politik, denn Frankreich hat niemals daran gedacht, die marokkanische Tür wirtschaftlich wirklich offen zu lassen. Gerade durch seinen politischen Einfluß und seine in dessen Dienst gebrauchten Machtmittel wollte und konnte Frankreich die offene Tür schließen. Das wirtschaftliche und das politische

Gebiet ließen sich da nicht trennen. Oder man mußte bei einem bestimmten Anlaß überhaupt die deutsch-französische Machtfrage aufwerfen.

An Fußfassung in Marokko hat Kiderlen-Waechter in der Tat niemals gedacht. Alle Kombinationen, welche in Deutschland und im Auslande in dieser Richtung gemacht worden sind, treffen nicht zu. Daß sein Verhalten freilich an der Möglichkeit solcher Mißverständnisse beteiligt gewesen ist, kann nicht bestritten werden. Vom März 1911, also Monate vor der „Panther"-Entsendung, bis zum Ende der deutsch-französischen Verhandlungen ist der Grundgedanke des Staatssekretärs immer der gleiche geblieben: die marokkanische Frage aufzurollen und zu erledigen, Marokko politisch uneingeschränkt an Frankreich zu überlassen und dafür einen anderweitigen kolonialen Gegenwert zu erhalten. Die „Panther"-Aktion sollte lediglich dienen, um Frankreich zu zwingen, der deutschen Regierung eine erschöpfende Erörterung der Marokkofrage anzubieten. Kiderlen-Waechter war der Auffassung, daß ein solcher auffallender Akt nötig sei, weil man nach den Vorgängen der letzten Jahre und bei dem französischen Verfahren des Ausweichens und Verschleppens sonst keinen Schritt weiterkommen werde.

Es ist ebenfalls, wie beiläufig bemerkt sein mag, nicht richtig, wenn behauptet wurde: der Staatssekretär v. Kiderlen-Waechter habe, bevor er den „Panther" nach Agadir schickte, geglaubt, die Haltung Großbritanniens in der marokkanischen Frage und besonders Frankreich gegenüber werde eine andere als 1905, jedenfalls nicht mehr solidarisch mit Frankreich sein. Deshalb habe er den Agadir-Schritt getan und sei in der Folge schwer enttäuscht worden. Auch das trifft, jedenfalls in dieser Form, nicht zu. Der Staatssekretär äußerte vor der Entsendung des „Panther" auf eine Frage des Verfassers: er glaube, daß Großbritannien genau ebenso zu Frankreich halten werde, wie 1905, schon um den Franzosen nicht als unzuverlässig zu erscheinen, also die Entente Cordiale zu gefährden. — Ob andere Persönlichkeiten in Deutschland gehofft oder geglaubt haben, nach dem Tode König Eduards werde Großbritannien sich auch in einer deutsch-französischen Marokkospannung anders verhalten als früher, entzieht sich der Kenntnis. Wahrscheinlich aber ist, daß man im Schoße der deutschen Regierung angenommen hat, es werde möglich sein, über Marokko und anderweitige Kompensationen für deutsche Verzichte von Anfang an bis zu Ende mit Frankreich allein verhandeln zu können.

Im Deutschen Reichstage wurde nachher auch die Einwendung erhoben: wenn die Regierung wirklich weiter nichts in Marokko gewollt hätte, so wäre das Mittel, ein Kriegsschiff zu entsenden, unverhältnismäßig groß und zu gefährlich gewesen. Dieser Einwand war nicht richtig, denn gelindere Mittel, um die französische Regierung zu stellen, gab es nicht mehr. Eine andere Frage war und ist heute noch, ob, im Gegenteil, das

Mittel der Kriegsschiffentsendung gerade Frankreich gegenüber stark genug war, zumal es auch den Fehler hatte, die maritime Seite der Sache zu betonen, welche hier tatsächlich für Deutschland gar nicht vorhanden war, und damit Großbritannien auf den Plan zu rufen, auch der britischen Regierung den Vorwand zu geben, die Interessen Großbritanniens als gefährdet zu bezeichnen. Man gab damit auch Frankreich eine Waffe, die es sonst nicht besessen hätte, nämlich Großbritannien auf eben die maritime Seite hinzuweisen. Die französische Regierung hat damals versucht, zu veranlassen, daß ein britisches Geschwader nach Agadir ginge, überhaupt nichts versäumt, um die britische Öffentlichkeit glauben zu machen, die deutsche Marokkoaktion sei im Grunde auf die Gewinnung einer atlantischen Flottenbasis gerichtet. Bei nüchterner Beurteilung der Verhältnisse und Faktoren wäre es aus diesen Gründen wirkungsvoller und zweckentsprechender gewesen, wenn man den Schwerpunkt der Aktion nicht nach Marokko verlegt hätte, sondern sich unter Ausführungen gleichzeitiger Truppenbewegungen an der deutsch-französischen Grenze lediglich nach Paris gewandt hätte. Der Lokalanstrich, den die „Panther"-Entsendung der Angelegenheit gab, hat nur zur Erschwerung und Komplizierung der Sache gedient. Dazu kam, daß im Deutschen Reiche ein großer Teil der Bevölkerung zunächst fest überzeugt war, die deutsche Regierung habe den „Panther"-Schritt getan, um damit die Hand auf Westmarokko, im besonderen das Susgebiet mit seiner Küste, zu legen. Eine intensive Propaganda für diesen Plan wurde ins Werk gesetzt, und es lag nahe genug, daß das Ausland glaubte, sie sei von der Regierung veranlaßt worden oder wohlwollend geduldet.

Genug, die Ankunft des „Panther" in Agadir erregte größtes Aufsehen in Europa, und die Anzeichen einer allgemeinen Krisenspannung machten sich schnell bemerkbar. Die Presse der Tripelentente tat außer sich über die deutsche Bedrohung Frankreichs in seinen Rechten und die Achtungsverletzung Großbritannien gegenüber. Die großbritannische Presse hatte bereits seit dem Zuge von Fez die Ansicht vertreten, daß Frankreich vollkommen im Rahmen seiner Rechte und der Algecirasakte und unter voller Zustimmung Großbritanniens vorgehe.

Wenige Tage nach den erwähnten deutschen Veröffentlichungen schon begannen deutsch-französische Verhandlungen in Berlin, geführt vom Staatssekretär v. Kiderlen-Waechter und dem französischen Botschafter zu Berlin, Jules Cambon.

Die Verhandlungen bewegten sich in zwei Richtungen: Festlegung wirtschaftlicher Garantien für den deutschen Handel und deutsche Konzessionen in einem französischen Protektorate Marokko; Festsetzung einer kolonialen Gebietsentschädigung für Deutschland in Mittelafrika, zum Aus-

gleich für den Gewinn Frankreichs durch das Protektorat. v. Kiderlen-Waechter vertrat den Standpunkt: Großbritannien habe Ägypten genommen, Frankreich erhalte nun Marokko, folglich müsse das Deutsche Reich auch eine angemessene Entschädigung erhalten. An die Möglichkeit einer solchen hatte man in Frankreich schon früher gedacht. Im Juni 1911, vor der Entsendung des „Panther", hatte die französische Presse davon gesprochen und hatten auch die beiden Regierungen unverbindlich den Gedanken erörtert, über Kompensationen für Deutschland außerhalb Marokkos zu verhandeln; dabei fiel schon das Wort „Kongo", und zwar von französischer Seite. Die Wünsche und Ziele Kiderlen-Waechters also waren der französischen Regierung keineswegs unbekannt, aber sie glaubte augenscheinlich, es werde möglich sein, Marokko einzustecken, ohne Kompensationen dafür zu geben.

Die deutsche Regierung legte ihren Standpunkt klar dar: man wollte Frankreich Marokko ganz, also als Protektorat überlassen, mit der Maßgabe, daß die deutschen Interessen und der deutsche Handel in Gegenwart und Zukunft geschützt und garantiert würden. Hinsichtlich der Kompensationen war der Leitgedanke Kiderlen-Waechters die Anbahnung eines großen mittelafrikanischen Kolonialreiches. Sein Wunsch ging zunächst dahin, das Gebiet der französischen Kongokolonie von der Küste bis zum Ssangaflusse zu erwerben. Er hielt diese Erwerbung für so wichtig, daß er kein Bedenken getragen hätte, die kleine aber blühende deutsche Kolonie Togo draufzugeben. Zu amtlichen Verhandlungen auf dieser Grundlage ist es jedoch nicht gekommen, weil sich in Deutschland selbst starker Widerspruch gegen einen solchen Austausch erhob. Jenen wichtigsten Teil der französischen Kongokolonie zu erwerben, wäre aber in der Tat von großer Bedeutung gewesen, denn er hätte im Vereine mit dem deutschen Kamerun ein großes deutsches Wirtschaftsgebiet Westafrika gebildet, mit langer Grenze an das belgische Kongogebiet stoßend, und hätte damit große wirtschaftliche wie politische Aussichten geschaffen. Das in französischer Hand liegende Vorkaufsrecht auf das belgische Kongogebiet wäre an Deutschland übergegangen. Das hätte damals eine Zukunftsmöglichkeit bedeutet, aber die Grundlage wäre gleichwohl realer Natur gewesen und das Ganze großzügig. Anderseits lag nahe genug, daß weite Kreise in Deutschland von der Fortgabe einer so blühenden deutschen Kolonie, wie das Togogebiet, nichts wissen wollten. Kiderlen-Waechter stand demgegenüber auf dem Standpunkte, daß Togo vermöge seiner Lage keinerlei Aussichten im Sinne einer Ausdehnung für späterhin hätte, der Kongoplan aber von höchster Bedeutung und großer Ausdehnungsfähigkeit wäre.

Das war der Grundgedanke des Staatssekretärs. Er scheiterte einmal an dem gedachten Widerstande und ferner, wie es scheint, daran, daß

die Reichsregierung den französischen Widerstand gegen eine so große Entschädigung nicht vor die Alternative: Krieg oder Frieden, Annahme oder Ablehnung stellen wollte. So begann denn eine Periode des Feilschens und auch des Nachgebens. Kiderlen-Waechter erreichte schließlich, daß das deutsche Kolonialgebiet, freilich nur mit zwei schmalen Zipfeln, an den Kongofluß und den Ubangifluß bzw. an die Grenze des belgischen Kongogebietes vorgeschoben wurde. Gewissermaßen schematisch war damit das alte Ziel Kiderlens erreicht: an die großen Flüsse heranzukommen und Nachbarland des belgischen Kongostaates zu werden. Es waren aber nur ganz schmale Verbindungsstreifen mitten in französischem Gebiete, und von der Ozeanküste bekam man gar nichts.

Kiderlen-Waechter dachte nicht daran, wie ihm imputiert worden ist, eine Aufteilung des belgischen Gebietes anzuregen. Sein Gedanke war nur: daß, sollte einmal eine solche Aufteilung erfolgen, Deutschland dann als kolonialer Nachbarstaat auf gleichem Fuße wie Frankreich und England dabei mitzureden habe. Die neue koloniale Erwerbung, später Neukamerun genannt, sollte in erster Linie zur Verkehrsverbindung in dem Sinne dienen, daß sie einen Schienen- und Schiffahrtsweg vom deutschen Kamerungebiete in das gewaltige belgische Kongogebiet ermöglichte und diese Verbindung in einer ferneren Zukunft bis nach dem deutschen Ostafrika und durch dieses nach dem Indischen Ozean reichen sollte. Weiter galt der Gedanke des Staatssekretärs einer wirtschaftspolitischen Regelung des portugiesischen Kolonialbesitzes in Afrika zwischen dem Deutschen Reiche und England. Griff diese Regelung früher oder später Platz, so war es von hoher Bedeutung, daß Möglichkeiten für eine Verbindung zwischen den Gebieten von Angola und Kamerun geschaffen wurden. Alles in allem bezweckte der Plan nicht nur die Vergrößerung des deutschen Kolonialgebietes, sondern auch die Vereinigung und Verbindung seiner einzelnen Teile. Der Gedanke war groß, seine Verwirklichung entsprach dieser Größe nicht und stellte nur einen Torso dar.

Was die neuerworbenen Gebiete selbst anlangte, so hielt man diese in Deutschland zunächst für gänzlich wertlos, für ganz oder größtenteils unbewohnbare, von Schlafkrankheit erfüllte Sumpfgegenden. Je mehr aber während der folgenden Jahre die Erforschung der neuen Gebiete fortschritt, desto wertvollere Qualität des Landes stellte sich heraus. An erster Stelle jedoch blieb der Verbindungs- und Verkehrswert des neuen Gebietszuwachses.

Es wurde in Deutschland bedauert, daß dieser Kompensationsgedanke nicht schon früher aufgeworfen worden war. Ein solches Bedauern war berechtigt, aber ergänzend muß dazu bemerkt werden, daß eine Gelegenheit hierfür sich nur vor der Konferenz von Algeciras geboten hätte. Damals

wäre die Gelegenheit, mit Frankreich friedlich und erfolgreich ins reine zu kommen, günstiger gewesen, denn die Geschlossenheit der antideutschen Koalition bestand damals noch nicht in dem späteren Grade. Vor Algeciras war außerdem Frankreich noch nicht Gebieter des Landes Marokko und des Sultans, wie tatsächlich nachher im Jahre 1911. Einwendungen gegen die Zweckmäßigkeit eines deutsch-französischen Sonderabkommens vor Algeciras können auch unter diesem Gesichtspunkte nicht als stichhaltig angesehen werden. Um so schwerer belasteten Algeciras und die Folgen dieses internationalen Vertrages die deutsche Liquidierungspolitik von 1911.

Die Verhandlungen von 1911 und ihre Ergebnisse sind nur verständlich, wenn man sich vor Augen hält, daß die deutsche Regierung mit der Marokkofrage ein für allemal reinen Tisch machen wollte und hierin ihr eigentliches Ziel erblickte. Von vornherein betrachtete sie die Meinungsverschiedenheiten im Laufe der deutsch-französischen Verhandlungen und auch deren Gegenstand als nicht mit der Ehre des Deutschen Reiches verknüpft. Deshalb wurden die Verhandlungen nicht abgebrochen, sondern durch deutsche Nachgiebigkeit fortführbar erhalten. Die Regierung wollte aus dem Handel keinen Streitfall machen und ließ von ihren Forderungen ab, wo sie der Auffassung war, den französisch-englischen Widerstand nicht besiegen zu können. Ob das richtig, ob es ein Fehler war, — darüber können die Ansichten verschieden sein.

Die Verhandlungen würden schneller und wohl auch günstiger verlaufen sein, wenn das Bestreben der deutschen Regierung, mit Frankreich allein zu verhandeln, von Erfolg begleitet gewesen wäre. Die großbritannische Regierung dagegen behandelte die Sache schon im Laufe des Juli als ihre eigene. Die englische Presse tobte, sprach von einer Wiederholung der Tangerreise, erging sich in Herausforderungen an Deutschland und in Unverschämtheiten gegen den Deutschen Kaiser. England müsse, so hieß es nach französischer Inspiration, mit Frankreich zusammen einige Kreuzer nach Agadir schicken, um die Lage klarzustellen. Deutschland wolle sich an der atlantischen Marokkoküste festsetzen, Frankreich seinen Marokkobesitz nehmen und durch einen atlantischen Hafen als Stützpunkt die britische Seeherrschaft bedrohen. England werde so etwas nie dulden. Die deutsche Politik handle im Widerspruch zur Algecirasakte und zum Februarabkommen von 1909.

In Frankreich tat man alles, um die großbritannische Bevölkerung in der Ansicht zu befestigen, daß Deutschland ein Stück Marokko wolle, Frankreich mit Krieg bedroht werde, Deutschland hinsichtlich afrikanischer Kompensationen ungeheure, unerfüllbare Forderungen stelle usw. So wurde in Großbritannien angesichts der Berliner Verhandlungen die künstliche Entrüstung immer stärker. Am 21. Juli hielt der derzeitige großbritannische

Schatzkanzler, Lloyd George, im Mansion-Hause eine Rede, deren Wortlaut vorher in einem Ministerrate festgelegt worden war; er las sie vom Papier ab; sie war mithin keineswegs eine Improvisierung. Der wichtigste Teil dieser Regierungserklärung lautete:

„Englands mächtiger Einfluß hat sich manches Mal in der Vergangenheit als unschätzbar für die Sache menschlicher Freiheit erwiesen und kann es auch vielleicht in Zukunft sein. Es hat mehr als einmal in der Vergangenheit kontinentale Nationen, die manchmal nur zu geneigt sind, diesen Dienst zu vergessen, aus erdrückendem Unglück gerettet und sogar vor nationaler Vernichtung bewahrt. Ich glaube, daß nur Fragen von ernster nationaler Bedeutung eine Störung der internationalen Friedfertigkeit rechtfertigen könnten. Wenn uns aber eine Situation aufgezwungen würde, in welcher der Friede nur durch das Aufgeben der großen und wohltätigen Stellung erhalten werden könnte, die England sich in Jahrhunderten des Heroismus und Erfolges erworben hat, und nur dadurch, daß Großbritannien in Fragen, die seine Lebensinteressen berühren, in einer Weise behandelt würde, als ob es im Rate der Nationen gar nicht mehr mitzählte, dann — ich betone es — würde ein Frieden um jeden Preis eine Erniedrigung sein, die ein großes Land, wie das unserige, nicht ertragen könnte."

Diese damals europäisches Aufsehen erregende Rede wird dauernd ein Dokument wertvoller Art für die Beurteilung der großbritannischen Politik und ihrer Methoden bilden. Die britische Regierung tat so, als ob das Deutsche Reich, indem es mit Frankreich über die Beseitigung einer Streitfrage verhandelte, welche durch fortgesetzten, britischerseits gebilligten, französischen Vertragsbruch entstanden war, großbritannische Lebensfragen gefährdete, und wie wenn Bethmann Hollweg in ähnlicher Weise über Großbritannien hinweggehen wolle, wie Delcassé 1904 und 1905 über das Deutsche Reich. Dabei wußten die britischen Staatsmänner genau, daß das, was sie behaupteten, der Wahrheit nicht entsprach. Weder wollte Deutschland sich in Marokko festsetzen, um Gebiet zu gewinnen, noch wollte es einen atlantischen Hafen dort, noch schließlich wollte es Frankreich vergewaltigen. Man dachte weder an das eine noch an das andere, die Friedlichkeit der deutschen Absichten war unbegrenzt. In Wirklichkeit lag der Kern der großbritannischen Politik auf einem anderen Gebiete. Es handelte sich für die leitenden Londoner Staatsmänner um die entschlossene und rücksichtslose Anwendung des alten und bis dahin immer erfolgreichen Grundsatzes: die großen Festlandsmächte in Zwist untereinander zu halten und gegen die stärkste Festlandsmacht die übrigen unter britischer Führung vereinigt zu halten, sie scheinbar zu schützen. Das sind in Wirklichkeit die „unschätzbaren Dienste", welche nach Lloyd George England den

kontinentalen Nationen geleistet hat. In London fürchtete man, Frankreich könne sich tatsächlich friedlich-schiedlich in den Marokko- und Kongofragen mit dem Deutschen Reiche einigen. Es war in London bekannt, daß der damals sehr einflußreiche Minister Caillaux für eine solche Einigung war. Die britischen Staatsmänner besorgten, daß durch die deutsch-französischen Verhandlungen und ihre Ergebnisse die große, in britischen Diensten stehende, zu Deutschlands Niederdrückung oder Vernichtung organisierte Festlandskoalition an Festigkeit verlieren und eine minder scharfe antideutsche Spitze erhalten werde. Kurz, der Grund für Großbritanniens Eingreifen damals lag nicht in Marokko, nicht in Mittelafrika, sondern auf dem europäischen Festlande. Großbritannien kämpfte um die Erhaltung seines beherrschenden Einflusses in Festlandangelegenheiten und seiner gegen Deutschland gerichteten Koalition.

Die Wirkung der Rede Lloyd Georges auf die Stimmung in Frankreich war die einer Triumphexplosion: Großbritannien rufe Frankreich zu, daß es fest an seiner Seite stehe und auch die äußersten Konsequenzen nicht scheue. Das großbritannische Volk war der gleichen Ansicht. Die Spannung wuchs. In allen europäischen Ländern wurden Kriegsvorbereitungen getroffen. Zur Verschärfung der Stimmung wirkte mit, daß die Pariser und Londoner Presse täglich voll von Mitteilungen über den Inhalt der Berliner Verhandlungen war, obgleich diese nach Übereinkunft der Regierungen bzw. Minister geheimgehalten und vertraulich behandelt werden sollten. So sah sich die Entente Cordiale in der Lage, in erfolgreichster Weise Stimmung zu machen und dadurch die französische Position in den Verhandlungen zu stärken, während in Deutschland die öffentliche Meinung über diese Mittel nicht verfügen durfte, außerdem in bedauerlicher Weise gespalten war. Beides gereichte der deutschen Sache zum Nachteile.

Am 21. Juli, demselben Tage, als Lloyd George die Rede hielt, suchte Sir Edward Grey eine Unterredung mit dem deutschen Botschafter, Grafen Wolff-Metternich, und brachte die bewußt unwahre Auffassung zur Geltung, der Zeitpunkt sei gekommen, wo Großbritannien in die Verhandlungen eingreifen müsse, denn augenscheinlich wolle Deutschland Hafen und Hinterland von Agadir für sich haben. Der Botschafter bestritt dieses natürlich: es sei deutscherseits nie eine solche Absicht vorhanden gewesen, und die Entsendung eines Kriegsschiffes zum Schutze der deutschen Reichsangehörigen sei kein Eingriff in britische Interessen. Es sei bedauerlich, daß der Minister trotz der wiederholten deutschen Versicherung des Gegenteils fremden Einflüsterungen Glauben schenke. Der Botschafter übermittelte den Inhalt der Unterhaltung sofort nach Berlin; schnell kam die Antwort von dort zurück, aber da hatte Lloyd George schon seine Rede gehalten. Wenn Sir Edward Grey diese Antwort aus Berlin, wie er wollte,

im Unterhause bekanntgegeben hätte, so würde es so ausgesehen haben, als ob auf die Rede Lloyd Georges hin Deutschland zurückgewichen wäre; denn die Antwort betonte ja den alten deutschen Standpunkt, daß man kein marokkanisches Gebiet wolle. Deshalb ersuchte der deutsche Botschafter den Minister, die Antwort nicht bekanntzugeben. Die Rede Lloyd Georges sei in Frankreich und England das Signal zu den heftigsten Ausfällen gegen Deutschland gewesen und allgemein als Drohung aufgefaßt worden. Der deutsche Botschafter wies auf diese Wirkung der Rede mit besonderem Nachdruck hin und sagte: „Sollte die englische Regierung die Absicht haben, die politische Lage zu verwickeln und zu verwirren und einer gewaltsamen Entladung entgegenzuführen, so hätte sie allerdings kein besseres Mittel wählen können als die Rede des Schatzkanzlers." Sir Edward Grey verteidigte die Rede des Schatzkanzlers, sie sei keine Drohung, England müsse seine Interessen eventuell selbst verteidigen. Darauf erklärte auftraggemäß der Botschafter: „Wir hätten niemals beabsichtigt, über englische Interessen oder Rechte zu verfügen. Diese Absicht bestehe nur in der englischen Imagination. Die englische Regierung habe keinen Grund zu diesem Verdachte, der auch aus der Rede des Schatzkanzlers spreche, und welche deshalb provokatorisch gewirkt habe. Gegebenenfalls würde Deutschland die Mitwirkung der anderen Signatarmächte zur Wiederherstellung des Status quo willkommen sein. Nur wenn diese ausbliebe, würde es sein Recht allein durchsetzen. Drohende Warnungen würden Deutschland nur zum Festhalten an seinem Rechte ermuntern." — Sir Grey gab zu, daß er nach den ihm gewordenen amtlichen Mitteilungen nicht mehr annehmen könne, daß englische Interessen in den deutsch-französischen Verhandlungen berührt würden.

So endete diese Unterhaltung mit der prinzipiellen Durchsetzung des deutschen Standpunktes. Auch Gegner der Kiderlen-Waechterschen Marokkopolitik konnten nicht umhin, anzuerkennen, daß die deutsche Regierung eine würdige Sprache geführt und ihre Stellung gewahrt habe. Der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg erklärte in seiner Rede vom 5. Dezember 1911 im gleichen Sinne: „Sir Edward Grey hat gesagt, der Schatzkanzler Lloyd George habe mit seiner Rede ohne Provokation feststellen wollen, daß, wo englische Interessen berührt würden, England nicht behandelt werden dürfte, als ob es nicht mitzähle; käme der Tag, wo das nicht mehr klar ausgesprochen werden könne, dann würde England aufgehört haben, als Großmacht zu existieren. Meine Herren, ich nehme das gleiche Recht für Deutschland in Anspruch ... Uns trieb die Notwendigkeit, unsere wirtschaftlichen Interessen selbst zu wahren und der Welt zu zeigen, daß wir fest entschlossen seien, uns nicht beiseiteschieben zu lassen: wenn als schließliche Folge hiervon angebliche oder wirkliche Kriegsbereitschaft in England

entstanden war . . . was von beiden zutrifft, kann ich nicht entscheiden, und weiter ein hochgespannter Erregungszustand, den der englische Minister politischen Alkoholismus genannt hat, so können wir das nur mit Bedauern registrieren, aber wir lehnen die Verantwortung dafür ab!" Der Deutsche Reichskanzler deutete in der gleichen Rede an, daß jetzt eine Periode freundlicherer Beziehungen beginnen könne, worauf Grey in einer Rede keinen Zweifel ließ, daß seine Politik genau die gleiche wie bisher bleiben werde.

Die Marokkoverhandlungen jedoch nahmen nach jenen Juliauseinandersetzungen glatteren Fortgang, auch waren spätere öffentliche Äußerungen der großbritannischen Minister auf einen gemäßigteren Ton gestimmt. In der Presse Frankreichs und Englands war Mäßigung freilich nicht zu bemerken, im Gegenteil, sie tobte mit unverminderter Heftigkeit und unterließ nichts, die öffentliche Meinung durch Verleumdungen und Äußerungen des Hasses gegen Deutschland zu entflammen. Die Julikrisis hatte dem französischen Volke wiederum die Gewißheit gegeben, daß Großbritannien zum Kriege bereit und willens sei, an der Seite Frankreichs zu kämpfen. Dazu kam, und zum Teil eben aus diesem Grunde, eine große Anzahl verschiedener Legenden über die angebliche Absicht, welche das Deutsche Reich mit der Entsendung des „Panther" verfolgt hätte: die atlantische Marokkoküste zu nehmen, einen Einschüchterungsbluff auszuführen, die Entente zu sprengen, vor allem aber Frankreich zu demütigen. Gerade hierauf reagierte des ganze französische Volk mit gewohnter flammender Heftigkeit. Der alte Haß und die Rachsucht gegen Deutschland stiegen zu einer seit langen Jahren nicht erreichten Höhe, und die Rede des englischen Ministers Lloyd George wurde in Frankreich benutzt, um höhnisch festzustellen, daß die deutsche Regierung hieraufhin zu Kreuze gekrochen sei: zuerst habe sie tatsächlich eine Fußfassung in Marokko beabsichtigt gehabt. Nur der englische Einspruch habe sie davon abgehalten. Es lag auf der Hand, daß die deutsch-französischen Verhandlungen besonders auch durch den Ton der Presse in Frankreich für die deutsche Regierung nicht unerheblich erschwert wurden. Immerhin gingen sie ohne wesentliche Pausen weiter und wurden schließlich im November zu Ende geführt. Sie erstreckten sich auf zwei getrennt behandelte Gebiete: die deutsche Kompensation im Kongogebiet und die Sicherung deutscher Wirtschaft und deutschen Handels in Marokko selbst. Von der erstgenannten wurde bereits gesprochen.

Über Marokko wurde ein in alle Einzelheiten gehendes Abkommen mit Frankreich ausgearbeitet und abgeschlossen, welches die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands, seine Rechte und seine Ansprüche festlegte und garantierte. Ließe sich nach papierenen Bestimmungen allein der Wert eines Abkommens bemessen, so würde sich der damalige deutsch-

französische Marokkovertrag als ein erfreuliches Ergebnis darstellen. Man hatte in der Tat den Eindruck, als ob seine Bestimmungen alle Möglichkeiten vorsähen und er sich deshalb nicht umgehen, sondern nur brechen ließe. Frankreich hatte bisher in allen seinen Kolonien und Einflußgebieten niemals und nirgends den Grundsatz der offenen Tür in der Praxis gelten lassen. So nahm man es für ein bemerkenswertes Ereignis, als der derzeitige französische Ministerpräsident Mr. Caillaux 1911 im Parlamente erklärte: man werde für die Zukunft in neuerworbenen Gebieten die offene Tür anerkennen müssen. Kurz nachher war Caillaux gestürzt und wurde wegen seiner auf praktische Verständigung mit dem Deutschen Reiche gerichteten wirtschaftlich-politischen Bestrebungen als Vaterlandsverräter verschrien. Es ist ihm bis zum Kriege nicht wieder gelungen, eine führende Stellung und entsprechenden Einfluß zu erlangen. Das Abkommen über Marokko hat keine gründliche Erprobung durch die Praxis erfahren, aber schon 1913 mehrten sich die Klagen deutscher Unternehmer und anderer Interessenten, daß sie von den französischen Behörden in vertragswidriger Weise benachteiligt würden. Für die deutsche Regierung wäre schließlich doch nur wieder die alte Alternative geblieben: die Kriegsfrage aufzuwerfen oder nachzugeben. Da sie nach wie vor die Politik verfolgte, Marokko als Reibungsfläche aus der Welt zu schaffen, so blieb als einziges Auskunftsmittel: weiter fortgesetztes Nachgeben.

In der öffentlichen Meinung Deutschlands herrschte über den Gang der Verhandlungen wie über deren Ergebnis weitverbreitet starke Unzufriedenheit. Die betreffenden nationalen Kreise glaubten dauernd fest, die deutsche Regierung habe zunächst tatsächlich die Absicht einer Fußfassung in Marokko gehabt und sei dann vor der englischen Drohung zurückgewichen. Wie gesagt, ist das nicht der Fall gewesen. Die Täuschung mag mit dadurch entstanden sein, daß Organe der deutschen Regierung, zumal Kiderlen-Waechter selbst, zunächst meinten, es könne vorteilhaft sein, wenn in Deutschland geglaubt würde, die Regierung wolle die Fußfassung. Genug, das Ergebnis war schädlich, denn so erhielt die Regierung gerade von seiten eines in nationalen Fragen sehr rührigen Teiles der deutschen öffentlichen Meinung keine Unterstützung, wurde vielmehr bekämpft, sobald man glaubte, sie habe ihre Forderungen nach Gebiet in Marokko auf britisches Geheiß aufgegeben.

Die Schleier, welche die Vorgänge jener Zeit bedecken, sind noch nicht alle gelüftet worden, das Folgende läßt sich deshalb nicht beweisen. Wohl aber ist in hohem Grade wahrscheinlich, daß die deutsche Regierung auf einem anderen Gebiete infolge der britischen Haltung nachgegeben hat. Das war das Gebiet der Kompensationsforderungen in Afrika. Kiderlen-Waechter hatte zunächst die Absicht, mit seiner Forderung des französischen Kongo bis zum Ssangaflusse der französischen Regierung die Frage: wollt

ihr oder nicht, — „à prendre ou à laisser“ — vorzulegen, und hat das auch getan. Die Franzosen wollten nicht, die Redewendung von den unerfüllbaren Forderungen Deutschlands stand plötzlich in Großbritannien auf der Tagesordnung. Dann kam die Rede Lloyd Georges. Nachher gingen zwar die Verhandlungen glatt, aber die anfängliche große deutsche Forderung verkrümelte sich immer mehr und endete schließlich mit dem bekannten Ergebnisse. Dieses war, wie festgestellt wurde, nicht ohne Wert, bedeutete vor allem einen Zukunftswert, aber es war nicht das, was man zuerst gewollt hatte.

Der Hauptzweck, den die deutsche Regierung mit den Marokkoverhandlungen hatte erreichen wollen, scheiterte völlig: der Wunsch, durch Ausschaltung der marokkanischen Reibefläche in ein normales, im Sinne der Erhaltung des europäischen Friedens wirkendes Verhältnis zu gelangen. Das Gegenteil trat ein. In Frankreich war die Wut über die Abtretung von Kongogebieten eine ebenso allgemeine wie die über die wirtschaftlichen Einschränkungen des französischen Marokkoprotektorates. Diese Wut hatte sich zunächst gegen Caillaux gewandt und blieb nach seiner Entfernung auf Deutschland sitzen: die Deutschen hätten zwar durch Caillaux' vaterlandsverräterisches Verhalten Frankreich übertölpeln können, sie hätten aber anderweitig gezeigt, daß sie nur imstande seien zu bluffen, aber vor jeder ernsthaften Drohung zurückwichen. Die Andeutungen deutscher Zeitungen, Frankreich möge nun doch auch die Kotierung deutscher Werte an der Pariser Börse zulassen, wurden mit Hohn und Abscheu zurückgewiesen. Der alte Revanchegedanke ging aus der Marokkokrisis von 1911 in hohem Maße gestärkt und erbittert hervor. Der „neue Geist“, der Frankreich nunmehr beseele, wurde nicht nur Schlagwort, sondern Kampfruf für den großen Konflikt, welchen Frankreich früher oder später mit steigender Zuversicht erwartete. Gewiß, es gab auch besonnenere französische Politiker, welche zum einen Teile überhaupt keinen Krieg wünschten, zum anderen Teile ihn damals noch nicht wünschten. Die Volksstimmung aber gestaltete sich steigend gehässiger und explosiver Deutschland und allem Deutschen gegenüber. So hatte die deutsche Politik das Gegenteil dessen erreicht, was sie wünschte. Auch das war ein Zeichen dafür, daß der eigentliche Konflikt nicht um Marokko ging, sondern um eine weit größere Frage.

Die Gefahr eines Krieges war während des Marokkosommers mehrere Male in unmittelbarer Nähe gewesen, insbesondere hatte Großbritannien Vorbereitungen getroffen gehabt, deren Bekanntwerden nachher großes Aufsehen erregte. Der Öffentlichkeit wurden diese Dinge durch die Rede eines englischen Hauptmanns Faber mitgeteilt: Die Admiralität hatte alle Vorbereitungen zu sofortigem Losschlagen der Flotte getroffen und man schlug vielleicht nur nicht los, weil die Kohlenversorgung infolge des damaligen

großen Streiks nicht einwandfrei funktionierte. Aufklärungsketten von Torpedobooten hätten die Nordsee abgesucht und wären unbemerkt den Bewegungen der deutschen Kriegsschiffe und Geschwader gefolgt. Die großbritannischen Küsten waren unter Mobilmachung des Signal- und Küstenwachtdienstes sorgfältig überwacht worden, die Kriegshäfen wurden gesperrt, damit keine deutschen Torpedoboote hineinkommen könnten. Von der Admiralität ging der Befehl an alle Schiffe und Schiffsverbände der heimischen Gewässer nicht nur, sondern auch durch Kabel an alle auswärtigen Schiffe und Geschwader, sich unbemerkt bereit zu machen und auf die für Kriegsbeginn vorgesehenen Stationen zu begeben. Die britische Regierung habe, so erzählte der Hauptmann Faber, dem Plane gemäß, ein Expeditionskorps von ungefähr 170 000 Mann über den Kanal beordern wollen. Dabei sei aber festgestellt worden, daß keine genügenden Vorbereitungen hierfür getroffen waren, insbesondere, daß es an der nötigen Menge von geeigneten Transportdampfern fehlte. — Die Dislokation der britischen Streitkräfte während der drei Gefahrperioden im Laufe der Marokkoverhandlungen ist später authentisch bekannt geworden. Diese Verteilung zeigte in der Tat, daß nicht nur die großbritannischen Küstenverteidigungseinrichtungen auf mobilem Fuß, sondern auch die heimischen Geschwader unmittelbar bereit waren, sich auf die deutsche Flotte zu stürzen, die Ausgänge der Nordsee zu schließen und die Truppentransporte nach der belgischen und französischen Küste zu decken. Kurz, die Dinge lagen so, daß Sir Edward Grey, als er mit Anspielung auf die Fabersche Rede von „politischem Alkoholismus" sprach, nur eine Verlegenheitswendung benutzte. In Abrede konnte er die Behauptungen nicht stellen. Im Frühsommer 1912 erklärte der deutsche Staatssekretär des Reichsmarineamtes zur damaligen Krisis: „Die Tatsache, daß die militärischen Befehlshaber, damals vielleicht auf beiden Seiten, gewisse Sicherheitsmaßnahmen getroffen haben, ist wohl unbestreitbar, beweist aber keineswegs bestimmte Absichten der politischen Leitung." — An und für sich war das richtig, bezeichnend aber die Unbestimmtheit des Ausdruckes. Nachdem die Krisis vorbei war, und als auf eine friedliche Zukunft wieder gehofft wurde, konnte ein deutscher Regierungsvertreter sich nicht anders ausdrücken. Immerhin war für den Kenner des gegenseitigen Stärkeverhältnisses von vornherein klar, daß Deutschland unter keinen Umständen der Angreifer hätte sein können noch wollen. Im Gegenteil: zur See waren damals die Verhältnisse nicht günstig, einmal wegen der Rückständigkeit des Baustadiums der Flotte, dann waren die Erweiterungsarbeiten am Kaiser-Wilhelm-Kanal noch nicht abgeschlossen und schließlich ließ die Küstenverteidigung der Nordsee, im besonderen der Insel Helgoland, zu wünschen übrig.

Man darf nicht annehmen, daß die deutsche Reichsregierung wegen

dieser Mängel der Wehrkraft zur See allein sich entschieden hätte, die britische Herausforderung nicht anzunehmen. Der Hauptgrund war immer der gleiche: man wollte den Krieg nicht, aber mitgewirkt hat vielleicht bis zu einem gewissen Grade dieser Faktor. Betrachtete man die Landseite der Sache, so ergab sich, daß sie ungünstiger war als 1908, viel ungünstiger als 1905, wahrscheinlich aber günstiger als in späteren Jahren wegen der stetig und mächtig geförderten russischen Wehrkraft.

* * *

Ende September 1911, mitten in den Berliner Marokkoverhandlungen, vernahm die Welt, daß Italien ein Ultimatum an die Hohe Pforte zu Konstantinopel gerichtet habe, des Inhaltes: Trotz aller Mäßigung und Geduld Italiens habe die Türkei in Tripolis und in der Cyrenaika den berechtigten italienischen Interessen und Forderungen stets feindlich gegenübergestanden. Die Türkei verspräche jetzt zwar, alle mit ihrer Würde zu vereinbarenden wirtschaftlichen Zugeständnisse zu machen, Italien könne sich aber nicht mehr auf Verhandlungen einlassen, weil diese doch nutzlos sein würden. Die italienische Regierung sähe sich deshalb gezwungen, die Vertretung ihrer Interessen selbst in die Hand zu nehmen: sie sei entschlossen, Tripolis und die Cyrenaika zu besetzen. Die türkische Regierung möge Anordnungen treffen, daß kein Widerstand geleistet werde. —

Die Türkei lehnte das unerhörte Zumuten ab und erklärte sich nur unter der Bedingung zu Verhandlungen mit Italien bereit, daß keine Besetzung Tripolitaniens erfolge. Daraufhin wurden die Beziehungen abgebrochen, und die italienische Regierung erklärte dem Türkischen Reiche den Krieg. Den Vorwand zu dieser Unternehmung hatten türkische Truppen geliefert, welche südlich Tripolitaniens ein Gebiet besetzt hatten, das tatsächlich nicht zu Tripolis gehörte. Außerdem hatte Frankreich nach vorheriger Vereinbarung mit der Pforte ein Stück tripolitanischen Hinterlandes besetzt. Beides war nicht wesentlich, und der eigentliche Grund der italienischen Regierung bestand darin, daß man den Augenblick günstig glaubte. Über Marokko wurde an Frankreich verhandelt, Ägypten war seit 1904, wenn schon ohne jeden Rechtstitel, so doch tatsächlich britisches Eigentum geworden. Italien hatte sich von den beiden Westmächten wiederholt deren Zustimmung für eine bei Gelegenheit auszuführende Besetzung Tripolitaniens geben lassen. Der Gedanke war Delcasséscher Herkunft gewesen: Delcassé erblickte darin eines der Mittel, Italien vom Dreibunde abzusprengen, hatte außerdem durch das Versprechen den Beistand Italiens zu Algeciras, und in der französischen Marokkopolitik überhaupt, erhalten. 1909 zu Racconigi hatte die italienische Regierung auch die russische Zustimmung erhalten. So glaubte man in Rom 1911 den günstigen

Augenblick gekommen. Das Türkische Reich war noch durch die Revolution geschwächt, außerdem durch seine noch zu erwähnenden inneren Unruhen. Das Deutsche Reich befand sich in der Marokkospannung, war eben durch eine schärfere Kriegskrisis hindurch gegangen, sah sich bedroht und wünschte den Frieden. Italien glaubte nicht besorgen zu brauchen, daß von dorther Einspruch käme. Ein italienisches Blatt schrieb: Deutschland habe seine Zustimmung zur Tunifizierung Marokkos gegeben, es könne mithin auch nichts gegen die Tunifizierung Tripolitaniens haben. Was Tripolitanien betraf, so war dieses allerdings altes italienisches Einflußgebiet und als solches auch von der Türkei anerkannt. Auch manche der italienischen Beschwerden waren an sich begründet und bedeuteten nicht nur Vorwände. Als Kriegsgründe ausgegeben freilich wurden sie zu Vorwänden. Die Türkei hatte, wie der folgende Krieg zeigte, ihre tripolitanische Provinz stark vernachlässigt. Das galt für die Verwaltung, für die Truppen, für die Befestigungen, kurz, für alles. Die Frucht schien reif, und das italienische Kabinett Giolitti, Minister des Auswärtigen war der Marquis di San Giuliano, griff zu. Das ganze italienische Volk stand begeistert zur Regierung und um den König. Selbst die Sozialisten schlossen sich von dieser Begeisterung und nationaler Opferwilligkeit nicht aus; die imperialistische italienische Idee des „römischen Imperialismus“ hatte die Nation in Flammen gesetzt und einigte sie. Das tripolitanische Unternehmen war im übrigen sorgfältig vorbereitet worden und funktionierte organisatorisch zu Wasser und zu Lande in einer Weise, wie es vielfach Erstaunen erregte. Der Verlauf des tripolitanischen Krieges bot im übrigen militärisch nichts Bedeutendes. Es ist den Italienern im Laufe der Zeit gelungen, den Küstensaum sicher in ihre Hand zu bringen, aber nur einen Teil des Binnenlandes. Im übrigen war es, wie der Freiherr v. der Goltz sich ausdrückte, ein immer mehr versumpfender Krieg, und die Widerstände der Eingeborenen wurden mit der Zeit nicht schwächer, sondern stärker, nachdem Enver Bey, der spätere Enver Pascha, sich mit der ganzen ihm innewohnenden Werbekraft an die Spitze der ihr Land verteidigenden Mohammedaner gesetzt und sie organisiert hatte. Ein königliches Dekret erklärte Anfang November 1911 die italienische Annexion von Tripolitanien, eine Handlung, welche tatsächlichen Wert nicht besaß, denn der Widerstand der Eingeborenen wurde dadurch nicht geringer, und das Türkische Reich erkannte die Annexion nicht an. Der Ausspruch der Annexion bezweckte politisch die Anerkennung der Großmächte und wohl im besonderen, daß Deutschland und Österreich-Ungarn auch unter dem Gesichtspunkte der Dreibundverträge Tripolitanien als italienisches Gebiet gelten ließen.

Für das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn war der tripolitanische Krieg in jeder Beziehung unerwünscht: Italien, der Bundesgenosse, ent-

riß in einem vom Zaune gebrochenen Angriffskriege ohne jeden vertretbaren Grund dem Deutschland eng befreundeten Türkischen Reiche ein Stück seines Gebietes, versuchte es jedenfalls. Kurz vorher waren Deutschland und Österreich-Ungarn mit Rußland, letzteres zwar unaufrichtigerweise, feierlich über Erhaltung des Status quo des Gebietsstandes der Türkei miteinander einig geworden. Die Presse der Tripelentente setzte denn auch den Türken auseinander, daß sie an dem Deutschen Reiche keinen sehr nützlichen Freund hätten, und ebensowenig sei es mit dem gesamten Islam der Fall: unter Deutschlands Auspizien seien dem Türkischen Reiche Bosnien und die Herzegowina verloren gegangen, jetzt gehe ihm Tripolis verloren, und das mohammedanische Marokko sei von Kaiser Wilhelm, dem angeblichen Freunde aller Mohammedaner, auf dem Wege des Tausches vertragswidrig an Frankreich überlassen worden.

Es konnte nicht fehlen, daß die türkisch-deutsche Freundschaft einer erheblichen Belastungsprobe damit unterzogen wurde. Deutschland und Österreich-Ungarn hielten es aber politisch nicht für zweckmäßig, Einspruch in Rom zu erheben, obgleich vor Jahr und Tag der italienische Minister San Giuliano selbst sich öffentlich auf den Status quo der Türkei festgelegt hatte. Die öffentliche Meinung in Deutschland und Österreich-Ungarn mißbilligte mit Entrüstung das italienische Vorgehen, und vielfach wurden Stimmen laut: es sei an der Zeit, dem unzuverlässigen Bundesgenossen Italien den „Dreibundstuhl" vor die Tür zu setzen und dafür das Türkische Reich in den Dreibund aufzunehmen. Auch der damalige deutsche Botschafter zu Konstantinopel, Freiherr v. Marschall, hat diese Ansicht vertreten. Die deutsche Reichsregierung war dagegen, und man wird auch heute noch diesen Entschluß als richtig anerkennen müssen, trotz des italienischen Verrates im Jahre 1915. Es wäre unrichtig gewesen, Italien direkt in das Lager der Gegner zu drängen und so selbst von vornherein zu unserem Gegner zu machen. Ein weiterer Grund mag für die deutsche Regierung in der Erwägung gelegen haben, daß man durch einen solchen Schritt gleichzeitig, ja eo ipso, für die Türkei Partei nehmen müßte und unter sotanen Umständen den Weltkrieg vielleicht herbeiführen würde. Wie wiederholt dargelegt worden ist, lag aber nichts weniger in den deutschen Bestrebungen als dieses. So mußte denn das deutsche Bestreben sein, beides zu vereinigen: mit dem Bundesgenossen in den vertraglichen Beziehungen zu bleiben und mit dem Freunde in der alten möglichst vertrauensvollen Freundschaft. Das Deutsche Reich übernahm mit Ausbruch des Krieges den Schutz der Italiener in der Türkei und der Türken in Italien. Damit war seine Rolle symbolisch überhaupt gekennzeichnet. Anderseits erhoben auf Grund früherer Dreibundabmachungen und der Vereinbarungen über die Haltung der Türkei Deutschland und Österreich-Ungarn Einspruch, als Italien den

Krieg nach der Europäischen Türkei, also auf die Balkanhalbinsel, tragen wollte. Die Gefahr lag vor, daß dann die Balkanstaaten, vielleicht auch Rußland sich auf die Türkei stürzen und sie in Europa vernichten würden. Die Berechtigung dieses Einspruches wurde von der italienischen Regierung ausdrücklich und ohne Vorbehalt anerkannt. Der Minister San Giuliano erkannte ausdrücklich an, daß ein Übergreifen des Krieges auf die Balkanhalbinsel unter allen Umständen vermieden werden müsse. Gegen die italienische Absicht einer Blockade der Dardanellen nahmen alle beteiligten Mächte Stellung, während es Italien im Verlaufe des Krieges gestattet wurde, zwölf der Türkei gehörige ägäische Inseln zeitweilig zu besetzen. Diese Inseln hat man später unter dem Namen des Dodekanesos zusammengefaßt. Der Italienisch-Türkische Krieg fand, wie vorgreifend bemerkt sei, im Oktober 1912 durch den Frieden von Lausanne seinen Abschluß: Italien behielt Tripolis und den Anspruch auf das noch nicht eroberte Gebiet und verpflichtete sich, der Türkei gewisse Zahlungen zu machen. Neben anderen Abmachungen wurde auch beschlossen, daß Italien die ägäischen Inseln zu räumen habe, sobald die Räumung Tripolitaniens türkischerseits von Offizieren und Truppen erfolgt sei.

Die Mächte der Tripelentente waren mit dem tripolitanischen Kriege im Grunde sehr einverstanden, ja, sie hatten ihn durch die alten Vereinbarungen mit Italien von langer Hand vorbereitet. Jede Schwächung der Türkei war ihnen willkommen. Sie erhofften eine Lockerung und Störung der türkisch-deutschen Freundschaft und ganz besonders eine erhebliche Verschlechterung des Verhältnisses zwischen Italien und dem Dreibunde. Was diesen letzten Punkt anlangt, so schien zunächst die Rechnung Großbritanniens, Frankreichs und Rußlands nicht zu stimmen. Der deutsche Staatssekretär v. Kiderlen-Waechter war Anfang 1912 in Rom, um die eigentlich erst 1914 fällige Erneuerung des Dreibundes zu betreiben, welche dann vorzeitig Anfang Dezember 1912 tatsächlich erfolgte. Die Besprechungen drehten sich nicht zum wenigsten um das Verhältnis Libyens — wie die italienischen Imperialisten Tripolitanien nennen — im Rahmen der Dreibundverträge und, jedenfalls wie immer, um die Verhältnisse auf der Balkanhalbinsel, insbesondere die türkischen Fragen und die der italienisch-österreichisch-ungarischen Beziehungen. Es ist heute noch nicht durchsichtig, welches die eigentlichen Absichten des damaligen Spieles der italienischen Diplomatie gewesen sind. Sie war immer gewohnt mit einer größeren Anzahl von Eisen im Feuer zu arbeiten und nie wirklich Farbe zu bekennen. Tatsache ist, daß Giolitti, San Giuliano und dem Könige damals an einer schnellen außerterminlichen Erneuerung des Dreibundes besonders viel lag. Der tripolitanische Krieg hatte unerwartet viel Geld gekostet, und deshalb, wie möglicherweise auch aus anderen Gründen, hatte

Italien seinen wohl früher vorhandenen Plan, auch in den im Herbste 1912 beginnenden Balkankrieg einzugreifen, nicht durchgeführt. Dazu kam, daß Anfang 1912 nicht unerhebliche Mißhelligkeiten zwischen Italien und Frankreich Platz griffen. Schon war eine gewisse Erbitterung in Italien entstanden, als während der ersten Hälfte des Tripoliskrieges Großbritannien sich den Hafen von Sollum, der eigentlich zu Tripolitanien gehörte, nahm und erklärte, es sei ein ägyptischer Hafen. Frankreich seinerseits hatte ebenfalls zugegriffen und zwei der besten tripolitanischen Oasen genommen. Der tripolitanische Feldzug Italiens war überhaupt den Franzosen in mehrfacher Hinsicht nicht erfreulich. Man hatte nicht geglaubt, daß das italienische Unternehmen auf die tripolitanische Küste erfolgreich durchgeführt werden würde. Dazu kam die Besorgnis wegen der Einwirkung der italienischen Besetzung auf die Stimmung in Tunis, dessen Bevölkerung zum größten Teile italienisch ist. Schließlich kam es zu mehreren Zwischenfällen. Italienische Kriegsschiffe beschlagnahmten französische Dampfer, welche auf der Fahrt von Marseille nach Tunis Aeroplane und türkische Offiziere usw. zu bringen versuchten, die dann über die tunesische Grenze nach Tripolis geschafft werden sollten, um die Gegner der Italiener zu verstärken. In Frankreich, wo man gewohnt war, Italien als dienstwilligen Helfer anzusehen, der sich damit zu begnügen hätte, Freund Frankreichs genannt zu werden, erregten die Beschlagnahmen heftigen Unwillen. Die französische Presse raste gegen Italien, und der damalige Ministerpräsident Poincaré hielt drohende Reden. Um jene Zeit erfolgte die Verlegung der gesamten französischen Flotte in das Mittelländische Meer, und zwar unter ausdrücklicher Betonung der amtlichen Personen und Organe, daß die neue Wendung der italienischen Politik und die italienische Haltung der letzten Zeit den Grund bilde. Bei der Beratung des Marinebudgets in der französischen Kammer erklärte der Berichterstatter: Frankreichs Flotte müsse stets stark genug sein, um die italienische innerhalb 40 Minuten zusammenzuschießen. Derartige und ähnliche Äußerungen waren damals an der Tagesordnung. Bald allerdings glätteten sich die Wogen wieder, und die Sprache Frankreichs wurde milde und freundschaftlich wie gewöhnlich, während in Italien sich die durch französische Mittel aller Art geförderten Sympathien für Frankreich und unbegrenzter Respekt vor England bald wieder durchsetzten, zumal diese beiden Mächte Italien für seinen Frieden mit der Türkei kein Hindernis entgegenstellten, vielleicht ihm auch schon Versprechungen baldiger Balkanbeute gegeben haben.

Trotz alledem kann es kaum einem Zweifel unterliegen, daß die Politik San Giulianos und Giolittis seit dem tripolitanischen Kriege ein anderes Gepräge aufwies als das der italienischen Politik vorher war. Wenn die italienische Presse damals vielfach betonte, Italien sei durch seinen neuen

überseeischen Besitz in der Linie einer aufrichtigen Dreibundpolitik festgelegt worden, so kann man nicht feststellen, ob diese Parole aufrichtig gemeint war. Rein sachlich betrachtet wäre in der Tat eine solche Politik die richtige für Italien gewesen, und zwar auf der Basis eines engeren Zusammenschlusses der Dreibundmächte, besonders auf dem Gebiete der Mittelmeerpolitik. Gerade der Minister San Giuliano hat in den Jahren 1912 und 1913 häufig und nachdrücklich betont, daß er von einer Adriatischen Frage nichts wissen wolle, daß Italien und Österreich-Ungarn dort vielmehr gleiche Interessen hätten und sich einigen könnten. San Giuliano wollte ebensowenig etwas wissen von der Vorherrschaft irgendeiner Macht im Mittelmeer. Anfang 1913 sagte der Minister unter dem Beifalle der Kammer: „Italien und Österreich-Ungarn sind in Übereinstimmung darüber, daß der gegenwärtige Zustand in der Adria und das Gleichgewicht im Mittelländischen Meere erhalten werde. Keine Macht darf jetzt oder in Zukunft das Mittelmeer „mare nostro" nennen. Es muß vielmehr das freie, allen Nationen gemeinsame Feld bleiben. Bei Veränderungen muß Italien gefragt werden."

Es ist eine Tatsache, daß in jenen Jahren, besonders um das Jahr 1913, auf deutscher wie italienischer Seite der Gedanke einer italienisch-österreichisch-ungarischen Annäherung maritimer Natur, letzten Endes einer Flottenkonvention ernsthaft erörtert worden ist. Österreich-Ungarn verhielt sich diesen und anderen italienischen Annäherungsbestrebungen gegenüber stets mit größtem Mißtrauen. Heute wird man sagen müssen, daß die italienische Politik diesem Mißtrauen recht gegeben habe, aber trotzdem liegt darin nicht der Beweis, daß sich nicht doch Besseres hätte erreichen lassen.

Die deutsche Regierung war damals der Ansicht und der Hoffnung, es werde gerade wegen der neuen Mittelmeerstellung Italiens möglich sein, eine innigere und aufrichtigere Verbindung Italiens mit dem Dreibunde zu erreichen als bisher. Wie geschildert worden ist, war vorher lange Zeit der deutsche Standpunkt: mit Italien sei nichts zu erreichen und den einzigen Grund, es am Dreibunde zu halten, bilde die Rücksicht auf Österreich-Ungarn im Vereine mit dem Gedanken, daß es vorteilhafter sei, Italien nicht von vornherein in das gegnerische Lager zu treiben. Was hierüber hinausging, betrachtete und behandelte man mit äußerster Skepsis. Dazu hatte insbesondere der bis zum Jahre 1909 das Deutsche Reich zu Rom vertretende Botschafter Graf Monts beigetragen. Ihm folgte der spätere Staatssekretär des Auswärtigen v. Jagow und schlug eine positivere Art des Wirkens ein. Ihm gelang es innerhalb verhältnismäßig kurzer Zeit, die Beziehungen wesentlich zu bessern und die Intimität zwischen den beiden Regierungen zu vergrößern, auch der sehr geschickten und konsequenten Arbeit des großbritannischen und des französischen Botschafters

in Presse und in der politischen Welt mit merklichem Erfolge entgegenzuwirken. Der damalige Staatssekretär des Auswärtigen v. Kiderlen-Waechter seinerseits hat vom Beginn seiner Amtstätigkeit an auf eine tätige und sorgsame Pflege der deutsch-italienischen und der italienisch-österreichisch-ungarischen Beziehungen hin gearbeitet. Man legte hinfort besonderen Wert darauf, in allen auch verhältnismäßig unbedeutenden Fragen Meinungsaustausch mit der italienischen Regierung zu pflegen, um so allmählich Vertrauen und Zusammengehörigkeitsgefühl zu festigen und die Sphäre gemeinsamer Interessen zu erweitern und zu vertiefen.

Der italienische Minister des Auswärtigen, Marquis di San Giuliano, hat sich zu dieser Politik wiederholt bekannt, sicher nicht aus sentimentalen Gründen, sondern weil er damals engen Anschluß Italiens an den Dreibund mit Recht für besonders geboten hielt. Der Deutsche Kaiser traf im Frühjahr 1912 zu Venedig mit dem König Viktor Emanuel zusammen, und auch diese Zusammenkunft trug das Gepräge einer größeren Intimität als bisher. Selbst heute nach dem großen italienischen Verrate läßt sich nicht in Abrede stellen, daß damals während des Tripoliskrieges der politische Augenblick gekommen schien, die drei Dreibundmächte auf der neuen Grundlage gemeinsamer Mittelmeerpolitik zusammenzuschließen. Hätte Italien im Besitze von Tripolitanien auf seine gegen den Bestand der Europäischen Türkei und gegen Österreich-Ungarn gerichteten Balkanziele verzichtet, hätten Österreich-Ungarn und Italien den Kampf um die Adria begraben, so wären sie in der Lage gewesen, im Mittelmeere gemeinsam eine gewaltige und wachsende Macht darzustellen, zur See wie zu Lande. Dazu wäre eine energische Flottenbaupolitik und eine gemeinsame Marinepolitik im Mittelländischen Meere notwendig gewesen. Unter dieser Voraussetzung und unter der weiteren noch einiger Friedensjahre wären die Flotten des Dreibundes ein sehr großer, im Norden wie im Süden vereint wirkender Faktor geworden, die „Lücke im Dreibunde“ würde sich geschlossen haben. Italien hätte das Vertrauen zu sich und zu seinen Bundesgenossen gewonnen, daß es auch im Kriege nicht rettungslos der englisch-französischen Flottenmacht preisgegeben sein würde. Gerade diese Auffassung, die schon im Jahre 1914 politisch und militärisch vorhanden war, ist beiläufig bemerkt eine der wesentlichen Ursachen für den italienischen Verrat von 1915 geworden. Die alte italienische Mittelmeerdoktrin: man sei auf England unbedingt angewiesen und müsse unter allen Umständen mit England gehen, war nur durch Stärkung der Seemacht des Dreibundes im Mittelmeere zu beseitigen, und eben dazu mußte die italienisch-österreichische Adria- und Balkanrivalität aufhören. Das Gewicht der beiden Flotten konnte dann in dieselbe Wagschale gelegt werden, anstatt in zwei einander mehr oder minder aufwiegende, wie bis dahin.

Solche Überlegungen waren keine Phantasien, sondern bildeten das durchdachte Programm der deutschen Regierung. Sie rechnete weiter, daß zugleich mit der Schaffung einer selbstvertrauenden Dreibundsolidarität im Mittelländischen Meere auch Festlandshilfe Italiens in einem europäischen Kriege eintreten werde. Anscheinend haben in dieser Richtung auch militärische Unterhandlungen zwischen den Mächten stattgefunden. Es lag auf der Hand, daß die Leiter der deutschen Politik zunächst den tripolitanischen Überfall, der auch einen Überfall auf den Dreibund bedeutete, sehr unangenehm und mit schwerer Besorgnis im Hinblick auf die Türkei und die Balkanhalbinsel empfanden. Anderseits war nicht nur richtig, sondern bildete eine anerkennenswerte Leistung der deutschen Politik, daß sie die ihr aufgezwungene schwierige Lage in einer Weise zugunsten des Dreibundes ausnützte, wie es weder dessen Feinde noch Freunde vorausgesehen hatten. Daß der Erfolg nicht von Dauer war, hat sich, wie vorgreifend bemerkt sei, ebensowohl auf persönliche Meinungsverschiedenheiten in Italien, wie auf die weit größere Geschicklichkeit der dauernd mit enormen Mitteln betriebenen antideutschen Propaganda in der italienischen Bevölkerung zurückgeführt. Hauptsächlich aber war Italien seit zwölf Jahren immer tiefer in das politische und diplomatische Getriebe der großen deutschfeindlichen Entente verstrickt worden. Auch die sogenannten deutschfreundlichen italienischen Staatsmänner, wie San Giuliano und andere, besaßen, wenn vielleicht etwas Willen, doch nicht die Kraft, eine klare und ehrliche Politik mit festem Ziele zu treiben. Man trieb doppelzüngige Politik nach allen Seiten, legte sich hierhin und dahin fest, stets mit dem Gedanken, keine Verpflichtung zu halten, falls es einmal vorteilhafter schiene, ihr untreu zu werden. Sobald Balkanfragen am Horizonte erschienen, dann besiegten die alten Aspirationen Italiens hinsichtlich der Adria, Albaniens und neuerdings der zwölf besetzten ägäischen Inseln und über allem anderen der Irredentismus, der tiefe Haß gegen Österreich-Ungarn, alle anderen Rücksichten: Italien stand im Zeichen der Tripelentente, der Vereinbarungen von Reval und Racconigi und wohl noch mancher anderen verschwiegenen Abmachungen.

## Die Sendung Lord Haldanes, ihre Begleitumstände und Folgen.

Die Marokkokrisen des Jahres 1911 hatten in Europa einen tiefen Eindruck gemacht. Je mehr über die Vorgänge und Stimmungen jenes Sommers und Herbstes bekannt wurde, desto klarer sahen die großen und die kleinen Mächte, daß man sich unmittelbar am Rande des europäischen Krieges befunden hatte. Die Folgen dieses Eindruckes und dieser Erkennt-

nis bei den verschiedenen Mächten und innerhalb ihrer Bevölkerungen waren verschiedener Natur. In Großbritannien begann eine schon vorher vorhandene Stimmung größere, wenn schon vielfach überschätzte Stärke anzunehmen, die sich gegen die geheime, dem Gutachten von Parlament und Presse entzogene Politik des britischen Kabinetts richtete. Im Herbst 1911 waren in einem französischen Blatte, dem „Matin", jene englisch-französisch-spanischen Geheimverträge vom Jahre 1904 über Marokko veröffentlicht worden. Durch das deutsch-französische Abkommen von 1911 hatte Frankreich sein Marokkoziel annähernd erreicht, man konnte deshalb die Verträge ohne Schaden veröffentlichen, mit dem Nebenzwecke, Spanien bloßzustellen, zwischen dessen Regierung und der Frankreichs starke Meinungsverschiedenheiten über Grenzregelungen in Marokko bestanden. Die Veröffentlichung jener Geheimverträge warf mit einem Male ein Schlaglicht auf die Treulosigkeit, die Hinterhaltigkeit und Verlogenheit der großbritannisch-französischen Marokkopolitik. Sie zeigte ferner, daß seit dem Jahre 1904 die englisch-französische Politik vertraglich vereinigt war, eine Bahn zu gehen, vor deren Ziel in jedem Augenblicke der Krieg stehen und zum Ereignis werden konnte. Sie zeigte, daß die Konferenz und die Akte von Algeciras eine Täuschung und Farce gewesen waren. Nur die unerhörte Friedensliebe der deutschen Regierung hatte verhindert, daß die mit jenen Geheimverträgen verknüpfte Politik nicht zu einem großen Kriege geführt hatte. Ein halbes Dutzend englischer Staatsmänner und militärischer Autoritäten hatte um die Geheimverträge und um die britisch-französisch-belgische Militärkonvention gewußt. Die Kabinette als Ganzes, ferner die Parlamente hatten keine Ahnung davon gehabt. Aus diesen Gründen machte sich im Winter 1911/12 in Kreisen der liberalen Partei Großbritanniens Opposition gegen diese gefährliche Geheimpolitik im allgemeinen und gegen Sir E. Grey im besonderen geltend. Hier und da wurde sein Rücktritt gefordert. Dazu kamen die erwähnten Enthüllungen des Hauptmanns Faber, ferner sehr unterrichtete Presseäußerungen, von denen eine Aufsatzreihe der „Morning Post": „Die Schrift an der Wand" hervorgehoben sei; schließlich Verhandlungen im Oberhause. Besonders hier wurde die Tatsache offen besprochen, daß im Falle eines Krieges Großbritannien sofort und so schnell wie möglich eine tunlichst große Expeditionsarmee nach dem Festland überzusetzen gewillt sei. Es wurde von Rednern angedeutet, ohne bei der Regierung Widerspruch zu finden, daß in der Marokkospannung auch in dieser Beziehung alle Vorbereitungen getroffen worden seien, jedoch technische und organisatorische Mängel und Hemmnisse sich ergeben hätten. Es entspann sich außerdem ein Streit über die Frage, ob man für die Ausführung solcher Transporte vorher die deutsche Flotte vernichtet haben müßte oder nicht. Auch das

waren untrügliche Symptome, wie dicht man 1911 am Kriege vorbei gekommen war.

Die aufrichtige Entrüstung mancher Engländer des linken liberalen Flügels fand bei einigen Persönlichkeiten des Kabinettes, nämlich den in die Geheimpolitik vorher nicht eingeweihten, einen gewissen Widerhall. Wie meist nach hohen politischen Spannungen, trat in der Stimmung ein gewisser kurzzeitiger Rückschlag ein. Die Leiter der großbritannischen Politik vermochten diesen um so ruhiger mit anzusehen und sich selbst zu gestatten, weil Großbritannien mit seinen Freunden und Genossen als Sieger aus der Marokkokrisis hervorgegangen war. So konnten ohne Schaden und Risiko „freundlichere Saiten" aufgezogen werden. Und damit faßten auch die auf englisch-deutsche Verständigung gerichteten Personen und Vereine neue Zuversicht, und es wurde mehr denn je zuvor geredet. Man begriff noch immer nicht, und zwar ebensowenig in Deutschland, daß es sich 1911 nicht um eine gewissermaßen zufällig auftretende Spannung und Streitfrage mit Krisis und nachfolgender Entspannung gehandelt hatte, sondern um die Symptome einer systematischen, folgerichtig auf schließliche Explosion hindrängenden Entwicklung des großen britischen Koalitionsplanes. Seine Einzelheiten freilich sind zum großen Teile erst später bekannt geworden.

In einem früheren Kapitel wurden die Anfänge der britisch-französisch-belgischen Militärkonvention von 1906 erwähnt. Seitdem hatte man auf dieser Grundlage fleißig fortgebaut, und die beiden Generalstäbe erörterten laufend planmäßig alle Möglichkeiten und Seiten der Frage miteinander. Britische Generalstabsoffiziere hatten unter den Auspizien des Militärattachés in Brüssel das belgische Gebiet eingehend studiert und stellten im Laufe der Jahre ein mehrere Bände umfassendes topographisches Kriegshandbuch fertig. Nicht nur die Landungsgelegenheiten, sondern die Kriegführung in Belgien überhaupt wurde in diesem Werke eingehend erörtert, welches ausschließlich zur praktischen Anleitung der Kriegführenden auf belgischem Boden dienen sollte. Unter den Brüsseler Dokumenten, die im Kriege von der deutschen Regierung beschlagnahmt wurden, fand sich vom Frühjahr 1912 eine Niederschrift des Direktors im belgischen Ministerium des Auswärtigen über eine Unterhaltung des englischen Militärattachés mit dem belgischen Generalstabschef. Der erstere erklärte im Laufe einer Besprechung über Landungen im Falle eines Krieges: England würde auch gegen den Willen Belgiens 1911 dort seine Truppen gelandet haben. Im gleichen Jahre 1911 ging von Brüssel, London und Paris eine starke öffentliche und geheime Einwirkung dahin aus, daß die Scheldemündung, welche bekanntlich den Niederlanden gehört, im Widerspruch zu den bestehenden Verträgen geöffnet werde. In Verbindung mit den erst nach Beginn des

Krieges einwandfrei bekanntgewordenen britisch-belgischen Abmachungen tritt diese Agitation erst in ihr rechtes Licht: man war in der Tat entschlossen, Antwerpen zur Verpflegungsbasis einer gelandeten britischen Armee zu machen, und die belgische Regierung war für den Plan völlig gewonnen. Dieser Eindruck wird verstärkt durch die Tatsache, daß Belgien damals auf französische Anregung seine Heereskraft bedeutend erhöhte. In den Niederlanden betrachtete man diese Entwicklung mit Sorge und aus dieser Sorge ging im Jahre 1911 eine umfangreiche Vorlage zum Schutze der Küsten durch schwimmende und feste Verteidigungsmittel hervor. Insbesondere sollte auch die Schelde bei Vlissingen erheblich und sofort befestigt werden, denn die damalige Regierung der Niederlande war nicht gewillt, im Kriege ihre Neutralität durch Großbritannien durchbrechen zu lassen. Die Folge war ein „Entrüstungssturm" in der großbritannischen, französischen und belgischen Presse. Der französische Minister Pichon erklärte im Namen der französischen Regierung die Neutralität Belgiens durch den niederländischen Befestigungsplan gefährdet und sagte, Frankreich werde unter Umständen an eine internationale Konferenz appellieren. Die Niederlande erhoben entschiedenen Widerspruch gegen internationale Einmischung in ihre Angelegenheiten, aber die dortige Regierung hat gleichwohl de facto auf den englisch-französischen Druck bis zu einem gewissen Grade reagiert und sich auch sonst bestrebt, gute Beziehungen zu den Westmächten beizubehalten, zumal wirkte der Londoner Druck: daß die holländischen Kolonien nur durch englisches Wohlwollen den Niederlanden erhalten, sonst aber Japan und England anheimfallen würden. Die holländische Bevölkerung ihrerseits blieb gegenüber den englisch-französischen Verleumdungen von den Eroberungsabsichten des deutschen Militarismus nicht unempfänglich. Die holländische Regierung hat sich durch den Mund ihres auswärtigen Ministers, wie man später erfahren hat („Neue Beiträge zu Entstehungsgeschichte des Weltkrieges", von Valter) tatsächlich zu einer internationalen Erörterung über die Vlissinger Befestigungen bereit erklärt. Im November 1912 sagte der Minister, er habe mit führenden Staatsmännern Westeuropas über die holländische Küstenverteidigung gesprochen und sie ihnen in das richtige Licht gesetzt. Sie stehe keineswegs im Widerspruch zum belgischen Interesse. Wie die angezogene Schrift sagt, gestaltete sich damit die Sache so: „daß man sich das Recht, die Schelde einer fremden Kriegsmacht zu verschließen, vorbehielt, während man nicht mehr auf dem Standpunkte stand, daß es auch die Pflicht unseres neutralen Staates sei, dieses unter allen Umständen zu tun." — Im Kriege 1914 aber hat die Regierung der Niederlande ebenso loyal wie energisch dem englischen Drängen auf Einfahrt in die Schelde Widerstand geleistet. Die Verhandlungen von 1911, 1912 und 1913 zwischen den Niederlanden und

unseren Feinden werden in der Vorgeschichte des großen Krieges eingehend geschildert werden. Hier kann es sich nur um den kurzen Hinweis darauf handeln, wie im Jahre 1911 und 1912, also vor und nach der Marokkokrisis und unbeirrt durch Spannungen und Entspannungen von der britischen Politik gearbeitet wurde, um außer Belgien auch Holland als Helfer im Kriege gegen Deutschland, zum mindesten aber als britisches Glacis und zugleich als Brückenkopf für Großbritanniens geplanten Einfall vorzubereiten. Im gleichen „Entspannungs"jahre 1912, also nachdem Holland seinen früheren grundsätzlich intransigenten Standpunkt hinsichtlich der Vlissinger Befestigungen aufgegeben hatte, indem die niederländische Regierung nur mit westmächtlichen Staatsmännern darüber unterhandelte, erschien in einem französischen Blatte aus der Feder des Admirals Germinet ein Artikel, welcher ausführte, daß Großbritannien und Frankreich im Kriege mit dem Deutschen Reiche den Ärmelkanal durch Minen und Unterseeboote sperren und ihn überhaupt als ein ihrer Küstenhoheit unterstehendes Gewässer behandeln würden. Diese Äußerungen erregten in den Niederlanden große Beunruhigung und einen Vorgeschmack der Bedrückungen, wie sie während des großen Krieges Holland in der Tat hat erfahren müssen. Der Admiral wurde von seiner Regierung schnell desavouiert. Die Vlissinger Befestigungen, beiläufig bemerkt, sind ebenso wie die anderen Forderungen der Vorlage 1911 zunächst verschoben, schließlich in weit geringerem Umfange bewilligt worden. In Deutschland maß man dieser Frage militärisch und maritim immer nur geringe Bedeutung bei, behandelte sie außerdem politisch als innere Angelegenheit der Niederlande, in welche hineinzureden niemand das Recht habe.

Kurz, in Großbritannien und nicht minder in den immer einflußreicher und breiter werdenden französischen Kreisen der Delcasséschen auf Krieg mit Deutschland drängenden Richtung betrachtete man die Entspannung des Winters 1911/12 lediglich als eine Gelegenheit, um die politische und militärische Kriegsrüstung der europäischen Koalition und ihrer Verbindungen nach den Erfahrungen der letzten Kriegskrisis neu zu revidieren, Lücken zu schließen, anscheinend gemachte Fehler wieder gutzumachen, Mißstände abzustellen und alle Glieder des großen Ententekörpers noch fester als bisher zusammenzufügen. Noch war der günstige Augenblick nicht gekommen, denn Rußlands Rüstungen waren nicht fertig, machten aber von Jahr zu Jahr große Fortschritte. Demgegenüber befand man sich in Deutschland, wie gesagt, in weiten Kreisen im Irrglauben, daß nun tatsächlich der Augenblick zur Sicherung des europäischen Friedens durch allgemeine europäische Entspannung und Verständigung gekommen sei. War doch die marokkanische Reibungsfläche aus der Welt geschafft worden, wünschte man doch selbst den Frieden und glaubte man doch so gern, was

man wünschte. Jene Rede Lloyd Georges wünschte man als eine „Entgleisung“ anzusehen und tat es deshalb, und anderseits war man überzeugt, daß England froh über die Erledigung seiner Verträge mit Frankreich über Marokko sei und sich nunmehr nicht mehr in deutschfeindlicher Richtung als festgelegt erachten könne. Wie auch aus später veröffentlichten diplomatischen Berichten hervorgeht, war man in Deutschland der Ansicht, daß das britische Kabinett, im besonderen Sir E. Grey, vom französischen Einflusse politisch und persönlich wider Willen beherrscht sei, dagegen an und für sich eine ehrliche Politik und freundschaftliche Beziehungen mit dem Deutschen Reiche wünsche. In Grey erblickte man einen bornierten aber wohlmeinenden Stockengländer, der unter allen Umständen ein „Gentleman“ dem Charakter nach und auch politisch sei, nur Deutschland „nicht verstehe“. Auch die politisch leitenden Persönlichkeiten der deutschen Regierung hielten für annähernd sicher: der Boden in Großbritannien sei vorbereitet und der richtige Augenblick gekommen, um eine wirkliche deutsch-englische Verständigung anzubahnen. Ziel dieser Verständigung sollte deutscherseits Sicherung der großbritannischen Neutralität für den Fall eines europäischen Festlandkrieges sein. Die Politik des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg war sich seit seinem Amtsantritte 1909 konsequent geblieben.

In diesen politisch-diplomatischen Plan hinein spielte maßgebend ein anderes Moment von Bedeutung, nämlich die Einbringung einer deutschen Heeresvorlage und einer Flottenvorlage zu Beginn des gleichen Jahres 1912. Unmittelbar nach dem großen und entrüsteten Aufsehen, welches im Sommer 1911 die Rede des großbritannischen Ministers Lloyd George in Deutschland erregt hatte, war es dem überwiegenden Teile des deutschen Volkes eine selbstverständliche Forderung des Tages: man müsse sofort mit einer kräftigen Stärkung unserer Wehrkraft zu Lande und zu Wasser antworten. Die leitenden Persönlichkeiten der Regierung waren anderer Ansicht, und erst zu Beginn des Jahres 1912 entschloß man sich, eine Heeres- und eine Flottenvorlage vorzubereiten. Beide Vorlagen waren, als sie endgültig fertig und veröffentlicht worden waren, überraschend geringfügig und konnten daher auch im Auslande nicht den Eindruck hervorrufen, welcher im Interesse des Deutschen Reiches, der Betonung seines Selbstbewußtseins und seiner Stärke gelegen hätte. Einen solchen Eindruck hatte man auch nicht für notwendig, ja, nicht für wünschenswert gehalten. Der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg hat sich im August 1915 über diese Phase der deutsch-englischen Verständigungsverhandlungen u. a. wie folgt ausgelassen:

„König Eduard hatte in der persönlichen Förderung der englischen Einkreisungspolitik gegen Deutschland eine seiner Hauptaufgaben erblickt. Nach seinem Tode hoffte ich deshalb, daß die von mir bereits im August 1909 aufgenommenen Verständigungsverhandlungen besseren Fortgang

nehmen würden. Die Verhandlungen zogen sich bis in das Frühjahr 1911 hin, ohne daß irgendein Ergebnis erzielt worden wäre, als das Eingreifen Englands in die Auseinandersetzung Deutschlands mit Frankreich über Marokko der ganzen Welt vor Augen führte, wie die englische Ententepolitik, wie der englische Anspruch, gestützt auf seine Ententefreunde, der ganzen Welt seinen Willen aufzuzwingen, den Weltfrieden bedrohte. Auch damals war das englische Volk über die Gefahren der Politik seiner Regierung nicht genau orientiert gewesen. Denn als es nach Überwindung der Krisis erkannte, wie haarscharf es an dem Abgrunde eines Weltkrieges vorbeigegangen war, machte sich in weiten Kreisen der englischen Nation die Stimmung geltend, ein Verhältnis mit uns herstellen zu wollen, das kriegerische Verwicklungen ausschlösse. Man schien an dem einmaligen Ritte über den Bodensee genug gehabt zu haben."

Aus diesen im zweiten Kriegsjahre gesprochenen Worten des Kanzlers geht, als zur Beurteilung seiner politischen Anschauungen wichtig, das Folgende hervor: der Kanzler hielt König Eduard für den eigentlichen und alleinigen Träger der englischen Einkreisungspolitik. In Wirklichkeit ist er das nicht gewesen, wie an anderer Stelle ausgeführt wurde. König Eduard trieb vielmehr eine Politik, die alter großbritannischer Tradition und dem Gefühle der erdrückenden Mehrheit des politisch denkenden Teiles des britischen Volkes entsprach. Zwischen Regierungspartei und Opposition bestand hierüber keinerlei Meinungsverschiedenheit. Daraus mußte sich ergeben und hat sich ergeben, daß die Schlußfolgerung nicht zutraf, der Tod König Eduards werde einen ändernden Einfluß auf die Grundlagen, die Methoden und die Ziele der auswärtigen Politik Großbritanniens ausüben. Es ergibt sich ferner, daß man der Ansicht war, ein sehr bedeutender Teil des englischen Volkes sei mit der Greyschen Politik nicht einverstanden gewesen und wünsche nun aufrichtig ein Verhältnis wirklicher und kriegausschließender Freundschaft mit dem Deutschen Reiche. In Wirklichkeit waren die Kreise, in denen dieses zutraf, verhältnismäßig klein, sie hatten geringen Einfluß und durchweg verbanden sie den Wunsch nach einer wirklichen Verständigung mit der selbstverständlichen Voraussetzung, daß das Deutsche Reich sich dann in allen Angelegenheiten der großen Politik Großbritanniens Wünschen unterordnen werde.

Ende 1911 und Anfang 1912, als die deutschen Verständigungsbemühungen auf Grund der geschilderten Ansichten und Voraussetzungen mit besonderer Hoffnungsfreudigkeit und mit ehrlichem Eifer erneuert wurden, glaubte man in Großbritannien die Gelegenheit gekommen, um endlich in die Entwicklung der deutschen Flotte eingreifen zu können. Die großbritannische Regierung hat anscheinend damals nach Berlin wissen lassen, daß die in Vorbereitung befindliche deutsche Flottenvorlage wie überhaupt

jede, die den Rahmen des Flottengesetzes und den des — nicht gesetzlich — festgelegten Flottenbauprogrammes überschritte, ein unüberwindliches Hindernis für das Zustandekommen einer Verständigung bilden werde. Dabei rechnete Großbritannien, wie beiläufig bemerkt sei, mit Sicherheit darauf, daß die Reichstagswahlen jener Jahreswende 1911/12 die sozialdemokratische und überhaupt demokratische Richtung in Deutschland mächtig stärken und damit der deutschen Regierung überhaupt die Möglichkeit großer Wehrmachtsvorlagen aus der Hand schlagen würden. Es war in London nicht unbemerkt geblieben, daß die deutsche Regierung, ehe sie in bestimmter Form über die beiden Vorlagen etwas verlautbarte, die Reichstagswahlen zum Abschluß gelangen ließ. In London und Paris sah man dieses Verfahren als ein Zeichen der Schwäche an und meinte, die deutsche Regierung habe nicht gewagt, vor den Wahlen Vorlagen einzubringen oder anzukündigen aus Furcht vor einer zu großen Stärkung der sozialdemokratischen Partei.

Auf solche Andeutungen hin, die anscheinend der deutschen Regierung von London aus gemacht worden sind, erging Anfang Februar oder Ende Januar die deutsche Anregung an die großbritannische Regierung, man möge zu näherer Rücksprache ein Mitglied des Kabinettes nach Berlin senden. Diesem Ansinnen wurde entsprochen, und im Laufe der ersten Februarhälfte traf der Kriegsminister Haldane in privater Mission zu Berlin ein. Wie der Reichskanzler in jener Rede vom August 1915 sagte: „Lord Haldane versicherte mich des aufrichtigen Verständigungswillens des englischen Kabinettes." Lord Haldane hat im Juli 1915 sich ebenfalls über jenen Besuch geäußert und sagt u. a.: in Deutschland hätten damals starke Parteien zum Kriege getrieben und er, Haldane, habe es deshalb als für seine Pflicht gehalten, alles zu tun, um eine freundschaftliche Stimmung in Deutschland zuwege zu bringen. „Ich kannte Deutschland einigermaßen, ich wußte um die Gefahren der Lage und wußte, wo sich die Pulverkammer befand, und ich bemühte mich aufs äußerste, den höchst ungerechten und höchst unwahren Verdacht zu beseitigen, welchen die in Deutschland entscheidende Partei hegte. Es hat nicht sein sollen, die Kriegspartei siegte." — Haldane stellt also die Dinge auf den Kopf, und sein wie des Kabinettes „aufrichtiger Verständigungswille" war eine unwahre Redewendung.

Lord Haldane, daran muß hier erinnert werden, war bereits 1906, ebenfalls nach einer Spannung, der damaligen Marokkokrisis, in Deutschland gewesen, um sich über die deutschen Heereseinrichtungen zu unterrichten. In sechsjähriger Arbeit hat er auf der Grundlage seiner damals in Deutschland gemachten Erfahrungen und Wahrnehmungen die britische Armeeorganisation, besonders die des Expeditionsheeres, mächtig gefördert, welches im gegebenen Augenblicke auf das Festland übersetzen und

Deutschland in die Flanke fallen sollte. So kam er 1912 wiederum als bekannter und bewährter Freund Deutschlands nach Berlin, beanspruchte Vertrauen und fand es. Wie der Reichskanzler erzählte, war Haldane „durch die bevorstehende Flottennovelle bedrückt. Ich fragte den englischen Minister, ob ihm nicht eine offene Verständigung mit uns, eine Verständigung, die nicht nur einen deutsch-englischen Krieg, sondern überhaupt jeden Weltkrieg ausschließen würde, mehr wert sei als ein paar deutsche Dreadnoughts mehr oder weniger. Lord Haldane schien für seine Person dieser Ansicht zuzuneigen. Er fragte mich daher, ob wir, wenn wir den Rücken gegen England frei hätten, dann nicht sofort über Frankreich herfallen und es vernichten würden. Ich habe ihm erwidert, daß die Friedenspolitik, die Deutschland in einer Zeit von mehr als vierzig Jahren geführt hätte, uns eigentlich vor einer solchen Frage sichern sollte. Wir hätten ja die schönsten Gelegenheiten gehabt, im Burenkrieg, im Russisch-Japanischen Krieg unsere etwaige Kriegswut zu zeigen, aber da und in allen Phasen der Marokkopolitik hätten wir das Gegenteil getan, hätten wir unsere Friedensliebe vor aller Welt bekundet. Deutschland, sagte ich ihm, wünsche aufrichtig den Frieden mit Frankreich und werde ebensowenig über Frankreich wie über irgendeine andere Macht herfallen. Nachdem Lord Haldane von Berlin abgereist war, wurden die Verhandlungen in London fortgesetzt.“ Lord Haldane zeigte sich also durch die bevorstehende Flottennovelle bedrückt. Über die Geschichte dieses Teiles der Verhandlungen ist man noch auf Kombinationen angewiesen, außerdem auf Mitteilungen aus der großbritannischen Presse, deren Richtigkeit deutscherseits niemals in Abrede gestellt worden ist. Alles in allem haben die Dinge ungefähr folgendermaßen gelegen: Die deutsche Marineverwaltung hielt eine erhebliche möglichst schnelle Verstärkung unserer Wehrkraft zur See zumal auch infolge der Lehren der Marokkokrisis von 1911 für erforderlich, außerdem eine organisatorische Erhöhung der ständig schlagbereiten Linienschiffsgeschwader und anderer Verbände der aktiven Flotte. Dazu kam, daß angesichts des bestehenden Bauplanes das jährliche Bautempo an großen Panzerschiffen vom Jahre 1912 an nur noch zwei große Schiffe betragen sollte, anstatt vier und drei, wie bisher. Eine solche Verlangsamung erschien angesichts der europäischen Verhältnisse doppelt bedenklich. Man darf aus diesen Gründen annehmen, daß die Marineverwaltung eine Flottenvorlage von mindestens sechs großen Panzerschiffen vorbereitet gehabt hat, vielleicht noch vermehrt um eine Anzahl großer gepanzerter Kreuzer. Die Zahl sechs ergab sich daraus, daß für jedes der Jahre von 1912 bis 1917 damit ein großes Panzerschiff hinzugekommen und eine Verlangsamung des bisherigen Bautempos so vermieden worden wäre. In Großbritannien hatte man um die Jahreswende 1911/12, wie immer, um diese Pläne und Vor-

bereitungen genau Bescheid gewußt. Deshalb hat Haldane neben anderen Instruktionen seines Kabinettes vor allem diejenige mitgenommen: die deutsche Flottenvorlage nach Möglichkeit zu Falle zu bringen. Als die Vorlage nachher, im März 1912, eingebracht worden war, zeigte sich, daß sie an Neubauten von großen Panzerschiffen nur drei vorschlug und von diesen nur zwei für bestimmte Jahre vorgesehen waren, während die Entscheidung über das dritte wie über einen kleinen Kreuzer nicht getroffen worden war. Mit einer schnellen kräftigen Verstärkung des Bestandes der deutschen Flotte war es nichts geworden. Die Vorlage war, abgesehen von ihrem organisatorischen Teil, welcher die ständig in Dienst zu haltenden Verbände gegenüber der Reserveflotte vermehrte und von einer Vermehrung der Sollstärke an Unterseebooten, ein Torso und für die Stärkung der Flotte von unbeträchtlicher Wirkung geworden. Sie brachte der Flotte beinahe nichts von dem, was sie so dringend brauchte: große gepanzerte Schiffe. Während der Anwesenheit Haldanes ist die Flottenvorlage hinsichtlich der damals zu fordernden Neubauten um mehr als die Hälfte zusammengeschrumpft. Nach diesem bedeutenden englischen Erfolge begannen die Verhandlungen über eine Formel für die von Deutschland gewünschte Verständigung zwischen den beiden Mächten. Haldane kehrte gleichzeitig nach London zurück, die Verhandlungen wurden durch die Botschafter fortgesetzt. Die sehr interessanten Verhandlungen können im Rahmen dieser Darstellung nur gestreift werden. Ihre eingehende Darstellung bleibt der Vorgeschichte des Krieges vorbehalten.

Wie im Jahre 1915 durch die amtliche Norddeutsche Allgemeine Zeitung festgestellt wurde, hat man Haldane zunächst den Vorschlag eines unbedingten gegenseitigen Neutralitätsversprechens gemacht, also eines Versprechens, welches Deutschland wie Großbritannien in jedem wie auch immer gearteten Kriege zu gegenseitiger Neutralität verpflichtete. Haldane fand diesen Vorschlag zu weitgehend und reiste mit dem daraufhin gemachten neuen deutschen Vorschlag nach London: „Die Neutralität auf Kriege zu beschränken, bei denen man nicht sagen könne, daß die Macht, der die Neutralität zugesichert war, der Angreifer sei.“ Die großbritannische Regierung fand auch diesen Vorschlag zu weitgehend, und Sir E. Grey schlug dafür vor: „England wird keinen unprovozierten Angriff auf Deutschland machen und sich einer aggressiven Politik enthalten. Ein Angriff auf Deutschland ist in keinem Vertrage enthalten und in keiner Kombination vorgesehen, der England zurzeit angehört, und England wird keiner Abmachung beitreten, die einen solchen Angriff bezweckt.“ — Als der Reichskanzler hierauf die Vorstellung erhob, daß unter zivilisierten Mächten unprovozierte Überfälle nicht üblich seien, und ebensowenig, sich solchen Kombinationen anzuschließen, erklärte Grey sich bereit, seinen obigen Sätzen die Worte vorzuschicken: „da die beiden Mächte gegenseitig den Wunsch

haben, Frieden und Freundschaft untereinander sicherzustellen, erklärt England, daß es keinen unprovozierten Angriff usw." — Auch daraufhin setzte der Reichskanzler seine Bemühungen noch fort und erklärte sich zu weiterer Erörterung des Greyschen Vorschlages bereit, wenn dieser durch den folgenden Zusatz ergänzt würde: „England wird daher selbstverständlich wohlwollende Neutralität bewahren, sollte Deutschland ein Krieg aufgezwungen werden." — Hätte Grey bzw. das großbritannische Kabinett diese Ergänzung zu seinem Vorschlage angenommen, so würden alle Neubautenforderungen, also auch die letzt übriggebliebenen der deutschen Flottenvorlage verschwunden sein. Sir Edward Grey lehnte aber ab mit der Begründung, er würde die Beziehungen und Freundschaften zu den Mächten der Tripelentente gefährden, wenn er in der Verständigungsformel über seinen Vorschlag hinausginge. Damit waren diese Verhandlungen erledigt. Großbritannien hatte die Verstümmelung der deutschen Flottenvorlage erreicht, nur indem es kostenlos die deutschen Hoffnungen auf einen Neutralitätsvertrag benutzte. Lord Haldane hatte, wie ihm auch noch während des Krieges vom Premierminister Asquith bescheinigt worden ist, sich seines Auftrages zur vollen Zufriedenheit erledigt. Der großbritannische Kriegsminister scheint außerdem nach damaligen Auslassungen der englischen Presse und nach anderen Anzeichen für das Zustandekommen eines Vertrages und für ein wirklich vertrauensvolles Verhältnis zwischen den beiden Mächten als Bedingung den Rücktritt des Staatssekretärs des Reichsmarineamtes, des Großadmirals v. Tirpitz, gefordert zu haben.

Betrachtet man jene kurze aber inhaltreiche Periode im ganzen, so ergibt sich, daß die großbritannische Regierung von vornherein nie daran gedacht hat, sich durch ein Neutralitätsversprechen, unter welchen Verhältnissen auch immer, dem Deutschen Reiche gegenüber zu binden. Eine solche Neigung voraussetzen hieß zugleich eine geradezu grundstürzende Umwälzung aller Grundsätze, Methoden und Ziele in Gegenwart und Vergangenheit der großbritannischen Politik voraussetzen. Es hieß gleichzeitig annehmen: die Leiter der großbritannischen Politik und die Mehrheit der politisch denkenden Bevölkerung erachteten das Eingreifen in einem europäischen Kriege gegen Deutschland für ein großes und zu vermeidendes Unglück. Beides war nicht der Fall, und beides war für den sachlichen Beurteiler schon aus der Geschichte der letzten zehn Jahre, nicht zu reden von der großbritannischen Geschichte der letzten zweihundert Jahre, klar ersichtlich. Seit dem Jahre 1903 hatte die Politik König Eduards den alten bewährten Weg so vieler britischer Staatsmänner und Monarchen eingeschlagen: eine europäische Festlandskoalition gegen die stärkste seefahrende Festlandsmacht, das war jetzt Deutschland, zusammenzubringen. Wir haben alle Phasen dieser Entwicklung, dieser konsequenten und zielsicheren

Organisierungsarbeit zu schildern versucht. Der Zweck der Koalition war die Einschüchterung, Einkreisung und schließlich die Vernichtung der Macht und Kraft des Deutschen Reiches, sei es auf diesem Wege oder auf jenem. Ergab sich günstige Gelegenheit eines Festlandkrieges, so sollte das Werk unter allen Umständen vollendet werden, und je weiter die Rüstungen Rußlands vorschritten, desto überzeugter war man in Großbritannien, daß Deutschland geschlagen werden würde, unter der Voraussetzung freilich, daß Großbritanniens Flotten den Deutschen alle überseeische Zufuhr absperrten, und daß der britisch-belgische Apparat funktionierte. Dann wollte Großbritannien, wie in allen früheren Kriegen ähnlicher Art, dem Deutschen Reiche seine Kolonien wegnehmen, seine Flotte vernichten, seine Handelsflotte fortnehmen und auf den Weltmärkten an die Stelle Deutschlands als industrieller Produzent und Lieferant treten. So war das Programm in ganz großen Zügen ausgedrückt. Es lag also auf der Hand, daß die großbritannische Politik durch eine aufrichtige Verpflichtung, in einem solchen Kriege neutral zu bleiben, sich selbst verneint haben würde. Der Schein einer neutralen Verpflichtung, welcher den britischen Staatsmännern sonst vielleicht praktisch erschienen wäre — mit dem Vorbehalte, die Verpflichtung bei Beginn des Krieges unter irgendeinem Vorwande zu brechen —, wurde von ihnen aber für gefährlich gehalten, weil sie fürchteten, Großbritannien könnte dann das ihm so nötige Vertrauen zu Paris und St. Petersburg verlieren und die Tripelentente würde zerfallen. Aber auch ohne diese Überlegungen war klar, daß Großbritannien in einem Kriege des Deutschen Reiches gegen Frankreich und Rußland wirklich neutral nur dann bleiben würde, wenn dieser Krieg für Deutschland vernichtend ungünstig ausgelaufen wäre. Jeder deutsche Erfolg aber, zumal gegen Frankreich, überhaupt jede deutsche Gewichtsvermehrung auf dem europäischen Festlande hätte Großbritannien sofort auf den Plan gerufen, dahin wiesen alle Linien großbritannischer Überlieferung. Ob die langjährigen Abmachungen und Verhandlungen Großbritanniens mit Belgien der deutschen Regierung damals bekannt waren, wissen wir nicht, dagegen steht es außer Zweifel hinsichtlich der französisch-britischen Militärkonvention. Die Geschichte der britisch-russischen Verständigung mit ihren Mitteln und Zielen und der einschlägigen Orientpolitik bildete einen weiteren, einen beinahe überflüssig zu nennenden Beweis dafür, daß Großbritannien nicht daran dachte, neutral zu bleiben, sondern eben das Haupt und die treibende Kraft der europäischen Organisation war, welche die schließliche Vernichtung Deutschlands bezweckte und um dieses Zweckes willen geschaffen worden war. Irgendwelche tatsächlichen Voraussetzungen: Großbritannien wolle und könne in einem solchen Kriege neutral bleiben, fehlten mithin. Es blieb die weitere Frage,

ob Großbritannien den festen Willen hätte, einen europäischen Krieg nicht eintreten zu lassen und den Frieden zu erhalten. Wie der Reichskanzler richtig sagt, hätte ein vertrauensvolles britisch-deutsches Verhältnis und gar ein Neutralitätsvertrag der beiden Mächte den europäischen Frieden gesichert. Diesem Wunsche gegenüber stand aber die Erfahrungstatsache, daß diejenige europäische Lage und Mächtegruppierung, welche den europäischen Frieden von Jahr zu Jahr mehr gefährdete, gerade durch die systematische Arbeit der großbritannischen Politik angestrebt und erreicht worden war und dauernd weiter genährt wurde. Nun stützte der Deutsche Reichskanzler, wie seine angeführten Worte zeigen, seine Auffassung darauf, daß in weiten Kreisen der englischen Nation sich eine Stimmung geltend gemacht hätte, „ein Verhältnis mit uns herstellen zu wollen, das kriegerische Verwicklungen ausschlösse". Mit andern Worten: die großbritannische Politik hätte durch den Einfluß dieser Kreise in ihr striktes Gegenteil verkehrt werden müssen. Ohne Zweifel hätte ein Neutralitätsvertrag auch den Zerfall des Dreiverbandes bedeutet. Dazu waren jene Kreise teils nicht imstande, teils auch gar nicht willens, übrigens auch im ganzen ohne Einfluß. Sie wollten wohl Frieden aber nur unter der Bedingung, daß das Deutsche Reich allen ernstlichen englischen Wünschen nachgäbe. Außerdem glaubten sie, daß in Deutschland sehr einflußreiche Strömungen den Krieg mit England wünschten, auf ihn hinarbeiteten und nur den geeigneten Moment erwarteten. Eben diese Ansicht hat auch Lord Haldane vertreten, — freilich wider besseres Wissen, denn er kannte Deutschland. — In ihm sah die deutsche Regierung einen aufrichtigen Freund des Friedens und einen aufrichtigen Freund des Deutschen Reiches. Er hat sich als das Gegenteil von beiden erwiesen.

Die in den angeführten gegenseitigen Vorschlägen vorgekommenen Begriffe des unprovozierten Angriffes, des aufgezwungenen Krieges, der wohlwollenden Neutralität usw. waren und sind für eine Macht, welche nicht völlig bona fide handelt, ganz beliebig deutbar. Wäre England damals einen solchen Vertrag eingegangen, so hätte dieser doch keinerlei Sicherheit gewährt, denn die großbritannischen Staatsmänner würden nie gefunden haben, daß ein Krieg dem Deutschen Reiche aufgezwungen worden sei. Sie hätten vielmehr die umgekehrte Auffassung zum Ausdruck gebracht und ihre Pflicht zur wohlwollenden Neutralität nicht anerkannt. Ebenso wie die Begriffe des Angriffs und der Verteidigung gerade von einer Macht wie Großbritannien immer nach Belieben und nach der Einschätzung des jeweiligen eigenen Vorteiles gedeutet worden sind, so wäre es auch mit dem provozierten und unprovozierten Angriff, mit dem aufgezwungenen oder nicht aufgezwungenen Kriege gewesen.

Alles in allem: die deutsche Regierung leitete im Februar 1912 die

Verständigungsverhandlungen mit Großbritannien auf Grund von Annahmen und Voraussetzungen ein, die sämtlich nicht zutrafen. Man brachte England Vertrauen entgegen, während es äußerstes Mißtrauen verdiente.

Die damalige Haldanesche Reise hat außer dem erörterten Hauptzweck anscheinend noch einige Nebenzwecke verfolgt. Zu diesen gehörte die Anrufung der Gnade des Deutschen Kaisers für einen britischen Offizierspion, welcher in Deutschland abgefaßt und verurteilt worden war und seine Strafe zu verbüßen begonnen hatte. Seit einer Reihe von Jahren bereits wurden die deutschen Hafenstädte, die Werften und die Hauptstadt von britischen Spionen überschwemmt. Gelungene oder mißlungene Bestechungsversuche Deutscher waren auf der Tagesordnung. Die englische Spionage arbeitete mit größten Geldmitteln und mit vollendeter Skrupellosigkeit. In Berlin und in den deutschen Hafenstädten hatten sich Spionagemittelpunkte gebildet, welche im Zusammenhange untereinander systematisch arbeiteten. Es gelang der deutschen Aufmerksamkeit, in einer Reihe von Fällen mit Erfolg zuzufassen, aber die Zahl der unentdeckten britischen oder im britischen Solde stehenden Spione ist ein Vielfaches der entdeckten gewesen. Der Eifer und die große Energie der Spionage etwa seit dem Jahre 1908 — damals waren die ersten deutschen Dreadnoughts fertig geworden — bewies zweierlei: daß die Stärke der deutschen Wehrkraft zur See keine unbeachtliche Größe mehr war; daß Großbritannien den Krieg gegen Deutschland methodisch vorbereitete. Wie sehr es sich dabei um Vorbereitung eines Angriffskrieges handelte, ging hinsichtlich der Spionagetätigkeit schon daraus hervor, daß die Spione besonderen Wert auf die Erkundung der deutschen Küstenverhältnisse mit Wassertiefen und Landungsverhältnissen legten, außerdem auf die Einzelheiten der Küstenbefestigungen und was dazu gehörte. Alles das konnte wahrlich nicht die Schlußfolgerung gestatten, daß eben dieses Großbritannien geneigt sein könnte, in dem großen Kampfe, den es selbst wollte und vorbereitete, neutral und gar „wirklich“ neutral zu bleiben. — Der Offizierspion wurde begnadigt.

Lord Haldane hatte außerdem den Auftrag, weiter über eine gemeinsame englisch-deutsche Politik in Mittelafrika, zum Teil auch hinsichtlich der Asiatischen Türkei in Berlin zu sprechen. Diese Verhandlungen betrafen einerseits eine neue Auflage des alten deutsch-britischen Delagoavertrages vom Jahre 1898. Während der Marokkokrisis von 1911 hatte bereits der großbritannische Premierminister Asquith Andeutungen gemacht und Grey sagte im Dezember 1911: Großbritannien habe nicht die Absicht, eine koloniale Ausdehnung des Deutschen Reiches in Mittelafrika zu bekämpfen. Großbritannien begnüge sich dort mit seinem vorhandenen Besitze. Damals wurden diese Andeutungen vielfach auf das belgische

Kongogebiet bezogen, jedoch mit Unrecht. In Wirklichkeit handelte es sich um das portugiesische Kolonialgebiet: im großen umschrieben durch die Namen Angola in Westafrika als nördlicher Nachbar von Deutsch-Südwestafrika, Mozambique in Südostafrika. Dieses alte Abkommen, welches freilich wohl bis dahin nur in unbestimmten großen Zügen vorgelegen hatte, sollte nunmehr, wie die großbritannische Regierung versprach, endlich eine Wirklichkeit werden und die Ehrlichkeit großbritannischer Absichten Deutschland gegenüber erweisen. Beide Kolonien gehörten und gehören bekanntlich Portugal. Das alte Abkommen hatte mit der Verschuldung Portugals gerechnet und mit einer daraus sich ergebenden früher oder später eintretenden Notwendigkeit, deshalb die Kolonien zu veräußern. Seit König Eduards Thronbesteigung hatte im Gegensatz zu diesen Voraussetzungen des Abkommens die großbritannische Regierung Portugal geldlich unterstützt, um — und zwar mit Erfolg — zu verhindern, daß es hinsichtlich seiner afrikanischen Kolonien in die besagte Zwangslage käme.

Nun, im Jahre 1912, sollte alles anders und schöner werden. Man glaubte in Deutschland aufrichtig an den Anbruch der neuen Ära. Im Winter 1913 erschien eine vielgenannte Flugschrift „Deutsche Weltpolitik und kein Krieg", welche den Gedanken ausführte, daß Deutschlands koloniale Zukunft in Mittelafrika liege und ohne Konflikte mit Großbritannien verwirklicht werden könne. In der Flugschrift fand sich der Satz: „Dieses Einverständnis zwischen England und Deutschland bildete (1912) den eigentlichen Kern des europäischen Konzertes." Die beiden früheren Rivalen hätten sich zu einer Gemeinsamkeit politischen Handelns von ganz unerwarteter Intimität zusammengefunden. Das war 1912 und 1913 eine in Deutschland weit verbreitete Auffassung, welche anscheinend von der Regierung geteilt worden ist. In der Tat gelang es im Laufe der Verhandlungen schon verhältnismäßig bald, um das Jahr 1913, zu einem Abkommen mit Großbritannien über Portugiesisch-Afrika zu gelangen. Nach allem, was über diesen Entwurf verlautet ist, gab Großbritannien dem Deutschen Reiche freie Hand in ganz Angola und auf der ostafrikanischen Seite in dem Gebiete nördlich von dem Sambesiflusse. Zur Verwirklichung dieses Abkommens über Kolonien, die immer noch Portugal gehörten, sollte zunächst die wirtschaftliche Durchdringung dienen. Deutsches Kapital, Eisenbahnunternehmungen usw. sollten den Anfang machen. Im Verlaufe dieser Durchdringungsarbeit würde dann früher oder später ein Augenblick gekommen sein, wo Entstehung von Unruhen unter den Eingeborenen energisches Durchgreifen nötig gemacht hätte. Dazu wäre Portugal nicht imstande gewesen, deutsche bzw. britische Streitkräfte hätten unter gegenseitiger Zubilligung eingegriffen und im Anschlusse hieran Verhandlungen mit Portugal die Schaffung eines neuen Besitz-

zustandes unter geldlicher Entschädigung Portugals herbeigeführt. So ungefähr wollte die britische Regierung, daß man in Berlin denken und hoffen sollte, und hat damit entsprechenden Erfolg gehabt. Noch tief im Jahre 1913, als das Abkommen längst abgeschlossen und von den Vertretern wohl auch unterzeichnet war, glaubte die deutsche Öffentlichkeit noch immer, daß weiter unterhandelt werde, und wartete mit Spannung auf das Ergebnis dieser Unterhandlungen. Man begriff nicht, daß sie gar nicht zu Ende kämen, und konnte sich das Schweigen der deutschen Regierung dazu nicht erklären. In Wirklichkeit standen die Dinge so, daß nach Abschluß der Verhandlungen, nach Unterzeichnung bzw. Paraphierung des Abkommens die großbritannische Regierung sich dessen Geheimhaltung ausbedungen hatte. Der Augenblick sei noch nicht gekommen, zumal müsse die deutsche Durchdringung in den portugiesischen Kolonialgebieten erst entsprechend vorgeschritten und durch erhebliche deutsche Kapitalanlagen eben dort „Interessen“ geschaffen sein. So blieb denn das Abkommen als kostbarer aber nicht auszunutzender Schatz in der Schublade liegen. Heute kann nicht mehr zweifelhaft sein, daß jene Verhandlungen nur eingeleitet wurden, jenes Abkommen nur geschlossen worden ist, um das Deutsche Reich hinzuhalten, um der deutschen Regierung die Überzeugung eines intimen Zusammenarbeitens mit Großbritannien zu suggerieren. Die britische Regierung wollte das deutsche Volk an ihren guten und friedlichen Willen glauben machen, weil sie im Hinblick auf die Orientpläne und Rußlands Rüstungen Zeit zu gewinnen wünschte. Die großbritannische Presse jener Zeit war voll von diesem „guten Willen“: Deutschland sei ja expansionsbedürftig, das gestehe man in England bereitwillig zu und habe das größte Interesse daran, zur Friedlichkeit dieser Expansion beizutragen. Wenn Großbritannien den berechtigten deutschen Bestrebungen schroffen Widerstand entgegensetze, so entstehe die Gefahr furchtbarer Explosionen. Deshalb sei es weise und gleichzeitig wohlwollend, den kolonialen deutschen Ehrgeiz in unschädliche Bahnen zu lenken. Man rechnete in England auch darauf, daß diese gewissermaßen verbrieften deutschen Kolonialhoffnungen eine Bremse gegen die Schaffung einer starken deutschen Seemacht bilden würden: Großbritannien bewiese nun in der Praxis seine Vertrauenswürdigkeit und seine freundschaftliche Gesinnung. Deutschland erhielte ein großes Kolonialreich durch hilfreiche britische Bereitwilligkeit, — also wozu noch eine starke deutsche Flotte? Die britische Presse führte weiter aus, daß ein großer deutscher Kolonialbesitz auf lange Zeit hinaus viel Geld kosten und damit von selbst die für weiteren Flottenbau erforderlichen Mittel einschränken werde, außerdem meinte man: die Konzentration der gesamten deutschen Flotte in der Nordsee würde dann aufhören. Das waren Presseansichten. Die britische Regierung hat, wie gesagt, wohl

nie die Absicht gehabt, das sogenannte Angolaabkommen zur Wirklichkeit werden zu lassen, war aber sehr befriedigt, daß die alte Lockspeise von 1898 auch 1912 und 1913 in etwas veränderter Form noch so große Wirkung hatte.

Im Jahre 1912 ebenfalls kamen Verhandlungen zwischen den beiden Mächten über die Bagdadbahn und alle mit diesem Unternehmen zusammenhängenden Fragen in lebhafteren Fluß.

Die Anfänge dieser Wendung reichten in das Jahr 1911 zurück. Je kräftiger der Bau der Bagdadbahn trotz englischen Widerstandes gefördert wurde, je mehr die Bahn sich Bagdad näherte, desto akuter wurde die Frage, wie sich nachher, also für den Weiterbau über Bagdad nach Bassora und von da nach dem Persischen Golfe, die Dinge entwickeln sollten. Wie geschildert worden ist, betrachtete die großbritannische Regierung es als einen Eingriff in ihre vitalen Rechte und Interessen, daß eine unter leitendem deutsch-türkischen Einflusse stehende Bahn bis an den Persischen Golf geführt würde. Weitblickend, wie immer, hatten die britischen Staatsmänner mit den Scheiks von Koweit und Mohammera Abkommen getroffen. Ein formelles Protektorat beanspruchte Großbritannien hier zwar nicht, aber die Regierung betonte die Unabhängigkeit der beiden Scheiks der Pforte gegenüber. Was das, im britischen Sinne verstanden, heißen sollte, bedarf keiner näheren Erklärung. Die britische Vorzugsstellung am Persischen Golfe war von Rußland ausdrücklich anerkannt worden und vom Standpunkte der Machtfrage nicht zu bestreiten. Dieses waren wohl die Hauptgründe, weshalb im Winter 1910/11 die Bagdadbahngesellschaft auf ihr vertragsmäßiges Recht verzichtete, die Bahn bis an den Persischen Golf zu führen. Formal wurde es derart gedreht, daß die Bagdadbahngesellschaft sich auf den Bau der Bahn bis Bagdad beschränkte. Für den Bau des Stückes von Bagdad über Bassora nach einem Punkte des Persischen Golfes bildete sich neu die „Ottomanische Gesellschaft“. Diese war als international unter türkischer Führung geplant, mit der Maßgabe, daß der deutsche Interessent geldlich nicht weniger beteiligt sein sollte als jeder der übrigen. Durch den Verzicht der deutschen Gesellschaft war dem grundsätzlichen britischen Widerstande gegen die Vollendung der Bahn der Boden entzogen worden. Deutscherseits bedeutete der Verzicht ein außerordentliches Entgegenkommen, diktiert freilich durch den immer dringender werdenden Wunsch, endlich energisch und ohne Pausen das Werk fördern zu können. Als Entschädigung erhielt die Bagdadbahngesellschaft das nicht unwichtig erscheinende Recht, den Hafen von Alexandrette auszubauen und ihn durch eine Stichbahn mit der Hauptstrecke der Bagdadbahn bei Osmanje zu verbinden. Hierdurch gewann die Gesellschaft wirtschaftliche Verfügung über einen großen und wichtigen Mittelmeerhafen, dessen Wert unschätzbar gewesen wäre, wenn er nicht unter der

Vormundschaft britischer Seebeherrschung gestanden hätte. Alexandrette nahe gegenüber liegt die Großbritannien gehörende Insel Cypern. Der Wert von Alexandrette, ja die Möglichkeit der wirtschaftlichen Ausnutzung dieses Hafens beruhte mithin auf der Beschaffenheit der deutsch-britischen Beziehungen, und das war eine Schwäche, die sich bei länger dauerndem Frieden steigend als solche gezeigt haben würde.

Die Türkei fühlte sich naturgemäß durch das deutsche Entgegenkommen von dem englischen Drucke und den englischen Schikanen wesentlich erleichtert, die Hohe Pforte erkannte ihn als deutschen Freundschaftsdienst an, und so hatte der Verzicht nach dieser Seite vielleicht politischen Wert.

Die Marokkokrise im Sommer 1911 schuf auch hier eine Pause. Erst im Jahre 1912 begannen die weiteren Verhandlungen über die Bagdadbahn wieder, zugleich mit den Scheinverhandlungen über die portugiesischen Kolonien. Im Frühjahr 1913 erklärte Sir E. Grey im Parlamente: Großbritannien habe die Überzeugung gewonnen, daß die britischen Lebensinteressen durch die Bagdadbahn, bzw. ihre Vollendung nicht mehr gefährdet würden. Damals hatten sich die Verhältnisse folgendermaßen verändert: Der Bau der Strecke Bagdad—Bassora durch die Ottomanische Gesellschaft war von Großbritannien zugestanden worden unter der Bedingung, daß keine Sondertarife oder andere Erschwerungen eingeführt und im Verwaltungsrate zwei englische Mitglieder sich befinden sollten. Die Strecke von Bassora bis zum Persischen Golfe wollte Großbritannien selbst zu bauen das Recht haben und erhielt es. Ob dieses letzte Bahnstück Bassora—Persischer Golf jemals gebaut werden würde, war freilich zweifelhaft, heute ist es eine müßige Frage. Politisch hatte Großbritannien kein Interesse daran, im Gegenteil. Das britische Interesse war dagegen um so größer, die Schiffahrtsverbindung von Bassora durch das Schatt-el-Arab mit dem Golfe in die Hand zu bekommen. Die Unabhängigkeit des Scheiks von Koweit wurde im gleichen Jahre 1913 von der türkischen Regierung anerkannt.

Alles in allem hatte die deutsche Gesellschaft also einen Hauptteil des ursprünglichen Planes aufgegeben, um das unmittelbar praktisch Erreichbare ohne Verzögerung fertigstellen zu können. Auf den Stand und Umfang der Verhandlungen im Jahre 1914 wird noch zurückzukommen sein.

So schien von Anfang des Jahres 1912 an den Gläubigen alles zu einer hoffnunggebenden Entwicklung der deutsch-britischen Beziehungen angetan. Als eine Warnung für offene Ohren freilich klangen die häufigen Reden des neuen Ersten Lords der britischen Admiralität, Mr. Churchill. Während des Haldaneschen Besuches in Berlin erklärte Churchill in öffentlicher Rede: für Großbritannien sei eine meerbeherrschende Flotte eine Lebensnotwendigkeit, während das Deutsche Reich eine starke Flotte nicht brauche.

Die deutsche Flotte sei eine Luxusflotte. Diese Unverschämtheit des britischen Ministers zeigte, was es mit den Haldaneschen Verständigungsbestrebungen auf sich habe. Im Jahre 1915 während des Krieges erklärte Churchill in einer Rede, er habe bei seiner Berufung an die Spitze der Admiralität den Auftrag erhalten: „es als meine ganz besondere Aufgabe zu betrachten, die Flotte in den Stand sofortiger und ständiger Kriegsbereitschaft zu setzen, für den Fall, daß wir von Deutschland angegriffen würden ..." Und Haldane sagte kurz darauf: „Mr. Churchill brachte die Flotte auf einen größeren Stand und höhere Schlagfertigkeit für den Krieg, so daß wir uns im Kraftverhältnis 2 zu 1 Deutschland gegenüber befanden." — Diese beiden Aussprüche sind, an den Ereignissen gemessen, wahr; abgesehen davon, daß selbstverständlich der Hinweis auf einen deutschen Angriff lediglich als Vorwand dienen sollte. Um so unwahrer war es, als Churchill vom Jahre 1912 ab öffentlich erklärte und propagierte, Deutschland möge seine Flotte nicht über ein Stärkeverhältnis von 10 zu 16 der großbritannischen gegenüber vermehren. Der deutsche Staatssekretär des Reichsmarineamtes erklärte daraufhin im Jahre 1913: gegen ein Verhältnis 10 zu 16 zwischen der deutschen und der englischen Schlachtflotte habe er als Leiter seines Ressorts nichts einzuwenden. Auffallenderweise erblickte man in Deutschland wie in einem Teile der öffentlichen Meinung Großbritanniens in diesem Eingehen auf die Churchillsche Anregung einen grundsätzlichen Umschwung der deutschen Flottenpolitik. In Wirklichkeit war davon nicht die Rede. Tatsächlich würde für die deutschen Bedürfnisse das Verhältnis 10 zu 16 genügt haben, es war aber 1912 und 1913 deutscherseits lange nicht erreicht, und es bestand auch später keine Aussicht, es zu erreichen, wenn man nicht eine längere Reihe von Jahren hindurch eine wesentliche Beschleunigung des Bautempos hätte eintreten lassen. Daß davon aber unter den bei der deutschen Regierung maßgebenden Anschauungen nicht die Rede war, wußte Churchill ebensogut wie jedes andere britische Kabinettsmitglied. So konnte er sich mit taktischem Vorteile seine Vorschläge leisten. Das Eingehen des deutschen Staatssekretärs darauf war ihm auffallend unbequem, und er beeilte sich, in der Folge immer mehr Einschränkungen seiner Äußerung eintreten zu lassen. So erklärte Churchill, für das Verhältnis 10 zu 16 rechneten die in den außerheimischen Gewässern weilenden Schiffe nicht mit, ja auch nicht die im Mittelmeere stationierten. Ferner rechnete er ab die von den britischen Kolonien geschenkten oder noch zu schenkenden, und schließlich meinte er, daß das Verhältnis 10 zu 16 nicht mehr genügen werde, sobald die sogenannten Vordreadnoughtschiffe veraltet seien; das wäre aber schon in den nächsten Jahren eingetreten. Kurz, es ließ sich schon bald nicht mehr verbergen, daß der Vorschlag des Ersten Lords nicht nur unpraktisch, sondern

unehrlich gemeint war. Des weiteren schlug Churchill in steigender Wiederholung vor: die Seemächte, in erster Linie Deutschland und Großbritannien, sollten, um die Last der Rüstungen zu vermindern, ein sogenanntes Flottenfeierjahr einlegen, d. h. ein Jahr lang keine Neubauten in Angriff nehmen. Dann würde das Stärkeverhältnis der Flotten untereinander das gleiche bleiben und gleichwohl eine merkliche internationale Erleichterung eintreten. Auch dieser Vorschlag war unehrlich gemeint. Er bezweckte zweierlei: Im Falle seiner Ablehnung Deutschland als den Friedensstörer und „Wettrüster“ erscheinen zu lassen, bei seiner Annahme Deutschland in Nachteil zu bringen, denn bei der Verschiedenheit der Verhältnisse würde ein solches Feierjahr Großbritannien einen bedeutend weiteren Vorsprung gebracht haben. Im Frühjahr 1913 äußerte sich der Deutsche Reichskanzler zu diesen Fragen folgendermaßen:

„Mr. Churchill hat in der großen Rede, die er neulich gehalten hat, das Stärkeverhältnis zwischen der englischen und der deutschen Flotte beleuchtet und hat dabei einen Gedanken wiederholt, den er bereits im vorigen Jahr, und zwar gleichfalls im Parlament, ausgesprochen hatte, den Gedanken, daß zur Verminderung der Rüstungskosten die Schiffswerften der großen Mächte von Zeit zu Zeit ein Jahr Feiertag machen möchten. Mr. Churchill hat diesen Vorschlag speziell an Deutschland, und zwar für 1914 und 1915, gerichtet, aber er hat anerkannt, daß alle Großmächte an dieser Kontingentierung beteiligt werden müßten. Die Marinesachverständigen diesseits und jenseits der Nordsee haben, wie mir scheint, ziemlich übereinstimmend auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die in der Ausführung dieses Problems liegen würden. Mr. Churchill selbst hat diese Schwierigkeiten zugegeben. Auch mir ist nicht bekanntgeworden, daß sein Gedanke im englischen Parlament oder in der englischen öffentlichen Meinung besonderen Anklang gefunden hätte. Wir werden also abwarten können, ob die englische Regierung mit konkreten Vorschlägen hervortreten sollte.

Aber, meine Herren, die Tatsache, daß dieser Gedanke ausgesprochen worden ist, und die Form, in die ihn der Erste Lord der englischen Admiralität gekleidet hat, bedeuten doch einen großen Fortschritt.

Es gab eine Zeit, wo jedes Wort, das einem Vergleich der englischen und der deutschen Seestärke, einem Vergleich des englischen und deutschen Schiffbaus galt, zu einem Navy scare, zu einer Flottenhetze, führte, die immer wieder die deutsch-englischen Beziehungen vergiftete. Mir scheint — und ich hoffe es —, daß diese Zeiten der Vergangenheit angehören. Mir scheint, daß das Vertrauen wieder zurückzukehren beginnt, das lange Zeit zum Schaden beider Länder und der Welt gefehlt hat.“ —

Wenige Monate vorher hatten Sir E. Grey und im Namen der französischen Regierung der Londoner Botschafter, Paul Cambon, Briefe

miteinander ausgetauscht, welche, wennschon in vorsichtiger Form, die zwischen Frankreich und Großbritannien bestehende Militärkonvention politisch ergänzten und bekräftigten und Andeutungen machten, die über die nicht nur defensive, sondern auch offensive Natur der britisch-französischen Beziehungen keinen Zweifel ließen. Diese Briefe wurden — nach einer Veröffentlichung der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung vom Oktober 1914 — durch einen nicht genannten auswärtigen Vertreter des Deutschen Reiches der deutschen Regierung mitgeteilt, und zwar im März 1913. Wenige Tage später hielt der Deutsche Reichskanzler die oben im Auszuge angeführte Rede, in welcher er seiner Genugtuung über die Rückkehr des Vertrauens zwischen den beiden Mächten Ausdruck gab. Der Reichskanzler hat also dem Grey-Cambonschen Briefwechsel nicht die Bedeutung zugemessen, welche ihm zukam. In dem gleichen diplomatischen Berichte des deutschen Vertreters vom März 1913 wurde die durch den Krieg bestätigte Mitteilung gemacht: „Bezüglich der Abmachungen wegen einer Kooperation zur See erfahre ich von gewöhnlich gutunterrichteter Seite das Folgende: die englische Flotte übernimmt den Schutz der Nordsee, des Kanals und des Atlantischen Ozeans, um Frankreich die Möglichkeit zu geben, seine Seestreitkräfte im westlichen Becken des Mittelländischen Meeres zu vereinigen, wobei ihm als Stützpunkt für die Flotte Malta zur Verfügung gestellt wird. Die Einzelheiten beziehen sich auf die Verwendung von französischen Torpedoflottillen und Unterseebooten im Kanal und des englischen Mittelmeergeschwaders, das bei Ausbruch des Krieges dem französischen Admiral unterstellt wird.“ Auch das waren keine Vorbereitungen defensiver Natur, keine Dokumente britisch-französischer Vertrauenswürdigkeit. Im gleichen Jahre der deutsch-englischen Verständigung 1912 war die gesamte französische Flotte, wie vorher geschildert, im Mittelländischen Meere vereinigt worden, und im August war anläßlich einer Reise des französischen Ministerpräsidenten Poincaré nach Petersburg eine französisch-russische Flottenkonvention abgeschlossen worden. Anfang Juli aber waren Kaiser Wilhelm und der Zar an der russischen Ostseeküste zu Baltischport zusammengetroffen. Man maß deutscherseits dieser Begegnung große Bedeutung bei. Kaiser Wilhelm wurde vom Reichskanzler begleitet, der Zar von seinem Ministerpräsidenten Kokowzow und dem Minister des Auswärtigen, Ssasonow. Damit gewannen die Gespräche zu Baltischport einen politischen und amtlichen Charakter, und dementsprechend wurden für die deutsche wie für die russische Presse amtliche Kommuniqués erlassen. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung brachte den Satz: „Die Zusammenkunft hat auf beiden Seiten den Willen befestigt, dauernde Fühlung zwischen Deutschland und Rußland in den großen Tagesfragen zur Wahrung des europäischen Friedens zu unter-

halten." — Die „Rossija" aber schrieb: „Der Gedankenaustausch ergab aufs neue den festen Entschluß, die zwischen beiden Ländern bestehenden altehrwürdigen Überlieferungen hochzuhalten. Die Begegnung soll keine Änderung in der Gruppierung der europäischen Mächte herbeiführen, deren Wert für die Aufrechterhaltung des Gleichgewichtes und des Friedens sich erwiesen hat. Sie bezeugt aber einerseits die feste und dauernde Freundschaft zwischen Deutschland und Rußland, anderseits ist sie ein beredter Ausdruck der friedlichen Grundrichtung, welche die Politik beider Reiche gleichmäßig bestimmt."

Diese amtlichen Mitteilungen, besonders die russische, erregten großes Aufsehen. In der französischen Presse machte sich teilweise ein gewisses Mißbehagen geltend. Die führenden Organe in Frankreich jedoch und in Großbritannien erfaßten den Sinn der Sache besser. Sie stellten ausdrücklich und triumphierend fest, daß das russische Kommuniqué, dessen Inhalt und Form — ebenso wie umgekehrt — mit den anwesenden Vertretern der deutschen Regierung vereinbart worden war, eine ausdrückliche Anerkennung des friedlichen Charakters der Tripelentente brachte: „Die Begegnung soll keine Änderung in der Gruppierung der europäischen Mächte herbeiführen, deren Wert für die Aufrechterhaltung des Gleichgewichtes und des Friedens sich erwiesen hat." — Damit erkannte — so hieß es — also auch die deutsche Regierung an, daß die Tripelentente dem Frieden diene und indirekt, daß von einer Einkreisungspolitik gegen Deutschland nicht die Rede sein könne. Möglicherweise hat der Deutsche Reichskanzler damals geglaubt, er werde durch diese unverdiente Charakterisierung einer dem Kriege gegen Deutschland dienenden Organisation die Gegensätze der beiden großen Gruppen in Europa mildern; möglicherweise befand er sich im Irrtume über den Charakter der Tripelentente. Auch hat er wohl auf den Gang der Verständigungsverhandlungen mit England günstig einwirken wollen. Der Staatssekretär v. Kiderlen-Waechter war zur Reise nach Baltischport nicht zugezogen worden.

Das russische Kommuniqué von Baltischport sprach ferner von der „friedlichen Grundrichtung, welche die Politik beider Reiche gleichmäßig bestimmt". Für das Deutsche Reich traf das im wahren Sinne des Begriffes zu. Die deutsche Politik bedeutete tatsächlich ein unausgesetztes Streben, den Frieden zu erhalten. Bei Rußland war das Gegenteil der Fall. Die russische Politik und ihre Vertreter verdienten das ihnen geschenkte deutsche Vertrauen ebensowenig wie die Leiter der großbritannischen Politik.

Im August 1912 hatte die Begegnung zu Baltischport mit den Versicherungen des Vertrauens und der Friedlichkeit stattgefunden, und im September reiste Herr Ssasonow nach Großbritannien, um dort die Inszenierung des vorbereiteten Balkankrieges mit den britischen Staats-

männern näher zu vereinbaren. Dem gleichen Zwecke hatte, neben anderem, der erwähnte Besuch Herrn Poincarés in St. Petersburg gedient. Die Mine war gelegt und zur Sprengung bereit, welche nach den Berechnungen der Staatsmänner des Dreiverbandes unter russischer Regie sowohl dem Türkischen Reiche wie Österreich-Ungarn die Grundfesten ihrer Machtstellung zertrümmern sollte.

Nach allen inzwischen eingetretenen Ereignissen und Enthüllungen kann nicht zweifelhaft sein, daß die Mächte des Dreiverbandes gerade im Jahre 1912 mit Sorgfalt alles taten, um die deutsche Aufmerksamkeit von diesem großen Plane abzulenken und deutsches Mißtrauen fernzuhalten. Zum großen Teile aus diesem Grunde übertrieb die russische Presse auf höheren Befehl die Bedeutung der Zusammenkunft von Baltischport ins Ungeheuerliche. Führende deutschfeindliche Blätter wie die „Nowoje Wremja“ schrieben überschwenglich begeisterte Artikel über ein russisch-deutsches Zusammengehen. Ein Teil der französischen Zeitungen war, wie gesagt, schlecht gelaunt und ließ sich kurze Zeit durch die Mache täuschen. Als Nebenzweck verfolgte diese russische Mache ebenso wie anläßlich des Potsdamer Abkommens, nach russischer Art den Zweck, sich Frankreich politisch und finanziell gefügig zu machen und zu zeigen, daß Rußland nur den Finger auszustrecken brauche, um in ein enges Verhältnis zum Deutschen Reiche zu gelangen. Großbritannien bedurfte keiner besonderen Kundgebungen, um seinerseits das gleiche hinsichtlich Deutschlands zu beweisen. Mit welcher Festigkeit die Leiter der russischen Politik im Grunde zu den Westmächten hielten, geht, um nur ein Beispiel zu wählen, aus der folgenden Tatsache hervor: Der derzeitige Botschafter zu Konstantinopel, Herr Tscharykow, versuchte, wie russische Botschafter und Gesandte häufig, eine aktive Politik auf eigene Hand zu machen und die Hohe Pforte zur Freigabe der Meerengendurchfahrten für russische Kriegsschiffe zu bewegen. Diese Machinationen des Botschafters erregten in London solches Mißfallen, daß die in Kenntnis gesetzte französische Regierung sich mit der dringenden Vorstellung nach Petersburg wandte: Tscharykow müsse sofort Konstantinopel verlassen, sonst sei die Festigkeit des Dreiverbandes in Gefahr. — Und Herr Tscharykow wurde ungesäumt abberufen, die jedem Russen so teure Meerengenangelegenheit fallen gelassen.

## Der letzte Akt.

Im Sommer des Jahres 1912 brachte die großbritannische Presse die Nachricht: die slawischen Balkanstaaten hätten sich zu einem Bunde, dem Balkanbunde, zusammengeschlossen. In Mitteleuropa wurde die Nachricht mit skeptischem Unglauben aufgenommen. Es hatte schon so oft geheißen,

der Balkanbund, sei es mit der Türkei oder ohne sie, sei fertig, und nie war etwas daraus geworden. Man betrachtete die Schaffung des Balkanbundes ähnlich wie die Quadratur des Kreises und hielt einen solchen Zusammenschluß wegen der tiefen Gegensätze und der politischen und nationalen Leidenschaftlichkeit der Balkanstaaten für unmöglich. Trotzdem war er Ereignis geworden. Es ist im Rahmen dieser gedrängten Schilderung der Politik des Deutschen Reiches nicht möglich, die damaligen Balkanereignisse, so interessant und wichtig sie sind, eingehend darzulegen. Sie gehören im eigentlichen Sinne des Wortes ebenso wie die Balkankriege 1912/13 selbst zur Vorgeschichte des Weltkrieges und werden in dieser ausführlich behandelt werden. Hier müssen wir uns auf die Grundzüge und Hauptpunkte beschränken.

Die Balkanbundbestrebungen des Jahres 1908/09 waren gescheitert, freilich nicht restlos, denn eine gewisse Neigung zu gegenseitiger Annäherung zwischen Bulgarien und Serbien war geblieben. Diese Neigung verstärkte sich im Laufe der folgenden Jahre durch die großen und anscheinend unüberwindbaren Schwierigkeiten, welche das jungtürkische Regime im Inneren des Reiches fand. Die jungtürkischen Leiter des Reiches trieben unter der Parole „Einigung und Fortschritt" eine Politik der schematischen Zentralisierung der aus so verschieden gearteten Stämmen, Nationalitäten und Religionsbekenntnissen zusammengesetzten Bevölkerung, welche von vornherein an ihrer Unmöglichkeit scheitern mußte. So Ungleichartiges konnte nicht, vor allem nicht schnell und gewaltsam, gleichartig gemacht werden. Dazu kam, daß die türkische Regierung nicht Zeit hatte, sich diejenige Machtstellung politisch und finanziell zu schaffen, welche eine der Grundbedingungen für derartiges, in der Türkei beispielloses Durchgreifen gewesen wäre. Schon im Jahre 1909 begannen schwere Unruhen in Albanien. Die Albaner hatten unter Abdul Hamid, der die Schwierigkeit kannte, eine bevorzugte und sehr freie Stellung gehabt. Die Jungtürken wollten sie zum Gehorsam, vor allem zur Abgabe ihrer Waffen zwingen. Gerade diese Forderung war ein Fehler, denn die Albaner betrachteten nichts in höherem Grade als ihr geheiligtes Recht wie das freie Tragen der Waffe. Der Aufstand 1909 wurde niedergeschlagen. 1910 wurde ein zweiter Aufstand mit großem Aufgebote wiederum niedergeschlagen, und die bedenkliche Folge war, daß ein Teil der christlichen Albaner nach Montenegro floh und die Losreißung Albaniens vom Türkischen Reiche erörtert wurde. Die Jungtürken versuchten nun in Güte die Sache beizulegen, und das gelang auch, aber nur für kurze Zeit. In der ersten Hälfte des Jahres 1912 brach aufs neue ein Albaneraufstand aus, in dem wiederum die Losreißung Albaniens von der Türkei proklamiert wurde. Die Pforte ist damals anscheinend geneigt gewesen, in den Verhandlungen mit Albanien zu einer

dauernden Vereinbarung zu gelangen und den Albanern einen erheblichen Grad von Selbständigkeit zu geben. Auch der österreichisch-ungarische Minister des Auswärtigen, Graf Berchtold, der Nachfolger des verstorbenen Grafen Aehrenthal, riet der Pforte hinsichtlich Albaniens zur Dezentralisierung, und es scheint in der Tat, daß eine solche halb unabhängige Stellung Albaniens innerhalb des damaligen Türkischen Reiches erwogen worden ist. Damit würde aber auch das damalige türkische Mazedonien, welchem die Albaner stets zustrebten, unter albanische Herrschaft geraten sein. Darüber gab es keinen Zweifel.

Mazedonien bildete gewissermaßen den Kristallisationspunkt der gefährlichen Balkanfragen überhaupt. Hier wütete seit Jahrzehnten das Treiben der sog. Komitatschis serbischer und bulgarischer Provenienz. Hier brachen die albanischen Banden ein, und hier versuchten die türkischen Behörden und schwachen Truppenkontingente vergeblich Ruhe und Ordnung zu schaffen, übten dabei vielfach auch ein Regiment der Willkür und Unduldsamkeit. In Mazedonien setzte die mit unbeschränkten Geldsummen arbeitende Propaganda des englischen „Balkankomitees“ ein, um der Kultur, Zivilisation und Freiheit der Menschheit willen den Bandenkrieg zu schüren und dann die Türkei bitter anzuklagen, daß sie noch immer nicht die nötigen Reformen in Mazedonien einführe. Daß die Notwendigkeit von Reformen vorlag, war nicht zu bestreiten, ebensowenig aber, daß die britischen und russischen Balkanumtriebe es der schwer um ihr staatliches Dasein kämpfenden Türkei planmäßig unmöglich machten, schnell solche Reformen wirksam einzuführen. Schwere Aufstände in Arabien und die üblichen Unruhen in Armenien kamen hinzu.

Auf das mazedonische Gebiet waren die Expansionsbestrebungen Serbiens wie Bulgariens gerichtet. Je mehr unterwühlt das Gebäude des Türkischen Reiches erschien, desto lebendiger wurden die Hoffnungen Serbiens wie Bulgariens, der Augenblick zum Handeln stehe bevor. Für Bulgarien tauchte, abgesehen von Ostmazedonien, auch Konstantinopel als altes Ziel auf, und Serbien, das sich 1909 nur unter äußerstem Drucke gefügt hatte, strebte nach dem Adriatischen Meere. Der Weg dahin mußte durch Albanien hindurch und nach einem albanischen Hafen führen. Die Annexion Bosniens und der Herzegowina durch Österreich-Ungarn hatte einen anderen Weg Serbiens nach der Adriatischen Küste ohne vorherige Vernichtung Österreich-Ungarns unmöglich gemacht. Der neue Weg aber erschien deshalb ganz besonders hoffnungverheißend, weil er durch den Sandschak Nowibasar geführt hätte. Dieses zum großen Teil serbisch bevölkerte Gebiet aber hatte bekanntlich Österreich-Ungarn 1909 dem Türkischen Reiche zurückgegeben und auf alle eignen früheren vertraglichen Rechte verzichtet. — Unter solchen Verhältnissen mußte es für die

bulgarischen, hauptsächlich für die serbischen Zukunftspläne einen vernichtenden Schlag bedeuten, wenn Albanien etwa eine gewisse Selbständigkeit erhielte und gleichzeitig Mazedonien dem albanischen Einflusse verfiele. Außerdem war bulgarischer- wie serbischerseits auch viel wirkliche Volkserbitterung wegen der Leiden der beiderseitigen Volksgenossen in Mazedonien vorhanden. Das ließ sich nicht leugnen.

In St. Petersburg nahm man die gegenseitige Annäherungsneigung der beiden einander früher so feindlichen Balkanmächte mit Verständnis und Genugtuung auf. Der vielgenannte russische Gesandte zu Belgrad, Herr v. Hartwig, begriff, was sich alles im Sinne des großen russischen Expansionszieles aus einer bulgarisch-serbischen Verbindung machen lassen könne, und förderte die Bestrebungen mit ebensoviel Regsamkeit wie Geschick. Hartwig, der Sohn eines deutschen Arztes, vertrat durch seine tief eingreifende Tätigkeit die sog. allslawische oder neuslawische Richtung. Sie stimmte überein mit derjenigen der Petersburger Hofpartei, welche von der Zarin-Mutter und dem späteren russischen Generalissimus, dem Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch, geleitet wurde. Die offizielle Politik der russischen Regierung bzw. Herrn Ssasonows war es nicht. Diese konnte man positiv nicht charakterisieren. Sie gab keine Richtung an, sondern versuchte, die Hofpartei und die Allslawen zu bremsen, bisweilen ihnen auszuweichen, große Entscheidungen zu vertagen, die europäischen Beziehungen Rußlands nach beiden Seiten zu fördern oder zu erhalten. Sooft es aber den rührigen Führern und Vertretern der Hofpartei und der Allslawen gelungen war, eine neue Lage zu schaffen oder aktiv vorzubereiten, mußte auch das amtliche Rußland früher oder später in diese Bahn einlenken. Es war beinahe immer ein wesentliches Merkmal der russischen Politik, daß Botschafter und Gesandten des Zarenreiches in Europa jedenfalls an allen wichtigen Posten energische, selbständige und entschlossen deutschfeindliche Persönlichkeiten waren. Ausgenommen war davon allein der Berliner Botschafterposten. Ihn vertrat ein unfähiger weltmännischer Greis, Graf v. Osten-Sacken, und danach Herr Swerbejew, ein Mann ohne Bedeutung. Im übrigen aber waren die russischen Botschafter Leute, die zielbewußt ihren Weg gingen und sich um Weisungen Herrn Ssasonows wenig kümmerten. Nur Tscharykow war gefallen, weil er zu weit gegangen war und den Bestand des Dreiverbandes in Frage gestellt hatte, außerdem Konkurrent Ssasonows war.

Dem Gesandten v. Hartwig war es ebenso wie der Petersburger Regierung sehr gleichgültig, ob Christen in Mazedonien gemißhandelt wurden. Von größter Bedeutung aber mußte ihnen eine bulgarisch-serbische Verbindung im Zeichen des Allslawismus erscheinen. Es war klar, daß sich Montenegro einem solchen Bunde ohne weiteres anschlösse. Damit

würde Rußland eine Barre quer über die Balkanhalbinsel errichtet haben, welche Österreich-Ungarn vom Südbalkan abschnitt und gleichzeitig das Deutsche Reich von der Türkei. Es liegt auf der Hand, daß Großbritannien einen solchen Zustand gleichfalls mit der größten Genugtuung begrüßen und seine Herbeiführung unterstützen mußte. Das Revaler Programm von 1908 konnte, wennschon auf etwas andere Weise, als damals gedacht war, nicht zweckmäßiger zur Verwirklichung gelangen. Rußland hatte seit 1909 die serbische Wut und Geringschätzung gegen Österreich-Ungarn ständig geschürt und für später russischen Beistand versprochen. Die Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Serbien waren weder politisch noch wirtschaftlich besser geworden, und die großserbische Propaganda arbeitete auf der Grundlage einer weitverzweigten Organisation mit Wort und Schrift, mit Dolch und Bombe in Bosnien wie in Kroatien und Ungarn. Während und nach der Bosnischen Krisis waren, wie wir gesehen haben, die Beziehungen zwischen Bulgarien und Österreich-Ungarn gute und zeitweise intime. Bulgariens Stellung auf dem Balkan war stark gewachsen und damit auch sein Unabhängigkeitsgefühl. Für die Ziele der russischen Politik aber war es eine entscheidende und unschätzbare Vorbedingung, daß nunmehr Serbien und Bulgarien sich einander näherten. Diese Annäherung beruhte — und das bildet den Angelpunkt des damaligen Umschwunges — auf dem gemeinsamen Wunsche der beiden Mächte, ihr Gebiet auf Kosten der Europäischen Türkei zu erweitern. Rußland wie Großbritannien konnten mit diesem Ziele nicht nur einverstanden sein, sondern mußten es fördern, wie sie nur konnten: erstens, weil sie die Türkei schwächen und vernichten wollten, besser gesagt: vernichten l a s s e n wollten, und zwar am liebsten durch Balkanstaaten, zweitens, weil damit die Ziele und Interessen des Deutschen Reiches und Österreich-Ungarns gefährdet oder zerstört wurden, und drittens, weil durch die Verbindung Bulgariens mit Serbien eine mächtige neue Koalition entstand, die ihre Spitze gegen Österreich-Ungarn richtete und den Bestand der Doppelmonarchie je länger desto schwerer gefährden würde.

Im Anfang des Jahres 1912 war ein Bündnisvertrag zwischen Bulgarien und Serbien zustande gekommen, der sich einerseits gegen die Türkei richtete und zum Ausdruck brachte, daß die beiden Mächte gemeinsam Reformen in Mazedonien von der Pforte durchsetzen wollten und sich gegenseitig beistehen würden, wenn sie von der Türkei oder — von Österreich-Ungarn angegriffen werden sollten. Im Laufe der Monate und angesichts der steigenden Verschlechterung der Zustände in der Europäischen Türkei wurde das serbisch-bulgarische Bündnis allmählich in ein Offensivbündnis umgewandelt, auch schon die Teilung Mazedoniens ins Auge gefaßt. Für Meinungsverschiedenheiten nahm man die Entscheidung des russischen

Zaren in Aussicht. Der Vertrag wurde durch eine Bestimmung ergänzt, welche Bulgarien zur militärischen Hilfe für Serbien verpflichtete, wenn dieses von Österreich-Ungarn gehindert werden sollte, seinen Weg durch den Sandschak Nowibasar und Albanien nach dem Adriatischen Meere zu nehmen.

Während derselben Monate verhandelte Griechenland wegen der kretensischen Verhältnisse mit der Pforte und gelangte zu keinem Einverständnis. An dieser griechisch-türkischen Meinungsverschiedenheit setzte Bulgarien ein und zog den griechischen Ministerpräsidenten Venizelos ins Vertrauen. Die Folge war im Frühsommer 1912 der Abschluß eines bulgarisch-griechischen Vertrages: Bulgarien und Griechenland verpflichteten sich zu gemeinsamer Durchsetzung von Reformen in der Europäischen Türkei und zu gegenseitiger Waffenhilfe, falls eines von ihnen durch die Türkei angegriffen würde. Mit Serbien schloß Griechenland damals keinen Vertrag. Dagegen kam es im Frühherbst 1912 zum Abschlusse von Militärkonventionen Griechenlands mit Serbien und Bulgarien, welch letztere untereinander bereits im Frühjahr eine Militärkonvention geschlossen hatten, unter genauer Festlegung der Truppenstärken, welche die beiden Mächte zum Kampfe gegen die Türkei und eventuell auch gegen Österreich-Ungarn zu stellen hätten. Mit Montenegro waren ebenfalls Abmachungen getroffen worden.

So war die große Balkanorganisation mit einem Male nicht nur fertig, sondern kampfbereit. Die Türkei befand sich damals noch im Kriege mit Italien, außerdem, wie erwähnt worden ist, in den furchtbarsten inneren Schwierigkeiten, dazu kamen in Parlament, Regierung und politischen Kreisen scharfe und lähmende Gegensätze. Die angeführte Mahnung des Grafen Berchtold zur Dezentralisation und seine diplomatischen Schritte bei den anderen Mächten, um die Interessen der Türkei und der Balkanvölker auf friedlichem Wege annähernd in Einklang zu bringen, kamen zu spät und scheiterten. Im August forderte die bulgarische Regierung die Türkei auf, die Reformen in Mazedonien vorzunehmen, Ende September überreichten die Balkanbundmächte die Reformvorschläge bei der Pforte. Kurze Verhandlungen folgten, und am 8. Oktober wurden die Feindseligkeiten durch Montenegro eröffnet. Unmittelbar darauf stand der Balkan in Flammen, Bulgarien, Serbien, Griechenland und Montenegro führten ihren Angriffs- und Eroberungskrieg gegen die Europäische Türkei mit der Parole: Befreiung der christlichen Balkanvölker vom türkischen Joche.

Dieser Balkankrieg von 1912, aus dessen Folgen mittelbar der Weltkrieg 1914/15 hervorgegangen ist, kann nur aus seiner Entstehungsgeschichte verstanden werden. Deshalb hat diese in großen Zügen kurz skizziert werden müssen. Von maßgebender Bedeutung für das Verständnis der

Vorgeschichte des Balkankrieges und seines Zieles ist die Tatsache, daß man in Rußland nicht nur über jede Phase und jeden Schritt der Balkanmächte unterrichtet war, sondern die Fäden selbst in der Hand hielt, den Zeitpunkt zum Losschlagen bestimmte und schon Monate vor dem Beginn des Krieges die Schiedsrichterschaft des Zaren für den Fall von Meinungsverschiedenheiten unter den Verbündeten von diesen hatte anerkennen lassen. Der russische Gesandte zu Belgrad, Herr v. Hartwig, war gewissermaßen Führer der starken aufklärenden und bahnbrechenden Balkanvorhut des großen russischen Ansturmes, dessen Zeitpunkt noch nicht gekommen war, der über Wien und Berlin nach Konstantinopel führen sollte. Hartwig arbeitete mit der Selbständigkeit und Kühnheit, die auch militärisch von einem solchen Führer verlangt wird, scheute keine Verantwortung und nahm es der Petersburger Regierung nicht übel, wenn sie gelegentlich „von ihm abrückte". Kurz, der politische Feldzugsplan der Balkanmächte war russischen Ursprungs, und der Einigungspunkt, in dem sie sich fanden, war der Träger der russischen Politik auf der Balkanhalbinsel und durch ihn die russische Regierung und der Zar, ja ganz Rußland. Das russische Ziel 1912 war im wesentlichen das gleiche wie 1908, aber durch den Balkanbund hatten sich die Verhältnisse enorm günstig im Vergleiche zu 1908 für Rußland und seine Bundesgenossen verschoben.

Daß die Londoner und Pariser Regierung in alle Geheimnisse der Balkanbundfabrik eingeweiht waren, ihre Arbeit unterstützten, ja die eigentlichen Drahtzieher waren, braucht nicht gesagt zu werden. Der Besuch Ssasonows in England und der des Ministerpräsidenten Poincaré in Petersburg, von denen bereits gesprochen wurde, dienten der Verabredung für die letzten Vorbereitungen und den Zeitpunkt zum Losschlagen. Erst im Lichte dieser Tatsachen gewinnt nicht nur die deutsch-russische Zusammenkunft von Baltischport mit dem herzlich freundlichen russischen Kommuniqué ihr richtiges Ansehen, sondern vor allem gilt dies auch von den herzlichen und vertrauensvollen Verhandlungen zwischen Großbritannien und dem Deutschen Reiche während der ganzen Zeit. Die politische Entwicklung vom Balkankriege an bis zum Weltkriege kann einigermaßen richtig nur dann beurteilt werden, wenn man sich ständig bewußt bleibt, daß nicht die Balkanstaaten allein, nicht Rußland mit den Balkanstaaten allein, sondern der Dreiverband mit den Balkanstaaten den Ansturm auf die Europäische Türkei 1912 organisiert und in Bewegung gesetzt hat.

In Deutschland und Österreich-Ungarn schlug die Kriegserklärung der Balkanstaaten wie eine Bombe ein. Man hatte bis zum letzten Augenblicke noch geglaubt, der Frieden könne erhalten bleiben. Auch die Berliner und Wiener Finanzkreise zeigten merkwürdigerweise bis zuletzt einen unverwüstlichen Optimismus. Über Balkanbund und ähnliches war zwar schon

seit Monaten geschrieben und gesprochen worden, aber man glaubte eben nicht oder wollte nicht glauben, daß das so oft mißglückte Experiment jetzt wirklich geglückt sei. Anderseits wurden die Balkanstaaten ihrer militärischen Kraft nach zu Wien wie zu Berlin sehr stark unterschätzt, während man die damalige militärische Organisation und Bereitschaft des Türkischen Reiches in Europa ebenso stark überschätzte. Das ist vielleicht mit das Merkwürdigste bei jenen Vorgängen. Ob ein Krieg ausbricht oder nicht — das läßt sich oft bis zum letzten Augenblick nicht voraussagen. Eine Kleinigkeit, ein Zufall kann den Ausschlag nach der einen oder nach der anderen Seite geben. Anders steht es mit der Einschätzung der Kraft und militärischen Bereitschaft eines Staates. Gesandte, vor allem Militärattachés, ferner Geschäftsträger, Konsuln usw. müssen sich hier ein annähernd richtiges Bild machen können. Auf deutscher wie auf österreichisch-ungarischer Seite ist das damals nicht der Fall gewesen. Man täuschte sich nicht nur über die Wahrscheinlichkeit des Kriegsausbruches, sondern auch vollkommen über die Stärkeverhältnisse. v. Kiderlen-Waechter war bei Beginn des Krieges der sicheren Überzeugung, die Türken würden sich ihrer vielen Feinde mit Leichtigkeit erwehren, wenn auch diese nicht vernichten können. Deswegen sah der deutsche Staatssekretär dem Verlaufe des Kampfes auch mit Ruhe entgegen und vertrat führend im Rate der Großmächte den Standpunkt der Erhaltung des Status quo auf dem Balkan, einerlei, wie die Kämpfe sich gestalten würden. Die übrigen Mächte gingen ohne weiteres darauf ein. Das Rad war im Rollen, und die wissenden Mächte des Dreiverbandes konnten die Entwicklung nunmehr ruhig den Waffen überlassen. Die Proklamierung des Status quo sollte da den Balkanstaaten sagen: Schlagt euch so viel ihr wollt, territorialen Gewinn werdet ihr davon nicht haben! — Und der französische Ministerpräsident Poincaré kam mit dem Vorschlage: alle Mächte sollten ihr „absolutes Desinteressement auf der Balkanhalbinsel erklären“. Dieses hinterlistige Ansinnen richtete sich gegen Österreich-Ungarn, gegen dessen Lebensinteressen, Sicherheit und Bestand in erster Linie — neben denen des Türkischen Reiches — der Balkankrieg vom Dreiverbande organisiert worden war. Selbstverständlich erklärte sich Österreich-Ungarn nicht bereit dazu und ebensowenig Italien, denn eine Ausdehnung Serbiens an das Adriatische Meer lief auch dem italienischen Interesse zuwider. Das Deutsche Reich stand, ohne an diesen Einzelfragen direkt beteiligt zu sein, hinter seinen beiden Bundesgenossen. In demselben Augenblick begann nach dem Muster von 1908/09 eine ebenso feindliche wie gehässige Hetze Frankreichs, Rußlands und Serbiens gegen Österreich-Ungarn. Das war schon damals, als der europäischen Öffentlichkeit die Entstehungsgeschichte des Balkanbundes noch unbekannt war, ein bedeutsames und warnendes Symptom.

Der Grundsatz der Erhaltung des Status quo ging mit großer Schnelligkeit in Trümmer. Es zeigte sich, daß die verbündeten Balkanmächte dem Türkischen Reiche in Europa bei weitem überlegen waren. Sie nahmen ihm in raschem Siegeslaufe beinahe sein ganzes europäisches Gebiet ab. Die Bulgaren rückten nach den siegreichen Schlachten bei Kirkkilisse und Lüle Burgas bis an die letzte Verteidigungslinie Konstantinopels, die Tschataldschalinie, vor. Die Serben besetzten Ueskub und Monastir, die Griechen gelangten unter glänzenden militärischen Leistungen nach Saloniki, besetzten außerdem ein halbes Dutzend Inseln. Die Vereinigung Kretas mit Griechenland wurde verkündet.

Eine Macht, welche selbst bei Vorhandensein des Willens imstande gewesen wäre, angesichts dieses türkischen Zusammenbruches den Gebietszustand wie vor dem Kriege wiederherzustellen, gab es nicht. So ließen die Großmächte denn die Status-quo-Formel fallen. An ihre Stelle trat die Doktrin der Nationalität auf dem Balkan: jede Nationalität sollte das Recht auf Selbständigkeit erhalten oder nach Möglichkeit mit ihrem Gebiete ihren staatlich organisierten Volksgenossen angeschlossen werden. Das war die elastische Forderung der Balkanmächte und des hinter ihnen stehenden Dreiverbandes.

Österreich-Ungarn und das Deutsche Reich sahen sich vor einer wenig erfreulichen Lage. Alles hatte sich anders gewendet, als sie vorausgesetzt hatten. Die Türkei war zusammengebrochen, die Balkanmächte Herren der Lage. Im Deutschen Reiche tröstete man sich freilich zunächst mit dem vermeintlich so vertrauensvollen Zusammenarbeiten mit den Regierungen zu London und zu Paris. Beide betonten ihren Wunsch, den Frieden zu erhalten, und hegten diesen Wunsch auch, denn eine bessere, risikolosere und billigere Gelegenheit, Österreich-Ungarn zu schwächen, auf dem Balkan zu isolieren und die Verbindung zwischen dem Orient und den Mittelmächten zu unterbrechen, war nicht vorstellbar. Dagegen versuchte man in London und in Paris, durch Hetze gegen Österreich-Ungarn und dessen angebliche Eroberungslust einen Keil zwischen Wien und Berlin zu treiben. Italien hatte den Balkankrieg, dessen Vorgeschichte ihm keineswegs unbekannt geblieben war, als Befreiung aus seinen schweren tripolitanischen Nöten begrüßt. Eben infolge des Angriffs der Balkanmächte sah sich die Pforte veranlaßt, ihren Frieden mit Italien zu machen, und öffnete ihm damit die Sackgasse des tripolitanischen Unternehmens. Anderseits lag ein deutsches Interesse darin, den Friedensschluß zu beschleunigen, um aus seiner immerhin unbehaglichen Stellung zwischen dem Bundesgenossen und dem Freunde hinauszugelangen. In Österreich-Ungarn rief der Zusammenbruch der Europäischen Türkei tiefe Bestürzung und Erregung hervor. Man sah, wie Serbien sich nicht nur des Sandschaks Nowibasar bemächtigte, sondern

auch durch Albanien nach der Adriatischen Küste marschierte, um sich den „Korridor“ nach der Adria zu öffnen. Daß dieses unter keinen Umständen von Österreich-Ungarn geduldet werden konnte, lag auf der Hand. In Österreich-Ungarn waren anscheinend auch innerhalb der Regierung die Ansichten geteilt darüber, was zu tun sei. Es gab eine wohl vorwiegend militärische Partei, welche von Anfang an die Auffassung vertreten hatte, man müsse das Schwert gegen Serbien ziehen, sobald serbische Truppen in den Sandschak Nowibasar einrückten. Die andere Partei war für eine friedliche Lösung. Der gleiche Gegensatz spitzte sich zu, als serbische Truppen in Albanien eingerückt waren und die serbische Presse im Vereine mit der russischen und englischen die Verbindung Serbiens mit dem Adriatischen Meere forderte. In diesem Augenblicke entschied die österreichisch-ungarische Regierung sich anscheinend unter Beeinflussung von Berlin aus wiederum zu friedlicher Erledigung der Angelegenheit: sie stellte international die Forderung auf, Albanien müsse zum unabhängigen Staate gemacht werden. Italien schloß sich, wie schon hier bemerkt sein mag, dem österreichischen Standpunkte an, weil es ebensowenig Serbien wie Österreich-Ungarn auf einem Teile des albanischen Gebietes herrschen sehen wollte.

Den Ausschlag für die damalige Entscheidung Österreich-Ungarns, das Schwert in der Scheide zu lassen, hat neben dem Berliner Einflusse die Sendung des bulgarischen Staatsmannes Dr. Danew nach Pest zum Kaiser Franz Joseph bewirkt. Diese erfolgte am 11. November 1912, als in Österreich-Ungarn alle Welt glaubte, es sei der Augenblick gekommen, um endlich mit Serbien abzurechnen. Die Sendung Danews begründete sich in mehreren Momenten: die Angriffskraft der Bulgaren war vor der Tschataldschastellung erlahmt, die Cholera herrschte in ihren Reihen. Hätte nun Österreich-Ungarn das Schwert gegen Serbien gezogen, so wäre Bulgarien verpflichtet gewesen, gemäß der Militärkonvention den Serben zu Hilfe zu kommen. Das wäre praktisch ein Ding der Unmöglichkeit gewesen, eben weil es mit der bulgarischen Kraft zu Ende war. Die Folge wäre der Zusammenbruch Serbiens und wahrscheinlich auch der gesamten russischen Balkanhoffnungen gewesen. Deshalb lag es — nicht zur Erhaltung des Friedens, sondern aus gewichtigen eigensüchtigen Gründen — im Interesse des Dreiverbandes, daß Bulgarien durch eine vermittelnde und versöhnende Haltung die österreichisch-ungarische Regierung veranlaßte, nicht loszuschlagen. Anscheinend hat Danew der österreichisch-ungarischen Regierung als Gegenleistung Einwirkung auf Serbien angeboten, damit man sich zu Belgrad in der Albanischen und Adriatischen Frage bescheide. So wurde es auch. Die Albanische Frage wurde auf das Gleis internationaler Verhandlungen geschoben. In Österreich-Ungarn war der Eindruck dieser Entscheidung ein sehr geteilter, und die eine der beiden Richtungen blieb

der Überzeugung, daß eine berechtigte und militärisch höchst günstige Gelegenheit, die serbische Gefahr aus der Welt zu schaffen, verpaßt sei. Deutscherseits ist wohl alles geschehen, um auch damals ein kriegerisches Eingreifen Österreich-Ungarns zu verhindern. Nach der Krisis erklärte der Deutsche Reichskanzler im Reichstage: „Wenn unsere Bundesgenossen aber bei der Geltendmachung ihrer Interessen wider alles Erwarten von dritter Seite angegriffen und damit in ihrer Existenz bedroht werden sollten, dann würden wir, unserer Bündnispflicht getreu, fest und entschlossen an ihre Seite zu treten haben, dann würden wir an der Seite unserer Verbündeten zur Wahrung unserer eigenen Stellung in Europa, zur Verteidigung der Sicherheit und Zukunft unseres eigenen Landes fechten."

Herr v. Bethmann Hollweg vertrat damit grundsätzlich den gleichen Standpunkt wie sein Vorgänger Bülow: jede Lebensfrage für Österreich-Ungarn werde, sofern sie die Gefahr eines Konfliktes in sich schließe, auch für das Deutsche Reich zur Lebensfrage. Es war nur eine notwendige Folge der deutschen Orientpolitik und der neuen Stellung, welche Deutschland zu diesen Fragen überhaupt genommen hatte, daß auf diese Weise jede lokale Balkanfrage Österreich-Ungarns den europäischen Konflikt in sich trug. Die Spannung gegen Ende 1912 und während der folgenden Monate gewann deshalb unmittelbar einen so gefährlichen Charakter, weil die russische Regierung in den Bezirken an der österreichisch-ungarischen Grenze große Truppenmengen auf Kriegsfuß zu setzen begann. Die Erklärung der Regierung, daß es sich um Probemobilmachungen handle, konnte nicht beruhigend wirken, und die selbstverständliche Folge war, daß Österreich-Ungarn mit gleichen Maßnahmen nahe der russischen Grenze antwortete, außerdem an der serbischen Grenze entsprechende militärische Maßnahmen traf. Die daraus erwachsende mißtrauische Spannung dauerte bis Mitte März 1913. Inwieweit Rußland damals geneigt gewesen wäre, einen großen Krieg zu führen, kann dahingestellt bleiben, auf alle Fälle war man zu Petersburg überzeugt, daß Österreich-Ungarn nicht zum Kriege bereit sei und daß man es einschüchtern könne. An und für sich wünschte Rußland den großen Krieg noch zu verschieben, weil man noch nicht genügend bereit war. Aus dem Gefühle dieser Schwäche heraus auch hatte man in Petersburg gewünscht, daß ein österreichisch-serbischer Krieg damals verhindert werde, während man gleichzeitig den bulgarischen Zusammenbruch mit Genugtuung registrierte, denn vorher bestand Besorgnis: die Bulgaren könnten Konstantinopel nehmen.

Die Lage des Deutschen Reiches, im besonderen der deutschen Regierung, der Türkei gegenüber war eine wenig angenehme. Alles, was man tun zu können glaubte, war das Drängen auf Einstellen der Feindselig-

keiten und die Mahnung an die Türkei, ihre Haltung so einzurichten, daß man zu einer Verständigung gelangen könne. In London war seit dem Ende des Jahres 1912 unter führendem Einflusse des deutschen Staatssekretärs v. Kiderlen-Waechter die sogenannte Botschafter-Vereinigung unter dem Vorsitz von Sir Edward Grey zusammengetreten. Ihr Zweck war dauernder Meinungsaustausch und Verständigung über die Balkanfragen und die laufenden Ereignisse dort. Durch diesen Verkehr zwischen den Botschaftern hoffte man, die Längen und die Zeitverluste des diplomatischen Verkehrs der Regierungen selbst untereinander zu verringern. Großbritannien hatte während jener Krisis die Absicht, es nach Möglichkeit nicht zum großen Kriege kommen zu lassen. Von deutscher Seite ist diese Politik den britischen Staatsmännern damals und auch noch später hoch angerechnet worden. In der Tat verdiente die großbritannische Politik zwar ihrer Klugheit wegen Anerkennung, aber sicherlich nicht um ihrer Ziele willen. Für Großbritannien stellte sich die Lage mit ihren Fragen ungefähr folgendermaßen: Der Balkankrieg hatte zum größten Teile seinen Zweck erfüllt: er hatte die Europäische Türkei zertrümmert, die Balkanstaaten gewaltig gestärkt und Österreich-Ungarn in eine überaus ungünstige Lage auf der Balkanhalbinsel gebracht. In London glaubte man ferner, daß zwischen Österreich-Ungarn und Italien albanische Schwierigkeiten auf die Dauer nicht ausbleiben könnten. Man war entschlossen und glaubte sich fähig, das Prestige Österreich-Ungarns und Deutschlands auf der Balkanhalbinsel und im Orient unter diesen Umständen bald vernichten zu können. Um die Jahreswende 1912/13 hatte es in der Tat den Anschein, als ob eine geschlossene slawische Balkanfront sich an den Südgrenzen Österreich-Ungarns aufgerichtet hätte, und es ergab sich daraus die weitere Frage, ob Rumänien imstande und willens sein würde, in einem großen Kriege seinen Bündnisverpflichtungen den Mittelmächten gegenüber nachzukommen. Dazu kam die Erwägung, daß Deutschland und Österreich-Ungarn sich unter Umständen von dem türkischen Freunde in einem europäischen Kriege wahrscheinlich nichts mehr versprechen könnten. Der Dreiverband würde dann über kurz oder lang mit der Asiatischen Türkei aufräumen. Wie die Lage damals war, mußte man nach dem Zusammenbruche der Europäischen Türkei allerdings mit solchen Möglichkeiten rechnen.

Dieses waren in der Hauptsache die Gründe, welche die deutsche Regierung veranlaßten, die große Heeresvorlage von 1913 zu Anfang jenes Jahres anzukündigen und demzufolge einzubringen. Im Frühsommer 1913 erfolgte die Bewilligung der Heeresvorlage, welche endlich der deutschen Wehrkraft zu Lande eine wesentliche Erhöhung ihres Standes brachte. Es war hohe Zeit, das hat das folgende Jahr bewiesen. Die Heeresvorlage des Jahres 1912 war, wie wir gesehen haben, unbeträchtlich und auch für

die damalige Lage und deren Aussichten schon nicht genügend gewesen. Der erste Balkankrieg hatte die hindernden Momente in Deutschland dann aber besiegt, und so kam die große Vorlage; — freilich sehr spät! Die Erklärung, welche der Deutsche Reichskanzler im Reichstage der Vorlage gab, nahm offen auf die großen Veränderungen in den Gruppierungen und Machtverhältnissen der Balkanstaaten Bezug, mußte allerdings verschweigen, daß diese Verhältnisse nur einen Teil der Gründe bildeten und daß in der Hauptsache die von Petersburg ausgehende, mit eigenen ungeheuren Rüstungen gepaarte, die Balkanstaaten zum Angriffe gegen Österreich-Ungarn organisierende Politik die Ursache war. Ob man freilich zu Berlin damals die russische Kriegspolitik tatsächlich als solche erkannt hat, muß noch dahingestellt bleiben. Denn auf der anderen Seite stand fest, daß die deutsche Regierung mit allem Vertrauen nach London blickte und mit London verhandelte. v. Kiderlen-Waechter war damals — kurz vor seinem Tode — der Ansicht, daß die neue Balkanlage Ursache zu störenden Reibungen zwischen Großbritannien und Rußland werden müsse und unter Umständen als Sprengmittel im Dreiverbande wirken werde.

In Frankreich erregte die deutsche Heeresvorlage ungeheures Aufsehen und bildete eine erwünschte Gelegenheit zu wütenden Äußerungen des Hasses und der Rachesehnsucht gegen Deutschland. Um dieselbe Zeit wurde zum Präsidenten der französischen Republik der bisherige Ministerpräsident, Herr Poincaré, ein Lothringer, gewählt. Poincaré hatte sich bereits als Ministerpräsident als ein Mann von großem Einflusse auf das französische Volk gezeigt. Regsam, ehrgeizig, von großer und einnehmender Beredsamkeit, dabei ganz vom Revanchegedanken beherrscht, galt er von Jahr zu Jahr mehr als der Mann, welcher Frankreich zum erfolgreichen Rachekriege führen wolle und führen werde. Insofern war seine Wahl zum Präsidenten der Republik ein sprechender Beweis für den Seelenzustand der maßgebenden Kreise des französischen Volkes. Der Lothringer sollte Frankreich die verlorenen Provinzen Elsaß-Lothringen wieder schaffen. Jener „neue Geist" in Frankreich fand in Poincaré seinen Vereinigungspunkt, seine Stütze und Triebkraft. Objektiv als Staatsmann betrachtet, hatte Poincaré weder als Ministerpräsident, noch hat er nachher als Präsident der Republik Hervorragendes geleistet. Im Gegenteil, seine Eitelkeit und sein politischer Dilettantismus sind wiederholt die Ursachen für diplomatische Schlappen gewesen. Seiner Volkstümlichkeit hat das aber keinen Eintrag getan. Poincarés Wahl zum Präsidenten der Republik war ein Zeichen, daß Frankreich sich im Verein mit seinen Verbündeten und Freunden zum Kriege gegen Deutschland innerlich bereit fühlte. Die Ankündigung der deutschen Heeresvorlage hatte unmittelbar zur scheinbaren Folge, daß man in Frankreich die Wiedereinführung der dreijährigen

Dienstzeit für notwendig erklärte. Wegen der Bevölkerungsziffer war eine Vermehrung der Präsenzstärke durch jährliche Mehreinstellungen wie in Deutschland nicht möglich, und als einziger Weg erwies sich die Verlängerung der Dienstzeit. Um diese für die Bevölkerung und für das gesamte französische Leben ungeheuer drückende und bedenkliche Maßnahme durchzusetzen und volkstümlich zu machen, stellte die französische Regierung mit der ihr ergebenen Presse die Frage so dar, als ob die deutsche Heeresvorlage deutsche Angriffsabsichten auf Frankreich zur Gewißheit mache und damit Frankreich zwinge, selbst das schwere Opfer der dreijährigen Dienstzeit zu bringen. In Wirklichkeit traf diese Darstellung keineswegs zu. Vielmehr hat damals der 1914 ermordete Sozialistenführer Jaurès erklärt, daß Poincaré 1912 in Petersburg von Rußland verpflichtet worden sei, die dreijährige Dienstzeit wieder einzuführen, da Frankreich sonst für einen Krieg gegen Deutschland nicht die genügende Bundeshilfe leisten könne. Indirekt bestätigt worden ist dieses durch die Berichte der belgischen Gesandten. Auch sie sagen, daß man in Frankreich schon lange vor der Einbringung der deutschen Heeresvorlage zur dreijährigen Dienstzeit entschlossen gewesen sei. Diese Tatsache festzustellen ist wichtig, denn sie beweist den angrifflichen Charakter des russisch-französischen Bündnisses in jener Zeit. Es war lediglich Mache, freilich eine geschickte und durchweg erfolgreiche, daß man in Frankreich die deutsche Heeresvorlage zum Anlaß der Erklärung und Propaganda nahm: angesichts dieser ungeheuren, offenbar durch Angriffsabsichten begründeten Verstärkung des deutschen Heeres sei Frankreich um seiner Selbsterhaltung willen zu dem Schritte gezwungen.

Die Winterpause des ersten Balkankrieges ging schnell vorbei. Eine innere Umwälzung in der Türkei hatte die Folge, daß man den Kampf gegen die Balkanübermacht wieder aufnahm; allerdings zunächst ohne Erfolg, denn die Bulgaren nahmen das heldenmütig verteidigte Adrianopel mit Hilfe serbischer Truppen, und die Griechen eroberten Janina. Die Großmächte ihrerseits sahen sich veranlaßt, gegen Montenegro vorzugehen, weil der König Nikita sich weigerte, die Belagerung der Stadt Skutari aufzugeben, welche zur Hauptstadt des zu schaffenden Fürstentums Albanien bestimmt worden war. Im März 1913 richtete Österreich-Ungarn ein Ultimatum an Montenegro und wurde, formal jedenfalls, von der Mehrheit der anderen Großmächte unterstützt. Als Skutari dann durch Einverständnis zwischen Belagerer und Belagertem genommen worden war, erreichten Österreich-Ungarn und Italien durch entsprechende Drohungen, daß Montenegro die Stadt wieder aufgab. Heute zeigt sich jenes österreichisch-italienische Zusammenarbeiten in einem anderen Lichte als damals. Eine innere österreichisch-italienische Einmütigkeit war nicht vorhanden, aber die italienische Regierung wußte, daß es für Österreich-Ungarn eine

Lebensfrage war, Serbien nicht ans Meer zu lassen, und daß die österreichisch-ungarische Regierung unter allen Umständen mit bewaffneter Hand gegen Serbien eingeschritten wäre. Das wollte und konnte Italien seinerseits nicht dulden, war aber selbst nicht zum Kriege bereit, und deswegen schloß es sich unter stets vermittelnder deutscher Einwirkung der österreichisch-ungarischen Aktion an. Ein serbisches Albanien lag im übrigen nicht im Interesse Italiens, ebensowenig wie ein Übergreifen Griechenlands von Süden her nach Albanien. Durch seine innere Lage, durch die griechischen Bestrebungen und die vorher geschilderten Entwicklungen fand Italien sich damals überhaupt mehr auf seine Zugehörigkeit zum Dreibunde angewiesen als seit langer Zeit. Im Dezember 1912 wurde unter besonders warmer Zustimmung der öffentlichen Meinung Italiens der Dreibundvertrag erneuert, obgleich erst im Jahre 1914 die Erneuerung fällig gewesen wäre. Die italienische Regierung stärkte damit, ohne ihre Beziehungen zu Großbritannien wie zu Rußland zu verschlechtern, ihre Stellung am Adriatischen Meere und behielt einen wachsenden Einfluß in der ganzen südöstlichen Politik der beiden Zentralmächte.

Mitten in dieser gespannten Zeit und an Verwicklungen reichen Lage starb der Staatssekretär v. Kiderlen-Waechter. Es ist noch nicht der Augenblick, ohne Rückhalt über die Persönlichkeit und Tätigkeit dieses vielumstrittenen Mannes zu urteilen. v. Kiderlen-Waechter war ein Staatsmann von starkem Willen und nüchternem Verstande. Er wurde aber beeinträchtigt durch manche merkwürdige Einseitigkeit und einen außerordentlichen Eigensinn. Man hat den Eindruck, daß er auf dem Programm seiner Politik, welches er schon seit manchen Jahren vor der Übernahme des Staatssekretariats in sich getragen haben mag, mit einem gewissen intransigenten Starrsinn beharrte und sich nicht bewegen ließ, dieses Programm, sei es im ganzen, sei es im einzelnen, auch nur zu diskutieren. Bevor er nach Berlin kam, war er lange Zeit Gesandter in Bukarest, ließ sich außerdem angelegen sein, die orientalischen Verhältnisse gründlich kennenzulernen. Später hat man gesehen, daß das Ergebnis seiner Bukarester Zeit ein negatives geworden ist und daß er die Verhältnisse und Tendenzen in Rumänien nicht richtig eingeschätzt hat. Er hatte nicht erkannt, daß die Zeiten eines dem Dreibunde ohne weiteres und unter allen Umständen treu ergebenen Rumänien vorbei waren, und es lag ihm deshalb auch noch als Staatssekretär fern, durch eine entsprechend energischere und sorgsamere Pflege der deutsch-rumänischen Beziehungen den neuen Verhältnissen Rechnung zu tragen. Die Rolle v. Kiderlen-Waechters in der Marokkoangelegenheit ist behandelt worden. Während des Balkankrieges, den er, wie gesagt, nicht hatte kommen sehen und hinsichtlich dessen er die Kraft der Türkei und ihrer Gegner vollkommen falsch einschätzte, war sein Hauptbestreben, die Gelegenheit zu be-

nutzen, um die Beziehungen zu Großbritannien zu bessern. Noch kurz vor seinem Tode hob er im Reichstage diese Besserung mit Befriedigung hervor und betonte den vertrauensvollen Charakter und die erfreuliche Intimität der Beziehungen für die Offenheit der gegenseitigen Aussprache zwischen der deutschen und der großbritannischen Regierung. Die letztere reagierte hierauf mit keiner Silbe und ließ sich im übrigen das deutsche Vertrauen gern gefallen. Die deutsch-englischen Verhandlungen über Afrika und Orient nahmen ihren Fortgang, und die großbritannische Politik unterließ nichts, was den russisch-deutschen Gegensatz verschärfen konnte. v. Kiderlen-Waechter ist mitten aus seinem Wirken abberufen worden, und auch deswegen ist ein endgültiges Urteil nicht möglich. Weil er ein starker Wille war, so würde er mit der Zeit auch Ergebnisse gehabt haben. Ob diese Ergebnisse dem Reiche zum Heile gereicht haben würden, ist nicht zu entscheiden. Der Staatssekretär suchte Entspannung annähernd nach allen Seiten, zugleich war er ein unbedingter Gegner kriegsmaritimer Entwicklung Deutschlands, hoffte die Tripelentente zu sprengen und die Orientfrage ungefähr in dem Sinne zu lösen, wie (im Sommer 1916) der große Krieg sie zur Lösung zu bringen scheint. v. Kiderlen-Waechter war ein überzeugter und energischer Vertreter der Erhaltung des Friedens. Er glaubte nicht daran, daß die Tripelentente den Krieg wünsche, und er glaubte auch nicht, so sagte er jedenfalls, daß Rußland imstande sein werde, einen großen Krieg gegen Deutschland und Österreich-Ungarn zu führen. Der Tod v. Kiderlen-Waechters war damals auf alle Fälle ein Verlust, denn sein Einfluß auf die Gestaltung der allgemeinen Lage war unleugbar und würde sich vermutlich noch erhöht haben. Ob er zu vieles nach zu vielen Seiten und auf einmal wollte, wieweit ihn seine von zuviel Vertrauen getragene Vorliebe für Großbritannien geführt haben würde, läßt sich nicht entscheiden. v. Kiderlen-Waechter war auf alle Fälle ein Mann, der etwas erreichen wollte, den Beruf dazu in sich fühlte und an sich glaubte. Sein Nachfolger wurde der bisherige Botschafter zu Rom, Herr v. Jagow.

Im Frühjahr 1913 tagte zu London neben der Botschafterkonferenz auch die Friedenskonferenz der Balkanstaaten und der Türkei. Ende Mai kam ein Präliminarfrieden zustande, welcher dem Türkischen Reiche Adrianopel mit beinahe seinem ganzen europäischen Besitze nahm und als Grenzlinie Enos—Midia festlegte. Ehe dieser Friedensvertrag endgültig und in Einzelheiten festgelegt werden konnte, entstanden Zwistigkeiten zwischen Bulgarien und Serbien und Bulgarien und Griechenland. Serbien beanspruchte Kompensationen in Mazedonien auf Kosten der bulgarischen Neuerwerbungen dort, weil es Albanien hatte aufgeben müssen und Bulgarien beträchtliche serbische Waffenhilfe zuteil geworden war. Serbien und Griechenland fochten den vor dem Kriege getroffenen

Teilungsvertrag über die der Türkei abzunehmenden Gebiete an. Das bisher unbeteiligt gebliebene Rumänien hielt Anfang 1913 den Augenblick für gekommen, um seinerseits eine Kompensation auf Kosten bulgarischen Gebietes an der Donaumündung zu verlangen. Ein in Petersburg zusammengetretenes, aus den dortigen Botschaftern der Großmächte bestehendes Schiedsgericht der europäischen Mächte entschied zuungunsten Bulgariens. Unmittelbar nach diesem Schiedsspruche führte die neue bulgarisch-serbische und die bulgarisch-griechische Gebietsstreitfrage zum Kriege Griechenlands und Serbiens gegen Bulgarien. Bulgarien ließ sich nicht einschüchtern, zunächst auch dann nicht, als Rumänien mit seiner unversehrten Armee einzugreifen drohte. In Sofia hoffte man noch auf russischen Beistand. Rumänien erklärte den Krieg, und während die rumänischen Truppen schnell und ungehindert gegen Bulgarien vorrückten, sah die Türkei unter der drängenden Initiative Enver Beys die Stunde gekommen, um die Bedingungen des Londoner Vorfriedens für sich zu verbessern. Die türkischen Truppen bemächtigten sich wieder Adrianopels.

Das durch den Türkenkrieg schon furchtbar geschwächte Bulgarien mußte dieser Übermacht vereinigter Feinde rasch erliegen, da es von Rußland preisgegeben wurde. Das ungeschwächte Rumänien war Herr der Lage, Bulgarien gab nach, und unter dem Vorsitze des rumänischen Ministerpräsidenten Majorescu traten die Bevollmächtigten der Balkanregierungen in Bukarest zu einer Konferenz zusammen, welche den Frieden unter neuer Regelung der Balkangrenzen herstellte. Dieses war der Frieden zu Bukarest.

Da Rumänien die Lage beherrschte und tatsächlich erzwingen konnte, was es wollte, so wurde dieser Friede durchaus nach rumänischen Wünschen geregelt. Der alte, weise König Karol von Rumänien ging von dem Gesichtspunkte aus, daß für sein Land ein Zustand relativen Gleichgewichtes auf der Balkanhalbinsel das Wünschenswerteste sei, denn dann konnte Rumänien durch eine Kombination, sei es mit einem Balkanstaate, sei es auch mit Österreich-Ungarn oder mit Rußland, immer die Vormacht bilden, auch in Konflikte mit entsprechender Übermacht eingreifen und sie entscheiden. Für sich verlangte Rumänien nur das Stück an der Donaumündung, das es sich bereits hatte zugestehen lassen. Serbien wurde durch den Frieden von Bukarest an Gebiet verdoppelt, Griechenland nicht ganz so viel, aber doch enorm vergrößert. Bulgarien erhielt einen kleineren Gebietszuwachs, aber lange nicht denjenigen, der ihm nach den Abmachungen von früher gebührt hätte. Auch Adrianopel, Kirkkilisse und umliegende Gebietsteile mußte es schließlich wieder herausgeben, so daß sich die Lage der Türkei in Europa gegenüber

der in London vorgeschlagenen Grenze Enos—Midia nicht unerheblich besserte, der Pforte außerdem einen hohen moralischen Erfolg brachte.

Bulgarien fügte sich protestierend, und der Zar Ferdinand ermahnte sein Volk, das Unglück schweigend zu ertragen und auf bessere Zeiten zu warten. Das Schicksal Bulgariens, welches immerhin die Hauptlast des Krieges getragen und nachher der Gewalt einer erdrückenden Übermacht hatte weichen müssen, war in der Tat hart. Die Hilferufe, welche Danew und der König in der Not des zweiten Balkankrieges nach St. Petersburg richteten, verhallten ungehört, und Zar Nikolaus II. soll geäußert haben, Bulgarien hätte sein Schicksal verdient. Dieses russische Fallenlassen Bulgariens hat verschiedene, vielleicht auch persönliche Gründe gehabt. In der Hauptsache soll der Grund gewesen sein, daß Danew damals gelegentlich seiner Mission bei Kaiser Franz Joseph in Pest ohne Wissen Serbiens und Rußlands diesem von seiten König Ferdinands ein Bündnis mit Bulgarien angeboten habe. Das wäre eine bulgarische Doppelpolitik gewesen, denn, wie ausgeführt worden ist, war der unmittelbare Zweck der Danewschen Sendung im Einverständnis mit Rußland, Serbien und Griechenland: Österreich-Ungarn abzuhalten, das Schwert gegen Serbien zu ziehen. In Belgrad hatte man nun nachher von dem bulgarischen Bündnisvorschlag an Österreich-Ungarn Kenntnis erlangt, ihn nach Petersburg berichtet und damit starke Erregung gegen Bulgarien hervorgerufen. Die Folge war, daß Rußland die Niederwerfung Bulgariens durch die vereinigten Balkanmächte und ihre Vergrößerung auf Bulgariens Kosten nicht hinderte, sondern befriedigt mit ansah.

In Wien faßte man das Verhalten Bulgariens realpolitischer auf und begriff, daß der König Ferdinand, als er jene Militärkonvention mit Serbien schloß, sich in einer politischen Zwangslage befunden hatte. Die österreichisch-ungarischen Staatsmänner hielten deshalb eine Politik für richtig, welche nicht nur die Beziehungen mit Bulgarien für die Zukunft aufrechterhielt und stärkte, sondern auch Bulgarien beispränge in seiner verzweifelten Lage, jedenfalls nach Kräften versuchte, ihm guten Willen zu zeigen. So trat Österreich-Ungarn für eine Revision des Bukarester Friedensvertrages ein, als dessen Bedingungen bekanntgeworden waren. Österreich-Ungarn mußte auch vom Standpunkte des eigenen Interesses diese Bedingungen als höchst ungünstig ansehen: Serbien war um das Doppelte vergrößert und Österreich-Ungarn gegenüber angriffslustiger denn je zuvor. Österreich-Ungarns Prestige auf der Balkanhalbinsel war stark beeinträchtigt, sowohl durch die neue Gebietsverteilung der Balkanstaaten, als auch dadurch, daß die Doppelmonarchie nach außen hin den Eindruck der Zwiespältigkeit und Unentschlossenheit gerade im Hinblick auf Serbien erweckt hatte. Gegenüber einem Großserbien, dessen Zu-

kunftsziele offen auf Zerschmetterung der Doppelmonarchie hinausliefen und das mit Rußland enger denn je verbunden war, bot sich für Österreich-Ungarn von selbst als Gegengewicht das gemißhandelte und rachedurstige Bulgarien. Jede Schwächung Bulgariens erschien als Schwächung der österreichisch-ungarischen Balkanstellung. Dieses waren wohl die Hauptgründe, weshalb der leitende Staatsmann, Graf Berchtold, eine Revision des Bukarester Friedens wünschte.

Die Gesichtspunkte und Ziele der deutschen Politik waren hier andere als die des Bundesgenossen, teilweise ihnen entgegengesetzt. Die deutsche Rechnung war in großen Zügen etwa die folgende: Mit Österreich-Ungarn war man derselben Ansicht darin, daß das neue Großserbien unerwünscht sei und eine Friedensgefährdung erster Ordnung für die Zukunft bilde, außerdem die Stellung Österreich-Ungarns in einem europäischen Kriege militärisch sehr verschlechtere. Die Berliner Diplomatie suchte das Gegengewicht aber nicht in Sofia, sondern in erster Linie zu Bukarest, in zweiter zu Athen. In den Bukarester Friedensverhandlungen war es den besonderen deutschen Bemühungen gelungen, die am Ägäischen Meere liegende Hafenstadt Kawalla auf Kosten Bulgariens für Griechenland zu gewinnen, ein Akt, welcher dem Deutschen Kaiser damals vom König Konstantin und dem griechischen Volke hoch aufgenommen wurde. Der Deutsche Reichskanzler hatte nach den Ergebnissen des ersten Balkankrieges, als er die neue deutsche Militärvorlage begründete, mit Recht auf die um ein Vielfaches vergrößerte slawische Gefahr auf der Balkanhalbinsel hingewiesen. Das war die Vereinigung Serbiens, Bulgariens und Montenegros unter russischen Auspizien: gegen Österreich-Ungarn und gegen das Türkische Reich. Durch die Veruneinigung Bulgariens mit seinen Bundesgenossen war nun zwar jene schlimmste der Balkankombinationen zunichte geworden.

Beiläufig bemerkt, wurde damit der deutschen Militärvorlage die sachliche Begründung keineswegs entzogen, denn die Balkanlage war im Verhältnis zu früher noch immer ungünstig, außerdem höchst unsicher. Darüber hinaus aber war der Übergang Frankreichs zur dreijährigen Dienstzeit beschlossene Tatsache, und so sah sich die deutsche Militärpolitik auch insofern wieder in der Defensive und in der Notwendigkeit, den Gegenzug zu tun.

Die Leiter der Politik des Deutschen Reiches waren der Auffassung, daß das nichtslawische Rumänien und das nichtslawische Griechenland dazu bestimmt und auch benutzbar seien, um mit den Zentralmächten als Rückhalt der slawischen Gefahr entgegenzuwirken. Die dominierende Stellung Rumäniens auf der Balkanhalbinsel empfand und begünstigte man deshalb mit aller Genugtuung. Man verkannte dabei aber zweierlei,

nämlich daß das rumänische Volk den Feinden der Zentralmächte innerlich weit näher stand als den letzteren, und daß von deutscher Seite nichts getan worden war, um durch eine ständige, auf lange Sicht arbeitende Propaganda jenen feindlichen und gefährlichen Einflüssen zu begegnen; auch dieses sehr lehrreiche Kapitel gehört recht eigentlich in die Vorgeschichte des Krieges. Rumäniens damalige weise, kräftige und dabei maßvolle, den Zentralmächten treu zugewandte Politik stand auf den beiden Augen des greisen Königs Karol. Daß nach seinem Tode die schon damals das rumänisch-österreichisch-ungarische Verhältnis verbitternden und erschwerenden Fragen der ungarländischen Rumänen einen noch unangenehmeren und folgenschwereren Charakter annehmen würden, war sicher. Deutschfreundliche rumänische Diplomaten hatten bereits in den Jahren 1911 und 1912 warnend hierauf hingewiesen. Was Griechenland anlangte, so hatte es bisher unter der Vormundschaft der Westmächte gestanden, aber König Konstantin, dessen Gattin bekanntlich die Schwester des Deutschen Kaisers ist, besaß damals schon die politische Erkenntnis, daß Griechenlands Zukunft es eher auf die Mittelmächte denn auf den Dreiverband hinwiese. Eine solche Entwicklung konnte sich allerdings auch im günstigsten Falle nur vorsichtig und langsam vollziehen.

Der von Österreich-Ungarn gewünschten Revision des Bukarester Friedensvertrages widersetzte sich das Deutsche Reich und erreichte auch, daß die Revision unterblieb. Der König von Rumänien machte diesen deutschen Anteil zu einem politischen Ereignis von europäischer Bedeutung, indem er im August 1913 dem Deutschen Kaiser drahtete: dank ihm bleibe der Bukarester Friedensvertrag definitiv.

Die Trennung des Deutschen Reiches von seinem Bundesgenossen in den skizzierten Fragen war für den Augenblick unerwünscht und bedauerlich, ist aber ohne wesentliche nachteilige Folgen geblieben, wenn sich die Dinge auch anders entwickelten, als man gedacht hatte.

Nachdem so die neue Gebietsverteilung auf der Balkanhalbinsel geregelt und ein Friedenszustand hergestellt worden war, der lediglich auf der Vergewaltigung Bulgariens beruhte, blieb die Lösung der Albanischen Frage noch übrig. Das sogenannte unabhängige Albanien war von der Londoner Konferenz beschlossen worden. Die Politik des Dreiverbandes unter Führung Großbritanniens und in Verbindung mit Italien war mit Erfolg bestrebt, die Grenzen des zu schaffenden Albaniens so zu regeln, daß die Lebensunfähigkeit des neuen Fürstentums von vornherein sicher war. Auf diese Weise würde, das war die britische Berechnung, immer eine Albanische „Frage“ bleiben und sich trennend zwischen Österreich-Ungarn und Italien stellen. Ein lebensfähiges Albanien, wie es Deutschland und Österreich-Ungarn anstrebten,

hätte anstatt eines Zankapfels zu einem Einigungspunkte Italiens und der Doppelmonarchie werden können. Auch Zwistigkeiten zwischen Italien und Griechenland über Südalbanien bzw. Nordepirus waren den Westmächten nur erwünscht. Die Serben aber wollten sich in ihrer steigenden Ausdehnungssucht und in ihrer Verachtung Österreich-Ungarns das „unabhängige Albanien“ nicht entgehen lassen und rückten in albanisches Gebiet ein. Die Folge war ein österreichisch-ungarisches Ultimatum an Serbien mit der Maßgabe der Räumung des albanischen Gebietes. Nach vorübergehender Spannung gab Serbien nach, da auch die Mächte des Dreiverbandes die neue serbische Aktion politisch unzweckmäßig fanden. Ähnliche Schwierigkeiten bestanden noch lange mit Griechenland wegen Räumung eines Stückes von Südalbanien. Als Fürst des unabhängigen Albaniens ließ sich Prinz Wilhelm zu Wied bereitfinden und bezog damit einen Posten, den er von vornherein als einen verlorenen hätte betrachten müssen. An und für sich war der Gedanke eines unabhängigen Albaniens zwar ein Notbehelf, aber trotzdem bei allseitigem guten Willen durchführbar gewesen. Aufrichtiger guter Wille war nur auf seiten Österreich-Ungarns und des Deutschen Reiches vorhanden, und das genügte nicht. So wurde Albanien im Laufe des Jahres 1913 und 1914 bis zum Kriege ganz dem großbritannisch-französisch-russischen Programm entsprechend eine beständig offene und sich immer heikler gestaltende Frage. Es erwies sich nicht als möglich, eine rückhaltlose Einigkeit Italiens und Österreich-Ungarns zu erzielen, insbesondere haben, wie sich nachträglich erwies, die italienische Regierung und ihr Vertreter im Fürstentum Albanien eine kaum mehr zweideutige Rolle gespielt. Der Fürst von Wied stand den an sich schon schwierigen Verhältnissen im Lande ebenso wehrlos gegenüber wie den internationalen Intrigen, in welche er sich und seine Aufgaben von allen Seiten verwickelt sah.

Vom Standpunkte des Deutschen Reiches betrachtet, sah nach den Balkankriegen die Lage etwa folgendermaßen aus:

Die Rolle und Aufgabe der deutschen Politik und Diplomatie war von deren Leitern, wo es immer anging, als eine der Vermittlung aufgefaßt worden. Das Bestreben, in den italienisch-österreichisch-ungarischen Streitfragen und in dem Verkehre der beiden Mächte überhaupt vermittelnd zu wirken, war teilweise mit Erfolg gekrönt gewesen.

Das Ziel der deutschen Politik bei ihren Vermittlungsversuchen war stets die Erhaltung des Friedens als Selbstzweck. Sie glaubte sich in diesem Ziele einig mit der Politik Großbritanniens, eine Ansicht, die insofern irrig war, als Sir Edward Grey, der auch damals den Frieden erhalten wollte, von ganz anderen Gesichtspunkten ausging als der deutsche Reichskanzler. Darüber ist bereits gesprochen worden. Grey wollte den

Frieden erhalten, weil der so geschaffene und sich bildende Zustand eine Menge von Keimen zu enthalten schien, um den Dreibund zu zerrütten und Österreich-Ungarn auf dem Balkan steigend zu schwächen und zu gefährden. So glaubte er, wie die französischen und russischen Staatsmänner, daß die Erhaltung des Friedens — auf den skizzierten Grundlagen — im Sinne der Schwächung der beiden europäischen Zentralmächte wirken würde, die früher oder später zu unterdrücken oder zu vernichten nach wie vor das Programm des Dreiverbandes bildete. Rußland war noch nicht mit seinen Rüstungen fertig, jedoch in der Lage, den Zeitpunkt seiner Bereitschaft mit Sicherheit angeben zu können. Die Art, wie Grey die Londoner Verhandlungen führte, richtiger: sich hinschleppen ließ, bewies, daß ihm an einem schnell hergestellten und gesunden Frieden nichts lag, im Gegenteil. In Deutschland aber hatte man gerade zur Person Greys festes und aufrichtiges Vertrauen, dienten doch auch die Verhandlungen über die kleinasiatischen Bahnen und über Angola und Mozambique zwischen den beiden Mächten zur Vertiefung der „Intimität". Großbritannien seinerseits war sehr befriedigt, daß die Balkanangelegenheiten die Stimmung Rußlands gegen Österreich-Ungarn und das Deutsche Reich verschärften. Nicht zum wenigsten, um diese Erkenntnis nicht in Berlin eintreten zu lassen, versuchte man dort den Eindruck zu erwecken, als ob Großbritannien wegen der wachsenden Machtstellung Rußlands auf der Balkanhalbinsel anfinge, besorgt zu werden und insofern eine gewisse verschämte Solidarität mit dem Deutschen Reiche empfände. Es konnte nicht fehlen, daß solche Andeutungen in Berlin mit Genugtuung aufgenommen wurden und zur Grundlage für weitgehende Hoffnungen dienten. Man glaubte zu Berlin, was man hoffte.

Österreich-Ungarn soll, so ist erzählt worden, durch die deutsche Vermittlung zweimal veranlaßt worden sein, nicht loszuschlagen. Anderseits ist schwer zu entscheiden, ob die leitenden Männer der Doppelmonarchie damals tatsächlich einen geeinten und festen Entschluß gefaßt hatten oder fassen wollten. Man möchte es bezweifeln. Wäre das der Fall gewesen, so würden der Deutsche Kaiser und die deutsche Regierung schwerlich eine entscheidende Einwirkung im entgegengesetzten Sinne versucht, sondern die Konsequenzen gezogen haben, welche der Deutsche Reichskanzler in seiner Rede andeutete. Auf alle Fälle war die Lage der Doppelmonarchie sehr unbehaglich, und ihr Prestige ging, wie gesagt, erheblich gemindert aus den Balkankriegen hervor. Serbien floß über von geringschätzigem Hasse. Die großserbische Propaganda wurde umfassender und anmaßender denn je betrieben, und man war überzeugt, daß in absehbarer Zeit ein vernichtender Angriffskrieg gegen Österreich-Ungarn bevorstände. Die militärischen Erfolge im Balkankriege hatten das serbische Selbstgefühl

derart gesteigert, daß man glaubte, auch allein in einem Kriege gegen Österreich-Ungarn sich Erfolg versprechen zu können. Dazu kam die Auffassung, Österreich-Ungarn sei ein untergehender Staat, seine Armee untauglich und zerrüttet, die Regierung habe nur deshalb in der Balkankrisis Frieden gehalten, weil sie den Krieg nicht wagte.

Trotzdem war die Balkanlage nach dem zweiten Kriege günstiger für die Mittelmächte als nach dem ersten. Die deutsche Politik hoffte auf Rumänien und auf Griechenland, sie hoffte auch auf eine günstige Entwicklung der deutsch-türkischen Beziehungen. Die Türkei hatte den größten Teil ihres europäischen Besitzes verloren und damit nicht nur einen Verlust, sondern auch eine gewisse Erleichterung erfahren, denn die großen europäischen Gebiete, welche sie nicht verteidigen konnte und die fortwährend Anlaß zu Reibungen und Konflikten gewesen waren, gehörten jetzt den Balkanmächten. Das türkische Gebiet war verkleinert worden, aber seine Verteidigungslinie in Europa war ungeschwächt vorhanden; sogar Adrianopel hatte die entschlossene Tatkraft Enver Beys dem Türkischen Reiche zurückgeholt. Man sagte sich in Konstantinopel, jetzt sei der Augenblick der Sammlung und der nationalen Reorganisierung gekommen, jetzt oder nie. Dazu brauchte man Deutschland, dessen Uneigennützigkeit im Sinne des türkischen Interesses den Gegenstand unerschütterten Vertrauens zu Konstantinopel bildete. Trotzdem die deutsche Regierung sich vorher an einem internationalen Druck auf die Pforte behufs Rückgabe Adrianopels an Bulgarien beteiligt hatte, gelang es, die alten Beziehungen zu erhalten bzw. wiederherzustellen.

Nach den Krisen des ersten Balkankrieges begannen wieder jene typischen Symptome der „Entspannung“, die wir 1906, 1909 und Anfang 1912 feststellen konnten. Im Frühjahr 1913 wurde eine, allerdings mißglückte Aktion dieser Art zwischen Österreich-Ungarn und Rußland eingeleitet, als die russischen Probemobilmachungen die Lage gefährlich gemacht hatten. Im Januar 1913 hielt dagegen der neue deutsche Botschafter zu London, Fürst Lichnowsky, eine Rede, in der er überschwenglich die deutsch-englische Freundschaft pries und eine Ära allgemeiner internationaler Freundschaft und Verständigung ankündigte. Englische Minister dagegen, die im Parlamente gefragt wurden, ob für Großbritannien Verpflichtungen beständen, an einem Festlandkriege teilzunehmen, und ob Großbritannien bei den bisherigen Krisen Festlandhilfe angeboten habe, antworteten mit den üblichen orakelhaften Wendungen. Als einen besonderen und schönen Beweis für die gebesserte Lage und für die erfolgreich friedenerhaltende Stellung des Deutschen Reiches innerhalb dieser Lage sah man den Besuch des Königs von England mit der Königin und des russischen Zaren in Berlin zur Hochzeit der Tochter Kaiser Wilhelms (im

Mai 1913) an. Die Herzlichkeit des Zusammenseins der drei Monarchen wurde als ganz außerordentlich bezeichnet und in Deutschland froh gepriesen. Auch in Dingen der Balkanpolitik, so hieß es, befänden sich die Herrscher Großbritanniens und Rußlands ganz auf dem Boden der deutschen Auffassungen. Die englische, die russische und die italienische Presse waren voll freudiger Rührung und sicherer Hoffnungen, daß dieser mächtige Bund der drei Herrscher die Grundlagen für dauernden europäischen Frieden und eine allgemeine Annäherung in hohem Maße festigen werde. Nur in Frankreich waren die Geister des Hasses zu stark, um eine derartige Maske tragen zu können. Die Verhandlungen in Presse und Parlament über die Einführung der dreijährigen Dienstzeit hielten die Nation fortwährend in hoher Erregung. Zugleich wurde bekannt, daß zwischen Frankreich und Rußland eine neue große Anleihe von zwei und einer halben Milliarde Franken zustande gekommen sei unter der Bedingung, daß Rußland sich verpflichte, einen erheblichen Teil der Summe auf sofortige Ausgestaltung seines Eisenbahnnetzes nahe den deutschen Grenzen zu verwenden. Diesen Abmachungen, zu denen noch die Verpflichtung der Aufstellung von zwei neuen Armeekorps an den deutschen Grenzen kam, waren mit der überraschenden Entsendung Delcassés als Botschafter nach Petersburg verbunden; die Designierung Delcassés fand bereits im Februar 1913 statt. Auch diese Veröffentlichungen wirkten als Fanfare auf das französische Volk. Dazu kam im Laufe des Jahres 1913 eine Anzahl von Zwischenfällen zwischen dem Deutschen Reiche und Frankreich. Im Frühjahr mußte infolge von Navigierungsfehlern ein Zeppelinluftschiff bei Lunéville in Frankreich landen. Große Erregung in Frankreich war die Folge und in Deutschland gerechter Unwille über die Behandlung der Besatzung des Luftschiffes und über die Untersuchung seiner Konstruktion. Deutsche Fliegerlandungen in Frankreich und Mißhandlungen von Deutschen zu Nancy kamen dazu. Als dann im Spätherbst der sogenannte Zaberner Fall stattfand, nahm die französische Presse in einer Weise an den Vorgängen in Elsaß-Lothringen teil, welche schlaglichtartig bewies, wie nahe das französische Volk den großen europäischen Krieg glaubte und wie zuversichtlich es ihm entgegensah, wie vollkommen es alle Ereignisse in den Reichslanden als französische Sache behandelte. Bereits seit einigen Jahren war es in französischen, großbritannischen und russischen Militärkreisen üblich geworden, die deutsche Armee, ihre Waffen, ihr Führer- und Menschenmaterial und ihre Leistungen in Manövern als geringwertig zu bezeichnen. Dazu glaubte man in Frankreich an eine große Überlegenheit der französischen Fliegerwaffe und der Feldartillerie, vor allem auch an höhere Qualität des französischen Soldaten. Eine Schrift nach der andern erschien, welche

den Untergang des Deutschen Reiches sensationell schilderte. Franzosen und Engländer waren der Überzeugung, daß in einem großen Kriege der alte Gegensatz zwischen Norddeutschland und Süddeutschland akut werden und außerdem die deutsche Sozialdemokratie die Gelegenheit benutzen werde, um in Deutschland zur Macht zu gelangen. Kurz, das französische Erfolgsvertrauen war ebenso echt wie der nach Betätigung drängende Haß. Um so „deutschfreundlicher" zeigte sich ein Teil der großbritannischen Presse, welche zuweilen sogar milde Verweise nach Paris richtete, in der Gewißheit, daß man sich auch ohne weiteres und trotz solcher publizistischen Arabesken voll verstehe. Damals war es auch, als führende, dem Kabinett nahestehende großbritannische Organe einerseits erklärten, Großbritannien könne sich nunmehr ganz auf Inselpolitik zurückziehen, und anderseits von der „brennenden Frage von Alsace-Lorraine" sprachen, welche gelöst werden müsse, ehe es möglich sei, auf einen dauernden Frieden in Europa zu rechnen. Das Vertrauen auf die von Jahr zu Jahr steigende gewaltige russische Stärke schimmerte auch britischerseits, wenn schon vorsichtig, durch, während die russische Presse ihre eigene Zuversicht durch jene Steigerung grober Anmaßung des Tones bekundete, wie er in Rußland eigentümlich ist. Inmitten dieser gespannten und haßerfüllten Atmosphäre fand jener Berliner Hochzeitsbesuch statt. Vier Wochen später war der Präsident Poincaré in London.

Besondere politische Bedeutung legte man in Deutschland einem Besuche des Königs von Italien mit seiner Gattin Anfang Juli 1913 in Kiel bei. Der Minister di San Giuliano begleitete den König, der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg und der Staatssekretär v. Jagow den Deutschen Kaiser. Deutscherseits hoffte man die bundesgenössischen Beziehungen zu einer wirklichen Bundesgenossenschaft gemacht zu haben und hat möglicherweise damals zu Kiel bei gegenseitiger Übereinstimmung über Schutz der neuen italienischen Mittelmeerinteressen von Dreibunds wegen gesprochen. In jenem Sommer haben auch Verhandlungen zwischen den Generalstäben der beiden Mächte stattgefunden, und die Ansicht herrschte, man sei zu Vereinbarungen gelangt, die sich im Kriege als sehr fruchtbar erweisen würden. Der Chef der italienischen Flotte, der Herzog der Abruzzen, wohnte den deutschen Flottenmanövern bei, die Generalstabschefs der italienischen und der österreichischen Armee den deutschen Kaisermanövern. Kurz, es hatte eine militärische und militärpolitische Intimität Platz gegriffen, wie noch nie zuvor. Ein italienischer General wurde zu einer Feier nach Wien entsandt. Dazwischen platzten italienisch-österreichische Mißhelligkeiten in und um Triest und erinnerten unangenehm an die rauhe Wirklichkeit.

Es ist heute schwer, nach den inzwischen mit Italien gemachten

Erfahrungen, zu beurteilen, ob jene Annäherung Italiens an seine Bundesgenossen lediglich Spiegelfechterei gewesen sei oder nicht. Auch die Erörterung dieser Frage bleibt für die besondere Vorgeschichte des Krieges vorbehalten. Hier mag nur gesagt sein, daß der Verfasser jene italienische Politik für ernsthaft und als für beide Teile zweckmäßig auch heute noch ansieht. Allerdings, und darin lag eine italienische innere Schwierigkeit, wäre Stärkung der italienischen Rüstungen, und zwar eine zielbewußte erhebliche Stärkung zu Lande wie zur See notwendig gewesen. Die deutsche Politik Italien gegenüber ging auf alle Fälle von Gesichtspunkten aus, die richtig waren, sofern man die Zugehörigkeit Italiens zum Dreibunde überhaupt bejahte. Etwas anderes freilich ist die Frage, ob man damals vielleicht militärisch den italienischen Autoritäten pränumerando zuviel Vertrauen gezeigt und ihnen Einblicke gewährt hat, die sie bei der bekannten italienischen Indiskretion gegenüber Frankreich, Rußland und England im Gegensatz zum deutschen Interesse und der eigenen Bundespflicht verwendet haben.

Als während des Balkankrieges Österreich-Ungarn mit der Absicht umging, dem serbischen Unwesen und der von Serbien kommenden ständigen Bedrohung des Gebietsbestandes der Doppelmonarchie mit den Waffen ein Ende zu machen, hatte der italienische Premierminister Giolitti sich geäußert: Italien würde sich nicht verpflichtet halten, den Bündnisfall dann anzuerkennen und Österreich-Ungarn Waffenhilfe zu leisten. Diese Tatsache ist erst während des großen Krieges bekannt geworden. Sie ist wichtig, weil damals und nachher die Bestrebungen der Mittelmächte eifriger denn je waren, die Beziehungen Italiens zum Dreibunde intimer und fester zu machen. Man hielt diese Bemühungen also trotz jener italienischen Absage nicht für nutzlos und glaubte zur Hoffnung sich berechtigt, daß Italien zukünftig in höherem Grade solidarisch mit dem Dreibund sein werde. Nach dem Verrate von 1915 ist in Deutschland die Meinung verschiedentlich vertreten worden, es sei auch nach dem Balkankriege noch von Dreibunds wegen angezeigt gewesen, Italien fallen zu lassen. Wir sind nach wie vor der entgegengesetzten Ansicht: die deutsche Italienpolitik besonders der letzten Jahre war an sich richtig und zweckmäßig. Sie zum positiven Erfolge zu führen, war aber nicht von einem Tage zum anderen möglich, sondern beanspruchte Zeit, Geschicklichkeit und Ausdauer. Die Ereignisse von 1914 haben die nötige Zeit nicht gelassen.

Die Entwicklung der Beziehungen der Balkanmächte unter sich und zu den Großmächten nahm 1913 und während der ersten Hälfte des Jahres 1914 ihren Fortgang und teils unerwartete Wendungen. In Rumänien setzte von Rußland, von Frankreich und von Großbritannien aus eine mit allen Mitteln betriebene Propaganda ein, um trotz der

unveränderlich den Mittelmächten freundlichen Politik des Königs Karol Rumänien in das Lager des Dreiverbandes hinüberzuziehen. Manche Verhältnisse ließen diese Bemühungen aussichtsreich erscheinen. Der größte Teil gebildeter Rumänen studiert seit Generationen in Paris, französische Bildung, französische Literatur und Presse, französisches Gesellschaftsleben und der Gebrauch der französischen Sprache sind in diesen rumänischen Schichten herrschend geblieben, auch nachdem durch König Karol die Beziehungen zum Deutschen Reiche lebhafter und enger geworden waren. Dazu kommt die von den Deutschen nicht annähernd erreichte Kunst einer nicht aufdringlich werdenden, nicht unangenehm auffallenden und dabei eindringenden und wirksamen Propaganda. Der Russe auf der anderen Seite ist für Rumänien zwar der Bedrücker gewesen, der das rumänische Beßarabien geraubt und auch sonst das kleine Land bei jeder Gelegenheit mit despotischer Willkür behandelt hatte. Für Ehrungen, die von Rußland ausgingen, ist der Rumäne dagegen stets besonders empfänglich gewesen, denn der Nimbus ungeheurer, unwiderstehlicher Macht des benachbarten Rußlands war in Rumänien ein absolut herrschender. An Ehrungen aber ließ Rußland es nach dem zweiten Balkankriege nicht fehlen. Übrigens war die russische Regierung ja auch für die Kompensation Rumäniens an der Donaumündung und dann für die Erhaltung der Bukarester Friedensbedingungen eingetreten, ebenso wie Frankreich. Im Frühsommer 1914 besuchte sogar der Zar den König Karol, und man plante die Verlobung des Sohnes des rumänischen Thronfolgers mit einer Tochter des Zaren. Das Gerücht wurde verbreitet, Rußland beabsichtige unter Umständen, Beßarabien an Rumänien zurückzugeben. Auf der anderen Seite waren die rumänisch-österreichisch-ungarischen Beziehungen wenig erfreulich. Die Frage der ungarländischen Rumänen verschärfte sich, weil man in Ungarn den Wünschen der dort wohnenden dreieinhalb Millionen Rumänen nach Vermehrung ihrer sehr eng begrenzten Rechte kein ernstliches Entgegenkommen angedeihen ließ. Die französisch-russische Propaganda benutzte mit gewohnter Geschicklichkeit diese Streitfrage, nicht nur, um das Verhältnis zu Österreich-Ungarn zu verschlechtern, sondern vor allem, um die rumänischen Wünsche auf das von Rumänen bevölkerte Gebiet in Ungarn zu lenken. Man versprach ihnen Siebenbürgen als Siegespreis für einen Krieg an der Seite des Dreiverbandes gegen die Zentralmächte. Der alte König Karol freilich war diesen Anregungen nicht zugänglich, sondern wußte, daß Rumäniens wahres Interesse nach wie vor festen Anschluß an die Zentralmächte verlangte. Er konnte aber angesichts der Stimmung der rumänischen Bevölkerung und besonders der rumänisch-österreichisch-ungarischen Streitfrage nicht erreichen, daß der Gedanke

eines mit Österreich-Ungarn und dem Deutschen Reiche politisch solidarischen Rumänien sich in der Bevölkerung durchsetzte, im Gegenteil. Die zwischen den Zentralmächten und Rumänien bestehenden Bündnisverträge sind der rumänischen Bevölkerung unbekannt geblieben, nur die jeweilig leitenden Minister haben um sie und ihren Inhalt gewußt. Das Parlament hatte sie also nicht gebilligt. So konnten die Verträge nicht im Sinne der Zentralmächte werbend wirken. Alles in allem ließ sich nicht verkennen, daß seit dem zweiten Balkankriege Rumänien mehr nach der Seite der Feinde Deutschlands glitt. Die russischen sogenannten Probemobilmachungen während der Balkankriege und die tatsächlich ungeheuren russischen Rüstungen ließen es den Rumänen zweifelloser denn je scheinen, daß sie auf seiten der Gegner Rußlands verloren sein würden.

In Petersburg bemühte man sich, neben der Einwirkung auf Rumänien und im sicheren Besitze des beherrschenden Einflusses auf Serbien auch die verlorene Zuneigung des mißhandelten Bulgariens wieder zu gewinnen. Der Balkanbund sollte noch einmal unter russischer Vormundschaft zustande gebracht werden. In Bulgarien hatten sich aber die Stimmungen und mit ihnen die Verhältnisse geändert. An die Stelle des Rußland ergebenen Kabinettes war ein neues unter dem Vorsitze von Radoslawow gekommen. Dieses legte entscheidenden Wert auf gute Beziehungen zu Österreich-Ungarn. König Ferdinand von Bulgarien gewann bei längerem Aufenthalte in Österreich-Ungarn das völlige Vertrauen des Kaisers und Thronfolgers, und im Laufe der seit dem zweiten Balkankriege verfließenden Monate festigten sich auch die Beziehungen zwischen Bulgarien und dem Deutschen Reiche zusehends. In der ersten Hälfte des Jahres 1914 kam unter Bedingungen, die von beiden Ländern als vorteilhaft empfunden wurden, eine deutsch-bulgarische Anleihe zustande. Kurz, es kräftigte sich die Überzeugung bei den Mittelmächten wie in Bulgarien, man sei aufeinander angewiesen. So hatte sich Österreich-Ungarns Bulgarenpolitik als richtig und weitblickend bewährt. Die deutsche Rumänenpolitik von Bukarest hatte zwar ihr Ziel nicht erreicht, wohl aber gedient und sollte noch dienen, um einen gewissen politischen Ausgleich für die rumänisch-österreichisch-ungarischen Schärfen zu liefern, einen Ausgleich auch auf dem Wege des Einflusses. Gegen das Deutsche Reich bestand in Rumänien keine Abneigung, man wünschte im Gegenteil gute Beziehungen. So erwies sich die Meinungsverschiedenheit zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn angesichts des Vertrages von Bukarest als nützlich und fruchtbringend. Das galt auch hinsichtlich Griechenlands. Im Herbst 1913 war König Konstantin in Berlin und erklärte dort, er müsse laut und öffentlich aussprechen: „daß unsere Siege nächst der unüberwindlichen Tapferkeit meiner Helden den

Grundsätzen über Krieg und Kriegführung zu danken sind, die ich und meine Generale hier in Berlin bei dem lieben Garderegiment zu Fuß, in der Kriegsakademie und im Verkehr mit dem preußischen Generalstabe uns angeeignet haben". — Kaiser Wilhelm hatte dem König den Feldmarschallstab überreicht.

Diese Worte König Konstantins erregten im Dreiverbande großen Ärger. Man überschüttete den König mit Beschimpfungen, nicht nur, weil Griechenland finanziell von Frankreich und England abhängig war und von ihnen als politische Domäne behandelt wurde, sondern besonders auch, weil eine französische Militärmission seit Jahren in Griechenland arbeitete und man dieser das Verdienst an den griechischen Siegen ausschließlich beigemessen wissen wollte. Die Angelegenheit nahm für den König insofern eine unangenehme Wendung, als sein eigener, damals allmächtiger Ministerpräsident Venizelos König Konstantin desavouierte und dieser eine Flut von öffentlichen Schmähungen über sich ergehen lassen mußte, ohne seinen Besuch beim Präsidenten Poincaré unterlassen zu können. Die Folgejahre haben gezeigt, daß König Konstantin sich nicht nur dessen bewußt blieb, was er im September 1913 zu Potsdam aussprach, sondern auch, daß die deutsche Politik des Deutschen Kaisers und seiner Regierung, im Bukarester Frieden Griechenland zu begünstigen, eine richtige gewesen ist, vorausgesetzt, daß man sich nicht mehr von ihr versprach, als angesichts des britisch-französischen Machteinflusses auf Griechenland möglich war.

Das an diplomatischer Arbeit, man kann sagen an Vorbereitungsarbeit für den kommenden großen Krieg so reiche Jahr 1913 in Verbindung mit der ersten Hälfte des Jahres 1914 brachte noch ein anderes, leider negatives Ereignis, welches in Deutschland kaum bekannt geworden ist: Bei der japanischen Regierung bestand der Wunsch, mit dem Deutschen Reiche in nähere Beziehungen zu gelangen. Der damals in Berlin weilende japanische Botschafter Sugimura machte kein Hehl daraus, daß er eine erfolgreiche Durchführung dieser Bestrebung als den Daseinszweck seiner Botschaftertätigkeit ansehe. Ein Erfolg ist aber diesem Bestreben leider nicht beschieden gewesen, weil deutscherseits das erforderliche Entgegenkommen nicht eintrat. Ob man in Berlin besorgte, die Beziehungen zu Großbritannien, auf welche man so große Hoffnungen setzte, würden durch eine deutsch-japanische Annäherung beeinträchtigt werden, steht dahin. Sicher ist aber, daß gerade damals die britische Hetzerei in China und Japan gegen Deutschland einen Höhepunkt erreichte. Sicher ist auch, daß von den Vereinigten Staaten eifrig und erfolgreich gearbeitet worden ist, um ein Zusammenkommen Deutschlands und Japans zu hintertreiben. Ein solches wäre von höchster Bedeutung für Deutschland gewesen, auch ganz abgesehen davon, daß ein festbegründetes deutsch-japanisches Ver-

hältnis in der Tat das einzige Mittel bilden konnte, um dem Deutschen Reiche den Besitz von Kiautschou zu sichern. Auch diese Ereignisse des Jahres 1913 bilden einen wichtigen Teil der Vorgeschichte zum großen Kriege.

Die Leiter des Dreiverbandes setzten mit Eifer alle Vorbereitungen und Maßnahmen fort, um eine geschlossene politisch-militärische Einheit herzustellen. Im Spätherbst 1913 war der russische Ministerpräsident Kokowzow in Paris, um dort die abschließenden Besprechungen für die Verwirklichung der erwähnten großen Anleihe zu erledigen und die militärische Gegenleistung Rußlands sicherzustellen. Auch die 1912 russischerseits geforderte militärische Leistung Frankreichs: die Einführung der dreijährigen Dienstzeit, wird dabei zur Erörterung gelangt sein. Es ist jetzt für den Rückschauenden von einem sonderbaren Interesse, festzustellen, mit welcher Offenheit in der Presse des Dreiverbandes damals das Kommen des großen Krieges besprochen wurde. Ein russischer Ministerbesuch wie der des Herrn Kokowzow in Paris gab zu öffentlichen Erörterungen Anlaß: die Zeiten seien vorbei, wo man an die unüberwindliche Stärke Deutschlands geglaubt habe. Frankreich ebenso wie Rußland hätten ihren Platz im Rate der Völker wieder voll eingenommen, und für einen Krieg mit Deutschland lasse nur das russische Bahnnetz an der deutschen Ostgrenze zu wünschen übrig. Und in England setzte man wissenschaftlich auseinander, daß Deutschland von Jahr zu Jahr weniger in der Lage sei, an einen Erfolg seiner Waffen in einem Kriege gegen den Dreiverband zu hoffen. Dabei wurden die britisch-deutschen Verhandlungen mit unentwegt wachsender Freundschaftlichkeit und mit immer fester werdendem Vertrauen seitens der deutschen Regierung fortgeführt.

Auf seiner Rückreise von Paris nach Rußland verweilte Kokowzow in Berlin. Die Angelegenheit, welche ihn dorthin führte, war eine deutsch-türkische Abmachung, daß eine deutsche Militärmission unter der Führung des Generals Liman v. Sanders vorläufig für eine Zeit von fünf Jahren die Reorganisation des türkischen Heeres zu übernehmen habe. Liman sollte gleichzeitig die Führung des ersten türkischen Armeekorps zu Konstantinopel übernehmen. Bei seinem Berliner Besuche scheint Kokowzow mit Äußerungen über diese deutsch-türkische Abmachung zurückgehalten zu haben, ebenso Ssasonow. Als der Ministerpräsident aber in Petersburg eingetroffen war, erhob sich der übliche Sturm der Entrüstung in der Presse des Dreiverbandes: Deutschland wolle sich durch seine Militärmission zum Herrn der Meerengen und Konstantinopels machen. Das könne der Dreiverband nicht dulden. Vor allem müsse die Bestimmung der deutsch-türkischen Abmachung rückgängig gemacht werden, daß dem deutschen General als Führer des Konstantinopler Armeekorps eine

militärische Kommandogewalt erteilt werde. In London wie Paris und Petersburg wurde mit drohender Schärfe die Unterstellung zum Ausdrucke gebracht, Deutschland wolle die Türkei zu seinem Vasallenstaate machen, in Kleinasien Gebiet erwerben und für den Fall eines von deutscher Seite organisierten Krieges die Meerengen beherrschen. Die russische, die französische und auch die großbritannische Regierung erhoben gemeinschaftlich Vorstellungen bei der Pforte und stellten die formelle Anfrage, was es mit der deutschen Militärmission auf sich habe. Die Anfrage bedeutete eine Drohung und richtete sich ebensowohl gegen Deutschland wie gegen die Türkei. Von russischer und damit auch von französischer Seite kam dieser diplomatische Schritt nicht unerwartet. Daß aber auch Großbritannien sich daran beteiligte, hätte in Deutschland als sehr bemerkenswert erscheinen müssen. Dort konnte man sich aber nicht genug tun an Versicherungen, wie vertrauensvoll die Berlin-Londoner Beziehungen seien und wie restlose Einigkeit insbesondere über die orientalischen Fragen bestehe. Die schon seit längerer Zeit in Konstantinopel vorhandene britische Marinemission hatte gerade damals viel größere Befugnisse erhalten, weitreichende, türkische Häfen und Werften betreffende Abmachungen waren zwischen der britischen und türkischen Regierung getroffen worden. — Und trotzdem trat die großbritannische Regierung ohne weiteres — und für die deutsche Regierung überraschend — mit Rußland und Frankreich vereinigt als drohender Beschwerdeführer gegen die deutsche Militärmission zu Konstantinopel auf. Die Pforte antwortete, die Frage der Militärmission sei eine innertürkische Angelegenheit und gehe andere Mächte nichts an. Die Meerengen fielen nicht in den Befehlsbereich des Generals Liman v. Sanders. Genug, die Pforte zeigte sich fest, und ihre Haltung war würdig. Der Druck des Dreiverbandes auf Berlin aber wurde energisch und drohend fortgesetzt. Die deutsche Regierung gab um die Jahreswende 1913/14 nach: dem General Liman wurde das Korpskommando genommen und er erhielt den Posten eines Generalinspektors der Militärschulen. Die Ursachen dieses deutschen Zurückweichens haben vor allem in London gelegen. Hätte Grey sich nicht mit einer ihm selbstverständlichen Entschlossenheit und Schnelligkeit an die Seite Rußlands gestellt, so würde man in Berlin wohl fest geblieben sein. Die Stellungnahme Englands kam aber der deutschen Regierung, wie gesagt, überraschend. Die Politik des Deutschen Reiches wurde auch nach den fehlgeschlagenen Verhandlungen von 1912 durch das Bestreben beherrscht und ihrer Richtung nach geleitet: Englands Neutralität für den tatsächlichen Kriegsfall zu erringen, oder aber ein deutsch-englisches Verhältnis zu schaffen, welches so eng und vertrauensvoll sei, ein solches Maß von britisch-deutscher Solidarität schaffe, daß der russisch-französische Zweibund an Krieg nicht

mehr denken könne. Weil man glauben wollte, dieses Ziel werde sich erreichen lassen, so blieb es richtunggebend für die deutsche Politik. Nach Maßgabe der wirklichen Lage und der Tatsachen war das Ziel nicht zu erreichen, weil die Grundrichtung der großbritannischen Politik und ihre Ziele sich weit von denen unterschieden, welche die Leiter der deutschen Politik, von ihren Wünschen bestimmt, annehmen zu sollen glaubten.

Aus dem gleichen subjektiven Grunde gab man deutscherseits in der Frage der Militärmission nach, im Gedanken, man wolle die sorgsam gepflegte und hoffnungsvoll zu betrachtende deutsch-britische Verständigung nicht durch entschlossenen Widerstand gegen den unberechtigten und unwillkürlichen Eingriff der Tripelentente unter Großbritanniens Führung in deutsch-türkische Angelegenheiten in Frage stellen. Dazu kam, daß in Rußland großer Unwillen über die deutsche Haltung in Sachen der armenischen Fragen herrschte. Rußland hatte die Gelegenheit nach dem Balkankriege benutzen wollen, um die armenischen Gebiete des Türkischen Reiches der türkischen Autorität zu entreißen und unter die russische zu bringen. Hier setzte die deutsche Regierung, und zwar notwendigerweise sofort ein. Eine Durchführung der russischen Pläne hätte das Signal zum Beginn der Auflösung nun auch der Asiatischen Türkei gegeben. Deutschland würde sich die Freundschaft der Pforte verscherzt und bei ihr um Ansehen und Vertrauen gebracht haben, wäre sie hier nicht mit Festigkeit für die Türkei eingetreten. Man einigte sich schließlich über eine international gemischte Kontrolle der in Armenien durchzuführenden Reformen. Damit war vorläufig die Gefahr abgewendet. Rußland aber hatte keinen Zweifel über die Richtung auch seiner Orientpolitik gelassen. Die Hohe Pforte erkannte die Zeichen der Zeit auch nach anderen Seiten hin richtig und tat alle ihr möglichen Schritte, um tunlichst schnell auch einige kräftige Kriegsschiffe anzuschaffen. Maßgebend für dieses Bestreben war nicht nur die Gespanntheit der Beziehungen zu Griechenland, sondern in erster Linie der Hinblick auf die wachsende russische Gefahr. Ob man in Konstantinopel damals schon erkannte, welche Rolle die britische Marinemission eben dort spielte und fernerhin spielen sollte, muß dahingestellt bleiben. Die Türkei bestellte aber zwei große Schlachtschiffe bei britischen Firmen.

Inzwischen hatten die Verhandlungen über die großen im Bau befindlichen oder geplanten Bahnsysteme in Kleinasien und Syrien ihren Fortgang genommen. Sie wurden auf eine wesentlich breitere Basis gestellt, insofern, als auch Frankreich sich beteiligte. Die großbritannische Regierung gab sich den Anschein, als ob sie, um die Aufrichtigkeit ihres guten Willens gegen Deutschland zu beweisen, die orientalischen Bahnfragen glatt und vorbehaltlos gelöst zu wissen wünschte. In der Tat war, nachdem die vorher erwähnten Zugeständnisse am Golfende der Bahn

an Großbritannien gemacht worden waren, die Stellung der deutschen Finanzgruppe hinsichtlich des Restes stark und bis zu einem gewissen Grade unangreifbar. Geldlich war dasselbe der Fall. In Frankreich hatte man zu spät erkannt, daß für die einst von den deutschen Vertretern des Bahnunternehmens gewünschte französische Beteiligung der Augenblick überhaupt verpaßt war. So machte man französischerseits denn besonders seit 1913 die größten Anstrengungen, um sich an Bahnen und sogenannten Einflußzonen in Kleinasien und Syrien so viel zu sichern, wie möglich. Es handelte sich dabei in der Hauptsache um Nordwestkleinasien, anderseits um Ausbau des syrischen Bahnnetzes und seinen Anschluß an die Bagdadbahn. Frankreich und Großbritannien planten außerdem den Bau einer großen Konkurrenzstrecke gegen den südlichen Teil der Bagdadbahn. Da auch diese Verhandlungen, die sich in das Jahr 1914 hineinzogen, durch den Krieg außer Kraft gesetzt worden sind, ehe ein allseitig anerkanntes Ergebnis erzielt worden war, so sei nur gesagt, daß es den deutschen Unterhändlern im Einverständnisse mit der Pforte zu erreichen gelang, daß das syrische Bahnnetz der Franzosen ohne Einfluß auf das kleinasiatische der deutschen Gesellschaft blieb und daß ein Bau von Konkurrenzlinien der Bagdadbahn für Frankreich wie für England vertraglich ausgeschlossen wurde. In Nordwestkleinasien erhielten die Franzosen Bahnzugeständnisse, welche, nach der Kilometerzahl gerechnet, sehr beträchtlich, jedoch auf die Bagdadbahn als Rückgrat des gesamten Verkehrssystems angewiesen waren. Frankreich hatte diese Konzessionen auf Grund einer Anleihe an die Türkei verlangt. In der französischen Presse zeigte man sich vielfach verstimmt darüber, daß es Frankreich nicht gelungen war, sich in das deutsche Bagdadbahnunternehmen noch hereinzudrängen. Da aber die Ergebnisse der sehr verwickelten Verhandlungen endgültig nicht abgeschlossen wurden, so erfolgte naturgemäß auch keine amtliche Veröffentlichung. Bei den Verhandlungen zwischen Deutschland und Großbritannien standen wohl hauptsächlich die Rechte und Pflichten der beiden Parteien am Südende der Bagdadbahn und hinsichtlich der Flußverbindung nach dem Persischen Golfe in Rede. Soweit sich damals übersehen ließ, würde es sich im ganzen für die deutschen Interessenten und damit für die Türkei um ein gutes Ergebnis gehandelt haben, abgesehen freilich vom Verzichte auf das südliche Endstück.

Angesichts des zur Schau getragenen amtlichen britischen Wohlwollens war es eine befremdende Erscheinung, wie eifrig die großbritannische Presse andauernd die Auffassung zu verbreiten versuchte, es sei das eigentliche Ziel des Deutschen Reiches, sich in Kleinasien durch das Bagdadbahnunternehmen eine Interessensphäre zu schaffen, von ihr aus und mit ihr auf die Zerstörung des Türkischen Reiches zu arbeiten und dann die Hand

auf die Interessensphäre zu legen. In Frankreich wurde dieser Gedanke eifrig und emsig gefördert, ebenso in Rußland. Man hoffte, auf diese Weise Verstimmung in der Türkei gegen das Deutsche Reich hervorrufen zu können. Die Bemühungen waren vergebens, aber sie zeigten auf der anderen Seite, daß die Mächte des Dreiverbandes sehr ernstlich mit einer Aufteilung der Türkei rechneten. In der französischen Presse kam dieser Gedanke wiederholt zum Ausdruck. Der Grund hierfür war keineswegs der oft behauptete, das Türkische Reich sei nicht lebensfähig, sondern lag in der wachsenden Militärmacht Rußlands.

Je größer die Fortschritte der russischen Rüstungen wurden, eine desto deutlichere Sprache führte die russische Presse. Das Wort von Konstantinopel als dem geschichtlichen Ziele, welches Peter der Große den Russen für alle Zukunft gewiesen habe, kehrte immer häufiger wieder. Russische Politiker, Militärs und Professoren setzten kühl und selbstsicher auseinander, daß ein Konflikt mit den Mittelmächten, insbesondere mit dem Deutschen Reiche, unvermeidlich sei, wenn dieses zusammen mit Österreich-Ungarn eine Balkan- und Orientpolitik zu treiben fortfahre, welche dem unwiderstehlichen Zuge der russischen Ausdehnung ebendorthin zuwiderlaufe. Im Frühjahr 1914 erklärte die russische Presse und erklärten russische Minister: Rußland sei stark und werde mit jedem Jahre stärker. Mit dem in einigen Jahren bevorstehenden Ablaufe der russisch-deutschen Handelsverträge würden die Deutschen diese Stärke zu merken bekommen. Deutschland habe damals für die Gestaltung der bestehenden Handelsverträge sich die Schwächung Rußlands durch den Ostasiatischen Krieg zunutze gemacht. Die Zeiten seien vorbei, Rußland werde sich demnächst endgültig von der Herrschaft der deutschen Wirtschaftsdespotie befreien. — Ein Symptom dieser Art folgte dem anderen. Im März 1914 erschien ein vielbeachteter Artikel des Petersburger Vertreters der Kölnischen Zeitung, welcher ausführte: die russischen Rüstungen seien ganz ungeheure, dabei zweifellos zu Lande wie zur See gegen Deutschland gerichtet. Im gesamten russischen Volke würde ein solcher Krieg begeisterte Zustimmung finden. Im Jahre 1916 oder 1917 sei man fertig und wolle dann losschlagen. Beiläufig bemerkt, stimmt dieser Termin mit jenen Abmachungen von Reval im Jahre 1908 überein. Der russische Kriegsminister, Herr Suchomlinow, ließ in einem Petersburger Blatte darauf antworten: Rußland wünsche zwar nicht den Krieg, wäre aber bereit zum Kriege. Rußlands Heere hätten ihre Kriege immer auf feindlichem Boden geführt und stets sei der Sieg mit ihnen gewesen. Beschwichtigende Erklärungen des deutschen Staatssekretärs und des russischen Ministers des Auswärtigen folgten, konnten aber nicht den Eindruck beseitigen, daß in Rußland der Gedanke allgemein und herrschend geworden war: der große Krieg stehe in Bälde bevor und

müsse geführt werden, um die mitteleuropäischen Kaisermächte zu zertrümmern, denn sie ständen den russischen Orientzielen im Wege. Diese Ziele waren, wie bei Besprechung der Balkanverhältnisse ausgeführt worden ist, solche der Eroberung um ihrer selbst willen, aber unter der Maske nationalrussischer und panslawistischer Ideale, verbunden außerdem noch mit einem Reste des Leitmotivs der alten russischen Türkenkriege: „gegen die Ungläubigen". Von Wichtigkeit ist, zu betonen, daß jener russische Drang zum Kriege die russische Bevölkerung in ihren breitesten Massen beseelte und daß es sich keineswegs nur um eine kleine kriegslustige Clique und einzelne Menschen handelte.

Um die gleiche Zeit, als diese Symptome immer lauter und sichtbarer wurden, setzte, wie nachher erzählt worden ist, unter Führung des russischen Botschafters zu Paris, Herrn Iswolski, in der Diplomatie des Dreiverbandes wie in der Presse eine lebhafte Propaganda für die Verwandlung des Dreiverbandes in einen vertraglich fest geschlossenen Dreibund ein. In der großbritannischen Presse wurde mit wenigen Ausnahmen dieser Gedanke abgelehnt. Man wollte sich äußerlich sichtbar nicht binden. Dafür war eine ganze Reihe innerer und auswärtiger politischer Gründe maßgebend, nicht zum wenigsten aber war es die Überlegung, daß die großbritannische Regierung von dem Augenblicke an, wo sie dem Zweibunde durch ein öffentliches Bündnis angegliedert wäre, ihren starken und wertvollen Einfluß auf Deutschland und dessen Politik verloren haben würde. Die britisch-deutsche Politik der „Verständigung", das unentwegte deutsche Bestreben, den britischen Staatsmännern zu beweisen, wie lauter und harmlos die deutschen Ziele seien, die dahinterliegende deutsche Sorge, Großbritannien könne sich nach der anderen Seite entscheiden, dabei aber die deutsche Hoffnung, es könne vielleicht doch anders kommen, — das alles waren Trümpfe erster Ordnung im britischen Spiele. Durch Beitritt zum russisch-französischen Bündnisse hätte man diese Trümpfe, die nach beiden Seiten wertvoll waren, aus der Hand gegeben, und zwar ohne Not. Vom deutschen Standpunkte betrachtet, wäre es viel günstiger gewesen, wenn Großbritannien damals sich offen mit Rußland und Frankreich verbündet hätte. Der Verfasser darf das um so eher sagen, als er diesen Standpunkt im Frühjahr 1914 wiederholt betont hat. Genug, es wurde nichts daraus. Wohl aber konnte der russische Minister Ssasonow Ende Mai 1914 öffentlich erklären, daß die auswärtige Politik des Dreiverbandes jetzt durch einen ständigen „Bundesrat", bestehend aus dem französischen und dem russischen Botschafter und Sir Edward Grey, von London aus einheitlich geleitet werde. Das war zum Überflusse noch ein in die Augen springender Beweis für den angrifflichen Charakter der Dreiverbandpolitik. Eine solche einheitliche politische Leitung eines Ver-

bandes von drei großen Mächten, die durch Militär- und Marinekonventionen jeder Art miteinander verbunden sind und die, wie sie wußten, von niemandem bedroht waren, konnte nur der Vorbereitung eines gemeinsamen Angriffes dienen. Irgendein sonstiger Grund für diese ohne Beispiel dastehende Maßnahme war nicht denkbar. In Deutschland aber blickte man mit wachsendem Vertrauen auf den freundschaftlichen Charakter der deutsch-englischen Verhandlungen über Angola und die Bagdadbahn.

Im April 1914 waren der König und die Königin von England zum Besuch in Paris, begleitet von Sir Edward Grey. Damals wurde die Schaffung einer Flottenkonvention zwischen Großbritannien und Rußland vereinbart, und die militärischen, maritimen und politischen Autoritäten der beiden Länder nahmen sogleich die erforderlichen Vorarbeiten und Vorbereitungen in Angriff. Der Inhalt dieses Flottenabkommens — er ist nachher bekannt geworden — bewies wiederum den angrifflichen Charakter des Dreiverbandes. Unter anderem verpflichtete England sich, große Mengen von Transportschiffen zur Verfügung des russischen Generalstabes zu halten, um eine russische Landung an der pommerschen Küste zu ermöglichen. Auch für den Seekrieg im Schwarzen Meere wurden eingehende Abmachungen getroffen. Im englischen Unterhause richtete man Fragen an Grey, welche dieser, wie gewöhnlich, ausweichend beantwortete. Er und der Premierminister Asquith hatten im Parlament und in ihrer Presse seit Jahr und Tag Wert auf die Betonung gelegt, daß Großbritannien sich nie an einem Angriffskriege beteiligen und einen französischen Rachekrieg gegen Deutschland mißbilligen würde. Es war das alte Spiel mit Worten, um das deutsche — so nützliche — Vertrauen zu erhalten. Für die britischen Staatsmänner war es eine zum Abc der Politik gehörende Selbstverständlichkeit, daß jeder Krieg, an dem Großbritannien sich beteiligte, unter allen Umständen ein „Krieg der Verteidigung“, nicht des Angriffes sei. Auf Ursachen und Anlässe ist es in solchen Dingen für Großbritannien nie angekommen. Führt Großbritannien einen Krieg, so stempelt es ihn zum Verteidigungskriege, und die Welt hat zu glauben, daß der ruchloseste Angriffskrieg ein Krieg notgedrungener Verteidigung sei, weil eben Großbritannien ihn führt.

Trotz der unentwegt als hocherfreulich gerühmten britisch-deutschen Verhandlungen über Angola und die Orientbahnen, trotz des immer mehr wachsenden „gegenseitigen Vertrauens“ wurde die europäische Lage unter diesen Umständen zusehends gespannter. Die internationale Atmosphäre schien mit Explosionsstoff derart geladen, daß eine Steigerung nicht denkbar war. Im Sommer weilte ein britisches Geschwader in russischen

Häfen, und Reden wurden gewechselt, deren provozierender Ton nur durch die Unbekümmertheit übertroffen wurde, mit der man sie hielt. In der Presse wurde dann, wie üblich, alles in Abrede gestellt. In Deutschland aber herrschte unmittelbar darauf allgemeine aufrichtige Freude, als ein britischer Geschwaderbesuch in Kiel zur Tatsache wurde. Konnte es einen schlagenderen Beweis für die Aufrichtigkeit und die friedenerhaltende Bedeutung der deutsch-britischen Annäherung geben? In der deutschen Presse sprach man treuherzig und hoffnungsvoll von der Vereinigung: „Union Jack und Schwarz-Weiß-Rot".

Als die großbritannischen Schlachtkreuzer im Kieler Hafen lagen, befand sich der österreichisch-ungarische Thronfolger, begleitet von seiner Gemahlin, der Herzogin von Hohenberg, auf einer Besichtigungsreise der bosnischen Truppen. Am 28. Juni 1914 wurden Erzherzog Franz Ferdinand und die Herzogin zu Sarajewo von Emissären der großserbischen Bewegung durch Pistolenschüsse ermordet.

Wenige Wochen darauf stand die Welt in Flammen. Ein Jahrzehnt war verflossen, seitdem die britisch-französische Entente Cordiale sich auf Betreiben König Eduards und seiner Staatsmänner verwirklicht hatte. Die Entente Cordiale war Grundlage und Anfang der auf Deutschlands Vernichtung gerichteten britischen Einkreisungspolitik und damit die Keimzelle des Weltkrieges. Die politischen Leiter Großbritanniens haben unter zielbewußter Entflammung und Benutzung des französischen Rachegeistes, ferner unter Umwendung der russischen Expansionsfront aus dem Fernen nach dem Nahen Osten, den europäischen Krieg auf Räder gesetzt und ihm den Stoß auf schiefer Ebene gegeben. Deshalb gab es nach Sarajewo kein Halten mehr.

Britische Herrschsucht und Handelseifersucht sind die Triebfedern gewesen, welche die Welt organisiert und in Bewegung gesetzt haben, um den Vernichtungskrieg gegen ein friedliebendes Volk zu führen.

# Verzeichnis der Personennamen.

E. S. Mittler & Sohn, Berlin SW 68, Kochstr. 68—71.